L 70000
52
1917
18. I. - 22. III.
Innere Politik 15

Der Abend
18. I. 1917

18
1

Die wirklich dringenden Aufgaben der Volksvertretung.

Im Vereine der deutschfreisinnigen Partei des IX. Bezirkes hielt Baron Hock eine Rede über die nächsten Aufgaben des Reichsrates. Wir geben einen Auszug daraus wieder, weil er zeigt, was als die wirklich dringlichste und nächste Aufgabe des Reichsrates zu betrachten ist. Man wird finden, daß es andere Dinge sind, als die, mit denen die „nationalen Politiker" aus der Provinz mit der alten verlogenen Aufdringlichkeit jetzt die Zeitungen füllen. Wenn Baron Hock in seinem Programm die Volksernährung nicht nannte, so nehmen wir an, daß dieses nur geschah, weil der Redner die erste Behandlung dieser Frage ohne Rücksicht auf Sonderwünsche und Sonderinteressen für selbstverständlich hält.

Der Redner führte aus:

Bei der Frage nach den nächsten Aufgaben des Reichsrates muß man sich klar sein, daß sie nicht völlig gleichbedeutend sein muß mit der, womit sich das Parlament wirklich beschäftigen wird. Zuerst wird natürlich, nach Wahl der Präsidenten und der Delegationsmitglieder eine neue Geschäftsordnung zu beschließen sein; dem wird im Abgeordnetenhause zweifellos von keiner Seite irgend eine Schwierigkeit bereitet werden, selbst nicht von Seite der Deutschradikalen, welche sich seinerzeit gegen die Erschwerung der Obstruktion lebhaft gewehrt haben.

Was die durch den Rücktritt Dr. Sylvesters notwendig gewordene Wahl eines Präsidenten betrifft, so wird behauptet, daß vom Nationalverband, dem als dem an Zahl größten Verbande die Nominierung zukommt, Dr. G. Groß für diese Stelle ausersehen sei. Ob er das für eine erfolgreiche Wirksamkeit des Präsidenten notwendige allgemeine Vertrauen besitzt, ist wohl zu bezweifeln; für den Nationalverband jedoch soll, so wird erzählt, die Wahl des Dr. Groß zum Präsidenten des Hauses die erwünschte Gelegenheit herbeiführen, dem Verbande einen neuen Obmann zu geben.

Im Einlaufe wird das Abgeordnetenhaus zunächst die sämtlichen, unter Berufung auf den bekannten § 14 von den Regierungen seit 2½ Jahren erlassenen Verordnungen vorfinden. Bei der Übergröße dieses Stoffes ist eine eingehende vollständige Prüfung ausgeschlossen.

Eine durchgreifende Erneuerung Österreichs anerkennen wir alle als überaus dringend. Vor allem eine zweckmäßige Regelung der Beziehungen der Völker Österreichs zum Staate und zu einander. Wir sehen die Lösung dieser Aufgabe in der Organisation der Völker zur Autonomie. Dagegen bedeutet die unter dem Einflusse der Christlichsozialen vom Nationalverband verlangte „Ausgestaltung der Länderautonomie" nichts anderes als die Verewigung des Kampfes, den in allen gemischtsprachigen Ländern Österreichs, die niedergedrückte Minderheiten mit einer rücksichtslosen Mehrheit zu führen haben. Auch die Lösung der polnischen Frage ist dringlich. Wir meinen aber, daß vorerst das Parlament als das Allerwichtigste zu besorgen haben wird: Die Sicherung einer ausreichenden Versorgung der Kriegsinvaliden, der Kriegerwaisen- und Witwen. Ebenso dringend ist die Feststellung der Richtung, in der die unentbehrlichen neuen Einnahmsquellen für den Staat zu suchen sind. Auch die Beseitigung der gegenwärtigen Zensurzustände wird von der Volksvertretung sofort in Angriff genommen werden müssen. Die Hauptsache aber ist, daß das Parlament wieder ist. Denn die wichtigste Aufgabe des Parlamentes besteht in der Bestimmung der allgemeinen Richtlinien, dann in der Überwachung der Regierungstätigkeit.

Vieles Unerfreuliche, das

verlautet hat, hätte berichtigt oder geändert werden können, wenn ein Parlament bestanden hätte, um zu fragen und zu urteilen. Auch das Parlament ist notwendig, um bis zum Ende des Krieges, opferbereit und erfolgreich durchzuhalten!

Reichspost

18/I. 1917

2

Ein Sozialdemokrat über die Irrtümer seiner Partei.

Sektengeist, Führerrabulistik, Konsumentenpolitik und Produzentenfeindschaft, Materialismus.

Wien, am 17. Jänner.

Im 25. Heft der „Sozial. Monatsh." (Dezember) untersucht Dr. Hugo Lindemann die Ursachen der „durchaus unbefriedigenden Entwicklung" der politischen Verhältnisse während des Krieges, um „festzustellen, wo in der sozialdemokratischen Partei Fehler gemacht worden sind, sowohl in der Verkennung des Ziels wie in der Anwendung der politischen Mittel, sie zu erreichen". Die Ergebnisse, zu denen Lindemann bei seiner Untersuchung kommt, enthalten auch für die nichtsozialdemokratische Oeffentlichkeit manches Wissenswerte.

„Die innere Zerrissenheit" der Partei, die heute weder mehr die stärkste im Reich sei, noch auch über die stärkste Fraktion im Reichstag verfüge, „hat schon vor dem Kriege bestanden", nicht nur als Folge sachlicher Gegensätze und sachlicher Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen, sondern als „Wirkung einer Geistesbildung und politischen Erziehung, die so unpolitisch wie möglich war":

„Diese riesige Partei ist," so sagt Lindemann, „im tiefsten Grunde noch nicht über den Charakter einer Sekte hinausgekommen. Die ungeheuerliche Unduldsamkeit gegen unbedeutende sachliche Abweichungen von einem mit allen Kniffen der Orthodoxie und Rabulistik interpretierten Glaubenskodex (wie wir es in der „Reichspost" immer gesagt haben! D. Red.), die Tendenz nach absoluter Isolierung von dem gesellschaftlichen und politischen Leben des nichtsozialdemokratischen Volkes, die abergläubische Furcht vor politischen Kompromissen (davon ist die österreichische Sozialdemokratie allerdings völlig frei! D. Red.) sind ebensoviele Beweise für diese Tatsache. Und dieser Sektengeist steckt ebenso tief in den Köpfen der großen Mehrzahl der Führer wie in dem Fühlen ihrer Anhänger... Reiner und unverfälschter ist die Sektenlehre seit langem nicht mehr gepredigt worden als in den letzten Monaten von der radikalen Linken. Nur in der Sekte ist Heil, was außer ihr steht, sei verflucht! Der Parteiführung kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie diesen Geist wieder zum Leben hat kommen lassen, der ihr jetzt das Leben so sauer macht... Allerdings wenn man Politik treiben will, muß man auch so ungefähr wissen, was das für ein Ding ist, die Politik. ...Agitation und Propaganda, Organisation und Zahlungsdienst, darin erschöpfte sich die oft recht geräuschvolle Parteitätigkeit. Und wenn man einmal praktische Politik treiben mußte und zu treiben versuchte, so schwächte man ihre Wirkung durch den steten Gedanken an ihre agitatorische Wirksamkeit. Daß, wer richtige Politik treibt, nicht nötig hat, bei einer Aktion danach zu fragen, ob er sich in dem orthodoxen Kanon der Parteipropaganda hält, geschweige noch solche Nebensächlichkeiten, wie den Parteijargon, zu beachten, wollte nicht in den Kopf weder der Führer noch der Geführten."

Was hier der sozialdemokratische Publizist Lindemann gegen die Unternehmerklasse unmöglich. So wäre jetzt eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die den Unternehmern in notwendigen Produktionszweigen jede Chance nähme, den normalen Kapitalprofit zu erreichen, durchaus absurd und schädigte die geschützte Arbeiterschaft aufs schwerste... Hat die sozialdemokratische Partei konsequent Produktionspolitik getrieben?... Obschon an verschiedenen Stellen des Programmes von dem riesenhaften Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit gesprochen wird, findet sich doch nirgends der Satz ausgesprochen, daß es die wichtigste Aufgabe der Arbeiterschaft ist, dieses Wachstum der Produktivkräfte zu fördern... Und in den ganzen zehn Punkten der Forderungen findet sich nicht ein Satz, der auf die ganze Produktion Bezug hätte... In der Praxis unserer Tätigkeit ist der Gedanke der Produktionspolitik noch viel weniger anerkannt worden. Häufig hat das Interesse der Arbeiterschaft des einzelnen Gewerbes, bisweilen sogar einer einzelnen Untergruppe, die Entwicklung von Produktionszweigen verzögert, statt daß man sie förderte und den Ausgleich für die betroffenen Arbeitergruppen auf anderem Weg suchte. Die Geschichte der gewerkschaftlichen Bewegung in allen Ländern ist reich an solchen Vorgängen. So hat denn auch der Arbeiter kein inneres tieferes Verhältnis zu der Arbeit gewinnen können, die seine Lebenszeit erfüllt; er steht ihr in der Regel als etwas Gegensätzlichem gegenüber."

Nach diesem vernichtenden Urteil über die demagogische Konsumentenpolitikasterei der insbesondere in Oesterreich geübten sozialdemokratischen Praxis rückt Lindemann schonungslos auch dem Grundprinzip der sozialdemokratischen Parteiarbeit an den Leib:

„Ihre Arbeit war ausschließlich der materiellen Hebung der Lage der Arbeiterschaft zugewandt. Mit ethischen Faktoren sich abzugeben hat der Partei bisher ferngelegen, und mit ihrer Vernachlässigung hat sie sich freiwillig einer Kraft beraubt, deren Bedeutung sie schon bei allen ihren inneren Streitigkeiten hätte inne werden können. Es genügt nicht, die materielle Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Wenn man der Parteiarbeit nicht gleichzeitig einen sittlichen Inhalt gibt, hat man nur die eine Hälfte der Arbeit getan. Wenn der Sozialismus der Arbeiterschaft nur die Sattheit des Bürgertums brächte, wäre er dann wirklich aller Arbeit und Mühe wert?"

Lindemann schließt nach einer Berufung auf Marx und alle seine Vorgänger, in denen allen das gleiche starke, sittliche Gefühl von der Würde des Menschen und der sozialen Gerechtigkeit lebe, aber auch nach einem bedeutsamen Hinweise auf die Gründung der Kirche („aber nicht eines Speisehauses"!) durch Christus mit der Gewissensfrage an die Partei: „Hat die Partei es verstanden, hat sie es überhaupt unternommen, ihre Glieder mit der sittlichen Begeisterung und Energie zu erfüllen, die sie allein über die Kleinlichkeiten des Tages und Persönlichem hinauszuheben vermag? Wer wäre so kühn, diese Frage mit Ja zu beantworten?" — Wie wird man im Lager der sozialdemokratischen Führer diese Absage an den Materialismus aufnehmen? In der Tat steht und fällt die Sozialdemokratie, so wie sie bisher gewesen, mit dem Bekenntnis zum Materialismus. Er ist ihre Weltanschauung, ihre Geschichtsbetrachtung, ihre Dialektik, die Grundlage ihrer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Lehrsätze. Darum ja auch der klägliche Bankerott des ganzen Gebäudes der roten Internationale im Weltkrieg, der selber Ergebnis und zugleich Selbstmord der materialistischen Geistesrichtung des Jahrhunderts ist. Soeben verbreitet die „Korr Herzog" einen Bericht über eine sozialdemokratische Versammlung in Innsbruck, demzufolge der RAbg. Abram sein Referat über die Friedensfrage mit dem gewohnten Sprüchlein begann: „Die Sozialdemokraten als Anhänger der materialistischen Weltanschauung..."

18/I. 1917

3

K. k. Bezirksschulrat Wien.

Beratungen der Nationalverbandsgruppen.

Zwei Gruppen des Nationalverbands, die deutschböhmische Vereinigung unter dem Vorsitz des Abg. Pacher und die alpenländische Vereinigung unter dem Vorsitz des Abg. Dobernig hielten heute Beratungen ab.

Die erstere der beiden Gruppen erhob die vom Abg. Hummer ausgearbeiteten neuen Satzungen zum Beschlusse, deren erster Paragraph bestimmt: „Die deutschböhmische Vereinigung ist berufen, die Forderungen der Deutschen in Böhmen zu vertreten; sie umfaßt mit gleichen Rechten und Pflichten die von den deutschen Wahlbezirken Böhmens in den Reichsrat entsendeten Abgeordneten, welche Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes sind oder welche, ohne dem Deutschen Nationalverband anzugehören, auf Grund besonderer Beschlüsse im Sinne dieser Satzungen aufgenommen werden." Zur Aufnahme von dem Nationalverband nicht angehörenden Abgeordneten in die Vereinigung ist erforderlich der Vorschlag des Vorstandes und die Annahme mit Zweidrittelmehrheit. Die Geschäfte der Vereinigung werden besorgt vom Vorstand (Obmann, drei Obmannstellvertretern und drei Schriftführern) und vom Hauptausschuß (der auf neun Mitglieder ergänzte Vorstand); fallweise können Sonderausschüsse bestellt werden. Alljährlich erfolgt im Herbst die Wahl des Obmannes und dreier Hauptausschußmitglieder kurienweise; die Satzungen teilen nämlich die Mitglieder der Vereinigung in drei Gruppen (Deutschradikale, deutsche Agrarier und die übrigen). Wer sich bei Abstimmungen im Parlament an die beschlossenen Vereinbarungen nicht hält, ist als ausgeschieden zu betrachten, wobei den Nationalverbandsbeschlüssen der Vorgang vor den Abmachungen der Deutschböhmischen Vereinigung ausdrücklich gewahrt ist.

Ueber die Beratungen der alpenländischen Vereinigung von Nationalverbandsmitgliedern wird eine parteiamtliche Verlautbarung ausgegeben, in der es heißt:

Die Beratung hatte den Zweck, in wichtigen nationalpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten Südösterreichs, die zum Teil mit der äußeren Politik der Monarchie eng zusammenhängen, die so wünschenswerte und notwendige Uebereinstimmung zu erzielen. Diese Angelegenheiten, denen in der Oeffentlichkeit leider nicht die Aufmerksamkeit geschenkt wird, welche ihnen gebührt, sind unter anderen: die künftige Entwicklung auf dem Balkan, die Zukunft der Adria, die Stellung Triests nach dem Kriege, die Bedeutung Dalmatiens für Oesterreich, die Besiedelung im jetzigen südlichen Kriegsgebiete, die Pflege des Staatsgefühles und des Schulwesens in den betreffenden Ländern, dann die Ausnützung der Wasserkräfte, die Zoll-, Verkehrs- und Tarifpolitik vom alpenländischen Standpunkte aus und die Bauernfrage. In der Wechselrede wurde allseits die große Wichtigkeit dieser Fragen für das Reich und für das gesamte Deutschtum nachdrücklichst betont. Abg. Einspinner legte die unbedingte Notwendigkeit der Erhaltung Dalmatiens für Oesterreich wegen des ungehinderten freien Verkehres zur See und nach dem Balkan beweiskräftig dar und stellte das Erscheinen einer Schrift, welche diesen Gegenstand ausführlich behandelt, für die nächste Zeit in Aussicht. Wegen der außerordentlichen Mehrinanspruchnahme der Viehzucht der Alpenländer in der Kriegszeit wird die Regierung eindringlichst ersucht, der alpenländischen Landwirtschaft gleich den Verfügungen des Statthalters von Niederösterreich vom 10. November 1916 Kraftfuttermittel im weitestgehenden Ausmaße zur Verfügung zu stellen. In Bälde sollen allgemeine Vertrauensmännertage zur Besprechung der südösterreichischen Fragen einberufen werden. Der erste in Linz.

Katholische tschechische Abgeordnete gegen die Vierverbandsnote.

Auf einer am Sonntag in Proßnitz in Mähren abgehaltenen Feier zur Thronbesteigung des Kaisers führte das Mitglied der tschechischen katholisch-nationalen Partei RAbg. Valousek bezüglich der Vierverbandsnote an Wilson aus:

Das tschechische Volk will unter Habsburgs Szepter, unter dem es seine Existenz sich bewahrt hat, auch in der Zukunft bleiben. Deswegen lehnt es alle Rettungsangebote ab und ruft England und Rußland zu: „Aerzte, kuriert euch selbst! Staaten, die ihre eigenen Völker treten, können nicht ernst genommen werden, wenn sie Befreiung anderen in Aussicht stellen!"

RAbg. Dr. Hruban richtete an die Versammlung eine Zuschrift, in der es heißt:

„Eure Versammlung ist nach der Veröffentlichung der Note der Entente an den Präsidenten Wilson ein unmittelbarer feierlicher und spontaner Protest gegen die tendenziös und heuchlerisch angebotene Hilfe, ‚die Tschechen und Slovaken aus der Fremdherrschaft zu befreien'. Das ist ein unerhörter Eingriff in die inneren Angelegenheiten unseres Reiches und eine Anmaßung von Rechten, die ausschließlich den Vertretern des tschechischen Volkes zustehen. Diese haben jedoch einmütig und feierlich vor der ganzen Welt erklärt, daß sie auf dem Boden des Reiches und der altehrwürdigen habsburgischen Dynastie stehen. England möge zuvor das katholische Volk der Iren, Rußland die katholischen Polen und Ukrainer befreien. Dort mögen sie ihre Pflicht gegenüber den kleinen Völkern tun. Unser Volk werden sie nicht irreführen und verleiten! Das tschechische Volk sehnt sich nach Selbständigkeit, allein es will sie und alle anderen Rechte nur und ausschließlich in Treue an sein altes Programm und im Rahmen der österreichischen Monarchie und in Hingebung an die altehrwürdige habsburgische Dynastie erreichen. Die einzige Antwort der Tschechen und zugleich der flammende Protest auf die unerhörte Kundgebung der Entente lautet: Aufrichtige Treue für den Kaiser und unseren böhmischen König Karl bis in den Tod!"

Der Brief Hrubans scheint allerdings nicht nur eine Absage an den feindlichen „Befreier", sondern zugleich ein Bekenntnis zur alten Staatsrechtlerei auf der neuen Grundlage der nationalen Autonomie zu sein; denn Hruban spricht ausdrücklich von der Sehnsucht des „tschechischen Volkes" nach „Selbständigkeit". Die Erfüllung einer solchen Sehnsucht hätte die nationale Absonderung und Zusammenfassung der Tschechen in jenen Ländern, die von ihnen bewohnt werden, zur logischen Voraussetzung, da die deutsche Bevölkerung der nämlichen Länder selbstverständlich in eine tschechische Selbstständigkeit unmöglich einbezogen werden könnte. So wird die Staatsrechtlerei zum stärksten Vorspann einer nationalen Zerreißung der Sudetenländer!

Die Zeit

20. I. 1917

7

Ein Appell an die österreichischen Parteien.

* Wien, 19. Januar. In der gestrigen Vollversammlung der Oesterreichischen Politischen Gesellschaft wurde folgende Resolution beschlossen: „Unsere Regierung und die verbündeten Regierungen haben einen Friedensantrag gestellt, in dem sie die Verteidigung des Daseins, der Ehre und der Entwicklungsfreiheit der Mächte des Vierbundes als ihr Kriegsziel erklären. Die Regierungen der Entente haben diesen Antrag auf das schroffste abgelehnt. Während bisher die Vernichtung des deutschen Militarismus als oberstes Kriegsziel der Entente genannt wurde, wird jetzt eingestanden, daß die politische Vernichtung, die Zerreißung Oesterreich-Ungarns geplant ist. Die Antwort auf diese Forderung ist von unseren Soldaten auf den Schlachtfeldern und ebenso von den Bürgern im Hinterlande klar gegeben. Die Haltung, die unser Volksheer und die Bevölkerung bisher eingenommen haben, läßt keinen Zweifel an der hingebenden Aufopferung, mit der sich die Völker der Monarchie für die ungeschmälerte Aufrechterhaltung ihres geschichtlich angestammten Besitzstandes einsetzen. In diesen Tagen der Entscheidung erwächst den politischen Parteien eine erhöhte Pflicht. Die Oesterreichische Politische Gesellschaft, die sich zur Aufgabe stellt, die Parteimeinungen im Staatsgedanken zu verbinden, wendet sich an die österreichischen Parteien mit der dringenden Aufforderung, auf die Ausübung der durch die Verfassung allen Volksstämmen gewährten parlamentarischen Rechte hinzuwirken, um im Parlament einmütig und kraftvoll dem allgemeinen Gefühl Ausdruck zu geben, für welches die Monarchie der geschichtlich bewährte Hort aller in ihr vereinigten Völker ist."

Die Zeit
20.I.1917

Deutschnationaler Verein für Oesterreich.

* Wien, 20. Januar. Am Donnerstag fand die Hauptversammlung des Deutschnationalen Vereins für Oesterreich statt, an der auch die Abgeordneten Pacher, Dr. Waber, Wedra und Dr. Wichtl teilnahmen. In Vertretung des durch Krankheit verhinderten Abg. Wolf sprach Abg. Pacher über die politische Lage. Redner erörterte die Stellung der Partei zur Einberufung des Reichsrates und zum Kabinett Koerber. Wenn die Neuordnung Oesterreichs der parlamentarischen Erledigung überlassen worden wäre, wäre die von der Bevölkerung allgemein gewünschte Kontrolle und Kritik der Verwaltung erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht worden, weil der Reichsrat wieder mit den alten national-politischen Streitfragen belastet geblieben wäre. Von den Ministern Dr. Urban und Dr. Baernreither dürfe man die erfolgreiche Vertretung der deutschen Forderungen bezüglich der Neuordnung des Staates und vor allem ihre endliche Verwirklichung erwarten. Die deutschradikale Partei steht auf dem Standpunkt der Zusammenfassung aller deutschen Kräfte zur Betätigung und Durchsetzung der politischen Ziele des deutschen Volkes, unrichtig wäre es aber, alte bewährte Parteigliederungen zu zerstören, ohne dessen sicher zu sein, daß bessere an ihre Stelle treten.

Lester Lloyd

22./I. 1917

17

Die Politik des Ministeriums Clam.

Ein gelegentlicher Korrespondent schreibt uns aus Wien vom 21. d.:

Von einer mit den Intentionen des Ministerpräsidenten vertrauten Persönlichkeit erhalte ich die folgende Information:

„Wenn Parteiblätter und Parteipolitiker der verschiedensten Farbe die widersprechendsten Meldungen über die innerpolitischen Verhältnisse in Oesterreich verbreiten und sich den Kopf darüber zerbrechen, was eigentlich die Politik des Grafen Clam sei, so bedeutet dies ganz unnötige Kraftanstrengung, die doch in einer Zeit, wie es die jetzige ist, gewiß vermieden werden sollte. Was die Politik des Grafen Clam und seiner Mitarbeiter ist, daraus ist doch niemals ein Hehl gemacht worden. Gleich bei Uebernahme der Geschäfte hat die Regierung eine programmatische Kundgebung verlautbart, aus der alle, die guten Willens sind, alles Wissenswerte erfahren können. Da ist vor allem das uneingeschränkte Bekenntnis der Regierung zur Verfassung und demgemäß zur Herstellung voller verfassungsmäßigen Zustände enthalten, ein Bekenntnis, das sich eigentlich von selbst versteht und darum ebenso gut hätte wegbleiben können, das jedoch mit Absicht in dezidiertester Form abgelegt wurde, weil ein Teil der Oeffentlichkeit einer früheren Regierung — wenn auch ganz unberechtigterweise — verfassungswidrige Tendenzen zuschreiben zu sollen glaubte. Aus dem Versprechen der Herstellung voller verfassungsmäßigen Zustände, die schon vor Kriegsausbruch durch Vertagung des Reichsrats, nach Kriegsausbruch durch Sessionsschluß unterbrochen wurden, folgt naturnotwendig der Wille der Regierung, den Reichsrat aus seiner Erstarrung zu lösen und zu ordnungsmäßiger Funktion wieder flottzumachen.

Daß dies nicht im Handumdrehen, sozusagen von heut auf morgen möglich ist, wird jeder Politiker zugeben, der ernst genommen sein will. Darum hat der Ministerpräsident von der „Ebnung des Weges zum Parlament", von der Schaffung der notwendigen Voraussetzungen dazu gesprochen, und es kann versichert werden, daß, insoweit nicht die vor allem zu lösenden Ernährungs- und die unaufschieblichen kriegswirtschaftlichen Fragen Zeit und Kraft der Regierung in Anspruch nehmen, die Parlamentsfrage in erster Linie es ist, der die Regierung ihr Sinnen und Trachten widmet. Der Ministerpräsident hat sich mit den großen Parteien des Reichsrats in Verbindung gesetzt, mit ihren Führern wiederholt sich besprochen und Ansichten und Wünsche entgegen- und zur Kenntnis genommen. Die Regierung weiß jetzt, was die einzelnen Parteigruppen anstreben und wie sie die Durchführung ihrer Bestrebungen sich denken. Es wird nun Sache der Regierung sein, ihre Entschlüsse zu fassen, um das parlamentarische Leben mit Erfolg, also mit Ausschluß jeder Besorgnis vor einem Fehlschlag, wieder in Gang zu bringen. Der Termin der Einberufung des Reichsrates steht kalendarisch noch nicht fest, was gegenüber den in verschiedenen Blättern angegebenen unterschiedlichen Fristen konstatiert werden soll. Allein man erinnert sich, daß der Monarch noch im November vorigen Jahres den Auftrag gegeben hat, die zur Ablegung seines eidlichen Gelöbnisses auf die Verfassung erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, und daß die derzeitige Regierung in ihrer ersten Kundgebung es nunmehr als ihre Aufgabe erklärt hat, die auf die Erfüllung dieses Auftrages abzielenden Anträge zu stellen. Aus diesem Grunde, und weil ja noch im ersten Halbjahr 1917 die Mandate der jetzigen Abgeordneten erlöschen und in dieser Beziehung gesetzliche Vorkehrungen rechtzeitig getroffen werden müssen, ist nach Schaffung der notwendigen Voraussetzungen die Einberufung des Reichsrats in nicht ferner Zeit zu gewärtigen.

Außer den Ernährungsangelegenheiten, für deren Leitung auf Antrag des Ministerpräsidenten jetzt ein eigener Minister bestellt wurde, ein Beweis, mit welcher Energie die derzeitige Regierung an die Bewältigung dieses Problems herantritt, und außer der Parlamentsfrage, mit der die Regierung als mit der einer nahen Lösung zuzuführenden innerpolitischen Hauptaufgabe sich zu beschäftigen hat, sind es die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Ungarn, die jetzt im Zuge sind. In dieser Sache kann gesagt werden, daß die Vereinbarungen, die die Kabinette Stürgkh und Tißa hierüber getroffen haben, im allgemeinen als Grundlage auch den derzeitigen Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen dienen, wenn auch in einzelnen Fragen noch gewisse Differenzen bestehen, bezüglich deren die Verhandlungen noch fortgeführt werden, in der sicheren Erwartung, daß sie zu einem die beiderseitigen Interessen berücksichtigenden und wahrenden Ergebnisse führen werden.

In den Konferenzen der Parteien mit dem Ministerpräsidenten ist auch die galizische Frage eingehend, und zwar von den verschiedensten Gesichtspunkten erörtert worden, und die Parteiführer haben namentlich über Zeit und Art der Durchführung dieser Angelegenheit ihre Ansichten genau formuliert. In dieser Beziehung kann gegenüber anderweitigen Meldungen festgestellt werden, daß es selbstverständlich bei dem kaiserlichen Handschreiben vom 4. November 1916, in dem die Erweiterung der Autonomie für Galizien angeordnet wurde, verbleibt; es darf jedoch nicht übersehen werden, daß gerade in diesem Handschreiben die Aktivierung der geplanten politisch-administrativen Neuordnung in Galizien jenem Zeitpunkte vorbehalten ist, in dem der neue polnische Staat zur Entstehung gelangt. Dieser Passus des Handschreibens ist maßgebend für die Zeit der beabsichtigten Reform. Für die Art ihrer Durchführung aber gilt für die galizische Frage ebenso wie die wirtschaftlichen und finanziellen Vereinbarungen mit Ungarn das programmatische Bekenntnis der Regierung zur Herstellung voller verfassungsmäßigen Zustände.

Vossische Zeitung
22. I. 1917

18

Die Neuordnung in Oesterreich.

Von
Dr. Julius Sylvester,
Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Die Probleme, die in Oesterreich in nächster Zeit zur Lösung zu bringen sind, sind zahlreich und erheischen eine gründliche Vorbereitung. Wenn auch schon seit Jahren an der Lösung dieser Fragen gearbeitet wurde, so ist es doch notwendig, bevor die endliche Entscheidung erfolgt, nochmals alles durchzusehen, damit keine Fehlgriffe gemacht werden. Ein Nichtösterreicher kann sich von der Schwierigkeit dieser Fragen schwer ein Bild machen, weil er die Verhältnisse kaum kennen lernen kann, wenn er nicht darin aufgewachsen ist und sich nicht längere Zeit hindurch damit beschäftigt hat. Unsere parlamentarischen Verhältnisse sind so kompliziert, daß deren flüchtige Bekanntmachung kaum ein richtiges Bild geben kann. Wenn man erwägt, daß acht Nationen und 26 Parteien, 17 Kronländer, die ganz verschiedene Verhältnisse, wirtschaftliche und politische Grundlagen haben, unter einen gemeinschaftlichen Nenner zu bringen sind, so wird man die Schwierigkeit der Lösung einigermaßen ahnen.

In erster Linie handelt es sich darum, die Staatlichkeit auf eine festere Grundlage, auf einen einheitlichen Fuß zu bringen. Andrerseits darf man aber den mehr oder weniger berechtigten Wünschen der einzelnen Nationen und Landschaften nicht allzusehr nahetreten, sondern muß ihnen doch eine Freiheit zum Leben lassen, um sie nicht zu Gegnern der Staatlichkeit, bezw. des Staates selbst zu machen. Die richtige Grenze zwischen der Vereinheitlichung des Staatsgedankens einerseits und andrerseits der Vielgestaltigkeit der Elemente des Staatslebens zu schaffen, ist die nächste große Aufgabe, die zur Lösung kommen muß. Oesterreich braucht notwendig eine Verstärkung der Staatsgewalt. Es braucht eine einfache Verwaltung, die das ganze Staatsleben zu umfassen strebt. Es braucht eine Ordnung und beschleunigte Form der Staatsverwaltung. Mit dem bloßen Dahindämmern, mit dem Gehenlassen oder — wie Graf Taaffe es nannte — mit dem bloßen Fortwursteln ist es nicht getan. Die Staatsgewalt muß in die Lage versetzt werden, bis in die letzte Einzelwirtschaft ihren Willen zur Geltung bringen zu können. Andrerseits müssen die Eigenheiten der Landschaften und der verschiedenen Völkerschaften in Berücksichtigung gezogen werden. Die Maßnahmen vertragen keinen längeren Aufschub mehr, das jetzige Ministerium ist berufen, entscheidende Maßnahmen zu treffen, die dem Staate geben, was der Staat unbedingt zum Leben braucht, und andrerseits auch die Eigenheiten, die vorhanden sind, nicht ganz unberücksichtigt lassen. In erster Linie ist es notwendig, daß in den Verhältnissen in Böhmen endgültig Ordnung geschaffen wird, damit die beiden Volksstämme, die das Land bewohnen, ohne weitere Reibung nebeneinander leben können. Die Reibungsflächen müssen in den Formen der Verwaltung vollständig behoben werden. Auch in den gemischten Bezirken muß bezüglich der Verwaltung und Schulen Ordnung gemacht werden. Das jetzige Ministerium, das man kurzweg als „böhmisches Ministerium" bezeichnen kann, setzt sich aus Mitgliedern zusammen, die mit den böhmischen Verhältnissen aufs genaueste vertraut sind. Daher ist das Ministerium berufen, diese Ordnung in ehebaldigster Zeit herbeizuführen. Ohne Stärkung der Präsidialgewalt, ohne Beschränkung der Einzelrechte wird es nicht gehen. Alle, die es mit dem Parlamentarismus ernst nehmen, und die Notwendigkeit eines gesunden Konstitutionalismus einsehen, werden dem Gedanken beipflichten, daß gewisse strenge Formen bestehen müssen, um Auswüchsen entgegentreten zu können.

Auch das wirtschaftliche Verhältnis zu Ungarn erheischt dringend eine Lösung. Die Arbeiten sind bereits sehr weit gediehen, und man sagt, daß es nur mehr des Schlußpunktes bedarf, um die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Dem Ministerium erwächst daher die Pflicht, unter Wahrung der Rechte Oesterreichs die Schlußarbeiten möglichst zu beschleunigen, damit auch mit den verbündeten Staaten, insbesondere mit dem Deutschen Reiche, die weiteren Verhandlungen gepflogen werden können. Die Grundlage für die weiteren Verhandlungen bildet der österreichisch-ungarische Ausgleich. Allerdings ist die parlamentarische Genehmigung dieses Ausgleichs notwendig; immerhin kann aber, sobald für den ungarischen Ausgleich die Vorsanktion erreicht ist, mit den Verhandlungen mit dem Deutschen Reich begonnen werden. Auch diese Sache ist dringender Natur, und im großen und ganzen sind auch die Grundlagen und die Vorbereitungen für diese Verhandlungen in nichtoffizieller Weise geschaffen worden.

Was die Ordnung der Verhältnisse Galiziens betrifft, so muß auf das kaiserliche Handschreiben hingewiesen werden, das bereits angedeutet hat, in welcher Richtung Galizien fortan mit Oesterreich verbunden bleiben soll.

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für Cisleithanien hatte das Patent über die Wappenfrage. Erst seit dieser Zeit existiert eigentlich der Staat Oesterreich. Früher gab es nur die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, mit dem Titel „Oesterreich" in eine Einheit zusammengefaßt. Dieses Oesterreich, so alt der Name an sich ist, muß nun erst in Wirklichkeit geschaffen werden. Früher war es ein Staat, der keinen Namen hatte, es waren nur lose Teile im Reichsrat vereinigt. Erst jetzt, da Oesterreich wirklich als ein Staat neben Ungarn in die Erscheinung tritt, erst jetzt kann damit begonnen werden, dieses Reich als Staat Oesterreich und kraftvoll auszugestalten. Die Männer, die jetzt an der Spitze stehen, kennen auch in dieser Richtung die bis jetzt vorhandenen Mängel. Bei ihnen liegt die ungemein schwere Aufgabe, in allem und jedem dieses neue Staatsgebilde zu organisieren und es lebensfähig zu machen für alle Zeiten. Nur dann wird es auch als kraftvoll, als Bundesgenosse gewürdigt und geachtet werden, wenn dies gelingt.

Tägliche Rundschau
23./I. 1917

23
19

Die „vertagte" Sonderstellung Galiziens.

Aus Wien schreibt man uns: Bei einer der jüngsten Besprechungen des Ministerpräsidenten, Grafen Clam Martinitz, mit den Vertretern der politischen und nationalen Gruppen soll die Aeußerung des Regierungschefs gefallen sein, daß „die Frage der Sonderstellung Galiziens derzeit nicht aktuell" sei. Noch vor wenigen Wochen las man es anders. Gleichzeitig mit der Verordnung der beiden Kaiser, durch welches die Neugründung eines Königreiches Polen vollzogen wurde, erging am 5. November v. J. ein Handschreiben Kaiser Franz Josefs an den damaligen Ministerpräsidenten, Dr. v. Körber, durch welches dem Lande Galizien die Verleihung des Rechtes verheißen wurde, „seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklange steht, selbständig zu ordnen". Der ursprüngliche Plan der österreichischen Staatsmänner war ein ganz anderer gewesen. Der Plan war gewesen, ganz Kongreßpolen mit Galizien unter österreichischer Oberhoheit in einem ähnlichen staatsrechtlichen Verhältnis zu vereinigen, wie jenes ist, in dem Kroatien zu Ungarn steht. Dieser Plan hätte naturgemäß die „Sonderstellung" Galiziens zur Folge gehabt und hätte in gleichem Maße den Wünschen der galizischen Polen wie der Deutschen Oesterreichs entsprochen, denn dann wären die galizischen Abgeordneten aus dem österreichischen Reichsrate ausgeschieden, und die deutsche Mehrheit im österreichischen Reichsrate wäre für alle Zukunft sichergestellt gewesen. Die Ostern 1916 formulierten „Forderungen der Deutschen Oesterreichs zur Neuordnung nach dem Kriege", das sogenannte „Osterprogramm der Deutschen, verlangte an erster Stelle ausdrücklich die Sonderstellung Galiziens, der Bukowina und Dalmatiens „unter Ausscheidung der Vertreter dieser Länder aus dem österreichischen Reichsrate".

Der österreichische Plan einer Vereinigung Kongreßpolens mit Galizien scheiterte jedoch an dem Widerspruch des Deutschen Reiches, und man mußte hier schließlich seine Zustimmung zur Errichtung des selbständigen Königreichs Polen geben. Aus dem ursprünglichen Programm verblieb als Rest nur die „Sonderstellung" Galiziens. Dieses war noch eine Hinterlassenschaft des Ministerpräsidenten Graf Stürgkh. Graf Stürgkh soll in seinen letzten Regierungstagen insbesondere den Deutschen gewisse Zusicherungen nach dieser Richtung gemacht haben, daß er unter anderm auch die Sonderstellung Galiziens durch kaiserliche Verordnung auf Grund des § 14 durchführen werde. In der Tat, wenn die Sonderstellung Galiziens überhaupt durchführbar gewesen wäre, wäre sie es nur durch ein Oktroi gewesen. Am 5. November, als das kaiserliche Handschreiben über die Sonderstellung Galiziens publiziert wurde, war Stürgkh bereits tot und Körber an der Regierung. Schon damals müssen sich die Gegnerschaften gegen die Sonderstellung Galiziens sehr stark durchgesetzt haben, denn Ministerpräsident v. Körber schaltete in den bereits im Nachlaß seines Vorgängers vorgefundenen Text des kaiserlichen Handschreibens die bedeutungsvolle Klausel ein: „Zu ihrer gesetzmäßigen Verwirklichung". Das bedeutet, daß der Stürgkhsche Gedanke eines Oktrois der Sonderstellung Galiziens bereits in dem Augenblick ihrer öffentlichen Ankündigung ausgeschaltet war. Das kaiserliche Handschreiben war nur mehr ein Wechsel ohne Zahlungssumme und ohne Zahlungszeit. Rasch türmten sich nun die Hindernisse gegen die Verwirklichung des Projektes bergehoch. Es kam der Thronwechsel, der auch in dieser Hinsicht neue Anschauungen an die Oberfläche gebracht zu haben scheint. Jedenfalls legte Herr v. Körber das ganze Projekt fein säuberlich in eine Schreibtischlade und rührte es nicht mehr an. Ein Staatsmann soll bemerkt haben, die Sonderstellung Galiziens wäre die offene Tür, durch die auch andere Nationen gehen wollen. Jedenfalls scheinen die Tschechen schon sehr frühzeitig ihren Anspruch angemeldet zu haben, daß sie aus der Sonderstellung Galiziens ihre Konsequenzen für die Sonderstellung Böhmens geltend machen müßten. Aber auch die Polen selbst scheinen der Sonderstellung Galiziens nur mehr ein sehr platonisches Interesse entgegenzubringen. Sie machten mit einem Male die Entdeckung, daß sie sich in Oesterreich doch sehr wohl befunden hätten und daß es sich auf Kosten Oesterreichs doch sehr gut gelebt habe. Sie forderten mit einem Male für ihr Ausscheiden aus Oesterreich eine Abfindung, man nennt die bescheidene Summe von 4 Milliarden, angeblich für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden. Die ungarische Regierung erklärte sofort, daß sie dafür keinen Heller hergeben werde, die galizischen Kriegsschäden seien eine innerösterreichische Angelegenheit, ebenso wie Ungarn sich seine Kriegsschäden in Siebenbürgen selbst bezahlen werde. War man somit einmal bei der wirtschaftlichen Beleuchtung der Frage angelangt, so kam man auch bald auf die Entdeckung, daß man nach dem Ausscheiden Galiziens in Oesterreich kein Petroleum und kein Salz, keine Kartoffeln und keine Schweine mehr habe. Und nun versteht man wohl, warum Ministerpräsident Clam Martinitz erklärt hat, die Sonderstellung Galiziens sei nicht aktuell. Wahrscheinlich wird sie nie aktuell werden, oder wenigstens nicht in dem Sinne, wie die Deutschen Oesterreichs es gewünscht und gefordert hatten. An die Ausscheidung der galizischen Abgeordneten aus dem österreichischen Reichrate ist derzeit nicht zu denken. Die deutsche Majorität bleibt ein frommer, aber unerfüllter Wunsch, die slawische Majorität aber eine unerschütterte Tatsache.

Fremdenblatt

23./I. 1917

Die Christlichsozialen beim Ministerpräsidenten.

Der Vorstand der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneten sprach gestern unter Führung des derzeitigen Obmannes Landesausschuß Stöckler beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic vor, der nach freundlicher Bewillkommnung der Abordnung anschließend an die offizielle Antrittserklärung der Regierung vom 21. v. M. in längerer Ansprache und großen Umrissen die allgemeinen Richtlinien entwickelte, von denen sich die Regierung bei ihren Maßnahmen leiten lassen wird; den obersten Leitsatz ihrer Tätigkeit werde stets die Pflege echten und wahren Oesterreichertums und des Staatsbewußtseins bilden. Wenn der Kabinettschef auch im allgemeinen von einer Behandlung von Einzelfragen absah, so gedachte er doch der Flottmachung des Parlaments und der Voraussetzung für den Wiederzusammentritt des Reichsrates; die Freimachung und Ebnung des Weges zum Parlament bilde eine der ersten Aufgaben, deren Lösung die Regierung anstrebe. Den Ernährungsfragen als wichtige und dringendste Belange wende die Regierung ihre besonderen Bemühungen und unablässige Sorge zu, unterstützt von der nicht genug dankenswerten Aufopferung der Bevölkerung.

Obmann Stöckler brachte die aus dem Parteiprogramme entspringenden Forderungen sowie die aktuellsten Wünsche der Partei vor und legte deren Berücksichtigung dem Ministerpräsidenten wärmstens ans Herz; besonders beredte Worte widmete er den die Autonomie der Länder und Gemeinden betreffenden Angelegenheiten, rückte aber ebenso die Ernährungsfragen und die Bekämpfung des Kriegswuchers, wie alle Gattungen der Kriegsfürsorge und der Produktionshebung in den Vordergrund. Gleich wie vorher der Kabinettschef, besprach auch die Abordnung die Einberufung des Reichsrates und die Sicherung seiner klaglosen Arbeits- und dauernden Leistungsfähigkeit. Der Vorstand gab auch der Erwartung Ausdruck, daß es der Regierung gelingen werde, beim Ausgleich mit Ungarn die österreichischen Interessen zu wahren.

Zum Schlusse stellte der Ministerpräsident in Aussicht, gegebenenfalls mit den Vertrauensmännern der Parteien neuerdings Fühlung zu nehmen. Der Vorstand wird der morgigen Vollversammlung des Christlichsozialen Reichsratsklubs über die Besprechung mit dem Grafen Clam-Martinic berichten.

Gleichfalls um mit der Regierung in Fühlung zu treten, erschienen gestern Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Obmann der Christlichsozialen Vereinigung Landesausschuß Stöckler und Minister a. D. Dr. Geßmann beim Minister des Innern Freiherrn v. Handel, mit dem sie Landes- und Gemeinde-, aber auch sonstige politische Fragen besprachen und von dem sie nach längerer Beratung mit günstigem Eindruck schieden.

Reichspost Abendblatt 25. I. 1917 27

Ueber die gestrige Beratung der Christlichsozialen Vereinigung

erhalten wir heute nachstehenden parteiamtlichen Bericht:

KA. Unter Vorsitz des geschäftsführenden Obmannes LA. Stöckler und des Vorstandsmitgliedes Dr. Freiherrn v. Fuchs sowie im Beisein des Parteichefs Landmarschall Prinzen Liechtenstein, der Minister a. D. Dr. v. Wittek und Dr. Geßmann, Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und Oberkurators v. Steiner hielt die Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter gestern eine von mehr als 50 Klubmitgliedern besuchte zehnstündige Sitzung.

Der Vorsitzende eröffnete mit einer feierlichen von den Abgeordneten stehend angehörten Ansprache, in der er darauf hinwies, daß der Klub seit der Thronbesteigung Kaiser Karls heute zum ersten Male versammelt sei. Aus diesem Anlasse beschloß die Vereinigung unter großer Begeisterung die Absendung folgender

Huldigungsdepesche

an die kaiserliche Kabinettskanzlei:

„Die heute tagende Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter im österreichischen Parlamente unterbreitet Eurer kais. und kön. Apost. Majestät alleruntertänigst die Gefühle treuer, unwandelbarer Ergebenheit, welche sie für den über alles geliebten Kaiser und Herrn und das Allerhöchste Herrscherhaus beseelen. Des Himmels reichsten Segen erfleht die Christlichsoziale Vereinigung auf Eure kais. und kön. Apost. Majestät, auf die tief in der Liebe der Völker wurzelnde Allergnädigste Kaiserin und auf die Allerhöchste Familie.

Geruhen Eure Majestät insbesondere für das von den verbündeten Herrschern in väterlicher Fürsorge für ihre Völker an die Feinde gerichtete mannhafte Friedensangebot den alleruntertänigsten nnd innigsten Dank des gesamten christlichen deutschen Volkes huldvollst entgegenzunehmen. Möge es Eurer Majestät als dem Allerhöchsten Kriegsherrn und der unvergleichlichen Tapferkeit Eurer Majestät heldenmütigen Truppen vergönnt sein, den ehrenvollen Frieden zu erzwingen.

Zur Mitarbeit an der Neugestaltung der Dinge und an der Beseitigung der Kriegsfolgen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens wird Eure Majestät die Christlichsoziale Vereinigung getreu den Grundsätzen ihres Programms jederzeit bereit finden.

RAbg. Stöckler, derzeit Obmann."

Der Vorsitzende beglückwünschte die letzthin mit kaiserlichen Auszeichnungen bedachten Mitglieder der Partei; gleichzeitig wurde an Feldmarschall Erzherzog Eugen ein Glückwunschtelegramm gerichtet, als dem genialen und heldenmütigen Führer der Armee, zur Auszeichnung mit dem Großkreuze des Maria-Theresienordens.

Sodann ging der Klub in die sachlichen Beratungen ein, und zwar hielt zunächst Chefredakteur Dr. Funder einen beifälligst aufgenommenen Vortrag über die militärischen Operationen, worauf Minister a. D. Dr. Geßmann einen ausführlichen Bericht über die allgemeine außer- und innerpolitische Lage erstattete. Im besonderen berichtete sodann Obmann Stöckler über

die Verhandlungen mit der Regierung und mit den Parteien

sowie über die sonstigen parlamentarischen Vorgänge. Die Arbeiten des gemeinsamen Vollzugsausschusses mit dem Deutschen Nationalverbande wurden besonders eingehend behandelt und die vom Deutschen Nationalverbande vorgeschlagenen Aenderungen der gemeinsamen Richtlinie vom 7. September 1915 einer gründlichen Darlegung unterzogen. Betreffend die gemeinsamen Richtlinien wurden einige Wünsche nach textlichen Aenderungen vorgebracht, welche dem Deutschen Nationalverbande übermittelt werden, um dann nach dessen Meinungsäußerung der endgültigen Beschlußfassung zugeführt zu werden. Von mehreren Rednern in der Wechselrede wurde auch die Klubleitung aufgefordert, von der Regierung mit aller Entschiedenheit die Einberufung des Parlaments zu verlangen. Ebenso sorgfältig berichtete der Obmann über die im Zuge befindliche gemeinsame Aktion mit dem Deutschen Nationalverbande, betreffend die Festsetzung der volkswirtschaftlichen, sozialen und staatspolitischen Richtlinien, welche seitens der Heeresverwaltung für die seinerzeitige Demobilisierung der Kriegsheere (sowohl was die Abrüstung in bezug auf die Heerespersonen, als auch das Sachmaterial betrifft) zur Anwendung gelangen sollen.

Diesem Referate folgte ein ungemein anschaulicher, exakter Bericht des Abgeordneten und Direktors des Volksernährungsamtes Fink über Ernährungsfragen. An die Berichte schloß sich eine ungemein anregende, eine reiche Fülle von Gesichtspunkten entwickelnde Wechselrede, in der jedoch u. a. auch zahlreiche Beschwerden über Mißgriffe und gegen die Art des Vorgehens bei Requirierungen durch die behördlichen Organe vorgebracht wurden. (Der nächste Satz ist von der Zensur gestrichen.) Die Vereinigung forderte daher die Klubleitung auf, geeignete Schritte zur Behebung der Uebelstände und zur Vorbeugung von Wiederholungen zu unternehmen.

Ein Antrag der Abg. Parrer und Pichler, künftighin eine Aenderung der Sommerzeit zu vermeiden, fand die Zustimmung des Klubs. Die Vereinigung war über den Verlauf und die positiven Ergebnisse der Aussprache ihrer Mitglieder ungemein befriedigt und wird dieselbe im nächsten Monat fortsetzen.

•

Eine deutschnationale Erklärung.

Ein Wiener jüdisch-liberales Montagsblatt hatte die Deutschnationalen, weil sie keine Lust zeigen, die politischen Geschäfte derer zu besorgen, die jetzt anderweitig so viel „beschäftigt" sind, in der üblichen Weise mit dem Wauwau des „Klerikalismus" zu schrecken versucht. Darauf antwortete gestern die „Ostdeutsche Rundschau" (Nr. 17):

Untröstlich sind namentlich Scharfs Erben über die Tatsache, daß nunmehr die Arier in Wien angesichts einer gewissen kriegswuchergilde zu einmütiger Abwehr in Eintracht entschlossen sind. Wie war doch früher der Zustand so schön, da die Arier in Wien sich ständig in den Haaren lagen! An diesem brennenden Streit konnte Israel so schön sein Süppchen kochen. Das erinnert an den bekannten Witz über Meyerbeers „Hugenotten": Protestanten und Katholiken hauen sich und der Jude macht die Musik dazu. Das gibt es nun in Wien nicht mehr, durch Schaden sind eben die Arier klug geworden. Jetzt gibt es nur noch eine gemeinsame Front gegen das Judentum. Das hat uns dieser Krieg gelehrt, jetzt werden wir nach dem Moltkegrundsatz handeln: Getrennt marschieren, aber vereint schlagen!

Und heute kommt das Blatt neuerlich auf das Thema zurück:

Das könnte den Hebräern so passen, wenn die Arier sich in ewiger Zwietracht in der alten Wienerstadt rauften. Nein, ihr angenehmen Zeitgenossen, diese Freude machen wir euch nicht mehr, aber in geschlossener Front werden wir euch auf den Leib rücken, auf daß Wien deutsch und christlich bleibt auf immerdar!

Daß es so werde, wie es hier vom Wiener deutschnationalen Parteiblatt mit erfreulicher Bestimmtheit für alle Zukunft verkündet wird, dafür hat die „Reichspost" und haben die Christlichsozialen seit ihrem Bestande gewirkt. Zwei Parteien, weil es unsinnig wäre, vorhandene programmatische Unterschiede zu verschleiern, aber eine gemeinsame Front gegen gemeinsame Gegner und für gemeinsame Ziele, weil es noch unsinniger wäre, das Trennende zum Gaudium jener, denen gerade unser Gemeinsames (zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik und Fragen der nationalen Kultur!) verhaßt ist, voranzustellen.

Reichspost

25./I. 1917

Abg. Pernerstorfer gegen die „Arbeiter-Zeitung".

Die Wiener „A.-Z." hatte, wie berichtet, den reichsdeutschen Sozialdemokraten gelegentlich der jüngsten Spaltungsvorgänge mit allerlei Ermahnungen und Ratschlägen aufgewartet, wie sie eine endgültige Scheidung der Geister zu vermeiden hätten. Erfolglos, denn inzwischen ist die Scheidung zur Tatsache geworden. Der gewesene sozialdemokratische Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Engelbert Pernerstorfer, Feuilletonist und Kunstreferent der „A.-Z.", nahm an

---

diesem Verhalten des Parteiorgans, mit dem er und viele andere nicht gänzlich der Westlerei verfallene „Genossen" seit langem nicht mehr einverstanden sind, Anstoß und schickte ihm einen Schreibebrief. Dies ist nämlich die einzige Form, in der nichtwestlerische Genossen im Parteiorgan, das ganz von den Westlern mit Beschlag belegt wurde, noch hie und da ausnahmsweise zu Worte kommen können, wobei sie freilich sofort von jenen, die das Parteiorgan als ihr Monopol betrachten, sofort entsprechend als Ketzer abgeurteilt werden. Pernerstorfer ergeht ergeht es nicht glimpflicher; sein Schreibebrief lautet:

Die heutige „Arbeiter-Zeitung" berichtet über die Vorgänge in der neulichen Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses, die zum Austritt von vier Mitgliedern der neunköpfigen sozialdemokratischen Fraktion aus dieser geführt haben. In der Schlußbemerkung wird gesagt, daß dieser Austritt erfolgt sei wegen einer Rede des Genossen Hirsch, der „kriegerischen Schneidigkeit" vorgeworfen wird, ferner daß der Austritt „nicht zu billigen" sei, daß aber das Vorgehen der vier schon begriffen werden könne. Die Rede des Genossen Hirsch wird nicht mitgeteilt. Ich habe sie nach dem zweifellos objektiven Bericht des Berliner „Vorwärts" gelesen und kann in ihr nicht die Spur von „kriegerischer Schneidigkeit" finden. Es ist nicht das erstemal, daß die „Arbeiter-Zeitung" sich in unverkennbarer Weise gegen die deutsche Parteimehrheit auf die Seite der Absplitterer stellt. Dieser Fall scheint mir aber ganz ungewöhnlich wegen des Mangels auch der leisesten Berechtigung. Ich halte mich daher in meinem Parteigewissen dazu verpflichtet, Einspruch zu erheben. Ich bin vermutlich nicht der einzige deutschösterreichische Parteigenosse, der rückhaltlos auf Seite der reichsdeutschen Parteimehrheit steht, und so wenig ich die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" in dem Aussprechen ihrer Ueberzeugungen irgendwie hindern möchte, so sehr möchte ich mir das Recht des Widerspruchs wahren.

Die Redaktion der „A.-Z." knüpft an den Brief eine Erläuterung ihres Verhaltens sowie eine neue Kritik der reichsdeutschen, bezw. preußischen Parteimehrheit und wäscht dann dem kecken Briefschreiber, der einen „Widerspruch" gewagt hat, in folgender Weise den Kopf:

Daß seine Rede (nämlich des Abg. Hirsch) die Ansprüche des Genossen Pernerstorfer an „kriegerische Schneidigkeit" nicht übersteigt, vernehmen wir natürlich ohne Ueberraschung; wir können nur sagen, daß sich diese sozialdemokratische Rede von den anderen in dem Dreiklassenparlament vernommenen Kriegsreden herzlich wenig unterschied. Es ist gewiß das gute Recht des Genossen Pernerstorfer, sich „rückhaltlos" auf die Seite der deutschen Parteimehrheit zu stellen und die Sozialdemokraten der Minderheit mit den gehässigsten Worten anzufallen; die „Arbeiter-Zeitung" zieht es vor, sich auch hier die Freiheit des Urteils zu wahren. Deshalb suchen wir in jedem Falle der Sachlage gemäß zu urteilen und nicht einer allgemeinen „Stellungnahme" oder Stimmung zu folgen, in der Besonnenheit und Gerechtigkeit des Urteilens nicht gerade gedeihen.

Der alte Pernerstorfer muß sich in seinem Blatte, für das er durch Jahrzehnte schrieb, vor seinen Lesern als unbesonnener, unreifer, urteilsloser, gehässigster Mensch hinstellen lassen! Na ja, man liegt, wie man sich bettet; wer ins Ghetto geht, lernt früher oder später das Kratzen. Daß der „A.-Z." die Rede des Genossen Hirsch als eine Kriegsrede erschien, ist begreiflich, bekennt sie doch in ihrem heutigen Leitartikel über ihre Empfindungen in einer Zeit, in der die Völker der Mittelmächte von den Vierverbandsstaatsmännern und ihren sozialistischen Helfern zu einem Kampf auf Leben und Tod gezwungen wurden, folgendes: „Wir fühlen nichts, als daß wir im Kriege stecken, also nichts, als dessen furchtbare und zermalmende Last." Die große Mehrheit der deutschösterreichischen Arbeiterschaft dürfte in dieser Schicksalsstunde des Vaterlands doch sicherlich noch etwas anderes fühlen, etwas, was sich mit der Westlerei des „Zentralorgans" freilich ganz und gar nicht verträgt.

Fremdenblatt
25. X. 1917

Christlichsoziale Vereinigung.

Unter Vorsitz des Abg. Stöckler und des Vorstandsmitgliedes Dr. Freiherrn v. Fuchs, sowie im Beisein des Parteichefs Landmarschall Prinzen Liechtenstein, der Minister a. D. Dr. v. Wittek, Dr. Geßmann, Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und Oberkurators v. Steiner hielt die Christlichsoziale Vereinigung gestern eine von mehr als 50 Klubmitgliedern besuchte zehnstündige Sitzung. Der Vorsitzende eröffnete sie mit einer feierlichen, von den Abgeordneten stehend angehörten Ansprache, in der er darauf hinwies, daß der Klub seit der Thronbesteigung Kaiser Karls zum ersten Male versammelt sei. Aus diesem Anlasse beschloß die Vereinigung unter großer Begeisterung die Absendung folgender Huldigungsdepesche an die kaiserliche Kabinettskanzlei:

„Die heute tagende Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter im österreichischen Parlamente unterbreitet Eurer kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät alleruntertänigst die Gefühle treuer unwandelbarer Ergebenheit, welche sie für den über alles geliebten Kaiser und Herrn und das Allerh. Herrscherhaus beseelen. Des Himmels reichsten Segen erfleht die Christlichsoziale Vereinigung auf Eure kaiserlich und königliche Apostolische Majestät, auf die tief in der Liebe der Völker wurzelnde allergnädigste Kaiserin und auf die Allerhöchste Familie. Geruhen, Eure Majestät, insbesondere für das von den verbündeten Herrschern in väterlicher Fürsorge für ihre Völker an die Feinde gerichtete mannhafte Friedensangebot den alleruntertänigsten und innigsten Dank des gesamten christlichen deutschen Volkes huldvollst entgegenzunehmen. Möge es Eurer Majestät als dem Allerhöchsten Kriegsherrn und der unvergleichlichen Tapferkeit Eurer Majestät heldenmütigen Truppen vergönnt sein, den ehrenvollen Frieden zu erzwingen. Zur Mitarbeit an der Neugestaltung der Dinge und an der Beseitigung der Kriegsfolgen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens wird Eure Majestät die Christlichsoziale Vereinigung getreu den Grundsätzen ihres Programms jederzeit bereit finden. Reichsrats-Abgeordneter Stöckler, derzeit Obmann."

Der Vorsitzende beglückwünschte die letzthin mit kaiserlichen Auszeichnungen bedachten Mitglieder der Partei; gleichzeitig wurde an Feldmarschall Erzherzog Eugen ein Glückwunschtelegramm gerichtet, als dem genialen und heldenmütigen Führer der Armee, zur Auszeichnung mit dem Großkreuze des Maria Theresien-Ordens.

Sodann ging der Klub in die sachlichen Beratungen ein, und zwar hielt zunächst Chefredakteur Dr. Funder einen beifälligst aufgenommenen Vortrag über die militärischen Operationen, worauf Minister a. D. Dr. Geßmann einen ausführlichen Bericht über die allgemeine außer- und innerpolitische Lage erstattete. Insbesondere berichtete sodann Obmann Stöckler über die Verhandlungen mit der Regierung und mit den Parteien, sowie über die sonstigen parlementarischen Vorgänge. Die Arbeiten des gemeinsamen Vollzugsausschusses mit dem Deutschen Nationalverbande wurden eingehend behandelt und die vom Deutschen Nationalverbande vorgeschlagenen Aenderungen der gemeinsamen Richtlinien vom 7. September 1915 einer gründlichen Darlegung unterzogen. Ebenso sorgfältig berichtete der Obmann über die im Zuge befindliche gemeinsame Aktion mit dem Deutschen Nationalverbande, betreffend die Festsetzung der volkswirtschaftlichen, sozialen und staatspolitischen Richtlinien, welche seitens der Heeresverwaltung für die seinerzeitige Demobilisierung der Kriegsheere (sowohl was die Abrüstung in bezug auf die Heeresversonen als auch das Sachmaterial betrifft) zur Anwendung gelangen sollen.

Diesem Referate folgte ein anschaulicher Bericht des Abgeordneten und Direktor des Volksernährungsamtes Fink über Ernährungsfragen. An die Berichte schloß sich eine lebhafte Wechselrede, in der u. a. auch zahlreiche Beschwerden über Mißgriffe und gegen die Art des Vorgehens bei Requirierungen durch die behördlichen Organe vorgebracht wurden. Die Vereinigung forderte die Klubleitung auf, geeignete Schritte zur Behebung der Uebelstände und zur Vorbeugung von Wiederholungen zu unternehmen. Betreffend die gemeinsamen Richtlinien wurden einige Wünsche nach textlichen Aenderungen vorgebracht, welche dem Deutschen Nationalverbande übermittelt werden, um dann nach dessen Meinungsäußerung der endgiltigen Beschlußfassung zugeführt zu werden. Von mehreren Rednern in der Wechselrede wurde auch die Klubleitung aufgefordert, von der Regierung mit aller Entschiedenheit die Einberufung des Parlaments zu verlangen. Ein Antrag der Abgeordneten Parrer und Pichler, künftighin eine Aenderung der Sommerszeit zu vermeiden, fand die Zustimmung des Klubs. Die Vereinigung war über den Verlauf und die positiven Ergebnisse der Aussprache ihrer Mitglieder sehr befriedigt und wird sie im nächsten Monat fortsetzen.

Neues Wiener Tagblatt

26./I. Abendbl. 1917.

Deutschwirtschaftlicher Volksverein Innere Stadt.

Vorgestern wurde im Rittersaal, Johannesgasse Nr. 2, eine Vollversammlung des Deutschwirtschaftlichen Volksvereines Innere Stadt abgehalten, in der Abg. Friedmann berichtete. Redner gab Aufschluß über die Gründe seines Austrittes aus dem Deutschen Nationalverband, besprach die letzten Ministerwechsel und nahm sodann zur Frage der Einberufung des Reichsrates Stellung, die er für dringlich und unerläßlich erklärte. Zur Hebung des Staatsgefühls, im Interesse des moralischen Einflusses auf die Bevölkerung, nicht zuletzt des Auslandes, sowie zur Schaffung des Gleichgewichtes mit Ungarn sei die Einberufung des Reichsrates ebenso notwendig wie wegen der Kontrolle der Ausgaben und der vielfachen gesetzgeberischen Maßnahmen, die ihrer ordnungsmäßigen Erledigung harren.

Redner weist unter anderm auf die Finanzfragen, die rechtzeitige Einflußnahme auf die Vorbereitungen zu den Verhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn, die Vorsorge für die Invaliden und ihre Angehörigen, die Approvisionierung, das Lieferungswesen und die Ueberprüfung der Ausgaben hin. Wie in andern Parlamenten, die sich von der gebührenden Einflußnahme auf den Gang der großen Geschehnisse nicht haben abhalten lassen, würde auch bei uns in geschlossenen Sitzungen und besonderen Ausschüssen verhandelt werden.

Abg. Friedmann erinnert an die Geschichte unsres Verfassungslebens und warnt vor der Mißachtung des nach schweren Kämpfen Errungenen. Ein Ausbau der verfassungsmäßigen Rechte werde nach dem Kriege im eigensten Interesse des Staates liegen. Sodann besprach Redner die Autonomiefrage und erklärt sich vom finanziellen Standpunkt sowohl wie im Interesse der Staatshoheit und der einheitlichen Verwaltung für einen Abbau der Länderautonomie. Des weiteren besprach Redner das Verlangen des Vierverbandes nach Wahrung des Nationalitätenprinzips, erörterte die Adresse Wilsons, indem er den unverletzten Bestand der Donaumonarchie als eine absolute Notwendigkeit für den europäischen Frieden erklärte. Das nationale Problem in Oesterreich wird unter voller Gewähr der den Deutschen nach den Erfahrungen dieses Krieges doppelt gebührenden Stellung und ohne Verletzung des kulturellen Eigenlebens der einzelnen Nationen auf dem Wege ruhiger und sachlicher Erwägungen einer gedeihlichen Lösung zuzuführen sein. Zum Schlusse seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen berichtete Abg. Friedmann über die Schritte, damit die Wiener Abgeordneten in der Frage der Einberufung des Reichsrates zu Worte kommen und darauf abzielende Bestrebungen der Regierung unterstützen.

Österr. Volkszeitung
26./I. 1917

Abg. Hartl vor seinen Wählern.

Aus Reichenberg wird uns geschrieben: Am 22. d. erstattete der Abgeordnete für Reichenberg Regierungsrat Hartl in einer vom Deutschnationalen Verein einberufenen Vertrauensmännerversammlung aller deutschbürgerlichen Parteien einen Bericht über die politische Lage. Er erörterte eingehend die Haltung des deutschen Nationalverbandes zu den Regierungen Koerber und Clam-Martinic und erklärte, daß eine Weigerung Dr. Urbans und Dr. Baernreithers in das gegenwärtige Kabinett einzutreten, ein schwerer, verhängnisvoller Fehler gewesen wäre. Eine Verantwortung für die Regierungspolitik habe, wie ausdrücklich erklärt worden sei, damit weder der Nationalverband noch die christlichsoziale Partei übernommen, wohl aber sei damit der ernste Wille bekundet worden, dem Kaiser bei der Neuordnung der Dinge mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und dabei alle aus den Kriegserfahrungen geschöpfte Erkenntnis zur Wirkung zu bringen. In dieser Zuversicht sehe der Nationalverband ohne überschwenglichen Optimismus, aber mit Ruhe, in zuwartender Haltung den Taten des Ministeriums Clam-Martinic entgegen.

Des weiteren führte Abg. Hartl aus, daß die auch die österreichischen Ansprüche voll berücksichtigende Erwirkung eines langfristigen Ausgleiches mit Ungarn und dessen parlamentarische Erledigung einen Punkt des Regierungsprogramms bilde und eine der Voraussetzungen für die Uebernahme des Handelsportefeuilles durch Doktor Urban gewesen wäre. Schon mit Rücksicht darauf, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland sofort aufgenommen werden müssen, sobald die äußere Lage dies zuläßt, sei es nötig, den österreichisch-ungarischen Ausgleich auf parlamentarischem Weg in Ordnung zu bringen. Im weiteren besprach Redner die Einigungsbestrebungen unter den deutschen Abgeordneten und erklärte, daß er jederzeit für eine möglichst weitgehende Vereinigung von Abgeordneten eingetreten sei und daß er nach wie vor insbesondere auch dahin wirken werde, die deutschen Sozialdemokraten für die Durchsetzung unserer nationalen Grundforderungen zu gewinnen.

Bezüglich der Einberufung des Parlaments erklärte Abg. Hartl, es sei wohl selbstverständlich, daß kein Abgeordneter grundsätzlich dagegen sein könne. Unter den gegebenen Verhältnissen müßten aber vorerst die Voraussetzungen für ein fruchtbares parlamentarisches Leben geschaffen werden. Unsere Bestrebungen und Hoffnungen seien darauf gerichtet, mit möglichster Beschleunigung eine derartige Neuordnung der Verhältnisse zu schaffen, daß eine gesunde und kräftige Arbeit des Parlaments ermöglicht werde.

Nach diesen mit großem und langanhaltendem Beifall aufgenommenen Darlegungen wurde über Antrag des Stadtverordneten J. Zenker die folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Versammlung hat den ausführlichen Bericht des Abgeordneten Hartl zustimmend zur Kenntnis genommen, dankt ihm für seine auf eine wirksame und einmütige Vertretung der deutschen Forderungen gerichtete Tätigkeit und spricht ihm das vollste Vertrauen aus."

Reichspost
27. I. 1917

Die Forderungen Galiziens für Kriegsleistungen.

Wie die Korr. Polonica erfährt, hat dank den vom Statthalter von Galizien Freiherrn v. Diller unternommenen Schritten am 23. d. M. eine Konferenz in Sachen der Auszahlung von Gebühren für die Kriegsleistungen in Wien stattgefunden. An der Konferenz, welche unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic stattfand, nahmen teil: Der Minister für Landesverteidigung Freiherr v. Georgi, Finanzminister Dr. v. Spitzmüller, der Minister des Innern Freiherr v. Handel, der Minister für Galizien Dr. Bobrzynski, der Statthalter von Galizien Freiherr v. Diller, sowie die Referenten des Ministeriums für Landesverteidigung und der galizischen Statthalterei. Es wurden in allgemeinen Umrissen alle jene Forderungen besprochen, die hinsichtlich der Auszahlung von Gebühren für die Kriegsleistungen erhoben und vom Minister für Galizien sowie vom Statthalter vorgebracht wurden, darunter die Beschleunigung in der Auszahlung, die Feststellung einer einheitlichen Interpretation des Kriegsleistungsgesetzes, die aus dem Titel der Kriegsleistungen angemeldeten Forderungen aus den evakuierten Bezirken Galiziens, in welchen die Kommissionen für Kriegsleistungen nicht mehr funktionieren, die Beschleunigung der Auszahlung für Kriegsleistungen im Ausgleichsverfahren. — Am 24. d. M. fand unter dem Vorsitze des Ministers für Landesverteidigung Freiherrn v. Georgi und in Anwesenheit des Ministers für Galizien Dr. Bobrzynski sowie des Sektionschefs Marek vom Finanzministerium eine Konferenz der beteiligten Ministerialreferenten über die erwähnten Wünsche statt, die in den zweitägigen Beratungen bei den maßgebenden Faktoren eine freundliche Aufnahme gefunden haben. Nach gepflogenen Einvernehmen mit der ungarischen Regierung werden die entsprechenden Anordnungen getroffen werden.

Österr. Volkszeitung
27./I. 1917

Präsident Dr. Sylvester über die Neuordnung in Oesterreich.

In der „Vossischen Zeitung" äußert sich Präsident Dr. Sylvester in einem Artikel unter dem Titel „Die Neuordnung in Oesterreich" über die Verhältnisse in Oesterreich unter anderem folgendermaßen: „Die richtige Grenze zwischen der Vereinheitlichung des Staatsgedankens einerseits und andererseits der Vielgestaltigkeit der Elemente des Staatslebens zu schaffen, ist die nächste große Aufgabe, die zur Lösung kommen muß. Oesterreich braucht notwendig eine Verstärkung der Staatsgewalt. Es braucht eine einfache Verwaltung, die das ganze Staatsleben zu umfassen strebt. Es braucht eine Ordnung und beschleunigte Form der Staatsverwaltung. Die Staatsgewalt muß in die Lage gesetzt werden, bis in die letzte Einzelwirtschaft ihren Willen zur Geltung bringen zu können. Andererseits müssen die Eigenheiten der Landschaften und der verschiedenen Völkerschaften in Berücksichtigung gezogen werden. Die Maßnahmen vertragen keinen längeren Aufschub mehr, das jetzige Ministerium ist berufen, entscheidende Maßnahmen zu treffen, die dem Staat geben, was der Staat unbedingt zum Leben braucht und andererseits auch die Eigenheiten, die vorhanden sind, nicht ganz unberücksichtigt lassen. In erster Linie ist es notwendig, daß in den Verhältnissen in Böhmen endgültig Ordnung geschaffen wird, damit die beiden Volksstämme, die das Land bewohnen, ohne weitere Reibung miteinander leben können. Die Reibungsflächen müssen in den Formen der Verwaltung vollständig behoben werden . . . Das jetzige Ministerium setzt sich aus Mitgliedern zusammen, die mit den böhmischen Verhältnissen aufs genaueste vertraut sind. Daher ist das Ministerium berufen, diese Ordnung in ehebaldigster Zeit herbeizuführen. Ohne Stärkung der Präsidialgewalt, ohne Beschränkung der Einzelrechte wird es nicht gehen. Alle, die es mit dem Parlamentarismus ernst nehmen und die Notwendigkeit eines gesunden Konstitutionalismus einsehen, werden dem Gedanken beipflichten, daß gewisse strenge Formen bestehen müssen, um Auswüchsen entgegentreten zu können.

Der Morgen
29. I. 1917
41

Neuerliche Übergehung Hohensinners.

Aus der Wiener Burgfriedenzeit.

Als im Jahre 14 jener entsetzliche Weltkrieg über Österreich hereinbrach, da vereinigten sich alle Bewohner dieses Reiches und sprachen das große Wort aus in der inneren Politik solle von jetzt ab ein Burgfriede herrschen und die Kraft aller Mitmenschen ausschließlich dazu verwendet werden, den äußeren Feind zu bekämpfen, die Zurückgebliebenen zu versorgen und arbeitsfähig zu erhalten. Auch im Wiener Rathaus wurde der Burgfriede feierlich verkündet, alle Parteien gingen mit Freude darauf ein, die Obmännerkonferenz wurde gebildet. Allein nach einer nicht zu langen Zeit zeigte sich, in welcher Weise der Burgfriede von Seite der christlichsozialen Partei ausgelegt wurde. In zahlreichen Versammlungen wurde ausgesprochene Parteipolitik von den Führern der Partei getrieben, Reden und Kommuniquees wurden an die Presse versendet, auf welche die Opposition nicht antworten konnte, ja sogar die Verhandlungen in der Obmännerkonferenz wurden so geleitet, daß oftmals der Obmann des Bürgerklubs das Schlußwort erhielt, welches natürlich ohne Erwiderung blieb. Gerade diese Ausführungen aber wurden an die Presse versendet. Die christlichsozialen Parteiorgane legten sich nicht den allergeringsten Zwang auf in ihrem rüden Ton und in ihren konfessionellen Hetzereien. Man fand es für angezeigt, einen prominenten Parteigenossen gerade in dieser Zeit zum Ehrenbürger von Wien zu ernennen, was geradezu als eine Provokation der freiheitlich bürgerlichen Opposition angesehen werden mußte. Bei den Armenratswahlen in der Leopoldstadt wurden unter gröblichster Verletzung des Burgfriedens sämtliche von der Bezirksvertretung dieses Bezirkes Gewählten einfach unbeachtet gelassen und ausschließlich die von Stadtrat Wagner Vorgeschlagenen ernannt. Im Stadtrate selbst waren sechs Mandate erledigt und wäre es selbstverständliche Pflicht der Majorität gewesen, im Zeichen des Burgfriedens sofort die schlüsselmäßige Anzahl Oppositioneller hineinzunehmen. Sie hat zweieinhalb Jahre vorübergehen lassen und erst jetzt drei Mandate angeboten, unter der Bedingung, daß die Opposition mit einer Vermehrung der Mandatszahl um drei einverstanden sei. Also nicht Gerechtigkeit und Burgfriede, sondern Mandatschacher. Als die Opposition dann als ihren Kandidaten G.-R. Hohensinner nannten, erklärten sie diesen unter keinen Umständen wählen zu wollen und lieber zwei Juden zu nehmen. Man versuchte verschiedene Wege, Hohensinner zum Verzicht zu bewegen, allein der nackensteife Teil der Partei hielt fest, so daß diese Versuche fehlschlugen. Hohensinner aber mußte gestraft werden. Obwohl schon lange an der Reihe, Bürgerschuldirektor zu werden, wurden ihm immer viel jüngere Kollegen vorgezogen. Jetzt war wieder eine Direktorstelle in seinem Schulbereiche im zehnten Bezirk frei. Für diese Stelle haben zwölf Herren eingereicht, mit 34 bis herab zu 24 Dienstjahren, darunter Gemeinderat Hohensinner als der Älteste mit 34 Dienstjahren. Ernannt wurde aber der Rangsjüngste, der christlichsoziale Bezirksrat und Hauptwahlagitator Stefan Semrad mit nur 24 Dienstjahren. Die Tätigkeit dieses Lehrers bestand außer seiner Agitation für die Christlichsozialen darin, sich nicht weniger als fünfmal versetzen zu lassen, um pekuniäre Vorteile zu erlangen, was ihm jedesmal bewilligt wurde. Nachdem eine Direktorstelle infolge der geringen Dienstjahre für ihn nicht spitzemisiert werden konnte, wurde die Schule am Hebbelplatz geradezu für ihn gebaut, da für dieselbe sonst keinerlei Bedürfnis vorhanden war. Von allen übrigen Schulen mußten erst Schüler abgegeben werden, um sie überhaupt lebensfähig zu machen. Dieser Herr Semrad nun ist dem Gemeinderat Hohensinner, dem Schöpfer der vierten Bürgerschulklasse, zugleich Ehrenpräsident des Reichsvereines der Bürgerschullehrer, vorgezogen worden, dessen Qualifikation sogar von den christlichsozialen Vorgesetzten mit vollkommen zufriedenstellend und für die Leitung als bestens geeignet bezeichnet wird und der außerdem um zehn Dienstjahre mehr hat.

Herr Gemeinderat Hohensinner ist eigentlich selbst schuld daran, daß er nicht Direktor geworden ist. Vor nicht allzulanger Zeit trat eine leitende Persönlichkeit der christlichsozialen Partei an den Obmann des freiheitlichen Parteivorstandes heran mit dem Anbot, Gemeinderat Hohensinner könne sofort Direktor werden, wenn er auf seine Kandidatur in den Stadtrat verzichtet. Und solche Dinge wagen die Herren unter Berufung auf den Burgfrieden. Die zahlreichen neuen Ritter in der Opposition aber wissen nicht mehr, wo sie das alte Schwert hingestellt haben, mit welchem sie einstmals ihren Wählern versprochen haben, für Freiheit und Recht zu streiten. Wahrlich, wie anständig sind doch noch die Preistreiber und Wucherer, denn sie handeln nur mit Seife oder Karpfen, aber nicht mit Gesinnungen.

Dr. Leopold Blasel.

Fremdenblatt
30./I. 1917

Polnischer Staatsrat.

K. Warschau, 28. Jänner. Die Blätter berichten über die Stadtratssitzung vom 25. Jänner, in der Präsident Suligowski zum ersten Male den Vorsitz führte. Zu Vizepräsidenten wurden Artur Sliwinski und Josef Zawadzki gewählt. In der Sitzung wurde die Ermäßigung der Grundsteuer beschlossen.

Die Stadträte von Warschau, Petrikau und Lublin richteten an den provisorischen Staatsrat Adressen, worin sie den Staatsrat als die höchste staatliche Instanz Polens begrüßen.

Der provisorische Staatsrat sandte an Kaiser Wilhelm anläßlich seines Geburtstages ein Telegramm, in dem es heißt: „Mögen die hochherzigen Entschlüsse Eurer Majestät gedeihlich erfüllt werden. Geruhen Eure Majestät, den Ausdruck tiefgefühlter Dankbarkeit entgegenzunehmen für die Kundgebung und Verheißung vom 5. November 1916, wodurch Eure Majestät in weiser Erkenntnis der die Menschheit fördernden Kriegsziele mit Allerhöchstdero erhabenem Verbündeten die Wiederherstellung des polnischen Staates verbürgt haben."

Arbeiterzeitung

31. I. 1917

45

Die Dränger sind verstummt.

Durch die ganze unselige Stürgkhsche Zeit war der Graf Clam-Martinic ein Dränger nach dem Parlament. Er nahm an den Besprechungen bei dem Grafen Sylva-Tarouca teil; er ist einer der Urheber der Resolution der drei Gruppen des Herrenhauses, in der die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit gefordert wurde. Am sechsten Oktober des vergangenen Jahres erklärten die Vertreter des Herrenhauses: „Die allgemeine Lage erfordert die Mitwirkung der parlamentarischen Körperschaften. Es ist die Beratung der auswärtigen Politik sowie gewisser innerpolitischer Fragen, insbesondere der Frage der Approvisionierung, eine dringende Notwendigkeit geworden. Wir müssen den Weg zur parlamentarischen Behandlung dieser Angelegenheiten ebnen, und es ist notwendig, jene Voraussetzungen zu schaffen, die einen erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen sichern." Und wenn auch die Herrenhäusler die Einberufung des Reichsrates da nicht forderten, sondern sich mit der der Delegationen begnügen wollten — die sie allerdings „unverzüglich" begehrten und als „unerläßlich" erklärten —, so hat das natürlich keinen anderen Grund gehabt als den, daß damals der verstockte Widerstand des Grafen Stürgkh eben unüberwindlich schien. Graf Clam-Martinic erschien auch in der Versammlung der Vertreter der Parteien des Abgeordnetenhauses (am 23. Oktober); auch da sprach er sich mit Entschiedenheit dafür aus, daß das Parlament wieder in seine Rechte eingesetzt werde. Aber „wie Arbeitsfähigkeit" mahnt, das Erbe Stürgkh, „das keinen anderen Zweck haben, als der Einberufung des Reichsrates zu entgehen. Wir haben ein Ministerium, in dem Clam-Martinic und Bärnreither die Führung haben, die beide an der Spitze der Aktion des Sommers für die Einberufung des Reichsrates gestanden sind; und wo stehen wir jetzt? Daß immer offener erklärt wird, an die Einberufung sei nicht zu denken. Warum nicht? Früher wußte man es: weil Stürgkh sie nicht wollte, sie nicht wollen konnte! Aber warum will sie Clam-Martinic nicht? Das sollte er der Welt doch sagen!

Wenn das Abgeordnetenhaus heute zusammenträte, würde es morgen tätig sein; im ganzen Hause ist auch nicht ein Mensch, der willens wäre und fähig sein könnte, die Arbeit des Hauses zu stören. Wenn es der Graf Clam-Martinic nicht glaubt, so kann er die Probe auf das Exempel ja machen: die Probe, die darin besteht, ob sich aus den Parteien des Abgeordnetenhauses für eine die Arbeitsfähigkeit des Hauses verbürgende Geschäftsordnung eine Mehrheit herausbilden läßt. Wir haben keinen Zweifel, daß dies möglich, daß dies gewiß ist; wie kann die Arbeitsfähigkeit des Hauses aber danach bestritten werden? Welche Bürgschaften könnten denn gebraucht werden und welche können denn gegeben werden, als eben die Arbeitswilligkeit jedes Einzelnen und die des ganzen Hauses? Als die Regierung Clam-Martinic auftrat, weissagten die Schmeichler, deren in Oesterreich jeder „gekommene" Mann gewiß ist, daß die Lösung der politischen Probleme nun in dem raschesten Tempo vor sich gehen werde. Alles werde mit kräftiger Hand angepackt werden, und womit man in Generationen nicht fertig geworden ist, das werde jetzt sozusagen im Handumdrehen bewältigt werden. Wir aber sehen, daß selbst die reifste Sache, nämlich die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit, diese Voraussetzung alles Erneuerns, nicht weitergeht, und daß wir mit der politischen Erkenntnis, statt vorwärts zu kommen, rückwärts gehen. Wenn die Regierung nicht den Mut hat, das Selbstverständliche zu tun, so schwindet jede Hoffnung auf Belebung und Erneuerung. Wir sprechen zu Clam-Martinic die Worte, die er zu Stürgkh gesprochen: daß die „unüberwindlichen Hindernisse" nun in ihm liegen.

Kriegsrat.

Eine Konferenz in Petersburg.

Petersburg, 29. Jänner. (Petersburger Telegraphenagentur.) Demnächst wird hier eine Konferenz der [illegible] stattfinden. Die Marinemacht [illegible]

Neues Wiener Tagblatt

1./II. 1917

Eine Kundgebung der friaulischen Volkspartei.

Anläßlich der Huldigung der Kronländerdeputationen versammelten sich am 2. d. im Reichsratsgebäude die Mitglieder des Görzer Landtagklubs der friaulischen Volkspartei unter dem Vorsitz des Obmannes Reichsratsabgeordneten Dr. Bugatto und in Anwesenheit des Görzer Landeshauptmannes Monsignore Dr. Faidutti und des der friaulischen Volkspartei angehörenden Herrenhausmitgliedes Exzellenz Freiherrn v. Locatelli und beschlossen folgende Kundgebung:

„Der Klub der friaulischen Volkspartei im Görzer Landtag spricht seine volle und einmütige Zustimmung zu der Erklärung aus, welche Monsignore Dr. Faidutti dem Minister des Aeußern vor einigen Tagen als Erwiderung auf die Ententenote überreicht hat. Der Klub bekundet seinerseits öffentlich und feierlich, daß das friaulische Volk mit Entrüstung und Stolz jeden Gedanken an eine Angliederung an das Königreich Italien von sich weist, drückt im Namen des ganzen friaulischen Volkes den heißen Wunsch aus, daß die österreichischen Waffen so bald als möglich und auf immer die friaulischen Gebiete von dem Unheil befreien, welches Italien in verbrecherischer Weise auf sie geschleudert hat; erneuert im Namen aller friaulischen Familien, welche unsägliches Leid erdulden, im Namen aller friaulischen Kämpfer, welche für Oesterreich streiten und sterben, die Versicherung, daß die angestammte Treue, durch so viele Schicksalsschläge erprobt, nur kräftiger und unbeugsamer hervorgehen wird, daß der Friauler nur ein Vaterland liebt — und das ist Oesterreich, nur für einen Herrscher lebt und stirbt — und das ist der Kaiser aus dem Hause Habsburg!"

Für den friaulischen Landtagklub:
Dr. Josef Bugatto, Georg Freiherr v. Locatelli, Dr. Peter v. Flego, Gino Conte Prandi, Anton Piccinini, Olivio Poyton, Dr. Artur Rebulla."

Österr. Volkszeitung
2. II. 1917

Abg. Heine über die deutschen Forderungen.

Tetschen, 28. Jänner.

In einer zahlreich besuchten Versammlung sprach am 28. v. M. in Tetschen Abg. Baurat Heine über die innerpolitische Lage, die seit geraumer Zeit beherrscht ist durch die Frage der Neuordnung in Oesterreich. Die Deutschen Oesterreichs erheben in voller Einigkeit und Einmütigkeit in diesem Belangen im Interesse des Staates drei Forderungen: 1. Einführung der deutschen Staatssprache, 2. Neuordnung in Böhmen durch Kreiseinteilung und Kreisverfassung, nationale Kurien im Landtag und Ordnung des Schulwesens, 3. Sonderstellung Galiziens. Als Abschluß dieses Werkes der Konsolidierung soll dann eine neue Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus unter den sodann völlig neuen Verhältnissen die Voraussetzungen ersprießlicher, fruchtbringender Arbeit darbieten. Es sprachen dann noch Abg. Richter und der Sekretär der deutschen Arbeiterpartei Krebs, worauf folgende von Professor Westermeier vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen wurde: Die deutsche Wählerschaft von Tetschen und Bodenbach sowie die Vertrauensmänner der Städte Bensen, Böhmisch-Kamnitz und Steinschönau billigen und unterstützen die politische Haltung der deutschradikalen Partei und stehen in festem Vertrauen zu deren Reichsratsabgeordneten. Im besonderen wird dem verdienten Abgeordneten des Bezirkes Baurat Heine für seine unermüdliche Tätigkeit herzlicher Dank und vollstes Vertrauen zum Ausdruck gebracht. Die Wählerschaft verlangt von der Regierung, daß sie den schicksalsschweren Erfahrungen des Weltkrieges in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht Rechnung trägt und in dem durch die herrlichen Waffentaten unserer siegreichen Armeen erstarkten und verjüngten Oesterreich mit starker Hand jene Neuordnung schafft, welche dem deutschen Staatsvolk die gebührende Stellung sichert und damit auch dem Vaterland den Aufstieg in eine bessere Zukunft verbürgt. In diesem Sinne wird die ungesäumte rascheste Durchführung aller politischen Maßnahmen verlangt, welche die Voraussetzung für eine ersprießliche Tagung des Abgeordnetenhauses bilden. Von der baldigen Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Lebens erwartet die Bevölkerung vor allem Schutzgesetze gegen den grenzenlosen Wucher [illegible] allen unentbehrlichen Gegenständen des täg[illegible] Bedarfes und eine gerechte, gleichmäßige [illegible]eilung der Lebensmittelvorräte im Bereich der gesamten Monarchie. In dieser Hinsicht wird auch die Ernennung des militärischen Ernährungsministers begrüßt. Die Wählerschaft des Tetschen-Bodenbacher Bezirkes nimmt die straffere Neuorganisation des deutschen Nationalverbandes mit Befriedigung zur Kenntnis und begrüßt die zum Zwecke der Verwirklichung der nationalen Forderungen Deutschösterreichs erfolgte Blockbildung der beiden großen deutschen Parteiverbände. Die Ablehnung des Friedensangebotes der Zentralmächte läßt unzweifelhaft erkennen, daß die Kriegsziele unserer Feinde auf die völlige Vernichtung Deutschlands und die Aufteilung unserer Monarchie gerichtet sind. Die Deutschen Oesterreichs werden daher mit gesteigerter Zähigkeit durchhalten und weiterkämpfen bis zum siegreichen Ende!

Neues Wiener Tagblatt
4/II. 1917

Die Absage der Tschechen an die „Befreier".

Dem Minister des Aeußern Grafen Czernin ist vom Präsidium des Tschechischen Verbandes eine Zuschrift zugekommen, welche in deutscher Uebersetzung lautet, wie folgt:

„Euer Exzellenz!

Im Hinblick auf die Antwort der Staaten des Vierverbandes an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Wilson, in welcher die mit unsrer Monarchie Krieg führenden Staaten außer anderm auch „die Befreiung der Tschechen von der Fremdherrschaft" als eines der Ziele anführten, zu welchem sie mit Waffengewalt gelangen wollen, weist das Präsidium des Tschechischen Verbandes diese Insinuation, welche auf gänzlich unrichtigen Voraussetzungen beruht, zurück und erklärt kategorisch, daß das tschechische Volk wie immer in der Vergangenheit, so auch in der Gegenwart und in der Zukunft bloß unter dem habsburgischen Zepter seine Zukunft und die Grundlagen seiner Entwicklung erblickt.

Wien, 31. Jänner 1917.

F. Stanek, Dr. V. Smeral,
Mastalka."

Reichspost

7. II. 1919

Ein Vermächtnis der Christlichsozialen Vereinigung.

Zahlreiche Mitglieder der Christlichsozialen Vereinigung bewerben sich nicht mehr um ein Mandat, nehmen daher Abschied vom Hause am Franzensring. In diesem Augenblicke schien es der Vereinigung am Platze zu sein, dem Christlichsozialen Klub der kommenden Nationalversammlung als politisches Vermächtnis und als Leitgedanken für die hohe Aufgabe der verfassunggebenden Nationalversammlung nachstehenden, in der heutigen letzten Klubsitzung einhellig gefaßten Beschluß zu hinterlassen:

Die Christlichsoziale Vereinigung steht uneingeschränkt auf dem Boden der demokratischen Republik.

Sie fordert für die Länder und Gemeinden Anerkennung ihrer geschichtlichen Rechte, ihrer Freiheiten und des Rechtes auf Selbstbestimmung; sie fordert weitgehende Selbstregierung und Selbstverwaltung in Staat und Gesellschaft, die Reform der Verwaltung in demokratischem Geiste und im Zusammenhange damit die berufsständische Gliederung der Gesellschaft.

Die Christlichsoziale Vereinigung wünscht dauernd friedliche Beziehungen zu allen Nachbarstaaten und verlangt das Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen im alten Oesterreich, und zwar für alle deutschen Siedlungen; für Deutschösterreich aber fordert sie, unter Wahrung demokratischer Freiheit und seiner Stammeseigenart, unter Schonung seiner berechtigten Sonderinteressen, den engen, staatsrechtlichen Zusammenschluß mit den übrigen deutschen Stämmen im Reiche.

Die Vereinigung erwartet, daß der neue Klub als christliche und staatserhaltende Partei seine ganze Kraft daran setzen wird, um, bei aller Rücksicht auf die persönliche Freiheit, ehestens wiederum eine kräftige innere Ordnung aufzubauen, die im eigensten Interesse des ganzen Volkes die unbehinderte Ausübung aller politischen und religiösen Freiheiten und Rechte sowie den gesicherten Genuß redlich erworbenen Besitzes gewährleistet. In der Erkenntnis, daß wahre Volksfreiheit nur in der Ordnung ruht und gerechte Anteilnahme aller Stände an den öffentlichen Angelegenheiten zur Voraussetzung hat, verurteilt die Vereinigung ebenso sehr jedwede gegen den Bestand des Freistaates gerichtete Reaktion oder Umsturzbewegung, wie auch die Bestrebungen nach Aufrichtung irgendwelcher Klassenherrschaft.

Die Vereinigung erhofft sich vom neuen Klub Einigkeit und Eintracht, eifrige und zielbewußte Arbeit bei Heilung der Kriegsschäden, tatkräftige Förderung jeder ehrlichen produktiven Arbeit und rücksichtslose Bekämpfung jeder volksausbeutenden Spekulation, für alle geistig oder physisch Schaffenden, aber ausreichende Entlohnung und gerechte soziale Schutzmaßnahmen.

Vor allem wolle der neue Klub, unentwegt festhaltend an der christlichen Weltanschauung, im Geiste ausgleichender Gerechtigkeit an die Bewältigung und Lösung aller für unser Volk und Vaterland schicksalsschweren kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen schreiten. Die Vereinigung ist der Ueberzeugung, daß nur auf dem Boden des praktischen Christentumes auch unserem deutschen Volke Heil und eine glücklichere Zukunft erblühen wird.

Neue Freie Presse
8./II. 1917

58

Wien, 7. Februar. (Eine Diskussion über die Länderautonomie in der Juristischen Gesellschaft.) Im großen Saale der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer hielt heute der Professor an der deutschen Universität in Prag Hofrat Dr. Heinrich Rauchberg einen Vortrag über die Frage der Länderautonomie. Dem Vortrage wohnten unter anderen Unterrichtsminister Dr. Freiherr v. Hussarek, Statthalter Dr. Freiherr v. Bleyleben, die Geheimen Räte Graf Kielmansegg, Dr. Pattai, Freiherr v. Engel und v. Ritt bei.

Einleitend bemerkte der Vorsitzende Minister a. D. Dr. Klein, daß die Zuständigkeit der Juristischen Gesellschaft zur Erörterung dieser Frage darin gegeben sei, daß das Recht von der inneren Staatspolitik nicht zu trennen sei und daß der Jurist, der die Politik aus seinen Erwägungen vollständig ausschalte, wenigstens de lege ferenda ein vollkommen untaugliches Subjekt wäre. Natürlich dürfe die Juristische Gesellschaft die Politik nicht mit Parteipolitik identifizieren, sie will diese Frage wissenschaftlich, nicht aber von einem Interessenstandpunkte beurteilen. Den Maßstab muß die Staatszweckmäßigkeit und die Staatsklugheit bilden.

Hofrat Professor Dr. Rauchberg wies im Beginn seines Vortrages darauf hin, daß der Krieg gewisse Schäden im Innern aufgedeckt habe und zur Besserung mahne; er habe gezeigt, daß wir unseren Staat fester und stärker als bisher neu aufrichten müssen. Die Frage der Länderautonomie sei durch die „Zeitschrift für österreichisches öffentliches Recht" in den Vordergrund gerückt worden. Professoren des öffentlichen Rechtes aller Nationalitäten haben dort Gutachten erstattet. Die Frage drehe sich nicht darum, ob unbedingte Zentralisation oder prinzipielle Dezentralisation, man müsse sich für eine vernünftige Mittellinie entscheiden. Der Staat sei nicht bloß eine Machtorganisation, sondern auch ein gesellschaftliches Gebilde, er müsse die Mittätigkeit seiner Bürger gewinnen. Die Autonomie sei das notwendige Mittel, um die gesellschaftlichen Kräfte in organische Verbindung mit der Einheit des Staates zu bringen. In diesem Sinne müsse jeder Autonomist sein. Diese Mittellinie müsse so gezogen werden, daß den Verbänden freie Bewegung in der Richtung des Gemeinwohles gegeben wird, dem Staate aber jener Einfluß gewahrt bleibt, der ihm als oberster Hüter der Interessen des Staatsvolkes zusteht. Die erwähnten Gutachten suchen alle diese Mittellinie zu finden, und in vielen Punkten hat sich eine erfreuliche Uebereinstimmung ergeben. Danach wären die historischen Landesverbände aufrecht zu erhalten, aber übermäßig große Länder in Kreise zu zerlegen, zugleich als Mittel zur nationalen Auseinandersetzung. Die Grenzen zwischen Reichsgesetzgebung und Landesgesetzgebung wären durch Revindikation gewisser Belange für das Reich zu berichtigen. Die Doppelverwaltung wäre aufzuheben und der staatliche Einfluß auf die Selbstverwaltung zu stärken. Endlich wäre eine organische Verbindung zwischen der Staatsverwaltung und der Selbstverwaltung herzustellen. Die Frage sei für die Gesetzgebung reif geworden. Die Wissenschaft habe ihre Schuldigkeit getan, die psychologischen Voraussetzungen für die Neugestaltung Oesterreichs seien gegeben. Die Regierung habe die Verpflichtung, die Forderungen der Zeit klar zu erkennen. (Lebhafter Beifall.)

Graf Adalbert Schönborn, Präsident der Landesverwaltungskommission des Königreiches Böhmen, der nunmehr zum Worte gelangt, dankt für die ehrende Einladung zur heutigen Versammlung. Er will auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen im autonomen Dienste die autonome Landesverwaltung und die österreichische Selbstverwaltung im allgemeinen gegen Angriffe verteidigen. Um diesem Zweck dienen zu können, sei er der freundlichen Einladung gern gefolgt. Redner bespricht hierauf die in der Mehrzahl der Aufsätze des Sonderheftes „Länderautonomie" der Zeitschrift für öffentliches Recht neben einigem Lob enthaltenen vielen Bemängelungen der autonomen Landesverwaltung und der Selbstverwaltung überhaupt, bekämpft die abfälligen Kritiken und kommt hiebei auch auf Reformanträge zurück, die er seinerzeit in der Kommission zur Förderung der Verwaltungsreform gestellt hat. Er befürwortet schließlich wärmstens ein gedeihliches, einträchtiges Zusammenwirken zwischen staatlicher und Landesgesetzgebung, zwischen Staatsverwaltung und Selbstverwaltung, wie dies auf Grund der heute geltenden Einrichtungen und Vorschriften möglich sei und erfreulicherweise auch vielfach zutage trete. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird nächste Woche fortgesetzt werden.

Pester Lloyd
9. II. 1917

Kriegstagung des Reichstages.

Namentliche Abstimmung über den Wahlrechtsantrag der Opposition.

Budapest, 8. Februar.

Die Vorlage über die Verewigung des Andenkens unserer Streiter wurde heute im Abgeordnetenhause in beiden Lesungen verabschiedet. Nach Schluß der Generaldebatte sprach Minister des Innern Johann v. Sándor, der den festen Willen und das entschiedene Bestreben der ungarischen Verwaltung, auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge in strenger Sachlichkeit zu wirken, bekundete. Es war ein Augenblick schöner Bewegung, als Minister des Innern Johann v. Sándor gewissermaßen die bürgerliche Pflicht einer Popularklage für alle Fälle forderte, in denen Mißbräuche die Wege der Kriegsfürsorge kreuzen.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa ließ dann in folgenden Ausführungen erkennen, daß die Regierung die Dankespflicht des Staates gegenüber unseren Kämpfern mit der Erledigung des vorliegenden Entwurfes keinesfalls als erschöpft betrachte. Die großen Tatsachen der Invalidenfürsorge, auf die der Ministerpräsident hinwies, die kommende Regelung der Angehörigenversorgung, die er und auch Minister des Innern Johann v. Sándor in Aussicht stellten, bekräftigten die Feststellungen des Chefs der Regierung.

Das bedeutende Ereignis brachte die Spezialberatung über die Vorlage. Die Opposition ließ alle Anträge zurückziehen, um so das ganze Interesse auf einen Antrag Stefan Rakovßkys zu konzentrieren, der den Kämpfern, die aus dem Felde heimkehren, das Reichstagswahlrecht sichern will. Die Beratung über den Antrag verlief durchaus in würdevollem Ernst, der rechts ebenso in der ablehnenden, wie links in der zustimmenden Argumentation zum Ausdruck kam.

Die Rede des Abgeordneten Grafen Albert Apponyi wurde von der Opposition mit stürmischer Zustimmung begleitet. Graf Michael Károlyi und Wilhelm Vázsonyi fanden ebenfalls lebhaften Anklang auf den Bänken der Linken. Graf Julius Andrássy beschränkte sich vorerst auf eine motivierte Annahme des Antrages. So war die Stimmung des Hauses vorbereitet, als Ministerpräsident Graf Stefan Tißa das Wort ergriff.

Er sprach ruhig, dann oft den Sturm der oppositionellen Zwischenrufe überdröhnend, bald auch umbraust von den Zustimmungsrufen der Mehrheit des Hauses. Es gab Minuten, namentlich als Graf Tißa von seiner Liebe zum Volke Ungarns sprach, wo die Stimme des Premiers vor innerer Bewegung zitterte, doch erzhart klang sie, als er, den Antrag Rakovßky ablehnend, auf die die staatliche Existenz Ungarns bedrohenden Gefahren hinwies, die der Ministerpräsident in diesem Antrage erblickt.

Graf Julius Andrássy ergriff noch einmal das Wort. Er betonte, daß die Erkenntnisse des Krieges die Ideen gewandelt haben, daß die Befürchtungen der Vergangenheit durch die Tatsachen als unbegründet erwiesen wurden, daß die ausgezeichnete Haltung der Arbeiterklasse den Staat verpflichte.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa trat den Argumenten der Opposition, namentlich des Grafen Julius Andrássy in Hinweisen auf Widersprüche noch einmal entgegen. Er gab der Entschlossenheit Ausdruck, bis zu Ende ausharrend kämpfen zu wollen gegen eine neuere, radikale Ausdehnung des Wahlrechtes, die nach der Auffassung des Ministerpräsidenten die Existenz des Staates bedrohen würde, weil sie dem Radikalismus die Bahn öffnen müßte.

In namentlicher Abstimmung wurde dann der Antrag Rakovßky mit 122 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

Um 9 Uhr abends war die Sitzung zu Ende.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Száß eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um halb 4 Uhr nachmittags.

Schriftführer: Géza Hoványi, Paul Száß, Emerich Szepesházy.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tißa, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Jankovich, Hideghéty.

Vizepräsident **Karl v. Száß**:

Ergriffen bringe ich dem geehrten Hause zur Kenntnis, daß der Herr Großadmiral Anton Haus heute in den frühen Morgenstunden verstorben ist. Diese niederschmetternde Kunde, die Nachricht gibt von dem unerwarteten Ableben des um die Entwicklung der österreichischen und ungarischen Seemacht hochverdienten Mannes, würde unter allen Umständen schmerzliche Teilnahme erwecken; doppelt aber empfinden wir die Wucht des Verlustes, wenn wir in dem nunmehr dritten Jahre des Kampfes auf Leben und Tod von der Spitze der Flotte unerwartet den Mann scheiden sehen, der sich in so hervorragender Fachkenntnis und praktischer Erfahrenheit so ruhmvolle Verdienste erworben hat. Schmerzvoll ist dieser Schlag für beide Staaten der Monarchie, besonders aber für die unmittelbar betroffene, tapfere und mit Tausenden von Gefahren ruhmreich kämpfende Seemacht: der Geist aber, den der eben hingegangene Großadmiral in dem Offizierskorps und in der Mannschaft ständig wach zu erhalten gewußt hat, läßt uns darauf vertrauen, daß der Erfolg des weitergehenden Kampfes auch nunmehr unausbleiblich sein wird. Ich beantrage, dem über sein Ableben empfundenen aufrichtigen, wahren und tiefen Schmerz protokollarisch Ausdruck zu verleihen, auf seine Bahre im Namen der dankbaren ungarischen Nation einen Kranz niederzulegen und die Teilnahme des Hauses zuständigen Ortes telegraphisch auszudrücken. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.)

Präsident legt dem Hause das Mandat des am 7. Februar im Ersekujvárer Wahlbezirk gewählten Abgeordneten Stefan Zsembery vor.

Wird an den Verifikationsausschuß geleitet.

Präsident legt die Zuschrift des Komitats Gömör-Kishont in Sachen der Organisierung des bürgerlichen obligaten Hilfsdienstes vor, desgleichen das durch den Grafen Albert Apponyi signierte Gesuch des Stefaniebundes in betreff der Einführung der allgemeinen obligaten Krankheits- und Mutterschaftsversicherung.

Die Adresse und das Gesuch werden behufs Berichterstattung an den Gesuchsausschuß geleitet.

Folgt die Tagesordnung: Gesetzentwurf über die Verewigung des Andenkens der in dem jetzigen Kriege für das Vaterland kämpfenden Helden.

Abgeordneter **Karl Hußár** (Sárvár)

will in diesem vorgeschrittenen Stadium der Debatte bloß einen Beschlußantrag unterbreiten und begründen. Es genügt nicht, die Namen unserer Helden auf Marmortafeln zu verewigen, wir müssen sie auch in die Wählerlisten eintragen. Auch die verschiedenen Militärpensionen, die den heutigen Verhältnissen nicht entsprechen, müssen dringend erhöht werden. Ein besonderes Unrecht wird den für Kriegsdauer ernannten Landsturmoffizieren zugefügt. Sie müssen einen Revers unterfertigen, in dem sie für den Fall ihres Todes auf dem Schlachtfelde für ihre Hinterbliebenen auf die Pensionsberechtigung verzichten. Das muß geändert werden. Was die Heldendenkmäler betrifft, so wäre deren Ausführung dem Geschmacke der einzelnen Gemeinden zu überlassen, wodurch die ungarische Kunst zahlreiche neue Impulse erhalten würde; jede Schablone ist in dieser Beziehung zu vermeiden. Schon deshalb muß Redner gegen die Umtriebe jener Agenten protestieren, die heute schon das Land überschwemmen, um Marmortafeln zu verkaufen. Es ist unbegreiflich, wie eine ungarische Behörde einer solchen Marmortafel das Schutzmarkenrecht gewähren konnte, wie es bei uns bereits geschehen ist. Der Minister des Innern möge verfügen, daß keine dieser Unternehmungen das gesetzliche Schutzrecht erhalte. Er unterbreitet folgenden Beschlußantrag:

Das Haus weist die Regierung an, binnen kürzester Zeit einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der die Militärpensionen, Witwen- und Waisenbezüge den heutigen Verhältnissen entsprechend regelt und die Pension der Angehörigen aller jener

Neues Wiener Tagblatt
11./II. 1917

66

* (Verein der Fortschrittsfreunde Innere Stadt.) In der vorgestern im Hotel Oesterreichischer Hof abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung des Vereines der Fortschrittsfreunde hielt zunächst der Obmann Konstantin Noske eine Ansprache, in der er der Hoffnung der freisinnigen Bürgerschaft Ausdruck gab, daß aus dem letzten Stadium des Kampfes in nicht allzu ferner Zukunft der Sieg der Menschlichkeit und Vernunft und somit ein ehrenvoller Friede hervorgehen werde. Nach einer Rede des Gemeinderates Dr. Ritter v. Dorn, des Obmannstellvertreters der Oesterreichischen Friedensgesellschaft, wurde eine Resolution beschlossen, in welcher auch der Wunsch ausgesprochen wurde, daß auch den Volksvertretern Oesterreichs ermöglicht werde, im Parlament für die Integrität des Staates und für die Sicherung seiner politischen und wirtschaftlichen Existenz kraftvoll einzutreten und dadurch der Regierung eine Unterstützung zu bieten, deren Mangel jede Aktion der Regierung schwächt. Hierauf erstattete der Obmann des fortschrittlichen Parteiverbandes Gemeinderat Dr. Hein ein Referat über den Burgfrieden in der Gemeinde und die letzten Lehrerernennungen. Er wies darauf hin, daß die bürgerlich-freiheitlichen Gemeinderäte bereits beim Beginn des Krieges pflichtgemäß unter dem Schlagwort des Burgfriedens den Wünschen und Interessen der Wählerschaft entsprechend dem Rufe des Bürgermeisters zur Teilnahme an den Obmännerkonferenzen Folge geleistet haben, um mit den andern Parteien zur tunlichsten Linderung der schweren Kriegsnot zusammenzuwirken. Bei verschiedenen Anlässen habe auch das einmütige Zusammenwirken aller Parteien praktische Erfolge gehabt. Bei den jüngsten Lehrerernennungen habe es sich aber gezeigt, daß der Stadtrat, von dem die Opposition noch immer ausgeschlossen ist, trotz des proklamierten Burgfriedens immer denselben engherzigen Parteistandpunkt einnimmt, wie vor dem Kriege. Gewiß können die Dienstjahre allein nicht maßgebend sein, aber daß der christlichsoziale Bezirksrat mit 24 Dienstjahren eine Direktorstelle erhält und der fortschrittliche bestens qualifizierte Gemeinderat mit 34 Dienstjahren von der Direktorstelle ausgeschlossen bleibt, ist gewiß kein Zufall. Auch ist es eine notorische Tatsache, daß eine ganze Reihe von vorzüglich qualifizierten Lehrern systematisch von der Schulleitung ausgeschlossen werden. Wir haben den Burgfrieden getreulich gehalten, aber gegen derartige Ungerechtigkeiten müssen wir entschieden Stellung nehmen. Wenn Burgfrieden herrschen soll, dann muß er auf der ganzen Linie gehalten werden. (Lebhafter Beifall.) Bezirksvorsteher Dr. Blasel verwies darauf, daß der Stadtrat sich auch bei Ernennung von Armenräten in der Leopoldstadt in rücksichtsloser Weise über die zwischen der Bezirksvertretung und dem Obmann des Armenrates geschlossenen Vereinbarungen hinwegsetzt. Nach einer lebhaften Debatte wurde die Versammlung geschlossen.

Neue Freie Presse
13. II. 1917

73

Gemeinsamer Finanzminister Baron Burian in Bosnien.

Sarajevo, 12. Februar.

Bei dem zu Ehren des gemeinsamen Finanzministers Baron Burian veranstalteten Diner hielt Landeschef General der Infanterie Baron Sarkotic eine Rede, in der er zunächst einen Trinkspruch auf Kaiser Karl ausbrachte, der mit klarem Blick und mit überlegter sicherer Entschlossenheit die Geschicke der Monarchie und dieser Länder leitet. In der Treue zu dem angestammten Herrscherhause, sagte der Landeschef, wollen Bosnien, Herzegowina und deren Söhne hinter den anderen Nationen und Völkern der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht zurückbleiben.

Hierauf begrüßte G. d. J. Sarkotic den gemeinsamen Finanzminister Baron Burian von ganzem Herzen. Nach einem Rückblick auf die militärischen Ereignisse schilderte der Landeschef die Verwaltungstätigkeit im Lande und gedachte mit rühmenden Worten der Beamtenschaft. Sodann fuhr er fort: Gerade jetzt bekomme ich Nachrichten, denen zufolge die Ententeblätter über Verfolgung und Unterdrückung der Bevölkerung oder eines Teiles derselben sprechen. Ich fordere jedermann auf, der davon etwas weiß, mir zu sagen, wer in diesem Lande unterdrückt wird. Mein Prinzip war und ist stets, daß alle Bürger in diesem Lande gleich behandelt werden. Es gibt keinen Druck seitens der Verwaltung, es kann nur einen Druck des bösen Gewissens geben. Vielleicht gibt es noch gegenwärtig Träumer, diese werden jedoch hoffentlich ihren Traum mit der Erlangung unseres endgültigen Sieges ausgeträumt haben. Und daß dieser Sieg uns sicher ist, das kann ich Ihnen als Militär versichern. An diesem Kriege wirken Bosnien-Herzegowina in großartiger Weise mit, und deshalb möchte ich auch von dieser Stelle aus der Bevölkerung den Dank hiefür aussprechen. Am Schlusse gedachte Redner des Dr. v. Koerber, der in seinem zweijährigen Wirken alle mit seinem altösterreichischen Pflichtgefühl beglückt und angeeifert hat, dann des Prinzen zu Hohenlohe, der vorbildliche Ansätze für die Verwaltung des Landes gefaßt hatte. Beiden sind wir Dank schuldig. Er dankte hierauf dem neuerlich zur obersten Verwaltung Bosniens berufenen Minister Baron Burian, daß er gekommen sei, um aus eigener Anschauung sich ein Bild über die Lage bilden und mit Männern in Kontakt treten zu können, die außerhalb der Regierung stehen. In die auf den Minister ausgebrachten Hoch-Rufe stimmten alle Anwesenden begeistert ein.

Rede des Ministers Baron Burian.

Gemeinsamer Finanzminister Baron Burian erwiderte mit einem Trinkspruch, in dem er zunächst dem Landeschef für den warmen Willkommgruß dankte. Er sei nie in seinem Leben einem Befehle so gern nachgekommen wie dem des Kaisers, die oberste Verwaltung dieser Länder wieder zu übernehmen. Es war eine Art von Heimkehr. Die Umschau, die er getan habe, gewähre ihm schon jetzt ein trostvolles Bild, das erfreuliche Bild, daß das Land die furchtbare Krise des Krieges, deren Höhepunkt ja hoffentlich schon überschritten ist, glücklich, standhaft und tapfer überstanden hat und, so Gott will, auch bis zum Ende überstehen wird. Das Land steht aufrecht da in männlicher Kraft und Lebensentschlossenheit, es steht aufrecht da in der Treue für die Allerhöchste Dynastie und in brüderlicher Anhänglichkeit an alle anderen Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die beispielgebende Tapferkeit der bosnischen Truppen, die nicht bloß ein Ausfluß der militärischen Disziplin sein kann, sondern in den inneren Eigenschaften des Volkes wurzelt, bietet eine Gewähr hiefür. Das Land, welches in frischer Vorwärtsbewegung ist, wird den vorgeschrittenen Teilen der Monarchie nachstreben. In demselben Geiste, in welchem die Verwaltung unter der segensreichen Leitung des Landeschefs geführt wurde, in demselben Geiste wird sie weitergeführt werden, und ich hoffe, daß derselbe Kurs, dessen Verfolgung mit der Rückkehr normaler Verhältnisse namhaft erleichtert werden wird, daß dieser zielbewußte Anlauf in einer Zeit, wo wieder alle normalen Hilfsquellen der Verwaltung zur Verfügung stehen werden, in seinen Wirkungen und Resultaten sich beschleunigt verfolgen lassen wird, um das Land auf jene Stufe zu bringen, welche die natürliche Beschaffenheit des Landes, die physischen Schätze und die Schätze, die in den inneren Eigenschaften seiner patriotischen, strebsamen und fähigen Bevölkerung liegen, ihm ermöglichen. Damit ist unsere Aufgabe gewiesen. Zur Zeit, als meine Tätigkeit in diesen Ländern unterbrochen wurde, hatte ich für lange hinaus in ihren Umrissen mir klar vorschwebende Ziele und Absichten, und ich bin glücklich, konstatieren zu können, daß nichts von den Prinzipien und von dem System der Verwaltung, wie es der Landeschef vorgezeichnet hat, von meiner Auffassung und meinen Zielen abweicht. Ich schöpfe daraus die Zuversicht, daß es mir gelingen wird, im Vereine und im Einklange mit dem Landeschef für dieselben hohen Zwecke mit dem uns vorschwebenden schönen Erfolg zu arbeiten. Der Minister erhob sodann sein Glas auf das Wohl des Landeschefs.

Baron Burian ist heute nachmittag nach Wien abgereist.

15./II. 1917

74

Katholikenkonferenzen in Zürich.

(Drahtbericht der „Reichspost".)

Zürich. 14. Februar.

Ueber Einladung von angesehener neutraler Seite traten gestern in Zürich Vertreter der Katholiken der Schweiz, Oesterreich-Ungarns, Deutschlands, Bulgariens, der Türkei, Hollands und Spaniens zusammen, um über die künftige Wiederherstellung der kulturellen Beziehungen zwischen den Katholiken der verschiedenen Länder zu beraten.

Oesterreich ist durch die deutschen Abgeordneten Stadtrat Dr. Mataja und Fink, sowie Exzellenz Landeshauptmann Rhomberg, für die Slovenen durch Landeshauptmann Dr. Susteršic, für die Polen durch Fürst Witold Czartoryski, für die Ruthenen durch die Abgeordneten Dr. Konstantin Lewyckyj u. R. v. Lukascevicz R. v. Luk, für die Tschechen durch die Abgeordneten Dr. Hruban und Msgre Sramek vertreten.

Ungarn durch die Abgeordneten Dr. Gießwein, Graf Aladar Zichy und Karl Huszar.

Deutschland durch die Abgeordneten Exzellenz Oberlandesgerichtsrat Spahn, M. Erzberger, Justizrat Dr. Gröber, Fehrenbach, Dr. Held und den Vizepräsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses Dr. Porsch.

Außer Bulgarien und der Türkei und den neutralen Ländern Schweiz, Holland und Spanien hat auch Polen eigene Vertreter geschickt.

Die Tagung wurde mit einer Huldigungskundgebung an den Papst, den Hort der christlichen Gemeinschaft und des edelsten Friedensgedankens, eröffnet. Die Verhandlungen werden vorläufig noch für vertraulich erklärt.

Österr. Volkszeitung

15./I. 1917

Abg. Dr. Ofner über „den neuen Kurs in Oesterreich".

Unter dem Vorsitz des Abg. Freiherrn v. Hock tagte in der Vorwoche eine zahlreich besuchte Versammlung des Deutschdemokratischen Vereins, in der Abg. Dr. Julius Ofner über den „neuen Kurs" folgendes ausführte: Wir alle stehen unter dem Eindruck der neuen Wendung, die der Krieg durch die Erklärung über die U-Boot-Kriegführung und die Antwort der Vereinigten Staaten genommen hat. Es gilt einen scharfen letzten Kampf, den wir, wir hoffen es aus vollem Herzen, siegreich zu ehrenvollem Frieden bestehen werden. — In rascher Folge hat sich seit dem Tode des Grafen Stürgkh die politische Szenerie entwickelt. Wir alle glaubten, daß mit der Berufung Koerbers eine neue soziale Zeit anbräche. Sein Kabinett war voll tüchtiger Leute; es hat in rascher Folge das Ernährungsamt geschaffen, in der Ausgleichsfrage energisch die Interessen Oesterreichs vertreten und sich zur vollen Verfassungsmäßigkeit bekannt. Auch heute finden wir die Vertreter deutscher Parteien in dem feudalen Kabinett, wie einstens im Kabinett des Grafen Hohenwarth bei Taaffes Sturz. Es scheint, daß die Erfahrung an ihnen spurlos vorübergegangen ist. Wir müssen verlangen, daß das Schaukelspiel zwischen Zentralismus und Föderalismus endgültig aufhöre. Entweder will man den Einheitsstaat, der den wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb aufnehmen kann, oder den Föderativstaat mit 17 Landtagen und ihren Nutznießern. Wir aber glauben, daß Oesterreich schon um seiner Bundesgenossen halber ein starker auf seine Völker sich stützender Staat sein muß. — Das ist auch die Grundlage für den neuen Kurs, der nur ein demokratischer sein kann. Das leitet uns zur Nationalitätenfrage über. Die Völker sollen sich frei entwickeln können, jedoch in den Rahmen eines starken Staates, der Kultur und Wirtschaft ganz anders zu fördern hat als bisher. Das Schwergewicht im Staat darf nicht mehr auf den Ländern, sondern muß auf den Völkern ruhen; nur so kann, wenn auch schrittweise, der lebensfähige Staat, für den wir kämpfen und leiden, geschaffen werden. Unsere Hoffnungen, daß wir diesen starken demokratischen Staat schaffen werden, lenken sich auf jene, die heute unter den größten Opfern vor dem Feinde stehen und jene Anschläge abwehren, die Oesterreich zerteilen und vernichten wollen.

Fremdenblatt

16/II. 1917

Deutsche Parteiberatungen.

Die Deutschböhmische Vereinigung trat gestern nachmittags unter dem Vorsitze des Abg. Pacher zu einer Vollversammlung zusammen, nachdem der Vorstand am Vormittag eine Vorberatung gepflogen hatte. In mehrstündiger Erörterung, an der sich die Abg. Pacher, Schreiter, Soukup, Doktor v. Mühlwerth, Knirsch, Dr. Roller, Iro, Doktor Schreiner, Anforge und Kroh beteiligten, wurden sowohl die nationalpolitischen als auch die wirtschaftlichen Verhältnisse erörtert und nachstehende Beschlüsse gefaßt: Der Vorstand der Vereinigung wird beauftragt, sowohl wegen Abstellung der zahlreichen Beschwerden betreffend die Nahrungsmittel- und Kohlenversorgung in Deutschböhmen auf Abhilfe zu drängen und insbesondere zu verlangen, daß die Pferde und Fuhrwerke des Militärärars auch in Deutschböhmen für die Kohlenzufuhr zur Verfügung gestellt werden. Weiter wird wegen der Belassung eines ausreichenden Saatgutes, insbesondere von Saatkartoffeln, sowie wegen Beistellung von Arbeitskräften bei der Aussaat vorgesprochen werden. Die Bestrebungen der Lehrerschaft auf endgiltige Regelung der Gehaltsfragen werden nachdrücklichst unterstützt werden. Die Vornahme der Neuwahlen für den Vorstand und in den Hauptausschuß auf Grund der neuen Satzungen wird in der nächsten Vollversammlung der Vereinigung erfolgen.

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft hielt gestern unter dem Vorsitze ihres Obmannes Abg. Denk eine zahlreich besuchte Vollversammlung ab, in der die politische Lage und die in der heutigen Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes einzunehmende Haltung eingehend besprochen wurden. Schließlich befaßte sich die Versammlung mit dem Beschlusse des Leobner Handwerkertages. Der Verbandsobmann Dr. Groß wurde ersucht, den Beschluß der Regierung zur Würdigung zu unterbreiten.

Einen breiten Raum nahm in der Debatte die Frage der Einberufung des Reichsrates ein. In der vormittägigen Vorstandssitzung war von einer Beschlußfassung abgesehen worden. In der Vollversammlung sprachen sich die meisten Redner für die Einberufung des Reichsrates aus. Ein Antrag Steinwender, die Einberufung noch für den Monat April zu verlangen, wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen, ein Antrag Denk, der die Einberufung für den Monat Mai verlangt, blieb in der Minorität. In der heutigen Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes wird diese Forderung von der Deutschen Arbeitsgemeinschaft vertreten werden.

Der Czechische Verband.

„Narodni Politika" meldet zur Versammlung der parlamentarischen Kommission des Czechischen Verbandes: Der Verband bereitet eine besondere Kundgebung vor als Antwort auf die Forderungen der Deutschen betreffend die Neuregelung der Verhältnisse in Oesterreich. Der Verband beabsichtigt, mit den czechischen Mitgliedern des Herrenhauses in Verbindung zu treten, damit ein gemeinsames Vorgehen mit ihnen in allen prinzipiellen Fragen vereinbart werde.

Arbeiterzeitung

16/II 1917

Der Sozialismus ist der Friede.

> Der Sozialismus ist der Friede — wenn dieser Satz gilt, so darf man sagen, daß das ganze westliche, nordische und mittlere Europa, weil es sich der sozialistischen Organisation und der politischen Macht des Proletariats nicht entziehen kann, einer friedlichen Zukunft entgegensieht.
>
> Professor Tönnies (Kiel) in der „Neuen Rundschau".

Auf den Trümmern des geschändeten Völkerrechtes, denn nie hört Menschengeist auf, Hingesunkenes wieder hoffnungsfroh aufzurichten, beratschlagen Professoren über seine künftige Entwicklung. In Friedenszeit war das Völkerrecht mit einem Schimmer religiöser Heiligkeit umgeben; halb ewige Weltgesetze, die sich aufsteigend fortentwickelten und auf dem Wege waren, den Menschheitsfrieden zu sichern. Bitter ist der Traum ausgeträumt! Denn die Kriege verschärfen sich, wie der gegenwärtige lehrt, trotz des Völkerrechtes; sie greifen in niemals erhörter Weise über die Kämpfenden, die Kampfgebiete und die besetzten Landesteile hinaus, sie erschüttern jeden im Volke in persönlichsten Einwirkungen auf Leben und Zukunft. Trotzdem bleibt die künftige Gestaltung des Völkerrechtes eine brennende Frage, und in vielen Büchern und Aufsätzen setzt man sich mit seinen Aussichten auseinander.

Eine interessante Zwiesprache darüber findet man im Jännerheft der „Neuen Rundschau" in einer Abhandlung von Professor Ferdinand Tönnies (Kiel) über „Die Zukunft des Völkerrechtes". Ihr Ausgangspunkt, ein Buch des Professors Eltzbacher (Berlin) über das gleiche Thema, ist recht weitläufig; für uns ist wesentlich, daß Tönnies über jede spitzfindige Untersuchung der Weltlage nach dem Kriege eine große Entwicklung stellt, der sich die Menschheit nicht entziehen kann und die zum Frieden führen muß. Er meint, die bleibende psychologische Wirkung dieses Krieges werde eine Abneigung, ja ein Haß gegen die „Beweger des Menschengeschlechtes" sein, von einer Tiefe und Stärke wie niemals zuvor. Das Werk vom Haag werde fortgesetzt werden — mögen wir auch vom ewigen Frieden gewiß noch weit entfernt sein. Aber je stärker die Tendenzen zum Kriege, um so stärker würden sich die Gegentendenzen erheben und innerhalb Westeuropas werde dies abhängen von der Arbeiterklasse und der außerhalb ihr wirkenden Freunde einer sozialistischen Gestaltung und Fortbildung der Gesellschaft. Je mehr sie Einfluß auf die Regierungen gewännen, je mehr diese die Ideen des Sozialismus in sich auffaugten und ihren bewußten Vertretern freien Spielraum gewährten, desto besser werde man der Kriegsgefahr begegnen, sie abwehren können. Tönnies kommt zu dieser Erkenntnis, weil ihm der herrschende, „wie ein wildes Tier rasende und alle Länder der Erde hungrig absuchende Kapitalismus die tiefste Ursache des Weltbrandes" ist; und die Ueberwindung des Kapitalismus, ja schon die entschiedene Dämpfung seines Geistes werden den künftigen Weltfrieden sichern.

Professor Tönnies hat schon in Friedenszeiten, als kundiger Volkswirtschafter und Soziologe, ähnliche Gedanken ausgesprochen: dem Sozialismus [illegible] geregelt werden muß. Und über allem sittliche Erziehung, Pflege des Friedensgeistes und das Streben, „die sittlich wertvollen Kräfte, die das kriegerische Wesen entfaltet, durch andere Mittel zu erhalten und zu pflegen, durch Mittel der Gesittung und Veredelung".

Treffliche Sätze; wer möchte sie nicht unterschreiben? Freilich, daneben ist Tönnies von bürgerlichen Befangenheiten umringt; und wenn er aus dem „Kriegssozialismus" unserer Tage die Lehre nimmt, daß der ehrlichen Arbeit des Kaufmannes und Unternehmers, wenn sie zum Besten der einheimischen Volks- und Staatswirtschaft dient, nicht gewehrt werden soll, so beruht dies auf einer Verkennung des Kapitalismus in seinem Urwesen. Den Unternehmer, den Kaufmann segnet der Profit; sie sind an sein Rad gespannt, fast willenlos, und dies stampft das Ideal der Gemeinschaft nieder. Was Arbeitskraft kauft, was sich zwischen die Gänge der Warenverteilung drängt, um zu verdienen, kann nie leiblichem oder seelischem Wohl der Gesamtheit dienen, sondern wird eines Tages vom Bereicherungstrieb gepackt. Tönnies ist schon auf dem Wege zu dieser Erkenntnis: noch entziehen sich ihm die letzten Konsequenzen.

Eines aber ist ihm hellsichtig geworden: die Organisation. Vor zehn Jahren ließ Tönnies in der bekannten Sammlung Göschen ein Bändchen: „Die Entwicklung der sozialen Frage" erscheinen. Darin befaßte er sich am Schluß mit den großen industriellen Organisationen, den Kartellen, Syndikaten und Trusts, und er sah in ihnen Uebergangsstufen zum Sozialismus, der diese Bindungen nur dem Privatkapitalismus entreißen und auf den Boden der Gemeinschaft zu stellen brauche: „Alle Tieferschauenden erkennen längst, daß die Gründe für den Sozialismus durch Kartelle und Trusts mächtig verstärkt, die Gründe gegen ihn sämtlich widerlegt worden sind." Und er endete: „In diesem Zeichen wird der Sozialismus siegen." An diese alte Prophezeiung knüpft Tönnies nun auch bei seinem Friedensausblick an: „Hierin kann allein der Wirtschaftsfriede und in seinem Gefolge der Völkerfriede wirklich gesucht werden, nämlich in der Aufhebung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit." Unvollkommen, wie sie durchführbar sein möge, werde sie allein zur Beruhigung der heutigen Menschheit und dazu führen können, daß die Staaten einander in Ruhe lassen und einander zu dulden lernen.

Wir Sozialdemokraten brauchen da nicht viel hinzuzufügen. Eines strahlt aus so gearteter Erkenntnis als Gebot: Stärkung der Organisation, Bewußtsein der großen, weltgeschichtlichen Aufgabe des Proletariats, Wille zur wirkenden Macht! Heute sind auch wir die Opfer, aber in der Fülle der neuen Gestaltungen werden wir die Ueberwinder des Krieges werden! Nicht annähern, anpassen, anschmiegen an die kapitalistische Welt ist der Sinn der Zeit; vielmehr das Gefühl lebendig zu erhalten und es zum unwiderruflichen Kampfentschluß zu verdichten, daß der Sozialismus berufen ist, den Kapitalismus zu überwinden und damit das Ziel des von wirklicher Volksgemeinschaft gesicherten Weltfriedens zu erfüllen.

Reichspost 16./II. 1917

Das für immerdar ungeteilte Tirol.

Aus Innsbruck, 15. d., wird gemeldet: In der 33. Vollversammlung der Sektion Innsbruck des Landeskulturrates für Tirol, an der Vertreter des Landesausschusses, des ständigen Ausschusses des Landeskulturrates und Vertreter von 28 landwirtschaftlichen Bezirksgenossenschaften teilnahmen, wurde einhellig die Absendung folgenden Huldigungstelegrammes beschlossen:

„Die Erklärung Seiner Majestät gegenüber der Tiroler Landesvertretung, daß das Land Tirol so wie bis jetzt auch immerdar ungeteilt mit der Krone Seiner Majestät verbunden bleiben wird, hat in den Herzen aller Tiroler die größte Freude hervorgerufen, denn sie gibt die Gewißheit, daß es allen Anstrengungen unserer Feinde nicht gelingen wird, auch nur den kleinsten Teil des Landes von der Monarchie loszulösen. Die Vollversammlung der Sektion Innsbruck des Landeskulturrates für Tirol entbietet Seiner Majestät für dieses Kaiserwort, das die Herzen aufrichtet und den Mut stählt, heißen Dank. So wie unsere Ahnen im Jahre 1809 für die Zugehörigkeit Tirols zu Kaiser und Reich freudig Gut und Leben hingegeben haben, geloben auch wir, treu zum alten Thron und zum jungen Kaiser zu stehen, bis auch der letzte unserer Gegner niedergeworfen sein wird."

Neues Wiener Tagblatt
17./II.1917

Deutscher Nationalverband.

Der Deutsche Nationalverband hielt gestern nachmittag unter Vorsitz seines Obmannes Abgeordneten Dr. Groß eine Vollversammlung ab, die sich mit den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten beschäftigte.

Zu Beginn der Sitzung begrüßte Abgeordneter Dr. Groß den Abg. Dr. Steinwender, der heute seinen siebzigsten Geburtstag begeht; er gedachte dann in sehr warmen Worten der mehr als 32jährigen parlamentarischen Tätigkeit Dr. Steinwenders. Insbesondere hob der Vorsitzende dessen hervorragendes stilistisches Talent hervor, durch das er nicht nur dem Staate, sondern auch dem Deutschen Nationalverband große Dienste erwies. (Lebhafter Beifall. Dr. Steinwender wurde vielfach beglückwünscht.)

Abg. Dr. Steinwender verwies in seiner Erwiderung darauf, daß er nicht immer die Zustimmung aller finden könne; dies entspreche wohl seiner ausgeprägten Individualität. Er pflege zwar oft manche Dinge mit Humor vorzubringen, doch sei er dabei immer vom ernstesten Willen beseelt und habe diesen ernsten Willen auch stets betätigt. Humorvoll meinte schließlich Dr. Steinwender, sein Grundsatz sei, nicht zu altern.

Nachdem noch Dr. Groß den Abgeordneten Dr. Lecher, der nach längerer Krankheit wieder im Verbande erschien, begrüßt hatte, wurde in die Verhandlung der Tagesordnung eingegangen.

* * *

Ueber die Beratungen in der Vollversammlung erfahren wir: Der Obmann des Verbandes Abgeordneter Dr. Groß erstattete einen Tätigkeitsbericht des Vorstandes und teilte hiebei mit, daß die kürzlich gewählte Abordnung, bestehend aus den Abgeordneten Dr. Groß, Wolf und Hummer, beim Justizminister und beim Minister Doktor Baernreither in Angelegenheit der Zensur vorgesprochen habe. Es sei zu erwarten, daß eine erhebliche Besserung in den Zensurverhältnissen eintreten werde. Abgeordneter Hummer habe dem Justizminister über diese Angelegenheit auch ein detailliertes Memorandum überreicht.

Bezüglich des Antrages der deutschen Agrarpartei wegen Rechnungslegung der Wirtschaftszentralen berichtete Abgeordneter Dr. Groß, daß Handelsminister Dr. Urban durch einen Erlaß die Wirtschaftszentralen zur Rechnungslegung aufforderte. Nach Einlangen dieser Berichte werden sie auch publiziert werden.

Sodann referierte der Obmann über die Angelegenheit der Eisenbahntarife und stellte fest, daß der vom Deutschen Nationalverband gefaßte Beschluß Erfolg hatte, wenn er auch zu einer Auseinandersetzung mit den industriellen Verbänden führte. Im übrigen werden die zwischen dem Deutschen Nationalverband und den Industriellenvereinigungen diesbezüglich schwebenden Angelegenheiten in einer gemeinsamen Kommission bereinigt werden.

Sodann legte Dr. Groß die an andrer Stelle mitgeteilten Richtlinien, wie sie gemeinsam vom Deutschen Nationalverband und der Christlichsozialen Vereinigung festgelegt worden waren, vor.

In der nun folgenden Debatte stellte Abgeordneter Dr. Steinwender namens des Vorstandes des Deutschen Nationalverbandes den Antrag, die Regierung sei aufzufordern, die Vorbedingungen für die Einberufung des Reichsrates ehebaldigst zu schaffen. Dr. Steinwender führte in Begründung dieses Antrages aus, daß der Antrag keinerlei Aenderung in der früheren Haltung des Verbandes gegenüber der Einberufung des Reichsrates bedeute. Sodann wurde der Antrag Doktor Steinwenders angenommen.

Eine längere Debatte entspann sich über die Frage der Lebensmittelversorgung und die Maßnahmen gegen Preistreiberei und Wucher. Ein Antrag des Abg. Kittinger, die Strafen gegen die vorerwähnten Delikte zu verschärfen, wurde angenommen.

Abg. Hummer wandte sich gegen die Schwerfälligkeit der Geschäftsführung im Vorstande des Deutschen Nationalverbandes und erörterte dann gleichfalls Fragen der Lebensmittel-, Kohlen- und Petroleumversorgung. Zu seinen Anregungen sprach eine Reihe von Abgeordneten. Entsprechend einem Antrag des Abg. Hummer wurde der Beschluß gefaßt, daß alle in Wien anwesenden Mitglieder des Vorstandes des Verbandes und die in Wien anwesenden Verbandsmitglieder einen besonderen Ausschuß bilden, der sich vor allem mit der Durchführung und Verfolgung der Verbandsbeschlüsse auf dem Gebiete der Beschaffung der Bedarfsartikel zu befassen haben wird und jeweilig auch bei der Regierung einzuschreiten befugt sein soll.

Schließlich gelangte ein Antrag des Abgeordneten Dr. Damm zur Annahme, der sich mit der Beschäftigung landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeiter in der heimischen Wirtschaft befaßte. Hierauf wurde nach mehrstündiger Dauer die Vollversammlung in später Abendstunde geschlossen.

* * *

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß Handelsminister Dr. Urban, der vorgestern abgehaltenen Vorstandssitzung der deutschen Arbeitsgemeinschaft nicht beigewohnt hat.

Österr. Volkszeitung
17./II. 1917

Der tschechische Verband über die politische Situation.

Aus Prag, 16. d., wird gemeldet: Die parlamentarische Kommission des tschechischen Verbandes hielt Donnerstag in Prag eine Sitzung ab, in der Abgeordneter Stanek den Vorsitz führte. Der Bericht, den das Präsidium über seine Tätigkeit seit Gründung des Verbandes erstattete, wurde einstimmig genehmigt.

Hierauf entspann sich eine sehr eingehende politische Debatte. Vorerst wurde über den Standpunkt des tschechischen Verbandes zum Kabinett des Grafen Clam-Martinic verhandelt. Allgemein stellte der Verband auf, daß die Form, in der sich das gegenwärtige Kabinett bildete, eine derartige ist, daß sie in der tschechischen Oeffentlichkeit gewisse Besorgnisse hervorrief. Bei der Bildung des Kabinetts wurde die tschechische Vertretung im Ministerium geschwächt. Aus der Zusammensetzung des Kabinetts läßt sich schließen, daß die Regierung beabsichtigt, nationalstrittige Fragen während einer Situation zu lösen, in der das tschechische Volk keine Vertreter besitze, die das Gegengewicht bilden würden gegenüber den ausgeprägten Persönlichkeiten der aus dem deutschen politischen Lager berufenen Minister.

Gegenüber all diesen Tatsachen spricht die parlamentarische Kommission des Verbandes ihre Ueberzeugung aus, daß die jetzige Zeit in erster Linie die Konzentration aller Kräfte zur Erfüllung der militärischen Bedürfnisse des sich gegen eine Uebermacht von Feinden wehrenden Staates und der dringendsten Lebensbedürfnisse der breiten Klassen fordert, daß es weiter ein dringendes Volksbedürfnis ist, daß das Parlament ehebaldigst einberufen wird und daß daher diese Zeit die am wenigsten geeignete ist, strittige nationale Fragen auf einseitige Art zu lösen und den politischen Waffenstillstand in nationalen Angelegenheiten zu stören.

Fremdenblatt
17./II. 1917

Die Länder-Autonomie.

In der gestrigen Plenarversammlung der Juristischen Gesellschaft wurde unter Vorsitz des früheren Ministers Doktor Klein die Diskussion über das Thema „Die Länder-Autonomie" fortgesetzt.

Geheimer Rat Dr. Pattai billigte die Anschauung des Referenten Professor Dr. Rauchberg, daß es ausgeschlossen sei, die Ländergrenzen aufzuheben, weil dies nicht durchführbar sei. Die Länder bilden die Basis der gegenwärtigen Verhältnisse. Gewiß dürfe man das Ueberkommene nicht petrifizieren, sondern müsse es als Grundlage für die weitere Entwicklung nehmen. Das Vaterlandsgefühl beruhe bei den Menschen auf der Anhänglichkeit zur Heimat; tilgt man diese aus, so entsteht die Gefahr, daß auch das erstere verloren geht. Der Steiermärker fühlt sich als Steiermärker und in diesem Sinne als Teil Oesterreichs. Nimmt man ihm diese Empfindung, könnte man nichts anderes an deren Stelle setzen. Man darf aber die Landesangehörigkeit nicht dazu benützen, um, wie in Böhmen, einen Teil der Bevölkerung um seine nationalen Rechte zu bringen. Eine solche Belastung verträgt das erwähnte Gefühl nicht. Dem kann abgeholfen werden durch nationale Trennung in der Verwaltung, wie es in Mähren und zum Teile auch schon in Böhmen geschehen ist. Die nationale Autonomie ist nützlich, aber es ist fraglich, ob es dem nationalen Rechte der Deutschen angemessen und vorteilhaft wäre, ganz Oesterreich in Kreise zu teilen und diese nach Nationen zusammenzulegen. Notwendig wäre die Einführung eines § 14 auch in die Landesverfassungen.

Redner faßte seine Ausführungen folgendermaßen zusammen: Die Idee der Aufhebung der Ländergrenzen soll man ganz fallen lassen, damit fällt auch die nationale Autonomie in dem Sinne, daß sie außerhalb der Landesgrenzen maßgebend wird. Dagegen sollen die nationalen Minoritäten nicht nur ihren Schutz finden, sondern durch eine zweckmäßige Abteilung auch eine selbständige Verwaltung ihrer Interessen erhalten. Bezüglich der Landesgesetzgebung wäre es wünschenswert, daß man ihr seitens der Ministerien mehr zu Hilfe komme durch eine direkte Vertretung im Landtage. Am Platze wären ferner die Kontrolle der Gebarung und die Einführung eines Notverordnungsrechtes.

Hofrat Dr. Hugelmann lehnt jede generalisierende Lösung dieser Frage ab. Man habe den Weg der schrittweisen Einzelreform zu wandeln, die überall durch die Erfahrung und durch das Bedürfnis motiviert werde. Träger der Selbstverwaltung können nun die jetzt bestehenden Königreiche und Länder sein, sie sind zu historisch-politischen Individualitäten geworden. Das Heimatsgefühl sei eine starke staatserhaltende Kraft. Redner verwirft die Bildung von Kronlandsterritorien; der Umstand, daß die Länder national gemischt sind, mache sie dem österreichischen Staatsgedanken wesensverwandt.

Nach dem Vorschlage des Vorsitzenden wird die Juristische Gesellschaft der Erörterung dieses Themas noch zwei Abende widmen.

Neues Wiener Tagblatt
19. II. 1917

Beschlüsse der ukrainischen parlamentarischen Kommission.

Die parlamentarische Kommission der ukrainischen parlamentarischen Vertretung faßte in ihrer Sitzung vom 17. d. folgende Beschlüsse:

1. Die parlamentarische Kommission stellt fest, daß die ukrainische parlamentarische Vertretung seit jeher die unverzügliche Einberufung des Reichsrates und der Delegationen im Interesse des österreichischen Staates, dessen Völker und des Parlamentarismus als ihre Forderung aufgestellt hat. Diese Forderung von Vorbedingungen abhängig machen, hieße nur noch weiter auf außerparlamentarische Erledigung solcher Angelegenheit dringen, welche verfassungsmäßig nur durch das Parlament erledigt werden können. Es ist zu bedauern, daß gerade Nachfolger der ehemaligen sogenannten Verfassungspartei eben für einen solchen verfassungswidrigen Weg sich einsetzen.

2. Die ukrainische parlamentarische Vertretung muß es bedauern, daß die beiden deutschen Hauptparteien die Sonderstellung Galiziens in ihr gemeinsames Programm aufgenommen haben, wonach die Ukrainer (Ruthenen), die doch gegenüber den Deutschen, der deutschen Verkehrs-, ja sogar Staatssprache sich immer äußerst entgegenkommend gezeigt haben, ihren nationalen Gegnern noch mehr als bis jetzt ausgeliefert werden sollen.

3. Die Ukrainer stehen seit jeher auf dem Standpunkte der nationalen, beziehungsweise national-territorialen Autonomie; die jetzigen sogenannten Kronländer können sie nicht als wirklich organische Gebilde, sondern nur als pseudo-historische, mechanische Gebilde ansehen. Speziell Galizien mit seinen mehr als acht Millionen Einwohnern und 78,500 Quadratkilometer ist schon verwaltungstechnisch ein in ganz Europa einzig dastehendes übergroßes Verwaltungsgebiet, welches auch bloß aus diesem Grunde aber noch mehr aus nationalen, historischen, geographischen und wirtschaftlichen Gründen in zwei besondere Provinzen geteilt werden sollte.

4. Die Ukrainer verlangen nichts andres, als daß sie im engen Anschluß an Oesterreich bleiben und nicht von andern verfassungsmäßig ihnen gleichgestellten Beständen abhängen, sondern reichsunmittelbar gestellt werden. Sie verlangen dabei nur das jedem Volke zustehende natürliche Recht, von eigenen Beamten verwaltet, von eigenen Richtern gerichtet, von eigenen Lehrern unterrichtet zu werden.

Arbeiterzeitung

20/II. 1917

Für die Einberufung des Reichsrates.

Der Beschluß der Fraktion.

Der Bericht des Präsidiums, dessen Wiedergabe in der Arbeiter-Zeitung die Preßpolizei am Samstag so gewalttätig unterbrochen hatte, schloß mit der Feststellung: „Wenn der Reichsrat noch immer nicht einberufen wird, so ergibt die aktenmäßige Darstellung, daß das Ministerium Clam-Martinic das in seinem Regierungsprogramm gegebene feierliche Versprechen nicht einhalten kann und daß mindestens die Mitschuld, wahrscheinlich aber die Hauptschuld die deutschen bürgerlichen Parteien tragen: der Deutsche Nationalverband und die Christlichsoziale Vereinigung." An den Bericht des Präsidiums schloß sich eine mehrstündige, eingehende Debatte, auf Grund deren folgende Resolution einstimmig beschlossen wurde:

Der Klub der Deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten **protestiert gegen die Fortdauer des verfassungslosen Zustandes und gegen die Verschleppung der Einberufung des Parlaments.** Die Schuld daran trifft zunächst die Regierung Clam-Martinic, die es als ihr „hohes Ziel bezeichnet hat, dem Parlament die Wege zu ebnen" und dem Auftrag des Kaisers über die Ablegung des in der Verfassung vorgesehenen eidlichen Gelöbnisses nachzukommen, dann aber auch die maßgebenden deutschbürgerlichen Parteien, den Nationalverband und die Christlichsozialen, die immer wieder erklären, daß zuerst gewisse Voraussetzungen erfüllt werden müssen, sich aber beharrlich weigern, diese Voraussetzungen klar und deutlich zu kennzeichnen. Die einzige echte Vorbedingung ist aber die Erklärung aller maßgebenden Parteien, eine zweckmäßige, die Obstruktion ausschließende Geschäftsordnung zu beschließen. Diese Erklärung ist erfolgt, **die Einberufung des Parlaments ist daher nicht nur notwendig, sondern auch möglich.**

Es besteht kein Grund, daß es Oesterreich auf sich lade, der einzige Staat zu sein, in dem die verfassungsmäßigen Rechte nicht erfüllt werden, das einzige Land, in dem es der Vertretung des Volkes unmöglich gemacht ist, seine Stimme der Kritik in einem Augenblick, der für die Gegenwart und Zukunft der Völker von höchster Wichtigkeit, ja verhängnisvoll ist, zu erheben.

Der Klub der Deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hält es daher für seine Pflicht, **seine Stimme zu einem ausdrücklichen Protest zu erheben** und die Regierung für die unabsehbare Verschleppung der Einberufung des Parlaments verantwortlich zu machen: eine Verantwortung, die dadurch nicht geringer würde, wenn ihre Politik darin bestünde, sich als der Gefangene der deutschbürgerlichen Parteien an Problemen abzumühen, die mit dem Parlament gewiß mit großer Mühe, ohne das Parlament aber überhaupt nicht gelöst werden können. Das verderbliche Wort von den „notwendigen Voraussetzungen" für die parlamentarische Tätigkeit wird niemanden täuschen,

Österr. Volkszeitung
20./II. 1917

Deutscher Nationalverband.

Aus der letzten Vollversammlung.

In der am 16. d. unter dem Vorsitz des Obmannes Abg. Dr. Groß abgehaltenen Vollversammlung des deutschen Nationalverbandes gelangte die gegenwärtige politische Lage zu eingehender Besprechung. Unter Bedachtnahme auf diesbezügliche aus der Bevölkerung und den Kreisen des Verbandes laut gewordene Wünsche wurde folgender Beschluß gefaßt: „Der deutsche Nationalverband nimmt den Bericht des Vorstandes über die Verhandlungen mit der Regierung zur Kenntnis und beauftragt denselben, weiter in dem Sinne zu wirken, daß mit aller Beschleunigung die schon lange vorbereiteten Voraussetzungen für einen möglichst baldigen Zusammentritt des Reichsrates geschaffen werden."

Ueber Anregung des Abg. Marckhl wurde beschlossen, einen Aufruf behufs Sammlungen von Unterstützungen für die vom Erdbeben schwer betroffene Stadt Rann an die Bevölkerung zu richten.

Von verschiedenen Seiten wurden die gegenwärtig dringenden Fragen der Ernährungs- und Verkehrsschwierigkeiten, insbesondere die Kohlen-, Petroleum- und Kartoffelnot eingehend besprochen. Zur weiteren Verfolgung dieser Angelegenheiten und möglichst raschem Einschreiten von Fall zu Fall wurde beschlossen, dem Vorstand einen Ausschuß von in Wien wohnhaften Abgeordneten beizugeben.

Ferner wurde folgender Beschluß gefaßt: Mit Rücksicht darauf, daß die Familienfustentationsbezüge der Angehörigen der Lehrergagisten länderweise gesetzlich verschiedenartig geregelt sind, durch die kaiserliche Verordnung vom 15. April 1916 und die sohin erflossenen Erlässe des Kriegsministeriums und des Ministeriums für Landesverteidigung Familiengebühren für alle Länder eingestellt und dadurch Hunderte von Gagistenfamilien in einzelnen Ländern auf minimale Unterhalts-, beziehungsweise Sustentationsbeiträge gesetzt, daher in ihrem Unterhalt und in ihrer Existenz auf das ärgste bedroht sind, wird der Vorstand des Nationalverbandes ersucht, sobald es nur möglich, mit den genannten Ministerien und dem Ministerium des Innern in Verbindung zu treten, damit den infolge dieser Erlässe so hart mitgenommenen Familien der Lehrergagisten auf das schnellste Abhilfe gebracht werde.

Einstimmig wurde der Vorstand beauftragt, die Beschlüsse des unter dem Vorsitz des Abgeordneten Einspinner in Leoben abgehaltenen Reichshandwerkertages bei der Regierung entschieden zu vertreten.

Ein Antrag des Abgeordneten Kittinger, dahingehend, daß bei Ehen zwischen Militärinvaliden und Kriegerwitwen die letzteren ihre Versorgungsgenüsse nicht verlieren, wurde in sozialem Interesse begrüßt und dem Vorstand zur Beratung und Vertretung überwiesen.

Die Zeit Abendbl
20./II. 1917

Kundgebung der Universität gegen die Entente.

In der Wiener Universität fand dieser Tage eine Versammlung der Professoren und Dozenten aller Fakultäten statt, um gegen die Teilungspläne Stellung zu nehmen, die in der Antwort der feindlichen Mächte auf die Note des Präsidenten Wilson enthalten sind. Nach einer Begrüßungsrede des Rektors der Universität Hofrat Prof. Dr. Reisch hielt der Professor der juristischen Fakultät Dr. Hans Sperl einen kurzen Vortrag zur Begründung der folgenden Entschließung, die ohne Wechselrede einstimmig angenommen wurde. In der Entschließung heißt es unter anderem: „Alle Völker Oesterreichs, Deutsche und Nichtdeutsche, sind ihrem Herrscherhause in Anhänglichkeit und Liebe zugetan und keines ist gesonnen, sich von ihm trennen zu lassen. Alle weisen es zurück, daß sich Fremdvölker in das innere staatliche und nationale Leben unserer Heimat einmischen. Die Völker unserer Staaten wollen ihr politisches Schicksal nach ihrem eigenen Willen regeln, und ihr Wille ist, die Erfüllung der ethischen, nationalen und kulturellen Aufgaben, die sie sich stellen, im Verbande der österreichisch-ungarischen Monarchie anzustreben. Die Universität Wien ist sich bewußt, mit allen Bewohnern unseres Staates in Uebereinstimmung zu sein, wenn sie feierlich Widerspruch erhebt wider den von unseren Gegnern an der österreichisch-ungarischen Völkerfamilie geplanten Frevel und gegen den Gedanken, als könne der Friedensschluß dazu führen, daß die heute in der Monarchie lebende Völkergemeinschaft durch erzwungene Abtrennung einzelner Teile verstümmelt werde."

Wiener - Stimmen

21./II. 1919

90

Bei der Notenabstempelung.

Zeichnung von Fritz Schönpflug.

Dr. Steinwender: „Herrgott, wenn so jetzt statt der Noten die Dickschädeln dalägen, die mich nicht gewählt haben!“

Arbeiterzeitung

23. II. 1917

94

Unentwegt bei dem hohen Ziel!

Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Arbeitsgemeinschaft waren heute bei dem Grafen Clam-Martinic, um ihn zu fragen, „wie sich die Regierung zu der Einberufung des Reichsrates stelle", die schon dadurch, daß das Mandat des Abgeordnetenhauses im Juli abläuft, an einen Zeitpunkt gebunden ist. Der Herr Ministerpräsident scheint über die Frage einigermaßen erstaunt gewesen zu sein. Er habe darüber doch in seiner „ersten und einzigen" Regierungserklärung gesprochen, und neue Erklärungen abzugeben erachte er „nicht für notwendig"; da er eben an dieser „ersten und einzigen" „unentwegt festhalte" und er, wenn er „von der bisher eingenommenen Stellung abgehen wollte", die Parteien doch „rechtzeitig davon in Kenntnis setzen würde". Dagegen ist nichts zu sagen; Graf Clam-Martinic ist für die Sparsamkeit eben auch bei Regierungserklärungen, und da er schon einmal eine „abgegeben" hat, so ist nicht einzusehen, wie man dazu kommt, ihn mit „erneuten" Fragen zu behelligen. Nur darüber, daß die „erste und einzige Regierungserklärung" „hinsichtlich der Stellung der Regierung zum Parlament doch in unzweideutigster Weise Aufklärung geboten habe", möchten wir uns ein Wort erlauben, natürlich nur soweit es dem bescheidenen Untertanen ziemt. Jene Regierungserklärung waren folgende Sätze: „Die Herstellung voller verfassungsmäßiger Zustände, die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen dazu, die Ebnung des Weges zum Parlament wird das hohe Ziel der Regierung bilden." Das war alles und daß die Regierung damit „in unzweideutigster Weise Aufklärung geboten habe", scheint uns das allgemeine Bedürfnis nach Aufklärung doch einigermaßen zu unterschätzen. Man erfuhr nichts darüber, was eigentlich die Regierung an „Voraussetzungen" ins Auge fasse, nichts darüber, warum da Voraussetzungen „notwendig" sein sollen, nichts darüber, was nach der Meinung der Regierung den Weg zum Parlament versperren, nichts darüber, wodurch er geebnet werden könnte; man erfuhr nichts und erfährt nichts. Man weiß nur, daß die Regierung erklärt habe, „die Herstellung voller verfassungsmäßiger Zustände werde das hohe Ziel der Regierung bilden". Das ist natürlich höchst erfreulich, und daß die Regierung daran unentwegt festhält, daß ihr das „hohe Ziel" nicht verlorengehe, steigert nur die Genugtuung. Aber daß wir dem Reichsrat dadurch näher kämen, kann leider nicht behauptet werden. Denn als Graf Clam-Martinic aus dem Reiche der Spekulation zu der nüchternen Frage zurückkehrte, wann auf die Einberufung wohl gerechnet werden könnte, antwortete er, einen Zeitpunkt könne er „derzeit noch nicht festlegen". Wir fürchten sehr, die Regierung werde ihr „hohes Ziel" noch lange behalten.

Es ist tiefbedauerlich, daß ein Mann, dem man Einsicht und Klugheit nachrühmt, wie es bei dem Grafen Clam-Martinic so reichlich geschieht, nicht begreifen will, daß er sich mit jedem Tage, um den er die Einberufung des Reichsrates verringern, je länger mit der Einberufung gezaudert wird, je mehr er mit Voraussetzungen belastet, je mehr er eben in Frage gestellt wird. Umgekehrt: wenn man den Reichsrat nimmt als das Selbstverständliche, als das, was nicht bloß sein kann, sondern sein muß, wenn man die Einberufung nicht als Geschenk oder Gunst erachtet, sondern als Verpflichtung anerkennt, so wird wieder sein Dasein gesichert und vor Zweifel und Mißtrauen bewahrt, die sich sonst wie Meltau auf sein Wirken legen. Was man mit der Ausschaltung des Reichsrates erreicht hat, ist doch nur, daß sich die Völker auf innerpolitischem Gebiet in Kälte und Fremdheit gegenüberstehen, und das ist vielleicht noch schlimmer und gefährlicher, als wenn sich die Parteien im Abgeordnetenhause zanken und raufen. Dieses aufgezwungene Schweigen, dieses Minieren gegeneinander, dieser verbissene Kampf auf den Hintertreppen, das alles mag die äußerliche Ruhe unangetastet lassen, die jetzt so ungebührlich geschätzt wird, aber Gesundung ist es nicht und zur Gesundung führt es nicht. Da wir den Glauben nicht aufgeben wollen, daß es der Graf Clam-Martinic mit seinem „hohen Ziele" ernsthaft meint, so beklagen wir es tief, daß er sich von kurzsichtigen Ratgebern auf eine falsche Bahn drängen läßt und auf die Stimme derjenigen, die es mit dem Reichsrat ehrlich meinen, nicht hören will. Wie wird er dastehen, wenn sich das, was er als die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen angesehen hat, nicht bewährt und wenn sein Werk auf den geebneten Weg nicht führt? Das möge er bedenken.

Man kann das Reden verbieten, aber das Denken nicht. Und daß sich die Oesterreicher darüber keine Gedanken machen sollten, da sie alle Parlamente der Welt während des Krieges im Vollbesitz ihrer Rechte sehen, Tag um Tag über die Verhandlungen im ungarischen Reichstag, im deutschen Reichstag, im preußischen, im bayrischen Abgeordnetenhause, in der türkischen Kammer, in der Sobranje in Bulgarien lesen, vom englischen Unterhause, von der französischen Kammer, der russischen Duma ganz zu schweigen, wenn sie sehen, daß die verantwortlichen Staatsmänner überall von der Parlamentstribüne über die ernsten und wichtigsten Angelegenheiten der Nation Aufschluß geben, und damit nun den Zustand in Oesterreich vergleichen — daß sie sich dann über den Zustand ihres Vaterlandes nicht Gedanken machen sollen, das ist, der hergebrachten Gleichgültigkeit in Oesterreich ungeachtet, denn doch ausgeschlossen. Erwägen wir nur etwa dieses: Der Graf Clam-Martinic ist nun länger als zwei Monate im Amte und er hat zu den Völkern, die er führen soll und deren Geschicke er leitet, noch kein Wort sprechen können! Das ist ein Gleichnis, aber ein Gleichnis, das jedermann verständlich ist. Dieser Zustand drückt uns tief herab, und der verantwortliche Staatsmann sollte wohl erkennen, daß er unbedingt und unverzüglich beseitigt werden muß.

Kämpfe mit U-Booten.

Carlton recherche l'on donn Prodlem zu, ob es rationell sei, über die Vernichtung des Feindes an U-Booten Einzelheiten bekanntzugeben, und sagte: Die Politik des Schweigens, wie sie von den entsprechenden Regierungen befolgt wird, ist nicht angebracht. Die Admiralität hat es vorgezogen, die Öffentlichkeit über die Kämpfe mit U-Booten zu unterrichten, und sie hat damit recht getan. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Veröffentlichung der Zahl der versenkten Schiffe durch Neutrale oder Torpedos vernichteter Handelsschiffe zu vermehrten Anstrengungen in diesen Gebieten führen würde. Im Gegenteil wird die Zahl der versenkten Schiffe, die von Unterseebooten angegriffen werden, aber entkommen sind, sich vermehren und dadurch die Zahl der Angriffe vermehren.

Tägliche Rundschau

23. III. 1917

Eine Kundgebung des Alldeutschen Verbandes.

Zu einer gewaltigen Kundgebung für einen deutschen Frieden gestaltete sich eine von Tausenden besuchte Versammlung der Ortsgruppe Berlin des Alldeutschen Verbandes, die gestern im Kaisersaal des „Rheingold" stattfand. Nach der Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden Justizrat Stolte hielt der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Werner einen Vortrag über: „Deutschlands Aufstieg oder Niedergang?" In großen Zügen gab er zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über den deutschen Aufstieg vom 30jährigen Krieg an bis zur Gegenwart. Er streifte die Geschichte des Dreibundes und unsere Kolonialgeschichte und betonte, daß von einsichtigen Politikern der Entscheidungskampf mit England immer als unausbleiblich vorausgesehen worden sei. Wiederholt wurden von unserer Regierung Versuche gemacht, den Krieg zu vermeiden. Vergeblich. Nach 2½ jährigem Durchhalten in diesem furchtbarsten aller Kriege sei es besonders zu begrüßen, daß die Regierung jetzt endlich den U-Boot-Krieg ganz entfesselt hat, sicher das beste und wirksamste Mittel, dem Kriege ein Ende zu machen. Das Gebot der Stunde sei: Wie siegen wir und wie bekommen wir einen deutschen Frieden? Auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen würden wir keinen Frieden von unseren Gegnern erlangen. Nur durch die Wucht aller unserer Kampfmittel können wir sie daher zum Frieden zwingen. Dieser Friede muß ein deutscher Friede sein. Ein Frieden, in dem es keine Sieger und Besiegte gibt, ist unmöglich, er würde nur zu neuem Krieg führen. Wir können vertrauensvoll in die Zukunft blicken, denn wir haben an der Spitze unseres tüchtigen Heeres den Held des Tages, unseren Hindenburg, wir haben eine gute Luftwaffe, und vor allem unsere wirksamen U-Boote. Bedauerlich sei es allerdings, daß der Schöpfer unserer Marine, Tirpitz, jetzt weitab von der Leitung steht. Professor Werner kam dann auch auf die Kriegsziele zu sprechen. Im Osten verlangt er außer den baltischen Provinzen einen entsprechenden Grenzschutz gegen unliebsame Einwanderer. Im Westen fordert er ein selbständiges Vlamentum. Belgien muß dem Deutschen Reiche in irgendeiner Weise angeschlossen werden, vor allem müssen wir Antwerpen haben, sonst kommen wir aus dem „massen Dreieck" nicht heraus. Nötig für uns ist weiter eine Vergrößerung unserer Kohlen- und Eisenbezirke im Westen.

Nach dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag Professor Werners wurde der Versammlung folgende Entschließung vorgelegt, die einstimmig angenommen wurde:

Die heutige von Tausenden deutscher Männer und Frauen besuchte Versammlung begrüßt den endlich eingetretenen, verschärften Tauchbootkrieg gegen England mit der Gewißheit des militärischen Sieges und dankt den Männern, die diese Entscheidung herbeigeführt haben. Die Versammlung erwartet von der rücksichtslosen Anwendung aller unserer Kampfmittel die baldige, glückliche Beendigung des Weltkrieges und einen deutschen Frieden, der des Blutes wert ist, das für ihn geflossen ist. Sie gelobt, in der Heimat das schwere Werk der Obersten Heeresleitung, zu der sie in stolzem Vertrauen aufschaut, mit treuem Eifer nach ihren Kräften zu fördern und insbesondere das Ihrige zu tun, damit der feste Entschluß unseres Volkes, bis zum glücklichen Ende durchzuhalten, nicht erlahme.

Pester Lloyd

24./II. 1917

97

Tschechischer Protest gegen die deutschen Zehngebote.

Aus Wien wird uns telegraphiert: Aus Brünn wird berichtet: Der Hlas schreibt über die Richtlinien der Deutschnationalen und Christlichsozialen: „Unser Standpunkt zu diesem Dekalog bedarf nicht vieler Worte. Niemals, unter keiner Bedingung, um keinen Preis! Wir protestieren aufs nachdrücklichste gegen die Einführung der deutschen Staatssprache in jeder Form und jedwedem Umfange. Verschonet uns mit eurer stets vorgeschützten Sorge für die Zukunft Oesterreichs, wenn ihr nicht einmal Verständnis habt für die dringendsten Bedürfnisse des Staates und für die einträchtige Zusammenarbeit seiner Völker!“ In ähnlicher Weise äußert sich in der Moravska Orlice ein konservativer Großgrundbesitzer.

Reichspost

24. III. 1917

Eine Abordnung des Polenklubs beim Minister des Aeußern.

KB Wien, 23. Februar.

Am 21. d. fanden sich beim Minister des Aeußern Grafen Czernin Vertreter der politischen Kommission des Polenklubs zu einer längeren Besprechung ein. Erschienen waren der Obmann des Polenklubs Herr v. Bilinski, Herrenhausmitglied Graf Goluchowski sowie die Reichsratsabgeordneten v. Abrahamowiz, v. Glombinski, Hofrat German, Daszynski und Kendzior.

Die Unterredung betraf die gegenwärtige Lage im Königreiche Polen, wobei Graf Czernin den Vertretern des Polenklubs eine Darlegung der sie interessierenden Fragen gab. Des weiteren versicherte der Minister des Aeußern die erschienenen Parlamentarier, daß er auf ständigen Kontakt mit ihnen großen Wert lege.

Im Namen der Anwesenden gab schließlich Graf Goluchowski seiner Uebereinstimmung mit den vom Minister des Aeußern dargelegten Gesichtspunkten Ausdruck, dankte für die erhaltenen Informationen und erklärte, daß der Polenklub bereitwilligst von der Aufforderung des Grafen Czernin zu fortlaufendem Gedankenaustausch Gebrauch machen werde.

Die Zeit
25./II. 1917

Ein Stück Friedensarbeit.

Der wirtschaftliche Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn, über den zwischen den beiden Regierungen seit Jahresfrist verhandelt wurde, ist nunmehr in der Hauptsache fertig. Das ist eine wichtige und erfreuliche Nachricht, und wenn auch über den Inhalt der getroffenen Vereinbarungen noch keine amtliche Mitteilung vorliegt, die kritische Würdigung also einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben muß, so ist doch der Ausgleichsabschluß an sich ein sehr willkommenes Ereignis. Es ist ein bedeutsames Stück Friedensarbeit, das da geleistet wurde, und es läßt uns über Sturm und Wogenbraus hinweg wieder Land sehen — den ruhigen Boden, auf dem die Zukunft friedlich säen und ernten wird. Die Ausgleichsverhandlungen, die nun in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung geführt haben, waren die unerläßliche Vorarbeit für die wirtschaftliche Zukunft der Monarchie. Nach dem Kriege werden die volks- und staatswirtschaftlichen, vor allem aber die handelspolitischen Fragen in ihrer Bedeutung für das Völkerleben sich erst voll dem allgemeinen Verständnis erschließen. Schon jetzt beschäftigt die handelspolitische Zukunft aufs angelegentlichste die führenden Köpfe aller am Kriege beteiligten Länder. Die Wirtschaftspolitiker der Ententestaaten haben bereits wiederholt gemeinsame Beratungen abgehalten; besondere Aufmerksamkeit erregten die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz, die allerdings mehr prinzipieller Natur waren und keinerlei vertragsmäßige Bindung der vertretenen Staaten in sich schlossen. Immerhin waren diese Vorbereitungen unserer Gegner ein Ansporn für uns, mit der Arbeit im eigenen Hause nicht zu säumen. Kann doch jeder der europäischen Großstaaten handelspolitisch leichter und rascher gerüstet sein als unsere Monarchie, die — als Zusammenfassung zweier wirtschaftlich selbständigen Staaten — erst im Innern ein großes zoll- und handelspolitisches Ausgleichswerk fertig bringen muß, ehe sie nach außen hin als verhandlungsfähige Wirtschaftseinheit aufzutreten vermag.

Die künftigen Handelsverträge werden mit dem allgemeinen Friedensvertrag, der dem europäischen Krieg in hoffentlich nicht zu ferner Zeit ein Ende machen wird, zweifellos aufs engste verknüpft sein. Um so notwendiger war es, dafür vorzusorgen, daß unsere Monarchie nicht etwa in wirtschaftlich unfertigem Zustand in die Friedensverhandlungen eintrete. Es besteht freilich kaum die Gefahr, daß der Friede eines Tages als überraschendes Geschenk vom Himmel falle. Aber mag er nun wann immer kommen, früher oder später, er wird unsere Monarchie jedenfalls in voller Bereitschaft finden. Da es verschiedene Umstände von nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Natur gibt, die sich gegenwärtig, solange der Krieg fortdauert, überhaupt nicht voraussehen oder feststellen lassen, so wird sicherlich der von den beiden Regierungen vorläufig vereinbarte Ausgleich gewisse Eventualbestimmungen enthalten, die im voraus dem Eintritt jeder möglichen Voraussetzung Rechnung tragen. Und in demselben Sinn werden wohl auch die handelspolitischen Verhandlungen mit dem verbündeten Deutschen Reich geführt werden, die nunmehr, nach Vollendung des Ausgleiches, ohne Verzug in Angriff genommen werden können. Weder mit den feindlichen noch mit den neutralen Staaten kann zurzeit über künftige Wirtschaftsverträge verhandelt werden. Der Verhandlungsweg zu den Verbündeten aber ist offen, und es empfiehlt sich, daß alle Teile die jetzt noch dazu gegebene Muße gehörig benützen. Mit Deutschland, das uns politisch wie wirtschaftlich so nahe steht, mit dem wir seit alters den stetigsten und reichhaltigsten Güteraustausch pflegen, dürften also die Verhandlungen in raschen Fluß kommen, und es steht zu hoffen, daß sie zu einer noch engeren wirtschaftspolitischen Verbindung als bisher, natürlich bei sorgfältigster Wahrung der beiderseitigen Interessen, führen werden. Auch hier wird selbstverständlich jede Abmachung die Elastizität haben müssen, die den vorläufig noch unbestimmten Ergebnissen des künftigen europäischen Friedensschlusses entspricht. Jedenfalls dürfen wir uns aber heute schon der Sicherheit des wohlgeordneten Hauses freuen, mit der wir in eine Zukunft hineingehen, die noch so viel Unsicheres birgt. Den Frieden müssen wir uns erst erkämpfen, ein wertvolles Stück Friedensarbeit aber haben wir bereits unter Dach.

Fremdenblatt
25. IV. 1917

Vorläufiges Ergebnis der Ausgleichsverhandlungen.

Grundlagen für die Einleitung von Handelsvertragsverhandlungen.

In einem Augenblicke, in welchem die gewaltigen Entscheidungen auf den Schlachtfeldern heranreifen, kommt eine überaus bedeutungsvolle und erfreuliche Nachricht: Die beiden Regierungen sind über die Grundlagen des österreichisch-ungarischen Ausgleichs zu einem vorläufigen Ergebnis gekommen. Bei seinem Regierungsantritt hat das Kabinett des Grafen Clam-Martinic in einer programmatischen Erklärung betont, daß sich unter den nächsten Aufgaben der Regierung der Abschluß des Vertrages zwischen den beiden Staaten der Monarchie befindet. Nach schwierigen und langwierigen Verhandlungen ist nun ein positives Resultat zustandegekommen, das begreiflicherweise nur als ein vorläufiges bezeichnet werden kann. Vorläufig deshalb, weil ja, wie auch das gestern veröffentlichte Communiqué andeutet, die künftige Gestaltung der handelspolitischen Verhältnisse noch im Dunklen liegt, da wir uns noch mitten im Kriege befinden.

Die Frage war ja bekanntlich strittig, ob die Verhandlungen über den Ausgleich überhaupt vor Beendigung des Krieges in Angriff genommen werden sollen, oder ob sich nicht ein Aufschub bis nach dem Friedensschluß empfehlen würde. Mit Recht hat man sich aber für die erstere Eventualität entschieden, nicht nur als für den durch die Gesetzgebung vorgezeichneten, sondern auch aus gewichtigen anderen Gründen. Bereitsein ist alles! heißt es auch für die Monarchie in der Frage der Regelung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu den dritten Staaten, die unerläßliche Voraussetzung einer solchen Bereitschaft aber ist angesichts der zentralen Bedeutung des österreichisch-ungarischen Ausgleichs für die Machtstellung der Monarchie sowie für das Wirtschaftsleben der beiden Staaten die Klarstellung der ganzen wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen, die diesen Vertrag ausmachen, auf welchen eben das ökonomische Verhältnis zwischen den beiden Staaten ruht. Gemäß dem Artikel XXV des Ausgleichsvertrages, der die Kontinuität des Vertragszustandes zwischen den beiden Staaten verbürgt, sind die Verhandlungen zeitgerecht eingeleitet und nunmehr insoweit finalisiert worden, als eben das erwähnte vorläufige Ergebnis erzielt wurde.

Damit ist, wie schon betont, nicht nur die Bahn für das künftige ökonomische Zusammenleben der beiden Staaten geschaffen, sondern auch der Weg zu Handelsvertragsverhandlungen mit Dritten freigemacht, der Einleitung handelspolitischer Verhandlungen insbesondere mit dem Deutschen Reiche steht kein Hindernis mehr im Wege, denn mit der Verlängerung der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit zwischen Oesterreich und Ungarn ist die rechtliche Vorbedingung für solche handelspolitische Vereinbarungen geschaffen worden, als einheitliches Rechtssubjekt tritt die Monarchie in die Verhandlungen mit den Dritten ein. Der ungarische Ministerpräsident hat erst kürzlich anläßlich einer Interpellationsdebatte darauf hingewiesen, daß keine Notwendigkeit vorlag, die Handelsverträge bis Ende Dezember 1916 zu kündigen, da zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung ein Uebereinkommen zustande gekommen sei, welches das Recht der beiden Regierungen sichere, wonach jede derselben einseitig die Kündigung der Handelsverträge fordern könne und daher die Handelsverträge auch auf Wunsch nur einer Regierung gekündigt werden können. Die schon angeführte Regierungserklärung des Kabinetts Clam-Martinic spricht in bezug auf das Deutsche Reich von der „Anbahnung engerer wirtschaftlicher Verhältnisse", und in diesem Geiste werden die Verhandlungen mit den Bundesgenossen gepflogen werden. Und was die Verhandlungen mit den anderen dritten Staaten anbelangt, so kommen vorerst nur die neutralen und verbündeten Staaten in Betracht. Erst vor einigen Tagen hat der ungarische Reichstags-Abgeordnete Doktor Gratz in einer vielbemerkten Rede insbesondere auf die Notwendigkeit eines Ausbaues unserer handelspolitischen Beziehungen zu den Balkanstaaten hingewiesen, denen allerdings die Regelung des Verhältnisses zu Deutschland vorausgehen müsse. Es entspricht dem „vorläufigen" Charakter der getroffenen Vereinbarungen, daß vorerst nähere Mitteilungen nicht erfolgen. In der schon wiederholt erwähnten Regierungserklärung ist, wie erinnerlich, auch der Passus enthalten, daß alle den Ausgleich und die Handelsverträge berührenden Angelegenheiten seinerzeit dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden sollen.

Die offiziellen Konferenzen zwischen den beiden Regierungen wurden am 28. Jänner 1916 in Budapest aufgenommen und in einer amtlichen Verlautbarung bekanntgegeben. Die Verhandlungen, die sodann abwechselnd in Wien und in Budapest — mit einer längeren Pause — ihre Fortsetzung fanden, waren unter dem Ministerium Stürgkh bereits weit fortgeschritten. Nach dem Tode des Grafen Stürgkh trat der designierte Ministerpräsident Dr. v. Koerber sofort mit der ungarischen Regierung wegen des Ausgleichswerkes in Verbindung, das nunmehr unter dem Kabinett des Grafen Clam-Martinic mit den charakterisierten vorläufigen Ergebnis abgeschlossen wurde.

Lujo Brentano hat von einem „Wahnsinn des Handelskrieges" nach dem Kriege gesprochen, aber unsere Feinde haben ihn auf der Pariser Wirtschaftskonferenz feierlich proklamiert. Dieser Herausforderung setzen die Zentralmächte in diesem blutigen handelspolitischen Kometenjahr die Neuorientierung im Zeichen von „Mitteleuropa" entgegen und mit dem vorläufigen Ergebnis der Ausgleichsverhandlungen ist ein verheißungsvoller Anfang gemacht. Wenn auch jeder Staat selbstverständlich eifervoll seine Interessen vertreten wird, wird die auf den Schlachtfeldern besiegelte Freundschaft über alle Gegensätze und Schwierigkeiten hinweg sicherlich auch zu guter handelspolitischer Nachbarschaft führen.

Fremdenblatt

25./II. 1917

Die Frage der Parlamentseröffnung.

Aeußerungen des Abgeordneten Dr. Stölzel.

Wie uns aus Salzburg telegraphiert wird, äußerte sich Reichsratsabgeordneter Dr. Stölzel einem Mitarbeiter des „Salzburger Volksblatts" gegenüber bezüglich der Frage der Parlamentseröffnung folgend: „Ich halte die Antwort des Ministerpräsidenten für richtig, zumal er eine Aenderung des bisherigen Regierungskurses verneint. Die wiederholt begründete Auffassung des deutschen Nationalverbandes, daß wir ein gesundes, arbeitsfähiges Parlament in einem gesunden, starken Staate brauchen, besteht heute noch. Unsere Forderungen sind weniger nationaler Natur als von staatlichen Bedürfnissen diktiert. Wir deutschen Abgeordneten im Verbande haben keine Lust mehr, die Ehrenbezeichnung „Parlamentarier" lächerlich machen zu lassen, was auch von solchen geschehen ist, welche jetzt für das Parlament, gewiß im guten Glauben, eine Lanze brechen zu müssen glauben. Eine politische oder nationale Partei ist nicht in der Lage, im Staate Oesterreich allein zu regieren oder zu diktieren, sie kann nur mitarbeiten. Wir wollen an der Neuordnung der Dinge in Oesterreich auf Grund der Lehren des Krieges mitarbeiten. Sache der Regierungsgewalt ist es, bei allen ihren Maßnahmen vor allem von den Bedürfnissen des Staates und seiner Wehrmacht und von der Sorge für die Wohlfahrt aller Staatsbürger sich leiten zu lassen. Hoffen wir, daß diese Regierungsentscheidungen und Regierungshandlungen uns staatsbewußten Oesterreichern die positive Mitarbeit erlauben, ja gebieten werden.

Frankfurter Zeitung
26. II. 1917

Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Der „Ausgleich", so berichtet eine halbamtliche Wiener Meldung, ist so weit vollzogen, daß der Vorbereitung handelspolitischer Vereinbarungen mit dem Deutschen Reiche kein Hindernis mehr im Wege steht. Wenn die enge Verbrüderung, zu welcher der Weltkrieg die beiden mitteleuropäischen Mächte geführt hat, für die Zukunft auch eine intimere wirtschaftspolitische Verbindung zustande bringen sollte, würde also mit dem jetzt vereinbarten Ausgleich innerhalb der Donaumonarchie die erste Voraussetzung dafür geschaffen sein. Darin liegt die weitreichende Bedeutung der heutigen Meldung auch für uns Reichsdeutsche.

Der Ausgleich — das ist der Grundvertrag, der von Termin zu Termin das gesamte wirtschaftspolitische Verhältnis der beiden Reichshälften Oesterreich-Ungarns ordnet und festlegt. Ueber die einzelnen Bestimmungen dieses neuen Vertrages ist noch nichts mitgeteilt worden, und es wäre ja auch nicht in erster Linie unsere Sache, über diese Vereinbarungen eine Meinung zu äußern. Mit einem wesentlichen Ergebnis aber kann wohl schon heute gerechnet werden, daß nämlich der nun für den 1. Januar 1918 abgeschlossene Ausgleich nicht mehr bloß zehn, sondern zwanzig Jahre in Kraft bleiben soll, und dieses Ergebnis darf auch von uns und schon heute als ein erfreulicher Fortschritt, als eine Sicherung der uns gemeinsamen Zukunft begrüßt werden. Dieser langfristige Abschluß bietet, sobald ihm die sachlichen Abmachungen entsprechen, auch wenn man von den Beziehungen zu Deutschland noch ganz absieht, ebenso den österreichischen Ländern, wie denen der ungarischen Krone die Möglichkeit einer neuen starken wirtschaftlichen Entwicklung. In beiden Reichshälften hat sich immer beherrschender die Ueberzeugung festgesetzt, daß sie auch in wirtschaftlichen Dingen unbedingt aufeinander angewiesen sind. An der wirtschaftlichen Kräftigung und dem Gedeihen der verbündeten Monarchie ist in jedem Falle auch das Deutsche Reich aufs dringendste interessiert.

Wenn jetzt die Vorarbeiten zu handelspolitischen Vereinbarungen zwischen uns und Oesterreich-Ungarn in Angriff genommen werden, wird ja mit mancherlei Schwierigkeiten in großen und kleinen Fragen zu rechnen sein. Man wird vorsichtig sein, um die Möglichkeit der Wiederaufnahme unserer deutschen weltwirtschaftlichen Betätigung nicht zu gefährden. Denn für deren Freiheit haben wir ja zum guten Teile diesen blutigen Krieg auf uns nehmen müssen. Aber schließlich brauchen in dieser Beziehung zwischen uns und Oesterreich-Ungarn durchaus keine Gegensätze gesucht zu werden. Freie Handelswege nach außen wird auch die österreichisch-ungarische Wirtschaft nötig haben, doppelt nötig, je mehr sie an Kraft und Umfang gewinnt. Solchen Gewinn, das wünschen wir Deutsche den Verbündeten, möge ihnen auch der jetzt vereinbarte langfristige Ausgleich bringen.

*

h **Budapest**, 25. Febr. (Priv.-Tel., zf.) Die offiziöse Ankündigung, daß die Ausgleichsverhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn in einem Stadium sich befinden, welches nun den Beginn von Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland möglich macht, wird in den hiesigen Blättern zumeist ohne Kommentar wiedergegeben. Die Zurückhaltung ist durch den Umstand begründet, daß authentische Einzelheiten über die Ausgleichsverhandlungen vorläufig nicht bekannt gegeben sind. Graf Apponyi wird morgen in einer dringenden Interpellation die Regierung befragen, ob sie geneigt sei, das Land über den vereinbarten Ausgleich zu orientieren. Graf Apponyi kündigt an, er werde gegen die getroffenen Vereinbarungen, wenn sie provisorisch seien, und die Freiheit der Entschließung des künftigen Reichstags nicht beschränkten, keine Einwendung erheben. Anders müßte er jedoch über die Sache denken, wenn die parlamentarische Ratifikation aller Vereinbarungen wohl für den künftigen Reichstag vorbehalten worden, jedoch die Regierung anderer Staaten, besonders Deutschland, gegenüber solche Verpflichtungen eingegangen wäre, durch welche dann der künftige Reichstag in eine tatsächliche Zwangslage gerate.

Der Morgen

26. II. 1917

106

Der Reichsrat.

„Verfassungen, wenn sie in Fleisch und Blut des Volkes übergegangen; wenn sie sein Eigentum geworden sind, sind das von vergangenen Generationen überkommene Erbgut und Gemeingut der gegenwärtigen sowie der späteren Geschlechter." Diese Auffassung wurde im österreichischen Abgeordnetenhause Ende November 1861 vom Grafen Heinrich Clam-Martinitz vertreten. Wir erinnern uns ihrer, da wir die Worte seines Neffen, des gegenwärtigen Ministerpräsidenten, vernehmen, mit denen er dieser Tage die Frage nach der Einberufung des Reichsrates beantwortete. Mehr als ein halbes Jahrhundert ist zwischen der Äußerung des einen und des anderen Staatsmannes verstrichen, und diese Zeit der politischen Arbeit, des Aufstieges neuer Klassen, der Rechtserweiterung bis zum allgemeinen gleichen Wahlrechte hat das Gefühl für die Bedeutung der modernen Verfassungseinrichtungen unvergleichlich vertieft. Wenn man wirklich erfahren will, was das Parlament den Bürgern bedeutet, dann muß man nur die Stimmen für die Wiederbelebung des Reichsrates auf sich einwirken lassen, die Kundgebungen des Volkes und nicht einzelner unpolitischer Politiker. Es geht ja oft so, daß die wahren Empfindungen, die jahrelang verschleiert waren, in Augenblicken von besonderer Bedeutung hervorbrechen und offenbar machen, was früher bezweifelt werden mochte. Die Verfassung gilt uns als teures Erbgut, das berechtigt und verpflichtet zugleich. Sie aber findet im schaffenden, tätigen Reichsrat ihren sichtbaren Ausdruck; durch ihn wird zur ereignisvollen Wirklichkeit, zum meßbaren und fühlbaren Werte, was sonst nur papierene Verheißung bleibt — Hoffnung auf morgen und nicht Gewinn von heute.

Deshalb hätten wir von dem Grafen Clam-Martinitz gerne einen bestimmten nahen Termin für den Zusammentritt des Parlaments gehört. Das Programm der Regierung vom 22. Dezember 1916, auf das sich der Ministerpräsident berief und dessen „unentwegte" Beachtung er versprach, kündigte zwar schon im dritten Satze „die Herstellung voller verfassungsmäßiger Zustände und die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen dazu" an. Unterdessen sind aber zwei Monate ins Land gezogen, ohne daß sich die Frist merklich vermindert hätte, die uns von der Einberufung des Parlaments trennt. Mitte März 1914 haben sich die Abgeordneten zum letzten Male versammelt und die Bedingungen unseres Wirkens und die Ziele unseres Wollens sind seither andere geworden. Der Weltkrieg hat Österreich mit einem neuen Geist und einem erhebenden Selbstbewußtsein erfüllt; die Mattigkeit und Verzagtheit von einst ist von uns gewichen. Aus den Schützengräben klingt die Botschaft ins Hinterland, daß der Staat unbezwingbar sei, und wer stark in der Verteidigung ist, der darf darauf bauen, es später im friedlichen Schaffen zu bleiben. Man beachte nur das Selbstvertrauen und den flammenden Optimismus, der aus so vielen Schriften herausströmt, die in der letzten Zeit erschienen sind. Wir nennen bloß, um die Richtung zu weisen, den gedankenvollen Renner, den phantastischen Hanslik und den verzückten Kralik. Aber dennoch liegt es wie ein Alp auf uns, daß die wichtigste Errungenschaft der Verfassung, daß der Reichsrat nicht zur Geltung kommen könne, er, der berufen wäre, dem verjüngten Geiste zum lauten Ausdruck zu verhelfen, dem Auslande die Übereinstimmung zwischen Front und Hinterland augenfällig zu machen und Schwung zu verleihen, indem er zum Anreger, zum verständigen Prüfer, zum mahnenden und antreibenden Gewissen würde.

Es ist eigentümlich: dasselbe Parlament, das Jahr um Jahr an seiner Selbsterniedrigung arbeitete, das gewissenlos den ihm anvertrauten Besitz der Völker verminderte, da es ihr Mitbestimmungsrecht illusorisch werden ließ, wird nun von manchem als Schreckgespenst hingestellt. Die früher am lebhaftesten versicherten, daß das Abgeordnetenhaus ohnmächtig sei, warnen jetzt, die als schwächlich geschilderten Mächte heraufzubeschwören. Allein es ist ein arger Irrtum heute noch von dem Parlament zu sprechen, das im März 1914 war, denn das Abgeordnetenhaus wäre, in seiner Stimmung und in seinem Wesen verändert, von Grund auf anders, wenn es nun wieder zur Tätigkeit Gelegenheit fände. Man hat in den letzten Jahren viel über die Aufgaben, über das Recht und die Technik des Parlaments nachgedacht, und die Bürger aller Nationen stimmen wohl darin überein, daß das Abgeordnetenhaus niemals mehr zum Tummelplatz verwerflicher Leidenschaften, zum Herde sinnloser Obstruktionen werden dürfe. Es ist klar geworden, wie wenig die Länge der Reden, die erdrückenden Ziffern der Interpellationen und der Dringlichkeitsanträge und die Gelegenheiten zu Mißbräuchen bedeuten, wie sehr es vielmehr auf die innere Macht eines sich selbst hochstellenden hohen Hauses und auf die Sparsamkeit im Aufwande der Mittel ankomme. Die Reform der Geschäftsordnung, die von den Regierungen seit Jahren verlangt wird, entspricht nun einem Wunsche, den alle teilen. Selbst die ärgsten Obstruktionisten von einst müssen einsehen, welchen Frevel sie nicht bloß an den Mitbürgern und an dem Staate, sondern auch an sich selbst begangen haben. Es ist also der Zeitpunkt ebenso für die Erneuerung des Parlaments wie des Parlamentarismus außerordentlich günstig. Schon dieser Grund sollte einen kräftigen Antrieb zur Beschleunigung der Einberufung des Reichsrates bilden. Ein Blick auf das ungarische Abgeordnetenhaus, das eine einschneidende Umgestaltung der Hausordnung hinter sich hat, beweist, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, die Lücke auszufüllen, die in Österreich durch die Parlamentslosigkeit gerissen und die durch nichts anderes als durch das Parlament ausfüllbar ist. Wenn wir die Ungarn ob ihres tagenden Reichstages beneiden, so tun wir dies, trotzdem das ungarische Abgeordnetenhaus nicht mehr über die alten Freiheiten der einstigen Hausordnung verfügt.

Man sollte meinen, daß es für einen leitenden österreichischen Staatsmann zunächst keinen schöneren Ehrgeiz gäbe, als zum Erwecker des Reichsrates zu werden. Graf Heinrich Clam-Martinitz hat die Führung der Regierung sicherlich nicht um eines Titels, um einer Stellung willen übernommen, sondern in der Hoffnung und in dem Glauben, seinem Vaterlande Dienste zu leisten. Mögen nun Schwarzseher trotz aller Widerlegungen behaupten, daß das Parlament abermals enttäuschen würde, den einen Satz jedoch wird man nicht bestreiten können, daß es ohne Parlament überhaupt nicht vorwärts gehe. Eine Regierung, die den ernsten Willen aufbrächte, den Reichsrat mit sich fortzuziehen, ihn für nützliche Arbeiten zu gewinnen und mit der Lösung der drängenden Probleme zu betrauen, wäre gewiß imstande, ihre Absichten durchzusetzen. Es gibt ein bändereiches, ungemein fleißiges Werk, das den Zusammenhang zwischen dem Parlament und der Verfassung in Österreich darlegt. Würde man die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ministerien und dem Reichsrate untersuchen, dann fände man, daß die Regierungen immer erreichten, was sie machtvoll anstrebten, soferne sie dem Recht und nicht dem Unrecht, dem Notwendigen und nicht dem Hinderlichen die Bahn freizulegen suchten. Graf Badeni unterlag zum Beispiel bloß deshalb, weil er eine Maßnahme mit Gewalt erzwingen wollte, die im Geiste der Zeit

Österr. Volkszeitung

27. IV. 1917

Die Wünsche der Karpathendeutschen.

Zur Frage der Sonderstellung Galiziens.

Heute findet eine Vorstandssitzung des deutschen Nationalverbandes statt, in der unter anderem die Mitglieder des galizischen Unterausschusses über das bisherige Ergebnis ihrer Beratungen und über den derzeitigen Stand der schwierigen Frage der Sonderstellung Galiziens und der damit zusammenhängenden Angelegenheiten Bericht erstatten werden.

Kürzlich haben sich die Vertreter der Karpathendeutschen in Wien versammelt, um über die Lage des Deutschtums in Galizien Beratungen zu pflegen und haben dann auf Grund dieser Beratungen an die deutschen Parlamentsparteien eine Denkschrift überreicht, in der unter anderem folgendes ausgeführt wird: Die hohe Bedeutung des Deutschtums im Osten der Monarchie ist allgemein bekannt. Diese Deutschen sind für die Länder und für den Staat, aber auch als Vorposten des deutschen Volkes von höchster Wichtigkeit. Immer wieder müssen wir betonen, daß ein Zusammenbruch oder Zurückziehen der Karpathendeutschen eine Gefahr für das Deutschtum im Hinterland bedeutet. Dieser Rückzug wäre in einer Zeit, da wir wieder unsere Interessen dem Osten zuwenden, ganz besonders zu beklagen. Es ist allgemein bekannt, daß schon die nach 1866 Galizien gewährten Sonderrechte das blühende Deutschtum in diesem Lande schwer geschädigt haben. Schritt auf Schritt ist dieses seither zurückgedrängt worden. Dies hat auch auf die Bukowina und auf Nordungarn schädlich eingewirkt. Die Vertreter der Karpathendeutschen haben daher stets betont, daß bei einem durch besondere Umstände gebotenen weiteren Ausbau der Sonderstellung Galiziens dafür zu sorgen ist, daß die Interessen des Staates und der Deutschen dabei nicht zu kurz kommen. Dies ist auch in der letzten Zeit von allen Vertretern der österreichischen Deutschen gebilligt worden, wie die aufgestellten Programme beweisen.

Bei unseren Beratungen wurde mit Genugtuung festgestellt, daß das kaiserliche Handschreiben vom 5. November die Verhältnisse in Galizien so geordnet haben will, daß der Bevölkerung die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung geboten werde. Danach haben auch die Deutschen vollen Anspruch auf ihr Recht. Andererseits erhob sich entschiedener Widerspruch gegen die das Handschreiben begleitenden Kommentare, in denen nur auf Polen und Ruthenen Rücksicht genommen wird. Diesem planmäßigen Niederschweigen des deutschen Volkes in Galizien muß in aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, da gemeindeutsche Interessen dadurch Schaden leiden. Wir bitten daher den sehr geehrten Nationalverband, in kräftiger Weise dafür einzutreten, daß das Deutschtum gebührend berücksichtigt werde und seine Daseinsbedingungen nicht untergraben werden.

In diesem Sinne erscheinen auch fortgesetzt in den Blättern der Deutschen in Galizien und Polen, so im „Deutschen Volksblatt für Galizien“ und in der Lodzer „Deutschen Post“ Artikel, in denen die Deutschen dieser Gebiete nach Hilfe und Rettung rufen. Diese Kundgebungen der Deutschen dieser Länder sind von dem Gesichtspunkte aus geleitet, daß die Deutschen in Polen auch in einem selbständigen Polen sich den Verhältnissen anpassen wollten, wenn ihnen nur die Erhaltung ihrer deutschen Sprache, Kultur und wirtschaftlichen Interessen verbürgt werden würde.

Österr. Volkszeitung
27./II. 1917

Abg. Dr. Stölzel über die Frage der Parlamentseröffnung.

Aus Salzburg wird berichtet: Abg. Doktor Stölzel äußerte sich über die Frage der Parlamentseröffnung in nachstehender Weise:

Ich halte die Antwort des Ministerpräsidenten an den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für richtig. Obwohl ich in der Frage der Parlamentseröffnung die hie und da zutage getretene Nervosität nicht teile, bin ich doch über die unzweideutige Aeußerung des Kabinettschefs befriedigt, weil sie eine Aenderung des Kurses glatt verneint. Der deutsche Nationalverband hat seine Haltung in der Frage der Wiedererweckung des verfassungsmäßigen Lebens wiederholt klar dargestellt und deutlich begründet. Diese Auffassung besteht auch heute noch. Wir wollen ein gesundes, arbeitsfähiges Parlament, in einem gesunden, starken Staate. Unsere Forderungen sind nur zum kleinsten Teile nationaler Natur, sie sind vor allem Staatsforderungen. Wenn eine Regierung glauben sollte, ohne Befriedigung dieser Begehren den Staat gut gesichert und verfassungsgemäß erhalten und leiten zu können, so werden wir dies nicht verhindern und auch nicht verhindern können. Dann trifft aber diese Regierung auch die volle und ganze Verantwortung. Wir deutsche Abgeordnete im Verbande haben keine Lust mehr, die Ehrenbezeichnung „Parlamentarier", in der Oeffentlichkeit und vor uns selbst weiter herabzuwürdigen, ja lächerlich machen zu lassen, wie dies leider dem österreichischen Parlament in den letzten Jahren sehr stark geschehen ist, auch von Seite solcher, welche jetzt für das Parlament gewiß im besten Glauben eine Lanze brechen zu müssen der Ansicht sind.

Ich wiederhole: Wir wollen ein Parlament, wir wollen baldigst das Parlament, aber nicht, um dort wieder anzufangen, wo wir aufgehört haben! Eine politische und nationale Partei ist nicht in der Lage, im Staate Oesterreich zu regieren oder zu diktieren, sie kann nur mitarbeiten. Was an uns gelegen war, geschah bisher, um mitzuarbeiten an der Ordnung der Dinge in Oesterreich auf Grund der Lehren des Krieges. Sache der Regierungsgewalten ist es, bei allen ihren Maßnahmen sich vor allem von den Bedürfnissen des Staates, seiner Verwaltung, seiner Wehrmacht sowie der Wohlfahrt aller Staatsbürger leiten zu lassen. Hoffen wir, daß diese Regierungsentscheidungen und Regierungshandlungen uns staatsbewußten Deutschösterreichern die positive Mitarbeit dauernd erlauben, ja gebieten werden."

Arbeiterzeitung
1. III. 1917

Länderautonomie und Staatsschule. Das Organ des Deutschösterreichischen Lehrerbundes schreibt: Der Deutsche Nationalverband hat das Programm für seine bevorstehende Parlamentstätigkeit festgelegt. Der Bericht über diese Versammlung enthält keine Andeutung, wie sich der Verband zur Entwicklung des Schulwesens verhalten will. Im sechsten Punkt des Programms heißt es unter anderem: „Die Reform der staatlichen Verwaltung ist durchzuführen, die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden aufrecht zu erhalten." Hier wäre der Nationalverband wohl zu ersuchen, der Lehrerschaft bekanntzugeben, ob und wie er die Forderung nach der Staatsschule mit der Selbstverwaltung der Länder vereinbar findet. Eine solche Klarstellung ist umsomehr zu wünschen, da sich der Nationalverband mit der christlichsozialen Partei zum gemeinsamen Vorgehen geeinigt hat und diese Partei entschlossen ist, die Länderautonomie auch in Schulsachen nicht aus der Hand zu geben. Die deutschösterreichische freiheitliche Lehrerschaft muß wissen, wie sie mit den verschiedenen politischen Parteien daran ist, denn danach muß sie ihre Taktik richten.

Reichspost

1./III. 1917

112

Innerpolitisches.

In parlamentarischen Kreisen wird der „Parl." zufolge als Termin für die Einberufung des Reichsrates der 8. Mai angegeben, vorausgesetzt, daß bis dahin die bekannten Vorbedingungen verwirklicht werden konnten und die Rücksichten auf die militärische Lage einer Tagung nicht entgegenstehen. — Im Prager Organ der tschechischen Sozialdemokraten wird eine Zusammenkunft der deutschen und tschechischen Abgeordneten befürwortet, um in einer gegenseitigen Aussprache die Hindernisse einer parlamentarischen Zusammenarbeit zu beseitigen. Die Mitglieder der drei Gruppen des Herrenhauses haben in der letzten Zeit Beratungen abgehalten. Gestern hielten die Mitglieder der Mittelpartei eine einstündige Konferenz im Parlamentsgebäude ab. Der gewesene Direktor der Kabinettskanzlei Freiherr von Schießl, der vom Kaiser zum Mitglied des Herrenhauses ernannt worden ist, erschien gestern gleichfalls im Herrenhause.

In einem Artikel der liberalen Grazer „Tagespost" (Nr. 54) über die von den Christlichsozialen und Nationalverbändlern vereinbarten „politischen Richtlinien" wurde bedauert, daß die Gruppe der deutschösterreichischen Sozialdemokraten und eine Anzahl liberaler Abgeordneter zu den Vereinbarungen nicht beigezogen wurden, während im tschechischen und polnischen Lager alle Kräfte zusammengefaßt wurden. Darauf ist zu sagen, daß keine Gruppe von der Zustimmung zu den „Richtlinien" ausgeschlossen ist, jede kann ihren Beitritt erklären und sich darauf verpflichten. Vor allem galt es einmal, zwischen den zwei größten Parteigruppen der Deutschen Oesterreichs eine Vereinbarung zu finden, um so endlich einen festen Boden zu gewinnen. Erforderte es schon, weil ja z. B. der Nationalverband aus mehreren Parteien besteht und weil die Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Kronländern, zumal zwischen den Sudetendeutschen und den Alpendeutschen zu überbrücken waren, viel Mühe, Umsicht, Vorsicht, Geschick und Entgegenkommen im einzelnen, um eine gemeinsame Plattform der beiden Gruppen zu finden, um wie viel schwieriger, wenn nicht aussichtslos wäre es gewesen, gleich damit zu beginnen, was nun den Abschluß des Werkes bilden kann. Wer übrigens von der bisherigen grundsätzlichen Ablehnung der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, wie sie durch die „A.-Z." vertreten ist, gegenüber dem Gedanken eines Zusammengehens in irgendwelchen politischen oder nationalen Fragen mit den „klassengegnerischen" bürgerlichen Parteien Notiz genommen hat — gelegentlich des Anschlusses der tschechischen und polnischen Sozialdemokraten an den tschechischen bezw. polnischen Parteienblock wurde von der „A.-Z." dieser entgegengesetzte Standpunkt der deutschösterreichischen Sozialdemokratie nachdrücklich als Parteigrundsatz betont — wird es ohne weiters begreifen, daß die beiden deutschen bürgerlichen Parteien vor allem trachteten, miteinander ins Reine zu gelangen, statt Zeit und Mühe an sehr wenig aussichtsvolle Verhandlungen mit „klassengegnerischen" Gruppen zu verschwenden. Lange wird hoffentlich auch die deutschösterreichische Sozialdemokratie, zumindest ihr positiv gerichteter Teil die, völlige Vereinsamung nicht aushalten und nicht ewig sich weigern, dem Beispiel aller nichtdeutschen Sozialdemokratien Oesterreichs zu folgen. Dann wird sich ja ohne Schwierigkeit binnen einer halben Stunde feststellen lassen, was von den vereinbarten „Richtlinien" der beiden bürgerlichen Gruppen auch von den Sozialdemokraten als bindend anerkannt wird, also allen gemeinsam ist, und was nicht. Das gleiche läßt sich bezüglich der wenigen abseitsstehenden liberalen Abgeordneten sagen.

Fremdenblatt

113

1/III. 1917

Das Reichsgericht und der Sprachenerlaß an die czechischen Handelskammern.

Aus Fachkreisen erhalten wir folgenden bemerkenswerten Artikel:

Die Gerechtigkeit bedarf keines Beifalls. Doch darf man es freudig begrüßen, wenn ein Urteil von juridischer Schärfe in klarster, jedermann verständlichen Sprache zu Schlüssen gelangt, die für die Fortbildung des Rechtes ebenso ersprießlich sind, als für die Lebensbedürfnisse des Staates.

Schwer entwirrbar ist zwar der Komplex unserer Sprachenverordnungen, häufig vom Drucke politischer Strömungen beeinflußt, in manchen Punkten in raschem Wechsel erlassen, andere Fragen wieder zurück bis auf Jahrhunderte alte Ordonnanzen offen lassend, die dann je nach Parteistandpunkt die verschiedensten Auslegungen fanden. Eines ist freilich bis in die neueste Zeit immer festgeblieben: Seit durch die Vereinigung der böhmischen und der österreichischen Hofkanzlei unter Maria Theresia einheitliche Zentralstellen im heutigen Sinne überhaupt geschaffen wurden, war deren Geschäftssprache für die genannten Länder ausschließlich die deutsche, und auch mit den ihnen untergeordneten Stellen wurde der Verkehr in dieser Sprache gepflogen.

Erst in den allerjüngsten Zeiten wurden diesfalls im Wege stillschweigenden Gewährens (via facti) allmählich Ausnahmen zugelassen, die jedoch einer gesetzlichen Grundlage entbehrten und zuletzt zu einer unerträglichen Belastung des Dienstes führten, die der Vertreter des Handelsministeriums bei der Gerichtsverhandlung lebhaft schilderte. Dieser Mißbrauch war umso auffälliger, als sämtliche Sprachenverordnungen, selbst die im Oktober 1898 wieder aufgehobene Sprachenverordnung Badenis, die an der einheitlichen inneren Amtssprache gerüttelt hatte, doch den Verkehr mit den Zentralstellen stets unberührt ließen. Auch die heute noch in Kraft stehende Sprachenverordnung für Galizien vom Jahre 1869 brachte keine Aenderung in betreff der Zentralstellen.

Dem Reichsgerichte lag aber diesmal noch das weitere Moment zur Beurteilung vor, daß nach dessen wiederholten Erkenntnissen Organe, welche einer übergeordneten Behörde unterstellt sind, ein gerichtliches Klagerecht gegenüber Anordnungen des Dienstganges überhaupt nicht besitzen. Dies ergibt sich schon aus dem Begriffe eines geordneten Organismus von selbst, wurde sowohl deutschen als nichtdeutschen Stellen gegenüber oftmals ausgesprochen und gilt ebenso wie für landesfürstliche auch für autonome Organe, wenn sie höheren autonomen oder landesfürstlichen Behörden unterstellt sind. Das vorliegende Urteil wies an der Hand des Gesetzes die Aufgaben öffentlich rechtlicher Natur nach, welche die Handelskammern als Hilfsorgane des Handelsministeriums unter dessen Auftrag und Leitung zu vollziehen haben und die fast den ganzen Umfang ihrer Tätigkeit erschöpfen. Dabei nahm es jene Rechtshandlungen, die selbe etwa als Korporationen in Verwaltung ihres Vermögens oder in Ausbau ihres Wahlrechtes zum Landtage vollziehen, sorgfältig aus. In letzterer Hinsicht wies das Urteil insbesondere auf jene Erörterungen hin, die schon bei Schaffung des Handelskammergesetzes von 1868 im Abgeordnetenhause gepflogen wurden und wobei speziell Justizminister Herbst die vollständig abgesonderte Natur dieses Wahlrechtes von den übrigen Agenden der Kammer mit dem schlagenden Beispiel erhellte: Auch die Universitäten wählen ihren Rektor autonom und damit einen Virilisten in den Landtag; doch bleiben sie Unterrichtsanstalten, die der Reichs-Gesetzgebung und nicht jener der Länder, in allem übrigen aber dem Unterrichtsminister unterstehen. Auch die durchaus auf Autonomie aufgebauten Gemeinden sind teils den Landesausschüssen, teils den Staatsbehörden unterstellt; auch sie genießen aber ein gerichtliches Beschwerderecht nur dann, wenn sie lediglich als Parteien zur Wahrung ihrer korporativen Rechte auftreten.

Das Urteil untersuchte dann die Qualitäten des angefochtenen Erlasses, der sich nach der Natur der Sache nur auf die der Handelskammer nach dem Organisationsgesetze übertragene Wirksamkeit bezieht. Dabei wurde diese Wirksamkeit ausdrücklich als eine amtliche erkannt, wie dies aus der Erstattung von offiziellen Berichten über Stand von Handel und Industrie — Gutachten über zu erlassende Gesetze und staatliche Förderungsmaßregeln — Führung öffentlicher Register über Industrieschutz durch beeidete Beamte und vielen anderen Momenten sich ergibt. Mit dieser amtlichen Stellung, welche die Handelskammern vor anderen bloßen Beiräten auszeichnet, ist aber auch die Eingliederung in die öffentliche Organisation verbunden, die bestimmte Pflichten gegenüber den leitenden Behörden mit sich bringt.

Das Urteil schließt, wie bekannt, mit einem Passus, der die notorische Tatsache feststellt, daß die Ministerien sich der deutschen Sprache als Geschäftssprache bedienen, und beifügt, daß der Auftrag an die Kammer, jene der gleichberechtigten Landessprachen zu gebrauchen, welche zugleich Geschäftssprache der Zentralstellen ist, keineswegs eine Bevorrechtung einer dieser Landessprachen begründet, sondern nur einem praktischen Bedürfnisse der Staatsverwaltung nachkommt.

Hiermit spricht das Urteil wahrlich im Geiste österreichischer Gesetzgebung. Selbst wenn Zaghaftigkeit dieselbe manchmal zu verdunkeln schien, so war doch stets der Wille erkennbar, allen unseren Völkern das volle Maß nationaler Entwicklung zu gewähren und nur jene Beschränkung von ihnen zu verlangen, die für die Einheitlichkeit der Leitung notwendig ist, unter welcher sie eben jene nationale Freiheit genießen.

Das erste Tribunal des Reiches hat nun nach einer Ausführung von hohem rechtlichen und sachlichen Ueberblick ausgesprochen, was wahre Vaterlandsfreunde, ob deutsche oder nichtdeutsche, längst empfanden, und auch sagen, wo die Agitation sie nicht hindert: Wir brauchen eine einheitliche Sprache, wo es sich um die einheitliche Leitung und Verständigung handelt, und diese kann nur die deutsche sein; bei sich im Lande oder Kreise erfreue sich jeder der ungestörten Pflege jener Sprache, die dort als Muttersprache herrscht. Vielleicht waren es die schweren Nöten von Außen, die diese Ueberzeugung immer allgemeiner machten.

Das Urteil, das in Form und Inhalt ein ehrenvolles Blatt der österreichischen Rechtssprechung ausfüllt, ist aber zugleich ein deutlicher Markstein auf dem Wege, den wir wandern müssen, um zum Ziele zu gelangen: In necessariis unitas — in dubiis libertas — in omnibus caritas.

Illustr. Wr. Extrablatt

Frankfurter Zeitung

115

3./III. 1917

Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

G Wien, 25. Februar.

Der Ausgleich ist unterfertigt. Mit dieser Kunde wurden heute die Völker Oesterreichs und Ungarns überrascht. Die amtliche Mitteilung des Ereignisses ist orakelhaft. Sie besagt, daß die seit dem Jahre 1915 gepflogenen Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen trotz der Unklarheit der handelspolitischen Verhältnisse nach dem Kriege doch zu einem vorläufigen Ergebnis gelangt seien, das die Einleitung handelspolitischer Verhandlungen mit dritten Staaten, insbesondere mit dem Deutschen Reiche, gestatte. Bei dieser Sachlage aber seien die Regierungen noch nicht in der Lage, weitere Mitteilungen zu machen; allfällige Nachrichten über den angeblichen Inhalt der bisherigen Verabredungen seien daher als nicht authentisch anzusehen. In Ungarn hat die in der Opposition stehende Unabhängigkeitspartei, die mehr oder minder ernst das selbständige ungarische Zollgebiet verlangt, bekanntlich gegen den Abschluß des Ausgleichs überhaupt protestiert und die Berechtigung des jetzigen, mit künstlicher Verlängerung seiner Mandatsdauer tagenden Parlaments zur Verhandlung von Ausgleichsvorlagen geleugnet. Da unwidersprochen behauptet wurde, daß der neue Ausgleich nicht — wie bisher üblich und im Gesetze vorgesehen — auf zehn, sondern auf zwanzig Jahre geschlossen worden sei, wird die agitatorische Gegenwehr der äußersten Linken in Ungarn noch heftiger sein als sonst.

Trotz Geheimhaltung hat man, wie es bei der großen Zahl der an den Verhandlungen beteiligten Fachleute fast selbstverständlich ist, im engeren Kreise derjenigen, die sich für Wirtschaftspolitik überhaupt interessieren, doch eine ungefähre Vorstellung von den Vereinbarungen und hat sie sogar schon ziemlich leidenschaftlich diskutiert. Die vorläufige Diskretion der Regierung wird in diesem Kreise mit dem Inhalt der Vorlagen erklärt. Sie seien so geartet, daß einen Teil die Ungarn, den anderen die Oesterreicher verwerfen würden, die Ungarn die zwanzigjährige Bindung, die Oesterreicher die Gegenleistung für diese Bindung. Man wird gut daran tun, diese pessimistischen Prophezeiungen vorsichtig aufzunehmen. Die Vorlagen kommen zunächst nicht an die Parlamente; sie dienen nur als Unterlagen für die Verhandlungen mit dritten Staaten, vor allem mit dem Deutschen Reiche. Ist einmal auf dieser Basis ein ganzer Bau aufgeführt, so sind nachträgliche Korrekturen des Fundaments fast unmöglich. Es wird den Parlamenten dann nichts anderes übrig bleiben, als die gesamten Abmachungen anzunehmen oder zu verwerfen, und letzteres werden sie sich wohl überlegen. Die unbeschränkte Macht der Regierungen auch in außermilitärischen Dingen gehört nun einmal zu den Begleiterscheinungen des Krieges.

Der Ausgleich selbst besteht bekanntlich aus mehreren Teilen. Der wichtigste umfaßt die zoll- und handelspolitischen Fragen. Im Ausgleichsgesetz von 1868 ist eine zehnjährige Dauer des Ausgleichs vorgesehen, aber es steht auch einer längeren Bindung nichts im Wege. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen hat man in Oesterreich und auch im konservativen Teile Ungarns immer eine Abmachung von längerer Dauer angestrebt, einmal weil die häufige Wiederkehr der Verhandlungen den oppositionellen Parteien stets Gelegenheit zu obstruktionistischen Erpressungen, ja zur vollständigen Stillegung des Gesetzgebungsapparates gab, dann auch, weil der Industrie eine längere Dauer der zolltarifarischen Abmachungen weiträumigere Berechnungen und Investitionen gestattet hätte. Aber aus demselben Grunde, aus dem die Gouvernementalen die längere Bindung wünschten, widersetzten sich ihr die Oppositionellen, denen damit eine Gelegenheit zur politischen Profitmacherei entginge, und die ungarische Unabhängigkeitspartei im besonderen, die ja auf die vollständige Trennung der ungarischen von der österreichischen Wirtschaft ausgeht, sah in der kurzfristigen Abmachung und in jeder neuen Verhandlung nur die Möglichkeit zur etappenweisen Annäherung an ihr Endziel. Wenn nun trotzdem die Regierungen, wie man wohl annehmen darf, sich auf eine zwanzigjährige Dauer des neuen Ausgleichs geeinigt haben, so hat das seine Ursache nicht etwa in einem Obsiegen der oben geschilderten Erwägungen über den oppositionellen Widerstand, sondern in der durch die gesamte Wirtschaftslage gebotenen weitgehenden Annäherung an das Deutsche Reich, das die Belastung, die seine fortgeschrittenere Volkswirtschaft bei einer handelspolitischen Vereinigung mit der österreichisch-ungarischen zweifellos auf sich nimmt, nur erträglich finden könnte, wenn zum mindesten ein längerer Zeitraum für die Entwicklung der neuen Einrichtungen zur Verfügung stünde. Ein „Mitteleuropa" auf zehn Jahre wäre ja ein Unding. Ein zwanzigjähriges hätte schon Aussicht, ein dauerndes zu werden, und das ist auch die Endabsicht derer, die erkannt haben, daß im Zeitalter der Weltreiche die Wirtschaftskörper gar nicht mehr groß genug sein können und insbesondere Oesterreich-Ungarn die Möglichkeit zur Wiederherstellung, ja zur wirtschaftlichen Existenz überhaupt nur noch im Anschluß an das Deutsche Reich finden kann.

Wenn nun diese längere Bindung mit allen ihren Perspektiven ebenso im Interesse Ungarns wie in dem Oesterreichs lag, waren aus politisch-geschichtlichen Gründen die zu überwindenden Widerstände in Ungarn doch wesentlich größer, und Oesterreich mußte sich, um überhaupt zu einer Abmachung zu gelangen, zu Gegenleistungen verstehen, die, soviel man hört, im Zolltarife selbst zu suchen sind. Angeblich hat Ungarn für die ganze Dauer des neuen Ausgleichs eine Bindung der jetzt bestehenden Minimalzölle für Getreide (6 Kr. 30 H. für Weizen, 5 Kr. 80 für Roggen, 4 Kr. 80 für Hafer, 2 Kr. 80 für Gerste und Mais pro Meterzentner) und sogar eine Erhöhung der Zölle für Schlacht- und Zugvieh erlangt. Auch in der Frage der Lebendeinfuhr und des Kontingents soll Ungarn seine Forderungen durchgesetzt haben. Bei den heutigen Fleisch- und Viehpreisen ist natürlich die Höhe des Zolles ganz gleichgültig. Ob aber nach dem Abbau der Kriegspreise ein hoher Fleisch- und Viehzoll nicht wieder prohibitiv gegen den Balkan wirken wird, dessen wirtschaftliche Heranziehung und politische Gewinnung sich geradezu als eine Lebensfrage für Oesterreich-Ungarn in diesem Kriege herausgestellt hat, ist wohl zu erwägen, und es ist zu begreifen, daß im engen Kreise derjenigen Oesterreicher, die von diesen angeblichen Abmachungen erfahren haben wollen, geradezu Entsetzen geherrscht hat über die unverantwortliche Nachgiebigkeit der österreichischen Unterhändler. Es muß sich erst zeigen, ob dies Entsetzen begründet war.

Die Festsetzung der Quote, d. i. der Beitragsleistung der beiden Staaten zu den gemeinsamen Ausgaben, ist nicht den Regierungen, sondern den Parlamenten, letzten Endes, wenn den Kommissionen eine Einigung nicht gelingt, dem Monarchen überlassen. Verhandlungen aber finden naturgemäß schon vorher unter den Regierungen statt. Die Angaben über die bisherigen Ansichten der beiden Regierungen gehen aber so weit auseinander, daß man diesen Punkt am besten vorläufig übergeht. Eine weitere Bestimmung des Ausgleichs betrifft das Bankprivilegium, das gleichfalls im Jahre 1917 erlischt, aber, wie es scheint, diesmal gar nicht angefochten wird. Hingegen wurde um die Regelung der Eisenbahnfragen stets mit Erbitterung gestritten und zwar auf beiden Seiten mit jenem Mangel an Loyalität, der die Eisenbahnkriege in allen Staaten kennzeichnet. Sowohl was die Linienführung, wie was die Tarife anlangt, wird nicht das Interesse der Gesamtheit berücksichtigt, sondern Sonderpolitik getrieben. Das Ergebnis ist Rückständigkeit auf beiden Seiten, die sich in diesem Kriege auch strategisch aufs übelste bemerkbar gemacht und den Wunsch erzeugt hat, das ganze Eisenbahnwesen den beiden Staaten abzunehmen und der gemeinsamen Armee zu übertragen. Das sind wohl undurchführbare Pläne, und es bliebe auch die Frage, ob die Soldaten geeignetere Fachleute wären als die Beamten und Politiker. Ein anderer Geist aber muß jedenfalls in diesen Betrieb hineinkommen, und das ist wichtiger als die Einzelheiten, die man bisher über die Abmachungen gehört hat. Für das Ausland zumal sind diese ohne Interesse. Ebenso die getroffenen Vereinbarungen über die Verzehrungssteuern in beiden Staaten, über die Behandlung der Renten- und Pfandbriefe und endlich über die Börsengesetzgebung, die angeblich jetzt nach gemeinsamen Grundsätzen geregelt werden soll.

Wer sich für diese Materien interessiert, wird die Veröffentlichung der Vorlagen abwarten müssen. Es ist aber natürlich die Frage, ob die ganzen Vereinbarungen, so wie sie nun vorläufig abgeschlossen sind, nach dem Kriege in Kraft treten werden. Denn ebenso der Ausgleich wie die jetzt in Angriff zu nehmenden Abmachungen mit dem Deutschen Reich werden schließlich in ihrer dauernden Gestaltung von den Ergebnissen des Krieges abhängig sein. Von Wichtigkeit scheint uns jedoch schon heute die Bereitwilligkeit der Regierungen, sich auf der Grundlage einer zwanzigjährigen Vertragsdauer zu einigen. Damit ist Oesterreich-Ungarn trotz innerer Schwierigkeiten einem berechtigten Verlangen des Deutschen Reiches entgegengekommen. Es ist zu hoffen und zu erwarten, daß die deutschen Unterhändler, die um die Mitte März hier eintreffen sollen, dafür den Geist der Weitherzigkeit und der Hilfsbereitschaft für den auf ihre Unterstützung angewiesenen Bundesgenossen mitbringen werden.

Reichspost

3./III. 1917

116

Das nationale Zusammenarbeiten.

Unter dieser Ueberschrift polemisiert das Wiener sozialdemokratische Organ in seinem heutigen Leitartikel des langen und breiten gegen unsere Mitteilungen und Feststellungen (Nr. 98 der „Reichspost"), warum die Christlichsozialen und Nationalverbändler getrachtet haben, vor allem selber untereinander zu einem Programm des Zusammenarbeitens, wie es in den „politischen Richtlinien" vorliegt, zu gelangen und warum die deutschösterreichische Sozialdemokratie abseits blieb. Dabei verfährt die „A. Z." ganz nach der stark abgewerkelten Schablone ihrer Dialektik. Erstens tut sie gekränkt, daß die Sozialdemokratie nicht eingeladen worden sei zur Mitberatung und Mitarbeit, weshalb ihr ein nachträglicher Beitritt zu den „Richtlinien" unmöglich sei, denn sie sei ja kein Lakai der bürgerlichen Parteien; zweitens richtet sie „ohne Eifer und Leidenschaft" die gewohnten demagogischen Angriffe gegen die beiden bürgerlichen Parteien, offenbar um der sozialdemokratischen Anhängerschaft einzureden, daß ein nationales Zusammenarbeiten, wie es bei den Tschechen und bei den Polen möglich war, bei den Deutschen für die Sozialdemokraten ganz undenkbar sei; drittens leugnet sie, daß die deutschösterreichische Sozialdemokratie, wie sie durch die „A.-Z." repräsentiert wird, für ein solches Zusammenarbeiten nicht zu haben wäre, wenn die Bürgerlichen nur wollten; viertens erklärt sie, daß sie froh ist, daß es ein solches Zusammenarbeiten nicht gäbe, denn die deutschösterreichische Sozialdemokratie müsse für die Zeit nach dem Kriege unabhängig sein, um gegen die bürgerlichen Parteien, denen man es schon zeigen werde usw., den Kampf führen zu können.

Das Ungefährlichste an der ganzen, ersichtlich der ärgsten Verlegenheit mühsam abgequälten Polemik sind die Drohungen. Die Töne dieses Posthorns sind gefroren. Auf den heiseren Schrei der Ohnmacht brauchen wir daher nicht einzugehen. Es soll hier nur die völlige Haltlosigkeit der Einwände, mit denen eine augenscheinlich geplante Drückebergerei in nationalpolitischen Fragen beschönigt werden soll, aufgezeigt werden. Warum hätten die Sozialdemokraten zu Beratungen eingeladen werden sollen, die den Zweck hatten, vorerst einmal eine Plattform für ein Zusammenarbeiten der beiden großen bürgerlichen deutschen Parteigruppen zu finden? Die „politischen Richtlinien" enthalten bekanntlich viel mehr als nur nationalpolitische Gesichtspunkte, hinsichtlich welcher ja zur gegebenen Zeit den Führern der Sozialdemokratie auf den Zahn gefühlt werden kann, sie umfassen bekanntlich auch ein allgemein politisches und besonders ein wirtschaftspolitisches Programm. Zumal auf letzterem Gebiete war eine Verständigung mit einer Partei, deren Führung sich noch immer und in Oesterreich mit besonderem Grimme als Todfeindin des ganzen ländlichen und gewerblichen Mittelstandes und als Schleppträgerin des Beuteindustrialismus bewährt hat, von vorneherein aussichtslos. Es ist darum auch gewiß kein bloßer Zufall, daß gerade die Vertreter des Wiener Schottenring- und Salzgries-Liberalismus ebenso wie die Sozialdemokratie abseits von den „Richtlinien" stehen. Was aber den Vorwurf des Nichteinladens betrifft, so kann er der „A.-Z." zurückgegeben werden. Wurden je von den sozialdemokratischen Führern etwa die bürgerlichen deutschen Parteien zu Beratungen über ein „nationales Zusammengehen" eingeladen? Niemals! Im Gegenteil, die „A.-Z.", die ja von der Führerzentrale geschrieben wird, hatte für die nationalen Bestrebungen der bürgerlichen deutschen Parteien nie etwas anderes als Spott und Hohn und brüstete sich immer wieder, sie, die Sozialdemokratie, besitze allein in ihrem Brünner Autonomieprogramm das Wunderelixier, mit welchem alle Uebel spielend geheilt werden könnten; alles andere und alle anderen seien blöd und borniert. Bezüglich der „Einladung" kann also die sozialdemokratische Führung, außer sie stünde auf dem Lakaienstandpunkt, daß sie bescheiden zu warten habe, bis man sie rufe, den bürgerlichen Gruppen nichts vorwerfen. Vor einer Verständigung zwischen beiden bürgerlichen Parteigruppen wäre übrigens ein Verhandeln mit der weiter abseits stehenden Sozialdemokratie wohl kaum fruchtbar gewesen; wenn es je fruchtbar sein kann, dann ist erst jetzt die Voraussetzung vorhanden. Auf Grund des nationalpolitischen Teiles der „Richtlinien" wäre nun eine Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie wohl denkbar. Man sollte es dieser in der Tat nicht ersparen, Farbe zu bekennen, schon um die Klärung im — sozialdemokratischen Führerlager zu beschleunigen.

Schließlich sei noch bemerkt, daß Abg. Pernerstorfer, während die „A.-Z." an den Christlichsozialen wie immer auch in ihrem heutigen Artikel kein gutes Haar läßt, in einem Aufsatz im „Berl. Tagbl." Nr. 108) artig feststellt, daß „man den Christlichsozialen politische Klugheit nicht absprechen kann". . . Nun also!

Reichspost
4./III. 1917

Die Staatssprache.

In die Erörterung über den Sinn des Ausdruckes „Staatssprache" in den von den Christlichsozialen und Nationalverbändlern vereinbarten „politischen Richtlinien" (Punkt 8) greift heute auch das Wiener deutschradikale Nationalverbandsorgan „Ostdeutsche Rundschau" (Nr. 51), anknüpfend an den in der „Reichspost" besprochenen Artikel des Herrenhausmitgliedes Grafen Mensdorff-Pouilly (in der Prager „Union"), mit einem Leitaufsatz ein, aus dessen Darlegungen ebenfalls hervorgeht, wie völlig grundlos gerade die Aufregung über den erwähnten Ausdruck ist; das Blatt, das gewiß in der Lage ist, die Absichten des Nationalverbandes, und zwar seines radikalnationalen Teiles, richtig zu verdolmetschen, schreibt:

Graf Mensdorff-Pouilly vertritt eine Forderung der Deutschen, er vertritt sie aber selbstverständlich nicht als Deutscher, der er ja nicht ist, sondern als österreichisch fühlender Tscheche. (Dies ist nicht ganz richtig. Graf Mensdorff-Pouilly ist wohl Mitglied des konservativen Großgrundbesitzes in Böhmen, dem ja auch Nichttschechen angehören, aber ein Bekenntnis zur tschechischen Nation liegt unseres Wissens von ihm nicht vor. D. R.) Haben denn die Deutschen hier im Reiche die deutsche Staatssprache verlangt ihres Volkstums wegen? Da ist man stark mißverstanden worden, wenn man das meint. Das staatliche Leben verlangte eine Sprache, die gerade im Verkehr so vieler Völkerschaften untereinander als Verkehrsmittel notwendig ist. Diese Notwendigkeit ist jetzt in weitesten Kreisen erkannt, sie hat schon zur Herausgabe verschiedener Erlässe einzelner Hauptverwaltungsstellen im Staate geführt und das Reichsgericht ist erst dieser Tage berufen gewesen, sich über die rechtliche Seite der Erlassung solcher Verordnungen zu äußern. Das Reichsgericht hat erklärt, daß der Staat nicht bloß berechtigt, sondern geradezu verpflichtet ist, für ein gemeinsames Verständigungsmittel in sprachlicher Beziehung zu sorgen. Dieses Verständigungsmittel soll nun kommen! Aber man will es nicht Staatssprache nennen. Auch Graf Mensdorff-Pouilly spricht sich dagegen aus. Er meint, damit würde ein Geßlerhut aufgerichtet für die anderen Völker, darum müsse der Ausdruck Staatssprache vermieden werden, es genüge, wenn man eine Verständigungssprache bestimme. Wie ganz falsch ist doch gerade diese Begründung. Weil der Staat es ist, der eine gemeinsame Sprache als Verständigungsmittel braucht, muß man diese Sprache Staatssprache heißen und nicht Verkehrssprache, nicht Vermittlungssprache oder sonstwie. Gerade das Umgekehrte von dem ist der Fall, was der Herr Graf behauptet. Eine deutsche Verkehrs- oder Vermittlungssprache könnte als Geßlerhut aufgefaßt werden, da damit zum Ausdrucke kommt, daß man ohne deutsche Sprache im allgemeinen Verkehr, im allgemeinen Leben kein Auskommen findet. Die Staatssprache aber sagt, daß der Staat, um Ordnung zu halten im Innern, um unnötige Arbeit zu sparen, um rascher zu verwalten und Fehler möglichst zu vermeiden, eine Sprache braucht, die für ihn und alle, die mit ihm zu verkehren haben, gilt. Der Begriff Verkehrs- oder Vermittlungssprache geht im Grunde genommen über den Begriff Staatssprache hinaus. Wenn wir den Ausdruck Staatssprache für das, was kommen soll, verlangen, so nur wires, um eben nach außen hin schon zu zeigen, daß es kein völkisches Anliegen der Deutschen ist, das damit erfüllt werden soll, sondern nur eine Staatsnotwendigkeit, der Rechnung zu tragen ist. Die Bezeichnung Staatssprache nimmt den zu erwartenden Bestimmungen die Spitzen, die sie sonst gegen andere Völker in diesem Reiche haben könnten..... Nun wird das ganz Selbstverständliche endlich geschaffen. Es wäre uns vieles erspart geblieben, wenn die Gedanken leitender Staatsmänner jenen des Grafen Mensdorff-Pouilly auch nur ähnlich gewesen wären.

Hier wird von Nationalverbandsseite erklärt, daß der Nationalverband aus Gründen des Entgegenkommens den Ausdruck „Staatssprache" wünschte, um die Nichtdeutschen Oesterreichs zu überzeugen, daß es sich in dieser Sache nicht um eine nationale Forderung der Deutschen, sondern um eine Lebensnotwendigkeit des Staates handle, für welche die deutschen bürgerlichen Parteien aus Staatstreue eintreten. Weil es vom Nationalverband so gemeint war, konnten auch die Christlichsozialen, die bekanntlich aus Gegnerschaft gegen die zweite Bedeutung des Wortes Staatssprache (wie er in Nationalstaaten üblich ist) immer den Ausdruck „Vermittlungs- oder Verständigungssprache" vorgezogen hatten, der Aufnahme des Ausdruckes „Staatssprache" in die „politischen Richtlinien" zustimmen. „Deutsche Staatssprache" im Sinne der Richtlinien bedeutet also nicht etwa, daß der Völkerstaat Oesterreich als einheitlich deutsch zu gelten habe, sondern daß der Staat es ist, der für seine Funktionen der deutschen Sprache als eines Verständigungsmittels bedarf und nicht das deutsche Volk Oesterreichs; Staatssprache, so wie man Staatsbeamter, Staatsbahn, Staatsverwaltung usw. sagt! Und was als Entgegenkommen beabsichtigt war, wurde drüben in der leidenschaftlichsten Weise als Herausforderung bezeichnet. Der Fall zeigt wieder einmal, wie schwer es in Oesterreich den Völkern gemacht ist, einander zu verstehen, bloß weil die öffentliche Meinung, seit ein kurzsichtiges System das Verständigungsmittel abbauen ließ, sich über den Sinn der Worte kaum mehr zu verständigen vermag. Es ist die höchste Zeit, daß wenigstens der Staat wieder eine allen verständliche Sprache rede.

Neue Freie Presse
5./III. 1917

Für die Einberufung des Reichsrates.

Eine Kundgebung der Wiener Bürgerschaft.

Wien, 5. März.

Im Festsaale des Gewerbevereines fand gestern Sonntag eine zahlreich besuchte Versammlung statt, die sich zu einer imposanten Kundgebung des Wiener Bürgertums für die Einberufung des Reichsrates gestaltete.

Der Vorsitzende, Stadtzimmermeister Professor Bauduin, bemerkte in seiner Eröffnungsansprache, der Besuch der Versammlung aus allen Schichten des Bürgertums beweise das Interesse der Bevölkerung an der Einberufung des Reichsrates. Die Leistungen des Parlaments auf sozialpolitischem Gebiete zugunsten der wirtschaftlich Schwachen wie auch auf dem Gebiete des politischen Fortschrittes haben das Gefühl der Bevölkerung für den Wert der Verfassung vertieft. Das Verlangen nach Einberufung des Reichsrates wird täglich stärker. Volk und Regierung sind eines Sinnes und zwischen beiden stehen unsere Volksvertreter, denen wir zurufen wollen: Auf an die verfassungsmäßige Arbeit! Redner beantragte folgende Resolution:

„Die am 4. März 1917 tagende Versammlung fordert von der Regierung unter Berufung auf die Verfassung aus allgemein politischen bringenden, wirtschaftlichen und sozialen Gründen die ungesäumte und bedingungslose Einberufung des Reichsrates. Die Versammlung entspricht mit dieser Forderung einem in allen Kreisen der Bevölkerung herrschenden Wunsch und ersucht die hier anwesenden Abgeordneten, diese Forderung mit allem Nachdruck zu vertreten."

Reichsratsabgeordneter Friedmann legte dar, daß die Hinweise auf drohende Störungen der Parlamentsverhandlungen Ausflüchte seien. Kein Abgeordneter würde angesichts des klaren Willens der Bevölkerung die Verantwortung hiefür auf sich nehmen. Der Friede darf uns nicht unvorbereitet finden. Große wirtschaftliche, finanzielle und soziale Fragen harren der Lösung und können, wie letzthin auch der Ministerpräsident betonte, nur unter Mitwirkung der berufenen Vertreter der Bevölkerung erledigt werden. Die Einberufung des Reichsrates sei notwendig zur Hebung des Staatsgefühls und nicht minder zur Ausgleichung des stark gewachsenen politischen Uebergewichtes Ungarns, wodurch die Interessen Oesterreichs dauernd und unwiederbringlich geschädigt werden können. Redner erhebt Einspruch gegen die Verzögerung des Einberufungstermines sowie gegen eine etwaige Absicht, den Reichsrat nur zu einer formellen Sitzung oder zu dem Zwecke einzuberufen, um die Verlängerung der Mandate beschließen zu lassen. Die anwesenden Abgeordneten werden den Auftrag der Versammlung getreulich erfüllen und deren Wunsch zur Kenntnis des Ministerpräsidenten bringen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. v. Sprung bemerkte, daß man über alle Schwierigkeiten, die der Einberufung des Reichsrates entgegenstehen, hinwegkommen müsse. Kein Tag dürfe uns mehr von der Tagung der gesetzgebenden Körper trennen. Das Volk dürfe nicht länger abseits stehen oder gar sich abseits stellen.

Reichsratsabgeordneter Ganser verwies darauf, daß die neue Regierung die Schaffung verfassungsmäßiger Zustände als ihre Aufgabe erklärt habe. Wir verlangen daher die möglichst baldige Einberufung des Parlaments. (Rufe: Sofort!) Die Scheingründe, die dagegen sprechen, müssen verschwinden und die Probe auf das Exempel gemacht werden.

Dr. Ferdinand Steiner erklärte, das Parlament allein biete die Möglichkeit einer offenen und freimütigen Aussprache, und diese brauche man dringend, namentlich auf dem Gebiete der Approvisionierung und zur Bekämpfung des Kriegswuchers, welcher der eigentliche und wahre innere Feind sei. (Stürmische Zustimmung.) Das könne die Regierung allein nicht machen.

Reichsratsabgeordneter Zenker führte aus, daß die oppositionellen Parteien in den Parlamenten Englands, Frankreichs und Italiens gegen die Regierung, gegen die Kriegführung, ja sogar gegen die Kriegspolitik Stellung nehmen. Trotzdem werde es dort niemandem einfallen, die militärischen Niederlagen unserer Feinde auf diesen Umstand zurückzuführen, ebensowenig wie jemand die Ursache unserer Siege darin finden wird, daß unser Reichsrat bisher nicht getagt hat. Die Unterschätzung Oesterreichs war das treibendste Kriegsmotiv unserer Feinde, die erwartet hatten, Oesterreich werde bei Kriegsausbruch sofort zerfallen. Diese ihre Hoffnung hat sich, zum Glücke für ganz Europa, nicht erfüllt, sie ist aber bei den Gegnern noch nicht ganz entschwunden, wie ihre Antwort auf die Wilsonsche Note beweist. Damals hatten nicht allein die Parteienvertreter und Klubobmänner zu sprechen, in jenem Augenblicke mußte ein Feuerbrand aus unserer Volksvertretung hinauslodern (stürmischer Beifall), nicht erst am 8. Mai, noch in jenem Dezember, am selben Tage mußten sämtliche Volksvertreter sich erheben und erklären: Wir verwahren uns dagegen, daß wir unter einer Fremdherrschaft leben, wir werden uns unsere Angelegenheiten selbst ordnen. (Stürmischer Beifall.) Nichts hätte die Neutralen und Feinde so überzeugt wie diese eine Kundgebung des österreichischen Parlaments. Wir müssen dagegen protestieren, daß es im Sinne der Deutschen in Oesterreich gehandelt sei, wenn man die Einberufung des Parlaments hindert; es wäre die größte Sünde, die man den deutschen „Belangen" hinzufügen kann, wenn man das deutsche Volk mit dem Odium belastet, die Wiederherstellung der Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich behindert zu haben. Das deutsche Volk in Wien muß den Ruf erheben: Heraus mit der Verfassung, heraus mit dem Parlament! (Anhaltender Beifall.)

Chefredakteur Büsbauer betonte, die Forderung nach Einberufung des Parlaments sei eine selbstverständliche vaterländische Pflicht und keine parteipolitische, sondern eine österreichische Angelegenheit. Wenn Abgeordnete selbst sich der Wiedereinberufung des Parlaments entgegenstellen, so seien sie nicht das Sprachrohr der Bevölkerung. (Zustimmung.)

Sämtliche Reden wurden mit lebhaften Beifallskundgebungen aufgenommen und hierauf die Versammlung nach einstimmiger Annahme der Resolution geschlossen.

An die Versammlung war eine Reihe von Zustimmungskundgebungen eingelangt. Reichsratsabgeordneter Doktor Neumann hatte sein Fernbleiben mit militärischer Verhinderung, Bezirksvorsteher Dr. Blasel mit dem Einrücken an die Front entschuldigt.

Der Morgen

5. III. 1917

120 M. 5

Für die Einberufung des Reichsrates.

Eine Kundgebung des Wiener Bürgertums.

Im Festsaale des Gewerbevereins fand gestern eine überaus zahlreich besuchte Versammlung statt, die eine Kundgebung für die Einberufung des Reichsrates beschloß.

Der Vorsitzende, Stadtzimmermeister Professor Baudouin, bemerkte in seiner Eröffnungsansprache, der Besuch der Versammlung aus allen Schichten des Bürgertums beweise das Interesse der Bevölkerung an der Einberufung des Reichsrates. Das Verlangen nach Einberufung des Reichsrates wird täglich stärker. Volk und Regierung sind eines Sinnes und zwischen beiden stehen unsere Volksvertreter, denen wir zurufen wollen: Auf an die verfassungsmäßige Arbeit! Redner beantrage folgende Resolution:

„Die am 4. März 1917 tagende Versammlung fordert von der Regierung unter Berufung auf die Verfassung aus allgemein politischen, dringenden wirtschaftlichen und sozialen Gründen die ungesäumte und bedingungslose Einberufung des Reichsrates.

Die Versammlung entspricht mit dieser Forderung einem in allen Kreisen der Bevölkerung herrschenden Wunsche und ersucht die hier anwesenden Abgeordneten, diese Forderung mit allem Nachdruck zu vertreten."

R.-Abg. A. Friedmann legte dar, daß die Hinweise auf drohende Störungen der Parlamentsverhandlungen Ausflüchte seien. Kein Abgeordneter würde angesichts des klaren Willens der Bevölkerung die Verantwortung hiefür auf sich nehmen. Der Friede darf uns nicht unvorbereitet finden. Große wirtschaftliche, finanzielle und soziale Fragen harren der Lösung und können, wie letzthin auch der Ministerpräsident betonte, nur unter Mitwirkung der berufenen Vertreter der Bevölkerung erledigt werden. Die Einberufung des Reichsrates sei notwendig zur Hebung des Staatsgefühls und nicht minder zur Ausgleichung des stark gewachsenen politischen Übergewichtes Ungarns, wodurch die Interessen Österreichs dauernd und unwiedereinbringlich geschädigt werden können. Redner erhebt Einspruch gegen die Verschiebung des Einberufungstermines, sowie gegen eine etwaige Absicht, den Reichsrat nur zu einer formellen Tagung oder zu dem Zwecke einzuberufen, um die Verlängerung der Mandate beschließen zu lassen. Die anwesenden Abgeordneten werden den Auftrag der Versammlung getreulich erfüllen und deren Wunsch zur Kenntnis des Ministerpräsidenten bringen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. v. Sprung bemerkte, daß man über alle Schwierigkeiten, die der Einberufung des Reichsrates entgegenstehen, hinweg kommen müsse. Kein Tag dürfe uns mehr von der Tagung der gesetzgebenden Körper trennen. Das Volk dürfe nicht länger abseits stehen, oder gar sich abseits stellen.

R.-Abg. A. Ganser verwies darauf, daß die neue Regierung die Schaffung verfassungsmäßiger Zustände als ihre Aufgabe erklärt habe. Wir verlangen daher die möglichst baldige Einberufung des Parlamentes. (Rufe: Sofort!) Die Scheingründe, die dagegen sprechen, müssen verschwinden und die Probe auf das Exempel gemacht werden.

Dr. Ferdinand Steiner erklärte, das Parlament allein biete die Möglichkeit einer offenen und freimütigen Aussprache, und diese brauche man dringend, namentlich auf dem Gebiete der Approvisionierung und zur Bekämpfung des Kriegswuchers, welcher der eigentliche und wahre innere Feind sei (stürmische Zustimmung). Das könne die Regierung allein nicht machen.

Reichsratsabgeordneter Zenker führte aus, daß die oppositionellen Parteien in den Parlamenten Englands, Frankreichs und Italiens gegen die Regierung, gegen die Kriegführung, ja sogar gegen die Kriegspolitik Stellung nehmen. Trotzdem werde es dort niemandem einfallen, die militärischen Niederlagen unserer Feinde auf diesen Umstand zurückzuführen, ebensowenig wie jemand die Ursache unserer Siege darin finden wird, daß unser Reichsrat bisher nicht getagt hat. Nichts hätte die Neutralen und die Feinde so überzeugt wie eine Kundgebung des österreichischen Parlamentes, und um das haben uns jene gebracht, die sich Patrioten nennen. Wir müssen dagegen protestieren, daß es im Sinne der Deutschen in Österreich gehandelt sei, wenn man die Einberufung des Parlamentes hindert. Das deutsche Volk in Wien muß den Ruf erheben: Heraus mit der Verfassung, heraus mit dem Parlament! (Anhaltender Beifall.)

Chefredakteur Bösbauer betonte, die Forderung nach Einberufung des Parlamentes sei eine selbstverständliche vaterländische Pflicht und keine parteipolitische, sondern eine österreichische Angelegenheit. Wenn Abgeordnete selbst sich der Wiedereinberufung des Parlamentes entgegenstellen, so seien sie nicht das Sprachrohr der Bevölkerung. (Zustimmung.)

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Vossische Zeitung
5./III. 1917

Verordnung statt Verfassung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* Wien, 4. März.

Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz hat in dem großen Amte, das er seit drei Monaten versieht, gestern seine erste Rede gehalten. Es ist für einen österreichischen Ministerpräsidenten jetzt schwer, eine Tribüne zu finden, um über die wichtigste, die Regierungsfrage, zu seinem Lande zu sprechen. So sprach er in seinem Amtsgebäude zu einem Komitee von Damen und Herren, das sich bemüht, den Armen über die kurze schwere Zeit bis zur Eisfreiheit der Donau hindurchzuhelfen. Denn nach dem in Oesterreich und auch in Ungarn herrschenden System trifft die Einschränkung keineswegs alle gleich wie bei uns. Sie trifft den Armen weit schwerer, denn es gibt keine Fleischkarte. Das ganze Nahrungsproblem steht jetzt für Oesterreich — denn Ungarn ist ja versorgt — auf der rumänischen Einfuhr. Die vortreffliche Rede des Ministerpräsidenten zeigt das auch. Freilich ist er zunächst zur Kur auf den Semmering gefahren. Wenn er zurückkommt, will er nun wirklich die drei großen kaiserlichen Verordnungen erlassen: die böhmische Kreiseinteilung, die Staatssprache und die neue Geschäftsordnung für den Reichsrat, die nach den Wünschen der Deutschen endlich festgelegt werden sollen. Bis vorgestern waren diese Verordnungen noch unsicher, und bei den hiesigen Verhältnissen sind sie es noch, und doch sind sie nach langen Debatten allerneuestens wieder sehr wahrscheinlich geworden und sollen noch im März ergehen.

Ihre Wirkung ist noch zweifelhaft. Die Verordnungen werden nach ihrer Natur und nach der Natur des Mannes, der für sie verantwortlich zeichnet, weder die Deutschen noch die Tschechen ganz befriedigen können. Im Reichsrate dürften beide Teile darüber klagen. Leider muß man sagen, daß die Deutschen an diesen schwierigen Umständen nicht ganz unbeteiligt sind. Sie sind es, die das Oktroi durchgesetzt haben. Sie hatten die bekannten Vereinbarungen mit dem Grafen Stürgkh, indem sie das Parlamentarische dem Nationalen aufzuopfern behaupteten, zuerst beraten. Nachdem es Koerbers Entschluß war, durch keinerlei Oktroi Rechtssicherheit und Verfassung in einem Augenblick zu gefährden, wo sie ein Thronwechsel besonders wichtig machte, hat nun unter der neuen Aera der Nationalverband zusammen mit den Radikalen und Christlich-Sozialen, gegen 200 Mann stark, das Oktroi von dem Ministerpräsidenten gefordert. Es scheint zunächst zweifelhaft, ob es politisch sehr klug war, in diesen Zeiten nationale Debatten zu veranlassen durch Maßregeln, die zwanzig Jahre lang debattiert worden sind. Auch ist es noch ungewiß, ob man diese Kriegslage zu inneren politischen Dingen ausnützen sollte auf jede Gefahr.

Nun, da diese Form gewählt wird, in der erst gehandelt und nachträglich beraten wird, dürfte sich zeigen, daß beide Teile die Verantwortung ablehnen und sie einem Ministerpräsidenten aufladen werden, der, von den besten Absichten geleitet, unter dem Drucke der größten Partei Zugeständnisse hat machen müssen. Diese Gedanken kann man jetzt bei den meisten Politikern verschiedener Richtung finden, auch bei einigen wenigen des Nationalverbandes. Diese Minorität glaubt weder an das Allheilmittel des Oktroi, noch daran, daß das Wesen dieser Völker stets sich in Zahlen bestimmen und verändern läßt, daß also durch das einfache Ausscheiden der Polen die gegenwärtige deutsche Majorität von einem Tage zum anderen auch zu einer führenden werden könne. Das Ausscheiden der galizischen Abgeordneten ist mit dem ganzen Problem der Sonderstellung Galiziens auf einige Zeit zurückgestellt worden. Die Folge aber ist, daß jene neue Geschäftsordnung, die die Deutschen binnen kurzem auf dem Wege der Verfassung als ihren Lieblingswunsch erfüllt sehen werden, leicht gegen sie gewendet werden kann. Denn wenn Polen und Tschechen zusammengehen, könnte die neue Geschäftsordnung gerade ihnen zugute kommen.

Emil Ludwig.

Arbeiterzeitung
7. III. 1917

Ein Soldatenurteil über die „Richtlinien".

Die „Soldatenzeitung" wird von deutschnationalen Blättern sehr oft mit Beifall zitiert. Wir wollen deshalb erwähnen, wie die „Soldatenzeitung" die nationalverbändlerisch-christlichsozialen „Richtlinien" beurteilt. Sie schreibt: „Am 16. Februar gaben die zwei großen deutschen Parteien, der Nationalverband und die Christlichsozialen, gemeinsam ein Programm heraus, dem man von vornherein einen Platz im Kriegsmuseum versprechen kann. Es wird als schlagender Beweis dafür dienen, daß es im Jahre 1917 noch eine große Anzahl gescheiter Leute gab, die den Weltkrieg vollständig verschlafen haben. Das Programm ist haargenau so abgefaßt, als stünde man etwa noch im Jahre 1913 und vor einer harmlosen Neuwahl in das heute bereits sagenhafte, aber immer noch nicht betrauerte Volkshaus. Es ist da zwar vom Kriege die Rede in einzelnen Sätzen, aber diese Sätze haben so wenig kriegerischen Klang, daß man sich fragen muß, ob das Wort nicht durch ein Versehen in die Sätze hineingerutscht ist. Aus einem großen Manöver hat man oft schon kräftigere Folgerungen gezogen. Von dem, was man im Felde über die Zukunft Oesterreichs denkt, was man da von ihr wünscht und hofft, ist auch nicht der leiseste Hauch an dieser Kundgebung zu spüren. Vielmehr kündet sich in kläglichster Form der alte Jammer, die alte Bettel- und Kuhhandelwirtschaft an, die alte Zerrissenheit, die alte Schlappschwänzigkeit, die Schutzsucht, wo sie regieren und führen sollte. All das Zeug, das Oesterreich bei Kriegsausbruch schleunigst in die Rumpelkammer werfen mußte, um sein Leben behaupten zu können, alle Hindernisse der militärischen Einheit des Staates werden wieder hervorgeholt. Kurz: das Programm ist bereits eine Grabrede für das, was hätte werden sollen. Oder aber eine Grabrede für seine Verfasser." Derb, aber wahr!

Neue Freie Presse
8./III. 1917

Die Einberufung des Reichsrates.

Beschlüsse der Christlichsozialen, Czechen und Südslawen.

Wien, 7. März.

In der heutigen Vollversammlung der Christlichsozialen Vereinigung wurde der Beschluß des Vorstandes vom 20. Februar in der Reichsratsfrage genehmigend zur Kenntnis genommen.

Gleichzeitig wurde der Vorstand beauftragt, sich mit dem Präsidenten Dr. Sylvester behufs Einberufung einer Obmännerkonferenz ins Einvernehmen zu setzen, welche die Maßnahmen zu beraten hätte, die zur Flottmachung des Parlaments führen können.

Der Beschluß des Vorstandes vom 20. Februar hatte folgenden Wortlaut: „Der Vorstand der Christlichsozialen Vereinigung des Abgeordnetenhauses gibt dem Befremden darüber Ausdruck, daß die Regierung bisher noch keine Schritte, betreffend die Flottmachung des Parlaments, unternommen hat. Die Vereinigung erwartet von der Regierung die baldigste Einberufung des Reichsrates und insbesondere von den beiden deutschen Ministern Dr. Baernreither und Dr. Urban die tatkräftigste Unterstützung bezüglich der Schaffung einer den ruhigen parlamentarischen Betrieb sichernden Geschäftsordnung."

Das Präsidium des Czechischen Verbandes hielt heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Stanek eine Sitzung ab. In dem Referat, das der Beschlußfassung voranging, wurde festgestellt, daß die Politik des Verbandes damit rechnen muß, daß unausgesetzt Bestrebungen im Zuge sind, die gegenwärtige schwere Zeit zu einseitigen Lösungen bestimmter Fragen nationalpolitischen Charakters zu benützen.

Das Präsidium des Verbandes beschloß einstimmig, neuerdings entsprechend dem letzten Beschlusse der parlamentarischen Kommission zu betonen, daß der jetzige Moment in erster Reihe eine Vereinigung sämtlicher Kräfte zur Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse der breiten Schichten erfordert; daß es eine dringende Staatsnotwendigkeit nach außen und innen ist, daß ehestunlichst das Parlament einberufen werde; daß somit der Augenblick durchaus nicht geeignet sei, strittige nationale Fragen in einseitiger Weise zu lösen, da hiedurch der politische Waffenstillstand in nationalen Dingen gestört werde, den voll und ganz zu erhalten ein Gebot für alle Faktoren unseres Reiches sein sollte. Eine außerparlamentarische Lösung dieser Fragen führe nicht zur Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses. Die Voraussetzung einer sachlichen und ungestörten Wirksamkeit des Parlaments bilde außer dem guten Willen aller Faktoren bloß die Geschäftsordnung.

Die Vertreter des czechischen Volkes erklären sich neuerdings bereit zu Verhandlungen und Vereinbarungen über strittige nationale Fragen. Jene Angelegenheiten, welche der Verband im jetzigen Augenblick für wahrhafte Staatsnotwendigkeiten erachtet, sind in richtiger Weise in der programmatischen Erklärung des Ministerpräsidenten in den letzten Konferenzen am 3. und 4. d. zusammengefaßt worden. Der Verband drückt seinen Entschluß aus, an der Lösung aller Fragen dieser Art, die mit der Verteidigung des Reiches und mit dem Wohlergehen der Bevölkerung zusammenhängen, im Interesse des Staates und der Dynastie werktätig im Parlament mitzuwirken.

Das Präsidium des Kroatisch-slowenischen Klubs hielt heute in Wien eine Sitzung ab, in der über die gegenwärtige Lage beraten wurde. Es wurde der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine Lösung der innerpolitischen Fragen ohne Mitwirkung der Völker, deren Lebensinteresse eine mächtige Stellung der Monarchie im Staatenbunde Mitteleuropas und die innere Stärkung der Gesamtmonarchie verlangt, nach beiden Seiten hin die gegenteilige Wirkung zur Folge haben würde. Es ist daher dringend notwendig, daß der Reichsrat einberufen werde, um sowohl die nationalpolitischen, als auch alle Fragen, die das Durchhalten der Völker im großen Ringen ermöglichen — so die Ernährungsfrage und die von der Regierung zur Diskussion gestellten Fürsorgefragen einschließlich der Frage der Kriegsentschädigungsvergütung und der Sorge für das Flüchtlingswesen — einer gedeihlichen Erledigung zuzuführen. Auch für die Vorbereitung des Ueberganges zur Friedenswirtschaft ist die Einberufung des Reichsrates unerläßlich.

Nach einer gemeinsamen Aussprache mit dem Präsidium des Czechischen Verbandes ergab sich die Uebereinstimmung der Anschauungen beider Parteileitungen.

Samstag den 17. d. findet in Prag die Vollversammlung des Czechischen Verbandes statt. Tagszuvor wird die aus 30 Mitgliedern bestehende parlamentarische Kommission zusammentreten. Am Nachmittag desselben Tages werden die einzelnen Parteien ihre Vollversammlung abhalten.

Donnerstag den 15. d. hält das Präsidium des Czechischen Verbandes eine Sitzung ab.

Reichspost Abendl. 8/III. 1917 125

Die Christlichsozialen für das Parlament.

Parteiamtlich wird verlautbart:

Die Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter hielt vorgestern und gestern mehrstündige Beratungen ab. Die vorgestrige Sitzung des Vorstandes galt der Vorbereitung der Tagesordnung für die gestrige Vollsitzung. Turnusgemäß übernahm Landeshauptmann Prälat Hauser die Leitung der Klubgeschäfte und führte in beiden Beratungen den Vorsitz. An der gestrigen Vollsitzung nahmen auch Landmarschall Prinz Liechtenstein, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Minister a. D. Dr. Geßmann und v. Wittek sowie Oberkurator v. Steiner teil.

Nach einem beifällig aufgenommenen Berichte des Chefredakteurs Dr. Funder über die militärpolitische Lage berichtete Minister a. D. Dr. Geßmann über die allgemeine politische Lage. Landesausschuß Stöckler referierte über die Tätigkeit des Klubvorstandes seit der letzten Plenarberatung der Vereinigung, wobei er insbesondere dessen Beschluß, betreffend die Einberufung des Parlaments und die Arbeiten des gemeinsamen Vollzugsausschusses mit dem Deutschen Nationalverbande, welche die Festsetzung der bekannten gemeinsamen Richtlinien ergaben, erläuterte und die Selbstverwaltungsfragen der Länder und Gemeinden erörterte. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes wurde von der Vereinigung einstimmig genehmigt. Abg. Dr. Mataja berichtete über den Verlauf der Tagung katholischer Parlamentarier und Vertreter in Zürich, Abg. Fink über Ernährungsfragen.

Ueber alle diese Gegenstände wurde eine mehrstündige Debatte abgeführt, an der sich die meisten von den 50 anwesenden Mitgliedern der Vereinigung beteiligten. Das Hauptinteresse nahm die Einberufung des Reichsrates in Anspruch. Verschiedene Redner äußerten sich hiezu, alle waren einig darin, daß es im Interesse der gesamten Lage unseres Staates gelegen sei, daß der Reichsrat sobald als möglich zusammentrete. Speziell Abg. Dr. Mataja führte aus, die Notwendigkeit der Einberufung des Parlaments wachse von Tag zu Tag, die Hinausschiebung der Session stehe mit den programmatischen Erklärungen der Regierung im Widerspruch. Sehr warm setzte sich auch Bürgermeister Dr. Weiskirchner für die Einberufung ein. Die Beratung der Frage gipfelte schließlich in der vom Landesausschuß Stöckler dem Klub vorgelegten Entschließung des Vorstandes vom 20. v. M.: „Der Vorstand gibt dem Befremden darüber Ausdruck, daß die Regierung in Betreff der Flottmachung des Parlaments bisher noch keine erfolgreichen Schritte unternommen hat. Die Vereinigung erwartet von der Regierung die baldigste Einberufung des Reichsrates und insbesondere von den beiden deutschen Ministern Doktor v. Baernreither und Dr. Urban die tatkräftigste Unterstützung bezüglich der Schaffung einer den ruhigen parlamentarischen Betrieb sichernden Geschäftsordnung." Dieser Beschluß wurde einstimmig mit Applaus angenommen. Abg. Fink, General v. Guggenberg und LA. Mayer sprachen sich dahin aus, daß der Klubvorstand sich sofort betreffend die Einberufung mit der Regierung und mit dem Deutschen Nationalverbande ins Einvernehmen zu setzen habe, welcher Wunsch erfüllt werden wird. Weiter beantragte Präsident Schraffl hiezu, daß von Klub wegen an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester herangetreten werde mit dem Ersuchen, die rascheste Einberufung einer gemeinsamen Konferenz der Parteiführer des Abgeordnetenhauses zu bewerkstelligen, damit dieselben zur Einberufungsfrage Stellung zu nehmen.

Pester Lloyd
8. III. 1917

Zur Klärung der innerpolitischen Lage in Oesterreich.

Aus Wien wird uns telegraphiert: In Erfüllung des von der letzten Sonntagsversammlung der Bürgerschaft erteilten Auftrages erschienen die Reichsratsabgeordneten Friedmann, Ganser und Zenker beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic in Angelegenheit der Einberufung des Reichsrates. Der Ministerpräsident berief sich auf seine wiederholt gegebene Versicherung und betonte ausdrücklich, daß mit Rücksicht auf die im Juni ablaufende Mandatsdauer des Abgeordnetenhauses hinlänglich Zeit zur Bewältigung der großen und wichtigen Aufgaben zur Verfügung stehe. Entgegen den zahlreichen Zeitungsnachrichten der letzten Tage erklärte der Ministerpräsident, es liege für ihn kein Grund vor, seine ursprüngliche Absicht zu ändern und die Einberufungsfrist so weit als möglich hinauszustrecken.

Aus Wien telegraphiert man: Die Politischen Tagebücher schreiben: Wie uns mitgeteilt wird, besteht für die Streitfrage, ob die Gültigkeit der Reichsratsmandate am 3. Juli oder am 17. Juli 1917 abläuft, keineswegs Interesse, weil man der Anschauung ist, daß der Reichsrat, wenn er überhaupt noch zusammentreten soll, jedenfalls bald einberufen werden muß. Der Umstand, daß infolge des seinerzeit erfolgten Schlusses der Session das Bureau des Abgeordnetenhauses neuzuwählen ist und die Beschließung eines Gesetzes betreffend die Verlängerung der Mandatsdauer immerhin eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen würde, kann wohl nicht als ein Hinauszögern des Termins bis zu einem Zeitpunkte gedacht werden, wo die Gültigkeit der Mandate strittig werden könnte. Die deutschen Abgeordneten stehen auf dem Standpunkte, daß die Regierung hinreichend Zeit gehabt hat, die für die Einberufung des Reichsrates notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Somit wird als äußerster überhaupt möglicher Termin die Zeit unmittelbar nach Ostern in Betracht gezogen.

Neue Freie Presse 9./III. 1917

Der christlichsoziale Beschluß in der Reichsratsfrage.

Wien, 9. März.

Der vorgestrige Beschluß der Christlichsozialen Vereinigung in der Reichsratsfrage bildete gestern und heute den Gegenstand lebhafter Erörterung in parlamentarischen Kreisen und namentlich unter den Mitgliedern des Deutschen Nationalverbandes. Dort wird dieser Beschluß als ein Abrücken der Christlichsozialen von den gemeinsamen Richtlinien aufgefaßt und der Vorwurf gegen sie erhoben, daß der christlichsoziale Parteivorstand die Verpflichtung gehabt hätte, den Deutschen Nationalverband vorher von der Absicht zu verständigen, die Einberufung einer Parteiführerkonferenz zu verlangen und ihn nicht vor eine vollzogene Tatsache zu stellen. Der Inhalt des Beschlusses, der von der Schaffung der Voraussetzungen, die der Deutsche Nationalverband vor der Einberufung des Reichsrates für notwendig erachte, gänzlich absehe und nur die Geschäftsordnungsreform betone, habe zudem die Vereinbarungen, welche zwischen diesen beiden Parteien in der Reichsratsfrage bestehen, über den Haufen geworfen.

Anderseits hat es den Anschein, als ob im Deutschen Nationalverband selbst der Beschluß der Christlichsozialen nicht ohne Wirkung bleiben werde. Es ist bekannt, daß eine große Gruppe im Verband die Einberufung des Reichsrates unter allen Umständen wünscht, und es gilt als nicht ausgeschlossen, daß diese Gruppe nunmehr Verstärkung findet. Von dem anderen Teile des Verbandes, der die Schaffung der Voraussetzungen stärker betont, wird wieder dem Verbandsobmann Dr. Groß gegenüber der Anschauung Ausdruck gegeben, daß bei engerer Fühlungnahme zwischen den Leitungen der beiden Parteien eine derartige Ueberraschung ausgeschlossen gewesen wäre. Es verlautet, daß Obmann Dr. Groß mit Rücksicht auf diesen gegen ihn erhobenen Vorwurf entschlossen sein soll, die Konsequenzen zu ziehen.

Ob es zur Einberufung einer Obmännerkonferenz kommen wird, hängt — so wird in parlamentarischen Kreisen erklärt — einerseits von der Auffassung ab, die Präsident Dr. Sylvester über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit einer solchen Konferenz hat, anderseits von den Beschlüssen, die der Deutsche Nationalverband in dieser Frage fassen wird. Präsident Dr. Sylvester wurde vom derzeitigen geschäftsführenden Obmann der Christlichsozialen Vereinigung Abgeordneten Hauser brieflich von dem Parteibeschlusse verständigt und konnte naturgemäß bisher eine Gegenäußerung nicht abgeben. Der Deutsche Nationalverband dürfte für die nächste Woche zu einer Vollversammlung einberufen werden. Die im Nationalverbande vereinigten Parteigruppen beabsichtigen, tags vorher Besprechungen abzuhalten. Außerdem dürfte für die allernächsten Tage bereits der gemeinsame Vollzugsausschuß der Christlichsozialen Vereinigung vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner in Vertretung des Abgeordneten Dr. Groß zu einer Sitzung eingeladen werden, die eine Aussprache über die Haltung der christlichsozialen Partei bringen wird.

Inzwischen verlautet, daß auch andere parlamentarische Parteien entschlossen sind, die Einberufung einer Obmännerkonferenz zu fordern. Vor allem wird dies der czechische Verband tun, der in der nächsten Woche in Prag eine Sitzung abhält. Auch die sozialdemokratische Partei, welche diese Forderung bereits in einem früheren Zeitpunkte erhoben hat, dürfte sie nunmehr neuerdings mit Nachdruck aufstellen.

Im allgemeinen ist man in parlamentarischen Kreisen der Anschauung, daß es zur Konferenz der Parteiführer kommen wird, falls die Regierung es nicht vorzieht, vorher über die Einberufung des Reichsrates und insbesondere über den von ihr in Aussicht genommenen Termin die Parteien zu unterrichten.

Fremdenblatt
9. III. 1917

Die Tiroler beim Ministerpräsidenten.

In Vertretung des ständigen Vollzugsausschusses der Tiroler Landtagsparteien, der in der gemeinsamen Vollversammlung der Tiroler deutschbürgerlichen Parteien am 1. d. gewählt wurde, erschienen gestern die Abgeordneten Schraffl und Regierungsrat Kofler beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic und beim Minister des Innern Freiherrn v. Handel und überreichten die Beschlüsse und Resolutionen der Abgeordnetenkonferenz. Der Vertreter der konservativen Partei Ab. Treuinfels konnte an der Besprechung beim Ministerpräsidenten nicht teilnehmen. Was den Inhalt der den Ministern überreichten Beschlüsse betrifft, so ist er aus der nachstehenden offiziellen Verlautbarung ersichtlich, die das von der Konferenz der Tiroler Landtagsparteien eingesetzte Redaktionskomitee, bestehend aus Bürgermeister Dr. Greil, Dr. Schoepfer, Professor Dr. Mayr, Graf Trapp, Dr. Wackernell, Dr. Winkler und Dr. Walde, veröffentlichte:

„Am 28. Februar und am 1. März hielten die Abgeordneten der deutschen Landtagsparteien im Landhause sehr zahlreich besuchte gemeinsame Beratungen ab, die sich auf verschiedene Landesangelegenheiten erstreckten und die in einer Reihe wichtiger Fragen zu einer einmütigen Anschauung aller beteiligten Abgeordneten führten. In erster Linie wurde beschlossen, eine Anzahl von Bitten an die zuständigen Instanzen zu richten, welche die Versorgung des Landes mit ausreichenden Lebens- und Futtermitteln, die Schonung und gleichmäßige Verteilung der Vorräte, eine den Verhältnissen entsprechende Regelung der Unterhaltsbeiträge, die möglichste Förderung des Anbaues, Beschaffung und Sicherung von ausreichenden geeigneten Arbeitskräften in Stadt und Land und den Abschuß von Hoch- und Niederwild sowie die Heranziehung der für Wildzwecke in Anspruch genommenen Nutzflächen für Alpen- und Weidevieh betreffen. Es wurde ferner der Beschluß gefaßt, von der Regierung die endliche Erlassung jener Verordnungen zu verlangen, die für die Errichtung von Kriegerheimstätten und für eine zielbewußte Siedlungsaktion erforderlich sind. Einen breiten Raum der Beratungen nahmen die Fragen über die notwendige Neugestaltung der allgemeinen politischen Verhältnisse im Lande nach dem Kriege und über die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der Landtagstätigkeit ein. Schließlich wurde die Forderung des Baues der Vinschgaubahn als einer wichtigen Landesangelegenheit beraten und hiebei beschlossen, diese Frage in zweckdienlicher Weise kräftigst weiter zu verfolgen."

Beschlüsse über die baldigste Einberufung des Tiroler Landtages wurden nicht gefaßt. Auch über die Besetzung der Landeshauptmannstelle, der Landesausschüsseposten usw. wurde nichts beschlossen. Es kamen diese Angelegenheiten in keiner Weise zur Sprache.

Der ständige Vollzugsausschuß, der nach Muster des gemeinsamen Vollzugsausschusses des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen für die Beratung der gemeinsamen Landesangelegenheiten eingesetzt wurde, besteht aus folgenden Mitgliedern: Obmann Präsident Schraffl, Obmannstellvertreter Abgeordneter Bürgermeister Greil und Dr. Wackernell, Ausschußmitglieder die Abgeordneten Dr. Schoepfer, Professor Mayr und Professor Stumpf, Dr. Kapferer und Unterkirchner als Vertreter der Christlichsozialen, Abgeordneter Graf Trapp (konservativ); die Abgeordneten Regierungsrat Dr. Kofler und Dr. Winkler (deutschfreiheitlich) und Abgeordneter Baron Wiedmann (verfassungstreuer Großgrundbesitz). Ersatzmänner die Abgeordneten Siegele und Schwaiger (christlichsozial), Prälat Zach (konservativ) und Doktor Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitz).

Neue Freie Presse Abendbl 130
9./III. 1917

Deutschböhmische Vereinigung.

Wien, 9. März.

Heute nachmittag um 2 Uhr tritt der Vorstand der Deutschböhmischen Vereinigung zu einer Sitzung zusammen, an die sich die Vollversammlung der Vereinigung anschließt. Auf der Tagesordnung der letzteren steht die Neuwahl der Leitung. Diese besteht nach den kürzlich angenommenen Satzungen aus dem Obmann, dessen drei Stellvertretern und drei Schriftführern, die zusammen den Vorstand bilden. Außerdem ist ein Hauptausschuß zu bestellen, der aus dem Vorstand und neun weiteren Mitgliedern besteht. Für die Stelle des Obmannes, der von der Vollversammlung zu wählen ist, wird neuerdings Abgeordneter Pacher in Vorschlag gebracht werden. Die deutsche Agrarpartei hat die ihr zufallenden Stellen bereits besetzt und zum Obmannstellvertreter den Abgeordneten Dr. Schreiner, zum Schriftführer den Abgeordneten Ansorge bestellt und die Abgeordneten Dr. Damm und Goll in den Hauptausschuß entsendet. Von seiten der Deutschradikalen ist als Obmannstellvertreter Abgeordneter Dr. Roller in Aussicht genommen, als Schriftführer Abgeordneter Mr. Hummer.

Dem Hauptausschuß sollen als Vertreter der Deutschradikalen die Abgeordneten Wolf und Schreiter angehören. Aus der Kurie der übrigen Parteien der Vereinigung dürften die Abgeordneten Knirsch, Hartl, Iro und Keller in den Vorstand, beziehungsweise in den Hauptausschuß berufen werden. Die Kandidatur für die Mitglieder des Hauptausschusses, welche von der Vollversammlung zu wählen sind, ist noch unbekannt.

Von den 43 Wahlbezirken, deren Vertreter die Deutschböhmische Vereinigung umfaßt, entfallen auf die deutschradikale Partei 17, auf die deutsche Agrarpartei 14, auf die deutsche Arbeiterpartei 2, auf die deutsche Fortschrittspartei ebenfalls 2, und auf die christlichsoziale Partei 1 Mitglied; vier Mitglieder der Deutschböhmischen Vereinigung gehören keiner Partei an. Drei Wahlbezirke sind durch den Tod ihrer bisherigen Inhaber (Löbl, Lipka und Bachmann) erledigt. Bemerkenswert ist, daß die Deutschböhmische Vereinigung auf Grund ihrer neuen Satzungen auch in der Lage ist, außerhalb des Deutschen Nationalverbandes stehende deutsche Abgeordnete zu umfassen. Tatsächlich wurde Abgeordneter Iro in die Vereinigung bereits vor einiger Zeit aufgenommen. Auch Abgeordneter Dr. Jerzabek hat seinen Beitritt angemeldet.

Die Zeit
Abendl
131
9./III. 1917

Verstimmung zwischen Nationalverband und Christlichsozialen.

Bevorstehender Rücktritt des Obmannes Dr. Groß?

* Wien, 9. März.

Die Vorstandsbeschlüsse der Christlichsozialen in Angelegenheit der Einberufung des Reichsrates haben im Deutschen Nationalverband lebhafte Verstimmung hervorgerufen. Die Christlichsozialen haben bekanntlich den Beschluß des Vorstandes vom 20. d. in der Reichsratsfrage bestätigt und überdies beschlossen, sich an den Präsidenten Dr. Sylvester mit dem Verlangen nach einer neuen Einberufung einer Obmännerkonferenz zu wenden, um in dieser Konferenz die Forderung nach Einberufung des Reichsrates neu aufzustellen. Von den Voraussetzungen, die der Deutsche Nationalverband vor die Einberufung des Reichsrates stellte, ist in diesem Beschluß keine Rede, die nationalpolitischen Forderungen werden in den Hintergrund gerückt und bloß eine neue Geschäftsordnung verlangt.

In der Forderung der Christlichsozialen nach der bedingungslosen Einberufung des Reichsrates erblicken die Deutschnationalen ein Abrücken von den gemeinsamen Richtlinien. Wie wir erfahren, hat der Obmann des Deutschen Nationalverbandes Dr. Groß mehreren Parlamentariern gegenüber erklärt, daß er aus diesem Verhalten der Christlichsozialen die Konsequenzen ziehen und die Obmannstelle des Deutschen Nationalverbandes niederlegen werde. Für die nächsten Tage wird eine Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes einberufen werden, in der Beschluß gefaßt werden soll, welche politische Folgerungen aus dem Beschluß der Christlichsozialen zu ziehen sind.

Neue Freie Presse

10./III. 1917

Wien, 9. März. (Die Ukrainer beim Minister des Aeußern Grafen Czernin.) Am 19. Februar empfing der Minister des Aeußern Graf Czernin eine Abordnung der ukrainischen parlamentarischen Vertretung, an welcher deren Obmann, der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Julian Romanczuk, deren parlamentarische Kommission die Abgeordneten Dr. Petruszewicz, Dr. Eugen Lewicki und Dr. Trilowski sowie der vom Minister eingeladene Reichsratsabgeordnete Dr. Konstatin Lewicki teilnahmen.

Namens der Vertretung, die zum erstenmal beim Minister zu erscheinen Gelegenheit hatte, beglückwünschte der Führer der Abordnung Vizepräsident Romanczuk den Grafen Czernin zu dessen Berufung in einem für die Monarchie und deren Völker entscheidenden Moment auf einen so schweren und wichtigen Posten, worauf dem Minister ein kurzes Promemoria über die dringenden Forderungen des ukrainischen Volkes überreicht wurde. In der hierüber gepflogenen Aussprache, an der noch der Abgeordnete Dr. Trilowski die Wünsche in bezug auf die ukrainische Legion kurz befürwortete, nahm der Minister eine wohlwollende Stellung ein in der Angelegenheit der von der ukrainischen parlamentarischen Vertretung geforderten unverzüglichen Einberufung der Delegationen und des Reichsrates als deren unbedingten Voraussetzung, wobei er jedoch auf die der Einberufung des Abgeordnetenhauses gemachten Schwierigkeiten hinwies, die das jetzige Ministerium zu beseitigen eifrigst bemüht ist.

Ebenso wohlwollend erörterte der Minister die Forderung nach Befreiung im Austauschwege der nach Rußland verschleppten ukrainischen Patrioten, in erster Linie des Metropoliten Grafen Szeptycki, wie auch in Angelegenheit der zukünftigen Behandlung der aus Wolhynien evakuierten ukrainischen Bauern.

Hingegen lehnte der Minister es ab, sich über die Forderung der Abordnung bezüglich der Sonderstellung Galiziens, gegen deren Durchführung die Abordnung beim Minister entschiedenste Verwahrung einlegte, ebenso über die Teilung des Landes Galizien und Schaffung eines besonderen reichsunmittelbaren ukrainischen Kronlandes in Oesterreich zu äußern, da die erwähnten Angelegenheiten nach der Ansicht des Ministers nicht in seine Kompetenz fallen.

Fremdenblatt
10. III. 1917

Deutschnationale und Christlichsoziale.

Die Parlamentskorrespondenz „Deutsche Nachrichten" meldet: „Zu dem Beschluß der Christlichsozialen Vereinigung in der Reichsratsfrage hat, wie uns aus Vorstandskreisen des Deutschen Nationalverbandes berichtet wird, bisher die Christlichsoziale Vereinigung ihren Beschluß, sich mit dem Deutschen Nationalverband ins Einvernehmen zu setzen, noch nicht ausgeführt. Dr. Groß, der Obmann des Deutschen Nationalverbandes, ist bisher keine Verständigung seitens der Christlichsozialen Vereinigung zugekommen. Nach wie vor steht der gesamte Deutsche Nationalverband auf Grund seiner Beschlüsse auf dem Standpunkt, die Einberufung des Reichsrates ebenso entschieden zu fordern, wie die Voraussetzungen, welche allein für eine ruhige und erfolgreiche Arbeit des Reichsrates bürgen können.

Was die Beschlüsse der Christlichsozialen Vereinigung in der Reichsratsfrage selbst anbelangt, so sei festgestellt, daß die Zeitungsmeldungen über ihre Wirkung im Deutschen Nationalverbande jeder Begründung entbehren."

Österr. Volkszeitung
10./III. 1917

Die Südslawen beim Ministerpräsidenten.

Das Präsidium des slowenisch-kroatischen Klubs erschien gestern beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic. In einer längeren Besprechung wurde eine Reihe nationaler Angelegenheiten erörtert. Sodann wurde die Einberufung des Reichsrates zur Diskussion gebracht. Die Besucher empfingen aus den Aeußerungen des Kabinettchefs den Eindruck, daß der Zusammentritt des Parlaments in nicht gar weiter Ferne erfolgen wird.

Berner Bund 11. III. 1917

135 11

Um die Sonderstellung Galiziens

p. p. Die Frage beginnt jetzt, in Anbetracht der bevorstehenden Einberufung des österreichischen Reichsrates, in den Wiener politischen Kreisen das allgemeine Interesse auf sich zu lenken. Die deutschen Kreise Oesterreichs haben bisher nur die Vorteile für eine parlamentarische Majorität gesehen, die ihnen die Ausscheidung der galizischen Abgeordneten bringen würde. So erklärt sich, daß sie sich ziemlich rasch und leicht mit dem Reskript vom 5. November 1916 abgefunden haben. Heute aber, wo die Sonderstellung in unmittelbare Nähe gerückt ist, melden sich die Vertreter der wirtschaftlichen Interessen, besonders der Industrie und der Finanzen und setzen sich jeder Lockerung des Verhältnisses zwischen Wien und Galizien entgegen. Die Forderung des Polenklubs auf den Landtag die ganze Gesetzgebung in Handels- und Industrieangelegenheiten zu übertragen, sowie auch die starke Tendenz zur Industrialisierung des Agrarlandes Galizien stellen sich den Interessen der westösterreichischen Kapital- und Industriewelt entgegen, die nun ihrerseits zum Kampf gegen das polnische Autonomieprogramm mobilisiert. Interessante Streiflichter darüber werfen die Versammlungen, die vor wenigen Tagen in der „Oesterreichischen Politischen Gesellschaft in Wien stattgefunden haben. Auf den einleitenden, das polnische Problem und insbesondere die Sonderstellung Galiziens gründlich erschöpfenden Vortrag des Reichsratsabgeordneten Professor von Halban (Lemberg) schloß sich an zwei weiteren Abenden eine rege Debatte an, an der unter anderm der ehemalige Reichsratsabgeordnete Dr. Steinhocker und die Abgeordneten Baron Nikolaus v. Wassilko, Prof. Dr. Redlich, Dr. Waber, Dr. Friedman, Dr. Stolper und polnischerseits Abg. Dr. v. Löwenstein teilgenommen haben. Die Vertreter des Polenklubs hatten keinen leichten Strauß auszufechten. Besonders der Ruthene Baron Wassilko trat als entschiedener Gegner der Sonderstellung Galiziens auf. Anderseits war es Prof. Redlich und den übrigen Vertretern des deutsch-österreichischen Großunternehmertums um den Beweis zu tun, daß eine Sonderstellung Galiziens die allgemeinen Staatsinteressen gefährde, da ein bedeutendes Absatzgebiet dem direkten Einfluß der Wiener Finanz- und Industriewelt entgleiten würde.

Die polnischen Vertreter wiesen in der Entgegnung auf den internationalen Charakter der polnischen Frage hin. Das ganze Problem darf weder vom innerpolitischen Standpunkt des Stimmenverhältnisses im Parlament, noch aus wirtschaftlichen Erwägungen betrachtet werden. Abg. v. Löwenstein betonte, daß die Polen bezw. das Oberste Nationalkomitee bereits am 16. August 1914 die Frage im Zusammenhange mit dem Schicksal Kongreß-Polens aufgerollt haben und gerade sie (die Polen) sind am wenigsten schuld daran, daß der 5. November 1916 nur das kaiserliche Schreiben betreffs Sonderstellung Galiziens brachte. In diesen Rahmen müssen die Polen aber die Frage im Sinne der weitestgehenden nationalen Autonomie ausbauen.

Neue Freie Presse
11./III. 1917

Christlichsoziale und Nationalverband.

Aeußerungen eines hervorragenden deutschen Politikers.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Prag, 10. März.

Ein hervorragender deutscher Politiker äußert sich über das jüngste überraschende Vorgehen der Christlichsozialen:

Die deutsche Oeffentlichkeit ist durch die letzten Beschlüsse der Christlichsozialen in hohem Maße beunruhigt worden. In gewisser Richtung erscheint mir diese Beunruhigung durchaus berechtigt. Es ist für das freiheitliche Deutschtum ein beklemmender Gedanke, jetzt und in Zukunft mit so unsicheren Elementen zusammenarbeiten zu müssen. Und da doch dieses Zusammengehen in nationalen Fragen einfach unerläßlich ist, so eröffnet das christlichsoziale Ringelspiel der letzten Tage gewiß einen höchst beunruhigenden Ausblick auf die künftige Gestaltung der deutschen Politik. In dieser Hinsicht teile ich auch die weitestgehenden Befürchtungen.

Anders verhält es sich mit der unmittelbaren Wirkung der christlichsozialen Beschlüsse auf die derzeitige politische Lage. Die Besorgnis, daß infolge dieser Beschlüsse die Neuordnung der Dinge in Oesterreich schon bei ihrem ersten Schritte zum Stocken gebracht werden könnte, erachte ich nicht für begründet. Um die derzeitige Lage richtig zu verstehen, muß man ein wenig zurückblicken. Es hat sich zweimal in den letzten Monaten um einen wirklichen prinzipiellen Gegensatz zwischen parlamentarischem und nichtparlamentarischem Regieren gehandelt. Das eine Mal unter Stürgkh, als gemeinsam mit allen Gruppen des Herrenhauses die deutsche Fortschrittspartei den Uebergang zum Parlamentarismus verlangte, das zweite Mal unter Koerber, als dieser einen Versuch mit der Volksvertretung machen und ihr die Verantwortung auferlegen wollte, dem Staate das zu seiner Erhaltung und Entwicklung Notwendige zu verweigern. Zu diesen beiden Zeitpunkten haben wir nicht bemerkt, daß sich die Christlichsozialen für das Parlament besonders erwärmt hätten. Dann hat das Ministerium Graf Clam-Martinic die Regierung mit einem ganz bestimmten Programm übernommen: Wiederkehr zum Parlamentarismus nach vorheriger Schaffung gewisser Voraussetzungen, deren Ausmaß nicht ganz feststand und vielleicht feststeht, die aber jedenfalls die Staatssprache, die Kreiseinteilung in Böhmen und die Geschäftsordnungsreform umfassen. In den bekannten „Richtlinien" wurde dieses Programm noch einmal als gemeinsam dem gesamten deutschen Bürgerstande feierlichst besiegelt. Was hat sich seither geändert? Man will glauben machen, daß der Streit um die Frage geht, ob das Parlament einberufen werden soll oder nicht. Das ist eine Irreführung. Es handelt sich einfach um eine Frage des Termins, und selbst da nur um eine Differenz von wenigen Wochen, die man der Regierung zur Bewältigung gewisser, trotz aller Vorbereitung schwieriger legislatorischer Arbeiten gewähren oder verweigern kann. Wenn sich die Christlichsozialen scheinbar für das letztere entschieden haben, dann können keine sachlichen Erwägungen eine Rolle spielen. Maßgebend wären vielleicht die unbefriedigten Wünsche gewisser Herren nach einem derzeit leider bereits vergebenen Portefeuille. Die Regierung wird sich von ihrer Linie nicht abbringen lassen.

Hamburger Fremdenblatt

138

11./III. 1917

Reifende Entscheidungen.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 9. März.

Der Frühlingsmonat scheint für Oesterreich-Ungarn eine Reihe wichtiger politischer Entscheidungen bringen zu wollen. Es werden sogar schon zum Teil die Termine genannt, zu denen der Eintritt dieser Ereignisse zu erwarten sein dürfte. An der Absicht, alles zu vertagen, was auf die innere politische und wirtschaftliche Neugestaltung Bezug hat, bis wir uns wieder des Friedens erfreuen werden, oder doch auf ihn mit Bestimmtheit rechnen können, wird man aus mehrfachen Gründen nicht festhalten können. Der Wunsch, vorläufig alles ruhen zu lassen, was nicht mit dem Krieg in unmittelbarstem Zusammenhang steht, wird ziemlich allgemein geteilt, aber notgedrungen wird man doch zu einigen Fragen Stellung nehmen müssen, zu deren noch längerer Ausschaltung man im Interesse des Burgfriedens — und zwar weniger des zwischen den Parteien, als des zwischen diesen und der Regierung herrschenden Waffenstillstandes — sonst gern geneigt gewesen wäre.

Die amtliche Anzeige, daß die seit langer Zeit geführten österreichisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen in der Hauptsache zum Abschluß gediehen sind, ist in Oesterreich mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden und hat bei den oppositionellen Gruppen des ungarischen Abgeordnetenhauses eine ziemlich kriegerische Stimmung ausgelöst. Nach dem, was im Laufe der Zeit über den Inhalt der neuen, nunmehr auf eine viel längere Frist abzuschließenden Vereinbarungen durchgesickert ist, befürchtet man eben in Zisleithanien, daß das künftige Verhältnis der beiden Reichshälften ein für Oesterreich noch viel ungünstigeres sein werde, als das bisher bestandene. Der Umstand, ob der Quotenschlüssel der Beitragsleistungen für die gemeinsamen Angelegenheiten eine Erhöhung der österreichischen Verpflichtungen zur Folge haben wird, ist dabei von recht nebensächlicher Bedeutung. Die wenigen Millionen Kronen, die eine eventuelle Erhöhung der österreichischen Quote ausmachen wird, spielen angesichts der Riesensummen, die zur Tilgung der während des Krieges angewachsenen Lasten werden aufgewendet werden müssen, gar keine Rolle. Weit wesentlicher ist es, ob uns die neu abzuschließenden Verträge mit Ungarn die Möglichkeit geben werden, der ungeheuren Preissteigerung Herr zu werden, die sich auf dem gesamten Gebiete der Approvisionierung ergeben hat. Wenn wir in derselben Abhängigkeit von den ungarischen Agrariern bleiben wie bisher, ja wenn durch eine Erhöhung der Einfuhrzölle für Vieh und Fleisch diese Abhängigkeit noch drückender werden sollte, dann wären die Befürchtungen, die man in weiten Kreisen Zisleithaniens über die wirtschaftlichen Folgen eines neuen, noch dazu langfristigen Ausgleiches mit Ungarn hegt, vollauf berechtigt. Unter allen Umständen kann angenommen werden, daß die ungarische Regierung bei den Abmachungen mit den österreichischen Ministern darauf bedacht war, den Vorteil Transleithaniens nach Möglichkeit zu wahren. Die Bedenken und Einwendungen der Führer der ungarischen Oppositionsparteien können daher auch nicht dieser Seite der Ausgleichsfrage gelten, sondern sie sollen in erster Linie die grundsätzliche Gegnerschaft wider jeden Ausgleich, wider jede, nicht auf der Grundlage vollständiger staatlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit Ungarns fußende Vereinbarung neuerdings in Erinnerung bringen. Staatsrechtliche Beschwerden sollen auch dem neuen, bereits angekündigten Sturmlauf der Opposition gegen den Grafen Tisza zum Vorwand dienen.

Während auf diese Weise die österreichisch-ungarische Ausgleichsfrage, die den Mittelpunkt schon so vieler und heißer parlamentarischer Kämpfe in beiden Reichshälften gebildet hat, neuerdings aufgerollt wxrde, drängt auch eine andere Frage zur Entscheidung, die Frage, welches das Schicksal der österreichischen Volksvertretung sein soll, deren sechsjährige Legislaturperiode Mitte Juni d. J. zu Ende geht. Für dieses Schicksal wird es von ausschlaggebender Bedeutung sein, wie sich das Abgeordnetenhaus verhalten wird, wenn es im Laufe des Mai wirklich zu einer kurzen Tagung einberufen werden soll. Ob es nun Tage oder Wochen sind, während der nach dreijähriger Unterbrechung des parlamentarischen Lebens die österreichischen Mandatare wieder versammelt sein sollen, jedenfalls wird es sich um einen Prüfstein dafür handeln, ob es empfehlenswert sei, eine — wie verlautet — zweijährige Verlängerung der Mandatsdauer eintreten zu lassen, oder die nach dem Friedensschluß sich ergebenden großen Aufgaben einer neugewählten Volksvertretung zur Lösung zu überantworten. Außerordentlich viel, wenn nicht alles, wird davon abhängen, wie die Veröffentlichung der für den 14. oder 15. März angekündigten Regierungsverordnungen, insbesondere der auf die Festsetzung der Staatssprache und der Kreiseinteilung in Böhmen aufgenommen werden wird. Es wird sich zeigen müssen, ob das Ministerium Clam-Martinitz mit diesen Verordnungen das Versprechen erfüllt, das es bei seinem Regierungsantritt den deutschen Parteien gegeben hat, und wie sich die slawischen Parteien verhalten werden, wenn sich die Deutschen durch die Maßnahmen der Regierung befriedigt erklären sollten.

Gegenüber der Wichtigkeit, die die Lösung dieser Frage nicht nur für das Parlament, sondern auch für den ganzen Staat besitzt, tritt selbst die andere Frage, mit der man sich gleichfalls Mitte dieses Monats eingehend zu beschäftigen gedenkt, nämlich die polnische Frage und die der Sonderstellung Galiziens augenblicklich in den Hintergrund. Es ist kaum anzunehmen, daß in diesen Belangen vor Beendigung des Krieges irgend etwas Abschließendes geschehen wird. Von polnischer Seite selbst wird verbreitet, daß sich ein Termin für diese Angelegenheiten nicht feststellen läßt, weil zu viele Faktoren daran interessiert erscheinen. Für die künftige Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse in Oesterreich, für die Entscheidung darüber, ob die Vertreter des deutschen Volkes in Oesterreich im Reichsrat künftig die Mehrheit bilden sollen, ist es freilich von größtem Wert, wenn auch die galizische Frage nicht mehr allzulange ungelöst bleibt. Der politische Wiederaufbau wird einen viel rascheren und ungestörteren Verlauf nehmen können, wenn man in der Lage sein wird, mit klaren Verhältnissen zu rechnen. Solche zu schaffen, dazu werden sowohl die Verordnungen über die Festlegung der Staatssprache und die Ordnung der Verwaltung in Böhmen, als auch die Lösung des galizischen Problems wesentlich beitragen.

—ei—

Reichspost
11./III. 1917

Die Einberufung des Parlaments.

Von **Landeshauptmann Johann Nep. Hauser,**
derzeit Vorsitzender der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter.

Die Beschlüsse, welche der Klub der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter am 7. März in bezug auf die Einberufung des Parlamentes gefaßt hat, werden in den verschiedensten Blättern einer ausgiebigen Erörterung unterzogen. Es mangelt dabei nicht an willkürlichen Unterstellungen, unfreundlichen Auslegungen. Wie uns scheint, erfuhren die Beschlüsse besonders in manchen Kreisen des deutschen Nationalverbandes eine vollkommen irrige Auffassung.

Demgegenüber sei festgestellt, daß die christlichsozialen Abgeordneten mit ihren Beschlüssen in keiner Weise von den vereinbarten „Richtlinien" abrücken. Was sie wollen, ist lediglich die Einberufung des Parlaments zu einem zeitgemäßen Termin, wie dies die gesamte Bevölkerung verlangt. Da aber die Regierung sich beharrlich weigert, einen solchen Termin festzusetzen, da weiterhin im Juni die Legislaturperiode des Reichsrats abläuft und neuerlich gewisse Blätter von abermaligem Hinausschieben der Einberufung zu berichten wissen, muß doch endlich einmal die Absicht der Regierung bezüglich des Parlaments vollkommen klargelegt werden. Dies und nicht mehr und nicht weniger sollen die von den Christlichsozialen beschlossenen Schritte erreichen. Als selbstverständlich wird dabei vorausgesetzt, daß die Regierung auch die längst erwarteten Voraussetzungen für eine Tagung des Parlaments schaffe.

Von einer Ueberraschung durch diese christlichsozialen Beschlüsse kann wohl in keiner Weise gesprochen werden. Der Klub hat meritorisch nur jene Beschlüsse des Vorstandes, die schon im Februar verlautbart wurden, zu den seinen gemacht. Neu sind lediglich die Schritte, die zur Ausführung dieses Beschlusses dem Klubvorstand aus der Mitte des Klubs und erst während der Klubsitzung aufgetragen wurden.

Die Christlichsozialen halten diese Schritte für zielführend. Sie haben gegen niemand eine Spitze in sich und sind nichts anderes als die logische Durchführung des schon im Februar gefaßten Beschlusses. Eine Obmännerkonferenz, einberufen vom Parlamentspräsidenten des Deutschen Nationalverbandes, kann in der heutigen Lage nur klärend und luftreinigend wirken. Uebrigens, sobald sich die Regierung entschließt, für die Einberufung des Parlaments einen annehmbaren Termin zu bestimmen, fällt die Notwendigkeit einer zu diesem Zweck einzuberufenden Obmännerkonferenz von selbst weg.

Die Christlichsozialen wollen die Einberufung des Parlaments, weil die gesamte Bevölkerung sie will und weil es zur Lösung der brennenden Zeitfragen unbedingt notwendig ist. Das ist und bleibt der Kernpunkt der besprochenen Klubbeschlüsse. Wer deshalb von einem „Abrücken von den gemeinsamen Richtlinien", von einem Vorstoß der Christlichsozialen, von Portefeuilleschmerzen — Ackerbau- und Handelsministerium! — u. dgl. redet, macht Unterstellungen, die in keiner Weise durch die Beschlüsse gerechtfertigt sind und lediglich in das weite Reich der Phantasie gehören. Hoffentlich kommt es bald zu einer Aussprache zwischen dem Deutschen Nationalverband und den Christlichsozialen. Dann müssen diese Mißverständnisse von selbst schwinden.

Neues Wiener Tagblatt
12. III. 1917

Die Ukrainer beim Ministerpräsidenten.

Gestern erschienen der Obmann der Ukrainischen parlamentarischen Vertretung Vizepräsident Romanczuk und die Mitglieder der parlamentarischen Kommission Dr. Petruszewycz und Dr. Eugen Lewickyj beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinitz, um ihm die wichtigsten Forderungen der ukrainischen Bevölkerung in Galizien zu unterbreiten. Im Zusammenhange damit wurde in erster Linie die rascheste Einberufung des Parlaments urgiert, wobei von seiten der ukrainischen Volksvertreter der Ueberzeugung Ausdruck gegeben wurde, daß die Schaffung der sogenannten Voraussetzungen zwecks einer ungestörten Tagung des Reichsrates gar nicht erforderlich sei, da mit Rücksicht auf die innere Lage im Staate und den allgemeinen Wunsch der Bevölkerung, daß die parlamentarische Tribüne ehestens wieder eröffnet werde, eine ruhige und ersprießliche Tätigkeit des Abgeordnetenhauses ohnehin gesichert erscheint.

Es wurde ferner die Aenderung auf dem Statthalterposten in Galizien besprochen. Die Parlamentarier sprachen den Wunsch aus, daß durch eine entsprechende Maßnahme dem neuen Statthalter, der zwar auf die ukrainischen parlamentarischen Vertreter einen sympathischen Eindruck gemacht hat, der jedoch mit den besonderen nationalen Verhältnissen des Landes nicht vertraut sein kann, eine zielbewußte, beide Nationalitäten gleichmäßig behandelnde Landesverwaltung erleichtert werde. Der Minsterpräsident gab daraufhin die beruhigende Erklärung ab, daß der neue Statthalter sich selbverständlich auch den Ukrainern gegenüber die Richtlinien halten werde, daß gegenüber allen Völkern der Monarchie mit der gleichen Gerechtigkeit vorgegangen werden müsse. In bezug auf die zur Erörterung gebrachten Forderungen der Ukrainer versprach der Ministerpräsident eine wohlwollende und rasche Erledigung in allen Fällen, in denen eine solche sich als notwendig ergeben würde, dagegen müssen weitergehende nationale Forderungen erst erörtert und vorbereitet werden, was nach der Ansicht des Ministerpräsidenten im jetzigen Moment nicht gut möglich ist. In der Frage der Sonderstellung Galiziens werde sich die Regierung ausschließlich vom Standpunkt der Interessen des Staates leiten lassen. Betreffs der Einberufung des Parlaments schließlich stehe die Regierung unentwegt auf ihrer programmatischen Erklärung sowie

auf dem Standpunkt der wiederholt abgegebenen Erklärungen, die eine baldige Einberufung des Reichsrates in Aussicht stellen.

Der Morgen

12./III. 1917

142

Der Staat als Erzieher.

Da die Generaldirektion der Tabakregie unter obiger Aufschrift in den Nummern des „Morgen" vom 19. Februar und 5. März drei „Illustrationsfakten" zu widerlegen sucht, die in meinem 1909 erschienenen Buche: „Güterherstellung und Ingenieur in der Volkswirtschaft", Seite 143, zur Beleuchtung der Verwaltung der Tabakregie angeführt sind, erlaube ich mir hiemit mitzuteilen, daß dieselben einer schriftlichen Aussage des jetzt schon verstorbenen k. k. Oberinspektors der Tabakregie A. Jarolimek entnommen sind. Der Genannte, der etwa 33 Jahre im Dienste der Tabakregie stand, der als Techniker von höchster wissenschaftlicher Bildung nicht nur in Österreich, sondern auch im Ausland bekannt war — seine Arbeiten auf flugtheoretischem Gebiete genießen hohe Achtung — eine auch als Erfinder durchaus originelle Persönlichkeit, zweifellos der bedeutendste Ingenieur der Tabakregie in den letzten Dezennien des vergangenen Jahrhunderts, war gleichzeitig ein so wahrheitsliebender Mann, daß hier nun Behauptung gegen Behauptung steht und ich es jedermann freistellen muß, derjenigen Glauben zu schenken, die ihm als die richtigere erscheint. Jarolimeks Mitteilungen aus dem Jahre 1907 sind in meinem Besitze und stehen jedem, der für dieselben Anteil hat, zur Verfügung.

Ich habe schon in meiner in der Nummer des „Morgen" vom 29. Jänner veröffentlichten Mitteilung der Meinung Ausdruck gegeben, daß sich die in dieser so vorurteilslos geleiteten Zeitschrift angeschnittene Verwaltungsfrage nicht durch gegenseitige Vorwürfe, Mißgriffe begangen zu haben, sondern nur auf Grund einer logisch feststehenden Verwaltungstheorie entscheiden lasse. Die Richtigkeit der in dieser letzterwähnten Nummer des „Morgen" ganz kurz gefaßten Darlegung der wichtigsten Gesetze der Subjektlehre der Verwaltungstheorie werden nun durch die Entgegnungen der Generaldirektion der Tabakregie eigentlich schön bestätigt. Das oberste leitende Subjekt der Tabakregie muß für die gesamte Tätigkeit der ihm untergeordneten Subjekte, daher auch für diejenige der Techniker, die volle Verantwortung tragen. Wenn nun dieses oberste leitende Subjekt nicht im Besitze höchster wissenschaftlicher Sachkenntnis auf technischem Gebiete ist, faßt das Bewußtsein der Unkontrolliertheit unter den Technikern sofort Wurzel und es ist nun selbstverständlich leicht möglich, daß, wie die Generaldirektion in der Nummer vom 19. Februar des „Morgen", Seite 7, mitteilt, eine „Tabakfabrik jedoch die Sache nicht weiter zu verfolgen gesunden" und daß dann „allerdings eine Verzögerung eintrat, welche durch die Saumseligkeit und Nachlässigkeit der Fabrik verursacht wurde". Die oberste Leitung einer technischen Güterherstellungstätigkeit, wie dies die Tabakregie ist, darf eben keine juristische, sondern muß eine technisch-wissenschaftliche höchsten Standpunktes sein; der Vorwurf, einen Prozeß 15 Jahre lang hingezogen zu haben, trifft die Leitung daher mit vollem Recht und erweist das Unsinnige und Unlogische einer solchen Organisation schlagend. Der obersten Leitung einer technischen Tätigkeit, die dieselbe nicht kontrollieren und daher auch nicht verantworten kann, fehlen alle verwaltungstheoretischen Grundlagen ihres Bestandes. Ganz ähnlich liegt die Sache in dem in der Nummer vom 5. März erwähnten, der Komik nicht entbehrenden Champagnerflaschen-Ventilations-Anlage. Jarolimek stellt in seinen Mitteilungen fest, daß ein von ihm vorgelegtes Projekt dieser unsinnigen Erfindung eines Bregenzer Schlossers weichen mußte und sagt dabei gar nichts von „günstigen Wahrnehmungen, welche der höchste technische Beamte der Generaldirektion ..... gemacht" haben soll. Auch hier muß die oberste Leitung, wie für alles, die Verantwortung tragen und es ist leicht einzusehen, daß in einem technischen Betriebe unter oberster juristischer Leitung der nächstbeste technische Querkopf freies Spiel haben kann. Bezüglich des dritten „Illustrationsfaktums", betreffend die Zigarettenmaschinen, wurde Jarolimek aufgefordert, für die „sachlichen Mitteilungen der österreichischen Tabakregie" eine Geschichte der maschinellen Zigarettenfabrikation zu schreiben und aus dieser Geschichte wurde ihm der in meinem Buche, Seite 144, zitierte Satz von den 4000 Arbeiterinnen, deren Anzahl damals in der Verwaltung allgemein bekannt sein mußte, gestrichen, wohl ein Beweis, daß er der obersten Leitung unbequem war. Bezüglich der sonstigen Behauptungen über die Arbeiterinnen steht die Darlegung in der Nummer vom 5. März im vollen Gegensatze zu derjenigen Jarolimeks.

Diese Entgegnungen der Generaldirektion bestätigen daher die Richtigkeit der Gesetze der Verwaltungstheorie, daß im obersten leitenden Verwaltungssubjekte Verantwortung, Kontrolle, Initiative und höchste wissenschaftliche Sachkenntnis (Gesetz der Pflichteneinheit und Wissenschaftlichkeit) vereinigt sein müssen, wenn ein auch nur annähernd höherer Vollkommenheitsgrad im Verwaltungszweck erreicht werden soll.

Die österreichische Tabakregie ist technische Güterherstellung, daher bis in ihre innersten Atome und äußersten Venen von den Natur- und technischen Wissenschaften beherrscht und so lange nicht an der Spitze der Generaldirektion derselben, sowie an der Spitze desjenigen Ministeriums, dem dieselbe zugeordnet ist, ein Ingenieur höchster wissenschaftlicher Ausbildung und Erfahrung steht, ist die Erreichung eines auch nur annähernd höheren Vollkommenheitsgrades in deren Verwaltung mit naturgesetzlicher Sicherheit ausgeschlossen, weil die oben erwähnten Verwaltungsgesetze auf dem Naturgesetze der egoistischen Veranlagung aller Menschen ruhen.

Dr. Max Kraft.

Reichspost Abendbl 13./III. 1917 143

Innerpolitisches.

Die christlichsozialen Beschlüsse und der Nationalverband.

Die klipp- und klaren Darlegungen des Vorsitzenden der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter in der Sonntagsausgabe der „Reichspost" erschweren es der Giftmischerpresse einigermaßen, ihre Bemühungen zur Wiedersprengung des Blocks der beiden großen bürgerlichen deutschen Parteien fortzusetzen. Was diesbezüglich in den letzten Tagen geleistet wurde — vorsichtiger in der Wiener Zentrale der Giftmischerei, hemmungslos in ihren Provinzablegern — erinnerte an die unrühmlichsten Zeiten der freisinnigen Preßmachenschaften. Besonders die Prager jüdischliberalen Blätter, aber auch die Hetzagenturen des Wiener Preßfreisinns in anderen Provinzstädten hetzten und schimpften, als stünden wir mitten in einem Wahlkampf und als gelte es wieder eine Art „Junisiegersturm" gegen die Christlichsozialen. Die nämlichen Blätter, die bisher den Nationalverband oder doch dessen radikalen Teil wegen seiner vorsichtigen Stellungnahme gegenüber der Frage der Parlamentseinberufung unaufhörlich verschimpfiert hatten, kläfften plötzlich in ihrer sattsam bekannten Tonart die Christlichsozialen an, weil diese eine Kundgebung für die Parlamentseinberufung beschlossen haben. Man sparte nicht mit Ausdrücken wie „Vorstoß", „Extratour", „beispiellose Felonie" und allerlei nichtsnutzigen Verdächtigungen, wie sie zwischen dem Wiener und Prager Preßghetto zu entstehen pflegen. Die Verhetzungsabsicht ist also offenkundig, denn gerade die Presse dieses Schlags hätte nach ihrer bisherigen Haltung den parlamentsfreundlichen Beschluß begrüßen müssen.

Wir wissen schon, daß der Nationalverband, der selber nur über wenige und kleine Blätter verfügt und in der freisinnigen Großpresse nur gastieren und sich aus ihr informieren darf, für die Giftmischereien dieser Presse nicht ohne weiters verantwortlich gemacht werden kann. Ja, wir glauben sogar, die Wünsche eines erheblichen Teiles des Nationalverbands auszusprechen, wenn wir ihm nahelegen, sich endlich einmal entschieden und klar, bindend und feierlich von jener Giftmischerpresse loszusagen, deren einziges Bestreben es heute wie seit Jahrzehnten ist, jedes Zusammengehen der deutschen Parteien in Oesterreich zu hintertreiben. Eben weil dies so ist und weil die Christlichsozialen ein solches Zusammengehen redlich wünschen, muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob und inwieferne jene Blätter, von denen die Christlichsozialen wieder in der rüdesten Weise angefallen wurden, beanspruchen dürfen, als Nationalverbandsorgane gewertet zu werden oder nicht. In Nationalverbandskreisen hat man sich vor einiger Zeit mit der angeblich erst drohenden „Preßvertrustung" befaßt. Es wäre dringender, sich einmal die von jeher bestehende und wirksame — auch gegen den Nationalverband wirksame! — Schockvertrustung vorzunehmen, die von Wien aus einen ganzen Konzern freisinniger Provinzblätter umschließt und auf jeden Wink aus der Fichtegasse in Aktion tritt.

*

Wie die „Parl." aus den Kreisen des Deutschen Nationalverbandes hört, wird die von der Leitung der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter gewünschte Aussprache zwischen dem Deutschen Nationalverband und den Christlichsozialen demnächst stattfinden und es soll im Sinne der gemeinsamen Richtlinien nunmehr Vorsorge getroffen werden, daß „zu Mißverständnissen führende Vorfälle wie die überraschenden Beschlüsse der Christlichsozialen Vereinigung in Hinkunft sich nicht mehr ereignen". — Was an den christlichsozialen Beschlüssen „überraschendes" gewesen sein soll, ist das Geheimnis dieser Aussendung.

Neues Wiener Tagblatt
13./III. 1917

Deutscher Nationalverband.

Für Samstag, den 17. d., vormittags 10 Uhr ist eine Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes einberufen, in der zur politischen Lage Stellung genommen und insbesondere die infolge der Beschlüsse der Christlichsozialen Vereinigung in der Oeffentlichkeit entstandenen Erörterungen der Besprechung werden unterzogen werden.

Es stellt sich, wie der „Parlamentskorrespondenz" aus Vorstandskreisen mitgeteilt wird, infolge der bekannten Vorkommnisse als notwendig heraus, mit dem Christlichsozialen Verbande entsprechende Vereinbarungen zu treffen, damit in Hinkunft im Sinne der gemeinsamen Richtlinien auch in allen wichtigen Fragen und Aktionen gemeinsam und einvernehmlich vorgegangen werde.

Arbeiterzeitung

14./III. 1917

Vom Oktroyieren der Geschäftsordnung.

Wie war es im Jahre 1861?

In bestimmten nationalverbändlerischen Blättern, von denen man nicht ohne Grund anzunehmen hat, daß sie erzählen, was ihnen die deutschen Minister eröffnen, wird mit einer gewissen Hartnäckigkeit behauptet, unter den Maßregeln, mit denen die Regierung Clam-Martinic-Urban-Bärnreither das Abgeordnetenhaus zu heilen gedenke, befinde sich auch die Oktroyierung einer neuen Geschäftsordnung. Wir halten das natürlich für undenkbar; die einfachste Ueberlegung muß ja der Regierung sagen, daß mit der Oktroyierung einer Geschäftsordnung, dieser eigensten und innersten Angelegenheit jedes Parlaments, dem Abgeordnetenhause geradezu das Rückgrat gebrochen würde. Der kleinste Verein bestimmt sich die Ordnung seines Wirkens selbst; es gibt in ganz Oesterreich keine Körperschaft, der die Regierung, oder überhaupt die „Obrigkeit", die Geschäftsordnung vorschreiben könnte, wollte oder dürfte; und an der höchsten Körperschaft, der Volksvertretung, sollte diese Bevormundung, die, weil es sich um das Parlament handelt, die schlimmste Entwürdigung wäre, geübt werden können? Das ist ausgeschlossen! Umsomehr ausgeschlossen, als dazu auch nicht ein Schatten von Notwendigkeit zwingt: weil das Abgeordnetenhaus durchaus willens und fähig ist, sich die neue Ordnung selbst zu geben. Was jedes Parlaments Recht ist, kann dem österreichischen Abgeordnetenhause nicht geweigert werden; weigern könnte es nur der, der es so tief demütigen wollte, daß ihm jedes Selbstbewußtsein, daß ihm Kraft, Bedeutung, Wirksamkeit für immer ausgetrieben werden. Nie ist einem gesetzgebenden Körper eine Geschäftsordnung oktroyiert, oder sagen wir es deutsch: aufgedrängt worden; warum dem österreichischen Abgeordnetenhause?

Es ist nicht ohne Interesse, in der Kindheit des österreichischen Parlamentarismus über diese Sache Nachschau zu halten. Als nach Ueberwindung der traurigen Zeiten der Kontrerevolution und des Absolutismus am 29. April 1861 der Reichsrat zusammentrat, stand er natürlich vor dem Nichts: er besaß keine Geschäftsordnung und mußte doch sofort auf Grund irgend welcher Regeln seine Tätigkeit anheben. Da half ihm die Regierung, indem sie ihm eine Geschäftsordnung zur Verfügung stellte. Es wird jetzt mannigfach behauptet, die damalige Regierung hätte dem Abgeordnetenhause eine Geschäftsordnung oktroyiert, und es wird „als ein Vorgang angeführt", der Oktroyierungen von Geschäftsordnungen zu rechtfertigen vermöchte. Davon ist aber kein Wort wahr; und um die Legende ein für allemal zu zerstreuen, wollen wir die betreffende Mitteilung hersetzen, wie sie der Präsident Dr. Hein in der (ersten) Sitzung des Abgeordnetenhauses am 29. April 1861 gemacht hat:

> Ich habe nun der hohen Versammlung die Geschäftsordnung zu überreichen, welche mir mit folgender Zuschrift des Staatsministeriums zugekommen ist: Wohlgeborner Herr! Auf Grundlage allerhöchster Ermächtigung vom 23. April 1861 habe ich die Ehre, Euer Wohlgeboren im Anschluß die von Seiner Majestät erlassene Geschäftsordnung zu dem Ende zu übermachen, um dem Hause den unmittelbaren Uebergang zu den wichtigen und dringenden materiellen Geschäften zu ermöglichen. Empfangen Sie ꝛc.

Daraus geht Grund, Zweck und Sinn dieser „Uebermachung" deutlich hervor: daß die Regierung — die vom Jahre 1861! — dem Hause die Geschäftsordnung keineswegs aufdringen wollte, ihm sie nur als notwendigen und vorläufigen Notbehelf gleichsam zur Verfügung gestellt hat. Wir werden noch hören, wie die Regierung diese „Uebermachung" selbst ausgelegt hat. Es war ein Vorgang wie etwa im Norddeutschen Reichstag, der ja auch ein neues Parlament war, und der beschloß, sich vorläufig der Geschäftsordnung des preußischen Abgeordnetenhauses zu bedienen.

Wie verhielt sich nun das Haus, ein junges, schüchternes und unerfahrenes Parlament? O es zeigte große Würde und echtes parlamentarisches Bewußtsein. Sogleich, nämlich in der zweiten Sitzung, brachten die Abgeordneten Dr. v. Mühlfeld und Genossen folgenden Antrag ein:

> Es werde aus Anlaß der von der Regierung dem Hause vorgelegten Geschäftsordnung ein Ausschuß zur Vorberatung bestellt, über dessen Bericht das Haus beschließen wird, inwiefern es dieser Geschäftsordnung seine Zustimmung erteile. Vorläufig und bis zur Schlußfassung des Hauses werden die Geschäfte nach der vorgelegten Geschäftsordnung behandelt.

Dieses junge Haus war also davon durchdrungen, daß es mit einer Geschäftsordnung, die seine Zustimmung nicht erlangt habe, nicht einmal provisorisch arbeiten dürfe; und damit die von der Regierung „übermachte" auch nur vorläufig angewendet werden könne, mußte ihr die verbindliche Kraft durch die Zustimmung des Hauses verschafft werden. Aus Mühlfelds Begründungsrede (in der vierten Sitzung) möchten wir nur den folgenden Satz zitieren, der den Geist dieser alten Parlamentarier deutlich ausspricht: „Unsere Ansicht geht dahin, daß die Geschäftsordnung eines Hauses, wie es das unsere, eine ihm allein zustehende innere Angelegenheit ist, die lediglich seiner freien Disposition anheimfalle". Das sollten die Armseligen, die jetzt nach einer Oktroyierung der Geschäftsordnung schreien, dreimal lesen; vielleicht überkommt sie dann doch die Scham. Aus den Beratungen dieses Ausschusses ist dann die grundlegende Teilung der Geschäftsordnungsbestimmungen, derjenigen, die für den Reichsrat gelten und darum ein Gesetz sein müssen, und derjenigen, die nur für das Abgeordnetenhaus gelten und deshalb nur seiner eigenen und freien Beschließung und Festsetzung unterstehen, hervorgegangen; es wurde das Gesetz über die Geschäftsordnung des Reichsrates beschlossen und die autonome Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses beschlossen — wie das noch heute gilt. Wer Interesse für das Werden und Reifen des parlamentarischen Geistes besitzt, dem werden diese alten Verhandlungen ungemein aufschlußreich erscheinen. Aber die wichtigste Rede dünkt uns noch heute die des Freiherrn v. Lasser Abgeordneten und Staatsministers (wie die Minister damals noch hießen). Er führte (in der 6. Sitzung) aus:

> Ich versichere Sie ein für allemal, daß wir bei der Vorlegung der Geschäftsordnung von gar keinem anderen Motiv geleitet waren als von der Rücksicht auf das praktische Bedürfnis. Es war uns um nichts weniger als darum zu tun, uns etwa aus diesem Anlaß in irgend einen Gegensatz mit den Anschauungen des Hauses zu bringen oder Ihnen etwas ohne Grund aufzuoktroyieren. Ich bin nun ermächtigt und beauftragt, Ihnen seitens der Regierung als authentische Interpretation zu erklären: Daß wir bezüglich der Bestimmungen, die sich auf die inneren Verhandlungen des Abgeordnetenhauses beziehen, nicht bloß das Recht der Zustimmung, sondern das volle Selbstbestimmungsrecht des Hauses anerkennen; und ich habe diese Erklärung im Geiste der Regierung Ihnen eigentlich nicht erst heute abzugeben, denn ich kann mich sogar darauf berufen, daß dieses Prinzip eigentlich schon in der Geschäftsordnung selbst seinen Ausdruck gefunden hat, namentlich durch eine Stelle im § 40, wo das Haus in Bezug auf seine inneren Angelegenheiten allein zum Richter erklärt ist.

Die Geschäftsordnung wurde danach vom Hause so festgesetzt, wie sie noch jetzt gilt (wenn sie auch seither abgeändert ward): die Geschäftsordnung für den Reichsrat durch ein Gesetz, also durch übereinstimmenden und von der Krone sanktionierten Beschluß beider Häuser; die für das Abgeordnetenhaus durch einen selbständigen Beschluß des Abgeordnetenhauses . . . Die Schwärmer für die Oktroyierung dürfen sich also mit nichten auf den „Vorgang" vom Jahre 1861 berufen: er bezeugt das Gegenteil! Wer will, mag die Oktroyierung empfehlen, aber er darf weder die Regierung von 1861 noch das Abgeordnetenhaus von 1861 als Schwurzeugen anrufen! Jene Regierung hat die Berechtigungen des Abgeordnetenhauses nie bestritten, nie an sie greifen wollen. Und jenes Abgeordnetenhaus war von der Würde seiner Bestimmung viel zu stark durchdrungen, viel zu mannhaft, selbstbewußt und tapfer, daß es sich einen derartigen Eingriff hätte gefallen lassen.

Fremdenblatt

16./III. 1917

Die Frage der Reichsratseinberufung.

Ueber die Haltung des Christlichsozialen und des Deutschen Nationalverbandes zur Reichsratsfrage schreibt Abgeordneter Dr. Steinwender in der Grazer „Tagespost": „Die deutschbürgerlichen Parteien, also die im Deutschen Nationalverbande vereinigten Parteien und die Christlichsozialen, haben schon vor langer Zeit einmütig die Forderung aufgestellt, daß der Reichsrat ehestens einberufen und daß die Vorbedingungen für die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses geschaffen werden. Unter dieser scheinbaren Einmütigkeit waren aber Widersprüche gedeckt, die durch eine einheitliche Formel nicht beseitigt werden konnten. Dem größeren Teile der deutschen Abgeordneten war es in erster Linie um den Reichsrat zu tun, dem kleineren Teile um die Vorbedingungen, der größere Teil war geneigt, sich mit wenigen Vorbedingungen, gegebenenfalls mit der Geschäftsordnung allein zu begnügen, der kleinere Teil betrachtete den Reichsrat samt der neuen Geschäftsordnung nur als die Krönung eines großen Gebäudes von Verordnungen. In der letzten Zeit haben sich die Christlichsozialen ohne alle Einschränkungen für die eheste Einberufung des Reichsrates, selbstverständlich unter der Geltung einer neuen Geschäftsordnung, ausgesprochen. Dabei befinden sie sich im Einklang mit den deutschen Sozialdemokraten, mit der Mehrzahl der Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes, mit den slawischen Parteien und mit der vorwiegenden allgemeinen Meinung. So erscheint nicht nur das Zusammengehen der deutschbürgerlichen Parteien, sondern auch der Bestand des Deutschen Nationalverbandes in Frage gestellt, wenn es nicht gelingt, sich auf einer mittleren Linie zusammenzufinden. So viel steht fest, daß aus vielen Gründen die Einberufung des Reichsrates unmöglich mehr lange hinausgeschoben werden kann. Daher darf an Vorbedingungen nicht zu viel verlangt werden, sonst wird der Reichsrat zusammentreten, ohne daß auch nur eine einzige von den Vorbedingungen erfüllt ist. Besser aber ist es jedenfalls, es werden einige sogenannte Vorbedingungen, und auch diese nur provisorisch in Sicherheit gebracht, als es geschieht gar nichts."

Die Zeit Abend 17. III. 1917

Christlichsoziale und Deutscher Nationalverband.

* **Wien**, 17. März. Ein führender deutscher Politiker aus den Alpenländern äußert sich über das Verhältnis des Deutschen Nationalverbandes zu den Christlichsozialen dahin, daß von Mißverständnissen oder Zerwürfnissen wohl nicht die Rede sein könne. Nach Mitteilungen führender Persönlichkeiten der Christlichsozialen werde nicht daran gedacht, die mit dem Deutschen Nationalverband vereinbarten Richtlinien zu verlassen. Es bestehe nur die Befürchtung, daß Graf Clam den Zeitpunkt verstreichen lassen könnte, bis zu dem die Volksvertretung einberufen sein müßte, wenn sie noch mit Aussicht auf Erfolg in Wirksamkeit treten soll. Die Beschlüsse der Christlichsozialen seien also nach der Auffassung führender Kreise des Deutschen Nationalverbandes hauptsächlich dahin gerichtet, die Schaffung der Voraussetzungen für eine Tagung des Abgeordnetenhauses zu beschleunigen. Es fehle allerdings nicht an Versuchen, mit aller Gewalt eine Sprengung des sogenannten deutschen Blocks herbeizuführen, doch handle es sich dabei lediglich um Unternehmungen einzelner, die hoffen, im Verlauf einer politischen Krise ihre frühere Geltung wieder zu erlangen. Von einer Mehrheit oder Minderheit gegenüber der Forderung nach Einberufung des Parlaments könne im Deutschen Nationalverband nicht gesprochen werden. Denn es seien alle darin einig, daß das Abgeordnetenhaus sobald als möglich seine Arbeiten wieder aufnehmen soll. Ebenso einig sind aber alle in der Auffassung, daß für eine Tagung des Hauses die Voraussetzungen geschaffen sein müssen. Richtig ist dagegen, daß ein Teil der Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes ebenso wie die Christlichsozialen ein rascheres Tempo für die Neuordnung der Dinge wünscht, während ein anderer Teil mehr Geduld an den Tag legt. Das sind aber gerade jene, die am meisten Einblick in die Verhältnisse haben. Es handelt sich also keineswegs um einen Gegensatz der Anschauungen oder um ein grundsätzliches Auseinanderstreben der im Verbande vereinigten Parteien.

Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes.

* **Wien**, 17. März. Heute vormittags fand im Parlamentsgebäude unter Vorsitz des Obmannes Abg. Dr. Groß eine Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes statt, in der innerpolitische Fragen zur Erörterung gelangten. Dem ersten Teil der Sitzung wohnte auch der Handelsminister Dr. Urban bei. Einen breiten Raum in der Debatte nahm die Besprechung der durch den Beschluß der Christlichsozialen in Reichsratsfragen hervorgerufenen Verstimmung in einem Teil der deutschen Oeffentlichkeit ein. Dem Vorstand lag zu diesem Gegenstand eine Reihe von Anträgen vor. Von mehreren Seiten wurde die Notwendigkeit betont, daß alle deutschen Parteien bei der Verfolgung der nationalpolitischen Ziele möglichst einheitlich vorgehen.

Neue Freie Presse
18/III. 1917

Die Frage des Reichsrates.

Beschlüsse des Deutschen Nationalverbandes und der Czechen.

In der heute unter dem Vorsitze des Abgeordneten Dr. Groß abgehaltenen Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes wurden zunächst die in der letzten Zeit erflossenen Kundgebungen slawischer Parlamentsparteien einer eingehenden Besprechung unterzogen, ebenso wurden die Aeußerungen der Blätter, welche zu mannigfachen Mißdeutungen Anlaß gegeben haben, eingehend erörtert. Als Ergebnis wurden einstimmig die folgenden Beschlüsse gefaßt:

1. Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes erklärt, daß die von slawischer Seite vorgebrachten Einwände gegen eine Neuordnung der Dinge in Oesterreich im Widerspruche mit den unbedingten Erfordernissen des Staates in der Zukunft stehen.

2. Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes erklärt gegenüber verschiedenen grundlosen Behauptungen, daß der Verband a) an den Vereinbarungen der gemeinsamen Richtlinien treu festhält; b) unerschütterlich und einmütig auf dem Standpunkt beharrt, daß die Neuordnung der Dinge in Oesterreich ehestens gesichert werden muß, damit die so notwendige und vom Verbande stets geforderte Einberufung des Reichsrates nicht weiter verzögert werde.

Aus Prag wird gemeldet: Der Czechische Verband hat am 17. d. unter Vorsitz des Abgeordneten Stanek seine erste Plenarsitzung abgehalten, an der 72 Abgeordnete teilnahmen. Nach Abführung einer ausführlichen politischen Debatte faßte die Plenarsitzung einen Beschluß, in dem es heißt:

Die Plenarsitzung des Czechischen Verbandes hat den Bericht des Präsidiums des Verbandes zur Kenntnis genommen, erklärt ihre Zustimmung zu seinem bisherigen Vorgehen in den innerpolitischen Angelegenheiten und spricht ihm das volle Vertrauen aus. Die Plenarsitzung des Czechischen Verbandes gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nach einer augenblicklichen Einberufung des Reichsrates rufen. Im weiteren wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Fragen des czechisch-deutschen Streites nur auf Grund gegenseitiger Verhandlungen und gegenseitigen Uebereinkommens gelöst werden können, zu denen die czechischen Parteien stets bereit waren und bereit sind. Eben deshalb mache der Verband mit allem Nachdruck auf die Verantwortung aller aufmerksam, die zu einem anderen Vorgehen bei der Lösung national-politischer Angelegenheiten rieten. Der Czechische Verband erklärt, daß er als selbstverständliche Vorbereitung für die Einberufung des Reichsrates eine prinzipielle Erleichterung der Zensur erachtet, die besonders in den böhmischen Ländern außerordentlich streng gehandhabt wird, die nicht alle Zeitschriften gleichmäßig beurteilt, die Störung des nationalen Waffenstillstandes ermöglicht, aber aus einer ernsten und sachlichen Diskussion jene Fragen ausschließt, über die sachlich zu schreiben und Erwägungen anzustellen das Interesse einer besseren Zukunft unserer österreichischen Monarchie erfordert.

Die Zeit 22./III. 1917

160

Deutschnationaler Volkstag in Teschen.

* Wien, 21. März. Aus Teschen wird berichtet: Unter zahlreicher Beteiligung fand hier ein vom Deutschnationalen Verein für Oesterreich einberufener deutschnationaler Volkstag statt, auf dem Abg. Pacher über wirtschaftliche Fragen und Abg. Wolf über politische und völkische Angelegenheiten sprechen sollten, doch konnte nur Abg. Wolf erscheinen, da Abg. Pacher im letzten Augenblick wegen wichtiger dringender Angelegenheiten im Deutschen Nationalverband am Erscheinen verhindert war. Abg. Wolf sprach bezüglich der Neuordnung in Oesterreich die Ueberzeugung aus, daß eine solche unter allen Umständen notwendig sei. Die Handels- und auswärtige Politik in Oesterreich ließ vor dem Weltkrieg alles zu wünschen übrig. Man muß dem Deutschtum wieder jene Besserstellung in Oesterreich zubilligen, weil es sich als Träger des Staates und des Staatsgedankens erwiesen hat. Alle unsere Forderungen sind darauf gerichtet, die deutschen Kräfte zusammenzufassen, weil die nationalen Bestrebungen der Slawen zentrifugal sind. Wir haben daher im Deutschen Nationalverband eigene Forderungen aufgestellt, die in der deutschen Staatssprache, der Neuordnung der Verhältnisse in Böhmen durch Schaffung von Kreiseinteilungen und in der Sonderstellung Galiziens fußen. Von elementarster Wichtigkeit ist, daß die Idee des böhmischen Staatsrechtes eliminiert und der Traum von der Gründung eines tschechischen Königreiches Böhmen und dessen Unteilbarkeit eliminiert werde. Abg. Wolf kam sodann auf seine Fühlungnahme mit ungarischen Politikern über die deutsche Staatssprache in Oesterreich zu sprechen. Er habe dort keinen Widerstand gefunden. Die Deutschradikalen Oesterreichs seien auch in Deutschland gewesen und haben mit dem Reichskanzler und anderen führenden Politikern die Forderung der Deutschen in Oesterreich erörtert. Deutschland will sich allerdings nicht in die inneren Verhältnisse Oesterreichs einmengen, aber mit Rücksicht auf das innige Bündnis der beiden Reiche wird das Deutschtum wieder zu jener Geltung kommen müssen, die ein gemeinsames Arbeiten der beiden Reiche ermöglicht. Man soll sich ja nicht dem Gedanken hingeben, daß dieser Krieg nach seinem Abschluß beendet sein wird. Dann kommt erst der große Krieg um die Handelsverträge, und dann werden Deutschland und Oesterreich ihren Mann stellen müssen. Wir sind auch zu unseren Zentralstellen gegangen und haben ihnen unsere Anschauungen entwickelt. Wir wurden sofort darauf verwiesen, daß eine Forderung, die nach Sonderstellung Galiziens, in Erfüllung gehen wird. Dadurch gewinnen wir Deutschen in Oesterreich eine Mehrheit von 250.000 Köpfen. Die deutsche Staatssprache ist eine alte Forderung. Sie wird vielleicht nicht unter dem Titel „Deutsche Staatssprache" eingeführt werden, aber das ist dann schließlich gleichgültig, ob sie „deutsche Verhandlungs- oder deutsche Verständigungssprache" genannt wird. Die Hauptsache ist, daß sie schon in der nächsten Zeit zu erwarten sein wird. Die Verwirklichung der deutschen Forderungen im Wege kaiserlicher Entschließungen ist Vorbedingung für ein klagloses Arbeiten des Parlaments. Unsere Verhandlungen mit dem Grafen Stürgkh waren seinerzeit so weit gediehen, daß wir in Prag zu einer Versammlung zusammentreten und die Forderungen offiziell aufstellen wollten. An demselben Tage fiel der Ministerpräsident durch Mörderhand, und wir haben den Verlust dieses Mannes, der ja doch für das Deutschtum warm eingetreten ist, sehr beklagt. Redner kam sodann auf die gegenwärtige Regierung zu sprechen und teilte mit, daß Graf Clam-Martinic sich als entschiedener Anhänger der deutschen Staatssprache bekannte. Die Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Pester Lloyd
22./III. 1917

Der Polenklub über die Errichtung des unabhängigen Polen und die Sonderstellung Galiziens.

Aus Wien wird uns telegraphiert: In politischen Kreisen des Polenklubs erstattete Dr. v. Bilinski einen Bericht über seine Audienz beim Monarchen und über die Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic, und verwies auf die Bedeutung der im Zuge befindlichen Aktion zur Realisierung des Manifestes vom 5. November 1916.

In der Wechselrede kam die volle Einmütigkeit der Auffassungen in der wichtigsten Frage der polnischen Politik, nämlich über den Akt der Errichtung des unabhängigen Staates, zum Ausdruck. Die Kommission drückte einmütig die Ueberzeugung aus, daß es im wesentlichen staatlichen Interesse der polnischen Nation liege, die vollkommenste Verwirklichung des kaiserlichen Manifestes vom 5. November zu verlangen. Die Kommission gab dann einmütig der Anschauung Ausdruck, daß das kaiserliche Handschreiben vom 4. November über die Sonderstellung Galiziens als ein mit der angekündigten Errichtung des polnischen Staates paralleler Akt verwirklicht werden müsse.

Die richtige Autonomie.

Von Dr. **Albert Ritter (Winterstetten).**

In meiner eben erschienenen Schrift „Autonomie?" (Verlag Leykam, Graz) ist außer dem in kürzester und schlagendster Form erbrachten Nachweis, daß die Erweiterung der Selbständigkeit der Kronländer dem Staat den Todesstoß versetzen würde, auch der Vorschlag enthalten, es möge das preußische Vorbild der Einrichtung kleiner autonomer Verwaltungseinheiten nachgeahmt werden. Dadurch findet das demokratische Verlangen nach autonomer Verwaltung, das irgendwie befriedigt werden muß, diejenige Erfüllung, die zugleich den zentralistischen Staatsgedanken am wenigsten beeinträchtigt und anderseits dem Volk die Rechte und Pflichten der Selbstverwaltung am deutlichsten zum Bewußtsein bringt. Ich sehe mich nun, nachdem ich den zweiten Band der außerordentlich wertvollen Aufsätze „Oesterreichs Erneuerung" von Dr. Karl Renner durchgenommen habe, noch mehr in dieser meiner Auffassung bestärkt und muß bedauern, über Renners Meinung in diesem Punkt das Urteil abgeben zu müssen, daß sie trotz geistreicher Darstellung und kenntnisreicher Begründung bestimmt verfehlt ist.

Nach Dr. Renner würden die autonomen Kreise, wie er sie sich denkt und wie sie auch für die Kreisordnung in Böhmen scheinbar geplant sind, im Durchschnitt 4000 Quadratkilometer und etwa 400,000 Einwohner umfassen. Renner nimmt als Beispiel einer kleinen Verwaltungseinheit das Land Vorarlberg und mißt mit ihm den möglichen Umfang der zu errichtenden Kreise ab. Als obere Grenze an Flächenmaß gilt ihm Kärnten mit 10,327 Quadratkilometer. Demgemäß zerlegt er Böhmen in 16 Kreise und will dadurch überdies die Möglichkeit schaffen, daß die tschechischen Kreise in ziemlich reiner Abgrenzung von den deutschen untereinander sich zu einem nationalautonomistischen Körper verbinden. Sehr gern bezieht sich Dr. Renner auf das Beispiel der englischen Grafschaften, in denen er die vollkommensten Muster autonomer Einrichtungen erblickt, gelegentlich erwähnt er auch die Komitate oder Munizipien Ungarns, während er beim Hinweis auf die kleinen Kreise Preußens zu einer gewissen „Vorsicht" bei der Nachahmung auffordert.

Diesen Vorschlägen gegenüber bemerke ich nun folgendes: Ich bin gänzlich und durchaus mit Dr. Renner in der Grundanschauung einverstanden, daß nur die Einführung der autonomen Verwaltungseinheiten den Staat Oesterreich einer gedeihlichen Entwicklung, wie sie in den Nachbarstaaten stattfindet, teilhaft machen kann. Es ist Renners großes Verdienst, für diese Tatsache den unwiderleglichen Beweis ausführlich und kraftvoll erbracht zu haben. Dagegen ist es nach meinem Urteil ebenso sicher, daß Dr. Renner den von ihm glücklich konstruierten Staat wieder umbringt, wenn er ihn in nationale Autonomien, die nur Staaten im Staate wären, die keine Staatsgesinnung aufkommen ließen und die überhaupt sehr bald die Gemeinschaft sprengen würden, zerlegen will. Darüber kann ich mich bei dieser Gelegenheit nicht weiter verbreiten, ich will vielmehr diesmal meine andre Gegenbehauptung näher begründen, die Behauptung, daß man bei der Kreiseinteilung nicht dem Muster Englands oder Ungarns, sondern nur dem Preußens folgen könne. Es seien zunächst einige Zahlen angeführt.

Die Größe der Grafschaften in England schwankt zwischen:

Lancaster	mit	4889 Qu.-Km.	3,926,798	Einwohnern
Lincoln	„	7154 „ „	472,778	„
Middlesex	„	733 „ „	3,251,703	„
Huntingdon	„	928 „ „	57,772	„
Rutland	„	383 „ „	20,659	„

In Ungarn zählen die größten und die kleinsten Komitate:

Pest-Pilis	12,605 Qu.-Km.	1,224,724	Einwohner
Bacs-Bodrog	11,079 „ „	716,488	„
Liptau	2257 „ „	76,850	„
Wieselburg	2041 „ „	85,050	„
Turocz	1150 „ „	49,979	„

In beiden Staaten geht demnach die heutige Einteilung keineswegs auf das Bedürfnis gleichartiger autonomer Verwaltung zurück, sondern sie ist ein erstarktes geschichtliches Erbe. Der Bürger eines Gemeinwesens von vier Millionen hat auf keinen Fall soviel Anteil an der Selbstverwaltung wie jener, der neben nur 20,000 Mitbürgern sein Mitbestimmungsrecht in der Oeffentlichkeit ausübt. In diesem Punkte versagen also das englische und das ungarische Muster ganz.

Betrachten wir nun eine Anzahl preußischer Kreise in verschiedenen Regierungsbezirken:

Im Regierungsbezirk Breslau ist der größte Kreis Waldenburg mit 377 Quadratkilometern, 130,997 Einwohnern, der kleinste Kreis mit 422 Quadratkilometern, 23,321 Einwohnern.

Im Regierungsbezirk Wiesbaden ist der größte Kreis Limburg mit 347 Quadratkilometern, 48,548 Einwohnern, der kleinste Kreis Oberwesterwald mit 325 Quadratkilometern, 23,842 Einwohnern.

Im Regierungsbezirk Köslin ist der größte Kreis Stolz mit 2266 Quadratkilometern, 99,922 Einwohnern, der kleinste Kreis Schivelbein mit 502 Quadratkilometern, 19,119 Einwohnern.

Im Regierungsbezirk Schleswig ist der größte Kreis Tondern mit 1812 Quadratkilometern, 55,458 Einwohnern, der kleinste Kreis Eiderstadt mit 330 Quadratkilometern, 15,781 Einwohnern.

Im Regierungsbezirk Merseburg ist der größte Kreis der Mansfelder Seekreis mit 587 Quadratkilometern, 94,667 Einwohnern, der kleinste Kreis Naumburg mit 162 Quadratkilometern, 35,067 Einwohnern usw.

Einzelne Stadtkreise sind natürlich über den Durchschnitt weit hinausgewachsen, aber im allgemeinen zeigt eine solche Prüfung der Sache, daß in Preußen von einem festen Verwaltungswillen, der nicht durch geschichtliche Erwägungen, nur durch praktische Rücksichten bestimmt war, ein einheitlicher Maßstab für die Errichtung der kleinsten Verwaltungseinheiten verwendet wurde. Diese Einheitlichkeit des Maßstabes läßt auch auf anderweitige tiefgründige Ueberlegtheit der Einteilung schließen, und in der Tat genießt auch Preußen den unbestrittenen Ruhm, der bestverwaltete Staat der Welt zu sein. Wer lange genug in Preußen gelebt hat, weiß, daß seine Verwaltung auch an Gerechtigkeit und Wohlwollen nicht übertroffen werden kann. Man darf also getrost, ohne sich durch die unbestimmte Warnung Dr. Renners beirren zu lassen, nach dem preußischen Muster greifen. Die Menge des demokratischen Oels, mit dem die Kreisverfassung nach diesem Maßstabe gesalbt werden soll, kann man immer noch selbst bestimmen — die erste Hauptsache ist die, daß man sich an die gleichen Größenverhältnisse für die autonomen Verwaltungseinheiten hält, wie sie in Preußen in Geltung sind.

Der innere Grund für die Notwendigkeit einer solchen Entschließung ist aber folgender:

Es gibt in Oesterreich, wie auch Doktor Renner anführt, etwa 36,000 politische Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern. Angenommen, es wären in einem „Kreise" von 300,000 Einwohnern 400 solcher Gemeinden vorhanden (wie es bei gleichmäßiger Verteilung bei 27 Millionen Seelen der Fall sein müßte), so würde die Kreisvertretung 400 Mitglieder zählen, wenn jede dieser Ge-

---

Zugano, 17. Januar. „Corriere della Sera" veröffentlicht einen Artikel, der zum Nachdenken anregt. Da kein Land so große Interessen daran haben, den Krieg abzukürzen, wie Italien. Das Blatt sagt es, daß in Italien eine Art Organisation zur Verbreitung von Schriften und Entmutigung in verstehen richtigen Nachrichten zur Ertöten möglichen Bekämpfung des Feindes zu aber unterlassen Gleichgültigkeit, sondern, was für die politische Bewegung einer Intervention dafür oder dagegen, der Krieg antreffen, sondern Interesse, das Land so rasch wie möglich zu verlassen, denn die Gefahr, daß die Verbindungen unterbrochen werden, ist groß. Es ist daher notwendig, daß jeder Italiener, der sich in Deutschland befindet, sofort Vorkehrungen trifft, um nach Italien zurückzukehren, solange es noch Zeit ist. Es ist daher notwendig, daß jeder Italiener, der sich in Deutschland befindet, sofort Vorkehrungen trifft, um nach Italien zurückzukehren, solange es noch Zeit ist.

18/II. 1917

5

Deutschböhmische Vereinigung.

Die „Deutschböhmische Korrespondenz" verlautbart folgendes Communiqué:

„Die Deutschböhmische Vereinigung trat gestern im Reichsratsgebäude zusammen. Der Vorsitzende Abgeordneter Pacher begrüßte nach Eröffnung der Sitzung den Handelsminister Dr. Urban, welcher zum erstenmal seit seinem Eintritt ins Kabinett den Beratungen der Deutschböhmischen Vereinigung beiwohnte, und gab unter allgemeinem Beifall dem Wunsche Ausdruck, daß den beiden aus Deutschböhmen hervorgegangenen Ministern, Dr. von Baernreither und Dr. Urban, voller Erfolg in ihrem Wirkungskreise beschieden sein möge, zum Heil Oesterreichs und Deutschböhmens. Handelsminister Dr. Urban sprach für den ihm bereiteten herzlichen Empfang seinen aufrichtigen Dank aus und ersuchte, ihn auch in Zukunft wie bisher zu unterstützen.

Hierauf gab der Vorsitzende die Tagesordnung bekannt, deren erster Punkt die Beratung des vom Abgeordneten Hummer vorgelegten Satzungsentwurfes bildete. Dieser wurde nach kurzer Wechselrede mit den von Dr. Urban und Abgeordneten Kraus beantragten stilistischen Aenderungen angenommen. Durch Annahme der Satzungen wird die Deutschböhmische Vereinigung straffer zusammengefaßt und hat nunmehr auch die Möglichkeit, den bisher außerhalb der Vereinigung stehenden deutschen Abgeordneten Böhmens die Gelegenheit zum Anschluß zu bieten. Ferner wurde beschlossen, zur Vornahme der auf Grund der Satzungen vorzunehmenden Wahlen demnächst eine Vollversammlung einzuberufen, damit die Parteien bis dahin ihre Vertreter namhaft machen können. Die Beitrittserklärung des Abgeordneten Iro wurde mit Einstimmigkeit beifälligst zur Kenntnis genommen und der Vorsitzende beauftragt, in diesem Sinne dem Abgeordneten Iro Mitteilung zu machen.

Nach Erledigung dieser formalen Angelegenheiten wurde mit Bedauern festgestellt, daß die Zuerkennung der Kriegszulage für die Lehrerschaft in Böhmen, die von der Landesverwaltungskommission in Aussicht genommen wurde, noch immer nicht erfolgt ist. Die Dringlichkeit dieser Forderung wurde einstimmig anerkannt, und die Abgeordneten Pacher und Schreiner erhielten die Vollmacht, namens der Vereinigung im Finanzministerium einzuschreiten.

Abg. Pacher berichtete sodann über den gemeinsamen Vollzugsausschuß der deutschböhmischen Vereinigungen des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses. Es wurde beschlossen, in diesen Ausschuß, der aus je vier Mitgliedern beider Häuser besteht, den Obmann und seine zwei Stellvertreter zu entsenden.

Hierauf wurde in die nationalpolitische Erörterung eingegangen. An der Wechselrede beteiligten sich die Abgeordneten Soukup, Heine, Hartel, Dr. Schreiner, Dr. Damm, Dr. Urban, Glöckner, Knirsch, Kraus, Anforge, Hummer und der Vorsitzende Abg. Pacher.

Die Grundlage der Beratungen bildete zum Teil eine Vorlage, welche von den Abgeordneten Pacher, Roller und Hummer ausgearbeitet worden war und sich auf die derzeit wichtigsten nationalpolitischen Fragen bezog. Die Vorlage wurde im ganzen und in den Einzelheiten angenommen, doch wurde die Fassung eines Absatzes auf Grund der Beratung gemäß einer Anregung des Abg. Hartel abgeändert und ein Zusatz nach einem Antrage des Abg. Dr. Schreiner eingefügt.

Gemäß dem Ergebnisse der Beratungen wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die Deutschböhmische Vereinigung erwartet von der Regierung die rascheste Durchführung der unaufschiebbaren Neuordnung in Oesterreich und in Böhmen, um dem Staat wie dem deutschen Volke endlich die unentbehrlichen Erfordernisse einer gesunden Entwicklung zu geben und unverzüglich die Grundlagen für eine gedeihliche Tätigkeit der Volksvertretung und der Verwaltung zu schaffen. In diesem Sinne begrüßt die Deutschböhmische Vereinigung die in jahrzehntelanger gemeinsamer Arbeit bewährten Kollegen Dr. Baernreither und Dr. Urban als Mitglieder der Regierung.

Die Abgeordneten Pacher und Schreiner haben bereits gestern im Finanzministerium in Ausführung des ihnen erteilten Auftrages vorgesprochen.

Alpenländische Vereinigung.

Ueber die gestrige Sitzung der Alpenländischen Vereinigung wird nachstehendes Communiqué verlautbart:

Die dem Deutschen Nationalverbande angehörigen Abgeordneten der Alpen- und Donauländer traten gestern vormittag auf Einladung des Abgeordneten Dobernig zu einer Beratung zusammen, welche den Zweck hatte, in wichtigen nationalpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten Südösterreichs, die zum Teil mit der äußeren Politik der Monarchie eng zusammenhängen, die so wünschenswerte und notwendige Uebereinstimmung zu erzielen. Diese Angelegenheiten, denen in der Oeffentlichkeit leider nicht die Aufmerksamkeit geschenkt wird, welche ihnen gebührt, sind unter andern die künftige Entwicklung auf dem Balkan, die Zukunft der Adria, die Stellung Triests nach dem Kriege, die Bedeutung Dalmatiens für Oesterreich, die Besiedelung im jetzigen südlichen Kriegsgebiete, die Pflege des Staatsgefühles und des Schulwesens in den betreffenden Ländern, dann die Ausnützung der Wasserkräfte, die Zoll-, Verkehrs- und Tarifpolitik vom alpenländischen Standpunkte aus und die Bauernfrage.

In der eingehenden sachlichen Wechselrede wurde allseits die große Wichtigkeit dieser Fragen für das Reich und für das gesamte Deutschtum nachdrücklichst betont und die Zusammenfassung aller Kräfte zu ihrer Vertretung als ein wünschenswertes Ziel hingestellt. Im besonderen legte Abgeordneter Einspinner die unbedingte Notwendigkeit der Erhaltung Dalmatiens für Oesterreich wegen des ungehinderten freien Verkehres zur See und nach dem Balkan beweiskräftig dar und stellte das Erscheinen einer Schrift, welche diesen Gegenstand ausführlich behandelt, für die nächste Zeit in Aussicht.

Bei Besprechung der Bauernfrage wurde auf die außerordentliche Mehrinanspruchnahme der Viehzucht der Alpenländer in der Kriegszeit hingewiesen. Durch den Mangel jeglicher Kraftfuttermittel wird eine schwere Gefährdung der Viehzucht, der Haupteinnahmsquelle der alpenländischen Landwirtschaft, herbeigeführt. Die alpenländischen Abgeordneten müssen daher die Regierung eindringlichst ersuchen, der alpenländischen Landwirtschaft gleich den Verfügungen des Statthalters von Niederösterreich vom 10. November 1916 Kraftfuttermittel im weitestgehenden Ausmaße zur Verfügung zu stellen. Auch die Ausgestaltung der kaiserlichen Verordnung vom 9. August 1915 zum Schutze des Bauernstandes sei unaufschiebbar. Die alpenländischen Abgeordneten werden sich mit diesen Fragen ununterbrochen befassen und beabsichtigen in Bälde allgemeine Vertrauensmännertage einzuberufen. Der erste dürfte in Linz stattfinden. An die Regierung wird im Einvernehmen mit dem Vorstand des Deutschen Nationalverbandes das Ersuchen gerichtet, vor Neuordnung der Dinge in Südösterreich die Ansichten der alpenländischen deutschen Vertreter zu hören.

19./I. 1917

6

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Győri & Nagy, Jaulus & Co., Ueb. Leopold, Agt. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzeln: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Pränumerationspreis: Ganz. 30 K, halbj. 15 K, vierteljährig 7.50 K, monatlich 2.50 K. Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganz. 42 K, halbj. 21 K, viertelj. 10.50, monatl. 3.60 K. Bloss Abendblatt: Ganz. 30 K, halbj. 15 K, viertelj. 7.50, monatl. 2.60 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganz. 56 K, halbj. 28 K, viertelj. 14 K, monatlich 5.— K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 20 K, für alle übrigen Staaten 24 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

64. Jahrgang. Budapest, Freitag, 19. Januar 1917 Nr. 19

Brennende Probleme.

Auswanderung und Rückwanderung nach dem Kriege.

Von **Dr. Josef Strasser.**

Budapest, 18. Januar.

In verschiedenen Relationen haben wir auf das größte, brennendste Problem unseres nachkriegerischen, staatlichen Seins hingewiesen: auf das Bevölkerungsproblem. Es war immer und ist jetzt mehr denn je die Grundfrage unseres nationalen Daseins. Von der Ausgestaltung unserer Bevölkerungspolitik ist die Zukunft der nationalen, staatlichen, wirtschaftlichen und militärischen Widerstandskraft Ungarns abhängig. Quellen, die zur Vermehrung des Volkstums beitragen, müssen erweitert oder neugeschaffen werden. Erscheinungen, die dem Volksbestande Kräfte abziehen, müssen beseitigt werden. Auf eine breite Straße, auf der sich die Bewegung unseres Volksbestandes entfaltet, wird jetzt in den Schriften des Auswanderungssenats hingewiesen. Im zweiten Stücke dieser Schriftensammlung ist der Bericht des Fünferausschusses des Auswanderungssenats über die nachkriegerische Aus- und Rückwanderung gegeben.*) Der Fünferausschuß, der unter dem Vorsitz des Grafen Josef Mailáth wirkte, hat ernste und tieffurchende Arbeit geleistet. Das Ergebnis dieser Arbeit liegt in einem umfangreichen Bericht vor, der die Tatsachen in ihrer herben Wirklichkeit feststellt und damit eine gewaltige Aufgabe für Staat und Gesellschaft aufrollt. Wir wollen hier nicht wiederholen, was über die Dimensionen der Auswanderung aus Ungarn vor dem Kriege festgestellt wurde. Man weiß, die Auswanderung war eine bald unheilbare, immer leidvolle Erkrankung unseres Volkskörpers. Der Ausschußbericht, der die Zahl der in Amerika lebenden Ungarn mit einer Million beziffert, läßt nun erkennen, welche Gestaltungen und Dimensionen diese Krankheit nach dem Kriege annehmen wird, welche Aufgaben daraus für Staat und Gesellschaft erwachsen.

Der Fünferausschuß begegnet der gewiß freundlichen Hoffnung, daß nach dem Kriege die Rückwanderung der in Amerika weilenden Ungarn automatisch einsetzen müßte, mit ernster Kritik. Wohl darf mit einer wesentlichen Belebung der Konjunktur nach dem Kriege auch in Ungarn gerechnet werden, doch dieser Umstand reicht nicht aus, um eine dauernde Rückwanderung aus Amerika nach Ungarn in Aussicht zu stellen oder auch nur ein Versiegen der Auswanderung zu verursachen. Der Krieg hat neue, starke Reize für die Auswanderung geschaffen. In einer gewaltigen, niemals geahnten, unerhört weit ausgreifenden Weise hat er das Bild einer Völkerwanderung neu belebt. Der Fünferausschuß rechnet mit 200 Millionen Menschen, die der Krieg in Bewegung brachte, von ihrem Heimatsorte entfernte, sei es zu kriegerischer Tätigkeit als Soldaten, sei es als Flüchtlinge oder als Erwerbende. Die Millionen, die Monate oder gar Jahre im fremden Lande, in Etappen oder Schützengräben verbrachten, die als Kriegsgefangene ausländische Gebiete bewohnten, haben dort Land und Leute und Leben kennen gelernt, neue Beziehungen angeknüpft, wirtschaftliche und soziale Erfahrungen gesammelt und solcherart einen erweiterten Gesichtskreis gewonnen, der es ihnen erleichtern wird, das Milieu, darin sie leben werden, ihren individuellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen anzupassen. Der geschulte Arbeiter, der Gewerbetreibende, ja sogar der Unternehmer und auch der Kapitalist erscheinen durch diese Tatsache losgelöst von den Bindungen, mit denen Gewohnheit und Unerfahrenheit sie an die Heimatsscholle fesselten. Diese Auswanderung, die auf Grund neugeknüpfter Beziehungen zum Ausland oder erfahrungsmäßig erkannter besserer Lebensmöglichkeiten einsetzen dürfte, wird in ihrer Ausbreitung größer sein als die bisherige Auswanderung, von der sie sich auch darin unterscheidet, daß sie nicht auf kurzfristigen Erwerb, mit dem Hintergedanken der Rückwanderung, sondern auf dauernde Niederlassung in der Fremde gerichtet sein wird. Es besteht kein Zweifel, daß auch im Auslande ähnliche Tendenzen hervortreten werden. Ob aber die eventuelle Einwanderung, die aus gleichen Motiven vom Ausland nach Ungarn gehen soll, geeignet ist, die nationalen Blutverluste gutzumachen, ob sie den Dimensionen des Verlustes irgendwie entsprechen kann, bleibt allerdings eine Frage, die nicht erst beantwortet werden muß.

Die Richtung, die die Auswanderung nach dem Kriege nehmen dürfte, entspricht nicht ganz der landläufigen Auffassung. Nicht der Orient ist das Ziel des landflüchtigen ungarischen Landmannes; wenn er die Scholle verläßt, tut er es, um in der Industrie Arbeit und Erwerb zu finden. Die ungarische Auswanderung sucht Gebiete, in denen in erster Reihe Fabriken, Industrieunternehmungen durch schnelle Erwerbsmöglichkeiten anziehen. Wenn also die Auswanderung zukünftig eine starke Veränderung aufweisen wird, so kann diese Veränderung kaum in der Richtung der Wanderung liegen. Die Auswanderung wird überwiegend, wie bisher, voraussichtlich nach Westen gehen, nur werden die Weststrecken kürzer sein. Der Auswanderer wird nämlich vor allem die europäischen Industriegebiete aufsuchen, die er während des Krieges kennen lernte. Deshalb müssen wir damit rechnen, daß ein starker Abfluß unserer Bevölkerung nach Deutschland, ein schwächerer wohl auch nach Frankreich, Belgien, eventuell England einsetzen wird. Damit bestätigt sich die Annahme, daß die zukünftige Auswanderung nicht auf vorübergehenden Erwerb, sondern zur dauernden Niederlassung erfolgen wird, denn die Nähe der neuen Heimat zur alten erlaubt es, verwandtschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, die alte Heimat öfter aufzusuchen, sozusagen unter kaum veränderten Verhältnissen zu leben, ohne die Zelte im neuen Lande wieder endgültig abbrechen zu müssen. Der Unterschied, der zwischen der wochenlangen Seefahrt und der Schnellzugstagereise besteht, wird sich geltend machen.

Kann demgegenüber damit gerechnet werden, daß die Rückwanderung die Auswanderung aufwiegen wird? Darf man hoffen, daß die Rückwanderer dauernd hier bleiben werden?

Es wurde vielfach darauf hingewiesen, daß die Hochkonjunktur, die heute ihren Goldstrom über die Gefilde Amerikas ergießt, mit dem Ende des Krieges dort in eine schwere Wirtschaftskrise, in Arbeitslosigkeit und Ueberproduktion umschlagen wird. Die Daten, die der Fünferausschuß mitteilt, räumen mit dieser kühnen Erwartung gründlich auf. Die Rückwanderung wird in den ersten Jahren nach dem Kriege durch keine amerikanische Krise Förderung finden. Im Senat der Vereinigten Staaten wurde noch vor kurzem betont, daß die Beschäftigung der amerikanischen Industrie auf lange Zeit hinaus gesichert ist. Nur neun Gesellschaften hatten damals Bestellungen für 434 Millionen Dollar erhalten. Der Wert der in Amerika noch vorliegenden Munitionsbestellungen beträgt heute mehr als zwei Milliarden Dollar. Hiezu tritt die große Abhängigkeit, in die die europäische Industrie infolge des Rohstoffmangels geraten ist, ein Abhängigkeitsverhältnis, das auch die nachkriegerische, sehr bedürfnisreiche Industrie Europas auf die amerikanische Produktion verweist. Man denke zum Beispiel nur an die Automobilindustrie! Und diese Industrie steht keinesfalls allein. Amerika wird in ganzen Industriezweigen auf Jahre hinaus der Lieferant Europas bleiben. Diese Tatsache wird sich auch in der Lebenslage des amerikanischen Arbeiters offenbaren. Die Lebenslage des Arbeiters in Ungarn müßte um vieles verbessert werden, wenn sie als Anziehungskraft auf den nach Amerika ausgewanderten Industriearbeiter wirken soll.

Schon dieser Umstand würde genügen, um die Illusionen zu zerstreuen, die die größte Pflicht des ungarischen Staates durch den Hinweis auf eine erträumte amerikanische Krise durch die glatte Geste zu erfüllen hoffen. Und dabei kommt auch noch die Propaganda in Frage. Man denke daran, daß in Amerika große Zeitungen, zahlreiche Banken, Theater, Hotel- und Wirtschaftswesen, ja sogar Religionsinstitute ihr Dasein ausschließlich auf das Einwandererelement gegründet haben. Diese Betriebe sind natürlich bestrebt, jenen amerikanischen Kreisen hilfreich beizustehen, die die Rückwanderung bekämpfen. Und nicht nur die Auswanderergeschäfte, sondern auch die halboffiziellen amerikanischen Kreise sind bereits heute auf dem Wege, möglichst eindrucksvoll der Abwanderung nach dem Kriege entgegenzutreten. In acht Sprachen, darunter auch in ungarischer Sprache, wird bereits seit Anfang des verflossenen Jahres in Youngstown unter dem Titel „Nüchterner Verstand" ein Blatt herausgegeben, das in vehementester Weise gegen die Rückwanderung agitiert, und bis in den fernen Westen reicht diese Propaganda, wo zum Beispiel in Omaha unter dem Titel „Goldener Westen" ein illustriertes Blatt den ungarischen Rücksiedelungsbestrebungen entgegentritt, indem es verlockende Bilder von der Fruchtbarkeit des Bodens in Kalifornien und Texas schildert. Es ist also sehr zeitgemäß, sehr notwendig, wenn der Fünferausschuß nunmehr mit einer Reihe von Vorschlägen hervortritt, die berufen sind, der nachkriegerischen Auswanderung hemmend entgegenzutreten und die Rückwanderung aus Amerika zu fördern.

Der erste Teil der Vorschläge betrifft die Fragen des Arbeitsnachweises. Eine Erweiterung, eine Verallge-

*) A kivándorlási tanács iratai. II. A háboru utáni sürgös teendök a kivándorlás és visszavándorlás tárgyában. A kivándorlási tanács öttagu bizottságának jelentése. Budapest. A kivándorlási tanács kiadása, 1916.

10 Heller
für Wien.
Montagmittagsblatt 6 h

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 60 h, monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 2.60.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.— bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljähr. K 12.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 15.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 18, Telephon 9191
II. Vazmanitengasse 30, Tel. 40229
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33126
XVI. Klausgasse 34, Telephon 34146
XVII. Bachnergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

tung

terreich.

r nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

Auch die Arbeiter fordern!

Das Wahlrecht in der Kreisverfassung.

Seit geraumer Zeit wird in verschwiegenen Konventikeln über Verfassungsreformen geredet und was über die Beratungen und die Aussichten unserer bürgerlichen Parteien herausgetragen wird, klingt höchst erstaunlich, klingt so abenteuerlich, daß darüber öffentlich geredet werden muß.

Ueber die gebieterische Forderung nach Oesterreichs Erneuerung, über deren Ziele und Mittel hat die Arbeiter-Zeitung ausführlich gesprochen, die völlige Verjüngung des Oesterreichertums wurde anderwärts in verheißungsvollen Wendungen verkündigt. Wahr ist, daß jedermann voll Erwartung ist. Der tiefe Grund solch empfängnisvoller Stimmung ist nicht so sehr Selbstzufriedenheit oder blinde Zuversicht, als die klare Erkenntnis: so wie bisher, so wie vor dem Kriege, so kann und darf es nicht mehr werden und so kann es nicht bleiben. Und andererseits hoffen die Bürger dieses Staates, nach so namenlosen Anstrengungen einer modernen, geordneten Staatlichkeit und eines ruhigen Verfassungslebens endlich zu genießen.

Es ist schon ein schlimmes Zeichen, daß die unerläßlichen Reformen nicht vor aller Oeffentlichkeit erörtert, durch die geistige Zusammenarbeit aller klargestellt und durch das Zusammenwirken aller lebendigen Volkskräfte verwirklicht werden. Jene parlamentarischen Drahtzieher, die durch die Enge ihres Gesichtskreises, die Kleinlichkeit ihrer Beweggründe, durch ihre halsstarrige Beschränktheit gut die Hälfte der Schuld an unserem öffentlichen Jammer auf sich geladen haben, maßen sich und ihren heimlichen Zusammentretungen die Autorität an, über Dinge zu bestimmen, die auf viele Jahrzehnte hinaus unser öffentliches Leben festlegen und auf das unheilvollste beeinflussen könnten. Sie scheinen sich dessen gar nicht bewußt zu werden, daß inzwischen Krieg ist, daß es im Lande auch eine Arbeiterklasse gibt, daß sich in jüngsten Zeiten viel in der Welt und viel in unserem Lande geändert hat!

Man redet über eine Kreisverfassung. Schon wie man sich dazu stellt, verrät das völlige Mißverstehen der Zeitaufgaben. Man sieht in ihr nicht den Hebel einer allgemeinen Verwaltungsreform, nach der die im Kriege gemachten Erfahrungen geradezu schreien. Man begreift nicht, daß der moderne Wirtschaftsstaat schon längst im Frieden über die rein amtsherrliche, bürokratische Verwaltung hinausgewachsen ist und der Mitverwaltung der Staatsbürger nicht entbehren kann, daß er als Staat der sozialen Fürsorge, der die Kriegswunden heilen soll, noch mehr von der Kraft und Intelligenz des ganzen Volkes getragen wird sein müssen; man begreift nicht, daß die Kreisverfassung eine allgemein österreichische, staatliche, volkswirtschaftliche und soziale Notwendigkeit ist, man schätzt sie als ein Auskunftsmittel für einen abgelegenen Teil des Staatsgebietes, als ein Provinzheilmittel ein, als eine Art Sonderarznei für Deutschböhmen. Selbst als nationales Friedensmittel faßt man sie schief, halbschlächtig und verderblich auf! Was zur redlichen Auseinandersetzung zwischen allen Nationen dienen, was den Staat zur organisierten Friedensgemeinschaft von acht Nationen machen soll, behandelt man als Bosheitsakt, als Tort an einem Volke, und bemerkt gar nicht, wie lächerlich es ist, sich selbst mit einer Sache belohnen zu wollen, die der andere als Strafe empfinden soll! So verunglimpft man die Ueberlieferung von Kremsier, so verunstaltet und diskreditiert man das, was nach dem unbestreitbaren Zeugnis aller, die sich ernsthaft mit Oesterreichs Staatsnöten befaßt haben, die befreiende Tat für den Staat und seine Nationen werden sollte. Diese schweren Fehler — es wird über sie noch geredet werden — erweisen neuerdings von dem Kleinbürgerkonventikel, dem das deutsche Bürgertum Oesterreichs seine Politik leider wie ein unentziehbares Kompromiß überantwortet hat, die Richtigkeit der alten Kennzeichnung: Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen.

Das gilt erst recht, wann man vernimmt, wie sie sich die Kreisvertretungen im einzelnen zusammengesetzt wünschen. Wer nur oberflächlich hinhorcht, was in der Welt vorgeht, weiß, daß das Dreiklassenwahlrecht zum preußischen Landtag schon vor dem Kriege höchst angefochten war und nun im Kriege ganz hinfällig geworden ist. Nicht nur der Preußenkönig und die preußischen Staatsminister, selbst die Führer der konservativen Parteien, erst in den letzten Tagen Herr v. Heydebrand, haben die Unhaltbarkeit dieser Wahlordnung anerkannt: Das preußische Junkertum selbst, das in ganz Europa als die reaktionärste Klasse ausgerufen ist, hat schon begriffen, daß man nach diesem Kriege und seinen Erfahrungen dem deutschen Arbeiter mit einer solchen Vertretung nicht mehr kommen kann. Diese sogenannten „Deutschnationalen" von Böhmen leben so sehr außerhalb der geistigen Gemeinschaft mit ihrer Nation, daß sie ein Wahlrecht zur Kreisvertretung für möglich halten und geradezu fordern, das weitaus schlechter ist als das preußische Dreiklassenwahlrecht, ja selbst noch schlechter als jenes, das Deutschland und Oesterreich-Ungarn als Eroberer für die Selbstverwaltungskörper Polens, für ein Volk mit heute noch überwiegendem Analphabetentum vorgesehen haben! Und ein solches Vertretungssystem bieten die Nationalverbändler der deutschen Arbeiterschaft Böhmens, bieten sie dem ersten und wichtigsten Industriegebiet des Reiches! Dabei handelt es sich nicht wie bei den Landtagen um alte, eingerostete Einrichtungen mit verkrusteten Machtverhältnissen, wo die Vernunft dem zähen Einwand begegnet, es lasse sich technisch nichts mehr verbessern; es handelt sich um Kreisvertretungen, die erst geschaffen werden sollen, bei deren Schöpfung man endlich frei ist von allen Ueberlieferungen und so recht bezeugen soll, was man will und was man kann. Hier wird keine Ausrede gelten, hier bekennt die Vertreterschaft der deutschen Bourgeoisie den Grad ihres politischen Verstandes wie der sozialen Achtung, die sie dem deutschen Arbeiter zollt. Und der deutschen Arbeiterschaft werden selbst diese Pläne — welche Pläne bleiben werden — unvergeßlich sein.

Was also will man? Man schlägt ein Kurienwahlrecht vor. Fünfundzwanzig Jahre der bittersten Erfahrungen mit dem Kuriensystem haben also die Weisen aus Deutschböhmen nicht im geringsten belehrt; sie schwören weiter auf die Kurienschande. Daran nicht genug, man gibt innerhalb der Kurien dem Kleinbürger die ganz überwiegende Mehrheit, man privilegiert also nicht etwa den Besitz, der wenigstens bürgerlich etwas bedeutet, sondern das Kleinbürgertum, das seit Menschengedenken der Herd sinnlosen Radikalismus, verbissenen nationalen Chauvinismus, unsachlicher Schlagwortpolitik und zügellosester Demagogie gewesen ist. Diese Kleinbürgerei, deren spezifische Unzulänglichkeit in der Politik so viel zur politischen Verwirrung, zur Ueberhitzung der nationalen Gegensätze beigetragen hat, die in allen Nationen zu wechselnden Zeiten selbst staatsfremden Einflüssen aufgesessen ist, dieser Kleinbürgerei, die sich schon in der Gemeindeautonomie zu allen Geschäften der wirtschaftlichen und sozialen Verwaltung untauglich erwiesen hat, ihr soll also die künftige Lokalverwaltung in einem Staatsgebiet ausgeliefert werden, dessen wertvollster Bestand die große Industrie ist. Die privilegierte Kaste, jene Schicht, nach deren politischem und wirtschaftlichem Gesichtskreis die Lokalverwaltung geführt werden soll, trägt also den Typus des Gemischtwarenhändlers und Selchermeisters. Industrie, Intelligenz und natürlich Arbeiterschaft sind zur Mitwirkung nur in höchst bescheidenem Rahmen eingeladen.

Was aber hat man für die Arbeiter im besonderen? Man höre und staune: eine Badenische Kurie! Genau zwei Jahrzehnte nach dem Sturz Badenis, genau ein Jahrzehnt nach der Beseitigung der verderblichsten Mißschöpfung weiß die Blüte der politischen Intelligenz des deutschen Bürgertums keinen anderen Einfall aufzubringen als die sklavische Nachahmung der abgekrachten Erfindung des unglückseligen Stanczyken, der Oesterreich in namenlose Verwirrung gestürzt hat! Nicht einmal so viel hat man aus der Leidensgeschichte des parlamentarischen Lebens gemerkt, daß gerade diesen fünften Kurien der Fluch der Demagogie, die Nötigung zur geräuschvollen Scharlatanerie anhaftet, daß sie vor allem Vertretungskörper zur Unfruchtbarkeit verdammen und von innen heraus sprengen! Was man meinen sollte, daß sich's jeder politisch Denkende bei uns an den Kinderschuhen abgelaufen hat, das feiert in den Plänen unserer

Neues Wiener Tagblatt
21. I. 1917

10

Staatsbewußtsein und Autonomie.

Vom Abg. Dr. **Otto Steinwender.**

Vor wenigen Monaten dachten wir, dem Frieden nahe zu sein, aber seit der Antwort der Feinde auf das Friedensanbot der beiden Kaiser sehen wir das ersehnte Ziel wieder entfernter, und von ihm trennt uns eine vielleicht kurze, vielleicht aber auch die schwierigste Strecke. Das hindert uns aber nicht, über das Ziel hinaus in ein Land des Friedens zu schauen. Freilich nicht in ein Land des erkämpften Genießens und der verdienten Rast, sondern auf ein Feld neuer Mühen und strenger Arbeit. Neu aufbauen werden wir müssen, und Vorbereitung auf den Neubau verlangt man von allen, die nicht in der Front stehen, von der Regierung, von den Volksvertretern, von den Politikern, von allen, die einen hellen Gedanken im Hirn und ein gesundes Gefühl in der Brust besitzen.

Arbeit und Vorarbeit gibt es hunderterlei, und daher wird sich die Arbeit teilen, denn jedes der großen Probleme verlangt eine ganze Kraft, die militärische Neuordnung, die Sorge für die Invaliden und die Hinterbliebenen, die Ernährungs- und Preisfragen, die Steigerung der Produktion, die Herstellung einer aktiven Handelsbilanz, die Wiederbefestigung der Währung, die finanzielle Ordnung, das Sanitätswesen, die Altersversorgung, die Verwaltungsreform, die Schulreform, mit welcher Aufzählung nur die Hauptgruppen und auch diese nur unvollständig und beispielsweise genannt sind. Alle diese Arbeiten aber, sollen sie gelingen, setzen eine gemeinsame Grundlage voraus, den Willen zum starken Staat.

Dieser Wille zum starken Staate hat sich in den letzten Friedensjahren im Gegensatz zu der Unzulänglichkeit unsrer inneren Politik und durch die wachsende Einsicht in die Fehler dieser Politik mehr und mehr entwickelt, als eine Art von Reaktion der gesunden Volkskraft gegen eine Krankheit, deren Symptome sich am deutlichsten in den krisenhaften parlamentarischen Zuständen zeigten. Es mag bedauerlich und in mancher Hinsicht auch schädlich sein, daß das österreichische Parlament seit nahezu drei vollen Jahren gesperrt und ausgeschaltet ist, aber es ist besser so, als wenn es ein zuckendes Scheinleben geführt hätte, denn dann hätte man es weggewünscht, während man es jetzt herbeiwünscht, allerdings in einem neuen Geist und in neuen Formen des Gebarens und der Arbeit. Ganz nutzlos war also der Streit nicht, denn aus seiner Vergeblichkeit und Unerträglichkeit hat sich die zum Gemeingut gewordene Anschauung entwickelt, daß über den Parteien und über den Nationalitäten der Staat steht, in dessen höherer Einheit die Gegensätze ihre Ausgleichung und Zusammenfassung finden.

Was die letzten Friedensjahre begonnen haben, hat der Krieg zur Reife gebracht, ein starkes, stolzes, klares Staatsbewußtsein; im Besitze dieses mitten in Blut und Tod erworbenen Gutes wird das Volk an die großen Friedensarbeiten herantreten und das Staatsbewußtsein in lebendige Kraft umsetzen, und das Gelingen jeder einzelnen Arbeit wird dieses Staatsbewußtsein vertiefen. Jedes Opfer, das der einzelne Bürger, die einzelne Partei oder Nationalität der Lösung der Zukunftsaufgaben bringt, wird dieses österreichische Gesamtgefühl stärken und die Erstarkung dieses Gefühls wird wieder unsre Arbeit von einem Erfolg zum andern geleiten.

Das ist der natürliche Gang. Er kann verzögert werden durch egoistische Rückfälle, die nicht ausbleiben werden, die aber überwunden werden können durch die Energie starker Männer von Geist und Herz. Aber auch der beste Wille kann diesen natürlichen Gang stören, wenn er die bunte Fülle des Lebens in die starren Formen einer Theorie einzwängen will, die vielleicht gerade durch ihre Einfachheit besticht. Hätte man einen Staat aus dem Nichts hervorzuzaubern, so würde man ihn gewiß nicht in Kronländer teilen, von denen das eine mehr Millionen an Einwohnern zählt als ein andres Hunderttausende, man würde nicht diesen Kronländern gesetzgeberische Befugnisse in Dingen geben, die nichts mit der besonderen Natur des einzelnen Landes zu tun haben, sondern besser und praktischer überall gleichmäßig geordnet würden, man würde nicht überflüssiger Weise zwei Verwaltungen, eine staatliche und eine autonome, nebeneinander und sich gegenseitig störend laufen lassen, man würde überhaupt den Staat unter Ausscheidung von Zwischengliedern in unmittelbare Berührung mit dem Staatsbürger bringen, kurz, man würde nicht auf den Gedanken verfallen, ein System zu erfinden, wie wir es als ein Erbe längst vergangener Zeiten in Oesterreich besitzen. Ob ein solcher ausgeklügelter, in ungefähr gleiche Departements, die jedes selbständigen Lebens entbehren, eingeteilter, lediglich von Beamten geleiteter Staat die beste der Welten wäre, mag bezweifelt werden; aber gesetzt, er wäre es, in Oesterreich halten wir eine solche Form für unmöglich und schädlich.

Wir halten sie für unmöglich wegen des Widerstandes fast aller bodenständigen Elemente. Der Schlesier, Tiroler, Kärntner usw. hält nun einmal an seinem Lande, und zwar nicht nur an dem Namen, sondern er will auch in allen Dingen, die nicht aus höheren Staatsrücksichten gleichmäßig geordnet und von einer Stelle aus geleitet werden müssen, sein eigener Herr sein. Er wird also zu einem Plan, der ihm die Selbständigkeit nehmen will, nein sagen, wenn er gefragt wird, und nimmt man ihm ungefragt sein Land, so wird das Staatsbewußtsein nicht das gewinnen, was an dem Werte des Landesbewußtseins verloren gegangen ist. Wir haben nur einen moralischen Wert weniger, wir verzichten aber auch auf die freiwillige, entweder gar nicht oder nur sehr bescheiden entlohnte Tätigkeit der besten Bürger, die auch durch die gewissenhafteste Arbeit der Berufsbeamten nicht ersetzt werden kann. Wir ziehen uns aus dem vielgestaltigen Leben in die Oede der Kanzleien zurück, in der wir erstarren und verknöchern. Wir verwüsten eine ganze Anzahl von Stätten, an denen Bildung, Kunst und öffentliches Leben sich zusammenfanden, ohne daß wir imstande wären, den entwurzelten Baum in dem heißen Boden einer einzigen Zentrale grünen zu lassen.

Es geht nun einmal nicht, und daher verzichte man auf einen Versuch, so gut er auch gemeint sein mag. Ein zeitgemäßes Beispiel: Was nicht ausdrücklich der Reichsgesetzgebung vorbehalten ist, fällt in den Bereich der Landesgesetzgebung. Danach müßten auch die Ernährungsfragen, die gewiß auch nach dem Kriege einen breiten Raum einnehmen werden, in den Landtagen gesetzlich behandelt werden. Das ist nun wohl undenkbar. Also man ändere und bessere, aber man lasse leben, was lebenswert ist. Eine Zeit, die „Schönherrs Volk in Not" versteht, hat sicherlich auch für die Autonomie Verständnis.

Vossische Zeitung 21./I. 1917

21
11

Unterredung mit Vizepräsident von Simontsits.

Unser L.-St.-Mitarbeiter nahm heute Gelegenheit, den Vizepräsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses Wirklichen Geheimen Rat Elemér von Simontsits über die Zusammenkunft der Parlamentspräsidenten in Berlin zu befragen.

„Die Vertreter der uns verbündeten Völker hatten Gelegenheit, unter kundiger Führung die wichtigsten Sehenswürdigkeiten in Berlin zu besichtigen. Was ist Ihnen bei dieser Rundfahrt als besonders bemerkenswert aufgefallen?"

„Alles, was für deutsche Arbeit und deutsche Tatkraft kennzeichnend ist, nämlich: Ordnung, Präzision, Zuverlässigkeit. Es geht alles nach dem Schnürchen, und es klappt in allen Organisationen, die wir kennen lernen durften, wie man es mitten im Kriege eben nur im klassischen Lande der Disziplin erwarten darf. Alles, was wir gesehen haben, hat auf uns und ganz besonders auf mich, der ich Berlin von früher kenne, einen überwältigenden Eindruck gemacht. Natürlich haben wir auch in Ungarn Organisationen ähnlicher Art, die tadellos funktionieren, aber selbstverständlich im Verhältnis zu unserer Leistungsfähigkeit. Jedenfalls hatte ich das befriedigende Gefühl, daß auch die ungarische Arbeit für die Kriegsvorbereitung, selbst gemessen an dem deutschen Beispiel, uns Ungarn mit voller Zuversicht erfüllen kann."

„Es war hier aufgefallen, daß die Zusammenkunft der Präsidenten der verschiedenen Parlamente unserer Gruppe, die bereits vor Monaten geplant war, jetzt erst zur Verwirklichung kam. Welche Hemmnisse lagen vor, daß die Zusammenkunft, die noch im letzten Augenblick zu scheitern schien, so lange verzögert wurde?"

„Es waren rein äußerliche Gründe. Mit politischen Beweggründen hatte die Hinausschiebung dieser Zusammenkunft nicht das geringste zu tun. Sie müssen bedenken, daß die Parlamente unserer Gruppe meist zur gleichen Zeit tagen. Dann sind natürlich die Präsidenten unabkömmlich; oder sie haben Ferien, dann sind meist Feiertage dazwischen. Die Schwierigkeit bestand also darin, einen Zeitpunkt ausfindig zu machen, der den verschiedenen Parlamentspräsidenten zusagte, ohne sie in ihren Pflichten zu behindern. Im letzten Augenblick traten sogar bei uns Schwierigkeiten ein. Wie Sie wissen, ist der Präsident des ungarischen Abgeordneten-Hauses, Exz. v. Beothy, an Verwundungen, die er sich im Felde zugezogen hat, schwer erkrankt. Sein Zustand erlaubte es ihm nicht, die Reise nach Berlin zu wagen, wenngleich er sich im glücklichen Stadium der Wiederherstellung befindet. Nun tagt augenblicklich unser Parlament, und es war mir nicht leicht, abzukommen. Aber mein nächster Kollege im Präsidium hat inzwischen die Stellvertretung übernommen, so daß die Tagungen des Parlaments ihren Fortgang nehmen können, während ich in Deutschland so lange verweile, bis ich die mir hier zufallenden Aufgaben restlos erfüllt habe."

„Liegt denn der Zusammenkunft der Präsidenten ein politisches Programm zugrunde?"

„Durchaus nicht. Der einzige Zweck des Zusammenseins ist persönliche Bekanntschaft und Aussprache, vor allen Dingen engere Fühlungnahme zwischen den Leitern der verschiedenen Parlamente, damit man gegenseitig in der Lage ist, durch persönlichen Gedankenaustausch unverbindlicher Art schwebende Fragen gemeinsamer Natur abzuklären."

„Sind über Oertlichkeit und Zeitpunkt der nächsten Zusammenkunft der Präsidenten bereits Vereinbarungen getroffen?"

„Weder steht fest, ob, noch viel weniger wann und wo wieder eine Zusammenkunft der Präsidenten stattfinden wird."

„Hatten die Präsidenten untereinander bereits persönliche Beziehungen, bevor sie sich in Berlin zusammenfanden?"

„Wir sind erst im Eisenbahnwagen in Wien zusammengetroffen, und wir haben also auf der Fahrt Gelegenheit gehabt, miteinander Bekanntschaft zu machen und persönliche Fühlung zu nehmen."

„Vertreten Exzellenz einen spezifisch ungarischen Gesichtspunkt in diesen Zusammenkünften?"

„Keineswegs. Es gibt in diesem Gremium ebensowenig einen spezifisch ungarischen, wie etwa einen spezifisch bulgarischen Standpunkt. Unsere Absicht ist vielmehr darauf gerichtet, durch eine gemeinsame Kundgebung vor aller Welt festzustellen, daß wir Vertreter der verbündeten Völker untereinander darin völlig einig sind, daß wir samt und sonders bis zum letzten Blutstropfen durchzuhalten entschlossen sind. Genau so wie die Fürsten ihre unverbrüchliche Zusammengehörigkeit verkündet haben, wollen wir als Leiter der Parlamente das Zusammengehen und Zusammenstehen aller Völker unserer Gruppe dartun."

„Gibt es in Ungarn hinsichtlich der Entschlossenheit zum Durchhalten politische Schattierungen, die von der soeben gezeichneten Linie abweichen?"

„Im Durchhalten bis zum letzten Atemzug gibt es in Ungarn eine Parteien. Jeder Ungar ohne Ansehen von Person, Religion, Partei und Stand ist zum Aeußersten und Letzten entschlossen — genau so wie ich es zu meiner großen Genugtuung bei allen unseren Verbündeten beobachtet habe."

„Die Ernährungsfrage war in den letzten beiden Tagen durch die Anwesenheit des österreichischen Ministerpräsidenten von Clam-Martinitz und des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten. Glauben Eure Exzellenz, daß die Eroberung Rumäniens wesentlich dazu beigetragen hat, die Ernährungsschwierigkeiten hüben und drüben, wenn nicht zu beseitigen, so doch wesentlich zu mildern?"

„Zweifelsohne. Meiner festen Ueberzeugung nach wären wir auch ohne den glücklichen Feldzug gegen Rumänien über die schwierigste

auf so primitive Weise versuchten. Die Korruption im öffentlichen Leben ist in einem parlamentarischen Staat die Wirkung und nicht die Ursache des Parteimonopols. Das Parteimonopol kann aber nur aufhören, wenn die Opposition die Nation für sich zu gewinnen vermag. Daß dies jeder Bestechung zum Trotz möglich ist, haben die Wahlen von 1905 erwiesen. Nach der Erfahrung, die man mit der Koalition gemacht hat, wird das Land freilich sich nicht wieder zu einem solchen Experiment verstehen.

Ohne Wechselwirtschaft kein gesundes öffentliches Leben. Eine parlamentarische Wechselwirtschaft aber ist nur da möglich, wo es einheitliche, auf prinzipieller Grundlage stehende, disziplinierte und gouvernemental fühlende Parteien gibt. Der heutigen Opposition gehen alle diese Eigenschaften ab. Sie erachtet den Mangel an Disziplin für natürlich, und ihre Führer fragen, was sie tun sollen, wenn ihnen ihre Anhänger nicht folgen wollen. Das ist ja der springende Punkt. Darin liegt ja die eigentliche Führerbefähigung, die Mittel und Wege hiezu zu finden. Eine parlamentarische Wechselwirtschaft ist nur da denkbar, wo die Parteien ihr Wurzelwerk in die Nation zu versenken suchen, nicht aber in taktischen Manövern, die die Krisen durch Auseinanderbringen oder Zusammenführen bestehender Parteien lösen möchten. Die Schaffung einer regierungsfähigen und in der Nation wurzelnden Opposition ist eine echte Tat. Es führt aber nicht zum Ziele, wenn man zuerst volkstümlichen Strömungen folgt und dann, zur Regierung gelangt, das gegebene Wort bricht. Eine solche Politik kann in der Nation keine Wurzel haben. In den breiten Schichten der Nation lebt eine ganze Menge von Interessen, Ideen und Gefühlen. Unter jeder Regierung gibt es eine Unzahl unbefriedigter Bedürfnisse. Für die Befriedigung dieser Bedürfnisse, für die Heilung der Krankheiten haben produktive Staatsmänner ihre Ideen und Gedanken. Sie vereinigen in einem einheitlichen Programm die verschiedenartigsten Elemente, gewinnen sie für das Streben nach gemeinsamen Zielen und schmieden sie in einem gemeinsamen Willen aneinander. Auf diese Weise ist ein Systemwechsel möglich. Wenn aber der in der Nation wurzelnde Teil der Opposition nicht regierungsfähig ist und der regierungsfähige Teil in der Nation keine Wurzeln hat, wenn die Programme der Oppositionsparteien einander stracks entgegengesetzt sind, dann gibt es keine regierungsfähige Opposition und die parlamentarische Wechselwirtschaft ist durch ihre Schuld unmöglich.

Es fehlt an einer regierungsfähigen Opposition und in ihren Reihen an dem schöpferischen Staatsmann, der eine solche zu schaffen vermöchte.

Brennende Probleme.

Agrarpolitische Gesetzentwürfe.

Von Dr. Josef Strasser.

Budapest, 20. Januar.

Im dritten Stücke seiner Schriftensammlung veröffentlicht der Fünferausschuß des Auswanderungssenats*) die Gesetzentwürfe, die Tafelrichter Dionys Sebeß zur Regelung und teilweisen Neuorganisierung des Bauernbesitzes fertiggestellt hat. Die Entwürfe umfassen ein besonderes Erbrecht für den landwirtschaftlichen Besitz, ein System des landwirtschaftlichen Mobiliarkredits und der Erbpacht, sowie Verfügungen gegen die Bodenzerstückelung. Wir glauben ein besseres Verständnis und eine gerechtere Wertung dieser Vorlagen und der Leistung des Kodifikators zu fördern, wenn wir einleitend wieder auf ein Moment hinweisen, das in unseren gestrigen Ausführungen bereits betont war. Wir haben gestern gezeigt, daß die Beschaffung des Siedelungslandes, nach den vorliegenden Entwürfen des Fünferausschusses, gewissermaßen monopolisiert wird, indem zwei Institute zur Abwicklung der Ansiedelungen befugt werden sollen. Diese beiden Institute sind selbst an staatliche Hilfe geknüpft; ihre Auswahl würde mithin die Ausschaltung des Privatkapitals bedeuten. Eines Urteils über die Zweckmäßigkeit dieses Verfahrens wollen wir uns enthalten, doch bleiben wir dabei, was wir gestern bereits betonten, daß an die Stelle der ausgeschalteten Kräfte des normalen Wirtschaftslebens andere gesetzt werden müßten, wenn das Monopol nicht zur Vereitelung der angestrebten Ziele führen soll. Die Entwürfe, die Dionys Sebeß vorlegt, zeigen schon die Folgen eines Verfahrens, das die normal wirkenden wirtschaftlichen Kräfte ausschaltet und durch unzulänglichen Ersatz vertreten lassen will. Wir haben hervorgehoben, daß der Fünferausschuß, der die Hand auf die reichlich ergiebige, auf legislatorischem Wege leicht regulierbare Quelle des Privatkapitals preßt, nicht in der Lage ist, den Ansiedelungsbestrebungen andere, ebenso große oder jedenfalls den Dimensionen der Aufgabe entsprechende Hilfsquellen zu eröffnen. Dionys Sebeß geht nun einen Schritt weiter. Er löst gewissermaßen das Band, das der Fünferausschuß zwischen Auswanderung, Rückwanderung und Agrarfrage glücklich geknüpft hat. Seine Entwürfe haben nichts mehr gemein mit einer großzügigen Repatriierungsbewegung, mit der Anziehung oder Festhaltung von Millionen Ungarn, die dem Staate durch die Auswanderung verlorengegangen sind oder verloren gehen können. Die Entwürfe, die allerdings an der Privilegierung des Landesverbandes der Bodenkreditinstitute festhalten, beschränken sich darauf, die feste Form eines Bauernbesitzes zu schaffen, der in Dimension und Ausgestaltung den Ansprüchen der Wirtschaftlichkeit entsprechen soll. Gewappnet mit den Erkenntnissen seiner Wissenschaft, ausgerüstet mit Fleiß und treffend schließender Logik und sachlicher Urteilskraft, schreitet Dr. Sebeß an die Aufgabe, dem ungarischen Bauern ein Haus zu bauen — in der Luft. Es fehlt ihm sozusagen alles, Geld, Holz und Gestein und vor allem der Grund, auf dem sich der Zukunftsbau des ungarischen Bauernstandes erheben soll. Er unterscheidet sich darin von Roland Hegedüs, der sich vor allem bestrebte, den Grund zu suchen, auf dem sich das Haus des gesundeten ungarischen Bauern erheben soll.

Das freundliche Luftschloß, das Dionys Sebeß also erstehen läßt, spiegelt allerdings ein wünschenswertes Werk. Es soll ein Erbkleinbesitz und Erbmittelbesitz geschaffen werden, der erstere so groß, daß er zur Erhaltung einer viergliedrigen Familie ausreichend rentabel erscheint, ohne das Fünffache dieses Einkommens zu überschreiten. Der Erbmittelbesitz soll mindestens viertausend Kronen Reineinkommen aufweisen, doch unter dem Fünffachen dieses Einkommens zurückbleiben. Die grundbücherliche Eintragung des besonderen Erbcharakters dieser Besitzgestaltungen ist abhängig von der Zustimmung des Ackerbauministers. Die Reallasten, die eventuell die einzelnen Stücke der zu solchen Erbbesitzen vereinten Ländereien bei der Umgestaltung noch belasteten, gehen ein auch in das neue Besitzverhältnis und können auch in der neuen Form durch Exekution beglichen werden. Wenn der Staat, das Munizipium, die Gemeinde, die Weidegemeinschaft oder der Landesverband ungarischer Bodenkreditinstitute solche Klein- und Mittelerbgüter bilden, so kann für den Fall des Todes des Eigentümers ein Rückkaufsrecht und auf jeden Fall ein Vorkaufsrecht der gründenden Institution festgestellt werden. Die Klein- und Mittelerbgüter dürfen nur einem einzigen Erben hinterlassen werden. Wenn ein solcher in einem rechtsgültigen Testament nicht bezeichnet ist, erben zuerst die männlichen Abkommen in der Reihe ihres Alters und mangels solcher die weiblichen Abkommen in der gleichen Reihenfolge. Wird ein Erbrecht der aufsteigenden Linie rechtlich fällig, so ist die Erbfolge nach den gleichen Prinzipien geregelt. Die Pflichtteilberechtigten oder die anderweitig erbberechtigten Erbgenossen erhalten ihr Teil an den Einkünften des Besitzes in der Form von Naturalien, eventuell einer Rente, die dem Rentenwert des Besitzes entspricht. Stempel- und Gebührenfreiheit, Garantien des Staates, Rangierung der Leistungen in die Reihe der öffentlichen Abgaben sollen die Gründungen erleichtern und fördern. In den Grenzgebieten des Landes würden die Gründungen auf staatlichen Ländereien und in der Form der Kleinerbbesitze organisiert und die Gegenleistungen durch öffentliche (grenzpolizeiliche oder finanzpolizeiliche) Dienste erfolgen. Der zweite Entwurf konstruiert den Begriff der Erbpacht, die auf solche Gebiete beschränkt bleiben soll, die im Besitze des Staates, der Kirchen, der Fideikommisse, der Munizipien oder Gemeinden oder der Weidegemeinschaften sind. Die Größe des Erbpachtlandes soll der Kleinerbwirtschaft entsprechen und für etwa fünfzig Jahre Dauer Geltung haben. Erbpachten, die auf eine Dauer von mehr als fünfzig Jahren geschaffen sind, können nach Ablauf der ersten fünfzig Jahre durch den Eigentümer bei einer Kündigungsfrist von zwei Jahren aufgelöst werden. Das Erbpachtrecht kann den Gegenstand einer Zwangsversteigerung bilden, wobei der Gemeinde und dem Staate das Vorkaufsrecht zusteht. Im dritten Entwurf wird der Begriff eines Hypothekarrechts auf bewegliche Dinge, die zum Fundus instructus gehören, geschaffen und die Erstreckung des Hypothekarrechts auf die vom Boden losgelösten Früchte ausgesprochen. Die Verzinsung kann auch in Naturalien geschehen, und zwar nach vorher festgestelltem Werte dieser Naturalien. Das Hypothekarrecht erstreckt sich auch auf den Viehbesitz. Wenn als Kreditgeber das Munizipium, die Gemeinde, die Weidegemeinschaft oder eine Genossenschaft als Mitglied der Landes-Zentralkreditgenossenschaft oder des Landesverbandes der Bodenkreditinstitute figuriert, kann eine Garantiepflicht des Staates zu Lasten eines staatlichen Fonds gegeben werden. Selbstverständlich erstreckt sich der Geschäftskreis des Landesverbandes der Bodenkreditinstitute auch auf dieses Gebiet. Der letzte Entwurf endlich dient der Bekämpfung der Bodenzerstückelung. Die Gegenmaßregel beschränkt sich im Wesenlichen darauf, die Parzellierung abhängig zu machen von der Zustimmung des Ackerbauministers, und zwar in jenen Fällen, wo die Parzellierung das Wirtschaftssystem einer Gemeinde verändern würde. Eine reiche Zahl von Ausnahmen mildert auch diese Einschränkung.

Die Entwürfe, die Dr. Dionys Sebeß vorgelegt hat, haben bisher besonders in jenen Kreisen aufmerksame Zustimmung gefunden, die konservativsten Richtungen huldigen. In seiner Studie über die Besitzpolitik hat zum Beispiel Géza Polónyi seinen Anschluß an die Prinzipien dieser Vorschläge ausdrücklich bekundet. Wir erblicken den bedeutendsten Mangel der Entwürfe in dem bereits berührten Umstand, daß sie nicht ausgreifend wirken, daß sie für die Ansiedelung großer Massen nicht in Frage kommen, weil sie in keiner Richtung ein obligatorisches System zur Versorgung großer Massen mit Grund und Boden schaffen und trotz der Ausschaltung der Initiative des privaten Finanzkapitals alles der Initiative der Ansiedler selbst und öffentlichen, wenig kapitalreichen Institutionen überlassen. Die massenpolitische Bedeutung der Frage scheidet in den Entwürfen auch ausdrücklich aus, es ist in ihnen eine Abgrenzung der Gründungen vorgesehen; in einer Gemeinde können zum Beispiel höchstens vier Mittelerbgüter geschaffen werden.

Die Bedeutung der Entwürfe beschränkt sich also darauf, daß der Gedanke jener Betriebseinheiten verwirklicht werden soll, der die Grenzen der Wirtschaftlichkeit bezeichnet und schon in unseren Gesetzen vom Jahre 1836, 1840 und weiterhin in dem kaiserlichen Patent vom Jahre 1854 angestrebt wurde. Die Bindungen, die im Dienste dieses Zieles standen, mußten in den Siebzigerjahren den Kreditnotwendigkeiten des Grundbesitzes weichen, und so löste sich das Betriebsminimum auf, das auch Franz Deák im Reichstag vom Jahre 1839—1840 erbrechtlich festigen wollte.

*) A kivándorlási tanács iratai. III. Földbirtokjogi törvény. javaslatok és azok indokolása. I. Mezőgazdasági öröklésről II. Az örökbérletekről. III. A mezőgazdasági felszerelésekkel kapcsolatos hitelmüveletekről. IV. A telekfeldarabolásról.

12

Der Wiederaufbau des Parlaments.

Vom Reichsratsabgeordneten Dr. Otto Lecher.

Wien, 20. Januar.

Es wird keine rühmliche Erinnerung sein, während der Jahre 1914 bis 1917 dem österreichischen Reichsrat angehört zu haben. Andere Parlamente haben sich in dieser Epoche des Weltkrieges gefestigt, haben Parteienzersplitterungen überwunden, haben die ihnen innewohnende Volkskraft ausgelöst und dem einen und einzigen Zweck des Sieges dienstbar gemacht. Unser Abgeordnetenhaus blieb ausgeschaltet. In dieser Epoche wurden Staaten von der Landkarte gewischt, ihre Parlamente aber traten im Exil zusammen und zeugten von der Vitalität des auf dem Schlachtfelde niedergeworfenen Vaterlandes. Die schwarzgelben Fahnen wehten siegreich auf allen Fronten, unser Abgeordnetenhaus blieb ausgeschaltet. In dieser Epoche hat der Reichstag des Bruderstaates Ungarn seine gesetzlichen Aufgaben restlos erfüllt, hat er die Tribüne abgegeben, von der aus offizielle Stimmen sich an die allerweiteste Oeffentlichkeit richten konnten. Unser Abgeordnetenhaus blieb ausgeschaltet. In dieser Epoche haben sich Heer und Marine mit unvergänglichem Ruhm bedeckt; hat die industrielle, landwirtschaftliche und gewerbliche Produktion den Uebergang zur Kriegswirtschaft erfolgreich vollzogen; hat die Bevölkerung ungebeugten Mutes die schwere Last von Entbehrung und Ueberfleiß weitergewälzt; hat die Finanzkraft des Staates den Milliardenschatz der fünf Kriegsanleihen gehoben. Unser Abgeordnetenhaus blieb ausgeschaltet. Jeder Stand und Beruf, arm und reich, alt und jung, Mann und Weib — alle waren willkommen in den Reihen der sturmumtobten Kampfesgenossenschaft, nur dem österreichischen Abgeordneten blieben die Pforten zu seiner gesetzlichen Arbeitsstätte verschlossen.

Das wird anders werden. Eine neue Aera kündet sich an. In diese wollen wir eintreten, nicht mit den alten Querelen belastet. Wir wollen uns den jungen Morgen nicht gegenseitig rauben mit dem Streite von gestern, sondern großzügig und großmütig einer besseren Zukunft entgegenstreben. „Sieh vorwärts, Werner, und nicht hinter dich!" Unser heißer Schmerz ist es, daß wir hiebei die Erfahrung, den Rat und die Entschlußkraft unserer besten Männer — jener im Felde — entbehren müssen. Ueber manches Wenn und Aber brächten uns die Leute aus dem Schützengraben, deren Staatsauffassung und Gedankenrichtung in Gefahr und Not geläutert wurden, hinweg. Hoffen wir, daß die Zeit nicht mehr ferne ist, die aus dem Soldaten wieder den Bürger macht und ihm zu Pflug oder Hammer den Stimmzettel in die Hand gibt.

Um den steckengebliebenen Karren der österreichischen Gesetzgebung neuerdings ins Laufen zu bringen, wird es einiger Vorsicht, vielen Taktes und mancher Geduldübung bedürfen; vor allem aber der Liebe zur Sache, des aufrichtigen Bekenntnisses zur Verfassungsmäßigkeit, zur Verfassungsmäßigkeit ohne Beeinigung und Hintergedanken. Für die Regierung darf es nicht zwei Wege geben: „die Zustimmung beider Häuser" oder den Paragraph Vierzehn. Die Möglichkeit, rechts auszuweichen, wenn es links nicht geht, führt schließlich immer dazu, daß der bequemere Pfad gewählt wird. Diese Behauptung ist kein lebensfremder Doktrinarismus, sondern ein aus der Erfahrung unserer innerpolitischen Geschichte gewonnener reifer Satz. So oft die Regierung und die Majorität ernstlich wollten, haben sie noch jede Obstruktion durchbrochen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß eine weitgreifende Aenderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses nicht nützlich und ratlich, ja unerläßlich sei. Man zerstöre die Obstruktion so gründlich als möglich; man verulge sie mit Granaten und Stickgasen; man schließe sie aus mit Drahtverhauen und Minen. Ob sie nicht trotz alledem in dieser oder jener Form wiederkommen wird, wer vermöchte es heute zu sagen? Aber man erwarte nicht zu viel von der Wundermedizin dieser Reform. Die schärfste Geschäftsordnung nützt nichts, wenn man nicht den Mut oder nicht die Kraft hat, sie zu handhaben. Ein Großteil der heutigen Mißstände sind nichts weiter als schon gegenwärtig durch das Gesetz verbotene Mißbräuche, die längst tot wären, wenn jemand die Courage gehabt hätte, sie totzuschlagen. Ist die Pforte des Paragraph Vierzehn definitiv verrammelt, das heißt auf ihren staatsgrundgesetzlichen Sinn zurückgeführt, dann muß immer und in allen Fällen die volle Verfassungsmäßigkeit und nur sie allein zur Anwendung kommen. Dann wird die Notwendigkeit den Willen und der Wille den Mut und der Mut die Tat zeugen.

Im Vordergrund der Geschäftsordnungsreform steht die Festsetzung der Abstimmungstermine. Das Abgeordnetenhaus hat zu beschließen, an welchem Tage, zu welcher Stunde die Abstimmung über diese oder jene Vorlage stattzufinden hat. Verändert man bis dahin die Zeit, so ist das sehr traurig, ändert aber nichts an dem Abstimmungstermin. Damit ergibt sich nicht allein für die obstruktionelle Taktik die volle Hoffnungslosigkeit, einen Erfolg zu erzielen, sondern auch das feste Gerippe eines Kalendariums, sowie einer Geschäfts- und Zeiteinteilung der gesamten parlamentarischen Tätigkeit.

Denn das ist einer der Krebsschäden des gegenwärtigen Betriebes, daß man von heute auf morgen, von Mittag auf Abend nicht sicher weiß, welche Arbeit, sei es im Plenum, sei es in den Ausschüssen oder Klubs, zu verrichten sein wird — geschweige denn, daß der österreichische Abgeordnete auf Wochen hinaus sich einen Tätigkeitsplan machen könnte. Die Folge ist, daß Männer mit ausgesprochenen Berufspflichten von Haus aus auf jedes Mandat, das sie zu einem unsteten Wechsel zwischen Ueberbelastung und Bummelei verdammen würde, verzichten müssen — sehr zum Nachteil der geistigen und sozialen Physiognomie unseres Parlaments.

Die meritorischen Arbeiten, welche des Reichsrates harren, sind überwältigend an Zahl und Gewicht. Es würde nur der Logik der Dinge entsprechen, wenn die mehr provinziellen oder lokalen Stritte, die sonst die parlamentarische Bühne zu füllen pflegten, zurückgestellt würden und der Weltgeschichte Platz machten, die mit Schwert und Kelle der Menschheit neues Haus zu errichten sich anschickt. Diese provinziellen und lokalen Stritte aber, an deren Feuer Parteien, Volkstribunen und k. k. Regierungen ihre Süppchen wärmten, haben nicht zuletzt dem Vaterlande jenen falschen Ruf verschafft, als sei die Tragkraft seines angeblich morschen und wurmdurchnagten Gebälkes längst erschöpft, als bedürfe es nur eines kräftigen Stoßes und die Monarchie liege in Stücken. Jene Stritte spielen in der ganz umfänglichen Katastrophenliteratur, mit welcher britische, französische und italienische Autoren Oesterreich-Ungarn bedachten, eine bedeutungsvolle Rolle. Die ausgegebenen Stichworte wirken fort und selbst aus der jüngsten Antwort der Entente an Wilson klingen sie als Leitmotive hervor.

Es war von jeher ein Fehler unserer Innenpolitik und ihrer Protagonisten, daß man sich des Zusammenhanges zwischen innerer und äußerer Politik, der gerade bei einem Nationalitätenstaate mit zentraler Lage von größter Bedeutung ist, zu wenig bewußt wurde. Mag sein, daß an dieser außenpolitischen Farbenblindheit die Abschnürung in den Delegationen und der besonders ausgeprägte Charakter unserer Diplomatie als einer Geheimkaste mit beitrug. Wie dem auch sei, Tatsache ist, daß unsere Feinde sehr aufmerksam in unsere Familienräume guckten, mit sehr geschickter Mache und Presse jedweden unserer oft gar nicht so böse gemeinten Bruderzwiste zu ihren Gunsten ausnützen. Wenn sie damit selbst nichts anderes erreichen, als Stimmung daheim zu machen und die auf den Schlachtfeldern vom Vierbunde niedergeschlagene Hoffnung wieder ein wenig aufzupeitschen, so ist es schon schlimm genug.

Es wird — leider! — ein Kriegsreichsrat sein, den uns der frühe Lenz bringen soll. In Kriegszeiten muß jede unserer Handlungen und Unterlassungen nach dem einen großen Ziel, dem Siege, gerichtet sein. Hundert Dinge, die im Frieden erlaubt, unschädlich, vielleicht nützlich sind, wirken im Kriegszustand verderblich, sind zu vermeiden und zu verbieten. Keinen schlechteren Dienst könnte das Abgeordnetenhaus der Erkämpfung eines ehrenvollen Friedens erweisen, als durch seine Aeußerungen und Aufführung den nie ruhenden Katastrophenspähern der Entente Stoff und Anregung zu geben. Alle Parteien, alle Mitglieder unserer Volksvertretung müssen daher in ernster Selbstzucht und catonischer Selbstbeschränkung sich Grenzen teils selbst auferlegen, teils gesatzen lassen. Lieber zehn Reden zu wenig, als ein Wort zu viel. Die Erhaltung und Festigung dessen, was man im Reiche den Burgfrieden genannt hat, bleibe die unabweichliche Richtschnur. Man verschone uns mit Maximen und Theorien, die, zu anderen Zeiten von anderen Verhältnissen abstrahiert, auf die blutgetränkten Tage, die unser schwergeprüftes Vaterland heute durchzuhalten hat, nicht anwendbar sind.

Die Aufgabe ist nicht leicht. Sie schließt persönliche Opfer, eine seelische Umgruppierung der bisher gewohnten parlamentarischen Mentalität in sich. Groß aber ist der Preis: die Wiedergewinnung der freiheitlichen Tribüne, die Festigung der demokratischen Weltanschauung in Oesterreich, die Anteilnahme des Volkes an der Lenkung des Staates, zu dessen Verteidigung es so viel Tausende seiner besten Söhne in den Tod gesandt hat. Ein ruhig tagendes, sachlich schaffendes Parlament in Wien wäre für die Katastrophenträumer des Zehnverbandes die bitterste Enttäuschung. Der Vierzigste in der Habsburgischen Monarchie ist die letzte Nummer im Lotteriespiel unserer Feinde, die sich die Zertrümmerung unseres altehrwürdigen Reiches zum Ziel gesetzt haben. Das österreichische Abgeordnetenhaus kann diese Nummer zur Niete machen. Es kann eine unblutige Schlacht gewinnen, die uns dem hehren Ziel des Friedens ein gut Stück näher bringt.

Deutsche Volkszeitung
21./I. 1917
14

an unseren tapferen Heeren und der Festigkeit unserer Armeen wird auch dieses letzte Ausholen Englands zuschanden werden.

Weltpolitische und Reichsfragen.

Vom Abgeordneten **J. W. Dobernig.**

Dem deutschen Nationalverbande gehören beinahe dreißig Abgeordnete aus den Alpen- und Donauländern an. Sie waren früher in der Alpenländischen Vereinigung zusammengeführt und nahmen die gemeinsamen Beratungen, die durch die allgemeinen Verhältnisse unterbrochen worden waren, nun wieder auf. Es ist nicht richtig, was behauptet wurde, daß ihre erste Aufgabe in der Zusammenstellung eines nationalpolitischen und wirtschaftlichen Programms bestand. Darüber sind wir — Gott sei Dank — hinaus! Unsere Forderungen und Wünsche sind unter Berücksichtigung von Ausblicken in die Zukunft bereits in feste Formen gefaßt, langwierige Beratungen, die im Herbste 1914 begannen, haben zu einer erfreulichen Uebereinstimmung geführt. Nun handelt es sich um ihre Vertretung nach außen. Wir alpenländische Deutsche sind unbescheiden genug, immer wieder zu sagen, daß ein Teil unserer Angelegenheiten über die Wände der stillen Häuslichkeit weit hinausreichen, daß sie Bedeutung für das ganze Reich, ja, für die allgemeine Weltpolitik besitzen. Das gilt für alle Möglichkeiten der Entwicklung auf dem Balkan, das gilt für unsere Adria.

Man hat an und nördlich der Donau an das Stück Reich unten nur zu lange vergessen, nicht zum Letzten wegen des Mangels ausreichender Verkehrswege nach dem Süden, sondern aber auch wegen der angeborenen Reisescheu des österreichischen Binnenländlers. An der Adria selbst herrschen ziemlich desolate Zustände, die Verbindungen zur See ließen bis etwa vor einem Jahrzehnt alles zu wünschen übrig, der Verkehr aus Innerösterreich nach Dalmatien war fast nur über Bosnien möglich.

Arbeiterzeitung

21./I. 1917

15

Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie.

Die Zersetzung in unserer deutschen Bruderpartei, der Partei, deren Festigkeit und Geschlossenheit sie ehemals zu einem Vorbild aller proletarischen Organisationen gemacht hat, schreitet leider immer noch fort, und der Augenblick, da ihre Spaltung vollendet sein wird, kommt immer näher. Der Parteiausschuß, der am Donnerstag in Berlin tagte, hat einen Beschluß gefaßt, der die Spaltung bereits ausspricht, und man weiß, daß die Dinge, einmal auf eine so verhängnisvolle Bahn gebracht, dann einen unheimlich raschen Gang annehmen. Der Beschluß sagt nicht weniger, als daß die gesamte Opposition eine „Sonderorganisation" sei, „die Zugehörigkeit zu ihr unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur Gesamtpartei". Aber das scheint nicht etwa nur als platonische Rechtung gedacht zu sein, obwohl schon das recht bedenklich wäre, sondern mit der Weisung, „die durch die Absplitterung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen", soll offensichtlich die Gründung von Gegenorganisationen überall dort, wo die Organisation der Opposition angehört, herbeigeführt werden. Das wäre dann die Spaltung, die bisher nur die Fraktion ergriffen hat, in der Partei. Das wäre ein Riß in den einstmals so festgefügten Bau der Partei, der sich nicht leicht schließen würde und zu der schwersten Erschütterung werden müßte, die der deutschen Sozialdemokratie beschieden war.

Warum der Parteiausschuß plötzlich so „gründliche Arbeit" unternimmt, ist schwer zu begreifen. Der Anlaß ist bekanntlich die Konferenz der Opposition, die am 7. Jänner in Berlin getagt hat, und deren Beschlüsse, das ist nicht zu bestreiten, das stärkste Mißtrauen in die Tätigkeit des Vorstandes atmen. Daß sich diese Zusammenfassung der oppositionell gesinnten Organisationen zu einer förmlichen Tagung in den Rahmen der Parteiorganisation, wie er überliefert und festgesetzt ist, nicht hineinfügt, ist gewiß richtig; aber die Zeiten sind ja jetzt in jeder Hinsicht ungewöhnlich und auch der Parteivorstand hat schon mancherlei unternehmen müssen, wofür das Parteistatut die Grundlage nicht gibt, was sich nur aus der alle alten Verhältnisse umwälzenden Kriegszeit erklären und rechtfertigen läßt. Deshalb muß wohl auch der Opposition eine größere Bewegungsfreiheit eingeräumt werden; sie ist eben da, kann sich auf dem Parteitag nicht aussprechen, ihr Bedürfnis, sich einen gewissen Zusammenhang zu erwerben, ist also nicht so unbegreiflich, als es der Beschluß des Parteiausschusses erkennen will. Es sind eben Gegensätze von einer Stärke, wie sie in der Partei noch nie da waren, Gegensätze, die sich im Augenblick, so lange der Krieg und das Verhältnis zu ihm das sozialistische Denken so eindringlich bestimmt, nicht aus der Welt schaffen lassen, die man nur langsam überwinden, nur allmählich auflösen kann. Ein diktatorisches: „Das darf nicht sein!", das fruchtet hier am wenigsten, das beschwört den Gegensatz nicht, sondern verschärft ihn nur noch. Dabei muß der Opposition doch zugebilligt werden, daß sie die Parteiorganisation anerkennt, das Parteigefüge nicht sprengen will. Die Konferenz hat die Sperre der Parteibeiträge ausdrücklich abgelehnt, sie hat für das Wirken für die oppositionellen Anschauungen den Rahmen des Parteistatuts als bindend erklärt. Das einzige „Gesonderte" ist, daß die oppositionellen Organisationen „in stete enge Fühlung zu einander zu treten haben". Wenn man das schon eine Sonderorganisation nennen will, so ist es doch keine gegen die Partei, keine neben der Partei, höchstens eine in der Partei, und das wird eben durch die ungewöhnliche Kriegszeit erklärt. Wenn nun der Parteiausschuß das zum Anlaß nimmt, um alle Mitglieder und Organisationen der Opposition — es sind das ja nicht wenige und unter den Männern, die sich zur Opposition bekennen, sind viele, die man nennt, wenn man die besten Namen der deutschen Sozialdemokratie nennt —, als außerhalb der Gesamtpartei stehend zu erklären, so scheint er wohl sehr weit zu gehen und eine Acht zu erlassen, die wahrscheinlich über seine Befugnis, gewiß aber über die Notwendigkeit hinausgeht. An seinem Vorgehen ändert sich nichts, daß er erklärt, die Teilnehmer an der Konferenz „haben sich von der Partei selbst getrennt". Das haben sie nicht, dem widersprechen ihre Beschlüsse, das will die Opposition auch nicht. Wohl will sie ihren Anschauungen in der Partei zum Durchbruch verhelfen, zur Mehrheit werden, aber sie will weder die Partei spalten, noch sie verlassen. Darum sich der Parteivorstand, dessen schwere und schwierige Situation durch den ganzen Krieg hindurch niemand verkannt hat, dem aber auch bestätigt werden kann, daß er es bisher an Vorsicht und Besonnenheit nicht hat fehlen lassen, zu diesem verhängnisvollen Beschluß entschlossen hat, ist nicht recht zu verstehen. Er scheint uns weder ersprießlich noch auch notwendig, wohl nur gefährlich und unberechtigt.

Der Parteiausschuß befürchtet wohl, daß die von der Arbeitsgemeinschaft nach links und ganz links sich abzweigenden Gruppen, die so stark anarchosyndikalistischen Geist atmen, der Partei verhängnisvoll werden könnten. Aber es wäre wohl zu erwägen, ob sich dieser Geist in der deutschen Arbeiterschaft nicht eher festsetzt, wenn die Kräfte durch die Gesamtorganisation nicht mehr gebunden werden; ob er nicht eher beschränkt wird, wenn der Gesamtrahmen unversehrt bleibt. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß von der Arbeitsgemeinschaft doch eine verknüpfende Aufgabe geleistet wird, die ihr unmöglich gemacht wird, wenn der Parteiausschuß ihr den Stuhl vor die Tür setzt. Auf der anderen Seite tut auch der Mehrheit, und, wie wir glauben, sehr dringend, der Zusammenhang mit den radikaleren Gesinnungen not, denn ihr rechtester Flügel, die Gruppe der ihr Haupt immer ungescheuter erhebenden Imperialisten, ist für die Partei sicherlich keine geringere Gefahr als die Anarchosyndikalisten, und er könnte, wenn sich die Spaltung vollzöge, das Zentrum und damit die Partei auf eine Bahn drängen, die die deutsche Sozialdemokratie nicht betreten darf, wenn sie bleiben soll, was sie war. Deshalb ist das Zusammenbleiben das beste: daran sollte festgehalten werden, auch wenn es Mühe und Opfer kostet. Wer die Zerspaltung nicht als Ziel aufstellt (es gibt leider auch Leute, die sie ernstlich empfehlen), wer der Ueberzeugung ist, daß die deutsche Arbeiterklasse eins sein muß, der wird die eigentliche Spaltung, die Spaltung der Organisation, unter keinen Umständen als einen wünschenswerten Vorgang ansehen. Wir müssen ja doch wieder zusammenkommen; welchen Sinn soll es nun haben und welcher Nutzen soll sich daraus ergeben, daß man jetzt auseinandergeht, um unter viel größerer Mühe, als sie nötig wäre, um die Partei jetzt zusammenzuhalten, sich wieder zusammenzufinden? Der Parteivorstand, der doch gleichfalls in vielem auf Duldung rechnet, hätte es wohl bedenken sollen, ob er das Recht habe, gegen die Opposition mit dieser schroffen Unduldsamkeit vorzugehen.

Es hat den Anschein, daß der Parteiausschuß zu seiner Schärfe den Antrieb aus dem Umstand empfängt, daß die allgemeine Situation, insbesondere durch die Antwort der Entente, für die Mehrheit günstig geworden ist, aus der Meinung sich zu ihr verführen ließ, daß die oppositionelle Stellung zum Kriege nun auf wenig Anhang rechnen könne. Er könnte darin recht haben, darum würde sein Vorgehen nicht besser. Denn dann wäre eben die Tendenz seines Vorgehens klar, die Tendenz, sich der Opposition in einem günstig scheinenden Augenblick zu entledigen, und das wäre in Wahrheit eine gehässige Politik, die gute Früchte nicht tragen kann. Wir möchten deshalb die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich der Parteivorstand die Sache noch einmal und gründlich überlegen werde. Der Achtbeschluß ist schon schlimm genug; den Kampf in den Körper der Partei durch Gründung einer Gegenorganisation zu tragen, müßte der Partei zum Verhängnis werden.

Der Beschluß des Parteiausschusses.

Ueber die Tagung und Beschließung des Parteiausschusses berichtet der „Vorwärts":

Die Tagesordnung des am Donnerstag im Reichstagsgebäude zusammengetretenen Parteiausschusses lautete Stellungnahme zur augenblicklichen Situation und zu dem Sonderparteitag der Opposition. Bei Beginn der Beratung wurde festgestellt, daß das natürlich auch eine Stellungnahme zu der durch die Ablehnung des Friedensangebots geschaffenen Lage ermögliche.

In seinem einleitenden Referat erklärte Ebert nachdrücklich, daß nunmehr an dem reinen Verteidigungscharakter des Krieges auf Seite Deutschlands und seiner Verbündeten kein Zweifel mehr bestehen könne. Nach eingehender Besprechung der Entwicklung des Parteistreites und seiner Führung durch die Opposition kam Ebert zu dem Schlusse, daß die Einberufung, die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz der Opposition vom 7. Jänner ihre Spaltungsabsicht offenkundig machen und mit dem Wortlaut und Geist des Parteistatuts dermaßen unvereinbar sind, daß dies im Interesse der Partei offen ausgesprochen werden müsse und hieraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen seien.

In der sehr gründlichen Diskussion schlossen sich die Redner der Mehrheit dem Referenten an, nicht ohne daß mehrere von ihnen ihrem tiefen Schmerze über diese Entwicklung Ausdruck gegeben hätten. Die auf Seite der Opposition stehenden Redner bestritten sowohl die sachliche Richtigkeit der Beurteilung der Konferenzbeschlüsse durch Ebert wie insbesondere die formale Berechtigung des Parteiausschusses zu so weitgehenden, nicht nur gutachtlichen Beschlüssen. In seinem Schlußwort wies Ebert die in der Diskussion vorgebrachten Einwände zurück. Er betonte das Recht des Parteiausschusses, in diesen für die Zukunft der Partei so wichtigen Fragen klare Stellung zu nehmen. Im übrigen würde sich der Parteivorstand zu dem Beschluß des Ausschusses erklären, sobald er gefaßt sei. Der Debatte lag folgende von Löbe (Breslau) und Sindermann (Dresden) gestellte Resolution zugrunde:

Einigkeit und Geschlossenheit im Handeln, freiwillige Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit, das sind die ersten Gebote einer demokratischen Massenbewegung, wie sie die Sozialdemokratie ist. Nur durch straffe Disziplin kann sie im Kampfe mit ihren zahlreichen und mächtigen Gegnern den sozialistischen Grundsätzen Geltung verschaffen. Je kritischer die politische Situation, je gefährdeter die Arbeiterorganisationen, desto fester muß der Zusammenschluß ihrer einzelnen Glieder sein zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen.

Die Reichstagsfraktion hat unter Zustimmung des Parteiausschusses und der Reichskonferenz der Gesamtpartei im Verlauf des furchtbaren Weltkrieges, dessen Charakter als Verteidigungskrieg für Deutschland nach der Bekanntgabe der maßlosen Eroberungsziele der feindlichen Regierungen von niemandem mehr ernstlich bestritten werden kann, den Grundsätzen der Partei getreu, die Mittel für die Landesverteidigung bewilligt. Eine Gruppe von Parteigenossen nahm dies zum Anlaß, um unter schwerstem Disziplinbruch die geschlossene Kampfesfront rücksichtslos zu zerreißen.

Sie hat die Reichstagsfraktion gespalten und als neue Fraktion die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Sie hat es seitdem als ihre Aufgabe betrachtet, die auf die Milderung der Kriegsleiden und auf die Herbeiführung eines baldigen Friedens gerichtete Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu durchkreuzen und sie zum Schaden der Arbeiterklasse zu bekämpfen.

Das disziplinwidrige, jeder Demokratie hohnsprechende Treiben dieser Sonderbündler hat mit seinen häßlichen Begleiterscheinungen eine zunehmende Zerrüttung der Partei herbeigeführt. Sonderorganisationen, gegen die Politik der Partei gerichtete Kundgebungen und schließlich auch Gegenkandidaten gegen die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei bei Wahlen waren die unausbleibliche Folge dieses verderblichen Vorgehens der anarchosyndikalistischen Opposition und der mit dieser verbündeten Arbeitsgemeinschaft. Selbst vor dem Boykott des Zentralorgans der Partei und anderer Parteizeitungen schreckte die Opposition nicht zurück.

Jetzt haben die Leiter der Arbeitsgemeinschaft ihr parteizerstörendes Werk gekrönt durch die Einberufung einer Reichskonferenz der Opposition

Ihr Vorgehen, sie wirkten für die Einheit der Partei u[nd] im Rahmen der Partei, ist damit in seiner ganzen U[n]ehrlichkeit enthüllt. Sie haben sich als Parteileitung a[n]getan und zum [7.] Jänner d. J. Parteiorganisationen u[nd] Sonderorganisati[o]n nach Berlin zusammenberufen. S[ie] haben dort unter anderem beschlossen: „Die Orts- u[nd] Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung d[er] Opposition teilt, haben in stete enge Fühlung zueinand[er] zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nic[ht] die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie i[m] Rahmen des Parteistatuts unermüdlich für die Ausbreitun[g] ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der de[r] Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgabe[n] sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zu[-] sammenschluß herbeizuführen." Das ist die Gründung eine[r] Sonderorganisation gegen die Partei und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wie ihre Anhänger haben sich nunmehr auch von der Partei selbst getrennt. Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr sind unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Daher ist es nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unehrlichen Doppelspiel aller Parteizerstörer ein Ende zu machen und die durch die Absplitterung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu festigen, damit sie den gewaltigen Aufgaben gewachsen ist, die sie noch während des schrecklichen Weltkrieges und nach seiner Beendigung zum Wohle der Arbeiterklasse und der weitesten Volkskreise im Geiste sozialistischer Weltanschauung zu erfüllen hat, ist Aufgabe aller Parteigenossen.

Diese Resolution wurde mit 29 gegen 10 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen. Ein ausführlicher Bericht über die Tagung des Parteiausschusses wird noch veröffentlicht werden.

Spaltung der preußischen Landtagsfraktion.

Berlin, 20. Jänner. Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages sprach in einem mit fünf gegen vier Stimmen gefaßten Beschluß aus, daß der heutige Versuch Adolf Hoffmanns, in offener Sitzung namens der Minderheit die Rede des Fraktionsredners Hirsch zu bekämpfen, ein Verstoß gegen die elementarsten Grundregeln parteigenössischen Zusammenarbeitens im Parlament sei. Die beiden Abgeordneten Hoffmann, dann die Abgeordneten Ströbel und Hofer hätten sich dadurch von der Fraktion getrennt und sie haben ihre Rechte als Mitglieder der Fraktion verwirkt.

Arbeiterzeitung
21. I. 1917
16

Das Ei des Herrn Dr. Lingg.

Der Herr Dr. Lingg in Prag hat eine staatsrechtliche Entdeckung gemacht und er wenigstens ist überzeugt, daß sie sehr wichtig sei, denn er hat sie in der dortigen „Bohemia" bereits in drei Artikeln vorgetragen. Die Welt zerbricht sich jetzt den Kopf, wie die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses zu reformieren wäre, materiell und formell zu reformieren wäre. Aber es gibt gar keine Geschäftsordnung im Abgeordnetenhause, antwortet Herr Dr. Lingg, und damit die Verblüffung über die Entdeckung, die schon an das Ei des Kolumbus erinnert, vollkommen sei, entdeckt Herr Dr. Lingg gleich ein zweites: Das Abgeordnetenhaus ist gar nicht befugt, sich eine Geschäftsordnung zu geben. Obwohl wir nun nicht gerade befürchten, daß sich die staatsrechtlichen Theorien des Herrn Dr. Lingg durchsetzen könnten, ist es vielleicht doch nützlich, bevor in Prag die Ideenverwirrung einreißt, der Entdeckung ein paar Worte zu widmen.

Herr Dr. Lingg behauptet also in allem Ernst, das Abgeordnetenhaus sei nicht befugt, seinen Geschäftsgang zu regeln, sich eine Geschäftsordnung zu geben. Ganz erregt fragt er: „In welchem Gesetz wird bestimmt, daß sich das Abgeordnetenhaus seine Geschäftsordnung autonom gibt?" Und (sehr voreilig) antwortet er: „In keinem!" Man könnte dem Staatsrechtler, der so fragt, die Antwort wohl zurückgeben: Ja in welchem Gesetz ist bestimmt, daß sich das Abgeordnetenhaus seine Geschäftsordnung nicht geben darf, daß diese ein Gesetz sein muß? Denn da es so in der ganzen Welt ist, war und sein wird, daß jedes Parlament seine Geschäftsordnung selbst und selbständig bestimmt (zum Beispiel in Oesterreich: Abgeordnetenhaus, Herrenhaus, jeder Landtag, die Delegation), so müßte doch, wenn diese ausnahmslose Regel für das Abgeordnetenhaus nicht gelten sollte, ihr Nichtgelten gesetzlich bestimmt sein; indem also durch kein Gesetz bestimmt ist, daß die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses ein Gesetz (im technischen Sinne des Wortes, denn ein Gesetz als verbindliche Satzung ist sie es natürlich) sein müsse, ist das Recht des Abgeordneten-

Arbeiter-Zeitung.

Der türkische Krieg.

Bericht des Hauptquartiers.

Konstantinopel, 19. Jänner. Das Hauptquartier teilt mit: Nichts Neues. Unsere Truppen haben ihre Vorbereitung am 16. d. dreimal nacheinander einen Teil unserer Stellung an. Alle Angriffe blieben unter schwerem Verlusten für den Feind fruchtlos. Am 14. d. griffen Truppen unserer tscherkessischen Kavallerie eine auf dem Marsch befindliche feindliche Kavalleriebrigade an. Der Feind erlitt große Verluste. Unsere tscherkessischen Reiter nahmen dem Feinde über hundert Stück Schlachtvieh ab und schossen ein englisches Flugzeug ab. Die Trümmer des Flugzeuges befinden sich in unserem Besitz.

Kaukasusfront. Auf dem rechten Flügel in unseren Stellungen wie Angriffe ab, die eine feindliche Kompagnie gegen unsere Korpsen unternahm.

Die Lage in Griechenland.

Durchaus unklaren.

London, 19. Jänner. Das Reutersche Büro meldet: Wie man hört, zeigen die letzteren Telegramme, daß die Gesandten [illegible] an; wo bleibt da zu Anfang Juni? Die Frage des Herrn Dr. Lingg zeigt, daß er in Gefilden wenig zu Hause verkehrt.

Beachtlich bemerkt, klang in allen wechselnden Berufungen Venizelos gerade das tiefe Betonen der Volksabstimmung vom 25. April 1848: Ein besonderes, von jeder Kammer zu beschließendes Abgehrement wird die Gesetzgebung für diesen Fällen verlieren (§ 58). Gleichsvertretung vom 4. März 1849: Jedes Haus hat seine Gesetzgebung unterhalb der durch diese Verfassung bestimmten Grundsätze selbst festzustellen (§ 64). Patent vom 13. April 1851: Die Ausarbeitung einer umfassenden Gesetzgebung wird die erste Verpflichtung des Reichsrates nach erfolgtem Zusammentritt sein (§ 29). Auch das Regierungspatent (26. Februar 1861) enthält nur die Bestimmung: Sie nächsten Sitzungen dieser Abgeordnetenhaus [illegible]

Arbeiterzeitung
23./II. 1917

Das Wahlrecht in der Kreisverfassung.

2. Soll das Erbübel verewigt werden?

Nichts Schlimmeres könnte uns zustoßen, als daß der Gedanke einer Kreisordnung auch noch in verkehrter Weise und entstellt verwirklicht würde, nachdem schon die Landes- und Gemeindeautonomie in ihrer Anlage und Ausgestaltung verfehlt worden ist! Wie schwer eine öffentliche Einrichtung, einmal in verkehrter Weise eingerichtet, hinterher in Ordnung gebracht werden kann, haben wir an unserem Reichsrat erfahren! Während der deutsche Reichstag von seiner Gründung bis heute, also innerhalb eines halben Jahrhunderts, nicht der geringsten Aenderung seines Wahlrechtes bedurft hat, haben wir in Oesterreich ungefähr in gleicher Zeit eine lange Reihe der aufregendsten und beschwerlichsten Wahlrechtsänderungen mitmachen müssen, und zwar in den Jahren 1867, 1872, 1885, 1896 und 1907; jede dieser Aenderungen hat eine ganze Staatskrise bewirkt und doch niemals auch nur auf ein Jahrzehnt befriedigt! Mit den Landtagen steht es noch schlimmer! Die Schmerlingschen Landtagspatente haben die konstitutionellen Unsinnigkeiten, die sie in sich anhäufen, noch dazu so verbarrikadiert, daß zum Schluß in der übergroßen Anzahl von Kronländern die Landtagsmaschine ganz stecken geblieben ist und überhaupt kaum noch in Bewegung gesetzt werden kann! Für den denkenden Betrachter dieser fünfzigjährigen parlamentarischen Leidensgeschichte ist es beinahe unfaßbar, wie man nach solchen Erfahrungen auf das Kuriensystem überhaupt noch zurückverfallen kann, und das bei einem Anlaß, wo man eine Verfassungseinrichtung ganz neu schöpft!

Wie die Kreisvertretung gewählt werden soll, läßt sich am besten danach beantworten, welchen Aufgaben sie zu dienen hat. In der landesüblichen Gedankenlosigkeit sieht man im Lager der Nationalverbändler vorläufig nur, wie sie nicht sein soll, man redet nur von ihrer negativen Seite, ohne sich um ihre positiven Aufgaben viel zu kümmern. Der Kreis soll reinsprachig sein, die Kreisvertretung soll durch nationale Gegensätze nicht mehr gelähmt sein, endlich soll eine Stätte geschaffen werden, in der jede Nation bei sich allein zu Hause ist, endlich soll jeder, von dem anderen ungehindert, für sich selber zu sorgen in die Lage kommen. Diese Sehnsucht ist im höchsten Grade begreiflich, sie ist von der Vergangenheit her gesehen auch entscheidend und die Beschlüsse des deutschböhmischen Arbeitertages von Teplitz legen auf diesen Punkt gleichfalls großes Gewicht, obschon Arbeiter natürlich nicht so fremdenscheu sind wie die von Haus aus zum Chauvinismus neigenden Kleinbürger und die aus Rücksichten auf die Stellen- und Aemterbesetzung national völlig unverträglichen Angestellten und liberalen Berufe. Der Gedanke, im gemeinsamen Hause des Staates jeder Nation endlich einen Sondertrakt zuzuweisen, ist so zwingend, daß darüber nicht mehr geredet werden braucht.

Aber man sehe doch näher zu! Wenn endlich die Nationen für sich allein sind, so müssen sie sich fragen, was sie denn mit sich und ihren Kreisen in Hinkunft nun beginnen sollen.

Die nächste Antwort ist: Wir werden unser Schulwesen selbst verwalten. Aber gerade das haben die beiden Nationen in Böhmen ohnehin schon zum großen Teil getan. Dagegen hat der Krieg den längst fühlbaren Mangel endlich ganz bloßgelegt, daß wir keine Wirtschaftsämter, sondern bloß Juristenobrigkeiten haben. Wirtschaftsämter aber, welche die ganz gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben lösen, die der Krieg stellt und die er zurücklassen wird, solche Wirtschaftsämter brauchen wir. Von dem im Kriege unterernährten Kinde bis zum invaliden Manne und zum familienlos gewordenen Greise werden wir jede Altersstufe in Stadt und Land betreuen müssen, um unseren Volkskörper wiederherzustellen. Diese soziale Aufgabe ist insbesondere für Deutschböhmen dringend und zwingend, denn gerade dort droht der Bevölkerungsausfall unter Umständen national verhängnisvoll zu werden. Die soziale Tüchtigkeit der Kreisvertretung wird über ihren Wert entscheiden. Diese Tüchtigkeit aber kann durch gar nichts anderes gewährleistet werden als durch eine angemessen starke, zur vorbehaltlosen und freudigen Mitarbeit bereite Vertretung der Arbeiterklasse.

Unter diesen Umständen ist der Einfall, neben den Kurien von Besitzenden ein winziges Gesindestübchen einzurichten, mit dem der Arbeiter geduldeterweise vorliebnehmen müsse, eine herausfordernde Zweckwidrigkeit.

Selbsterständlich würde unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen eine Kreisvertretung, die ganz die Beute irgend einer einzigen Klasse wäre, ein unmögliches Gebilde darstellen.

Das allgemeine Wahlrecht bringt überall, wo es in Anwendung steht, alle Klassen der Gesellschaft zur Vertretung und es ist einfach nicht wahr, daß es den Arbeiter privilegiere. Es spiegelt vielmehr die Klassen allesamt in ihren organischen Machtverhältnissen wider und bewirkt die Sachlichkeit der Verhandlungen und der Beschlüsse schon dadurch, daß immer jede Klasse alle anderen von innen heraus kontrolliert. Privilegierte Kammern, welche etwa dem Großkapital oder dem Großgrundbesitz oder auch beiden zusammen die Herrschaft zuschanzen, wie etwa das ungarische Abgeordnetenhaus, berufen zur Verwaltung doch wenigstens solche Kreise, die im Privatleben große Verwaltungen führen und deshalb einen einigermaßen erweiterten Gesichtskreis mitbringen, deren Blick sich über lokale Dinge bis zum Staatsganzen erhebt. Die reine politische Verrücktheit aber ist es, schon rein bürgerlich betrachtet, den Kleinbürgern das Monopol über die staatliche Verwaltung einzuräumen und neben ihnen zugleich den Großbesitz und die großen Massen zu mumifizieren. Keine Schicht der heutigen Gesellschaft ist nämlich politisch, wirtschaftlich und sozial so unbestimmbar und so schwer orientierbar als diese Durchgangsstufe aller Klassen, darum ist auch keine so leicht jeder konservativen oder radikalen Demagogie — wie es gerade kommt — ohne sachlichen Untergrund ausgeliefert und daher so wetterwendisch und launenhaft wie diese Bevölkerungsgruppe, wenn sie bloß auf sich gestellt ist. Unter Umständen äußerst wertvoll in der Zusammenarbeit mit allen anderen, wird sie verhängnisvoll in ihrer Alleinherrschaft. Von 1885 bis heute hat sie von zehn zu zehn Jahren ihre Richtung gewechselt; bald hyperradikal, bald hyperreaktionär, bald patriotisch und bald irredentistisch, war sie immer die Brutstätte des nationalen Chauvinismus. In ihr gerade sind jene Erscheinungen ausgereift, die jetzt im Kriege so verhängnisvoll hätten werden können. Die Wetterwendigkeit dieser Klasse bürgt auch in Zukunft für gar nichts — man denke nur an das Jahr 1897 zurück!

Nach diesen Erfahrungen mehrerer Jahrzehnte erscheint es uns als eine groteske Zumutung an den Staat, gerade diesen Schichten die Kreisvertretungen allein zu überantworten. Dies zumal, wenn man bedenkt, daß die Kreisvertretung nicht bloß ein Neben-, sondern das Hauptgeleise der staatlichen Lokalverwaltung werden soll.

Indessen kommt ja nicht nur der Staat, sondern in erster Linie die bürgerliche Gesellschaft selbst in Betracht. Wir wissen schon, daß das Proletariat in der kapitalistischen Gesellschaft nicht die herrschende Klasse sein kann, und erheben also keineswegs einen Anspruch auf irgend ein Vorrecht für die Arbeiter. In der Gesellschaft, soweit sie bürgerlich ist, kann der Kleinbürger keineswegs als der Faktor gelten, auf dem die wirtschaftliche Fortentwicklung ruht. Das in der jetzigen Reichsratswahlordnung endlich abgetane Privileg der Fünfguldenmänner hat in den letzten zehn Jahren dennoch soweit nachgewirkt, daß die Parteiformationen des Fünfguldenmannes unser Parlament und damit die österreichische Politik gestaltet haben. Mit Schaudern denken wir an diese Zeit zurück! Auch nicht ein einziger großer Gesichtspunkt, auch nicht eine einzige wirtschafts- oder sozialpolitische Leitidee, keine verständige Direktive in der Zoll- und Handelspolitik! Daneben nicht einmal der bescheidenste Sinn für die ordnungsgemäße Erledigung der allernotwendigsten Geschäfte, selten einmal ein Budget, noch seltener die Prüfung einer Haushaltsrechnung, gar kein Sinn für die Instandhaltung des Eisenbahnwesens oder der sonstigen einfachsten Verwaltungsnotdurft!

Die gar nicht unbeträchtliche Zahl von Talenten, die trotzdem ins Parlament geraten sind, war geradezu ausgeschaltet und in die Ecke gedrängt durch die persönlich bedeutungslosen, sachlich unzulänglichen Meister jener wundereinfachen Schlagwörter, die der Kleinbürger über alles liebt. Und nachdem diese Schicht eine so eindeutige Probe ihrer Verwaltungskunst im Parlament gegeben hat, belohnt man sie dadurch, daß man ihr auch die Lokalverwaltung ausliefert!

Es ist jedoch gar nicht zu verwundern, daß der Kleinbürger allein nicht verwalten kann. Keine Klasse kann das ohne Kontrolle durch die anderen, aber jede andere noch eher als diese. Die Betriebsweise, in der der kleine Mann lebt, die Enge seines privaten Arbeitsfeldes, die Tatsache selbst, daß er in seinem Betrieb in der Regel nicht einmal ein Buch führt, seine Abgeschlossenheit von der großen Industrie, von der großen Landwirtschaft, seine Entfremdung von der großen Technik, die den Industriearbeiter geistig beherrscht, sein prekäres Verhältnis zu den eigenen Arbeitern, das mit dem Verhältnis des Fabrikanten zum Arbeiter nicht verglichen werden kann, all diese Engen des Lebens begrenzen seine Fähigkeit zu schöpferischer Arbeit und benehmen ihm notwendig die Uebersicht über das Ganze der Staatsgeschäfte. Der kleine Mann denkt immer nur lokal oder regional, immer nur im besonderen — das allgemeine Beste liegt ihm nicht.

Sicherlich kann auf diese Weise jede einzelne Klasse der bürgerlichen Gesellschaft auf ihre Besonderheit und auf die Schranken ihres Wesens untersucht werden und jede einzelne erwiese sich, da sie eben nur ein Teil des Ganzen ist, unvollkommen und einseitig. Darum eben kann man einzelne Klassen nicht kurienweise allein herausnehmen und bevorrechten. Wir haben es ja schon mit allen versucht; unsere Gesetzgebung und unsere Verwaltung sind offensichtlich das Opfer solcher Einseitigkeit. Der schlimmsten Einseitigkeiten eine war das Vorrecht des Fünfguldenmannes, und nun stelle man sich vor, daß der Fünfguldenmann in erneuter Auflage allein nach dem Kriege die Besteuerungsmaschine in die Hand bekomme, daß er allein über unsere soziale Verwaltung entscheide und die künftige Agrarverwaltung besorge, und man wird sofort dahinterkommen, daß das sogar für die bürgerliche Welt unerträglich würde.

Das Erbübel unserer ganzen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ist ja eben diese Einstellung der Gesetzgebung und Verwaltung auf die Mittelmäßigkeit gewesen und nun soll am Ende die Kreisverfassung auf solche Mittelmäßigkeit festgelegt und der künftige Staat mit allen seinen Bürgern genötigt werden, die einmal festgelegte Torheit durch vieljährige Kämpfe erst nach und nach wieder abzubauen, das heißt also erst durch Jahrzehnte um die Voraussetzungen einer gedeihlichen Arbeit kämpfen zu müssen, bevor er zur Arbeit käme. Das wäre in der Tat zum Verzweifeln. Man wird sich also wohl Mühe geben müssen, über das Vertretungssystem im Kreise ernstlich nachzudenken, und wird den bequemen Schimmel der Schmerlingschen und Badenischen Unvernunft von vornherein ausschalten müssen! Sonst hätte man, statt die Rettung zu bringen, tatsächlich nur das alte Uebel verbreitert und verewigt.

Kriegstagung des Reichstages.

Eisenbahnkriegssteuer und Ausnahmeverfügungen.

Budapest, 24. Januar.

Finanzminister Johann v. Teleßky beantwortete heute die Einwürfe, die gestern im Abgeordnetenhause gegen die Eisenbahnkriegssteuer erhoben wurden. Er kennzeichnete eingehend die Notwendigkeiten, die dazu führten, daß nicht eine Tariferhöhung, sondern eine Steuer beschlossen wurde. Die Beziehungen, in denen die Vorlage zu den entsprechenden österreichischen Einrichtungen steht, fanden in den Ausführungen des Ministers klare Beleuchtung. Nach einer verkehrs- und steuerpolitischen Wertung der entscheidenden Faktoren kam der Minister zu der befriedigenden Feststellung der Zulänglichkeit und Zulässigkeit der Vorlage. Im Laufe dieser Ausführungen fand der Minister Gelegenheit, auf die günstige Investitionspolitik der Regierung hinzuweisen. Er kam im Schlusse seiner Ausführungen auch zur Frage der Refaktien. Die Refaktien sind sehr wichtige wirtschaftliche Einrichtungen, die allerdings nur dem Gemeinziel dienen dürfen. Seit dem Jahre 1909 bis heute ist die Zahl der Refaktien von 200 auf 73 gesunken. Zahlenmäßig konnte der Minister feststellen, daß die Refaktien heute Gemeinzielen dienen und unter allgemeiner Heiterkeit antwortete er auf den oppositionellen Vorwurf betreffend die Lebensmittelrefaktien, daß diese zur Zeit der Koalition allerdings bestanden, heute aber aufgehoben sind. Lauter Beifall folgte seinen Worten.

Das Haus nahm den Entwurf im allgemeinen an.

Die Spezialdebatte, an der sich Finanzminister Johann v. Teleßky, Berichterstatter Baron Géza Pap, Julius Hody, Graf Moritz Esterházy und Béla Mezössy beteiligten, gedieh bis zur Annahme der ganzen Vorlage.

Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl v. Száß eröffnet die Sitzung um dreiviertel 11 Uhr.

Als Schriftführer fungieren: Ladislaus Almásy, Paul Száß, Koloman Szojka.

Die Petitionen der Budapester und Nagyváradet Feministenvereine betreffend die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen werden an den Petitionsausschuß gewiesen.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Eisenbahnkriegssteuer und die Erhöhung der Stempelgebühr der Transporturkunden.

Finanzminister Johann v. Teleßky:

Der überwiegende Teil der Argumente, die gegen den Gesetzentwurf vorgebracht worden sind, macht den Eindruck, als ob die oppositionellen Redner dem Krieg und dessen wirtschaftlichen Folgen nicht Rechnung trügen. Die vorgebrachten Argumente könnten vielleicht in Friedenszeiten bestehen, jetzt aber werden sie vollständig durch den Umstand paralysiert, daß im Kriege die Kaufkraft des Geldes abgenommen hat, so daß, wenn die ungarische Volkswirtschaft vor dem Kriege den bisher bestehenden Tarif ertragen konnte, sie die dreißigprozentige Erhöhung der Tarifgebühren, solange die alte Kaufkraft des Geldes nicht hergestellt ist, ohne Schwierigkeiten wird ertragen können. Es ist hier nur im geeigneten Augenblick von der Ausnützung einer provisorischen Einnahmsquelle die Rede. Die Vorlage muß von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet werden. Ein Redner hat der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie diesen Gesetzentwurf unter dem Einfluß der österreichischen Regierung ausgearbeitet hätte. Das entspricht nicht den Tatsachen. Es ist hier von einer vollständig unabhängigen, selbständigen Verfügung die Rede, allerdings in einer Frage, in der bei den engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ungarn und Oesterreich und infolge der gegenseitigen Wirkung, die die Volkswirtschaft beider Staaten aufeinander übt, in keinem Staate Verfügungen getroffen werden können, ohne zu berücksichtigen, was in dem anderen Staate in dieser Beziehung verfügt werden wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Gesetzentwurf eine ganz andere Wirkung ausüben müßte, wenn in dem mit uns im engen wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Oesterreich nicht ähnliche Verfügungen getroffen würden, womit keineswegs gesagt sein soll, daß wir dies nicht ohne Oesterreich oder Oesterreich ohne uns hätten durchführen können. Vom Standpunkte unserer Volkswirtschaft ist es jedenfalls viel ersprießlicher, daß auch in Oesterreich ähnliche Maßnahmen getroffen worden sind. So wurden mit der österreichischen Regierung in dieser Frage Verhandlungen gepflogen und bei diesen Beratungen festgestellt, daß eine dreißigprozentige Erhöhung durch beide Regierungen gebilligt werden kann; doch hat in dieser Beziehung keiner der beiden Staaten irgendeine Verpflichtung gegenüber dem anderen übernommen. Den Gegenstand der Beratung bildete längere Zeit hindurch die Frage, ob diese Erhöhung durch Erhöhung der Tarife oder durch Einführung einer Kriegssteuer erfolgen soll. Der Finanzminister hat von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß nur eine Steuer in Betracht gezogen werden darf. Diesen Standpunkt nahm auch die österreichische Regierung an, die anfangs eine 15prozentige Steuer und eine 15prozentige Tariferhöhung einführen wollte. Von der 30prozentigen Steuer hat der ungarische Staat einen viel größeren Nutzen als von der 30prozentigen Tariferhöhung, denn im letzteren Fall würde bei den unter der Verwaltung der Staatsbahnen befindlichen Lokalbahnen nur die Hälfte der Mehreinnahmen den Staatsbahnen zufallen, die andere Hälfte aber den Kapitalistengruppen, deren besondere Begünstigung ein oppositioneller Redner dem Minister zum Vorwurf machte. Zugleich will der Finanzminister feststellen, daß er die 30prozentige Steuer in vollem Einvernehmen mit dem Handelsminister eingeführt hat. Graf Moritz Esterházy hat die Frage an den Minister gerichtet, welche Garantien wir besitzen, daß diese Verfügungen auch in Oesterreich bis zum Jahre 1920 in Kraft bleiben werden. Solche Garantien besitzen wir nicht. Die Forderung solcher Garantien wäre auch nicht zulässig. Die wirtschaftlichen Interessen Oesterreichs sind aber im großen und ganzen identisch mit den unsrigen, und es kann demnach nicht damit gerechnet werden, daß in Oesterreich diese Maßnahme über Nacht aufgehoben werde. Sollte dennoch dieser Fall eintreten, so wird es die Aufgabe der ungarischen Regierung und des ungarischen Parlaments sein, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. (Zustimmung rechts.)

Den größten Angriffen war der § 3, der die Begünstigungen enthält, ausgesetzt, namentlich die Verfügung, daß ein Teil der durch die Lokalbahnen erzielten Mehreinnahmen den Lokalbahnen vergütet werden kann. Die oppositionellen Redner sprachen von einem Geschenk an die Privatunternehmer. Die Unternehmungen hätten aber ein viel besseres Geschäft gemacht, wenn eine 15prozentige Steuer und eine 15prozentige Tariferhöhung durchgeführt worden wäre. Der Minister war demnach bestrebt, für den Staat aus dieser Quelle die größten Einnahmen zu sichern, allein es mußte auch auf die erworbenen Rechte einzelner Privatunternehmungen Rücksicht genommen werden.

Abgeordneter Julius Hódy: Wo ist die Grenze?

Finanzminister Johann v. Teleßky (fortfahrend): Hätten Sie den Gesetzentwurf gewissenhaft durchgelesen, so würden Sie diese Grenze gefunden haben. Die Begünstigungen erstrecken sich auf drei Gruppen von Bahnen. Was zunächst die Gruppe der sogenannten gemeinsamen Hauptbahnen betrifft, so stand seit dem Jahre 1867 die Regierung auf dem Standpunkt, daß diese Bahnen, die ja zum großen Teil unseren Export vermitteln, bei der Tarifbildung in Ungarn ebenso behandelt werden sollen, wie in Oesterreich, um zu verhindern, daß diese Bahnen in Ungarn höhere Tarife fordern. Auch die in diesem Gesetzentwurfe enthaltene Verfügung wird nur in dem Maße durchgeführt werden, das erforderlich ist, damit die Einheitlichkeit des Gütertarifs auf den ungarischen und den österreichischen Linien aufrechterhalten bleibt. Selbstverständlich sind diese Verfügungen auf Grund einer Vereinbarung mit der österreichischen Regierung erfolgt. Wenn es nun richtig ist, daß wir die Erhöhung der Betriebsausgaben dieser Gruppe in Berücksichtigung zogen, mußten wir auch dafür Sorge tragen, daß die in selbständiger Verwaltung stehenden ungarischen Eisenbahnen eine ähnliche Begünstigung erhalten, und zwar nur bis zu der Grenze, daß die Zunahme ihrer Betriebsausgaben darin eine Deckung findet. Bei der dritten Gruppe ist von einer großen Zunahme der Betriebsausgaben nicht die Rede, ebensowenig aber von irgend einer Verletzung erworbener Rechte, wie manche der oppositionellen Redner behaupten. Es ist ein großer Irrtum, anzunehmen, eine fünfprozentige Dividende sei ein erworbenes Recht. Ebenso unberechtigt ist der Vorwurf, daß wir aus öffentlichen Geldern eine 4½prozentige Verzinsung sicherstellen wollen. Wir gestatteten nur, daß die in der Verwaltung einer anderen Eisenbahn befindlichen Vizinalbahnen, bei denen die auf Grund der Konzessionsurkunden bewilligten Erhöhungen in den Jahren, in denen die Eisenbahnkriegssteuer eingehoben wird, nicht hinreichen, um nach ihren Prioritätsaktien eine 4½prozentige Dividende zu zahlen, die erwähnte Begünstigung erhalten, allein auch dies nur bis zu der Grenze, innerhalb deren die Konzessionsurkunden noch die Möglichkeit zu einer Tariferhöhung bieten. Sollte das Abgeordnetenhaus der Meinung sein, daß eine fünfprozentige Verzinsung richtiger wäre, so habe der Minister nichts dagegen, ebenso wie er einen Antrag anzunehmen geneigt ist, daß die Regierung verpflichtet werden soll, über die auf Grund des § 3 erteilten Begünstigungen dem Abgeordnetenhaus Bericht zu erstatten. (Zustimmung rechts und links.) Doch möchte der Minister bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Reinheit des öffentlichen Lebens nicht nur darin besteht, daß die Handlungen derjenigen, die die Macht innehaben, einwandfrei seien, sondern daß auch die Opposition nicht unbegründete Verdächtigungen erhebe. (Lebhafter Beifall rechts.) Was den Vorwurf betrifft, daß auch in dieser Vorlage der Omnipotenz des Ministers weiter Spielraum gegeben ist, so gibt dies der Minister zu, allein es liegt dies im Interesse der Sache, denn je höher die Steuerlast ist, umso eher müsse mit gewissen Nuancen gerechnet werden, die nicht vorausgesehen werden konnten, so daß nichts anderes übrig bleibt, als daß der Regierung gewisse Freiheiten eingeräumt werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Der Abgeordnete Mezössy hat gestern abermals persönliche Angriffe gegen den Minister gerichtet und ihm Engherzigkeit, ja wie er sich auszudrücken beliebte, „Schmutzerei" vorgeworfen. Der Minister hat bereits in dieser Beziehung erklärt, er lege kein Gewicht darauf, in welcher Weise man seine Person beurteile. Allein er schulde es der Regierung und der Partei, der er angehört, sich gegen diese Angriffe zu wehren, damit nicht die seiner Person imputierten Eigenschaften auf die Regierung und auf die Mehrheitspartei übertragen werden. Zunächst will er feststellen, daß gerade, seitdem er an der Feststellung des Budgets teilzunehmen die Ehre hat, die Ausgaben im allgemeinen, namentlich aber die Posten für soziale und kulturelle Zwecke wie für die Investitionen der Staatsbahnen riesige Erhöhungen erfahren haben. Er stellt nicht in Abrede, daß er bei gewissen Verhandlungen auch gegenüber dem Abgeordnten Mezössy (Heiterkeit rechts) sich nicht besonders entgegenkommend gezeigt hat. Allein, dies ist die Pflicht eines jeden Staatsmannes, der auch für die Deckung der Ausgaben zu sorgen hat. Niemand, der eine öffentliche Stellung bekleidet, darf die öffentlichen Gelder in leichtsinniger Weise verwalten, nur um der Wahrung seiner Volkstümlichkeit willen. (Lebhafter Beifall rechts.) Dazu war Redner nie zu haben. Bei der Verwaltung der Staatsgelder muß man sich an feste Prinzipien halten.

Was die sozialen Gesichtspunkte und die Lage der Beamten betrifft, so macht Redner nur darauf aufmerksam, daß eine Familienzulage nirgend eingeführt ist und viele auswärtige Staaten bei uns um die Uebermittlung des diesbezüglichen Materials angesucht haben. Auch sei nirgend in Europa ein so liberales Pensionsgesetz wie in Ungarn. An beiden gesetzgeberischen Arbeiten nahm der Minister teil, und infolgedessen muß er sich dagegen verwahren, daß man ihm diese unsympathischen Eigenschaften imputiere und diese Eigenschaften dann auf die gesamte Regierung verallgemeinere, deren Exponent Redner ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Was die Lage der Staatsbahnangestellten betrifft, so darf dies keineswegs mit diesem Gesetzentwurf in Verbindung gebracht werden, wie ja Redner stets dagegen Stellung nahm, daß man die materielle Lage der Staatsbahnangestellten mit den Einnahmen der Staatsbahnen verquicke. Der Staat muß für die Gehälter der Staatsbahnangestellten in derselben Weise sorgen, wie für die der anderen Kategorien der Staatsangestellten. Redner gibt zu, daß die Staatsbahnangestellten einen sehr schweren Dienst zu leisten haben, aber auch der Dienst der Gendarmen, der Grenzpolizei und der Grenzfinanzwache ist über jedes Lob erhaben. Jedenfalls muß festgestellt werden, daß nirgend während des Krieges weitergehende Unterstützung den Staatsangestellten gewährt wurde als in Ungarn.

Der Abgeordnete Béla Mezössy hat dem Minister auch Engherzigkeit gegenüber den Investitionen der Staatsbahnen vorgeworfen. Redner hat schon wiederholt erklärt, daß die Investitionen in den letzten Jahren vor dem Kriege viel größer waren als früher. Auch jetzt stehen noch über 200 Millionen Kronen, die zu Investitionszwecken bewilligt worden sind, den Staatsbahnen zur Verfügung, das bedeutet, daß die Staatsbahnen seit Jahren den ihnen bewilligten Investitionskredit nicht voll in Anspruch nehmen konnten. Die Investitionen nach dem Kriege werden nicht von der Geldfrage, sondern von dem zur Verfügung stehenden Material und den Arbeitskräften abhängen. Was während des Krieges an Investitionen durchgeführt worden ist, darüber kann sich der Minister aus verschiedenen Gründen nicht äußern und will nur bemerken, daß alle zur Verfügung stehenden Kräfte in dieser Beziehung mobilisiert waren und in den heimischen Fabriken alles hergestellt wurde, was nur hergestellt werden konnte. Ja, es wurden selbst im Auslande Bestellungen gemacht, wozu sich der Minister aus bekannten Gründen nur schwer entschließen konnte. Auch bezüglich der Entlastung der Budapester Lastenbahnhöfe ist alles durchgeführt worden, was durchgeführt werden konnte. Weitgehende Maßnahmen konnten aber in Anbetracht der gegenwärtigen Lage selbstverständlich nicht getroffen werden. Was die Ausnützung des Donauweges betrifft, so müssen wir darüber im klaren sein, daß unsere Wasserstraßen nur in geringem Maße den Eisenbahnverkehr ersetzen können. Indessen ist hinsichtlich der Ausnützung der Donau während des Krieges alles geschehen, was geschehen konnte, namentlich im Interesse der Sicherstellung der rumänischen Getreideeinfuhr entwickelte sich ein sehr starken Verkehr bis Zimony. Die Schiffahrtunternehmungen konnten in jeder Hinsicht ihren Aufgaben gerecht werden.

Zum Schluß beschäftigte sich der Minister mit der Frage der Refaktien. In der öffentlichen Meinung wird in der letzten Zeit diese Frage sehr häufig besprochen, obwohl sie eine sehr komplizierte wirtschaftliche Frage ist und man sich damit nur auf Grund entsprechender Vorstudien beschäftigen sollte. Der Minister hätte nie geglaubt, daß er einmal in die Lage kommen sollte, die Frage der Refaktien zu verteidigen. Der Minister habe seine ihm von der Opposition vorgeworfene Neigung, mit dem Bleistift zu arbeiten, bei den Refaktien ebenso zur Geltung gebracht, wie auf anderen Gebieten, wenn dies im öffentlichen Interesse gelegen war. Und er muß feststellen, nie mit so günstigem Ergebnis, wie seitdem Baron Johann Harkányi an der Spitze des Handelsministeriums steht. Das bedeutet aber keineswegs, daß alle Refaktien abgeschafft werden sollen. Im Gegenteil. Die Refaktien bilden eine sehr wichtige wirtschaftliche Waffe, deren richtige Benützung für das Land von großem Nutzen ist. Man darf die Refaktien nicht hinstellen, als ob sie einen illegitimen Nutzen bilden, als ob sie ein Geschenk der Regierung an gewisse Personen darstellen würden. Dem Wunsche des Abgeordneten Mezössy, die Regierung möge über die erteilten Refaktien ausführliche Rechenschaft ablegen, kann nicht entsprochen werden. Die Refaktien werden nicht gewissen Personen, sondern für gewisse Relationen erteilt. Die gegenwärtige Regierung hat die Zahl der Refaktien bedeutend eingeschränkt. Im letzten Jahre der Koalitionsregierung, im Jahre 1909, wurden 272 Refakten erteilt; am Schluß des Jahres 1916 gab es nur noch 100 Refaktien. In diesem Jahre wurden bereits 27 Refaktien zurückgezogen, so daß es jetzt insgesamt nur 73 Refaktien gibt. (Heiterkeit rechts. Lärm links.) Die absoluten Zahlen bedeuten wohl nichts, aber jedenfalls ist die Zahl 73 kleiner als die Zahl 272. (Heiterkeit rechts. Lärm links.) Im Jahre 1909 gab es 78 sogenannte Speditionsrefaktien, die einzelnen Firmen erteilt wurden; jetzt existiert nur eine einzige. Was die Lebensmittelrefaktien betrifft, so haben diese tatsächlich mit dem 1. Januar d. J. aufgehört. Gegen diese Refaktien hat der Finanzminister stets Stellung genommen, und auch der wegen Verhaltens der Ackerbauminister, und auch der Abgeordnete Béla Mezössy hat als Staatssekretär für diese Refaktien Stellung genommen.

Abgeordneter Béla Mezössy: Das ist nicht wahr.

Finanzminister Johann Teleßky (fortfahrend): Wahr ist, daß im Jahre 1906 diese Refaktien bestanden, wahr ist, daß ich diese Refaktien stets bekämpft habe, und wahr ist, daß der jeweilige Ackerbauminister stets für diese Refaktien eingetreten ist. Was die Gewährung der Refaktien an die Bauxitgesellschaft betrifft, so entspricht es den Tatsachen, daß Handelsminister Baron Johann Harkányi diese Refaktien erteilt hat. Allein, er war hiezu durch ein Versprechen veranlaßt, das der Handelsminister der Koalitionsregierung im Jahre 1909 diesem Unternehmen für den Fall gegeben hat, daß dieses Unternehmen Aluminium herstellt. (Lebhafte Heiterkeit rechts. Lärm links.) Im übrigen bilden die Aluminiumlieferungen nach Deutschland ein sehr großes wirtschaftliches Interesse Ungarns. Diese Begünstigung hört indessen am 1. Februar schon auf, und ich kann erklären, daß diese Verfügung schon vor dem gestrigen Tage getroffen worden ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Gewiß hat die Regierung im Jahre 1909 bei der Erteilung der Refaktien nicht gewisse Interessengruppen, sondern ausschließlich die Interessen des Landes in Berücksichtigung gezogen. Wie ich überhaupt fest überzeugt bin, daß

in der Begeisterung für die Franzosen und den Zaren. In England hat die kriegerisch-nationalistische Richtung längst die Oberhand über die halbschlächtig-pazifistische Gruppe Macdonalds erlangt, was den Führern freilich etliche wichtige Ministersitze und andere feste Posten eintrug. In Frankreich, wo sich die Genossenführer so schön mit der bis heute ungesühnt gebliebenen Ermordung ihres „Freundes" und Oberführers Jaurès abgefunden hatten — was ihnen ebenfalls mit einer stattlichen Anzahl von Ministerposten gelohnt wurde — zeigen sich seit der letzten Umgestaltung des Kabinetts Briand bedenkliche Sprünge in der Partei; zwischen der regierungstreuen Mehrheit, die von der Verbandsantwort an Wilson entzückt ist, und der Parteiminderheit, die mit Rücksicht auf die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung eine minder schroffe Antwort auf das Friedensangebot der Mittelmächte gewünscht hätte, kam es sogar zu so leidenschaftlichen Auseinandersetzungen in der Kammer, daß Tätlichkeiten nur mit Mühe verhindert werden konnten. Neuesten Meldungen zufolge, soll übrigens die Minderheit bereits zur Mehrheit geworden sein.

Nun ist der Bruch anscheinend auch in der Sozialdemokratie des Deutschen Reiches, deren verschiedene Gruppen einander bisher im Parlamente und noch mehr in der Presse bereits schroff gegenüberstanden, unheilbar geworden. Die Minderheit, die ihrerseits wieder aus allerlei „Richtungen" besteht, hielt kürzlich in Berlin, der ausdrücklichen Warnung des Parteivorstandes zum Trotz, einen oppositionellen Parteitag ab, auf welchen seither der Parteiausschuß der Mehrheit, die natürlich ihrerseits ebenfalls aus einer ganzen Anzahl von „Richtungen" besteht, mit der öffentlichen Erklärung antwortete, daß sich die Teilnehmer an jenem Sonderparteitag „der anarcho-syndikalistischen Opposition und der mit dieser verbündeten Arbeitsgemeinschaft" selber von der Partei getrennt hätten. Die Annahme dieser Erklärung, die den Ausschluß der Minderheit aus der Gesamtpartei bedeutet, erfolgte — auch dies ist für die Mehrheit wieder charakteristisch — mit 29 gegen 10 Stimmen der Ausschußmitglieder. Im „Vorwärts" ergriff am 21. d. der Parteivorstand nochmals das Wort, um der Mehrheit die Frage ans Herz zu legen, ob denn „die Partei nach dem Kriege in Trümmer liegen solle oder nicht":

Daß Deutschland keinen Eroberungskrieg führe, sondern gegen eine ungeheure Uebermacht um seine nackte Existenz, also auch um die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft kämpfe, könne von keinem verständigen Menschen mehr bestritten werden. In der Partei müßten die uneingeschränkte Meinungsfreiheit und das Recht auf rücksichtsloseste Kritik unter allen Umständen sichergestellt sein. Diesen unantastbaren Rechten gegenüber stünde die Pflicht der Disziplin und Unterordnung unter die Mehrheitsbeschlüsse und die Ehrlichkeit im Handeln.

Auch die Wiener „A.-Z." erteilt, auf die in ihrer seinerzeitigen Polemik gegen einen Friedrich Adler-Artikel verkündete Ansicht, daß die reichsdeutschen Genossen schon selber wüßten, was sie zu tun haben, völlig vergessend, den reichsdeutschen Genossen, und zwar bezeichnenderweise der Mehrheit, nicht der oppositionellen Trutzpartei, allerlei weise Ratschläge, wie sie es anzustellen hätten, um den endgültigen schrecklichen Bruch doch noch zu verhüten. Es dürfte noch die Stunde kommen, in der die reichsdeutschen Genossen der Wiener Zentrale die guten Ratschläge zur eigenen Nutzanwendung werden zurückstellen können. In der Kriegszeit ist nicht nur die Seife schlecht geworden, die das gegenseitige Wäschewaschen zu erleichtern pflegte, auch der Kleister wird als Bindemittel von Ungleichartigem immer untauglicher. — Inzwischen hat „draußen" die reinliche Scheidung einen weiteren Schritt nach vorwärts getan. Im preußischen Abgeordnetenhause, wo bisher die radikale Gruppe in der Mehrheit war, ist durch die Rückkehr des Abgeordneten Hirsch zur anderen Gruppe das Gegenteil der Fall geworden; seit Liebknechts Abgang war das Verhältnis vier zu fünf (früher vier zu sechs!), jetzt ist es fünf zu vier. Als sich letzthin am Schusse der Polendebatte Abgeordneter Hirsch zur Ansicht bekannte, die Mittelmächte führten einen Verteidigungskrieg, protestierten die Abgeordneten Hoffmann und Ströbel gegen diesen Verrat des „Herrn" Hirsch. Daraufhin beschloß die Gruppe der Fünf, daß sich die Minderheit der Vier selber aus der Zugehörigkeit zur Fraktion ausgeschlossen habe. Beide Teile konstituierten sich daraufhin — ähnlich wie im Reichstage — als eigene Gruppen: Hirsch, Hué, Leinert, Braun und Haenisch auf der einen, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Ströbel und Hofer auf der anderen Seite.

Aber vielleicht noch bedeutsamer und von größerer Tragweite als diese Spaltung der Fraktion im preußischen Landtage ist die Tatsache, daß sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften dazu verstanden haben, sich mit den christlichen nationalen Gewerkschaften zusammenzufinden zu einer Aufsehen erregenden gemeinsamen vaterländischen Kundgebung an den Reichskanzler sowie an den Präsidenten des Kriegsamtes, worin die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht wird, alle Kräfte der Arbeiterschaft zur Verteidigung des Vaterlandes und zur Organisierung des Kriegsdienstes im Hinterlande anzuspornen. Diese Kundgebung, die auch nach außen ihre Wirkung tun dürfte, bedeutet einen vollständigen Bruch mit der bisherigen sozialdemokratischen Praxis; sie ist ein Bekenntnis nicht nur zum Vaterlande und zu den Notwendigkeiten seiner auswärtigen Politik, sondern

Der Spaltpilz in der Sozialdemokratie.

Die Zerlegung der sozialdemokratischen Parteien nahezu aller Länder in zwei Hauptrichtungen hat in der letzten Zeit weitere Fortschritte gemacht. In Italien erfolgte bekanntlich der Auseinanderfall der Partei in die fanatisch-chauvinistische kriegshetzerische „Popolo d' Italia"-Richtung und in die minder irredentistische „Avanti"-Gruppe schon vor dem Kriege. Auch in Oesterreich hatten sich die tschechischen Sozialdemokraten schon vor dem Kriege „separiert", während des Krieges folgten die galizisch-polnischen Sozialdemokraten, die in den Polenklub eintraten, während sich die tschechischen Genossen später dem neuen alltschechischen Parteienverband anschlossen. In der allein übrig gebliebenen deutsch-jüdischen Sozialdemokratie ist die formelle Einheit zwar noch, dank der taktischen Kunstgriffe und Interpretationsgeriebenheit der Führer und Publizisten, vorhanden, doch machen sich die Nichtübereinstimmungen der Meinungen selbst in grundlegenden Fragen bald da, bald dort bemerkbar. Die Lostrennung der „Grütlianer" in der Schweiz von der übrigen Sozialdemokratie des Landes (letztere verehrt in Friedrich Adler einen Helden und ist wütend ententefreundlich) wurde schon mehrfach besprochen, ebenso die Gegensätze innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie, deren beide Gruppen nur in einem übereinzustimmen scheinen, nämlich

Arbeiterzeitung

24.II.1917

24

wenigstens genau wird, wird sein Zauber die Kräfte für den Frieden stählen und anfeuern.

Das Wahlrecht in der Kreisverfassung.

3. Fehlerhafte Systeme.

Im ganzen Gefüge unseres Staatswesens scheint es keine Stelle, kein Amt und keine einzelne Persönlichkeit zu geben, die sich berufsmäßig damit befaßt, den Zusammenhang zwischen Staatsinteresse, Wahlberechtigung und Wahlverfahren zu studieren und zu verfolgen. Die Staatsbürgerkunde überhaupt scheint ein unbetretenes Gebiet der Wissenschaft. Daß Wahlrechte und Wahlsysteme irgend einen Zusammenhang mit dem allgemeinen Besten haben, daß von ihnen unter Umständen die Gestaltung des ganzen öffentlichen Lebens abhängt, hat, wie man immer wieder erkennt, die regierenden Kreise niemals interessiert. Da die Bürokratie überhaupt nichts studiert außer jenem Band Manz, den sie gerade auszulegen hat, da sie keinerlei feste Auffassung und Richtung in staatspolitischen Dingen besitzt und der Zweck ihres Dienens offenbar mit dem Staatszweck nichts zu tun hat, so herrscht die vollste Gleichgültigkeit über das System der Volksvertretung, das heißt es bleibt jeder Stadt- oder Kronlandsclique oder jeder zufälligen parlamentarischen Mehrheitsgruppierung überlassen, in Wahlrechtssachen herumzudilettieren, ohne daß die Staatsgewalt irgend etwas dazu zu sagen wüßte! Denn daß das Vertretungssystem ein organischer Teil des Staatsbaues, das Wahlrecht ein ebenso organischer Teil des Vertretungssystems ist, davon gibt sich kaum jemand Rechenschaft — diese Dinge sind vielmehr den Berufenen Hekuba! Nur diesem beschämenden Zustand ist es zu danken, daß nicht alles, was dem Staate verpflichtet ist, laut aufschreit bei dem Versuch, die staatliche Lokalverwaltung einem nichtsnutzigen Vertretungssystem auszuliefern.

Im Reichsrat und in den Landtagen haben die Schmerlingschen Patente das Kuriensystem eingeführt, ein System, das bewußt die Aufgabe verfolgte, die alten Stände in verhüllter Form aufrecht zu erhalten. In den Gemeindevertretungen jedoch wählte Schmerling ein anderes System, das nicht selten mit dem Kuriensystem verwechselt wird, von ihm aber sehr wohl zu unterscheiden ist, nämlich das Steuerklassensystem. Die Kurie bringt einen Stand, zum Beispiel den landtafelfähigen Großgrundbesitz, zur Vertretung, das Steuerklassensystem jedoch zum Beispiel alle Steuerträger mit mehr als 200 Kronen Steuerleistung, also eine soziale Schicht. Eine solche Klasse vereinigt in sich städtischen Hausbesitz, Fabriksherren, Grundbesitzer, liberale Berufe, gibt also eine ganze vielgegliederte soziale Schichtung wieder. Schon dadurch ist viel gewonnen, weil der Gewählte nicht mehr in bornierter Weise auf das Sonderinteresse eines vereinzelten Berufsstandes beschränkt ist, sondern wenigstens auf das allgemeine politische Interesse dieser Oberschicht Rücksicht nehmen muß. Jedes allgemeinere Interesse aber ist jeweils dem Staatsinteresse näher gelegen; je breiter und gemischter die vertretene Gruppe, desto größer der Gesichtskreis, der dem Vertreter aufgezwungen wird. Das Steuerklassensystem liefert deshalb immer noch bessere Parlamente als das Kuriensystem. Ein Beweis dafür ist, daß sich der preußische Landtag in seinen Grundlagen durch ein halbes Jahrhundert erhalten und wenigstens technisch als Vertretung funktioniert hat, während unser Reichsrat in derselben Zeit fünfmal reformiert werden mußte.

Das Klassensystem, wie es Schmerling in der Gemeinde anwendete, war für seine Zeit und mit Rücksicht auf die scheinkonservativen Vorurteile der österreichischen Bürokratie nicht einmal ganz unlogisch. Es fiel Schmerling gar nicht ein — damals besaß ein Bürokrat noch etwas Gefühl für den Staat und immerhin einige politische Schulung —, das Wahlsystem in der Gemeinde der schrankenlosen Willkür der Zufallsparteien preiszugeben. Das Wahlsystem der Gemeindeordnung bewahrte durchaus die Ein-

---

Volk und die Masse der Wählerschaft die anfregendsten Kämpfe um eine reinliche Vertretung führen sollen. Und warum das alles? Man verletzt den Grund nicht. Offenbar ist es nur die Sorglosigkeit hochmütiger Kleinbürger, oder es ist die nackte Bosheit fortschrittlicher Scharfmacher, den Arbeiter, den man doch nicht unvertreten lassen kann, wenigstens bei diesem Anlaß zu verärgern und zu beunruhigen.

Die Sozialdemokratie ist seit jeher die Gegnerin des Klassenprivilegs und wird es bleiben. Aber wenn schon die Herren, die heute ohne Hinsehen des Standes Interessen eine Kreisordnung für Böhmen zusammenpfuschen, der Vernunft des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes nicht zugänglich sind, so sollte man erwarten, daß sie wenigstens vom Kurienengedanken im allgemeinen und vom Gedanken einer Wahrenischen Kurie im reinen Klassenprinzip mit gleichmäßiger Gruppierung und Vertretung bedrohen. Soviel sollte ihnen wenigstens die praktische Vernunft eingeben — das Staatsinteresse allerdings fordert ganz anderes!

Neues Pester Journal
24. V. 1917
25

Aus dem Abgeordnetenhause.

Die Inkompatibilitätsaffairen vor der Tagesordnung. — Die Eisenbahnkriegssteuer.

Das Abgeordnetenhaus erhielt schon heute einen Vorgeschmack der erst morgen einsetzenden oppositionellen Aktion gegen die Lieferungs- und Vermittlungsaffairen einzelner Mitglieder des Reichstages. Der Präsident der Volkspartei Graf Aladár Zichy hatte nämlich beim Präsidium die Erlaubniß verlangt und erhalten, noch vor der Tagesordnung in Angelegenheit der in der Presse und in Abgeordnetenkreisen ventilirten Inkompatibilitätsaffairen an die Regierung eine Anfrage, respektive Aufforderung zu richten. Graf Zichy zog unter demonstrativem Beifall der Linken gegen jene Abgeordneten los, welche ihren Einfluß zur Vermittlung von Lieferungsgeschäften bei den Ministerien und Militärbehörden mißbrauchen, und forderte den Ministerpräsidenten auf, die Liste solcher Abgeordneten dem Hause zu unterbreiten und überdies seine früheren Versprechungen bezüglich der Verfolgung und Brandmarkung solcher Vermittler einzulösen. Ministerpräsident Graf Tißa erhob sich sofort, um unter warmer Zustimmung der Majorität zu erklären, er halte seine diesbezüglichen Aussprüche und Zusagen aufrecht und werde nähere Aufschlüsse, die alle unbefangenen Kreise befriedigen dürften, morgen gelegentlich der in dieser Frage angemeldeten Interpellationen in eingehender Weise ertheilen. Damit war diese Sache für heute erledigt.

Man verhandelte dann die Vorlage über die Eisenbahnkriegssteuer, welche Referent Baron Géza Pap als eine unvermeidliche Folge der Kriegsausgaben zur Annahme empfahl. Von oppositioneller Seite wurde die Vorlage von den Abgeordneten Julius Hódy, Hugo Laehne und Graf Moriz Esterházy einer ausführlichen Kritik unterzogen, worauf die Diskussion auf zwei Stunden unterbrochen wurde.

Die Nachmittagssitzung wurde vollständig durch die Verhandlung der Eisenbahn-Kriegssteuer ausgefüllt. Graf Moriz Esterházy beendete vorerst seine unterbrochene Rede, worauf Graf Theodor Batthyány verschiedene Fragen über die bisherigen Kriegsausgaben an den Finanzminister richtete. Eingehender mit der Sache selbst befaßte sich Béla Mezössy, der die Mängel der heutigen Verkehrsverhältnisse scharf kritisirte, ferner für die Verbesserung der Lage der Eisenbahnbeamten eintrat und gegen die Refaktien Stellung nahm. Stephan Rakovßky behandelte die Eisenbahnfrage von parteipolitischem Standpunkte und verwahrte sich namentlich dagegen, daß man die Eisenbahn zu einem gefügigen Werkzeuge der ohnehin scharf arbeitenden Steuermaschine benütze. Die Ausfälle Rakovßky's veranlaßten den ehemaligen Staatssekretär im Handelsministerium Dr. Franz Nagy zu einer persönlichen Entgegnung, mit welcher er sich gegen den Vorwurf der politischen Illoyalität verwahrte. Graf Julius Andrássy bestätigte in einer persönlichen Bemerkung die Behauptung Dr. Nagy's, daß seinerzeit, nach der Auflösung der Koalition, er seinen damaligen Freunden den Rath ertheilte, betreffs der Frage ihrer Parteizugehörigkeit ganz nach eigenem Gutdünken zu handeln.

Die Debatte über die Eisenbahnvorlage wird morgen fortgesetzt.

Die Vormittagssitzung.

Vizepräsident Karl Száß eröffnet die Sitzung um 10 Uhr Vormittag und theilt mit, daß der Abgeordnete Graf Aladár Zichy um die Erlaubniß angesucht habe, vor der Tagesordnung das Wort ergreifen zu dürfen. Diese Erlaubniß sei dem genannten Abgeordneten auch ertheilt worden.

Die Inkompatibilitätsfrage.

Graf Aladár Zichy glaubt der Oeffentlichkeit einen Dienst zu erweisen, indem er die Inkompatibilitätsfrage in Heereslieferungen aufwirft, hiebei alle persönlichen Fragen sorgfältig vermeidend. In letzterer Zeit halten einzelne Tagesblätter die öffentliche Meinung ständig mit der Mittheilung von Inkompatibilitätsfällen in Aufregung. Sie sprechen davon, daß einzelne Abgeordnete bei Heereslieferungen direkt oder indirekt vermittelt, protegirt, ja sogar für sich selbst materielle Vortheile gesichert hätten. Bei der Vertheilung der Heereslieferungen werde nicht die erforderliche Vorsicht beobachtet, einzelne Personen haben sich an dem Elend des Krieges bereichert; und nun aber betreffen diese Gerüchte sogar Abgeordnete. Redner verweist hier auf die Rede des Ministerpräsidenten vom 10. Februar 1916, mit der dieser eine Anfrage des Abgeordneten Szmrecsányi betreffend die im Kriegsministerium geführten Listen über geschäftevermittelnde Parlamentier beantwortete und in der auch Graf Stephan Tißa diese Machenschaften in scharfer Weise verurtheilte. Damals habe der Ministerpräsident die Erklärung abgegeben, daß die Zahl jener Abgeordneten, die im Kriegsministerium intervenirt hätten, eine verschwindend geringe sei und daß absolut kein Grund zu der Annahme vorliege, daß sie hiebei von direkter Gewinnsucht geleitet worden wären. Damals erklärte der Herr Ministerpräsident auch, daß die Abgeordneten während des Krieges mit womöglich noch gesteigerter Skrupulosität auch nur den Verdacht der Gewinnsucht meiden müßten. In der That, von den Abgeordneten, die hier die Milliarden für den Krieg votiren und zur Kritik der Kriegführung berufen sind, dürfe dergleichen nicht vorausgesetzt werden. Trotzdem sprechen die Tagesblätter von vierzig oppositionellen und fünfzig regierungsfreundlichen Abgeordneten, die sich um Lieferungsgeschäfte bemüht hätten. Der Ministerpräsident würde die Opposition zu Dank verpflichten, wenn er die Namen dieser Abgeordneten dem Hause vorlegen wollte. Redner bittet deshalb, vom Kriegsminister die Liste der vermittelnden Politiker zu beschaffen und dem Hause vorzulegen. Diese Bitte stellt Redner im Interesse der individuellen Reputation aller Abgeordneten, denn er will verhindern, daß diese Angelegenheit zu einer Parteifrage gemacht werde. (Lebhafte Zustimmung links und äußerstlinks.)

Ministerpräsident Graf Stephan **Tißa**: Geehrtes Haus! Da, wie ich glaube, morgen über diesen Gegenstand mehrere Interpellationen unterbreitet werden sollen, behalte ich mir vor, mich erst morgen über das Wesen der Sache erschöpfend zu äußern. Jetzt will ich nur bemerken, daß ich alles das, was ich im Jahre 1916 hierüber gesagt habe und was der Herr Abgeordnete soeben vorgelesen hat, selbstverständlich in vollem Maße aufrecht halte. (Allgemeine Zustimmung.) Diese Gesichtspunkte lenken auch jetzt mein Vorgehen, und ich kann versichern, daß Niemand die Reinheit des ungarischen öffentlichen Lebens, die Reputation des ungarischen Abgeordnetenhauses und der ungarischen Abgeordneten höher schätzt als ich. (Beifall rechts.) Dies ist unser Aller gemeinsamer Schatz, und wenn wir es als unseren gemeinsamen Schatz behandeln — mit der entsprechenden Strenge dort, wo es nothwendig ist, aber mit der Objektivität, die das daran sich knüpfende öffentliche Interesse erfordert —, so kann der Herr Abgeordnete überzeugt sein, daß eine Veranlassung zu irgendwelcher Beunruhigung oder zu irgendeiner Nervosität nicht vorliege und auch nicht vorliegen wird. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm links.) Die Herren Abgeordneten mögen die ganz ausführlichen Aufklärungen abwarten, die ich morgen ertheilen werde. (Lebhafter Beifall rechts.)

Folgt die Tagesordnung.

Die gestern erledigten fünf Gesetzentwürfe, die mit dem Thronwechsel in Verbindung stehen, werden in dritter Lesung angenommen.

Die Eisenbahnkriegssteuer.

Baron Géza Pap, Berichterstatter, weist in seinem Referate darauf hin, daß die riesigen Lasten, die der schon seit dreißig Monaten wüthende Weltkrieg dem Staat auferlegt und die von Tag zu Tag zunehmen, auch eine ungewöhnliche Erhöhung der Einnahmen des Staates erforderlich machen. Der Staat wird nacheinander all seine Einnahmsquellen erhöhen und die steuerzahlende Bevölkerung wird diesem Umstande in vollem Maße Rechnung tragen müssen. Der Gesetzentwurf über die Eisenbahnkriegssteuer bedeutet eine neue große Last sowohl für den Produzenten, wie für den Konsumenten, und kann durch nichts anderes motivirt werden, als durch den Krieg, für den wir alle Opfer zu bringen bereit sein müssen. Der Gesetzentwurf plant eine dreißigperzentige Erhöhung des Frachtentarifs der Staatsbahnen, sowie eine dreißigperzentige Erhöhung des militärischen Personen- und Frachtentarifs. Auf den civilen Personenverkehr erstreckt sich die Kriegssteuer nicht. In Folge dieser Erhöhung der Tarife kann annähernd mit der Zunahme des staatlichen Einkommens um etwa 100 bis 120 Millionen Kronen gerechnet werden. Doch kann diese Zahl keineswegs fixirt werden. Die Verfügungen des Gesetzentwurfes verlieren am 1. Februar 1920 ihre Geltung, und es ist zu hoffen, daß diese Last bis zu diesem Zeitpunkt ohne größere Erschütterung wird ertragen werden können. Der Berichterstatter unterzieht sodann die einzelnen Verfügungen des Gesetzentwurfes einer eingehenden Erläuterung und weist darauf hin, daß eine Erhöhung der Frachtentarife bei der Flußschiffahrt nicht durchgeführt wird. In der Hoffnung, daß die Erhöhung der Einnahmen, die sich auf Grund dieses Gesetzentwurfes ergeben wird, im Interesse der Vertheidigung des Vaterlandes verwendet werden wird, empfiehlt Redner im Namen des Finanzausschusses den Gesetzentwurf zur Annahme. (Lebhafter Beifall und Applaus rechts.)

Julius **Hódy** findet die Belastung, die durch die neue Steuer dem Produzenten und Konsumenten auferlegt wird, für zu groß. Die Hoffnung des Finanzministers, daß die neue Steuer jährlich 100 bis 120 Millionen Kronen bringen werde, ist im Uebrigen unbegründet. Der Finanzminister hat die Vorlage auf direkten Wunsch der österreichischen Regierung eingebracht. Ein so hochwichtiger Gesetzentwurf hätte ohne Einbeziehung der interessirten Fachkreise nicht geschaffen werden dürfen. Die ganze Vorlage geht offenkundig darauf aus, die Omnipotenz der Regierung zu erhöhen, erworbene Rechte zu konfisziren, und es liege die Befürchtung nahe, daß die Regierung die Ermächtigung zu parteipolitischen Zwecken mißbrauchen werde. Redner lehnt die Vorlage ab.

Hugo **Laehne** beanstandet, daß die Vorlage ohne die entsprechende Vorberathung vor das Haus gelangt sei. Die Regierung hätte die berufenen Wirthschaftsfaktoren um Rath fragen müssen. Es sei geradezu ein System des herrschenden Regimes geworden, in allen Gesetzvorlagen Ausnahmen festzustellen, die sich parteipolitisch ausnützen lassen. Die Vorlage schädigt in erster Reihe die Verbraucher. Aeußerst gravaminös ist auch die Bestimmung, daß die Regierung selbst in ungerechtfertigten Fällen auf Verordnungswegen verfügen dürfe. Der Gesetzentwurf entspricht nicht den Anforderungen der ernsten Zeit. Der provisorische Charakter der Steuer biete keine Beruhigung, denn in der Praxis habe es sich stets gezeigt, daß jegliche Art von Steuer für alle Zeiten aufrechterhalten wurde. Auch die Eisenbahnkriegssteuer werde das Land immer zu tragen haben. Er lehnt die Vorlage ab.

Graf Moriz **Esterházy** will sich mit dem §. 3 der Vorlage befassen, welcher die Regierung ermächtigt, einen Theil der Steuer zu erlassen. Redner wirft die Frage auf, ob bezüglich gewisser Verfügungen dieses Paragraphen eine Vereinbarung mit Oesterreich getroffen worden sei. Er bittet diesbezüglich von der Regierung Aufklärung. Mit Rücksicht darauf, daß Oesterreich mit dem §. 14 arbeitet, ist die Vereinigung dieser Fragen besonders wichtig. Die Fassung des § 3, der sich auf die zu ertheilenden Begünstigungen bezieht, ist nicht klar genug. Es müßte die Oeffentlichkeit in dieser Beziehung vollständig orientirt werden. Geheimnißthuerei ist hier ebenso wenig am Platze wie etwa bei den Inkompatibilitätsangelegenheiten, und er hofft, daß der Ministerpräsident in diesen unliebsamen Affairen das Haus vollständig orientiren werde. (Zustimmung links.) Der vorliegende Gesetzentwurf bildet eines der schwersten Kriegssteuergesetze. Man darf bei diesem Anlaß daran nicht vergessen, daß die Staatsbahnen während des Krieges ohnehin große Begünstigungen genießen, nämlich die Sistirung des Transportzwanges und des Prinzips der gleichen Behandlung. Dessenungeachtet herrschen bei diesem wichtigsten Verkehrsmittel des Landes unerträgliche Schwierigkeiten. Es wäre Pflicht der leitenden Kreise, diese Schwierigkeiten wenigstens einigermaßen zu beheben. Wir können uns vor der Beseitigung der unleugbar bestehenden Verkehrsschwierigkeiten nicht verschließen. Die Verkehrsschwierigkeiten bestehen nicht nur bei uns, sondern auch bei allen kriegführenden Staaten, bei unseren Verbündeten ebenso, wie bei unseren Feinden.

Vizepräsident **Karl Száß** unterbricht um 2 Uhr Nachmittag die Debatte und suspendirt die Sitzung bis 4 Uhr Nachmittag.

Die Nachmittagssitzung.

Präsident **Karl Száß** eröffnet um 4 Uhr Nachmittag von neuem die Sitzung.

Graf Moriz **Esterházy** setzt seine Ausführungen fort. Er befaßt sich vorwiegend mit der Flußschiffahrt und fragt die Regierung, ob und was sie im Interesse der Ausnützung der Wasserwege gethan hat. Die Vorlage lehnt er ab.

Graf Theodor **Batthyány** bemängelt es, daß die Regierung noch kein Programm darüber gegeben hat, in welcher Weise sie die Lasten des Krieges zu decken gedenkt. Das erregt in der Bevölkerung große Beunruhigung. Die Regierung hat sich nicht einmal darüber geäußert, wie viel bisher die Kriegskosten ausmachen. Nach der Berechnung des Redners betragen die bisherigen Kriegskosten Ungarns 18 Milliarden Kronen. Wenn der Krieg nur noch einige Monate dauert, so wird er Ungarn mindestens 30 Milliarden Kronen Kosten verursachen. Die Verzinsung wird das Budget mindestens mit jährlich 1200 Millionen belasten. In welcher Weise will die Regierung diese Lasten decken? Er billigt den Standpunkt des Handelsministers, wonach die Tarifreform erst nach dem Krieg durchgeführt werden kann. Das gilt aber auch für alle übrigen wirthschaftlichen Fragen, und deshalb darf auch der wirthschaftliche Ausgleich erst nach dem Krieg abgeschlossen werden. Er erörtert dann die Verkehrsmiseren, den Mangel an Waggons und die Mängel des Personentransports, für die er die Militärbehörden verantwortlich macht. Er kommt weiter auf die in Budapest abgehaltene Donaukonferenz zu sprechen, wobei er die Befürchtung ausspricht, daß in Folge der Haltung Oesterreichs die Donaucentrale nicht in Budapest ihren Sitz haben werde. Auf die Begünstigung der Vizinalbahnen übergehend, weist er nach, daß die dem Konzern

Vossische Zeitung 25. I. 1917 26

ßt Haushalten uns der Krieg nur allzu eindringlich gelehrt
t, sondern Zusammenfassen der Kräfte aller derer, die guten
illens sind!

Donnerstag, 25. Januar 1917

Zeitung

1704

nd gelehrten Sachen.

lin monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung.
. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. —
die Zeile, Stellengesuche 50 Pf., Stellenangebote auch gegen Jahres-
ie: Voßhaus, Breite Straße 8/9, Ullsteinhaus, Kochstraße 22/26,
lialen. Fernsprech-Zentrale Ullstein & Co. Amt Moritzplatz
308 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Amt Zentrum Nr. 8690.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils)
H. Bachmann in Berlin.

chen Ausgleichs.

Für Mitteleuropa.

Von

Dr. Rud. Kobatsch,

Prof. a. d. k. u. k. Konsularakademie und Staatsakademie in Wien.

Die nachfolgenden Ausführungen dürfen angesichts des Abschlusses des österreichisch-ungarischen Ausgleichs besondere Beachtung beanspruchen, da mit dem Ausgleich innerhalb der Doppelmonarchie erst die Möglichkeit des wirtschaftlichen Aufbaues von Mitteleuropa gegeben ist.

Der von großen Gesichtspunkten ausgehende Aufsatz, welchen vor einiger Zeit Georg Bernhard hier zugunsten einer großzügigen mitteleuropäischen Wirtschaftspolitik veröffentlichte, und der vor kurzem erschienene Aufsatz des Abg. Dr. Müller-Meiningen „Zukunftssorgen" haben bei den so zahlreichen Freunden des Mitteleuropäischen Zoll- und Wirtschaftsbündnisses in Oesterreich volles Verständnis und freudigen Widerhall gefunden. Dies um so mehr, als in der letzten Zeit nicht bloß in Oesterreich-Ungarn, sondern auch im Deutschen Reiche wieder Stimmen laut wurden, welche sich gegen die Möglichkeit und Ersprießlichkeit des Mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses wenden. Es sei daher gestattet, diese immer wieder neu vorgebrachten Argumente gegen Mitteleuropa nochmals kritisch zu beleuchten, in der Ueberzeugung, daß die weltpolitische und weltwirtschaftliche Notwendigkeit, die die Mittelmächte und ihre Verbündeten zusammenschmiedete, die dauernde Befestigung nicht bloß ihres politisch-militärischen Bedürfnisses erheischt, sondern auch dessen Ergänzung und Sicherung durch ein wirtschaftliches Bündnis gebieterisch erfordert. In diesem Gedanken der Zusammengehörigkeit auf allen Linien wurden die Staaten des Vierbundes gerade in der letzten Zeit aufs neue dadurch bestärkt, daß das so aufrichtig gemeinte und von reinem Menschlichkeitssinne diktierte Friedensangebot durch unsere Gegner nicht bloß schnöde abgewiesen, sondern bei dieser Gelegenheit auch die alle Grenzen der Vernünftigkeit übersteigenden Eroberungspläne unserer Feinde enthüllt wurden, Pläne, deren oberstes Ziel war und ist, die staatliche Existenz und die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit der Mittelmächte dauernd unmöglich zu machen.

Haben daher unsere Feinde, vielleicht sehr gegen ihren Willen, das ohnehin starke, nie erschütterte Zusammengehörigkeitsgefühl unter uns wieder neu belebt und beflügelt, so ist es um so gebotener, die, wie erwähnt, schon wiederholt geltend gemachten Gründe gegen das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis unablässig zu widerlegen, damit verhindert werde, daß diese zum Teil von sehr angesehener Seite stammenden Gegengründe nicht doch auch an jener Stelle Beachtung finden, von welcher die Entscheidung über unsere wirtschaftliche Zukunft letzten Endes abhängt.

Zunächst möchte ich mich mit jenen Bedenken befassen, die immer und immer wieder von Seite der deutschen Landwirtschaft geäußert werden, wie kürzlich z. B. in den „Norddeutschen Monatsheften" (Hamburg) von Dr. Gerber. Daß er die Einfuhr österreichischer Malzgerste, ja sogar österreichischen Hopfens, des Viehs und des Holzes als für die entsprechenden deutschen Produzenten bedenklich anführt, braucht wohl nicht erst widerlegt zu werden, da diese Einfuhren an und für sich entweder entschiedene Qualitätsware betrafen, deren Bezug im Interesse wichtiger deutscher Verbraucher gelegen war, oder eine sinkende Tendenz aufwiesen (z. B. bei der Gerste), oder endlich eine volkswirtschaftlich notwendige Ergänzung der Deutschland aus der eigenen Produktion oder aus anderen Einfuhren zur Verfügung stehenden Mengen (z. B. Holz) war. Das Hauptargument Gerbers u. a. ist aber, daß man mit der Ausdehnungsmöglichkeit der landwirtschaftlichen Produktion in Oesterreich-Ungarn rechnen müsse. Dem wurde schon oft entgegengehalten, daß diese Ausdehnungsmöglichkeit vor allem anderen nur langsam werde vor sich gehen können, daß die Eigenversorgung Oesterreich-Ungarns zusammengenommen, selbst nach normalen Erntejahren, nicht immer möglich war und Oesterreich-Ungarn schon auf landwirtschaftliche Einfuhren angewiesen war. Wenn bemerkt wird, daß unsere landwirtschaftliche Produktion sich schon in den letzten Jahren nicht unerheblich gehoben hat, so beweist die mitgeteilte Statistik leider das gerade Gegenteil. Die Durchschnittserträgnisse per Hektar sind z. B. bei Weizen in dieser Zeit von 12.2 auf 12.8 dz., bei Roggen von 10.1 auf 12.8 dz. gestiegen. Bei Hafer und Mais ist die Steigerung allerdings eine größere, wenn aber von diesen Produkten aus Oesterreich-Ungarn tatsächlich Ueberschüsse nach Deutschland in Zukunft ausgeführt werden, so liegt eben hier eine sehr wichtige Ergänzung der Futtermittel für die so wichtige deutsche Viehzucht vor. Keinesfalls werden aber in absehbarer Zeit die Ueberschüsse

Fremdenblatt
25./I. 1917
28

Blatt

für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung: Jährlich K 42.40; halbjährlich K 21.20; vierteljährlich K 10.60; monatlich K 3.60. Täglich zweimalige Postversendung: Jährlich K 50.40; halbjährlich K 25.20; vierteljährlich K 12.60; monatlich K 4.20.

für das Ausland: Vierteljährlich bei direktem Bezug unter Kreuzband: Für Deutschland K 15.—, für alle anderen Länder K 19.80. Bei den Postämtern: in Deutschland Mk. 15.—; in der Schweiz 11 Frk. 65 Cent.; Italien 11 Frk. 15 Cent.; Serbien 13 Frk. 50 Cent.; Bulgarien 12 Frk. 50 Cent.; Rumänien 12 Lei 30 Bani; Aegypten 559½ Milliemes; Rußland 4 Rub. 5 Kop.

Telephon-Nummern: Schriftleitung 389. 6532. Haupt-Verwaltung 3668, Versandstelle 1024, Druckerei 3668.

71. Jahrg.

Wien, 25. Jänner.

Bella gerant alii.... Die Entstehung unseres Staates war nicht das Werk einer Reihe von Eroberern, und seitdem die Völker der Donaumonarchie unter Habsburgs Szepter vereinigt sind, haben sie sich unter den Fahnen ihrer Herrscher nur gesammelt, um ihr Land gegen feindliche Angriffe zu verteidigen. Die Kriegsgeschichte unseres Vaterlandes ist nichts anderes als eine lange Reihe von Verteidigungskriegen, und wenn unsere Vorfahren zu den Waffen griffen, so geschah dies beinahe ausnahmslos, um den heimischen Boden vor dem Einfall eroberungssüchtiger Nachbarn zu beschützen. Im Jahre 1526 entstand eigentlich die habsburgische Monarchie, als Böhmen und Ungarn an Ferdinand I. heimfielen. Drei Jahre später standen schon die Janitscharen des großen Sultan Soliman II. vor den Mauern Wiens, und es war das Schicksal des neuen Staates, der inmitten von Europa sich erhob, in jedem Jahrhundert mindestens zweimal einen Kampf auf Leben und Tod für seine Existenz führen zu müssen, und dazu einen Kampf nach zwei Fronten. Beinahe alle großen Eroberer in der jüngsten Geschichte unseres Weltteiles haben die Länder der habsburgischen Monarchie zum Gegenstand ihrer Begehrlichkeit gemacht, und sie alle beinahe sind schließlich und endlich mit ihren Anschlägen und Plänen gescheitert. Jede der weltumfassenden Ideen, die in den letzten drei Jahrhunderten die Menschheit beschäftigte und sich staatenbildend oder staatenauflösend geltend machte, wurde als Werkzeug benützt, um die habsburgische Monarchie aufzulösen und zu vernichten. Die Glaubenskriege fanden ihren Höhepunkt im dreißigjährigen Elend, welches die Menschheit im siebzehnten Jahrhundert heimsuchte, und diese entsetzliche Katastrophe der damaligen Zeit hatte ihren politischen Ursprung in dem Bestreben, Oesterreich ein Ende zu bereiten. Franzosen und Schweden, die Großmächte des Westens und Nordens, vereinten ihre Kraft, um das Haus Habsburg niederzuringen. Der religiöse Gedanke wurde als Mittel zu diesem Zwecke gebraucht und der größte Feldherr der damaligen Zeit, Gustav Adolf, stand im Bunde mit dem ersten Staatsmanne, Kardinal Richelieu, um dieses Ziel zu erreichen. Es folgte bald darauf die Epoche der reinen Eroberungskriege, und wieder war unser Vaterland als Beute ausersehen. Das Frankreich Ludwigs XIV. und das osmanische Reich schritten mit ihren für damalige Verhältnisse ungeheuren militärischen Kräften zum Angriffe gegen Habsburg, und die stärkste Kriegsmacht des Westens und des Ostens entsandten ihre Heere zur Zertrümmerung der Donaumonarchie. Drei Kriege gegen den Sonnenkönig, drei Kriege gegen den bisher immer siegreich gewesenen Halbmond mußte das Haus führen, um den Bestand des Reiches zu verteidigen. Es kam dann die Periode der sogenannten „Kabinettskriege". Und wiederum können wir dieselbe Erscheinung beobachten. Trotz der von allen Staaten anerkannten Pragmatischen Sanktion ward der Versuch unternommen, die Länder, welche unter Habsburg vereinigt waren, auseinanderzureißen und es waren wieder die bedeutendsten Feldherren und Staatsmänner, die ihre großen Gaben in den Dienst dieses Planes stellten. Gegen Ueberfälle vom Westen, Norden und Süden mußten sich damals Oesterreich und Ungarn wehren. Vielleicht ist es nur der Siebenjährige Krieg, der nicht als reiner Verteidigungskrieg bezeichnet werden kann, allein auch dieser langwierige und blutige Konflikt hatte als Ursache bloß die Wiedereroberung einer vor ganz kurzer Zeit verlorenen Provinz. Als dann die Nationalitätenidee und der revolutionäre Gedanke Europa erfaßte, da war abermals die habsburgische Monarchie zu einer Reihe schwerer und aufreibender Verteidigungskriege gezwungen. Das größte Eroberungsgenie des modernen Europa, Napoleon I., sowie die enormen militärischen Talente, welche die französische Revolution hervorbrachte, haben versucht, die Grundfeste unseres Staates zu erschüttern und sein Gefüge in Atome aufzulösen. Dieselben Beweggründe verursachten die kriegerischen Konflikte, die wir in der nachnapoleonischen Zeit, im vorigen Jahrhundert auszukämpfen hatten, und sowohl im Jahre 1848 wie 1859 mußten wir kämpfen, um uns zu verteidigen. Dreißigjähriger Krieg, Türkenkriege, Eroberungskriege Ludwig XIV., Spanischer Erbfolgekrieg, Oesterreichischer Erbfolgekrieg, Revolutionskriege, Napoleonische Kriege — in allen diesen

Pester Lloyd

25/II 1917

31

Kriegstagung des Reichstages.

Die Inkompatibilitätsangelegenheiten im Abgeordnetenhause.

Budapest, 24. Januar.

Die Nachmittagssitzung des Abgeordnetenhauses zeugte schon bei der Eröffnung von Spannung und Erwartung. Die Aufmerksamkeit des Hauses war vorauseilend den Interpellationen zugewendet und unter diesen den Interpellationen, die den vielerörterten Inkompatibilitätsangelegenheiten galten. Die Ereignisse, die dann den Abend ausfüllten, rechtfertigten voll das äußerst rege Interesse. Der Verlauf der bezeichneten Interpellationen war dramatisch und in seinen Wirkungen klärend. Wer aber traurige Ergebnisse befürchtete, hatte sich geirrt. Im hellen Licht der Vorgänge des heutigen Abends können wir sagen, es gibt keine Regierung, es gibt kein Parlament in der Welt, die rücksichtsloser und mit weniger Schaden die Fragen der Inkompatibilität erörtern könnten, als das heute im ungarischen Abgeordnetenhause geschah.

Die ersten Stunden des Nachmittags waren der eigentlichen gesetzgeberischen Arbeit gewidmet.

Abgeordneter Gustav Gratz berichtete über die Vorlage betreffend die Ergänzung der Ausnahmeverfügungen. Sein durchaus wertvolles Referat zerfiel in zwei Teile. Im ersten Teile erörterte er die Maßregeln, die, von der Regierung angeregt, die Polizeigerichtsbarkeit und deren Instanzengang vereinfachen sollen. In diesem Teil behandelte Abgeordneter Gratz auch die Delikte der Lebensmittelteuerung in ihrer ganzen, antisozialen Bedeutung. Der zweite Teil seiner Rede war den Fragen der Arbeiterversicherung gewidmet, einen Ausblick eröffnend auf die großen sozialen und bevölkerungspolitischen kriegerischen Aufgaben dieser Institution. Das Referat, in dem sich soziales Empfinden und große Sachkenntnis trafen, wurde im ganzen Hause ernst und beifällig gewürdigt.

Damit war die Stunde gekommen, die die hochgespannten Erwartungen erfüllen sollte. Auf den Galerien drängte sich Besucher an Besucher, die Damen der Aristokratie hatten die Galerie über der Präsidentenestrade besetzt, die Journalistentribünen waren gedrängt voll: der Saal bot das übliche Bild der sensationellen Sitzung.

Noch war das Interesse nicht auf das höchste gestiegen. Graf Albert Apponyi focht mit dem Grafen Stefan Tißa ein brillantes Rededuell über die Ausgleichsfragen aus. Blitzend schlugen die Klingen aus edelstem Metall aufeinander und in Replik und Duplik wiederholte sich in wirkungsvoller Steigerung mehrfach der geistvolle Streit. Auch die Interpellation des Abgeordneten Martin Lovászy war in Ton und Inhalt den großen auslandspolitischen Fragen entsprechend gemäßigt, und Ministerpräsident Graf Stefan Tißa antwortete so, daß er die Zustimmung des ganzen Hauses laut beanspruchen durfte. Die Interpellation Lovászys hatte an die Botschaft Wilsons angeknüpft und der Ministerpräsident antwortete, indem er feststellte, daß wir geneigt sind, mit den Vereinigten Staaten auch weiterhin für den Frieden zu arbeiten, daß unsere Bedingungen gekennzeichnet waren, indem wir ihre Annehmbarkeit feststellten, und daß wir durch die Friedensbedingungen, die die Entente ausdrücklich aufstellte, die auf die Vernichtung unseres staatlichen Wesens hinauslaufen, zum entschlossenen Kampfe weiter gezwungen sind. In einer tiefernsten Auseinandersetzung mit den Ausführungen, die die Botschaft Wilsons über die Nationalitätenfrage enthält, schilderte der Ministerpräsident die große Mission unseres Volkes, indem er zeigte, wie Ungarn und die Monarchie überhaupt bestrebt sind, auf einem Staatsgebiete, in dem die Geschichte die verschiedenen Nationalitäten territorial durcheinandergewürfelt hat, jeder Nationalität größte Freiheit und blühende Entwicklung zu sichern.

Es folgten die Interpellationen der Abgeordneten Zlinßky und Graf Haller, die beide die Inkompatibilitätsfragen betrafen.

Schon während der Begründung der Interpellation des Abgeordneten Zlinßky ergab sich ein seltsames Bild: die Mehrheit stimmte dem oppositionellen Redner sozusagen ununterbrochen zu. So oft der Redner die Notwendigkeit der weitestgehenden Selbstlosigkeit des Abgeordnetenberufes betonte, so oft er strenge Maßregeln zur Ausschaltung der Inkompatibilitäten und zur Ahndung erfolgter Mißbräuche forderte, fand er die demonstrativ laute Beifallskundgebung der Mehrheit. Das Rätsel klärte sich auf, sobald Abgeordneter Graf Haller das Wort ergriff, um im Namen der Mehrheit zu verlangen, daß der Ministerpräsident die Listen der intervenierenden Abgeordneten unterbreite, daß eine Beschleunigung der Inkompatibilitätsverfahren durchgeführt werde, daß, mit einem Worte, im Interesse der Ehre des ungarischen Parlaments unnachsichtlich jeder Mißbrauch ausgeschlossen werden müsse. Beide Interpellationsbegründungen waren durchaus gemäßigt, durchaus ernst gehalten und es kam zu einer erregten Szene nur, als Abgeordneter Zboray in einem Zwischenruf, der die advokatorischen Verteidiger betrügerischer Kriegslieferanten traf, eine persönliche Beleidigung empfand und in leidenschaftlicher Weise feststellte, daß es nicht nur sein Recht, sondern auch die Pflicht des Advokaten sei, sein Beruf auch in Kriegslieferantenprozessen auszuüben.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa antwortete, indem er darauf hinwies, daß er seinen Standpunkt, den sich die Opposition in den letzten Tagen so oft beeigen voll aufrechterhalte. Obgleich er eine rationelle Abänderung des Inkompatibilitätsgesetzes wünsche, hier er doch unverändert fest an der Vollstreckung des geltenden Gesetzes, überdies die Notwendigkeit betonend, sich der Abgeordnete jede geschäftliche Beziehung mit dem Staate, auch wenn dieselbe nur eine sittliche Inkompatibilität konstruiere, vermeiden müsse. Dann berichtete dieser Ministerpräsident im Hause, daß er bisher in allen Fällen, in denen politische Freunde ihm das Vorhandensein einer Beziehung, die der Ministerpräsident als Inkompatibilität deutete, meldeten, stets die Niederlegung des Mandats empfahl. So ist es auch in dem Falle des Grafen Josef Teleki geschehen, dem Falle Konstantin Burdia und Nadányi. In dieser Einleitung verlas der Ministerpräsident die Namensliste der Abgeordneten, die in irgendeiner Weise durch Empfehlung oder Intervention im Kriegsministerium wirksam wurden. Es war eine seltsame Szene, doch eine Szene voll großer Sachrichtigkeit, wie sie sich nicht jedes Parlament und jede Regierung in Europa leisten kann. Das ungarische Abgeordnetenhaus darf diese Szene als durchaus ehrenvoll verbuchen. Es ist bestrebt, jeden Mißbrauch der gesetzlichen Sühneunwirksamkeit gesetzlichen Ausschaltung zuzuführen und es darf die geheimsten Akten aufdecken, ohne fürchten zu müssen, sich zu kompromittieren.

Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde von den oppositionellen Interpellanten und von dem ganzen Hause zur Kenntnis genommen. Man darf sagen, die Antwort des Ministerpräsidenten war weitaus konsequenter gehalten als die Opposition erwarten konnte. Zeigte doch zum Beispiel der Abgeordnete Zboray, daß der Ministerpräsident, der den Advokaten die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind, die Verteidigung von Heereslieferanten abriet, strenger

STER LLOYD

ABENDBLATT

Nagy, Julius & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: E. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnverkauf: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Budapest, Donnerstag, 25. Januar 1917 — Nr. 25

Abgeordneter Wilhelm Vázsonyi wieder verständlich machen konnte.

Seiner Rede folgte eine ausführliche Antwort des Justizministers Eugen v. Balogh. Indem der Minister die fachgeübte Zuverlässigkeit der Kurialsenate kennzeichnete, stellte er auch fest, daß die Einführung des beschleunigten Verfahrens vom höchsten Staatsinteresse diktiert war. Wenn der Minister die Kurie als höchste Instanz in diesem Verfahren bezeichnete, so geschah das, weil dieses Forum das größte Vertrauen genießt. Die Kurie hat — so führte der Minister aus — das Beweisbestreben der Verteidigung stets entgegenkommend gewürdigt, soweit das angesichts der sehr zahlreichen Fälle möglich war. Die Einstellung, die Abgeordneter Wilhelm Vázsonyi den Dingen gab, sei also unzulässig. Die Rechte des Hauses stimmte den Ausführungen des Ministers mit lauten Kundgebungen des Beifalls zu.

Den Ausklang bildeten persönliche Bemerkungen. Zwei Zwischenrufe der Abgeordneten Stefan Rakovßky und Alexander Erdélyi sen. veranlaßten den Präsidenten zur nachträglichen Erteilung des Ordnungsrufes. Stefan Rakovßky antwortete auf die Enunziation des Präsidenten. In dieser Bemerkung schleuderte Abgeordneter Stefan Rakovßky schwere Invektiven gegen die Mehrheitspartei. Indem er sich auf gestrigen Ausführungen des Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tißa berief, beschuldigte er die Mehrheit in indirekter Weise, daß Millionen verdient wurden an dem Krieg. In stürmischer Weise protestierte die Rechte. Abgeordneter Alexander Nagy und eine ganze Reihe von Mitgliedern der Partei der nationalen Arbeit riefen ununterbrochen Protestworte dem Redner entgegen.

Präsident Karl v. Száß war kaum in der Lage, sich verständlich zu machen und der Klang der Glocke verhallte im tosendem Lärm.

Sichtlich erregt, erhob sich Ministerpräsident Graf Stefan Tißa zum Worte. In leidenschaftlicher Betonung, scharf und prägnant jedes Wort akzentuierend, rief er dem Abgeordneten Stefan Rakovßky zu, daß seine gestrigen Ausführungen auch nicht einen Moment lang den Gedanken daran aufkommen lassen könnten, den Ausführungen Rakovßkys als Stütze zu dienen. Keines seiner Worte könnte dem Abgeordneten Rakovßky Gelegenheit geboten haben, seine heutigen Bemerkungen zu machen. In allerernster Weise verwies Graf Tißa den Abgeordneten auf die Unzulässigkeit seiner Ausführungen, und zum Schutze auch der eigenen Person stellte er fest, daß Abgeordneter Rakovßky, wenn er für seine Ausführungen keinen Beweis erbringen kann, einer Handlung sich schuldig gemacht habe, für die kein parlamentarischer Ausdruck sich finde.

In tosendem Lärm antwortete die Opposition. Abgeordneter Graf Michael Károlyi begab sich in die Bankreihe, in der Graf Julius Andrássy Platz genommen hatte, und er sowie Graf Andrássy griffen durch fortwährende Zwischenrufe in die allgemeine Bewegung ein. Auf der Rechten des Hauses wurde ununterbrochen gegen die lärmenden Zurufe der Opposition protestiert, in denen sich vor allem die Abgeordneten Ludwig Beck, Wilhelm Sümegi und Graf Michael Károlyi hervortaten.

Endlich kann der Präsident sich so weit Gehör verschaffen, daß er den Abgeordneten Rakovßky wegen der Unzulässigkeit seiner Ausdrucksweise zur Ordnung rufen kann. Wieder brausen die Protestrufe auf der Linken empor. Man sieht, wie Graf Julius Andrássy den Ordnungsruf des Präsidenten mit einer abwehrenden Handbewegung ablehnt, wie Stefan Rakovßky die Achsel zuckend und mit verächtlicher Gebärde die Worte des Präsidenten beantwortet und Graf Károlyi, mit beiden Fäusten auf den Tisch hämmernd, neu den Lärm entfacht.

Rakovßky erhebt sich zum Worte und beantwortet die Erklärungen des Ministerpräsidenten mit der Bemerkung, daß er keine bestimmten Personen genannt habe und nicht geneigt sei, sich vom Ministerpräsidenten in die Laube locken zu lassen. Er schließt seine Worte mit dem lauten Ruf, daß die Beschaffung von hunderttausend Militärstiefeln allerdings ein Vermögen bedeute. Wieder folgen tosende Lärmszenen diesen Ausführungen, und nur schwer werden die Worte verständlich, mit denen Abgeordneter Alexander Erdély sen. das Haus wegen des Gebrauches eines unparlamentarischen Ausdruckes um Entschuldigung bittet.

Unter fortwährendem Lärm unterbricht der Präsident die Sitzung bis nachmittags 4 Uhr.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl v. Száß eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Ladislaus Almásy, Paul Száß, Koloman Szojka.

Auf den Ministersauteuils: Graf Tißa, Teleßky, Balogh, Baron Ghillány, Baron Harkányi, Baron Hazai, Baron Roßner, Hideghéthy.

Vizepräsident Karl v. Száß meldet, daß die Abgeordneten Josef Szterényi und Franz Nagy um die Erlaubnis angesucht und sie auch erhalten haben, vor der Tagesordnung das Wort ergreifen zu dürfen.

Abgeordneter **Josef Szterényi**:

Schon gestern abend habe ich, als der Ministerpräsident in Angelegenheit der Kriegslieferungen die Liste derjenigen verlas, die im Kriegsministerium interveniert haben und zu meiner größten Ueberraschung auch meinen Namen erwähnte, meiner Entrüstung darüber Ausdruck verliehen, daß mein Name in die Liste kommen konnte und dadurch stigmatisiert wurde. Ich kann nicht genug harte Worte für dieses Vorgehen finden, und ich muß es auch heute auf das entschiedenste zurückweisen, als ob ich irgendwie jemand an wen immer in einer Kriegslieferungsangelegenheit empfohlen hätte. Ich habe gestern sofort die Inkompatibilität gegen mich angemeldet, doch hat der Präsident aus formalen Gründen diese Anmeldung nicht zur Kenntnis genommen. Ich bitte nun, mir zu gestatten, jetzt unter Einhaltung der Formalitäten des Gesetzes diese Anmeldung zu wiederholen, wobei ich betone, daß ich dem, was ich gestern über die Vermittlungen und Empfehlungen gesagt habe, nichts hinzuzufügen, noch davon etwas wegzunehmen habe. Zur Ergänzung will ich jedoch bemerken, daß vielleicht von einer Angelegenheit die Rede ist, an die ich gestern im Augenblick der Entrüstung nicht gedacht habe. Ich erwarte vom anwesenden Minister am königlichen Hoflager Baron Erwin Roßner, der die Liste zusammengestellt hat, daß er im Interesse der angegriffenen Reputation eines seiner Abgeordnetenkollegen meine Ausführungen bestätigen werde.

Graf Julius Andrássy: Das hängt nicht von ihm ab!

Abgeordneter Josef Szterényi (fortfahrend): Bei Ausbruch des Krieges habe ich bei der Verhandlung des Budgetprovisoriums sehr heftige Angriffe gegen die Regierung wegen der Unterlassungen gerichtet, die sie sich betreffend die Beteiligung der ungarischen Industrie an den Heereslieferungen zuschulden kommen ließ. Bei diesem Anlaß wendete sich der Vizepräsident des Landesverbandes der Ungarischen Chemischen Fabriken und Generaldirektor der Ungarischen Gummifabrik Béla Rechnitz, dessen Verläßlichkeit über jeden Zweifel erhaben ist, mit der Bitte, beziehungsweise mit der Beschwerde an mich, daß die dem Verbande angehörenden ungarischen Industriezweige bei den Heereslieferungen vollständig vernachlässigt werden. Handelsminister Baron Johann Harkányi richtete in dieser Angelegenheit zwei Zuschriften an den Kriegsminister, ohne daß dieser darauf reagiert hätte. Ich gab nun Herrn Béla Rechnitz den Rat, persönlich im Kriegsministerium vorzusprechen. Da er dort keine Verbindungen hatte, bat er mich, ihn mit einigen Zeilen zu empfehlen. Ich betone, daß keineswegs von der Empfehlung eines Offerts die Rede war, und daß Herr Rechnitz überhaupt kein Offert dem Kriegsministerium gemacht hat. Ich gab ihm eine private Empfehlung, worin ich erklärte, daß Herr Rechnitz der Vertreter eines großen ungarischen Industriezweiges ist. Diese Empfehlung war an den Sektionschef FML. Árpád Tamásy, meinen alten Bekannten und Freund gerichtet, dessen Sektion mit den Heereslieferungen in keinerlei Zusammenhang stand. Es war von keiner Firma, sondern von einem Industriezweig die Rede, dessen Benachteiligung auch der Handelsminister amtlich festgestellt hatte. Der Ministerpräsident hat die Liste derjenigen verlesen, die in Heereslieferungen interveniert haben.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Ich bitte um Entschuldigung, es verhält sich nicht so!

Abgeordneter Josef Szterényi (fortfahrend): Ich fasse meine Pflichten als Abgeordneter sehr streng auf und kann keinen Abgeordneten entschuldigen, der bei Kriegslieferungen einzelne Personen empfohlen hat, am allerwenigsten einen oppositionellen Abgeordneten, der die Handlungen der Regierung kritisiert und daher über jeden Verdacht erhaben sein muß. Ich wiederhole, daß in diesem Falle kein Offert vorlag, so daß man von einer Empfehlung nicht sprechen kann. Um dennoch zu einer weiteren Untersuchung der Angelegenheit Anlaß zu geben, melde ich die Inkompatibilität auf Grund sämtlicher Punkte des Inkompatibilitätsgesetzes gegen mich an und füge die Bitte hinzu, der Inkompatibilitätsausschuß möge nicht, wie es jetzt üblich war, Jahre verstreichen lassen, sondern die Verhandlung meiner Angelegenheit unverzüglich in Angriff nehmen. (Zustimmung links.)

Vizepräsident **Karl v. Száß**:

Die Anmeldung der Abgeordneten Josef Szterényi wird im Sinne der Geschäftsordnung ohne Debatte und ohne Hausbeschluß an den Inkompatibilitätsausschuß gewiesen.

Ministerpräsident **Graf Stefan Tißa**:

Ich will nur ganz einfach auf den klaren Text meiner gestrigen Rede hinweisen. Ich sagte gestern, daß in der Liste jeder enthalten ist, der überhaupt in Verbindung mit den Kriegslieferungen auch nur ein Wort mit dem Minister oder den Referenten gesprochen hat.

Josef Szterényi: Ich habe kein Wort gesprochen!

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Es sind in der Liste auch die Namen derjenigen enthalten, bei denen der altruistische Charakter ihres Vorgehens über jeden Zweifel erhaben ist. Ich wollte aber ein vollkommenes Bild bieten. Ich faßte meine Aufgabe so auf, daß ich keinen Unterschied mache, sondern die Namen aller, die in der Liste enthalten sind, verlese. So kam in die Liste mein geehrter Freund Julius Pekár, der sich im Interesse einer altruistischen Institution verwendet hat. Ferner kommt in der Liste Georg Gündisch vor — nicht Guido Gündisch —, der ebenfalls in jeden Zweifel ausschließender Weise aus den altruistischen Motiven im Interesse der Kleingewerbetreibenden seines Bezirkes vorgegangen ist. Ebenso verhält es sich mit dem Abgeordneten

Kriegstagung des Reichstages.

Nachklänge.

Budapest, 25. Januar.

Die große Bewegung, die gestern die Abendsitzung des Abgeordnetenhauses kennzeichnete, zitterte heute noch nach. Vor Eingang in die Tagesordnung meldete Abgeordneter Josef Szterényi wieder die eigene Inkompatibilität an, da er sich nunmehr erinnere, eine Empfehlung gegeben zu haben, doch habe es sich um ein gemeinnütziges Interesse der ungarischen Industrie gehandelt. Nach einer kurzen Bemerkung des Ministerpräsidenten meldeten auch die Abgeordneten Franz v. Nagy, Baron Julius Madarassy-Beck und Edmund Barta die eigene Inkompatibilität an, damit ihre Stellung bei der Ansiedlungs- und Parzellierungsbank nicht zu Mißdeutungen Anlaß gebe. Es war reichlich halb 12 Uhr, als das Haus zur Tagesordnung, der Vorlage über die Ergänzung der Ausnahmeverfügungen, kam. Als erster Redner sprach Ladislaus Hammersberg.

Schon diese Rede richtete heftige Angriffe gegen die Regierung, weil in der Vorlage die Kompetenzen und Zuständigkeiten der Polizeigerichtsbarkeit gewissermaßen in den Verfügungskreis der Regierung gezogen werden. Zum Sturm steigerten sich diese Angriffe, als Abgeordneter Wilhelm Vázsonyi im einleitenden Teil seiner Rede in scharfer Weise gegen das beschleunigte Gerichtsverfahren überhaupt entschieden auftrat. Mit Berufung auf die ausnahmslos erfolgten Kundgebungen aller Advokatenkammern des Landes verurteilte er das System und die Auswüchse dieser Justiz, wobei er der königlichen Kurie gedachte als einer Institution, die das Leitwort „lasciate ogni speranza" trägt.

Justizminister Eugen v. Balogh protestierte in lauten Zwischenrufen gegen die Angriffe, die gegen die königliche Kurie gerichtet waren. Eine Flut von Zwischenrufen hallte minutenlang von links nach rechts und von rechts nach links, und es dauerte eine gute Weile, bis sich

Reichspost
26./I. 1917

Jenseits der Leitha.

Politische Gedanken eines Oesterreichers bei den Honveds.

I.

Heute dienen Schulter an Schulter mit den Honveds viele Oesterreicher, doch wohl selten einer so lange wie ich, der ich fast den ganzen Krieg in Einteilung bei der Honved durchkämpfte und durchmarschierte. Wesensfremd stand mir dieser nationale Armeeteil gegenüber, als ich zum ersten Male in seinen Reihen mitkämpfte. Aus alten österreichischen Traditionen kam ich, die Seele voll von der Herrlichkeit des altösterreichischen Einheitsstaates, mit beiden Füßen auf dem geraden, mit blinden Augen nicht zu verfehlenden Wege bedingungsloser deutscher Heerbanntreue. Meine Ahnen waren als Kolonisten in die Nordmark gekommen, mit Hammer und Pflug schufen sie in bergigem Lande, mitten unter tschechischer Bevölkerung eingekeilt, aus vernachlässigtem Boden musterhafte Ansiedlungen, aus öder Bergheide aufblühende Gemeinwesen des deutschen Handwerks und Handels, indes über der fruchtbaren Tiefebene noch slawische Rückständigkeit lastete. Geschlechter kamen und sanken ins Grab, von einen zum andern aber verpflanzte sich wie ein Strom lebendigen Blutes die Treue zum Lande, zum Herrscherhaus und zum großen mächtigen Reiche, dessen Grenzen wenigen bekannt waren. Deutsch sein heißt treu sein. Als im Jahre 1866 preußische Truppen in meine Vaterstadt einzogen, blieb sie schwarz-gelb bis in die Knochen. Damals wollten fast die Aelteren verzagen, wir Jungen aber folgten dem brausenden Ruf unseres Blutes und begannen Oesterreich neu aufzubauen — in unseren Herzen. Leuchtende Gestalten verklärter Vergangenheit wiesen uns den Weg zur Wiedergeburt verklungener, aber unvergessener Herrlichkeit.

Als schwarz-gelber Oesterreicher kam ich in einen Verband mit den Honveds. Höherer Befehl stellte mich dorthin, ich hatte zu gehorchen, wenn auch das Heimweh nach den Brüdern derselben Mutter verlangte. Nicht mit bewußtem Vorurteil sah ich zu den neuen Kameraden hinüber, ich müßte mich ja selbst als schlechten Christen und minderwertigen Menschen anklagen. Und doch blieb ich ihrem Wesen lange fremd. Meine Begriffe waren andere als die ihren. Läutete ich in inniger Begeisterung die Glocken österreichischer Vaterlandsliebe, so vernahmen die ungarischen Kameraden darin nur den drohenden Klang der Sturmglocken vormärzlich-absolutistischen Zentralismus. Die Augen wurden kühler, die Lippen herber, die Herzen verschlossen sich. Und ich, der Freundschaft heischende Süddeutsche, litt darunter. Zum Brückenbau aber fehlte oft das verbindende Glied: die Sprache. Mühsam bauten wir aus einzelnen Steinen einen Notsteg für den dienstlichen Verkehr, das gegenseitige Mißtrauen aber scheute den Sprung über die Lücken. Gemeinsame Gefahren, Kämpfe, Siege und Opfer und wieder Siege brachten uns näher. In den Unterständen draußen im vordersten Graben oder in der Feuerstellung spannen wir lange Gespräche über Oesterreich und Ungarn. Wenn wir Kameraden draußen uns gefunden, warum sollte es nicht gelingen, auch zwischen den Ländern und Völkern die Brücke des Verständnisses und damit der gegenseitigen brüderlichen Hochachtung zu schlagen? Ihr seid kein Weltvolk, eine kleine, versprengte Nation, also beginnt ihr von drüben, indem ihr eure Ueberzeugungen in der herrschenden Sprache Oesterreichs uns mitteilt; wir aber wollen von hüben Glied um Glied die Brücke bereiten zu eurem Verstande und eurem Herzen.

II.

Ein stolzes und trutziges Volk sind die Magyaren. In allem, was ihr Volkstum und ihr Staatswesen berühren könnte, von einer jäh zurückschlagenden Empfindlichkeit, wie nicht leicht ein anderes Volk. Mutterseelenallein zwischen den mächtigen Meeren des Slaventums und der Deutschheit eingeklemmt, haben diese paar Millionen sich durch ein Jahrtausend fast unverändert erhalten bis heute. Die Kelten und Illyrier sanken in die Erde, die Hunnen verschwanden aus der Geschichte, die Avaren flohen zurück in die Urheimat, die Magyaren aber blieben an der Donau und Theiß. Mit energischem Schwert und kluger Politik mehrten sie ihr Reich in günstigen Tagen und bewahrten ihr Volkstum in den Zeiten schwerster Unterdrückung. Als die Türken über Ungarn herrschten, schien es, als wollte das Magyarentum aufgehen in der rücksichtslos herrschenden verwandten Rasse. Als der Halbmond wieder nach dem Südosten abzog, war das Land leer und öde. Deutscher Volksüberschuß aus dem Reiche und aus Oesterreich strömte hinunter in die gesegneten, menschenleeren Ebenen. Auf ihren Herrensitzen aber saßen die magyarischen Edelinge und kämpften mit unverdrossenem Trotz um ihre verbrieften Vorrechte. Hin und her wogte der Streit mit dem aufgeklärten Absolutismus, diesem Erzeugnis deutschfremder Rechtsauffassungen, mit dem auch unsere Voreltern bittere Kämpfe bestanden. Manchmal gebeugt, doch niemals endgültig besiegt, vermochten die Magyaren ihre selbständige, altdeutschen Vorstellungskreisen sich nähernde Verfassung zu behaupten. Dieses harte, streitgewohnte Volk der Politiker und Juristen, hob wohl manchen Verführer auf den Schild, jedoch irrt wer diese vereinzelten Erscheinungen zur Grundlage eines endgültigen Urteils machen wollte.

In den jahrhundertelangen Kämpfen reifte den Magyaren eine Frucht, die wir Oesterreicher leider noch immer zu oft vermissen: realpolitisches Denken. Gerade diese heißblütige, leicht erregbare, Aeußerlichkeiten oft übermäßig hoch einschätzende Nation verdankt ihre herrschende Stellung nur ihrer Begabung und ihrem Willen zur Realpolitik. Man braucht nicht allen Einzelheiten zuzustimmen, ja man braucht überhaupt nicht begeistert zu sein davon, aber das beste Beispiel hiefür ist die Regelung der Jugenderziehung. Es gibt keinen ungarischen Schulbuben, der nicht wüßte, was Ungarn war, ist und — noch will! Die Auslegung strittiger Punkte der Gesetzgebung und die Beleuchtung mancher Abschnitte der eigenen Geschichte begegnet ganz gewiß oft sehr ernsten Kritiken der Wissenschaft. Nicht selten auch im Schoße der magyarischen Wissenschaft selbst. An dem Ergebnis dieser durch zwei und vielleicht schon mehr Geschlechter vollführten Erziehung kann trotz alledem der Oesterreicher nicht achselzuckend vorbeigehen, der keinen politischen Fehler begehen will. Es besteht ja das Wesen der Realpolitik vor allem darin, daß man die Dinge nimmt, wie sie wirklich sind und nicht wie man glaubt oder will, daß sie seien. Eine solche unverrückbare Tatsache ist, daß die ungarische Jugend in strenger Einheitlichkeit und Geschlossenheit erzogen ist zu einem begeisterten, starken kampfbereiten ungarischen Staatsbewußtsein. Es wäre ein grober Irrtum, diese Erziehung bloß der magyarischen Jugend zuzuschreiben, obgleich diese darin hervorragt, ich habe mit Bedacht gesagt: ungarische Jugend. Der ungarische Deutsche und Kroate hat nicht weniger Staatsgefühl wie der Magyare selbst, die ungarländischen Rumänen und Slowaken haben sich mit tiefem Ernste zum ungarischen Vaterlande bekannt, nicht bloß in der Verteidigung gegen äußere Feinde, sondern im Bewußtsein, daß sie ihre Entwicklung im Rahmen des ungarischen Staates suchen müssen, wollen sie nicht in endlosen politischen Bürgerkriegen ihre Kräfte verbrauchen. Diese Ergebnisse ihrer Unterrichts- und Erziehungspolitik erfüllen die Magyaren mit großem Stolze und bitter müssen die Oesterreicher es beklagen, daß — nicht dasselbe, denn es steckt so manche Unbill, manche Außerachtlassung von Lebensrechten der Nationalitäten in diesem System — aber doch im Ergebnis gleiche Erfolge nicht auch bei uns überall erzielt wurden. In diesem System liegt Ungarns Kraft der Gegenwart und nächsten Zukunft. Es gibt kaum einen Mann, der in den Kreisen der ungarischen Opposition mehr gehaßt würde, als Graf Stefan Tisza. Dieser Haß hat gewiß zu bedauerlichen Entgleisungen geführt, aber immer wieder stand die Opposition wie ein Mann hinter ihrem Regierungshaupte, wenn es um Ungarns Stellung in der Monarchie und in der Welt ging: sie vergaßen über der verhaßten Person nicht des von allen geliebten Vaterlandes. Ob klaffende Gegensätze sie trennen, mit gleicher Eifersucht hüten alle Magyaren ihre heilige Krone, diesen von Geschichte und Legende verklärten Inbegriff ihres gesamten nationalpolitischen Wesens.

III.

Dieses machtvolle, mit Liebe gepflegte und mit sorglicher Politik umhegte Magyarentum strebt teilweise nach weiteren Sicherungen seines Wesens. Eine kräftige Bewegung, der ein Großteil vor allem der jüngeren Intelligenz angehört, wünscht die Honvedisierung des ungarischen Teiles der k. u. k. Armee, die Unterstellung der gemeinsamen Minister unter die Kontrolle des ungarischen Parlaments, wenn schon nicht die Zweiteilung der außenpolitischen Vertretung sowie den Ausbau der ungarischen Volkswirtschaft zu handels- und zollpolitischer Selbständigkeit. Diese Forderungen rühren an die Pragmatische Sanktion und die darauf aufgebaute 67er Verfassung.

Verfassungsänderungen sind recht heikle Dinge in politischen Programmen und begegnen dem Mißtrauen auch der gesunden konservativen Instinkte. Gleichwohl fehlen solche Punkte selten in den Programmen der Parteien. Das gilt für Oesterreich ganz besonders; man erinnere sich nur mit Schaudern an gewisse Programme, die unser altes Oesterreich willkürlich zerschnitten und zusammenklebten als wäre es ein Bilderbogen. Man hat also kaum ein Recht, eine in verfassungsmäßigen Bahnen sich bewegende und mit verfassungsmäßigen Mitteln kämpfende Partei als weniger patriotisch zu erklären, bloß, weil ihr Programm mit besonderem Nachdrucke grundlegende Aenderungen der Verfassung anstrebt; lediglich auf die Wucht der Gründe kommt es an, welche vom Standpunkte des Gemeinwohles und der Staatsinteressen für oder gegen die gewollte Aenderung sprechen. Solche Kämpfe der Ueberzeugungen müssen innerhalb der Staaten ausgetragen werden, da eine Einwirkung über die staatsrechtlichen Grenzen nur zu leicht als unbefugte Einmischung gedeutet werden und zur Erhitzung der Gemüter erst recht beitragen kann. Kommt die Bewegung in einem Staate zur Herrschaft, dann haben eben beide Staaten sich auseinanderzusetzen.

Die 48er Bewegung darf gewiß nicht unterschätzt werden. Ihr Ziel ist — darüber müssen wir Oesterreicher uns einmal klar werden — ein nationalpolitischer Idealzustand, daraus erklärt sich die hinreißende Werbekraft dieser Bewegung in der magyarischen Jugend. Unter den zahlreichen Kameraden akademischen Bildungsganges habe ich keinen einzigen Magyaren gefunden, der nicht 48er wäre. Gewiß, das Magyarentum, das in den letzten Jahren zwischen den Familien reinen Blutes aufgewuchert ist und in dem die Staatsbürger mosaischer Konfession auffallend zahlreich vertreten sind, braucht mit seiner Unabhängigkeitsbegeisterung nicht übermäßig ernst genommen werden; die Ueberläufer und die gewissen andern sind immer dort zu finden, wo die nationale Begeisterung in überschwenglichen Worten und Ideen aufschäumt. Das ist bei allen Nationen so, auch bei den Magyaren. Leichte Ware, bringt ein politischer Umschwung diese korkigen Elemente rasch auf die Gegenseite. Was der 48er Bewegung ihre innere Kraft verleiht, ist die große Zahl reinrassiger Familien, welche ihre Ziele als die Erfüllung der Wünsche zahlreicher Geschlechter ansehen. Trotz alledem hat die 48er Bewegung kein Recht, sich auf die Mehrheit der Bevölkerung zu berufen. Diese Mehrheit steht heute unentwegt auf dem Boden der 67er Verfassung und lehnt die 48er Programme als zu weitgehend und Ungarn selber schädigend ab.

Während einer Reihe von Geschlechtern waren es immer wieder hervorragende Führer des Magyarentums,, welche alle Zerreißungsideen abwiesen und eine engere Verbindung mit Oesterreich anstrebten. Einer der letzten in dieser Reihe war Graf Julius Andrassy, der im ungarischen Bürgerkriege 1848/49 mit den Aufständischen focht, 1867 die neuerstandene Machtstellung Ungarns in den Rahmen einer gesicherten Gemeinsamkeit verankerte, welche erlaubte, die Kräfte der Monarchie in weitgehendem Ausmaße zu kraftvoller Großmachtpolitik zu versammeln. Seitdem sind die wechselseitigen Interessen der beiden Staaten immer mehr ineinander verwachsen. Die kräftig betriebene Industrialisierung Ungarns hat österreichisches Kapital in größerem Umfange als je über die Leitha geführt. Die ungarische Volkswirtschaft besitzt in der Produktions- und Kredithilfe Oesterreichs eine unentbehrliche Stütze. Die Zerreißung des 50jährigen Zoll- und Handelsbündnisses im Sinne der 48er wird folgerecht von den ernsten Wirtschaftspolitikern Ungarns als trügerische Fata Morgana abgelehnt. Die Lockerung des politischen Verbandes mit Oesterreich erscheint von der hohen Warte des Weltkrieges aus als drohende Gefahr für das auf allen Seiten von fremden, fast durchwegs feindlichen Volksmassen umgebene Magyarentum, dessen heutige, früher nie erreichte Machtfülle nur in der Anlehnung an den deutschen Kulturkreis sich erhalten kann. Daraus aber ergibt sich, daß gerade das Magyarentum mindestens ebenso wie wir herüben auf die ein kündbares Bündnis weit überragende geschichtliche Gemeinsamkeit angewiesen ist. Schwerwiegende Betonungen dieser Tatsache hat Freund und Feind während des Krieges von berufenen ungarischen Persönlichkeiten vernehmen können. Was schließlich das militärische Programm der 48er anbelangt, so müssen diese Fragen zunächst vom Standpunkt des militärischen Interesses — und insoferne haben wir Oesterreicher ein zweifelloses Recht, mitzureden — ferner von dem der Interessen des Erzhauses, zu deren Wahrung nur dieses selbst befugt ist, schließlich, soweit es auch eine intern-ungarische Frage ist, vom Standpunkte der Nationalitäten beurteilt werden. Die Verfassung gibt uns keine Möglichkeit, in der ungarischen Nationalitätenpolitik mit greifbareren Mitteln, als es Sympathiekundgebungen sind, einzugreifen. Man darf nicht vergessen, daß, so sehr wir auch die Zurücksetzung mancher Nationalität in Ungarn und Kroatien, insbesondere unserer Volksgenossen, schmerzlich empfinden müssen, letzthin diese selbst in erster Linie zur Wahrung ihrer Interessen berufen sind; eine sogenannte Nationalitätenpolitik einfach drauf los zu betreiben, vermag dem Magyarentum Unannehmlichkeiten zu bereiten, ohne unsere eigene Stellung irgendwie zu stärken. Im Gegenteil: solches Verhalten würde nur jene gewisse mißtrauische Abneigung nähren, die uns noch immer — nicht ganz ohne unsere Schuld — begegnet und muß nach den Erfahrungen des Weltkrieges abgelehnt werden, welche jede Schwächung der staats- und damit monarchieerhaltenden Elemente im Reiche der Stefanskrone nicht rätlich erscheinen lassen.

IV.

Ich sagte, daß noch immer ein gewisses Mißtrauen gegen Oesterreich bestehe, als ob wir die Absicht hätten, die ungarische Staatlichkeit, wie sie in der 67er Verfassung ausgedrückt ist und seither formal klarer gemacht wurde, irgendwie anzutasten. Dieses Mißtrauen wird leider von manchen Zeitungen genährt, deren Redakteure — zumeist recht jungmagyarischer Abstammung — mit besonderer Empfindlichkeit jedes Wort, jeden Ausdruck, jede Entgleisung vermerken, welche in obigem Sinne ausgelegt werden könnten. Anderseits hat die bisherige Taktik der österreichischen Parteien bei Ausgleichsverhandlungen irreführende Vorstellungen erweckt; unsere Parteien erschienen fast immer als die rück- und einsichtslosen Wortführer der politischen und militärischen Gemeinsamkeit, sie dünkten den Magyaren oft kaiserlicher als der Kaiser. Dieses taktische Verhalten rief, beharrlich fortgesetzt, den Eindruck hervor, als ob Oesterreich viel mehr auf die Gemeinsamkeit angewiesen sei als Ungarn; manche besonders feinhörige 48er Politiker zogen daraus den kühnen Schluß, Oesterreich verteidige die Gemeinsamkeit nur deshalb so heftig, weil es den finsteren Plan, das widerspenstige Ungarn eines Tages doch noch als einfache Provinz sich anzugliedern, noch nicht aufgegeben habe.

Was Herz und Verstand der Politiker beider Staaten vielfach heute noch trennt, sind also in der Mehrheit nicht schwerwiegende, sachliche Gründe, sondern Mangel an Verständnis und der daraus folgenden Rücksichtnahme auf die beiderseitige Empfindlichkeit. Beide lieben wir in größter Hingebung Haus Habsburg, beide wollen wir die Monarchie als starke, achtunggebietende Großmacht. Wer mag es den Magyaren verargen, daß für sie der Weg zu diesem Ziel über Ungarn führt? Wenn wir an die deutsche Eigentümlichkeit der Stammessonderung uns erinnern, verstehen wir diesen Hang des Magyarentums leichter. Uns gegenseitig verstehen lernen, zwingt uns schon die Blutsbrüderschaft auf unzähligen Schlachtfeldern, zwingen uns die drohenden Gefahren und die großen Aufgaben der Zukunft, denen wir nur mit vereinten Kräften gewachsen sein können.

Elmar.

STER LLOYD

ABENDBLATT

Hegy, Julius & Co., Geb, Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnr.: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Márie Valérie-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Budapest, Freitag, 26. Januar 1917 **Nr. 26**

und königlichen Majestät Kaiser Wilhelms II. auch im Hauptquartier Sr. Majestät erschienen bin.

Mit patriotischer Freude kann ich über den ebenso huldvollen, wie warmen Empfang Bericht erstatten, den Se. Majestät der Kaiser und König in meiner bescheidenen Person dem Vertreter der ungarischen Nation zuteil werden ließ. (Lebhafter Beifall.)

Allein mit patriotischem Stolz muß ich auch über die sympathische öffentliche Stimmung und die unverhüllte Anerkennung berichten, die ich bei den führenden Faktoren des öffentlichen Lebens des Deutschen Reiches für die ungarische Nation wahrzunehmen die Ehre hatte, sowie über die ähnliche Auffassung, die sich bei den Völkern der übrigen verbündeten Staaten herausgestaltet hat und von der ich mich bei der Fühlungnahme mit den Parlamentspräsidenten überzeugen konnte. (Lebhafte Eljenrufe auf beiden Seiten des Hauses.)

Ich für meine Person war der Dolmetsch jener aufrichtigen Hochachtung und innigen Eintracht, von der die ungarische öffentliche Meinung gegenüber den mit uns im Bündnis stehenden Völkern durchdrungen ist. Auch habe ich es nicht unterlassen, jener unerschütterlichen Bundestreue und jener vollen Entschlossenheit Ausdruck zu verleihen, von der wir einerseits gegenüber unseren treuen Bundesgenossen, andererseits angesichts der gegen unsere nationale Existenz gerichteten Absichten unserer Feinde erfüllt sind. (Lebhafter Beifall und Applaus auf beiden Seiten des Hauses.)

Die vom Abgeordneten Ernst Bródy signierte Petition des Landesvereins der weiblichen Beamten in Angelegenheit der Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen wird an den Petitionsausschuß gewiesen.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Ergänzung des G.-A. IV: 1912 betreffend die Ausnahmsverfügungen für den Fall des Krieges.

Abgeordneter Graf Albert Apponyi

lehnt den Gesetzentwurf auf Grund der bisher durch die oppositionellen Redner vorgebrachten Argumente ab, namentlich aber deshalb, weil er die im § 1 enthaltene Erweiterung der diskretionären Gewalt der Regierung in dieser Ausdehnung keineswegs billigen könne. Indessen will er sich nicht mit den allgemeinen Verfügungen des Gesetzentwurfes beschäftigen, auch nicht mit den sozialpolitischen Fragen, die der Berichterstatter und die Abgeordneten Josef Szterényi und Ernst Bródy in wahrhaft anerkennenswerter Weise erörtert haben, sondern ausschließlich mit der Frage des Mutter- und Kinderschutzes. Auch die Abgeordneten Szterényi und Bródy haben über diese Frage ein sehr anschauliches Bild entworfen. Redner will dieses Bild mit einigen Zügen ergänzen. Diese Frage bildet eines der wichtigsten Probleme in allen Ländern, namentlich aber in einem Lande, wo auf diesem Gebiete leider sehr traurige Zustände herrschen. Redner hat bereits in einer Rede im Vorjahre eingehend ausgeführt, daß die Geburten bei uns abnehmen, dagegen die Säuglingssterblichkeit stationär sehr hoch sei. Dieses bedauerliche Uebel wurde durch den Krieg nur gesteigert, und zwar auch aus Gründen, die mit dem Kriege nicht im Zusammenhange stehen. Die Abnahme der Geburten während des Krieges ist eine unerläßliche Folge der Moral und es wäre ein trauriges Symptom für das moralische Leben der ungarischen Nation, wenn dies nicht der Fall wäre. Redner will einige statistische Daten anführen. Im Jahre 1914 betrug die Zahl der Geburten in Ungarn 680.407, was dem normalen Durchschnitt entspricht, der sich auf 630.000 bis 650.000 beläuft. Die Zahl der Sterbefälle betrug im Jahre 1914 im ganzen Lande 435.433, so daß die Zunahme der Bevölkerung etwa 200.000 Personen betrug. Dies entspricht dem normalen Bild.

Im Jahre 1915 verminderte sich die Zahl der Geburten auf 423.000, während die Zahl der nicht militärischen bürgerlichen Sterbefälle sich auf 469.902 erhöhte. Demnach ergab sich schon im ersten Jahre des Krieges, abgesehen von den Verlusten auf dem Kriegsschauplatze, in der Populationsbewegung ein Minus von 36.000 Köpfen. Dieses Minus erhöhte sich im Jahre 1916 auf 80.000, da die Zahl der Geburten annähernd nur 280.000, die der Sterbefälle 370.000 betrug. Die Säuglingssterblichkeit im Jahre 1914 betrug 19·7 Prozent, was leider dem Durchschnitt der letzten Jahre entspricht. Dieser Prozentsatz erhöhte sich im Jahre 1915 auf 26·4 Prozent; im Jahre 1916 trat eine kleine Besserung ein, indem der Prozentsatz auf ungefähr 23 Prozent sich verminderte. Wir stehen daher dem Symptom gegenüber, daß bei uns während des Krieges die Zahl der Geburten bedeutend abgenommen, der Prozentsatz der Säuglingssterblichkeit aber zugenommen hat. In Deutschland ist das letztere nicht eingetreten. Denn die Regierung des Deutschen Reiches hat im Vereine mit den Regierungen der deutschen Bundesstaaten sehr einschneidende Verfügungen getroffen, durch die erreicht wurde, daß die Sterblichkeitsziffer der Säuglinge sich sogar vermindert hat. Dieses Ergebnis ist eine Folge des systematischen Kampfes, den die deutsche Regierung in erhöhtem Maße während des Krieges gegen die Säuglingssterblichkeit führt. Auch wir dürfen die Hand nicht in den Schoß legen. Worauf können wir die Zunahme der Säuglingssterblichkeit zurückführen? Zunächst auf den Aerztemangel, infolgedessen zahlreiche Geburten ohne ärztliche Hilfe erfolgen und auch die Säuglinge nicht ärztlich behandelt werden können. Dieses Uebel hängt mit dem Krieg zusammen und wir können es infolgedessen nicht ganz beseitigen. Die Hauptursache der Säuglingssterblichkeit ist indessen der Milchfrage zuzuschreiben. Von allen Seiten, von Aerzten und von anderen zuständigen Faktoren ging dem Redner die Mitteilung zu, daß gerade diejenigen, die am ehesten der Milch bedürfen, kein entsprechendes Quantum erhalten können, während andere, bei denen die Milch eine angenehme und gesunde Ergänzung der übrigen Nahrungsmittel bildet, die aber die Milch nicht zur Lebenserhaltung benötigen, Milch in großer Menge konsumieren. Redner weiß, daß die Lösung dieser Frage infolge der Verminderung der Milchproduktion auf große Schwierigkeiten stößt. Dieser Umstand bildet eine Ursache mehr dafür, daß wir mit der Milch ökonomischer und rationeller umgehen und das zur Verfügung stehende Milchquantum vor allem denen zuführen, die der Milch zur Lebenserhaltung bedürfen (Lebhafte Zustimmung), der stillenden Mutter und dem Kind bis zum zweiten Lebensjahr. Schon vor zwei Jahren, zu Beginn des Krieges, hat Redner die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Notwendigkeit der Requirierung der Milch gelenkt und darauf hingewiesen, daß es nicht angehe, daß die Milchproduzenten über die Milch in unumschränkter Weise verfügen. In der letzten Zeit sind wohl einige Verfügungen im Interesse der Milchfrage, namentlich durch die Einschränkung des Milchkonsums in den Kaffeehäusern der Städte, getroffen worden. Allein einschneidende Maßnahmen, die sich auf das ganze Land erstrecken, und auf Grund deren die Regierung betreffs der Milch und ihrer Verteilung an diejenigen verfügt, die ihrer am ehesten bedürfen, sind nicht vorhanden. Man beruft sich auf technische Schwierigkeiten, die die Durchführung dieser Maßnahmen hemmen. Allein die ganze soziale Wirtschaft, auf die wir jetzt angewiesen sind, ist schwer durchzuführen, und Redner ist überzeugt, daß auch diese Frage nicht unlösbar sei. (Zustimmung.) Es kann festgestellt werden, daß die Lage auf diesem Gebiete in der letzten Zeit sich ein wenig gebessert hat. Es ist dies der im Jahre 1916 eingeleiteten und energisch geführten Aktion zugunsten des Mutter- und Säuglingsschutzes zu danken. Dies genügt jedoch nicht und wir müssen dringendst, ohne Zeit zu verlieren, die bestehenden Uebel beseitigen. (Lebhafter Beifall.) Zu den brennendsten Problemen auf diesem Gebiete gehört die Unterstützung der schwangeren und stillenden Frauen, mit der man in Deutschland außerordentliche Ergebnisse erzielt hat. Eine radikalere Lösung ist ferner nicht denkbar als durch die allgemeine, obligatorische Mutterschaftsversicherung im Rahmen der allgemeinen Krankenversicherung, an der jede Person beteiligt sein muß, die darauf angewiesen ist. (Lebhafte Zustimmung auf beiden Seiten des Hauses.) Einen Teil dieser Lasten müssen diejenigen tragen, die zur Arbeitgeberklasse gehören. Der Minister des Innern hat sich wohl sehr warm über diese Frage geäußert, doch zugleich erklärt, er könne die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß der Staat diese großen Lasten ertragen könne. Bei der Durchführung eines strategischen Planes während des Krieges kann die Regierung keineswegs mit diesem Argument auftreten. Dies ist ganz richtig. Wenn es gilt, für unsere Existenz einen Kampf auf Leben und Tod zu führen, müssen wir die hiezu notwendigen Mittel unbedingt beschaffen. Redner ist der festen Ueberzeugung, daß wir in diesem Kampf auf Leben und Tod vergeblich alle Opfer bringen und vergeblich siegen werden, wenn wir auf dem Gebiete der Reorganisation unserer angegriffenen Population mit den übrigen Staaten nicht Schritten halten und die entstandenen großen Lücken nicht ausfüllen können. (Lebhafte Zustimmung links.) Absolute Verfügungen auf diesem Gebiete bilden einen ebenso entschiedenen kategorischen Imperativ, wie die Herbeischaffung der Mittel für die Durchführung unserer strategischen Pläne. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir können diese vitale Frage nicht lösen, ohne die obligatorische Organisation der Mutterschaftversicherung. Denn der Säuglingsschutz beginnt beim Schutz der Mutter. Wenn wir erreichen wollen, daß unsere Frauen imstande sein sollen, uns mit mehreren gesunden Kindern zu beschenken, müssen wir Sorge dafür tragen, daß ihr Organismus nicht bei der Geburt des ersten Kindes vernichtet werde. Eine Hauptursache für die große Sterblichkeitsziffer der Säuglinge sind eben die außerordentlich primitiven und ungünstigen Verhältnisse, unter denen bei einem großen Teil der ärmeren Schichten unserer Bevölkerung die Geburten vonstatten gehen. Erfolgen die Geburten nicht unter günstigeren Verhältnissen, so können wir nicht jenen gesunden, kraftvollen Ueberfluß erhalten, dessen wir unbedingt bedürfen, um die durch den Krieg verursachten Wunden zu heilen. (Lebhafte Zustimmung.) Redner wird in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, das Gesuch des Svetanja-Bundes, an dessen Spitze er steht (Lebhafte Eljenrufe links), betreffend die obligatorische Einführung der Mutterschaftsversicherung zu unterbreiten. Er wird dafür sorgen, daß jeder Abgeordnete dieses Gesuch, das von einem hervorragenden Fachmann ausgearbeitet und mit Daten reichlich versehen worden ist, erhalte. Er bittet die Abgeordneten, dieses Gesuch einer gründlichen Erwägung zu unterziehen und dazu beizutragen, eine öffentliche Meinung zu schaffen, deren wir bedürfen, um von allen Faktoren, von der Regierung, der Gesetzgebung und der Gesellschaft zu fordern, daß sie in dieser Frage ihre Pflicht erfüllen. Denn die Zukunft unserer Nation hängt eben von der richtigen Lösung dieser Aufgabe, wie von der günstigen Gestaltung der Kriegslage ab. (Lebhafter Beifall und Applaus.)

Abgeordneter Béla Földes

beleuchtet den Gesetzentwurf vom Gesichtspunkte der Volksvermehrung. Der deutsche Reichstag hat zur Erörterung dieser Fragen einen Ausschuß entsendet, der sich bereits eingehend mit der Verhinderung der Verbreitung der venerischen Krankheiten befaßte. Die erste radikale Folge war die Einführung des Anmeldezwanges bei Geschlechtskrankheiten, so daß die Unterlassung der Anmeldung mit Strafen belegt wird. Redner bespricht hierauf die einzelnen Paragraphen des Entwurfes, der eine Kumulierung der Ausnahmsverfügungen enthält. Der erste Paragraph fordert weitgehende Befugnisse für die Regierung, die zumindest eine entsprechende Orientierung des Hauses voraussetzt. Von besonderer Bedeutung ist der § 2, der den Komplex der Sozialpolitik umfaßt. Zu Beginn des Krieges herrschte allgemein die Befürchtung, daß ein großer Mangel an Arbeitsgelegenheiten eintreten werde; in der Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall; wir stehen heute vielmehr einem Arbeitermangel gegenüber. Ein besonderer Nachteil bestand darin, daß während des Krieges die sozialen Ver-

Kriegstagung des Reichstages.

Eine Debatte über die kriegerische Sozialpolitik.

Budapest, 26. Januar.

Vizepräsident Elemér v. Simontsits eröffnete heute die Sitzung des Abgeordnetenhauses mit erfreulichen Mitteilungen über die Ergebnisse und Erscheinungen der Berliner Zusammenkunft. Das Haus nahm diesen Bericht mit lautem Beifall entgegen.

In der fortgesetzten Debatte über die Vorlage betreffend die Ergänzung des Gesetzes über die Ausnahmegerichte sprach als erster Redner Graf Albert Apponyi. Seine Rede brachte ernste, wertvolle Ausführungen über die Aufgaben unserer Bevölkerungspolitik, von deren günstigen Ausgestaltung Zukunft und Bestand unseres Staates abhängig sind. Was Graf Apponyi heute über die längst fälligen Aufgaben der Mutterschaftsversicherung und des Säuglingsschutzes sprach, verdient unbedingte Zustimmung und wärmste Propaganda, ist ein Stück des Existenzproblems unseres Volkes.

Es folgte eine Rede des Abgeordneten Béla Földes, die Fragen des Arbeiterschutzes, namentlich der Arbeiterversicherung erörterte. An einer Reihe von Bildern der ausländischen Arbeiterversicherung zeigte Abgeordneter Földes die Reformbedürftigkeit unserer eigenen Einrichtungen.

Abgeordneter Alexander Pető bekämpfte die Mängel des beschleunigten Gerichtsverfahrens. Dann galten die Ausführungen dieses Redners den Arbeiterversicherungsfragen, wobei er die Eingliederung der landwirtschaftlichen Arbeiter in das Versicherungswesen forderte und sehr einleuchtend begründete.

Um halb 2 Uhr ergriff Abgeordneter Géza Polónyi das Wort. Er richtete scharfe Angriffe gegen den § 1 der Vorlage, den er als Umsturz aller Rechtsgrundlagen bezeichnete.

Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Elemér Simontsits eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Ladislaus Almásy, Paul Szász, Koloman Szoyka.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tißa, Teleßky, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Harkányi, Baron Roßner, Hideghéthy.

Vizepräsident Elemér Simontsits:

Ich melde dem geehrten Hause, daß ich an der Zusammenkunft der Präsidenten der Parlamente der verbündeten Staaten, die auf Initiative des Präsidenten des deutschen Reichstages in der Zeit vom 19. bis 24. d. M. in Berlin stattgefunden hat, in Vertretung des Präsidiums des ungarischen Abgeordnetenhauses teilgenommen habe, bei welchem Anlasse ich infolge der huldvollen Einladung Sr. kaiserlichen

Pester Lloyd 27./I. 1917

Kriegstagung des Reichstages.

Die Debatte über die Ausnahmeverfügungen.

Budapest, 26. Januar.

Im Laufe der Debatte über die Ausnahmeverfügungen, die heute nachmittag im Abgeordnetenhause ihre Fortsetzung fand, wurde von den Rednern wieder zurückgegriffen auf die großen sozialpolitischen Aufgaben, die dem Staate aus dem Bevölkerungsproblem erwachsen. Die Abgeordneten Gedeon, Graf Batthyány und Abrahám wendeten sich in einzelnen Stücken ihrer Reden zu diesem Thema und Justizminister Eugen v. Balogh griff in die Debatte ein, um festzustellen, daß die Regierung durchdrungen ist von der großen Bedeutung dieser Fragen, daß sie den festen Willen hegt, alles zu tun, was auf diesem Gebiete möglich ist und namentlich in der Frage des Mutterschafts- und Säuglingsschutzes wirksam zu sein verspricht. Die Ausführungen des Ministers und das große Interesse, das das Haus diesen Fragen nunmehr entgegenbringt, sind das Pfand einer besseren Zukunft. Vor einigen Tagen wurden die Aeußerungen eines der vornehmsten Finanzpolitiker des Deutschen Reiches mitgeteilt, Ausführungen eines Gelehrten von unbestrittenem Ruf, in denen gesagt ist, daß die materielle Widerstandskraft des Deutschen Reiches nur abhängig ist von der Arbeitskraft, die sie in den Dienst der Reproduktion der verbrauchten Güter stellen kann. Das gleiche gilt für die österreichisch-ungarische Monarchie, gilt vor allem für Ungarn. Der ungarische Staat hat bisher die Mittel des Krieges aus eigener Kraft hervorgebracht und seine Widerstandskraft ist in der Zukunft nur davon bestimmt, ob er genug Hände in den Dienst der Güterproduktion stellen kann. Das aber ist in erster Reihe abhängig von der Populationspolitik des Staates. Wenn Graf Albert Apponyi heute die großen Mängel dieser Populationspolitik aufdeckte, so dürfen wir aus den Worten des Justizministers Eugen v. Balogh darauf schließen, daß diesen Mängeln schleunig und energisch, großzügig und opferwillig, wie es die Stunde befehlend fordert, begegnet werden soll.

Justizminister Eugen v. Balogh hat, weitere Auseinandersetzungen in Aussicht stellend, auch auf die Ausnahmeverfügungen im Gerichtsverfahren zurückgegriffen, um die Angriffe der oppositionellen Redner abzulehnen. Der Minister berief sich, um den modernen Geist seiner kriminalistischen Auffassung zu betonen, auf die unbestrittenen großen Verdienste, die die Aera Balogh zum Beispiel auf dem Gebiete des Jugendschutzes und der Jugendfürsorge zweifellos aufzuweisen hat. Wir haben gestern bereits betont, daß die kriminalistische Auffassung Eugen v. Baloghs anknüpft an modernste Vorbilder, an die neue, nachklassische Richtung, die den Staat über das Individuum setzt und um so konsequenter wurde, je mehr Gefahren den Staat bedrohten. Daß das Verbrechen im Kriege die größten Interessen des Staates gefährdet, hat Justizminister Eugen v. Balogh heute restlos nachgewiesen.

Das Haus wird erst am nächsten Mittwoch seine folgende Sitzung halten und die Debatten über die Vorlage, die heute zur Beratung stand, fortsetzen.

Die Nachmittagssitzung.

Um halb 5 Uhr eröffnete der Präsident wieder die Sitzung.

Finanzminister **Johann v. Teleßky**

unterbreitet den Bericht über die Erhöhung des den Spiritusbrennereien und Freilagern gebührenden Teiles der Verkaufssumme des Spiritus und über die Freilager, denen die Erhöhung der vom Verkaufspreise zurückfolgenden Summe bewilligt wurde.

Ministerpräsident **Graf Stefan Tißa**

legt den Bericht des Obersten Staatsrechnungshofes über die im ersten Halbjahre 1915/16 erfolgten Abweichungen der für das Budgetjahr 1915/16 bewilligten und aus den Vorjahren in diese Rechnungsperiode übernommenen Kredite vor.

Beide Berichte werden in Druck gelegt und den kompetenten Ausschüssen zugewiesen.

Justizminister **Eugen v. Balogh:**

Geehrtes Haus! Da von der geehrten Opposition Bedenken gegen jene Verfügung des § 1 des vorigen Gesetzentwurfes laut wurden, daß gewisse Angelegenheiten der Kompetenz der zuständigen Behörde entzogen und durch eine von der Regierung zu betrauenden anderen Verwaltungsbehörde erledigt werden, erachte ich es als meine Pflicht, schon jetzt kurz jene Motive anzuführen, die mich zur Aufnahme einer solchen Ermächtigung in den Text des § 1 bewogen haben.

Ich möchte jedoch, da ich von den Mitgliedern der Regierung in dieser Debatte zuerst das Wort ergreife, zunächst dem Grafen Albert Apponyi antwortend, darauf verweisen, daß jedes Mitglied der Regierung, jeder gute Ungar von der großen staatserhaltenden Bedeutung des Mutter- und Säuglingsschutzes fest überzeugt sind, daß wir die darin liegende Quelle nationaler Kraft, Entwicklung und Bereicherung wohl erkennen und daß die Regierung die Angelegenheit des Mutter- und Säuglingsschutzes stets mit dem größten Interesse zu fördern bereit ist.

Die gegen den § 1 geäußerten Bedenken hoben besonders den Gesichtspunkt hervor, daß die Delegierung einer fremden Verwaltungsbehörde gegen Verfassungsrecht und -garantien verstoßen könnte. Man möge hier auch die Kehrseite der Angelegenheit betrachten, denn jene Vergehen, zu deren Aburteilung eine fremde Verwaltungsbehörde als Polizeistrafgericht delegiert werden soll, sind keineswegs Bagatellangelegenheiten, wenn man sie auch nicht mit jenen großen, die Sicherheit der Kriegführung und des Staates gefährdenden Angelegenheiten vergleichen kann, die beispielsweise bei den Heereslieferungen vorkommen können. Ein Teil dieser Angelegenheiten ist jedoch nur scheinbar harmloser Natur, denn wenn sich diese Fälle mehren, so würde das die eminenten Interessen des Staates gefährden und im Endergebnis auch die Versorgung des Heeres und der Gesamtbevölkerung mit Nahrungsmitteln schwer beeinträchtigen. Meines Erachtens ist sich jedermann dessen bewußt, daß wir in diesem uns aufgezwungenen großen Kriege, den wir für unsere Lebensinteressen führen, von seiten der Regierungen unserer Feinde dem teuflischen Plane ausgesetzt sind, dem Hungertod zu verfallen. Diese Aushungerungspolitik wird nicht gelingen. Die entschlossene Zähigkeit, Kriegsbereitschaft, Opferwilligkeit, Ausdauer der ungarischen Nation, die, wenn nötig, auch in den Entbehrungen unerschütterlich durchhalten will, wird die Aushungerungspolitik ebenso zurückschlagen, wie die Tapferkeit unserer braven Soldaten den feindlichen Anstürmen standhält. (Lebhafter Beifall.) Mit der Tatsache aber müssen wir rechnen, denn trotz unseres Friedensangebotes, das wir auf der Grundlage einer uns günstigen Kriegslage gestellt haben, hat der Feind seinen Aushungerungsplan mit großer Zähigkeit durchzuführen gesucht und jeder Einwohner dieses Landes muß von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß er, um die Worte des Ministerpräsidenten wieder anzuwenden, in einer belagerten Festung lebt, daß jeder seine Ansprüche und Bedürfnisse reduzieren müsse, daß jedermann im Interesse der Allgemeinheit Opfer bringen müsse, und daß man auf den Kriegsschauplätzen hinter der Front durch gewisse Entbehrungen, durch Selbstdisziplin und Anpassung an die notwendigen einschränkenden Verfügungen den großen Zielen dienen muß. Davon enthebt uns weder Gewohnheit, noch ein vermeintliches erworbenes Recht und deshalb ist es tief betrübend, wenn ich in gewissen Strafangelegenheiten auf die Auffassung stoße, daß [illegible] liche ungarische Volk manchmal der Meinung ist, daß das Getreide, das es produziert, sein ausschließliches Eigentum sei, daß damit niemand etwas zu schaffen hätte. Die einschränkenden Maßregeln, die die Regierung ergreifen muß, haben nur geringe Sanktionen. Es ist die Pflicht jedes Mitgliedes unserer Gesellschaft, besonders aber der Führer unseres Volkes, der Intelligenz, die breiten Schichten des Volkes über die Notwendigkeit zu belehren, die im Kriege zu diesen Maßregeln führt. Was heute produziert wird, gehört der ganzen ungarischen Nation, dem Vaterlande, das muß redlich geteilt werden, damit jeder, der arbeitet oder kämpft, gleichviel ob auf dem Kriegsschauplatze oder zu Hause, die notwendigen Lebensmittel erhält. Wir waren ja ergriffene Zeugen jener wirklich rührenden Szenen, wo die Landbevölkerung ihr letztes Hab und Gut den heimkehrenden Kriegern, den Verwundeten und Kriegsinvaliden angeboten hat. Wenn wir die Maßregeln von diesem Gesichtswinkel aus unserem verständigen Volke erklären, so wird es die Opfer gern bringen, die man von ihm verlangt. Wenn wir aber die Vergehen gegen die Volksernährung so beurteilen, so sind diese keineswegs verschwindende Nichtigkeiten. Es können große, bedeutende Mißstände hereinbrechen, wenn sie sich mehren. Meine Amtstätigkeit gibt mir die Erfahrung, daß in einzelnen Gegenden Getreideschmuggel vorgekommen ist. Zum Glück kamen mir sechs solche bedeutende Fälle vor, daß in einem Landstrich, wo eine verhältnismäßig gute Ernte war, große Quantitäten, viele hunderttausend Meterzentner Getreide verschwunden sind, und zwar spurlos. Schnöde Eigensucht letzter Makler hat diese kostbare Ware verschleppt, in einem Falle nach den bisherigen Daten sogar auf feindliches Gebiet. Das ist nach meiner Ansicht Verrat am Vaterlande. (Lebhafte Rufe: So ist! So ist's!) Diese Mißbräuche waren aber nur möglich, weil in jener Gegend die Grundbesitzer oder Pächter nicht ihre ganze Ernte angemeldet und den kompetenten Stellen zum Kaufe angeboten haben, um sich dadurch einen illegitimen Nutzen zu sichern. Es sind auf diesem Gebiete ohnehin viel mehr Mißbräuche verübt worden, als aufgedeckt werden, so daß wir gegenüber diesen Strafhandlungen keineswegs das Prinzip der Milde und Barmherzigkeit oder der laxen Handhabung der Strafbestimmungen gelten lassen können. Auch Redner sei ein Anhänger moderner strafrechtlicher Schulen, wie er das in den Gesetzen über die jugendlichen Verbrecher zu beweisen versucht habe, diesen das allgemeine Interesse gefährdenden Vergehen gegenüber aber würde er die Milde für unangebracht erachten. (Zustimmung.) Wir wollen Gerechtigkeit walten lassen, jeden einzelnen Fall genau erwägen und die volle Strenge des Gesetzes anwenden. Als man unser Strafgesetzbuch kodifiziert hat, konnte niemand daran denken, daß ein dreijähriger Krieg möglich wäre. Die Strafsanktion ist so gering, daß das kleine Risiko einer Geld- oder kurzen Freiheitsstrafe durch den großen Nutzen bei diesen habgierigen Leuten reichlich aufgewogen wird.

Alle die Vergehen, auf die im § 1 des Gesetzentwurfes die Ermächtigung erstreckt wird, werden eigentlich nach dem § 15 des G.-A. LXIII:1912 abgestraft und gehören in den Kompetenzkreis der Polizeistrafgerichte. In der Hauptstadt wird diese Funktion durch die zuständige Bezirkshauptmannschaft ausgeübt, im ganzen Lande aber durch die im § 13 des Gesetzes über die Vereinfachung der Verwaltung vorgeschriebenen Verwaltungsbehörden. Für Vergehen gegen die öffentliche Verpflegung ist der Oberstuhlrichter als erste Instanz, der Vizegespan als zweite und das Ministerium des Innern als letzte Instanz vorgesehen. Das langwierige Verfahren an diesen drei Stellen nimmt oft auch im Frieden Monate in Anspruch und kann heute, wo alle Behörden mit reduziertem Personal viel größere Arbeitsmengen bewältigen müssen, acht bis zehn Monate lang dauern. Man möge hier bedenken, daß die beschlagnahmten Lebensmittel während dieser langen Zeit längst verderben und selbst in dem Falle der Allgemeinheit verloren gehen, wenn die erste Instanz sich geirrt hätte und das dritte Forum den betreffenden Angeklagten als schuldlos befindet. Wenn derjenige, der die Strafhandlung begeht, mit einem so langen Verfahren rechnen kann, wenn er die Möglichkeit hat, das ergatterte Vermögen in Sicherheit zu bringen oder für seine Zwecke anders zu verwenden, so kann die strafrechtliche Sanktion, wie sie heute besteht, nicht wirksam sein. Ich wünsche kein Statarialverfahren, doch hat mir ein Verfahren vorgeschwebt, wie es beispielsweise in England existiert, wo der Polizeistrafrichter in erster Instanz nach durchgeführter kurzer Untersuchung an Ort und Stelle das Urteil fällt, ohne wiederholt Verhandlungen anzuberaumen und langwierige Zeugenverhöre zu veranstalten. Gegen dieses erstinstanzliche Urteil könnte man an das zweite Forum selbstverständlich appellieren, allein ich würde in solchen Fällen für die Einbringung der Appellation keinen fünfzehntägigen, sondern einen viel kürzeren Termin feststellen. Selbst das dritte Forum würde ich nicht unbedingt heranziehen und nur dem Ankläger das Recht einräumen, aus öffentlichem Interesse gegen das zweitinstanzliche Urteil zu appellieren. Dieses rasche Verfahren würde selbst den Betroffenen gegenüber eine günstigere Situation schaffen, als ein acht bis zehn Monate währendes Verfahren.

Was die Bedenken betrifft, daß statt der zuständigen Verwaltungsbehörde eine andere Behörde als Polizeistrafgericht delegiert werden kann, so bedeute dies im dreißigsten Kriegsmonat höchstens, daß die eine oder andere Ortsbehörde vielleicht mit überarbeiteten Organen der großen Mühen nicht mehr gewachsen sei, die die Requirierung erfordert. Die sechs Fälle des Warenschmuggels beweisen, daß in einzelnen Stuhlbezirken die Behörde, ohne disziplinarisch deswegen verantwortlich zu sein, unfähig war. Diese Fälle können nur durch die Entsendung anderer, geschulter und persönlich geeigneter Betrauten, eines Oberstuhlrichters oder Polizeihauptmanns, der sich bewährt hat, vermieden werden. Das verstößt weder gegen die öffentliche Freiheit, noch gegen das Verfassungsrecht. Es gibt auch viele Gerichte, wo man, besonders heute, da eine große Zahl der Richter Militärdienst leistet, Aushilfskräfte braucht. Die gesetzliche Ermächtigung, fremde Behörden in gewisse umschriebene Funktionskreise einzustellen, wird im § 1 angesprochen, damit der richtige Mann auf den richtigen Platz gestellt werden könne. (Zustimmung.) Darin liegt nichts Absurdes. Die Organe der Budapester Staatspolizei haben während des Krieges in Sondermissionen Erstaunliches geleistet, sie hat zum Wohle des Landes Mißbräuche entdeckt und abgestellt, die die Ortsbehörde vielleicht niemals entdeckt hätte. Es ist überflüssig zu betonen, daß unter fremden Behörden geschulte, im Polizeistrafverfahren geschulte und in diesem Wirkungskreis tätige Behörden gemeint sind. Niemand hat an die Kriegsprodukten-A.-G. oder an irgendeine Zentrale gedacht, das schließt übrigens der Wortlaut des § 1 selbst aus. Es wäre auch unrichtig, was Abgeordneter Hammersberg beantragt, die Bezirksgerichte mit diesen Strafsachen zu betrauen. Diese Gerichte sind mit Arbeit überhäuft, sie sind in den Polizeistrafangelegenheiten nicht so entsprechend geübt, um ohne besondere Studien oder Fortbildungskurse diese Angelegenheiten zur allgemeinen Beruhigung übernehmen zu können. Es könnten Irrtümer unterlaufen, denen man diese verdienteste Körperschaft unserer Magistratur nicht aussetzen dürfte. Dann wären die gerichtlichen drei Instanzen mit ihrem festgelegten Verfahren wieder nicht geeignet, um rasch und wirksam einzugreifen, wo es sich um die sofortige nachhaltige Ahndung von Mißständen handelt.

Daraus, wenn die Requirierung und die Ahndung der Vergehen bei diesem Vorgange besonderen Behörden obliegt, entstehen wieder solche Mißstände, wie man sie beispielsweise in der neuen Umgebung der Hauptstadt findet, wo die Requirierung durch die Verwaltungsbehörde, die Polizeistrafgerichtsbarkeit aber durch die Budapester Staatspolizei ausgeübt wird.

Niemand braucht für den nüchternen ungarischen Bauern zu fürchten. Er wird sich vor seiner Verwaltungsbehörde, an die er gewohnt ist, verteidigen können, an Ort und Stelle, ohne erst der Rechtshilfe zu bedürfen. Im übrigen ist ja die Möglichkeit der Rechtsremedur gegeben. Gegen das erstinstanzliche Urteil ist die Appellation gestattet. Es ist aber keineswegs erwünscht, daß jede Angelegenheit, wenn das nicht aus öffentlichem Interesse geschehen muß, bis an das Ministerium des Innern geleitet werde.

Ich behalte mir vor, meine Erwiderung betreffend die vorgebrachten Bemerkungen im Laufe der Debatte nochmals dem geehrten Hause unterbreiten zu können. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter **Aladár Gedeon**

muß diesem Entwurf mit Bedenken entgegenblicken, der zu einer Schmälerung der individuellen Freiheit führen könnte. Er übt Kritik an den bisherigen Ausnahmeverfügungen der Regierung. So wurde nicht genügend für den Bahntransport der Soldaten gesorgt, der Bahnverkehr gibt zu unzähligen Klagen Anlaß und auch die Verfügungen zur Vermeidung von Eisenbahnunfällen lassen vieles zu wünschen übrig. Redner spricht über die bedauerlichen Ereignisse, die sich in der Hauptstadt und in der Provinz bei der Beschaffung der wichtigsten Lebens- und Bedarfsmittel täglich abspielen. Die Arbeiterbevölkerung verliert kostbare Arbeitsstunden auf der Suche nach diesen Bedarfsartikeln, ohne sie auftreiben zu können. Er beleuchtet die zahlreichen Beschwerden und die bereits unerträglichen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung und urgiert hiebei die Feststellung von Höchstpreisen zumindest für jene Industrieartikel, die in der Landwirtschaft unentbehrlich sind. Die Höchstpreise für die verschiedenen Getreidegattungen, für das Mehl und dergleichen sind nicht entsprechend geregelt. Die Finanzpolitik der verschiedenen Zentralen ist verfehlt, vexatorisch; die Landwirte müssen die angewiesenen Waren binnen acht Tagen bezahlen, jedoch oft monatelang auf die bezahlte Ware warten. Die Regierung hat absolut keine Verfügungen zur Hebung der Valuta getroffen und die zur Hintanhaltung der Verschlechterung der Valuta geeigneten Verfügungen verspätet durchgeführt. Den Entwurf kann Redner nicht annehmen.

Abgeordneter **Graf Theodor Batthyány**

fühlt sich nach den Erfahrungen der dreißig Kriegsmonate gezwungen, bei der Kritik des vorliegenden Gesetzentwurfes die Vertrauensfrage aufzuwerfen. Die Regierung hat während der ganzen Kriegsdauer gerade auf jenen Gebieten, auf welchen sie heute so weitgehende Befugnisse beansprucht, eine solche Serie von Uebergriffen begangen, daß Redner ihr unmöglich Vertrauen entgegenbringen kann. Die Regierung hätte schon in den ersten Kriegsmonaten dafür Sorge tragen müssen, daß die vorhandenen Vorräte sparsam gehandhabt und durch intensive Unterstützung der Produktion gesteigert werden. Sie hat auf der ganzen Linie ihre Verfügungen verspätet und systemlos getroffen und dadurch die Verpflegungsfrage des Landes auf das heutige unrichtige Geleise gebracht. Die Regierung hat einen außerordentlichen Mangel an Voraussicht bekundet. Rechtzeitige Verfügungen hätten schon längst jeden Schmuggel von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln nach dem Auslande verhindert. Redner übt hierauf an den Kartellen Kritik, die eine künstliche Emporschraubung der Preise verursacht haben und macht es der Regierung zum Vorwurf, daß sie gerade den von den Kartellen gebildeten verschiedenen Zentralen die Verpflegung des Landes übertragen habe. Sie hat auch damit bewiesen, daß sie die außerordentlichen Vollmachten nicht im Interesse der Bevölkerung zu nützen verstand. Die Unterlassung der Feststellung von Höchstpreisen für die wichtigsten Industrieartikel bildet gleichfalls eine Sünde der Regierung. Da Redner aus all diesen Gründen kein Vertrauen zu dieser Regierung hegen kann, lehnt er die Vorlage im allgemeinen ab. Er bespricht hierauf die einzelnen Paragraphen der Vorlage und beanstandet, daß im § 1 der Vorlage nicht jene Organisation genannt wird, die die nach englischem Muster geplante Polizeigerichtsbarkeit ausüben wird. Die in den nächsten Paragraphen kontemplierte Arbeiterversicherung ist im Prinzip richtig. Wir sehen aber keine Vorkehrungen der Regierung betreffend die rechtzeitige Regelung der Invalidenversorgung nach dem Kriege. Redner schließt sich hier vollinhaltlich den Worten des Abgeordneten Pető betreffend die Bruderladen an. Er warnt zum Schlusse die Regierung vor einem Uebermaß von Energie.

Abgeordneter **Desider Abrahám**

warnt die Regierung ebenfalls davor, die im Gesetze gewährleisteten Freiheiten allzu sehr einschränken zu wollen. Er gibt zu, daß viele Leute die Kriegskonjunktur in allzu hohem Maße ausnützen. Allein man könne doch diejenigen, die einige Meterzentner Getreide verbergen, nicht als geschäftsmäßige Verbrecher behandeln. (Zustimmung links.) Die Androhung strenger Strafen wird die Mißbräuche nicht beseitigen. Redner unterzieht das beschleunigte Verfahren einer eingehenden scharfen Kritik. Vergebens berufe sich der Justizminister auf das englische Beispiel; man darf der ungarischen speziellen Verhältnisse nicht vergessen, mit denen das beschleunigte Verfahren nicht in Einklang gebracht werden kann. Redner kann nicht glauben, daß der erste Paragraph dieses Gesetzentwurfes auch nach den heutigen Aufklärungen des Justizministers in seiner gegenwärtigen Fassung angenommen werden wird. Bei den ungarischen Kriegsgesetzen könne mit Recht der Satz angewendet werden: nie komme etwas Besseres nach; allmählich verschwinden alle Garantien der persönlichen Freiheit. Das geheime Ziel des Gesetzentwurfes sei nach Auffassung des Redners die Vorbereitung zur Verstaatlichung der Verwaltung. Das Verfahren

Pester Lloyd 28.I.1917

Aus den Ausschüssen des Magnatenhauses.

Budapest, 27. Januar.

Der staatsrechtliche und Justizausschuß des Magnatenhauses hielt heute vormittag eine Sitzung, in der über die fünf Vorlagen, die die Krönung betreffen, verhandelt wurde. Den Vorsitz führte Baron Julius Wlassics, Schriftführer war Dr. Viktor Molnár. Die Regierung war durch Justizminister Dr. Eugen v. Balogh vertreten.

Viktor Molnár berichtete über die Entwürfe, in erster Reihe über den Entwurf betreffend die Inartikulierung des Inauguraldiploms.

Als erster Redner ergriff Magnatenhausmitglied Dr. Eugen Gaál zu dieser Vorlage das Wort. Er regte an, daß die Erklärung, die der Ministerpräsident seinerzeit auf Grund der Ermächtigung Sr. Majestät abgab, die Erklärung, die die völlige Gleichstellung des ungarischen Königstitels mit dem österreichischen Kaisertitel ausspricht, auch in dem Bericht dieses Ausschusses erwähnt werde, wobei gleichzeitig ausgesprochen werden soll, daß der Ausschuß die Erklärung erfreut zur Kenntnis nehme und das auch dem Plenum des Magnatenhauses empfehle.

Justizminister Eugen v. Balogh erhob gegen diesen Antrag keine Einwendung, obgleich er der Ansicht Ausdruck gab, daß der Antrag schon zur Zeit der Beratung über das Inauguraldiplom im Plenum des Magnatenhauses hätte eingebracht werden müssen.

Die Meinung des Justizministers wurde auch durch Ausführungen bestätigt, in denen Dr. Alexander Plósz und Baron Josef Rudnyánßky diese Frage erörterten. Magnatenhausmitglied Baron Julius Wlassics gab der Auffassung Ausdruck, daß der Ausschußbericht im Sinne des Antrages des Magnatenhausmitgliedes Dr. Eugen Gaál verfaßt werden könne.

Der Ausschuß nahm den Hinweis auf die Erklärung, die der Ministerpräsident auf Grund der Ermächtigung Sr. Majestät abgegeben hatte, in den Bericht des Ausschusses auf. Schließlich nahm der Ausschuß alle fünf Vorlagen, die die Krönung betreffen, an.

Im Finanzausschuß des Magnatenhauses wurde heute die Vorlage über die Eisenbahnkriegssteuer verhandelt. Den Vorsitz führte Baron Friedrich Harkányi, als Schriftführer fungierte Dr. Eugen Gaál. Die Regierung war durch Finanzminister Dr. Johann Teleßky, Handelsminister Baron Johann Harkányi und Ministerialrat Karl Neumann vertreten.

Magnatenhausmitglied Dr. Eugen Gaál berichtete über den Gesetzentwurf. Er ersuchte die Regierung, da doch die Eisenbahnkriegssteuer nur vorübergehender Natur sei, schon heute mitzuteilen, welche Prinzipien bei der endgültigen Tarifreform Anwendung finden sollen und wie die vielen Mängel, die in dem gegenwärtigen Tarifsystem bestehen, beseitigt würden. Nachdem der Gesetzentwurf konstatiert, daß der Personentarif vorläufig unberührt bleibt und den Zwecken der Eisenbahn vorbehalten werden soll, ersucht Redner die Regierung, dem Ausschuß mitzuteilen, was die Bedeutung dieser Erklärung ist und wie seinerzeit die Erhöhung des Personentarifs erfolgen soll.

Hierauf ergriff Magnatenhausmitglied Dr. Franz Chorin das Wort. Er führte aus, daß die letzte Tariferhöhung der Belastungsfähigkeit der Waren entsprach. Demgegenüber bedeutet die 30prozentige Erhöhung, die in der Vorlage ausgesprochen ist, eine gleichmäßige, allgemeine Belastung unterschiedslos aller Waren. Es kann festgestellt werden, daß

Fremdenblatt 30./I. 1917

Oesterreichische Waffenbrüderliche Vereinigung.

Dem Beispiel Deutschlands und Ungarns folgend, haben eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten Wiens die Bildung einer österreichischen Waffenbrüderlichen Vereinigung in Angriff genommen. Die vorgestern im Saale der Handelskammer stattgefundene gründende Versammlung erhielt sowohl durch die Anwesenheit von Vertretern der Diplomatie, der Regierung, der angesehensten wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und gemeinnützigen Korporationen, als auch durch die Kundgebungen für den engen Zusammenschluß der verbündeten Reiche ein bedeutsames Gepräge. Unter den Teilnehmern befanden sich: der deutsche Botschafter Graf Wedel, der bayrische Gesandte Freiherr von Tucher, der sächsische Gesandte v. Nostitz, Max Egon Fürst zu Fürstenberg, Minister Dr. Baernreither, Minister a. D. Dr. Franz Klein, Graf Kielmansegg, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Landmarschall Prinz Liechtenstein, Landesausschuß Graf Colloredo-Mannsfeld, Graf Lützow, Karl Graf Kuefstein, mehrere Reichsrats-Abgeordnete, Großindustrielle, Hochschulprofessoren und Advokaten, Präsident Dr. Ehrlich 2c. 2c.

Vorsitzender Freiherr v. Plener

eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache: „Die erschütternden Ereignisse des Weltkrieges haben die Waffenbrüderschaft des Deutschen Reiches in glänzender Weise zur Geltung gebracht. Die beiden Armeen kämpfen gemeinschaftlich gegen Rußland, und deutsche Hilfe hat den walachischen Räuber gezüchtigt. Trotz des Friedensangebotes wollen die Alliierten den Krieg rücksichtslos bis zur Niederwerfung Deutschlands und zur Zertrümmerung unserer Monarchie fortsetzen. Die Demagogen, die jetzt in Frankreich und England regieren, sind die richtigen Nachfolger der Jakobiner, des Konvents und des Direktoriums, die auch große Worte von Freiheit und Recht im Munde führten, dabei aber die kleinen Nachbarstaaten vergewaltigten und annektierten und den Eroberungspolitik Napoleons die Wege vorzeichneten. Daß Rußland in seiner unersättlichen Ländergier sich in dieser Kriegspolitik mit ihnen zusammenfindet, ist selbstverständlich. Sie verkünden als ihr Kriegsziel und als Grundlage der neuen europäischen Ordnung die Herrschaft des Nationalitätenprinzips, das sie aber wohlweislich nur gegen unsere Monarchie in Anwendung bringen wollen. Ohne irgendwelche Kenntnisse unserer Zustände und der nationalen Verhältnisse zu haben, gestützt nur auf Phrasen einiger radikaler internationaler Publizisten, verlangen sie die Zertrümmerung der Monarchie, während gerade in Oesterreich die angeblich unterdrückten Nationalitäten mehr Freiheit und Spielraum zur nationalen Entwicklung besitzen, als anderswo. Wir in Oesterreich können mit unserer Nationalitätenpolitik vor der Welt und namentlich jenen Ententestaaten bestehen, welche die nationalen Minderheiten beherrschen. Es ist nur die eiserne Stirne dieser Ententediplomaten, daß sie es wagen, von der Berücksichtigung kleinerer Nationalitäten zu sprechen. Ist es überhaupt für einen Politiker, der die Geschichte kennt, möglich, von der absoluten Herrschaft des Nationalitätenprinzips zu sprechen? Abgesehen davon, daß die meisten europäischen Nationalitäten auf Mischungen beruhen, ist eine absolute Trennung nur selten geographisch durchzuführen. Es werden immer nur gemischte Teile zurückbleiben, und ebenso notwendig ist es für das Zusammenleben mehrerer Nationalitäten, daß sie sich gewisse Beschränkungen auferlegen und eine einheitliche Sprache für den Verkehr anerkennen. Gerade die Vereinigten Staaten, deren Präsident jetzt über die Nationalitätenpolitik Lehrmeinungen aufstellt, sollten sich daran erinnern, daß in der ganzen Union es nur englische öffentliche Schulen gibt und daß von einer amtlichen Pflege der Nationalitäten der so zahlreichen nicht angelsächsischen Einwohner gar keine Rede ist. Diese Lehren beweisen nur gänzliche Unwissenheit und Mangel an gutem Glauben. Wir verstehen diese Dinge besser, und wenn wir auch ganz gut wissen, daß die Leitung eines aus mehreren Nationalitäten zusammengesetzten Staates eine Summe von Schwierigkeiten in sich birgt, so haben wir mehr für die Lösung dieser Frage getan, als die revolutionären Dilettanten, die jetzt Europa mit Exkursen über die Nationalitätenidee beglücken wollen." Freiherr v. Plener wies auf den festen Zusammenschluß der Nationalitäten Oesterreichs im Weltkriege, auf die Protestkundgebungen der Slaven, der Slowenen und der Italiener gegen die Antwortnote der Entente hin und schloß:

„Wir werden diesen Kampf um die Existenz der Monarchie weiterführen mit Deutschland als Verbündeten. Wir sind stolz, nicht bloß auf seine jetzige Waffenbrüderschaft, sondern auch auf eine gemeinschaftliche alte Kultur, sowie es Tatsache ist, daß auch die österreichischen Slaven durch Vermittlung der Deutschen Oesterreichs gleichfalls in den Rahmen deutschen Kulturlebens hineingezogen wurden. Diese kulturellen Beziehungen zu pflegen ist Aufgabe des zu gründenden Vereines, und in Deutschland und Ungarn, welches ebenso dankbar die Segnungen deutschen Geistes erkennt, haben sich Vereinigungen gebildet, die nicht politisch, auch nicht handelspolitisch, sondern wesentlich jenen Tendenzen dienen wollen, die die geistige und soziale Annäherung auf den verschiedensten Gebieten des modernen Lebens fordern sollen. Auch hier in Oesterreich ist schon eine Reihe derartiger Fachgruppen in Vorbereitung. Das allgemeine Bestreben der Vereinigung ist, die Kenntnis unserer Zustände in Deutschland zu verbreiten, die heute leider noch sehr mangelhaft ist, und ebenso persönliche Beziehungen aller Art anzuknüpfen und zu pflegen, Vorurteile zu zerstreuen, Unkenntnisse zu beseitigen und jenes Einvernehmen zwischen einzelnen Personen und Fachgruppen herzustellen, welches glücklicherweise auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete unerschütterlich schon besteht. Wir hoffen auch, daß diese Annäherung zwischen Oesterreich und Ungarn ihre guten Wirkungen vollziehen werde. Daß auch zwischen diesen beiden trotz jahrhundertelanger Verbindung dennoch außer im geschäftlichen Leben wenig persönlicher Verkehr besteht, soll nicht verschwiegen werden. Viele Schwierigkeiten, manche Voreingenommenheit werden durch nahe Wechselbeziehungen zwischen den Einwohnern beider Staaten der Monarchie auch auf politischem Gebiete in erfreulicher Weise beseitigt werden können." (Lebhafter Beifall.)

Botschafter Graf Wedel

sagte nach einigen Worten des Dankes für die Begrüßung des Präsidenten: „Es ist mir eine große Freude, dem Taufakt der österreichischen waffenbrüderlichen Vereinigung beiwohnen zu dürfen, mit deren Schwestervereinigungen, der deutschen und ungarischen, ich während meiner amtlichen Tätigkeit in Berlin in Fühlung zu treten Gelegenheit hatte. In der Ueberzeugung, daß die wechselseitige Tätigkeit dieser Vereinigungen dazu beitragen wird, die Innigkeit des Bündnisses zwischen den Reichen und Völkern immer mehr zu vertiefen, gestatte ich mir, meine besten Wünsche für ein gedeihliches und segensreiches Wirken der österreichischen waffenbrüderlichen Vereinigungen darzubringen."

Minister Dr. Baernreither

begrüßte die Versammlung im Namen der Regierung. „Die waffenbrüderliche Vereinigung," führte er aus, „ist der engsten Bundesgenossenschaft entsprungen, die es je in der Geschichte gegeben hat, und übernimmt Aufgaben, die diese Bundesgenossenschaft verschärfen, vertiefen und ausbauen sollen. Sie will unsere gemeinsamen Interessen zum allgemeinen Bewußtsein bringen, weite Wissensgebiete miteinander in Verbindung setzen und ein praktisches Zusammenwirken anbahnen, die innere Kohärenz, den Zusammenhang, die innere Kraft des Bündnisses zu festigen. Dieses hohe Ziel hat die volle Billigung der Regierung, die in der Verstärkung der gemeinsamen aktuellen und geistigen Kräfte die Sicherung unserer Zukunft erblickt. Bereits sind mehrfache Vorarbeiten geleistet, aber was jetzt in den Tagen des Krieges angebahnt worden ist, soll in den Zeiten des Friedens nicht nur fortleben, sondern noch seine Ausgestaltung erfahren." Redner schloß mit dem Wunsche, daß der waffenbrüderlichen Vereinigung voller Erfolg beschieden sein möge.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner

begrüßte die Versammlung namens der Stadt Wien und fuhr fort: In der Wiener Bevölkerung ist der Wunsch nach einer engeren Kultur- und Interessengemeinschaft mit unserem treuen deutschen Bundesgenossen tief verankert. Mit glänzendem Erfolge ist die reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung vorangeschritten und unsere Brüder jenseits der Leitha sind dem Beispiel bereits gefolgt. Mögen die drei Vereinigungen, die die hehrsten Ziele des Vaterlandes in ihr Programm gesetzt haben, jene Erfolge erzielen, die wir alle anstreben, und mögen sie beitragen zur Erfüllung unseres stolzen Zukunftstraumes: Der Schaffung einer unverletzbaren Kulturgemeinschaft unter unseren Völkern! Ich gebe insbesondere der Erwartung Ausdruck, daß gerade im Gebiete der Gemeindeverwaltung die Möglichkeit gemeinsamer Betätigung mit unseren Waffenbrüdern gefunden wird, um die Entwicklung unserer Städte als der Brennpunkte materieller Wohlfahrt und geistiger Erhebung zur schönsten Blüte zu zeitigen. In nächster Zeit wird das Kriegsstammbuch der Gemeinde Wien der Oeffentlichkeit übergeben werden, ein Buch, in dem die verbündeten Herrscher, ihre Feldherren und Staatsmänner in Bild und Handschrift zu der Welt sprechen; dieses Werk soll auch immer gemahnen an die schwere Kriegszeit, in welcher sich unsere Völker mit dem Schwerte ihre Existenzmöglichkeit neuerdings erkämpfen mußten. Nicht minder aber werden in der dankbaren Erinnerung der Völker fortleben jene Männer, die das, was durch das Schwert errungen wurde, für unsere Völker als bleibenden Besitz zu erhalten wissen. Den Bund, der in Blut und Eisen seine Probe bestanden hat, für die Friedenswirtschaft zu vertiefen und zu erweitern und seine Fundamente dauernd festzulegen — wird eine Aufgabe sein, gleich groß und herrlich, die ihren Förderern den gleichen Dank für alle Zeiten sichern wird. Seien Sie, sehr geehrte Herren, am Beginne dieser ihrer segensreichen Arbeit vom Bürgermeister der alten Kaiserstadt herzlich begrüßt. (Stürmischer Beifall.)

Herrenhausmitglied Dr. Franz Klein

begrüßt das Inslebentreten der österreichischen Waffenbrüderlichen Vereinigung namens ihrer in Bildung begriffenen Rechtsabteilung. Eine der weiteren Aufgaben der Waffenbrüderlichen Vereinigung, den Zusammenschluß der verbündeten Völker enger zu gestalten, kann dem notwendigen Bemühen um die innere Festigung des Staates nicht abträglich sein. Die Waffenbrüderliche Vereinigung hat für keine Gruppe der österreichischen Staatsangehörigen etwas Ausschließendes, indem die verschiedenen Brudervereine sämtlich auf das gleiche Ziel hinlenken wollen, dem Schutz- und Verteidigungsgedanken des Viererbundes sich zu verpflichten und ihm treu zu bleiben, bauen sie eine übernationale geistige Einheit auf, die für jeden Bürger eines jeden Landes zugleich das Bekenntnis zum obersten Zweck des eigenen Staates, zu dessen Bestand und Selbstbehauptung bedeute. Die Waffenbrüderliche Vereinigung wird uns schließlich auch aus dem engen Gesichtsfelde herausziehen, das wir so gerne für die Welt halten. Wir müssen im Handel und Wandel mehr berücksichtigen, was im Auslande vorgeht, es verwerten, uns anpassen und damit Schritt halten. Die Waffenbrüderliche Vereinigung wird sein beständiger Ansporn sein, es dem Auslande gleichzutun. Wir sind alle überzeugt, daß der Friede eine Zeit des Hinauf- und Vorwärtsdrängens sein muß und es wird ein Verdienst der Waffenbrüderlichen Vereinigung sein, wenn es ihr gelingt, gerade diese Entwicklung zu fördern, was unsere Feinde zerstückeln und zertrümmern wollen, durch vertrauensvolle geistige Annäherung und durch einige Verflechtung des Verkehres umso fester zusammenzufügen. Das sei der Wahlspruch und die Richtschnur der österreichischen waffenbrüderlichen Vereinigung. (Lebhafter Beifall.)

Graf Kielmansegg besprach in Kürze die Bedeutung der Vereinigung für die Fremdenverkehrsbestrebungen, deren Förderung auch mit ein Friedensziel der verbündeten Mächte sein müsse.

Der Ausschuß.

Auf Antrag des Barons Schmidt wurden per Akklamation in den Ausschuß gewählt: Fürst Max Egon zu Fürstenberg, Minister Dr. Baernreither, Graf Rudolf Colloredo-Mannsfeld, die Geheimen Räte Dr. Wilhelm Exner, Graf Erich Kielmansegg, Dr. Franz Klein, Karl Graf Kuefstein, Landmarschall Prinz Alois Liechtenstein, die Geheimen Räte Graf Heinrich Lützow und Ernst Freiherr v. Plener, Prinz Alexander von Thurn und Taxis, Minister Dr. Karl Urban, die Geheimen Räte Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, Dr. Heinrich Ritter v. Wittek, Sektionschef Dr. Brosche, Direktor Ing. Ludwig Erhard, Oberlandesgerichtsrat Dr. Friedrich v. Engel, Präsident Dr. Siegmund Ehrlich, Dr. Heinrich Friedjung, Reichsratsabgeordneter Max Friedmann, Dr. Heinrich Friedz, Bergrat Max R. v. Gutmann, Dr. Michael Hainisch, die Hofräte Dr. Julius v. Hochenegg und Ing. Karl Hochenegg, Professor Dr. Karl Hofmeister, Präsident Professor Dr. Julius v. Landesberger, Dr. Josef Langer, Sektionschef Ernst v. Landa, Hugo v. Nost, Dr. Michael Freiherr v. Pidoll, Hans Puchstein, Universitätsrektor Hofrat Professor Dr. Emil Reisch, Präsident Adolf Schiel, Paul v. Schoeller, Universitätsprofessor Dr. Tandler, Kommerzialrat Heinrich Vetter, Notar Dr. Karl Wagner, Hofrat Professor Dr. v. Wettstein, Professor Dr. Adolf Zycha (Prag), Regierungsrat Professor Hans Hartl (Reichenberg), Reichsratsabgeordneter Rafael Pacher und Reichsratsabgeordneter Doktor Julius Raller (Böhmen), Reichsratsabgeordneter Dr. Reschmann (Bukowina), Reichsratsabgeordneter Dobernig und Landtagsabgeordneter Dr. Lemmisch (Kärnten), Landtagsabgeordneter Dr. Ferdinand Eger (Laibach), Landesausschuß Graf Josef Anton Barbo-Waxenstein (Krain), Herrenhausmitglied Alfred G. Escher (Triest), Landesausschuß Baron Barratta, die Reichsratsabgeordneten Dr. Gustav Groß, Dr. Josef Reblich und Bürgermeister Schnitzler (Brünn) (Mähren), Landesausschuß Dr. Beuerle und Landeshauptmann Johann Hauser (Oberösterreich), Reichsratsabgeordneter Dr. Sylvester und Landeshauptmann Winkler (Salzburg), Reichsratsabgeordneter Dr. Freisler, Geheimer Rat Heinrich Graf Larisch (Schlesien), Geheimer Rat Johann Graf v. Meran, Reichsratsabgeordneter Einspinner, Chorherr Ottokar Kernstock, Reichsratsabgeordneter Reichsritter v. Pantz (Steiermark), Geheimer Rat Dr. Friedrich Freiherr v. Call, Reichsratsabgeordneter Dr. Erler und Reichsratsabgeordneter Professor Dr. Schoepfer, Landtagsabgeordneter Baron Paul Sternbach (Tirol), Reichsratsabgeordneter Jodok Fink und Dr. Ferdinand Kinz (Vorarlberg). Als Rechnungsprüfer wurden gewählt die Herren Karl Faber und Felix Fischer.

Der Ausschuß wird sich heute konstituieren und Fachkommissionen und Subkomitees einsetzen.

Der Vorsitzende Dr. Freiherr v. Plener sagte in seiner Schlußansprache, die Gründung der Vereinigung sei ein Versuch mit gutem Wollen und gutem Glauben. Die sachlichen Zwecke des Vereines seien nützliche und hoffentlich leicht zu erreichende Ziele.

Neues Wiener Tagblatt

30. I. 1917

44

Kaiserworte.

Vor dem Kaiser erschienen gestern
Huldigungsdeputationen, bedeutsam durch die
Persönlichkeiten der Mitglieder, stattlich und
wichtig durch ihre Auftraggeber: Wissen-
schaft und Kronländer. Und sie verließen den
Audienzsaal, beglückt und erhoben durch die
Ansprachen, mit denen sie der Monarch aus-
zeichnete, Ansprachen, die leuchtende Pro-
gramme von Oesterreichs Kraft und Oester-
reichs Zukunft sind. Es sind Kaiserworte, die
den Bürgern dieses Reiches kostbare Hoff-
nungen spenden, Kaiserworte, die im feind-
lichen Ausland wie ein Gewitter, das häßliche
Nebelschwaden der Verhetzung und Unwahr-
heit verscheucht, bei den Neutralen als
Aufhellung der Tatsachen wirken werden.

Nicht mit dem gebührenden Sich-Ver-
neigen vor Kundgebungen im Audienzsaal
könnte man die gestrigen Empfänge ent-
sprechend würdigen; von höchster Stelle hörte
man nämlich Wünsche und Erwartungen und
Anerkennungen, die auf dem Forum der
Welt allein die angemessene außerordentliche
Bedeutung zugemessen erhalten. Alle großen
Probleme dieser Zeit, die im Weltkrieg
genannt, wurden gestern von unserm Kaiser in
Meister Fassung des Endurteils besprochen.
Der Geschichtschreiber wird da zunächst bei
den Aeußerungen des Kaisers verweilen, die
die Friedensfrage betreffen. Wieder sprach der
Monarch von der hoffentlich nicht fernen
Friedenszeit; jedesmal findet diese Zuversicht
neue überzeugende Worte von hinreißendem
Schwunge der guten, ehrlichen Hoffnung. Die
frechen Prediger der Entente, die das edle
Friedensangebot, da sie es nicht mit gedrechsel-
ten Phrasen aus der Welt schaffen konnten, als
unaufrichtig stempeln wollten — sie werden
an diesen Kaiserworten nicht deuteln und
nicht drehen können. Wenn unser Kaiser
vom Frieden spricht, dann leuchtet aus
seinen Worten die blendende Sonne der
Wahrheit, und eine machtvolle Ueber-
zeugung schlägt die Rabulistik der Feinde zu
Boden. Wenn Herr Wilson die Bedingungen
der Entente, die gegen die Verteidigung
der Existenz und der Ehre der Zentralmächte
gegen erbärmlichen, widrigen Kampf des Aus-
hungerns in frevlem Uebermute führt, einen
Augenblick als ein halbwegs taugliches
Substrat angesehen haben sollte, dann muß
der Philosoph Wilson doch aus den gestrigen
Audienzen herauslesen, wo die Ehrlichkeit der
Politik weilt. Bei den Zentralmächten allein,
die sich niemals diplomatischer Kniffe bedienen,
die als Verbündete treu zueinander stehen
und ihr Band weder durch Lockungen
der einzelnen Mitgeber, noch durch Er-
pressungen finanzieller Art oder wirt-
schaftlicher Natur stärken müssen. Wie
unser Kaiser vom Frieden spricht, so spricht
nur ein Monarch, der die Ehre seines Reiches
über alles liebt, zugleich aber keinen sehn-
licheren Wunsch kennt, als einen segenbringen-
den, gerechten Frieden zu erzielen, der seinen
geliebten Völkern, die treu zu ihm stehen,
wieder glückliche Arbeit und Wohlfahrt, reich
verdient durch tapferen Kampf und wackeres
Durchhalten, schafft.

Seinen geliebten treuen Völkern. Wer
wagt es noch, nach den gestrigen Audienzen,
nach den Ergebenheitshuldigungen der Ver-
treter aus Böhmen und nach den Worten des
Kaisers, die voll sind von Huld und Hoch-
herzigkeit, die abstrusen Märchen der Entente
auch nur noch in den Mund zu nehmen, diese
Märchen, als sehnten sich diese oder jene
Völker unsrer Monarchie nach einer Befreiung,
nach einer Befreiung durch die Feinde des
Reiches. Die Huldigung, die der Präsident
der Verwaltungskommission für Böhmen,
Graf Adalbert Schönborn, die der Bürger-
meister der Stadt Prag unter begeistertem
Dank für unsre tapferen Truppen am Thron
niederlegten, sie erzählen eine kostbare
Geschichte von Völkerliebe und Völkertreue zu
Kaiser und Reich, sie sind ein neues Gelöbnis
alter, unzerreißbarer Anhänglichkeit. Daß
Kaiserin Zita den gestrigen Audienzen bei-
wohnte, gibt dem prunkvollen, erhabenen Bild
eine eigene, sinnige Weihe. Wie eine Art
Huldigungsfestzug, wie ein Eidschwur der
Völker zum Kaiserpaar mutet das schöne
Schauspiel an, das als ein politisches
Geschehnis von größter Bedeutung überall
bewertet wird.

Es gibt kein politisches Leben ohne
Reibungen, ohne Meinungsverschiedenheiten,
ohne Widersprüche, die oft auch einen sehr
lebhaften Charakter aufweisen können. Wenn es
aber das große Ganze, das Vaterland gilt,
dann gibt es nicht einen, der nicht treu zur
Heimat steht. Man lese die Ansprache, die
der Bürgermeister von Prag Dr. Gros hielt,
ein Tscheche, der an der Spitze der hundert-
türmigen Moldaustadt steht. Und man lasse
auf sich, unbeeinflußt von allem Skeptizismus,
der von unsern Feinden mit tausend Mitteln
und tausend Mittelchen gepredigt wird, die
Huldigung Triests wirken — wo in aller
Welt wohnen denn jene Nationen, die sich
von Oesterreich wegsehnen? Im häßlichen
Märchenwald der Lügen der Entente, gewiß
nicht in Oesterreich.

Einen unvergeßlichen Eindruck macht die
Ansprache unsres Kaisers in ihrem rührenden,
väterlichen, ergreifend warmherzigen Tone auf
die Huldigung Triests. Und was Kaiser Karl
in seiner markigen, bestimmten Ausdrucksweise
den Herren aus Böhmen antwortete, ist ein
beglückender Dank für die Vergangenheit und
ein stolzes Programm für die Zukunft, für die
hoffentlich nicht zu ferne Zeit des Friedens.
Des Weltfriedens und des Friedens im
Innern, der mit gegenseitigem Wohlwollen
alle Bürger in emsiger Arbeit zur allgemeinen
Wohlfahrt vereint; des Friedens im Innern,
aufgebaut auf dem gesamtstaatlichen Bewußt-
sein, zum Nutzen der Wirtschaft und der
Kultur.

Bei seinem Regierungsantritte sprach
Kaiser Karl von der Verjüngung Oesterreichs;
er hat gestern dieses Programm neuerdings
verkündet in Kaiserworten von geschichtlicher
Größe, denen alle Völker dieses Reiches aus
Liebe zu Kaiser und Reich rückhaltlos huldigen.

* * *

Die Empfänge beim Kaiser.

Der Kaiser hat gestern vormittag in
Baden folgende Persönlichkeiten empfangen:
Den k. u. k. Gesandten in Bern Freiherrn
v. Musulin und Universitätsprofessor
Dr. Tandler.

Um ½2 Uhr nachmittags hat sich der
Kaiser von Baden nach Wien und hier
direkt in die Hofburg begeben.

Empfang von Huldigungsdeputationen.

Der Kaiser empfing um 3 Uhr nach-
mittags im Audienzzimmer des großen
Zeremonienappartements der Hofburg fol-
gende Huldigungsdeputationen:

Eine Deputation der Universitäts-
rektoren und Dekane der selbständi-
gen theologischen Fakultäten,
bestehend aus nachfolgenden Herren: Rektor
der Universität in Wien Hofrat Professor
Phil. Dr Emil Reisch, Rektor der Uni-
versität in Graz Professor Phil. Dr. Rudolf
Scharizer, Rektor der Universität in
Innsbruck Professor Phil. Dr. Alois Walde,
Rektor der deutschen Universität in Prag Pro-
fessor Phil. Dr. Ottokar Weber, Rektor der
böhmischen Universität in Prag Hofrat Pro-
fessor Med. Dr. Vitezslaw Janovsky,
Rektor der Universität in Lemberg Professor
Phil. Dr. Kasimir Twardowski, Rektor

Vossische Zeitung

31. I. 1917

46

Mit oder ohne Verfassung?

Von
Emil Ludwig,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

Wien, Ende Januar.

Jede Regierung beginnt in Oesterreich mit dem Versprechen, die Verfassung aufzurichten, doch weil dies scheinbar selbstverständliche Versprechen hier ein politisches Programm bedeutet, pflegt sie hinzuzusetzen: sobald als irgend möglich. Auch die Regierung des tatkräftigen und aufrichtigen Grafen Clam hat mit diesem Versprechen begonnen und hatte gewiß zunächst die Tendenz, ohne den ominösen § 14 auszukommen. Bisher konnte indessen eine Verwirklichung nicht sichtbar werden, vielmehr sind alle jene Dinge, die sofort zu erledigen Doktor v. Körber sich geweigert hatte, auch heute, sechs Wochen nach seinem Rücktritt, noch nirgends angebahnt. Wahrscheinlich ist diese Stagnation nur eine vorläufige und darf durchaus nicht mit jener permanenten verglichen werden, die Graf Stürgkh aus Furcht vor dem Parlament solange erhalten hat.

Auch das jetzige Zögern dürfte indessen länger dauern, als man zu Anfang glaubte, und vor dem Sommer ist an einen Reichsrat kaum zu denken. Aber man muß den Zögernden in diesem Falle manches zugute halten. Die Lostrennung Galiziens, von der die gesamte innerösterreichische Entwicklung abhängt, muß — und auch dies hatte die vorige Regierung vergeblich sich bemüht, klarzulegen — trotz des Drängens der Alldeutschen solange verschoben werden, bis das Schicksal Galiziens entschieden, das heißt, bis es wieder erobert oder bis Frieden ist. Kann somit der Austritt jener 115 polnischen Abgeordneten, auf den die Deutschen seit Jahren hoffen, keinesfalls heute und morgen stattfinden — und auch andere hochpolitische Dinge werden eine Klärung dieser Frage noch lange hindern —, so wird für die Deutschen, die anfangen, sich zunächst langsam darein zu finden, das zur Gefahr, was sie bisher erstrebten: die neue Geschäftsordnung, die sie bisher durch Oktroy erzwingen wollten, würde, solange die Polen im Reichsrate bleiben, eine Waffe in deren Händen sein. Hatten bisher die Deutschen von dem Mittel der Obstruktion im Grunde mehr Nutzen, als Tschechen und Polen ihnen damit schaden konnten, so würde diese neue Grundlage der Geschäfte in einem, wie früher von Polen und Tschechen bestimmten Reichsrate den Deutschen auch dieses letzte Mittel nehmen, sich zu wehren.

Aber auch mit jenen, vor zwei Monaten noch leidenschaftlich geforderten Sprach- und Kreisverordnungen in Böhmen ist man heute wieder genötigt, zu warten, und Deutsche wie Tschechen sehen den Entscheidungen des Grafen Clam wie Prinz Hamlet mit einem heiteren und einem nassen Auge entgegen. Daß er den Tschechen nicht zu wehe tun, ihnen einen Teil der Gerichtsprache lassen wird, wissen die Deutschen schon; aber die Tschechen wissen, daß ihnen die Staatssprache als solche verloren gehen soll, und haben sich schon lange zu einem Block vereinigt, dessen Solidität von wenigen anderen nationalen Blocks erreicht wird.

Was Körber von seinen Gegnern nicht verziehen wird, ist, daß er, noch ehe der alte Kaiser in der Gruft der Kapuziner angekommen war, dem jungen Herrn den Wunsch nach Eidesleistung auf eine Verfassung verkünden ließ, die, einmal beschworen, den Mißbrauch jenes § 14 kaum weiter ertragen hätte. Dieser Paragraph, nur für Notfälle geschaffen, in denen der Reichsrat nicht versammelt, die Verordnung aber dringlich ist, zudem nicht eine dauernde Belastung des Budgets eintreten kann, ist in den letzten zwei Jahrzehnten oft so mißbraucht worden, daß man den Reichsrat geradezu entließ, um dann durch Verordnung Dinge durchzusetzen, die mit dem Parlament nicht zu erreichen waren. Diese Praxis wirkte auf das gesamte Rechtsgefühl des Reiches so verwirrend zurück, daß in Oesterreich öfter und behender als irgendwo Pläne zur Abänderung der Verfassung erwogen werden konnten. Die Regierung zog die Notleine, wo immer es ihr beliebte auszusteigen. Gab es bei solchen selbstherrlichen Verordnungen noch einen Kontrahenten, wie beim Ausgleich mit Ungarn, so mußte dessen verfassungsmäßige Stütze eine Frage gegenüber dem in die Luft hinein beschließenden Oesterreich bedeuten.

Von solchen Zuständen wird eine Heilung nur in gewissen großen Augenblicken möglich. Als Anfang Mai 1915 nach dem Durchbruch von Gorlicze die Monarchie sich wahrhaft befreit fühlte, ging Prinz Konrad Hohenlohes Vorschlag dahin, den glücklichen Moment zu nutzen, um nun von einem rasch berufenen Reichs-

Neues Wiener Tagblatt
31. X. 1917
47

Deutscher Nationalverband.

Die „Deutschen Nachrichten" teilen über die gestrige Beratung des Vorstandes des Deutschen Nationalverbandes folgende Verlautbarung mit:

In der gestern vormittag stattgefundenen Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes berichtete der Vorsitzende Abg. Doktor Groß über die Fühlungnahme mit der Regierung wegen der in der letzten Verbandssitzung gefaßten Beschlüsse.

Hierauf wurde beschlossen, bei der Regierung mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß die Neuordnung der Dinge in Oesterreich und insbesondere die Regelung der böhmischen Frage ohne Verzug in Angriff genommen und durchgeführt werde.

Weiter gelangte die Erwiderung des Eisenbahnministers und der industriellen Verbände auf die in der letzten Vollversammlung gefaßten Beschlüsse zur Erörterung, wobei festgestellt wurde, daß die in der letzten Vollversammlung des Verbandes beschlossene Forderung, mit überflüssigen Frachtbegünstigungen aufzuräumen, durchaus nicht der sachlichen Begründung entbehrt. Selbstverständlich betreffen diese Begünstigungen ausschließlich Gegenstände, die in der Zuschrift des Eisenbahnministers als minderwertig bezeichnet werden, aber gerade solche Frachten, wie Erze, Steine, Eisen, Kohle, Holz, geben Gelegenheit zu Ermäßigungen, an denen Millionen verdient werden. Es sei erinnert an die Frachtermäßigung für Braunkohle nach Prag, die nicht den Prager Konsumenten, sondern den Großkohlenhändlern zugute kommt, an Frachtsätze für Erze aus dem Bergbau der Alpinen Montan-Gesellschaft nach Ostschlesien oder für Granit aus dem Zentrum von Böhmen nach Wien, die unter den Selbstkosten stehen. Ermäßigungen für bestimmte Mengen einer Ware und bestimmte Relationen mögen formell nicht eine Begünstigung einzelner Großunternehmer darstellen, tatsächlich sind sie es in der Regel, weil nur ganz bestimmte Unternehmungen davon Gebrauch machen können. Es ist demnach auch die Beeinflussung der industriellen Verbände, als ob der erwähnte Beschluß auf Unkenntnis der Sachlage oder gar Voreingenommenheit beruhe, schon nach diesen Beispielen gänzlich unbegründet. Der Deutsche Nationalverband wird unbeirrt durch die verschiedenen Versuche, die öffentliche Meinung von unberechtigten und den Staat schädigenden Vorteilen einzelner Großunternehmungen abzulenken, das Interesse der Bevölkerung gegenüber Ausbeutungen jeder Art zu vertreten fortfahren. Daran können die Beschlüsse irgendwelcher Verbände um so weniger ändern, als es gewiß nicht in der Absicht der Gesamtheit aller Industriellen liegt, für Vorteile einzelner Großunternehmungen und Banken zum eigenen Nachteile einzutreten.

In der Frage der Zensur wurde beschlossen, beim Justizminister Vorstellungen zu erheben, um die wiederholt schon beanständete ungleichartige Handhabung und die dadurch hervorgerufene ungerechtfertigte Verzögerung zu beseitigen.

Schließlich wurde der Versuch, sogenannte Zeitungsringe zu bilden, neuerlich erörtert und darauf hingewiesen, daß die in der letzten Zeit in verschiedenen Preßorganen auftauchenden beunruhigenden Nachrichten den gleichen Ursprung haben, wie die Bemühungen zur Vertrustung der Zeitungen. Es wurde beschlossen, bei der Regierung diesbezüglich mit allem Nachdruck Abhilfe zu verlangen.

Deutscher Vollzugsausschuß.

Gestern nachmittag fand im Stadtratssitzungssaale des Wiener Rathauses unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner eine dreistündige Sitzung des gemeinsamen Vollzugsausschusses der deutschbürgerlichen Parteien statt. Der Einladung zu dieser Sitzung waren auch die Mitglieder des Herrenhauses Minister Dr. Baernreither, Hermann Braß und Fürst Fürstenberg von der Verfassungspartei, Graf Erwein Nostitz und Dr. v. Wittek von der Mittelpartei gefolgt. Abt Helmer hatte sein Fernbleiben entschuldigt. Abgeordneter Dr. Groß berichtete über die Vorschläge, welche der vom Vollzugsausschuß eingesetzte Unterausschuß hinsichtlich der Neuredaktion der im Herbst 1915 gemeinsam beschlossenen Richtlinien ausgearbeitet hat. Es fand eine ausführliche Beratung über die einzelnen Punkte statt. In sämtlichen Punkten wurde eine vollständige Uebereinstimmung der Meinungen erzielt. Es wurde beschlossen, die neuformulierten gemeinsamen Forderungen an den zuständigen Stellen zu überreichen.

Pester Llo

Die Sitzung dauerte bis kurz vor 10 Uhr abends.

Die Nachmittagssitzung.

Abgeordneter **Paul Jaczkó**

kann einer weiteren Ausdehnung der Machtbefugnisse der Regierung nicht zustimmen. Als besonders gefährlich erachtet Redner den § 4 des Entwurfes, der zu einer vollständigen Konfiszierung der Vereinsrechte führen könnte. Er vermißt auch die entsprechende Unterstützung der Kriegswitwen und -waisen, die vollständig unorganisiert und auch im Vergleiche zu Deutschland sehr schwach ist.

Abgeordneter **Karl Hußár** (Sárvár)

erbittet die Erlaubnis, erst in der nächsten Sitzung sprechen zu dürfen.

Präsident

stellt den Tagesordnungsantrag, der angenommen wird.

Folgen die Interpellationen.

Die Kohlennot.

Abgeordneter **Wilhelm Sümegi**

Der Verein der österr.-ung. Gasfabriken wendete sich an das Kriegsministerium, um den Gaskohlenbedarf zu sichern. In seiner Eingabe an den Kriegsminister verwies der Verein auf die Bedeutung des Kohlenteers für die Kriegführung und darauf, daß das Ministerium siebzehn österreichischen Gasfabriken Gaskohle und Waggons angewiesen hat. Budapest entging dem Schicksal, den Betrieb der Gaswerke reduzieren zu müssen oder einzustellen nur dadurch, daß die kommunale Gasfabrik in Deutschland für teures Geld zweihundert Waggons ankaufte; vom Kriegsministerium bekam keine einzige ungarische Gasfabrik Kohle oder Waggons, denn diese Fabriken sind vom Gesichtspunkte der Kriegführung nicht wichtig. Die Wiener Gasfabriken haben einen Vorrat für zwei Monate. Budapest ist kaum für eine Woche versehen. Es ist wirklich traurig, daß wir den Annaberger Anschluß nicht erhalten können, neben allen anderen Vorteilen dieser Verbindung wäre die Kohlenversorgungsfrage ein für allemal gelöst. In Budapest ist kein Heizmaterial zu haben, Tausende von Menschen stehen stundenlang vor den Kohlenkellern, um eine Handvoll Kohlen zu erhalten. Die Kohlenkommission wurde auch zu spät errichtet, wenn auch der Mann, den der Handelsminister an die Spitze dieser Zentrale gestellt hat, wirklich auf der Höhe seines Berufes steht. Die Hauptstadt hat in dieser Kohlenkommission keine Vertretung. Auch darin erblickt der Redner eine Mißachtung der Lebensinteressen der Hauptstadt. Er richtet folgende Interpellation an den Ministerpräsidenten und an den Handelsminister:

Ist der Herr Handelsminister geneigt, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung der Hauptstadt mit dem notwendigen Heizmaterial gegen entsprechendes Entgelt versehen werde?

Ist die Regierung geneigt, beim gemeinsamen Kriegsministerium dahin zu wirken, daß die ungarländischen Gasfabriken ebenso mit Gaskohle versehen werden, wie das das österreichische Arbeitsministerium den österreichischen und böhmischen Fabriken sichern konnte?

Handelsminister **Baron Johann Harkányi**

will vor allem kurz darauf hinweisen, daß sich die Regierung der schwierigen Situation bewußt sei, die heute auf dem Gebiete der Kohlenversorgung entstanden ist und daß sie alles zur Linderung der Kohlennot aufbieten will. Den Vorwurf, daß die Regierung nicht rechtzeitig Maßregeln zur Kohlenversorgung ergriffen hätte, müsse er bestreiten, denn als es klar wurde, daß der Rumäneneinbruch im Zsiltale die dortigen Betriebe empfindlich gestört hat, besorgte Redner im Bewußtsein seiner Verantwortung sofort in Deutschland große Quantitäten von Kohlen. Wenn diese Kohlen durch die militärischen Transporte und anderen Verkehrsschwierigkeiten bisher noch nicht hier eintreffen konnten, so ist dafür die Regierung kaum verantwortlich. Es wird alles getan, um die Kohlennot zu lindern, und Redner weiß Dank dafür, daß man wenigstens seine Wahl gutheißt, mit der er an die Spitze der Kohlenkommission einen Fachmann gestellt hat. (Heiterkeit.) Allein er verstehe den Vorwurf über die verspätete Errichtung dieser Zentrale um so weniger, da man doch allen Zentralen vorwirft, daß die Waren sofort nach ihrer Errichtung verschwinden. Es handelte sich hier um die Sicherung des Kohlenbedarfes, und so zögerte er, um jedem Vorwurf vorzubeugen, mit der Errichtung der Kohlenzentrale. Allein als es endgültig zur Gewißheit wurde, daß die Kohlenbergwerke im Zsiltale lange Zeit hindurch die Produktion in genügendem Maße nicht werden aufnehmen können, mußte sich der Minister zur Aufstellung dieser Zentrale entschließen. Die Lage dieser Zentrale ist weit schwieriger als die irgendeiner anderen Zentrale, da sie die Kohlen im Auslande beschaffen muß.

Auf die Frage des interpellierenden Abgeordneten antwortend, glaubt der Redner, nicht besonders betonen zu müssen, daß die Regierung alles getan hat und alles zu tun gewillt sei, um den Ansprüchen an Heizmaterial zu genügen. Die Kohlenzentrale wird bestrebt sein, den Ansprüchen, die die Behörden anmelden, nachzukommen.

Ebenso ist die Regierung bereit, beim gemeinsamen Kriegsministerium im Hinblick auf die Versorgung mit Gaskohle hinzuwirken. Auch bisher hat der Handelsminister in unzähligen Fällen in Reskripten, Telegrammen und persönlicher Intervention alles getan, um den Bedarf der ungarischen Gaswerke sicherzustellen, und diese Bestrebung blieb auch nicht immer ohne Erfolg. Ob jedoch das Verhältnis zwischen der Beteilung der österreichischen und ungarischen Gasfabriken mit Gaskohle ein richtiges sei, könne Redner nicht beurteilen, da er keinen Einblick in den Konsum der österreichischen Fabriken habe. Wenn der interpellierende Abgeordnete ihm diese Daten zur Verfügung stellt, wird er gern auch von diesem Gesichtspunkte aus die ungarischen Interessen zu fördern suchen.

Der Minister bittet, seine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abgeordneter **Wilhelm Sümegi**

kann die Antwort nicht zur Kenntnis nehmen.

Das Haus nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Höchstpreise für Industrieartikel.

Abgeordneter **Desider Abraham:**

Beim Ausbruche des Krieges hat die Regierung für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte Höchstpreise festgesetzt und diese mit größter Strenge auch durchgeführt. Ueber Höchstpreise für die Industrieartikel aber verlautet nichts. Dieser Umstand führt zu einer zügellosen Preissteigerung der zu großem Teile aus Oesterreich eingeführten Industrieartikel. Die landwirtschaftlichen Produkte sind während des Krieges mit höchstens 60—80 Prozent, Industrieartikel aber mit 200 bis 1600 Prozent im Preise gestiegen, wofür Redner verschiedene Beispiele anführt. An dieser enormen Steigerung sind auch die wichtigsten, unentbehrlichsten Bedarfsartikel — wie Kleidungsstücke, Seife, Stärke usw. — beteiligt. Redner beleuchtet auf Grund der Bilanzen verschiedener Aktiengesellschaften die oft sehr bedeutenden Kriegsgewinne, die sich in besonderer Weise bei den Textil- und Lederwarenunternehmungen bemerkbar machen.

Redner richtet folgende Interpellation an den Handelsminister:

1. Was ist die Ursache dessen, daß die Preise einzelner Industrieartikel so spät maximiert wurden und was verhindert es, daß die meisten Artikel noch immer nicht maximiert sind?

2. Beabsichtigt die Regierung betreffend die Preisgrenzen solcher noch nicht maximierter Bedarfsartikel, die tatsächlich erstrangige Artikel des Lebensunterhaltes bilden, Verfügungen zu treffen?

Handelsminister **Baron Johann Harkányi**

ist im vollen Bewußtsein dessen, daß die maßlose Preiserhöhung einzelner Industrieartikel die Interessen des Publiums sehr empfindlich berührt. Die Berechtigung der Bestrebungen, die diese Preistreiberei zurückdrängen wollen, ist nicht anzuzweifeln. (Zustimmung.) Er muß aber die Beschuldigung des Interpellanten zurückweisen, als wären bei der Maximierung und Requirierung der landwirtschaftlichen Produkte andere Gesichtspunkte maßgebend gewesen als bei den Industrieartikeln und als würden die Industrieunternehmungen sanfter behandelt. Die Regierung ließ sich bei der Feststellung dieser Höchstpreise von dem Gesichtspunkte leiten, ob die Artikel sich für die Maximierung eignen und ob durch Höchstpreise die Uebelstände nicht noch vermehrt würden. Deshalb mußten in erster Reihe gewisse Massenartikel maximiert werden, bei denen die Requirierung die faktische Einhaltung der Höchstpreise möglich macht. Der Minister verliest zunächst die Liste der von der Regierung bisher schon maximierten Industrieartikel. Zunächst wurden jene Artikel maximiert, die in unmittelbarer Verbindung mit der landwirtschaftlichen Produktion stehen, so das Mehl, die Kleie, der Zucker, — hiebei weist der Minister die Beschuldigung zurück, als habe er die Zuckerfabriken favorisiert. Der Herr Abgeordnete hat sich auf die Bilanz der Ungarischen Zuckerindustrie-A.-G. berufen.

Ich würde mich sehr täuschen, wenn sich die Bilanz jenes Unternehmens nicht verschlechtert hätte, im Verhältnis zu den Bilanzen der Vorjahre und wenn es nicht kleinere Dividenden als in den Jahren vor dem Kriege ausgeschüttet hätte.

Die Regierung hat Maximalpreise für Gerste, Hirse, geschälte Erbsen, Eiergerstel und Maisöl festgestellt, sie hat die Höchstpreise der animalischen Fette bestimmt, ebenso wie die Preise für Rapsöl, Leinöl und anderer Sorten der vegetabilischen Oele. Auch die Preise des Petroleums und der Erdölprodukte wurden maximiert. Der Vorwurf des interpellierenden Abgeordneten, daß die Regierung nicht mit der nötigen Strenge gehandelt hätte, sei unbegründet, denn der Preis des Petroleums ist im Vergleich zu den Preisen des Rohöls eher gering als hoch. Die Aufarbeitungsprodukte der Knochen, Seife, Seifenpulver, wurden zu festgesetzten Maximalpreisen in den Verkehr gebracht. Die Preise für Kunstdünger sind nicht maximiert, das Militärärar hat jedoch alle diese Produkte durch die Requirierungen in der Hand. Alle Sorten von Leder und Häuten sind maximiert, ebenso wie die Rohmaterialien der Textilindustrie und die Preise der Geräte aus Eisen. Die Feststellung der Preise der Eisenkessel war notwendig, um nach der Requirierung der Kupferkessel nicht die Möglichkeit einer Preistreiberei offen zu lassen. Alle Metalle und Legierungen sind beschlagnahmt, ihr Verkauf und ihre Aufarbeitung ist Beschränkungen unterworfen. Die für militärische Zwecke geeigneten Wollstoffe und konfektionierten Kleider sind ebenso wie die Säcke und Sackstoffe requiriert worden. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß die Regierung alles gethan hat, was auf diesem Gebiete möglich war. Allein diese Serie der angeführten Industrieerzeugnisse beweist, daß die Behauptung des interpellierenden Abgeordneten, die Regierung habe gar nichts auf diesem Gebiete getan, zumindest stark übertrieben ist.

Die Regierung beschäftigt sich übrigens noch mit der Ausdehnung der Liste jener Artikel, für die Höchstpreise bestimmt werden sollen. Hanfzwirn, Zwirne, die zum Teil aus Hanf hergestellt werden, sowie Seilwaren werden ebenfalls zu Maximalpreisen verkauft werden. Außerdem wären seines Erachtens die Preise aller aus Hanf hergestellten Stoffe zu maximieren, ebenso wie die Preise der Säcke und aller aus Flachszwirn hergestellten Waren, namentlich der Plachen. Die Feststellung von Maximalpreisen für diese Artikel ist für die allernächste Zeit zu gewärtigen. Wenn die Regierung bei der Feststellung der Maximalpreise vielleicht ein langsameres Tempo einschlägt, als es der

Neues Wiener Tagblatt
3. II. 1917

51

Länderautonomie.

I.

Die Neigung zur Kritik öffentlicher Einrichtungen ist in Oesterreich stark, aber das Bestreben, die Ursachen und Grundlagen der Mängel zu finden, ist gering. Das Interesse haftet an oberflächlichen Symptomen und findet in Phrasen und Personalklatsch allzu leicht seine Befriedigung; ja man hat oft den Eindruck, daß die Kritik weniger durch den Wunsch zu bessern als durch Freude am Skandal belebt wird. Die Kenntnis der wahren Ursachen der österreichischen Mißstände ist daher wenig verbreitet, und bedeutende, berufene Personen haben hinwiederum nicht die Neigung, sich auf dem üblichen Niveau in das öffentliche politische Getriebe einzulassen.

Es ist daher ein großes Verdienst der im Manzschen Verlage von Bernatzik, Hussarek, Lammasch und Menzel herausgegebenen, von Kelsen redigierten „Oesterreichischen Zeitschrift für öffentliches Recht", daß sie in einer Sondernummer („Länderautonomie") den Versuch gemacht hat, über eine der wahren Kernfragen der österreichischen Verfassung und Verwaltung — die Länderautonomie — eine vornehme und hochstehende Auseinandersetzung durchzuführen. Rechtslehrer aller Hochschulen Oesterreichs haben sich an dieser Arbeit, die Professor Lamp (Innsbruck) mit Recht als „vaterländisches Unternehmen" bezeichnet, beteiligt. Das Ergebnis ist ein doppeltes: Es ist nicht nur eine wertvolle Arbeit geleistet worden, sondern es sind auch berufene und kundige Männer aller Nationen zur Teilnahme an der Lösung eines juristisch-politischen Problems angeregt worden, ohne die eine Erneuerung Oesterreichs nicht denkbar ist.

Das Problem liegt folgendermaßen: Das Kaiserturn Oesterreich besteht aus siebzehn Kronländern, die in Größe, kultureller Entwicklung, finanzieller Leistungsfähigkeit, nationaler Zusammensetzung und dergleichen voneinander wesentlich verschieden sind. Jedes Kronland hat in beschränktem Umfang seine eigene Gesetzgebung und Verwaltung, die mit der des Gesamtstaates konkurriert. Dadurch wird die Sonderart der Kronländer noch besonders ausgeprägt und die Einordnung in die Gesamtheit erschwert. Zu den zahlreichen natürlichen Gegensätzen, die Klima, Geographie, Nationen und dergleichen mit sich bringen, kommt also noch die künstlich aufrechterhaltene Verschiedenheit der Kronländer. Dieser Zustand bringt es mit sich, daß eine ganze Reihe von Problemen, die ohnehin schwer genug zu lösen sind, verfiebzehnfacht werden. Wir haben nicht eine, sondern siebzehn Verwaltungsreformen und Lösungen der nationalen Fragen zustandezubringen.

Warum haben wir die Kronländer? Weil sie historisch entstanden sind. Diese Frage bringt uns also nicht weiter; wir müssen vielmehr fragen: Sind die Kronländer notwendig?

Geographische, strategische, ökonomische Interessen, dynastischer Ausdehnungstrieb und dergleichen mehr hatten den Kronländern ihre Grenzen gezogen. Es waren ja einmal selbständige Gebiete. Die Grenzen der Heeres-, Wirtschafts- und Verkehrsgebiete sind indessen weit über den Umfang der Kronlandsgrenzen hinausgewachsen, fallen heute mit den Staatsgrenzen zusammen und werden selbst in diesem weiten Umfang oft noch als zu eng empfunden. Innerhalb dieser Grenzen bestehen heute nur noch die nationalen Gemeinschaften, die sprachlich und kulturell zusammengangen und vielfach gelichtete Gebiete bewohnen. Aber gerade diesen realen Gemeinschaften trägt die Kronlandsgrenze nicht Rechnung. Man bedauert es so oft, daß ökonomische und strategische Notwendigkeiten einen Teil der Staatsgrenze ergänzungen, der nationale Siedlungsgebiete zerschneidet — aber jedwede Notwendigkeit ergeben, daß innerhalb des Staates Kronlandsgrenzen die Nationen zerreißen, daß Minoritäten künstlich abgetrennt und ausschließlichen politischen Bedürfnissen ausgeliefert werden? Wir haben innerhalb Oesterreichs „strategische Kronlandsgrenzen", die hier nicht brauchen. (Laun.) strategisch bleiben will doch mit Steiermark keinen Krieg führen und sich auf dem Semmering verschanzen. Oder sind etwa die böhmischen Randgebirge, die von Tausenden Bahnen, hundertten Straßen, tausenden Trächten durchquert werden, eine Verteidigungsgrenze für ein Industrieland, dessen Handel auf Handlung und Verkehr basiert? Als selbständige Gebiete sind ja die Kronländer heute unmöglich geworden. Sie könnten eine moderne Armee allein weder aufbieten noch verpflegen — als Wirtschaftsgebiete sind sie zu klein und wenig reichhaltig, um isoliert zu bestehen. Ihre Grenzen sind „objekt" gewordener (Statistik, Tuitionsstyl) — sie erfüllen keinen Zweck mehr und erschweren die Lösung der nationalen Frage.

Warum erhält man aber dann die Länder? Weil sie historisch und entwickelt sind — weil unsere Verfassung auf sie zugeschnitten ist, weil es sehr schwer ist, diesen Einrichtungen innerhalb kurzer Zeit den Boden zu entziehen, auf dem sie sich entwickelt haben. Ohne die Allgemeinheit der Verfassung zu berühren, soll „die Autonomie" der Kronländer (Grundsteuer und Landesgesetzgebung für Landesstraßen) gegenüber der Landes- und Staatsgesetzgebung zu verringern, soll die Zuständigkeit der Landesgesetzgebung für Landesstraßen, Landesmuseen, Landestheater, Landesarchive, Landesbibliotheken, Landesmusikschulen, Landesgalerien, Landesmuseen, Landesbibliotheken, Landesarchive, Landestheater, Landesmuseen, Landesgesetzgebung für Landesstraßen, Landesgesetzgebung und Staatsgesetzgebung zu verringern, soll die Autonomie der Kronländer erhöht werden. Die Kronländer sollen Gesetze beschließen können, die nicht der Genehmigung des Staates bedürfen, sondern nur der Kundmachung. Sie sollen ihre Gesetze selbständig vollziehen können, ohne die Mitwirkung der staatlichen Behörden in Anspruch nehmen zu müssen. Sie sollen ihre Beamten selbständig ernennen können, ohne an die Mitwirkung der staatlichen Behörden gebunden zu sein

Der Mor

Staatsmänner a. D.

Dr. Ernest v. Koerber, der Ministerpräsident a. D., wurde dieser Tage von Kaiser Karl in Audienz empfangen. Wie so oft gibt auch diesmal ein einzelnes Ereignis den Anstoß, vom Besonderen zum Allgemeinen überzugehen, vom Äußeren zum Kern eines Problems vorzudringen. Was bedeuten Staatsmänner a. D. für das Land, dessen Söhne sie sind, was für den Monarchen, der die Geschicke seines Reiches lenkt? Zwei Tatsachen seien bei der Erwägung berücksichtigt. Keine Persönlichkeit, mag sie noch so überragend und so voll von inneren Reichtümern sein, kann lediglich aus sich selbst heraus Großes vollbringen, wenn sie auf einer hohen Stufe der kulturellen Entwicklung vorwärts strebt. Je machtvoller ihre Stellung ist, desto wichtiger wird für sie der Rat und der Einfluß erfahrener Männer, selbst dann, wenn diese nicht die Richtung bestimmen, sondern nur Anregungen geben. Was für die Menschen im allgemeinen gilt, trifft besonders bei denen zu, die auf der höchsten Sprosse der sozialen Leiter stehen. Erinnern wir uns der Kaiserin Maria Theresia! Sie war eine von den ganz großen Persönlichkeiten, die jemals auf dem Thron saßen. Schwere, furchtbar ernste Tage erlebte Österreich während der ersten Jahrzehnte ihrer Regierung. Aber tüchtige, einsichtsvolle Ratgeber scharten sich um die Monarchin, die gerne anerkannte, was sie, was ihr Reich ihnen dankte. Der Staatsrat wurde geschaffen. Er sollte der Kaiserin erfahrene Vertrauensmänner zur Seite stellen; nicht bindende Beschlüsse zu fassen, sondern Gutachten abzugeben, war seines Amtes. Kaunitz, auch einer von den Bedeutenden, hielt die Eröffnungsrede. Und was sagte er? Jeder Souverän, und namentlich der Herr vieler weitläufiger und in ihrer Art verschiedener Königreiche und Länder, bedürfe besonderer von der Exekutive getrennter Räte. Von diesen aber hatte Maria Theresia schon vorher behauptet, daß sie sich schmeichle, mit ihnen und mit dem Fürsten Kaunitz gemeinsam den Untergang des Reiches abzuwehren. Wie großartig ist dies gelungen!

Das zweite Moment, das in Betracht gezogen werden muß, besteht in dem allgemeinen Mangel an wirklich staatsmännischen Begabungen, an Männern, deren Rat weise und überprüfenswert, deren Kenntnis tief und umfassend und deren Gedankenflug hoch und weit ist. Deshalb soll man mit den vorhandenen Kräften haushalten, sie benützen; sie dürfen im Dienste für das Vaterland nicht brach liegen. Nicht jeder Staatsmann kann aktiver Ministerpräsident oder führender Minister sein; dazu reicht glücklicherweise der Rahmen einer Regierung nicht aus. Alle aber sollen gehört werden. Mit Wehmut gedenkt man der vielen staatsmännischen Talente, die sich einst auf dem Wiener Kongreß drängten, die sich mehr als sechzig Jahre später noch auf dem Berliner Kongreß zusammenfanden. Seither ist ganz Europa ärmer geworden und mit ihm auch Österreich. Zwei Ursachen lassen sich vor allem erkennen. Der österreichische Adel vollzog im großen und ganzen eine Abkehr von der Politik; andere Interessen sind in ihm wach geworden. Kein Geringerer als Kronprinz Rudolf wies bereits auf diese Erscheinung hin. Wie sehr er recht hatte, lehrt die Tatsache, daß sein Weckruf, die kleine Schrift über den Adel und seinen konstitutionellen Beruf, heute völlig vergessen ist. Und zwingen werde. Winkt dieser Erwartung eine verheißungsvolle Erfüllung? Wir wollen nur fragen und uns die Antwort lieber schenken.

Erwägt man dies alles, dann kommt man zu dem Schluß, daß ein umsichtiges Sparsystem not tue, daß keine Fähigkeit der Allgemeinheit verlorengehen dürfe. Das „a. D." muß eine neue Bedeutung erhalten. Wer sich im Amte ausgezeichnet, hervorgetan oder nur bewährt hat, soll, wenn er von einem bedeutenden Posten zurückgetreten ist, nicht in der Versenkung verschwinden. Wie schmerzlich berührte es viele, als Dr. Ernest v. Koerber einst ein Jahrzehnt lang allen Staatsgeschäften und aller Staatsbeeinflussung ferne blieb, als Freiherr v. Beck für seine außerordentliche Begabung und für sein großzügiges Wollen keinen Wirkungsraum fand. Doch lassen wir die Einzelerscheinungen beiseite, halten wir uns an das Problem. Wie sieht es in verfassungsmäßig regierten Staaten aus? Um den Herrscher sind die verantwortlichen Minister versammelt, die dem Gesetze nach Ratgeber sein sollen. Da drängt sich nun — ganz akademisch — die Frage auf, ob der Kaiser oder König oder Fürst genügend beraten wäre, wenn er sich bloß bei den Männern seiner Regierung Aufschluß holte. Unter Umständen würde dies gewiß ausreichen. Nämlich dann, wenn eine gewaltige Kraft, ein vielseitiges Talent im Rate der Krone säße. Was ist jedoch die Regel? Bismarck möge sie uns vor Augen führen. Er deckte freimütig die Schwächen der Regierungen, die Begrenztheit im Wollen und Können der Fachminister auf, die lediglich die Aufgaben ihres Ressorts beachten und für die Gesamtpolitik keinen Sinn haben. Nicht fünf Prozent, meinte der eiserne Kanzler, von den Ministern, die er zu beobachten Gelegenheit hatte, wären Staatsmänner im umfassenden Sinne dieses Begriffes gewesen. Die übrigen beschränkten sich auf die Verwaltung ihrer Ämter. Das müssen wir bedenken. Und so paradox es klingt, es können sich Fälle ergeben, in denen erst der Ministerpräsident a. D. oder Minister a. D. in die Lage kommt, seine volle staatsmännische Begabung aufleuchten zu lassen, nutzbar zu machen. Während der Amtswirksamkeit leiden die Persönlichkeiten bisweilen allzu sehr unter den Hemmungen: den Tagesbedürfnissen, den Widerständen, die in der Nähe manchmal viel stärker erscheinen als sie es wirklich sind. Dem Staasmanne a. D. kann der Vorteil der Distanz jedoch sehr zustatten kommen; das allgemein Notwendige tritt für ihn in den Vordergrund, während das amtsmäßig Nützliche aufhört, wesentlich zu sein.

In Österreich ist die Einrichtung der Geheimen Räte altehrwürdig. Im Laufe der Jahre hat jedoch das einstens richtunggebende Kollegium seinen ursprünglichen Charakter verloren. Unter Leopold I. wurde zum Titel, was vorher Amt war. Aber in allem Wandel hat sich die bevorzugte gesellschaftliche Stellung der Geheimen Räte behauptet; man begreift, was es bedeuten kann, des Herrschers Ratgeber wirklich zu werden. Auch der Staatsrat ist eigentlich im Jahre 1848 zu Grabe geleitet worden, obgleich er später noch einmal auflebte. Ein kaiserliches Handschreiben vom 4. April 1848 erklärte, daß er mit dem Konstitutionalismus unvereinbar sei. Mit vielen Gutachten dieser verdienstvollen Körperschaft wird man heute nicht mehr einverstanden sein; mancher Ratschluß wurde schon am Tage seiner Fassung angefochten. Allein Karl Freiherr v. Hock schrieb mit Recht, es gebe keine schönere und wertvollere Leichenrede für den sterbenden Staats-

Pester Lloyd
6.II.1917
54

Kriegstagung des Reichstages.

Der verschärfte Unterseebootkrieg und die Stellungnahme der Vereinigten Staaten.

Budapest, 5. Februar.

Die geschlossene Sitzung des Abgeordnetenhauses ragte bis in den anbrechenden Abend hinein. Erst um 6 Uhr abends wurde die Oeffentlichkeit der Beratung wieder hergestellt. In lautloser Spannung ergriff Ministerpräsident Graf Stefan Tißa das Wort. Er knüpfte an an die Vorgänge der geschlossenen Sitzung, um dann in einer Erklärung die unumgängliche Notwendigkeit der erfolgten Proklamierung des Unterseebootkrieges festzustellen. Herb und ernst klang die Stimme des Ministerpräsidenten. Kurze Pausen zerrissen den Fluß der Rede. Schmucklos, doch zwingend in ihrer Logik, zeigte sie, daß die Monarchie und ihr Verbündeter im Kampfe um die Existenz zu einer Waffe greifen mußten, deren Erfolg sicher ist und deren Umgehung infolge der Haltung unserer Feinde unmöglich wurde.

Es folgten Erklärungen der Grafen Albert Apponyi, Julius Andrássy und Michael Károlyi, sowie Stefan Rakovßkys. Die Führer der Opposition schlossen sich, die einigermaßen verklausulierte Rede des Abgeordneten Michael Károlyi ausgenommen, ganz uneingeschränkt den Ausführungen des Ministerpräsidenten an.

Das Haus war durchaus einig in der Erkenntnis dessen, was die Stunde unumgänglich fordert. Es gab ihr durch seine einmütige Zustimmung, was sie verlangt.

Die Vorlage über die Verewigung des Andenkens unserer ringenden Soldaten führte die Opposition auch heute schnell von der Pietät zur kombattanten Politik. Die Abgeordneten Desider Abrahám, Gabriel Ugron und Alexander Gießwein waren bestrebt, das Wahlrechtsproblem und die Witwen- und Waisenversorgung den in der Vorlage vorgesehenen Pietätsakten gegenüberzustellen. Die Forderungen ihres Programms so betonend, ließ die Opposition vielfach Ziel und Motiv der Debatte in einer umfassenden politischen Erörterung untergehen, eine eingehende Würdigung dessen vermissen, was zur Beratung stand.

Das Haus wird morgen über einen Antrag des Grafen Stefan Bethlen abstimmen, der die Beratungszeit des Hauses auf die Stunden von 3 bis 9 Uhr nachmittags beschränken will.

Der Verlauf der Sitzung.

Die geschlossene Beratung wurde nachmittags fortgesetzt.

Um halb sechs Uhr wird die öffentliche Sitzung wieder eröffnet.

Vizepräsident Karl Szász: Der Herr Ministerpräsident wünscht zu sprechen.

Ministerpräsident **Graf Stefan Tißa:**

Geehrtes Haus! Indem ich in Verbindung mit dem in der heutigen geschlossenen Sitzung stattgehabten Ideenaustausche pflichtgemäß das Wort ergreife (Hört, hört!), um mich über die infolge der kräftigeren Anwendung des Unterseekampfes eingetretene Lage zu äußern, muß ich mich naturgemäß in erster Reihe mit der Natur des Unterseebootkrieges befassen. (Hört, hört!)

Wir haben es mit einer neuen Waffe zu tun, die eigentlich in diesem Kriege zum ersten Male verwendet wird. Die auf diese Waffe bezüglichen detaillierten Rechtsnormen haben sich daher aus dem praktischen Leben noch nicht herauskristallisieren können, wir müssen daher die auf den Seekrieg bezüglichen allgemeinen Völkerrechtsregeln vorerst auch auf den Unterseekrieg anwenden, selbstverständlich in sinngemäßer Weise, das heißt, mit Berücksichtigung der spezifischen Natur dieser Waffe. (So ists, so ists!)

Aktuell wurde die Sache eigentlich in den Fällen der Blockade. Dort wirft sich die Frage auf, auf welche Weise die Blockade mit Anwendung der Unterseeboote durchgeführt werden kann?

Und da erscheint es zweifellos, geehrtes Haus, daß es der inneren Natur der Tauchbootwaffe zuwiderliefe, wollte man auf sie die gleichen Rechtsnormen anwenden, die für andere Seefahrzeuge, die eine Blockade durchführen, bestehen. Das würde gegen die Natur der in Rede stehenden Waffe selbst verstoßen, aber es wird dies auch durch das Vorgehen unserer Feinde unmöglich gemacht, die die Handelsdampfer bestückt und sie geradezu ermuntert und aufgefordert haben, die Unterseeboote anzugreifen und möglichst zu rammen oder durch Artilleriefeuer zu vernichten. (So ists, so ists!) Dieses Vorgehen läuft ja den Rechtsnormen schnurstracks zuwider, die hinsichtlich des Seekrieges bestehen. (So ists!)

Allein überholt erscheint meines Erachtens diese ganze Frage auch schon durch den Umstand, daß unsere Feinde zum Zwecke der Durchführung der Blockade auf weiten Gebieten der Meere in bisher nie beobachteten großen Dimensionen sich einer Waffe bedienen, die für die Neutralen zumindest ebenso schadenbringend und gefährlich ist wie der Unterseebootkrieg. Es sind dies die sogenannten Minenfelder. (So ist's! rechts.) Unsere Feinde erklären ja weite Meeresflächen als Minenfelder, und sie sperren wichtige Handelsstraßen durch Minen ab. Sie legen Minenfelder auf mit der Folge für die neutrale Schiffahrt, daß jedes neutrale Schiff oder jeder neutrale Passagier das Risiko auf sich nimmt, wenn sie in diesem Gebiete fahren, dort auf eine Mine aufzufahren und in die Luft gesprengt zu werden. Wenn dies erlaubt ist — und die Neutralen haben dagegen ja nicht Stellung genommen —,

daß wir die uns zur Verfügung stehenden schärfsten Mittel in Anspruch nehmen, um den siegreichen Ausgang des Krieges und damit das Zustandekommen eines Friedens zu beschleunigen, der berufen ist, die innere Ruhe und die Möglichkeit des Fortschrittes der Menschheit ständig zu gewährleisten. (Lebhafter Beifall, Eljenrufe und Applaus.)

Graf Julius Andrássy:

Ich wünsche aus vollem Herzen den Frieden. Wenn ich erwäge, daß auch in diesem Augenblick, wo wir hier beraten, viele Tausende unserer Brüder den größten Leiden und Qualen ausgesetzt sind (Zustimmung), wenn ich erwäge, daß auch viele in diesem Augenblick den Heldentod sterben, wenn ich erwäge, daß die Menschheit nunmehr seit Jahren, anstatt Kulturarbeit zu verrichten, einander vernichtet, dann empört sich auch in mir das menschliche Gefühl gegen den Krieg. Allein gerade weil ich so sehr den Frieden herbeisehne, betone ich, daß heute, wenigstens heute, der Friede durch Unterhandlungen nicht mehr erreicht werden kann, daß heute die Zeit des energischesten Kampfes eingetreten ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich lese soeben im Pester Lloyd die letzte Rede Lloyd Georges, der jetzt der führende Geist der Entente ist. Lloyd George sagt, ein Friede ohne Sieg würde keinen Frieden bedeuten, so daß heute von einem Frieden noch nicht gesprochen werden könnte, sondern man müsse den Kampf fortsetzen, bis die Macht der Zentralstaaten gebrochen ist. Das ist ihr Standpunkt. Gegenüber diesem Standpunkt sind Unterhandlungen nicht am Platze. Dieser Standpunkt schließt es vollständig aus, daß heute irgendein Angebot angenommen würde, es gibt nur einen Modus, den energischen Kampf. (Zustimmung.) Den Unterseebootkrieg hatten wir einmal begonnen, dann trat infolge einer Vereinbarung mit Amerika eine gewisse Pause ein. Bei den diesbezüglichen Unterhandlungen mit Amerika betonte indessen Deutschland, daß es erwarte, Amerika werde einwirken, daß die Menschheit gegen die das internationale Recht verletzende Kriegführung Englands geschützt werde; sollte es sich jedoch in dieser Erwartung täuschen, so werde es seine Aktionsfreiheit zurückerlangen. In dieser Erwartung nun hat sich Deutschland getäuscht, die Vereinigten Staaten haben keinen derartigen Schritt unternommen, so daß die in Aussicht gestellte Aktionsfreiheit vollkommen zu Recht besteht. Da aber sämtliche verantwortlichen Faktoren glauben, daß der Unterseebootkrieg zum Erfolg führen werde, so nehme ich in vollem Vertrauen zu diesem Gutachten die Anmeldung des Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis und füge nur den Wunsch hinzu, unsere braven Seeleute mögen im Verein mit den Deutschen den siegreichen Frieden erringen. (Lebhafte Eljenrufe und Applaus.)

Abgeordneter Graf Michael Károlyi:

Ich bin nicht in der glücklichen Lage, in der sich mein verehrter Freund Graf Apponyi befindet, diesen Schritt in vollem Maße billigen zu können. Meine Bedenken habe ich in der geschlossenen Sitzung vorgebracht. Ich würde es nicht als zweckentsprechend halten, diese auch hier zu erörtern. Es würde mir sehr leid tun, wenn es zwischen den Zentralmächten und Amerika zum Kriege käme. Nicht aus ethischen Gesichtspunkten, die Graf Julius Andrássy angeführt hat und die in jedermann leben, sondern aus einem speziellen ungarischen Gesichtspunkt. Denn bekanntlich leben in Amerika mehr als zwei Millionen ungarischer Staatsbürger. Ihr Schicksal könnte sich im Falle eines Krieges mit Amerika kritisch gestalten. Ein großer Teil würde sein Brot verlieren, oder in die Zwangslage geraten, ihr ungarisches Staatsbürgerrecht aufzugeben. Das ist einer der Gesichtspunkte, dessentwegen ich die Hoffnung hege, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reiche nicht zu einem Kriege führen werde. Auch hoffe ich, daß es trotz des verschärften Tauchbootkrieges gelingen wird, den Frieden mit den übrigen neutralen Staaten aufrechtzuerhalten, was ich als sehr wichtig und notwendig erachte. (Zustimmung äußerst links.) Ich kann die Verschärfung dieses Krieges nicht mit Freude begrüßen. Tatsachen nehme ich naturgemäß zur Kenntnis, ich akzeptiere für uns die Konsequenzen, allein ich betrachtete diese Tatsache sehr vom menschlichen, vom ungarischen und auch von dem durch mich vertretenen pazifistischen Gesichtspunkt, da ich mir das größte und höchste politische Ziel gesteckt habe: für den Weltfrieden zu kämpfen. Von diesem Gesichtspunkte aus kann ich mich natürlich dessen nicht freuen, daß immer mehr Nationen in diesen großen Weltkrieg gegen uns hineingezerrt werden, denn das wird die große Mission und die Aufgabe nur erschweren, die unser harrt, nämlich die Grundlagen für den Weltfrieden zu schaffen. (Beifall äußerst links.)

Abgeordneter Stefan Rakovßky:

Zu meinem größten Bedauern kann ich die Auffassung des Herrn Abgeordneten Grafen Michael Károlyi nicht teilen. Auch ich bin ein Pazifist, allein ich billige in vollem Maße diesen Schritt, der im Interesse unserer Existenz nicht vermieden werden konnte. (Zustimmung rechts und links.) Graf Károlyi fürchtet sich vor einer Verschlimmerung des Verhältnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Amerika. Ich fürchte mich nicht davor. Ich fürchte nur eine Sache, die ich selbst verschulde, ich fürchte nur eine Gefahr, die ich selbst beseitigen konnte und die ich ohne Zwang heraufbeschwor. Nicht wir tragen die Schuld daran, daß diese Lage eingetreten ist. Die Vereinigten Staaten hätten den gleichen Maßstab gegenüber den Ententestaaten und gegenüber uns anwenden müssen. (Lebhafter Beifall rechts und links.) Wäre dies geschehen, so wäre diese traurige Phase, dieser erschütternde letzte Akt dieses Krieges, dieses Blutbades und dieser Unmenschlichkeiten nicht eingetreten. (Allgemeine Zustimmung.) Der entscheidende Augenblick ist da. Der Reichskanzler hat im Hauptausschuß erklärt, man habe jeder Eventualität Rechnung getragen, als man sich zu diesem Schritt entschloß. Ein Zurück ist nicht mehr möglich. (Zustimmung rechts und links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: So ist's!

Abgeordneter Stefan Rakovßky: Wir müssen nunmehr diesen Kampf zu Ende führen, denn dies ist die einzige Gewähr dafür, daß wir uns dem Frieden nähern. Demzufolge nehme ich die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis. (Lebhafter Beifall rechts und links.)

Vizepräsident Elemér Simontsits:

Ich teile mit, daß der Abgeordnete Graf Stefan Bethlen schriftlich einen Antrag unterbreitet hat, demzufolge die Beratungszeit des Abgeordnetenhauses von nachmittags 3 Uhr bis abends 9 Uhr dauern soll. Im Sinne der Geschäftsordnung wird über diesen Antrag am Schlusse der morgigen Sitzung ohne Debatte entschieden werden.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Verewigung des Andenkens der in diesem Kriege kämpfenden Helden.

Pester Lloyd 7.II.1917

55

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 6. Februar.

Das Haus setzte heute nachmittag die Debatte über den Gesetzentwurf betreffend die Verewigung des Andenkens unserer Soldaten fort. Wie gestern und heute vormittag ging die eigentliche Materie der Tagesordnung vollständig unter in einem Meer von Allgemeinheiten. Es war wenig von der Vorlage, überwiegend von Stoffen einer allgemein politischen Generaldebatte die Rede. Die Debatte wurde auch heute noch nicht geschlossen.

Das Abgeordnetenhaus wird morgen bereits von 3 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends tagen.

Die Nachmittagssitzung.

Um viertel 5 Uhr eröffnete der Präsident wieder die Sitzung.

Abgeordneter **Graf Theodor Batthyány**

beleuchtet jene Fragen, die im Gesetzentwurfe nicht berührt sind. Der Krieg wird bedeutende Umwälzungen im Gefolge haben. Die Massen werden von dem Bewußtsein des Wertes der Einzelindividuen durchdrungen sein und eine weise Regierung muß dieser Umwälzung rechtzeitig Rechnung tragen. Wenn diese Massen nach ihrer Rückkehr von den Schlachtfeldern die alten wirtschaftlichen Verhältnisse vorfinden, müssen sie unzufrieden werden. Wollen wir in diesen Massen das Gefühl der Befriedigung kräftigen, müssen wir jetzt schon Verfügungen für die Uebergangsperiode treffen. Hier ist die Invaliditätsfrage von besonderer Wichtigkeit; in dieser Hinsicht schließt Redner sich dem Beschlußantrage des Abgeordneten Alexander Gießwein an. Redner hält auch die den heutigen Lebensverhältnissen entsprechende Erhöhung der Pensionen der Kriegswitwen und -waisen für notwendig. Er spricht von der Notwendigkeit einer radikalen Besitzpolitik. Diese Besitzpolitik muß ungarischen Charakter tragen und den Massen des Volkes Gelegenheit bieten, durch Pachtung oder Kauf zu Boden zu gelangen. In dieser Hinsicht scheut Redner auch nicht vor entsprechenden gesetzlichen Zwangsmitteln gegen den Großgrundbesitz zurück; er ist kein Freund der Säkularisation, will aber dort, wo große Ländereien in einer Hand vereinigt sind, das Volk aber nicht zu Boden gelangen kann, eine radikale Besitzpolitik angewendet wissen. Wer heute mit den in Heereslieferungen leicht erworbenen Millionen Boden ankauft, muß mit allen Mitteln gezwungen werden, den Boden dem Volke zur Verfügung zu stellen. Unsere größeren Kreditinstitute werfen sich in neuerer Zeit in großem Maße auf die Bodenpolitik, doch dürften sie nicht die Kleinpachtungen verhindern, müßten im Gegenteil gesetzlich zur Einführung von Kleinpachtungen verhalten werden. Es ist die Schuld des Ministerpräsidenten, daß die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die großen Volksmassen noch nicht erfolgt ist. Der verewigte König Franz Josef hat schon lange vor dem Kriege erkannt, daß das ungarische Volk für das allgemeine, geheime Wahlrecht reif ist. Das ungarische Volk wird nach seiner Rückkehr aus den Schützengräben fragen, warum es dieses Recht noch nicht erhalten hat. Die Majorität hat vor den Wahlen das allgemeine, demokratische Wahlrecht versprochen; wenn sie es nicht geschaffen hat, trägt Graf Stefan Tißa die Schuld, der es mit der ganzen Wucht seiner Individualität verhindert hat. Redner beantragt, das Parlament möge wenigstens jetzt das radikale demokratische Wahlrecht verwirklichen. Den Entwurf nimmt Redner mit den Beschlußanträgen der Abgeordneten Abrahám und Gießwein an.

Abgeordneter **Stefan Haller**

fürchtet, wenn wir für unsere Helden nicht ernstlich sorgen, werde dies auch auf die Schlagfertigkeit der Armee zurückwirken, die unter der Bewunderung einer ganzen Welt nunmehr den dritten Winter in aufopferungsvoller Hingabe gegen Millionen der Feinde durchhält. Das Andenken dieser Helden ist in unsere Herzen eingeschrieben, man braucht keine Denkmäler, die höchstens einem Spekulanten Möglichkeiten zu Wucher eröffnen. Von der Gesetzgebung erwarten die Helden keine Marmortafel, sie erwarten von der Nation jene Realgarantien, für die jetzt unsere Welt im Kriege steht; sie erwarten die Garantien ihres materiellen Daseins und ihrer politischen Rechte. Neben der unerläßlichen Fürsorge für unsere Kriegsinvaliden müssen wir die Heimkehrenden möglichst rasch in den Betrieb des volkswirtschaftlichen Lebens einschalten, in die Industrie und Landwirtschaft, damit zur notwendigen Mehrproduktion wirklich eine genügende Anzahl von Arbeitskräften zur Verfügung stehe. Wenn in Deutschland 65 Prozent der Soldaten aus der Landwirtschaft zur Front gingen, so beträgt dieser Prozentsatz bei uns gewiß 80 Prozent, die schwersten numerischen Verluste müssen somit diejenigen treffen, die ihre Lebenstätigkeit im Frieden der Landwirtschaft gewidmet haben. Zurück zum Boden, sei unser Leitsatz, für den wir, wenn nötig, die größten materiellen Opfer bringen müssen. Unsere kleine Industrie wird unsere Zahlungsbilanz nie so rasch und wirksam verbessern, als unsere exportfähige Landwirtschaft. Der kleine Landwirt, der als Soldat die stramme Arbeit gewohnt war, wird seinen eigenen Grund und Boden, im eigenen Interesse und zum Wohle der Allgemeinheit gewiß gut bestellen. Diesem wertvollen Elemente muß der Staat hilfreich beistehen durch eine Ansiedlungspolitik, wie wir sie in Deutschland sehen. Wenn wir in der Kriegführung deutschem Beispiel folgen, sollen uns auch die deutschen Zivileinrichtungen als Vorbild dienen, die dem deutschen Manne kein Geschenk, aber die Möglichkeit geben, sich einen kleinen Grundbesitz zu verschaffen. (Zustimmung links.) Das System der Erbpachtungen wäre bei uns am leichtesten einzuführen, da man bei dieser Form des kleinsten Kapitals bedarf.

Für die industriellen Arbeiter sollen in den Städten kommunale Miethäuser und Gartenwohnungen gebaut werden; für die Invaliden sollen kleine Gartenwirtschaften von ½—2 Joch Ausdehnung errichtet werden, deren Erzeugnisse in den nahen Städten einen guten Absatzmarkt fänden. Jede Stadt sollte Musterwirtschaften einrichten, in denen ein Kriegsinvalider als praktischer Lehrer der übrigen tätig sein könnte. Dann sollten auch landwirtschaftliche Arbeiterkolonien errichtet werden. Die finanziellen Mittel zur Durchführung dieser Besitzpolitik müßte zum größten Teil der Staat beschaffen. Wenn die großen Grundbesitze, die heute in neue Hände übergehen, den Ansprüchen einer der Nation frommenden Besitzpolitik zuwiderlaufen, so möge man ohne Rücksicht auf diese Besitzer radikal eingreifen. Vor allem aber sollte die Regierung als brennendste Aufgabe die Mißbräuche abstellen, denen heute die Aermsten unseres Volkes ausgesetzt sind, wenn sie die Kriegsunterstützung verlangen. Der Minister des Innern, der ein Herz für das Volk hat, möge streng gegen Mißbräuche der Verwaltung vorgehen. Diese Unzufriedenheit im Hinterlande dürfe sich nicht bis an die Front ausbreiten. Für die Zeit aber, wo die Helden zurückkehren, sollen Gesetze geschaffen sein, die ihnen den Vollbesitz der politischen Rechte sichern. Das Wahlrecht der Helden wird jede Partei gern gewähren, als Lohn oder Auszeichnung für alle geleisteten Arbeiten. Die Nation soll sich selbst dadurch auszeichnen, daß sie ihren Helden die Existenz sichert. Den Gesetzentwurf nimmt Redner an. (Lebhafte Zustimmung.)

Graf **Michael Károlyi**:

Jedermann ist von dem höchsten Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den Helden, die für das Vaterland kämpfen, durchdrungen, die Mitglieder der Mehrheit und Minderheit in gleichem Maße. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Mitglieder der Opposition die in diesem Gesetzentwurf enthaltenen Verfügungen für allzu gering halten. Ist es nicht charakteristisch, daß kein Mitglied der Mehrheit es der Mühe wert hielt, zu diesem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen? Die Verfügungen dieses Gesetzentwurfes sind nicht nur nicht ernst zu nehmen, sondern sie müssen direkt Empörung bei allen denjenigen, denen das Schicksal unserer Helden am Herzen liegt, hervorrufen. Diese Helden haben das Recht, viel mehr zu fordern, als in diesem Gesetzentwurf enthalten ist. Keine Gedenktafel, sondern Brot den Witwen und Waisen und Rechte den zurückkehrenden Helden. Der Gesetzentwurf enthält nichts anderes als hohle Phrasen und ist nur geeignet, einer bereits bestehenden Aktiengesellschaft eine geschäftliche Konjunktur sicherzustellen. Die Regierung hat bereits vor dem Kriege wiederholt Beweise für den Mangel jeder sozialen Gefühle geliefert. Diese antisoziale Tendenz kam während des Krieges in gesteigertem Maße zum Ausdruck. Redner beschäftigt sich sodann ausführlich mit der Frage der Kriegsunterstützungen. Nirgend ist die Unterstützung so gering wie bei uns, und nirgend kommt es vor, daß die Familien der in Kriegsgefangenschaft geratenen oder gefallenen Soldaten keine Unterstützung mehr erhalten. (Lärm links; Rufe links: Das ist nicht gravaminös, sondern empörend!) Die Regierung hätte zunächst die schreienden Uebel auf dem Gebiete der Kriegsunterstützung beseitigen müssen und erst dann die Verewigung des Andenkens der gefallenen Krieger in Angriff nehmen sollen. Redner wendet sich sodann der Erörterung der Frage des Wahlrechts zu. Ohne Einführung des allgemeinen Wahlrechts wird Ungarn nach dem Krieg die riesigen Lasten, die der Krieg ihm aufgebürdet hat, nicht tragen können. Die riesige Zunahme der staatlichen Ausgaben läßt eine Rekonstruktion unseres wirtschaftlichen Lebens als unumgänglich notwendig erscheinen. Wie will diese Regierung, die seit ihrem Bestande nie eine wirklich soziale Politik betrieben hat, diese unerläßliche Rekonstruktion durchführen, wenn sie nicht einmal die Ausdehnung des Wahlrechtes gewähren will. Redner kann den Gesetzentwurf nur mit Vorbehalt votieren in der Hoffnung, daß in der Zukunft die Rechte der Krieger institutiv gesichert werden. (Beifall links.)

Die Debatte wird abgebrochen.

Der Antrag des Grafen Ste[illegible]ethlen, daß die Beratungszeit des Abg[illegible]neten-hauses von 3 Uhr nachmittags bis abends 9 Uhr dauere, wird angenommen.

Das Interpellationsbuch wird verlesen. Es sind folgende Interpellationen eingezeichnet:

Martin Lovászy über die außenpolitische Situation,

Stefan Haller über die Mißbräuche im Lebensmittelhandel,

Michael Lévay über die Kriegswaisen,

Ludwig Szilágyi über die den österreichischen Staatsbürgern bei den Enthebungen gewährten Begünstigungen,

Béla Kelemen über die Zustände im Militärsanitätsdienst und Verschwendungen im Hinterlande,

Ludwig Holló über die auswärtige Lage,

Wilhelm Sümegi über die Rückansiedlung der Szekler,

Wilhelm Vázsonyi über die Kriegsunterstützungen,

Graf Theodor Batthyány über den Eisenbahnanschluß von Szekszárd,

Aladár Gedeon über Mißbräuche in der Verwaltung,

Stefan Rakovszky über die Zensur.

Präsident beantragt, das Haus soll um 7 Uhr die Interpellationen anhören.

Abgeordneter **Graf Julius Andrássy**

bittet, schon um 6 Uhr auf die Interpellationen überzugehen.

Das Haus nimmt den Antrag des Grafen Julius Andrássy an.

Der Tagesordnungsantrag des Präsidenten wird angenommen.

Nach Authentizierung des Protokolls wird die Sitzung um 8 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen, Mi[illegible]woch, nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung: die heutige und Interpellationen.

Neue Freie Presse

7. III. 1917

56

Die Kreiseinteilung.

Von Professor Dr. Heinrich Rauchberg.

Prag, 5. Februar.

Keine von den vielen Einzelfragen der Verwaltungsreform ist so reif zur Lösung durch die Gesetzgebung wie die Frage der Kreiseinteilung. Die Kommission zur Förderung der Verwaltungsreform hat sie sorgsam beraten, wichtige literarische Aeußerungen — ich erinnere nur an die Aufsätze Professor Brockhausens in der „Neuen Freien Presse" und an Dr. Renners Studie über „Oesterreichs Neugestaltung" — sowie die Ausarbeitungen der politischen Parteien liegen vor, und auch die Professoren, deren Gutachten über die Länderautonomie die „Oesterreichische Zeitschrift für öffentliches Recht" veröffentlicht hat (man vergleiche meinen Aufsatz über „Länderautonomie" in Nummer 18822 der „Neuen Freien Presse vom 16. Januar 1917), haben sich ganz überwiegend für die Kreise ausgesprochen. Um was handelt es sich bei der Kreiseinteilung?

Die Kreiseinteilung bezweckt: 1. Die Verbesserung der Verwaltung und 2. die nationale Auseinandersetzung in den national gemischten Ländern. Unter den Vorteilen für die Verwaltung steht obenan die richtige Größengestaltung der höheren Verwaltungsbezirke. Zwischen dem Aufgabenkreise der Behörden und der Ausdehnung und Volkszahl ihres Gebietes besteht ein notwendiger Zusammenhang. Dieser Zusammenhang ist bei der gegenwärtigen Gebietseinteilung Oesterreichs unbeachtet geblieben. Trotz der gewaltigen Unterschiede in der räumlichen Größe und in der Einwohnerzahl der österreichischen Länder sind allen politischen Landesbehörden unterschiedslos die gleichen Geschäfte zugewiesen. Man vergleiche zum Beispiel Salzburg und Böhmen. Der Landespräsident in Salzburg verwaltet nur 715 Quadratkilometer mit knapp einer Viertelmillion Einwohner und er beaufsichtigt bloß sechs politische Bezirke; der Statthalter in Böhmen ist über 5195 Quadratkilometer mit sieben Millionen Einwohner und über 106 politische Bezirke gesetzt; sein Sprengel übertrifft an Fläche wie an Bevölkerung das ganze Königreich Bayern. Zerlegte man Böhmen in zehn oder zwölf Kreise, so kämen Verwaltungsgebiete heraus, die sich etwa mit Salzburg oder Schlesien vergleichen lassen. Solche brauchen wir. Das gleiche gilt von den Ländern als Selbstverwaltungskörpern. Die Kreiseinteilung ist also das richtige Mittel, um die Landesbehörden der großen Länder zu entlasten. Den Statthaltereien und Landesausschüssen kann und soll ein erheblicher Teil ihrer Geschäfte abgenommen werden, die an die neu zu errichtenden Kreisbehörden abzugeben wären. Diese werden auch manche Obliegenheiten der Bezirkshauptmannschaften übernehmen können, besonders solche, die Beamte mit technischer Fachbildung erfordern. Die Kreisbehörde muß arbeitsteilig ausgestattet, die Bezirkshauptmannschaft vereinfacht werden. Diese Verschiebung ist mit der Abkürzung des Instanzenzuges und einer Dezentralisation der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu verbinden. Die der Justiz nachgebildete Gliederung der Verwaltung in drei Instanzen, über denen noch die außerordentliche Rechtshilfe durch den Verwaltungsgerichtshof schwebt, ist ebenso überflüssig als kostspielig. Es wird in der Regel die Ueberprüfung durch eine einzige Oberinstanz genügen, über welcher allerdings der Verwaltungsgerichtshof als Hüter der Rechtseinheit stehen muß. Diese Instanz wäre für die Entscheidungen der Bezirksbehörde die Kreisbehörde, für die Entscheidungen der Kreisbehörde die Landesbehörde, für die Entscheidungen der Landesbehörde das sachlich zuständige Ministerium. Dadurch wird der größte Teil des Aktenmaterials, das gegenwärtig die Ministerien überschwemmt, abgedämmt werden. Die Ministerien aber werden ihrem eigentlichen Berufe wiedergegeben werden, die Verwaltungspolitik zu leiten und für die Fortbildung der Verwaltung zu sorgen.

Die Dezentralisation der Verwaltung in den Kreisen ermöglicht zugleich die nationale Auseinandersetzung. In den Ländern mit hinlänglich gesonderten Siedlungsgebieten der einzelnen Volksstämme können die Kreise unschwer dem Laufe der Sprachgrenze angepaßt werden, so daß sie im großen und ganzen einsprachig ausfallen. Damit ist die Frage der äußern Amtssprache von selbst gelöst und es kann dem Wunsche der Bevölkerung nach konnationalen Beamten ohne weiteres Rechnung getragen werden, soweit dem nicht andere und höhere Rücksichten entgegenstehen. Es erübrigen dann zwar noch immer die Fragen der nationalen Minderheiten und eines nationalen Schlüssels für die Besetzung der Landeszentralstellen; aber diese Fragen werden durch die Aussonderung der Kreise doch merklich eingeschränkt werden und danach unschwer zu lösen sein.

Das alles gilt für die Selbstverwaltung nicht minder als für die Staatsverwaltung. Ja für die Selbstverwaltung sogar noch mehr, weil hier die nationale Empfindlichkeit besonders rege und die Gefahr nicht ausgeschlossen ist, daß die Verwaltungsbefugnisse zu nationalen oder politischen Parteizwecken mißbraucht werden. Dazu kommt noch, daß die Selbstverwaltungskörper grundsätzlich als Wirtschaftsgemeinschaften gedacht sind, als welche sie die Kosten der Verwaltung auf den gleichen Personenkreis beschränken und aufteilen sollen, dem ihre Leistungen zustatten kommen. In einer Zeit regen nationalen Bewußtseins ist es begreiflich, daß jeder Volksstamm die Steuergelder, die er für die Selbstverwaltung aufbringt, für sich selbst verwenden und dies dadurch sichern will, daß er die Verwaltung nur Volksgenossen anvertraut. Das entspricht auch dem Grundgedanken der Selbstverwaltung. Das Wort „Selbstverwaltung" drückt den Gegensatz aus zu „verwaltet werden", nicht nur zum verwaltet werden durch die staatliche Bureaukratie, sondern auch durch volksfremde Ehrenbeamte und deren Untergebene. Denn solches ist nicht Selbstverwaltung, sondern Fremdverwaltung, die mit Recht als Fremdherrschaft empfunden wird. Daher der allgemeine Wunsch, die Selbstverwaltungskörper zu nationalen Wirtschaftsgemeinschaften auszugestalten, in denen jeder Volksstamm für seine eigenen Kultur- und Wohlfahrtsbedürfnisse aufkommt, soweit sie nicht ohnedies vom Staate wahrgenommen werden. Dazu verhilft die Kreiseinteilung wenigstens hinsichtlich der örtlichen Bedürfnisse. Im übrigen muß sie durch nationale Landtagskurien, nationale Sektionierung der Landesausschüsse und die Aufteilung der Landesbeamtenstellen auf die beteiligten Volksstämme ergänzt werden.

Die Dezentralisation der Selbstverwaltung der größeren Länder ist aber nicht nur aus nationalen, sondern auch aus sachlichen Gründen geboten. Der Selbstverwaltung sind mancherlei Aufgaben gestellt, für welche die Länder zu groß, die Gemeinden zu klein, die Bezirke, wo solche bestehen, zu wenig leistungsfähig sind. Ich erinnere nur an die modernen sozialpolitischen Aufgaben wie Mutter- und Kinderschutz, Jugendfürsorge, Siedlungs- und Wohnungsreform, Tuberkulosebekämpfung, Kriegerheimstätten und andere mehr. Da sich ihrer die Landesverwaltungen bisher nicht oder doch nur ungenügend angenommen haben, sind für dieselben besondere Organisationen entstanden, die zwar vielfach aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, aber doch zumeist ohne engere Verbindung mit der ihnen wesensgleichen öffentlichen Verwaltung dastehen. Der Kreis wäre der richtige Rahmen für alle derartigen Wohlfahrts- und Fürsorgebestrebungen. Er soll sie zwar nicht auffangen, aber doch einheitlich zusammenfassen und durch die anderen Zweige der Wohlfahrtspflege ergänzen, die von der gesellschaftlichen Bewegung noch nicht erfaßt worden sind. Allerdings wird seine Eignung dazu mit davon abhängen, ob die breiten Schichten, um deren Wohl und Wehe es sich dabei handelt, in der Kreisvertretung und -verwaltung zur Geltung gelangen. Sie dürfen nicht nur Objekt, sondern sollen auch Träger einer Verwaltung sein, die zunächst sie selbst betrifft. Selbstverwaltung!

Werden solchermaßen Staatsverwaltung und Selbstverwaltung nach Kreisen gegliedert, so halte ich es für selbstverständlich, daß die staatlichen und die autonomen Kreise nicht etwa zusammenhanglos nebeneinander gestellt, sondern durch staatlichen Vorsitz und gemeinsame Beamtenschaft in organische Verbindung miteinander gebracht werden. Die Initiative, die Lebenserfahrung und das Ansehen der gewählten Ehrenbeamten muß auch der Staatsverwaltung, die fachliche Schulung, die geschäftliche Erfahrung und die pflichtgemäße Unparteilichkeit der Staatsbeamten muß der Selbstverwaltung nutzbar gemacht werden. Nur vereint entfalten beide Systeme ihre Vorzüge; getrennt arten sie leicht aus: das ehrenamtliche in Dilettantismus und Parteiwillkür, das berufsamtliche in bureaukratische Weltfremdheit und Pedanterie. Im Kreise muß an die Stelle der viel beklagten „Doppelverwaltung" eine einheitliche Verwaltung mit doppelten Kräften, mit staatlichen und mit gesellschaftlichen Kräften treten. Bewährt sich ihr Zusammenwirken im Kreise, so wird es eine spätere Verwaltungsreform nach oben und nach unten hin erweitern und ausdehnen: auf die Landesverwaltungen und auf die Bezirksverwaltungen. Die engere Verbindung zwischen Staats- und Selbstverwaltung und der ehrenamtliche Einschlag in die erstere werden es weiterhin ermöglichen, die nachgeordneten Selbstverwaltungskörper gemeinsam und wirksam zu beaufsichtigen, die sinnlose Unterscheidung zwischen dem selbständigen und dem übertragenen Wirkungskreise der Gemeinden aufzulassen und den bisher zwiespältigen Instanzenzug zusammenzulegen, anderseits aber die Verwaltungsgerichtsbarkeit zu zentralisieren und sie der Bevölkerung näher zu bringen.

Ich muß mich darauf beschränken, diese Gesichtspunkte einer zukünftigen Verwaltungsreform kurz anzudeuten, ohne sie hier weiter verfolgen zu können. Die Kreiseinteilung ist der erste Schritt zur Verwaltungsreform, aber sie darf nicht der einzige bleiben. Das große Werk kann nicht mit einem einzigen Wurfe gelingen; es wird mehrjähriger sorgsam nachbessernder Arbeit bedürfen. Aber schon beim ersten Schritte muß das Ziel ausgesteckt, muß ein wohlbedachter Plan vorhanden sein, der jedes Einzelne zum Ganzen fügt. Beginnt die Regierung mit den Kreisen, so wird sie keinen Fehlgriff tun.

ndschau
Politik
ller Stände

rh), durch
ng unter
ugebiete,
Pfennig.
Pfennig.

Anzeigenpreise: Grundpreis der sechsgespaltenen Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 80 Pf., im Abendblatt sowie in der Montagausgabe 1 M. Reklamen: Grundpreis der dreigespaltenen Zeile 2.50 M. Zu diesen Preisen treten 10 v. H. Teuerungszuschlag. Stellengesuche die Zeile 40 Pf.

37. Jahrgang

59

1917

e versenkt.

Hilferuf der Deutschen in Polen und Galizien.

Durch die Kundmachungen vom 5. November fühlen sich unsere deutschen Siedlungen auf polnischem Boden hart bedroht. Ihre schon auch bisher schwierige Stellung wird durch die Zugeständnisse an die Polen überaus gefährdet. Schon vor einiger Zeit drang es in die Oeffentlichkeit, daß die Vertreter der Karpathendeutschen sich in Wien versammelt haben und über die gefährliche Lage des Deutschtums in Galizien Beratungen abhielten. Wie wir erfahren, ist aus diesem Anlaß auch an die deutschen Parteien des Wiener Reichsrats eine Denkschrift überreicht worden, die unter anderm folgendes ausführt:

„Die hohe Bedeutung des Deutschtums im Osten der Monarchie ist allgemein bekannt. Diese Deutschen sind für die Länder und für den Staat, aber auch als Vorposten des deutschen Volkes von höchster Wichtigkeit. Immer wieder müssen wir betonen, daß ein Zusammenbruch oder Zurückziehen der Karpathendeutschen eine Gefahr für das Deutschtum im Hinterland bedeutet; auf dieses würden sich alle feindlichen Kräfte stürzen, die jetzt durch den Kampf im Grenzgebiet gebunden werden. Dieser Rückzug wäre aber auch in einer Zeit, da wir wieder unsere Interessen dem Osten zuwenden, ganz besonders zu beklagen.

Es ist allgemein bekannt, daß schon die nach 1866 Galizien gewährten Sonderrechte das blühende Deutschtum in diesem Lande schwer gefährdet haben. Schritt auf Schritt ist dieses seither zurückgedrängt worden. Dies hat auch auf die Bukowina und auf Nordungarn schädlich eingewirkt.

Die Vertreter der Karpathendeutschen haben daher stets betont, daß bei einem durch besondere Umstände gebotenen weiteren Ausbau der Sonderstellung Galiziens dafür zu sorgen ist, daß die Interessen des Staates und der Deutschen dabei nicht zu kurz kommen. Dies ist auch in letzter Zeit von allen Vertretern der österreichischen Deutschen gebilligt worden, wie die aufgestellten Programme beweisen.

Bei unseren jetzt abgehaltenen Beratungen wurde mit Genugtuung festgestellt, daß das kaiserliche Handschreiben vom 5. November die Verhältnisse in Galizien so geordnet haben will, daß „der Bevölkerung die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung" geboten werde; danach haben auch die Deutschen vollen Anspruch auf ihr Recht. Anderseits erhob sich entschiedener Widerspruch gegen die das Handschreiben begleitenden Kommentare, in denen nur auf Polen und Ruthenen Rücksicht genommen wird.

Diesem planmäßigen Niederschweigen des deutschen Volkes in Galizien muß in aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, da gemeindeutsche Interessen dadurch Schaden leiden.

Wir bitten daher den sehr geehrten Nationalverband, in kräftiger Weise dafür einzutreten, daß das Deutschtum gebührend berücksichtigt werde und seine Daseinsbedingungen nicht untergraben werden."

Das in Lemberg erscheinende „Deutsche Volksblatt für Galizien" hat diesen Vorgängen vor kurzem einen ausführlichen Artikel gewidmet, der, angesichts der gesteigerten Notlage der Deutschen, die Volksgenossen „zum mutigen Kampfe für die Sicherung unserer heiligsten Güter und zur unerschütterlichen Treue gegen unser Volkstum" aufruft. Der Artikel ist von der Zensur unbeanstandet.

Fast gleichzeitig hat die „Deutsche Post" in Lodz einen Artikel „Der Lodzer Deutschen Schicksalsstunde" veröffentlicht. Auch dieser von der Zensur genehmigte Aufsatz ist ein durch die letzten Vorgänge veranlaßter Ruf nach Hilfe und Rettung. Der Verfasser geht davon aus, daß die Deutschen in Polen auch in einem selbständigen Polen sich den Verhältnissen anpassen wollten, „wenn ihnen nur die Erhaltung ihrer deutschen Sprache, Kultur und wirtschaftlichen Interessen verbürgt werden würden". Er verweist auch darauf, daß polnische Publizisten (Feldmann und Brückner) noch vor kurzem zwar den Deutschen in Polen die beruhigende Zusicherung machten; Brückner hat bei dieser Gelegenheit auch Kaindl, den Historiker und Führer der Karpathendeutschen, hart angegriffen, weil dieser in seiner „Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern" und in „Polen" auf die bisherige ungerechte Behandlung der Deutschen durch die Polen hingewiesen hat. Daran knüpft „Die Post" Betrachtungen, die auf die wahre Stimmung der Polen und die drohende Gefahr unserer Volksgenossen grelle Schlaglicher werfen. Sie spricht von „Mutlosigkeit und Resignation, die in allen Teilen Polens, wo Deutsche wohnen, seit einigen Tagen die Oberhand gewannen". Sie erinnert an böse Vorgänge des Krieges: „Unser Dasein zwischen zwei Fronten brachte uns

Pester Lloyd 8/II. 1917 60

Horodenka den Heldentod starb, an seinem Grabe im Kerepeser israelitischen Friedhofe erscheinen und sein Grab bekränzen.

In ihrer heutigen Direktionssitzung nahm die Landes-Kinderschutzliga die Stiftung an, sprach Josef Surányi für seinen patriotischen und edlen Entschluß protokollarisch seinen Dank aus und beschloß, den sich hierauf beziehenden Auszug aus dem Protokoll durch eine Abordnung unter Führung des Präsidenten Grafen Ladislaus Széchényi dem Stifter zu überreichen.

Kriegstagung des Reichstages.

Interpellationstag.

Budapest, 7. Februar.

Der heutige Tag, an dem das Haus das System der Nachmittagssitzungen ins Leben treten ließ, brachte ein Ereignis, eine Sensation, die nicht auf der Tagesordnung der Sitzung stand: es wurden auf der Galerie des Hauses Revolverschüsse abgefeuert. Wir berichten über den Zwischenfall an anderer Stelle.

Noch ein Stück der Sitzung, das außerhalb des Rahmens der Tagesordnung lag, bot Interessantes. Graf Julius Andrássy und Graf Theodor Batthyány kennzeichneten den Standpunkt, den die Opposition betreffend die Besetzung der vakanten Stelle im Inkompatibilitätsausschuß einnimmt. Es wurde in diesen Reden festgestellt, daß die Wünsche der Opposition hinausgehen über das, was ihr heute geboten ist. Ministerpräsident Graf Stefan Tißa erschien nicht ungeneigt, einer Erörterung der Wünsche der Opposition näherzutreten.

Die Interpellationen blieben zum überwiegenden Teile aus, es entfielen namentlich auch die Interpellationen, die betreffend die auslandspolitische Lage angemeldet waren. So blieb denn als Gegenstand der wichtigeren Interpellationen die Frage der Versorgung der Witwen und Waisen unserer Kämpfer und Zensurfragen. Beide Interpellationen wurden von den Ressortministern, die erste von dem Minister des Innern Johann v. Sándor, die andere von dem Justizminister Eugen v. Balogh in entgegenkommender, zielbewußter Weise beantwortet.

Die Sensation der Interpellationen bildete eine Anfrage des Abgeordneten Béla Kelemen, der in reichlich bunter Weise allerlei militärische Fragen zusammentrug, vom Kriegspressequartier, von den Kriegszulagen, von der Kriegschirurgie und von der Verwendung der Automobile, von amtlichen Kriegsberichten und von militärischer Sparsamkeit, von den großen Blutopfern unseres Volkes und von den Unternehmergewinnen usw., also von einer sehr beträchtlichen Zahl der Erscheinungen und Tatsachen sprach, immer scharf akzentuierend und sehr uneingeschränkt Kritik übend.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa antwortete wie ein Mann, der sich von einem Walde wild wuchernder Fragen umgeben sieht. Er suchte einen Weg, der aus diesem Fragendickicht zur Lichtung führt, und er fand ihn, indem er das Allgemeinprinzipielle feststellte. So konnte er sagen, daß die Forderung des Interpellanten, die auf erhöhte Sparsamkeit in der Aufwendung von Gut und Blut durch die Armee gerichtet war, den Wünschen der Regierung entspricht und sich deckt mit den festen Richtlinien, die sich unsere Heeresleitung selbst vorgezeichnet hat.

Das Haus nahm diese Antwort des Ministerpräsidenten mit lauter Zustimmung zur Kenntnis.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Szász eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um viertel 4 Uhr nachmittags.

Schriftführer: Géza Hoványi, Paul Szász, Emerich Szepesházy.

Auf den Ministersauteuils: Graf Tißa, Sándor, Baron Ghillány, Jankovich, Hideghéthy.

Präsident teilt mit, daß Abgeordneter Georg Rudnyánßky sein Mandat niedergelegt hat. Das Präsidium wird ermächtigt, die erforderlichen Verfügungen zur Ausschreibung der Neuwahl im Bezirk Verbó zu treffen.

Präsident teilt mit, daß Graf Julius Andrássy und Graf Theodor Batthyány die Erlaubnis erbeten und auch erhalten haben, vor der Tagesordnung das Wort zu ergreifen.

Graf Julius Andrássy:

Das Präsidium der Partei der nationalen Arbeit hat in einer Zuschrift die oppositionellen Parteien aufgefordert, für die im ständigen Inkompatibilitätsausschuß erledigte Stelle einen Abgeordneten zu kandidieren. In der Konferenz der Partei der nationalen Arbeit soll erklärt worden sein, die Mehrheit werde selbst für den Fall, daß die Opposition der Aufforderung nicht Folge leisten will, ein Mitglied der Opposition wählen. Es ist zweifellos wichtig, daß die Opposition in diesem Ausschuß vertreten sein soll. Es sind mehrere Inkompatibilitätsanmeldungen erfolgt, die notwendigerweise vollständig geklärt werden müssen. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung könnte die Ansicht vertreten, daß die Vorbereitungen zur Entscheidung über diese Angelegenheiten nicht mit der erforderlichen Unparteilichkeit getroffen werden, wenn die oppositionellen Parteien im Inkompatibilitätsausschuß nicht vertreten sind. Es liegt im Interesse der Abgeordneten, deren Angelegenheit vor dem Inkompatibilitätsausschuß liegt, und auch im Interesse des Parlaments, daß die Opposition an den Beratungen dieses Ausschusses teilnehmen soll. Ein Mitglied genügt aber nicht. (Zustimmung links.) Die Opposition besteht aus mehreren Parteien und man könnte sich schwer auf einen Kandidaten einigen. Aber auch andere Gesichtspunkte müssen erwogen werden. Die Opposition muß in den meisten Fällen die Rolle des Anklägers übernehmen, und es ist daher wünschenswert, daß das Verhältnis der Parteien auch in diesem Ausschuß beibehalten werde. Die Schwierigkeit besteht darin, daß man im Sinne der Geschäftsordnung die Stelle im Inkompatibilitätsausschuß nicht niederlegen kann. Es könnte vielleicht das Abgeordnetenhaus einige Mitglieder des Ausschusses dieser Verpflichtung entheben. Hiefür gibt es auch einen Präzedenzfall, indem Graf Stefan Tißa, als er zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt wurde, seine Stelle als Präsident des Inkompatibilitätsausschusses niederlegte. Sollte die Mehrheit diesen Weg nicht betreten wollen, so steht auch ein anderer Weg offen: die Schließung der Session. Diese Session wurde im April des Jahres 1914 eröffnet, dauert also fast drei Jahre. Das 48er Gesetz und G.-A. XII: 1867 besagen, daß jährlich eine neue Session eröffnet werde. Wir müssen dieses im Gesetz gewährleistete Recht zur Anwendung bringen. Die Schließung dieser Session und die Eröffnung der neuen kann leicht bewerkstelligt werden und würde nur einen oder zwei Tage in Anspruch nehmen. Infolgedessen bittet Redner die Mehrheit, der Opposition zu ermöglichen, an den wichtigen und ernsten Beratungen des ständigen Inkompatibilitätsausschusses entsprechend teilzunehmen. (Lebhafter Beifall links.)

Abgeordneter Graf Theodor Batthyány

identifiziert sich vollständig mit den Ausführungen des Grafen Julius Andrássy. Die Opposition will der Verpflichtung entsprechen, an den Arbeiten des ständigen Inkompatibilitätsausschusses teilzunehmen. Es ist eine physische Unmöglichkeit, daß ein Mitglied der Opposition jetzt, wo täglich das Abgeordnetenhaus sechs Stunden lang Sitzungen hält, seiner Pflicht als Mitglied des Inkompatibilitätsausschusses vollkommen entsprechen könne. Wohl ist er der Ansicht, daß das Abgeordnetenhaus die Mitglieder des Ausschusses ihrer Pflicht entheben kann; jedenfalls schreiben über die Verfügungen des 48er Gesetzes und des G.-A. XII: 1867 klar vor, daß das Bureau des Abgeordnetenhauses alljährlich erneuert werden soll. Nimmt aber die Opposition an den Beratungen des Inkompatibilitätsausschusses teil, so wird es notwendig sein, daß diese Angelegenheiten vorschriftsgemäß und im Sinne der Geschäftsordnung kontinuierlich der Erledigung zugeführt werden. Er verweist auf den Fall des Grafen Josef Teleki, gegen den angeblich im Jahre 1915 eine Inkompatibilitätsanmeldung erstattet wurde, welche Anmeldung aber dem Hause nicht zur Kenntnis gebracht wurde. Die Opposition will mit größtem Ernst und mit Objektivität an den Beratungen des Inkompatibilitätsausschusses teilnehmen. Dafür muß sie die Gewähr haben, daß § 161 der Geschäftsordnung streng eingehalten werde. Hier hat auch das Präsidium seine Kontrollpflicht auszuüben, namentlich aber der Präsident des Inkompatibilitätsausschusses, von dem es abhängt, daß die Kontinuität bis zur Beendigung der Angelegenheiten gewahrt werde. Seit Jahren liegen Inkompatibilitätsfälle vor dem Ausschuß, ohne erledigt zu werden. Ferner muß die Opposition die Beruhigung erhalten, daß das Haus nicht durch königliches Reskript vertagt werde, wodurch notwendigerweise auch die Arbeiten des Inkompatibilitätsausschusses ruhen müssen. Auch muß jedem Mitglied des Hauses die Möglichkeit gegeben werden, an den Beratungen des Hauses teilzunehmen. Die Heeresleitung ist wohl berechtigt, diejenigen Abgeordneten, die Militärdienst leisten, einzuberufen. Allein sie müssen rechtzeitig beurlaubt werden, damit sie ihrer Pflicht im Abgeordnetenhause entsprechen können. Erst vor kurzem haben wir es gesehen, daß die Kommanden sich nicht beeilt haben, die unter ihrem Kommando stehenden Abgeordneten rechtzeitig zu verständigen, so daß diese erst Tage, ja Wochen später die Verständigung erhielten. Redner bringt den Mitgliedern des Hauses, die ihrer Militärpflicht Genüge leisten, die größte Achtung entgegen. Zu Beginn des Krieges war es wünschenswert, daß sie beispielgebend wirken und an die Front eilen. Allein sie sind in erster Reihe Abgeordnete, und es ist wünschenswert, daß sie durch ihre militärische Einberufung an der Ausübung ihrer Pflicht als Mitglieder des Hauses und namentlich als Mitglieder des Inkompatibilitätsausschusses nicht behindert werden. (Zustimmung links.) Schließlich muß Redner auf den Umstand hinweisen, daß eine ganze Reihe der Inkompatibilitätsfälle mit Heereslieferungen im Zusammenhang steht. Infolgdedessen ist es notwendig, daß die zuständigen militärischen Kreise die strenge Weisung erhalten, daß sowohl ihr Personal, wie ihr Archiv dem Inkompatibilitätsausschuß zur Verfügung stehen sollen, damit weder die Berufung auf den Amtseid, noch das Amtsgeheimnis die Arbeit des Ausschusses erschwere. Sind diese Vorbedingungen geschaffen, dann ist es Pflicht der Opposition, an den Arbeiten des Ausschusses teilzunehmen.

(In diesem Augenblick fallen drei Schüsse auf der Galerie. Bewegung und Unruhe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! Ich bitte, ruhig zu bleiben. (Zustimmung.)

Graf Theodor Batthyány: Ein lächerlicher Zwischenfall! Setzen wir die Beratungen fort! (Hört! Hört!) Es ist notwendig, daß der Kriegsminister ... (Bewegung und Lärm rechts und links. Lärm auf der Galerie. Rufe: Nehmen Sie ihn fest!)

Abgeordneter Béla Kun: Im Namen der Volksrechte setzen wir die Beratung fort! (Bewegung links. Rufe: Fortsetzen! Hört! Hört!)

Graf Theodor Batthyány (fortfahrend): ... die Sektionschefs ... (Bewgung und Lärm. Rufe: Hört! Hört!)

Präsident: Ich bitte das Publikum der Galerien, sich ruhig zu verhalten, sonst wäre ich gezwungen, die Räumung der Galerien anzuordnen.

Graf Theodor Batthyány (fortfahrend): Ich lasse mich durch diesen gemütlichen Zwischenfall keineswegs stören! (Beifall.) Setzen wir die Beratungen fort! (Zustimmung.) Der Kriegsminister soll ... (Lärm.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Graf Theodor Batthyány (fortfahrend): ... es ermöglichen, daß wir alle Aufklärungen erhalten. (Lärm.)

Präsident: Ich bitte, den Redner ruhig anzuhören! (Beifall.)

Graf Theodor Batthyány erklärt schließlich, es dürfe sich niemand vor dem Inkompatibilitätsausschuß auf das Amtsgeheimnis berufen; denn nur auf diese Weise können die Angelegenheiten vollständig geklärt werden. (Zustimmung links und äußerstlinks.)

Vizepräsident Karl Szász:

Das Präsidium hält sich in allen Angelegenheiten, auch in den Inkompatibilitätsangelegenheiten, streng an die Verfügungen der Geschäftsordnung und hat stets auch in dieser Beziehung ihre Pficht gewissenhaft erfüllt. Das Präsidium hat indessen weder die Pflicht noch das Recht, sich in die internen Angelegenheiten des Inkompatibilitätsausschusses einzumengen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch dieser Ausschuß seine Pflicht erfüllt hat. Was den Fall des Grafen Josef Teleki betrifft,, so wurde festgestellt, daß eine Inkompatibilitätsanmeldung gegen den Grafen Josef Teleki im Jahre 1915 nicht erfolgt ist.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa

stellt zunächst fest, daß die Partei der nationalen Arbeit sich bisher in keiner Form mit der Frage beschäftigt hat, was zu geschehen habe, wenn die Opposition keinen Kandidaten für die erledigte Stelle im Inkompatibilitätsausschuß nominierte. Der Ministerpräsident selbst hat hier im Hause seiner persönlichen Auffassung hierüber Ausdruck verliehen. Was das Wesen der Sache betrifft, so ist der Wunsch der Opposition, durch mehrere Mitglieder im ständigen Inkompatibilitätsausschuß vertreten zu sein, gerechtfertigt. Ueber die Lösung könne sich aber Redner nicht äußern, ehe er nicht mit dem Präsidium des Hauses und der Mehrheit in Berührung getreten sei. (Zustimmung.) Was die Beschleunigung des Verfahrens betrifft, so könne der Ministerpräsident diesbezüglich dem Inkompatibilitätsausschuß keine Weisungen erteilen. Der Ministerpräsident verweist auf die Aeußerung, die er vor einigen Tagen im Namen des Präsidenten des Inkompatibilitätsausschusses im Hause getan hat, indem er der Ueberzeugung Ausdruck verlieh, daß es auch der Wunsch des Präsidenten dieses Ausschusses sei, diese Angelegenheiten möglichst rasch zu erledigen. Was die Frage des Amtsgeheimnisses betrifft, so ist es selbstverständlich, daß die Regierung alles tun müsse, damit dem Beweisverfahren in diesen Angelegenheiten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. (Beifall.) Bezüglich der Vertagung des Reichstages kann der Ministerpräsident naturgemäß keine Aeußerung tun, die das Recht des Königs, den Reichstag wann immer durch ein königliches Handschreiben zu vertagen, berühren oder binden könnte. (Zustimmung.) Indessen verweist er auf das im Herbst des vergangenen Jahres befolgte Verfahren. Damals vertagte sich das Haus auf eigenen Beschluß. Jetzt spricht der Umstand, daß eine Vertagung durch allerhöchstes Reskript die Erledigung der Inkompatibilitätsangelegenheiten verzögern würde, ebenfalls dafür, daß, soweit es angeht, dieses Verfahren auch in Zukunft befolgt werde. (Lebhafter Beifall.)

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Verewigung des Andenkens der kämpfenden Helden.

Abgeordneter Stefan Rakovßky

hat während seiner langen parlamentarischen Laufbahn noch keinen Gesetzentwurf gekannt, dessen Intentionen so allgemein gebilligt worden wären. Wenn sich trotzdem eine längere Debatte daran geknüpft hat, so geschah dies wegen der vorzeitigen Unterbreitung des Gesetzentwurfes. Die größten Bedenken erweckt der § 2, der dazu Anlaß gibt, daß sich jetzt schon die Spekulation dieser künftigen Heldenmonumente geschäftlich bemächtigen will. Nach dem Kriege wäre dieser Gesetzentwurf eine würdige Einleitung jener Reihe von politischen und sozialen Aktionen gewesen, mit denen wir den Heldenmut unserer Soldaten belohnen wollen. Denn unser Dank muß sich in Taten bekunden. Die erste Tat muß die Erweiterung der politischen Rechte bilden. Wir fordern auch eine soziale Tätigkeit auf allen Gebieten der Invalidenpflege. Die staatliche Unterstützung der Invaliden muß ihnen die Existenz in vollem Maße gewährleisten.

Abgeordneter Johann Novák

meint, die Denkmäler müßten gleichmäßig geschaffen und von der Regierung errichtet werden. In dieser Richtung unterbreitet Redner einen Beschlußantrag. Mit dem Gesetzentwurf allein haben wir unsere Pflicht noch lange nicht erfüllt. Wir müssen für ihre zurückgebliebenen Familienangehörigen in ausreichendem Maße Sorge tragen. Zum Schlusse tritt Redner für eine demokratische Besitzpolitik und für die Gewährung des Wahlrechtes für die Teilnehmer des Weltkrieges ein. Den Entwurf nimmt Redner im allgemeinen an.

Abgeordneter Béla Kun

schließt sich dem Vorredner vollinhaltlich an. Im ersten Kriegsjahre schon erschien ein schlichter Bauer seines Wahlbezirkes beim Redner und übermittelte ihm eine Summe zur Schaffung von Gedenktafeln für gefallene Helden. Und dieser Bauer gab damals der Erwartung Ausdruck, daß die ungarische Gesellschaft nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten ihre Pflicht erfüllen werde. Die ungarische Gesellschaft hat auch ihre Pflicht erfüllt, der ungarische Staat jedoch nicht. Redner beleuchtet Mißbräuche, die bei der Verteilung der staatlichen Unterstützungen und der Invalidenpensionen vorkommen. Hier muß dringend mit zielbewußten Handlungen Abhilfe geschaffen werden. Die Witwenpensionen sind lächerlich niedrig: nach einem Infanteristen erhält die Witwe 6, nach einem Korporal 10, nach einem Führer 12 Kronen monatlich, dazu kommen 50 Prozent Zuschläge; die Kinder erhalten einen Erziehungsbeitrag von 4 Kronen pro Kopf und Monat. Dazu kommen noch außerordentliche Unterstützungen in der Höhe von 10 Kronen monatlich für die Witwe, 1 Krone monatlich für jedes unmündige Kind. Daß das bei den heutigen Lebensverhältnissen keineswegs zum Lebensunterhalt, geschweige denn zur Erziehung der Kinder genügt, leuchtet ein. Eine Kriegswaise erhält für einen Monat insgesamt so viel an Unterstützung, als ein Abgeordneter oder Beamter in einem Budapester mittleren Restaurant für ein Mittag- und Abendbrot bezahlt. Der deutsche Staat sichert den Kriegswitwen und -waisen fast das Vierfache der ungarischen Pensionen. Redner wirft der Regierung und der Majorität Gleichgültigkeit vor. Auch die Invalidenpensionen und Verwundungszulagen sind bei uns sehr niedrig; sie wechseln zwischen 168 und 352 Kronen, bei voller Erwerbsunfähigkeit zwischen 300 und 700 Kronen pro Jahr. Die Zuurteilung dieser Pensionen läßt zumeist Monate auf sich warten. Redner vermißt eine Besitzpolitik, die den Invaliden Grundbesitz zusichern würde. Er fordert meritorische Verfügungen an Stelle der bisherigen Gleichgültigkeit. Den Gesetzentwurf nimmt Redner als Basis der Detailberatung an.

Präsident stellt hierauf den Tagesordnungsantrag, der vom Hause angenommen wird.

Folgen die Interpellationen.

Die Abgeordneten Martin Lovászy und Stefan Haller sind nicht anwesend. Ihre Interpellationen werden gestrichen.

Abgeordneter Michael Lévay

tritt mit warmen Worten für die Kriegswaisen ein und unterbreitet folgende Interpellation:

„In welcher Weise beabsichtigt der Minister des Innern für die mittellosen Kriegswaisen zu sorgen?"

Minister des Innern Johann Sándor

erklärt in Beantwortung der Interpellation, daß jedermann davon überzeugt ist, daß die Fürsorge für die Kriegswaisen eine Ehrenpflicht ist. (Lebhafte Zustimmung rechts. Lärm links. Rufe links: Wo sind die Maßnahmen der Regierung?) Auch bisher ist in dieser Angelegenheit alles geschehen, was nach dem Gesetz zulässig war. Gegenwärtig bildet diese Angelegenheit den Gegenstand der Fürsorge von seiten der Waisenstühle. Der bisherigen Tätigkeit der Waisenbehörden kann nur mit voller Anerkennung gedacht werden, denn sie haben die Angelegenheit der Kriegswaisen nicht in bureaukratischer Form, nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes, sondern mit

Pester Lloyd 8./III. 1917

7/61

Kriegstagung des Reichstages.

Der Bericht über die Anwendung der Ausnahmegewalt.

Budapest, 9. Februar.

Der Bericht des Ministerpräsidenten über die Anwendung der der Regierung für den Kriegsfall erteilten Ausnahmegewalten kam heute im Abgeordnetenhause zur Verhandlung.

Abgeordneter Josef Illés gab einen Bericht, der die großen Gesichtspunkte unserer Verwaltung in umfassender Weise beleuchtete und auch die neuesten Ereignisse der Auslandspolitik in Rechnung zog. Ein wertvolles Stück des Berichtes war in klärender Weise den Fragen der Volksernährung gewidmet, ein anderes Stück dem Bestreben, das Billigkeitsprinzip in den Tatsachen unseres Rechtslebens nachzuweisen. Das Haus dankte dem Berichterstatter für die gute Leistung mit lautem Beifall.

In der Debatte sprach Abgeordneter Béla Földes eingehend über wirtschaftliche Probleme, Graf Moritz Esterházy sehr sachlich mehr über Fragen der Tagespolitik, und schließlich Abgeordneter Ludwig Návay. Die Ausführungen dieses Redners enthielten leuchtende Belege für die bedeutenden Leistungen der ungarischen Verwaltung. Was Abgeordneter Návay dann über die Lebensmittelfragen sagte, war durchdrungen von großer Sachkenntnis und psychologischer Erfahrung, nützlich, wertvoll und fruchtbar. Nicht ganz entsprechend schien es uns, als Abgeordneter Návay, die sozialen Probleme Ungarns erörternd, die Begriffe und Tendenzen von Mehrproduktion und Kolonisation (Homestead) sozusagen zusammenwarf. Mag auch in der landwirtschaftlichen Mehrproduktion nicht das höchste Heil für unser Volk liegen, die Kolonisation ist ein Problem, das vom Standpunkte der Bevölkerungspolitik, ohne Rücksicht auf die Produktionstatsachen, durchaus eingehend erwogen werden muß. Immerhin war es dankenswert, daß Abgeordneter Návay in die Erörterung dieser Fragen eintrat.

Das Haus wird morgen die Debatte fortsetzen.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Szász eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 3¼ Uhr nachmittags.

Schriftführer: Géza Hoványi, Emerich Szepesházy, Zoltán Vermes.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tißa, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Harkányi, Jankovich, Hideghéthy.

Vizepräsident **Karl Szász**:

Geehrtes Haus! Mit aufrichtiger Ergriffenheit melde ich dem geehrten Hause, daß zwei Sommitäten des öffentlichen Lebens von Ungarn gestorben sind: der Judex Curiae Baron Béla Orczy und der Veßprémer Bischof Kardinal Baron Karl Hornig. Obwohl die Laufbahn beider verschiedene Richtung hatte, spielten beide dennoch eine bedeutende und hervorragende Rolle in der Geschichte der verflossenen Jahrzehnte. Baron Béla Orczy war jahrelang ein hochverdientes Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft und geraume Zeit lang auch der königlichen Regierung. In letzter Zeit hatte er sich mit Rücksicht auf sein hohes Alter vom öffentlichen Leben zurückgezogen und hat auch gelegentlich der Krönung seine hohe staatsrechtliche Funktion nicht mehr zu versehen vermocht. Dem Baron Hornig, dieser allgemein hochgeschätzten Erscheinung des ungarischen Katholizismus, hat es die Vorsehung am Ende seiner langen und glänzenden Laufbahn als Oberhirt gegönnt, die junge Königin der Nation zu krönen. Das Ableben dieser beiden hervorragenden Männer wird die Mitglieder des Hauses mit den Gefühlen der Pietät erfüllen. Ich beantrage, das Haus möge seiner über das Ableben des Kardinal-Bischofs Hornig und des Judex Curiae Baron Orczy empfundenen Teilnahme protokollarisch Ausdruck verleihen. (Zustimmung.) Das Haus beschließt daher, meinen Antrag anzunehmen. (Zustimmung.)

Präsident unterbreitet das Gesuch des Abgeordneten Alexander Gießwein um Gewährung eines sechswöchigen Urlaubes, der ihm auch erteilt wird. — Die Kisfaludy-Gesellschaft hat das Haus zu der Sonntag im Saale der Akademie der Wissenschaften stattfindenden Arany-Feier eingeladen. Es ist zu wünschen, daß die Abgeordneten bei der Feier erscheinen und auch dadurch den Glanz dieses Festes steigern. Aus dem gleichen Anlaß hat das Nagyszalontaer Festkomitee das Haus zu der am 2. März stattfindenden Gedenkfeier geladen. Einem Antrage des Vizepräsidenten entsprechend, beschließt das Haus, zu dieser Feier eine Deputation unter Führung eines Vizepräsidenten zu entsenden.

Der Gesetzentwurf über die Verewigung des Andenkens unserer Helden wird in dritter Lesung angenommen.

Folgt die Verhandlung des sechsten Regierungsberichtes über die Inanspruchnahme der Ausnahmsgewalt.

Berichterstatter **Josef Illés**:

Wir können die strategische und wirtschaftliche Abrechnung des abgelaufenen Kriegsjahres ruhig zu unseren Gunsten verbuchen. Die von der Entente verkündeten Schlagworte der „einheitlichen Front" und der „Aushungerungstaktik" haben Fiasko erlitten. Die einheitliche Front feierte gerade bei uns ihre schönsten Triumphe, und wir konnten, wenn auch die Aushungerungstaktik unserer Feinde uns neue Prüfungen brachte, einen neuen Beweis unserer wirtschaftlichen Kraft der Welt geben. Redner beschäftigt sich sodann mit den wirtschaftlichen Fragen, in deren Mittelpunkt die Sicherstellung der Volksernährung steht. Der Ausbau unseres isolierten wirtschaftlichen Lebens stellt nicht nur die Theorie auf die Probe, sondern auch die Ausnützung unserer Kraftquellen, und die Verteilung der vorhandenen Vorräte wurde zu brennenden Problemen der Praxis. Es steht nicht so sehr das Problem der Produktion im Vordergrund, als das der Verteilung. Redner unterscheidet einen physischen und einen psychischen Faktor des wirtschaftlichen Lebens und meint, daß beide Faktoren in innigem Zusammenhange miteinander stehen. Bezüglich des physischen Faktors des wirtschaftlichen Lebens muß zunächst festgestellt werden, daß dieser Faktor leider infolge der schlechten Ernte der drei letzten Jahre eine große Rolle spielt. Bei der Verteilung der bestehenden Vorräte darf dieser Umstand nicht vernachlässigt werden. Was den psychischen Faktor betrifft, so ist es zweifellos, daß der Druck des Weltkrieges in gewissem Maße erzieherisch gewirkt hat. Allein mit Zwangsmitteln und Strafen, die wohl unentbehrlich sind, können neue Menschen nicht erzogen, eine neue Moral nicht geschaffen werden. In dieser Beziehung muß der sozialen Erziehung eine große Bedeutung eingeräumt werden. Die Disziplin und die Organisation der Produzenten und Konsumenten ist das Ergebnis einer gewissen sozialen Erziehung. Selbst inmitten des erbittertsten wirtschaftlichen Kampfes bewahrte Deutschland seinen beispielgebenden Einfluß. Für die Errichtung eines einheitlichen Organs zur Sicherstellung der öffentlichen Ernährung waren bei uns dieselben Gesichtspunkte maßgebend wie in Deutschland. Auch unser Volksernährungsamt beruht infolgedessen im wesentlichen auf denselben Prinzipien wie das deutsche Amt. Nur der erste Monat der Tätigkeit unseres Volksernährungsamtes fällt in den Zeitpunkt, auf den sich der sechste Bericht der Regierung erstreckt. Es ist zweifellos, daß zunächst gewisse Schwierigkeiten überwunden werden müssen, so daß erst später über das Ergebnis der Tätigkeit dieses Amtes eine eingehende Kritik wird geübt werden können. Auch sonst müssen bei der Kritik des Volksernährungsamtes gewisse Rücksichten vorherrschen. Das schwere Problem der Verteilung der Vorräte wird noch viel schwieriger, wenn man bedenkt, daß die Befriedigung der Bedürfnisse der Armee die wichtigste Aufgabe des Staates ist. Redner verweist auf den bekannten Brief Hindenburgs an den Reichskanzler, worin der große Feldherr erklärt, daß durch staatliche Zwangsmittel erfahrungsgemäß nur wenig erreicht werden könne. Jede staatliche Regelung des Konsums werde vergeblich sein, wenn nicht sämtliche Schichten der städtischen Bewohner und der Landbevölkerung freiwillig mitwirken und wenn nicht jeder Staatsbürger davon durchdrungen ist, daß diese Mitwirkung eine ebensolche patriotische Pflicht ist wie das Opfer an Leben und Blut an der Front. Produzent und Konsument müssen in gleicher Weise mit allen Kräften an der großen Arbeit der Regelung der Volksernährung mitwirken, denn nur so können diese schweren Fragen annähern gelöst werden. (Zustimmung.)

Der Berichterstatter beschäftigt sich ferner mit dem Komplex der rechtlichen Fragen, die in diesem sechsten Bericht der Regierung behandelt werden. Er hebt die von großem sozialen Gefühl zeugende Verfügung der Regierung betreffend die Einschränkung der Mietzinserhöhungen und der Wohnungskündigungen, die Feststellung eines minimalen Arbeitslohnes für die in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter, die Erleichterung der Legitimierung der unehelichen Kinder, die Erleichterung der Eheschließung der Militärdienst leistenden Personen, den gesteigerten privatrechtlichen Schutz der unehelichen Kinder, Verfügungen, die nicht nur den Interessen des Krieges dienen, sondern auch auf die Friedenszeit auswirken werden, hervor. Der Berichterstatter verweist darauf, daß neben den ausnahmsweisen Rechtssätzen, neben den rigorosen Rechtsverfügungen zu gleicher Zeit eine neue Ordnung der Rechtsbilligkeit im Entstehen begriffen ist. Ihre Erscheinungen sind der Schutz der Rechtsverhältnisse der Militärdienst leistenden Personen, der Schutz der Gebühren der eingerückten Beamten, die Sorge für die Ausbildung derjenigen Personen, die infolge des Krieges ihre Studien unterbrechen mußten usw. Auch in der richterlichen Rechtspraxis begegnen wir häufig dem Prinzip der Billigkeit. Es ist zu hoffen, daß im Frieden dieses Prinzip unsere ganze Rechtsordnung in günstigster Weise beeinflussen werde. Die Identität der großen vermögensrechtlichen und moralischen Interessen wird aber auch die Völker zwingen, in dem Verhältnisse zueinander das Prinzip des Rechtes und der Billigkeit zur Geltung zu bringen. Der Berichterstatter beschäftigt sich sodann mit den berüchtigten Friedensbedingungen der Entente, und hofft, die Ententemächte werden einsehen, daß wir auf wirtschaftlichem Gebiete ebenso wenig vernichtet werden können wie auf militärischem. Es können vielleicht neue Prüfungen uns heimsuchen; allein so wie wir bisher sie bestanden haben, können wir auch den neuen Drohungen kühn entgegenblicken. Er bittet, den Bericht der Regierung zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall und Applaus.)

Abgeordneter **Béla Földes**

will sich in der Kritik des Regierungsberichtes auf die Angelegenheiten der Zivilverwaltung beschränken. Die Opposition hat während der ganzen Kriegsdauer in ihrer Kritik die Objektivität stets gewahrt, obwohl sie von der Mehrheit oft herausgefordert wurde. Die Stellungnahme der Opposition ist um so mehr notwendig, da die Mehrheit in jeder noch so geringen Frage bloß ihre Macht zu mehren und zu festigen wünscht, was vom Gesichtspunkte der künftigen Entwicklungen nicht günstig erscheint.

In Ungarn hat die Plutokratie auf allen Gebieten das entscheidende Wort, ihre Vertreter oder Statthalter walten nach Belieben, wenn sie selbst nicht als Träger der Gewalt erscheinen will. Im Auslande haben die Sozialisten entsprechende Vertretungen, die Bedenken, die der Ministerpräsident gestern gegen die Ausdehnung des Wahlrechtes geäußert hat, können nicht anerkannt werden. Die Sozialisten waren nirgend eine nationale Gefahr. Vom Wahlrechte dürften nur diejenigen ausgeschlossen werden, die die Pflicht der Abstimmung nicht ausüben können. Die Wähler selbst sprechen ja nicht mit, wenn schwerwiegende Fragen im Reichstage entschieden werden, nur ihr Vertreter hat das Wort. Wenn wir aber untersuchen wollten, wer mit Fug und Recht bei solchen Fragen mitreden könnte, so wäre der Kreis dieser Auserwählten ein sehr kleiner. Das System der heutigen Regierung verheißt keine großzügige Sozialpolitik. In Deutschland und in Oesterreich wird heute schon viel für die Kriegsinvaliden getan; dort ist man bestrebt, jede verfügbare Kraft in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen, während bei uns, wenn Redner gut informiert ist, die industrielle Beschäftigung bevorzugt wird. Die Erfahrungen des Krieges beweisen, daß für die [illegible] tion alles geopfert werden müsse. Die Regierung verschließt sich jeder Anfrage, das Parlament wird mit Informationsbrocken abgespeist. Die Opposition hat viel zu fragen, sie erhält jedoch keine Antwort. Ueber den Banknotenumlauf ist man in der Monarchie nicht orientiert, über den Ausgleich wissen wir gar nichts, in der Wirtschaftspolitik werden Fehler gemacht, weil keine Organisation vorhanden ist, die den Leitern dieser Angelegenheiten behilflich wäre.

Auf die Details des Regierungsberichtes übergehend, bemängelt Redner vor allem die Form des Berichtes, der eine chronologische Aktensammlung darstellt, in der man sich nur mit besonderer Mühe zurechtfindet. Der deutsche Regierungsbericht gibt ein klares, übersichtliches Bild des Wirtschaftslebens im Kriege, selbst der österreichische Bericht ist interessanter und übersichtlicher als der vorliegende Bericht der ungarischen Regierung.

Redner lenkt die Aufmerksamkeit der Finanzregierung auf die Kurse der Kriegsanleihepapiere, die in Ungarn nicht so zielbewußt gehalten werden wie in Oesterreich und Deutschland. Diese Anleihen müssen auch nach der Emission richtig gehegt werden, um die Besitzer vor Kursverlusten zu schützen.

Auf die Frage der Lebensmittelversorgung kommend, verweist Redner auf die Ursachen der Preisgestaltung, des Disagios und auf das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Gegen die künstliche Preissteigerung würde eine Organisation geschaffen werden, die dem deutschen Reichswucheramt entspräche und die mit einer amtlichen Wertfeststellung alle Auswüchse der Preistreiberei unmöglich machen könnte. Die primären Lebensbedürfnisse der Bevölkerung sollen durch die Requirierung gesichert werden, denn die Höchstpreise allein nützen hier wenig. Die Tätigkeit unseres Volksernährungsamtes mit seiner Landesorganisation und seinen Exposituren kann nur begrüßt werden, denn die bisherige planlose Arbeit der verschiedenen Zentralen hat viele Störungen verursacht. So wird in Landwirtekreisen namentlich über die Requirierung geklagt, die nicht einmal das Saatkorn schont; die Städte wieder führen darüber Klage, daß die für ihre Lebensmittelbetriebe bestellten Waren nur sehr verspätet und mit bedeutenden Kosten belastet eintreffen.

Redner bespricht hierauf die Frage des Ausgleiches mit Oesterreich. Die Regierung hat auf mancherlei Anfragen der Opposition erklärt, daß sie bis zur Beendigung des Krieges in Schwebe bleiben müßten — in der Ausgleichsfrage aber steht die Regierung nicht auf diesem Standpunkt. Uns droht ein langfristiger Ausgleich, wie er von Oesterreich schon wiederholt gefordert wurde. Hiebei scheint drüben die Tendenz vorzuherrschen, daß auch die wirtschaftlichen Angelegenheiten pragmatisiert werden sollen, damit Ungarn fast ausschließlich Agrarstaat bleibt, während Oesterreich vorwiegend die Industrie versorgen soll. Es herrscht volle Unorientiertheit darüber, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden. Schon dies müßte zu großer Vorsicht veranlassen. Wohl ist eine gewisse Stabilität wünschenswert, aber sie darf nicht um einen so hohen Preis geschaffen werden. Mit der Frage der Handelsverträge hängt auch die der Konsularvertretungen zusammen; die gleichfalls nicht unseren Verhältnissen entsprechend geregelt ist, da unsere Konsulate viel mehr die Interessen Oesterreichs als die ungarischen vertreten. Nach dem Kriege werden zweifellos die verschiedenen, aufeinander angewiesenen Staaten eine Annäherung suchen. Das Bestreben einer solchen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist also im Wesen berechtigt. Nur liegen hiefür in Deutschland andere Motive vor als bei uns. Hervorragende deutsche Nationalökonomen stehen auf dem Standpunkte, daß die Freundschaft der beiden Staaten von der wirtschaftlichen Annäherung ganz unabhängig ist, viele halten diese wirtschaftliche Annäherung sogar für unmöglich. Schon dies beweist, daß die Frage noch nicht ganz geklärt ist. Besonders ungeklärt ist die Frage, was wir im Falle der Annäherung von Deutschland erwarten dürfen. Ein Hauptargument für den langfristigen Ausgleich mit Oesterreich ist, daß ihn auch Deutschland fordert. Dies ist aber noch nicht gewiß. Redner kommt zu der Schlußfolgerung, daß die heutige Regierung den Interessen der Nation nicht entspricht, daß das heutige Parlament nur einer diktatorischen Macht als Staffage dient. Er nimmt den Bericht nicht zur Kenntnis.

Abgeordneter **Graf Moritz Esterházy**

will den vorliegenden Bericht vom volkswirtschaftlichen und sozialen Standpunkte aus untersuchen. Der Bericht ist mangelhaft. Er hebt dies hervor, um der Regierung und der Mehrheit Gelegenheit zu geben, die Minorität etwa eines Richtigeren zu belehren. Er bemängelt die jüngstens abgeschlossenen Verträge in bezug auf Kriegsarbeit. Ferner sei es sehr betrüblich, daß in dem Bericht über die Inanspruchnahme der Ausnahmsgewalt nichts über die Verbesserung des Loses der Kriegswitwen und der Hinterbliebenen der in Kriegsgefangenschaft geratenen Kämpfer enthalten ist. Redner unterzieht sodann verschiedene Verordnungen des Handels- und besonders des Ackerbauministers einer Kritik, die den in den Verordnungen enthaltenen Verfügungen nicht günstig ist, und führt alle Verordnungen der laufenden Nummer nach an, bei jeder Nummer seine Einwände vorbringend, die sich speziell auf die Requirierung von Mais beziehen. Redner fragt, wer die Daten der Ausweise der Regierung kontrolliere, und fordert eine strengere Kontrolle des Mahlverkehrs der Mühlen und der Mißbräuche der vielen tausend Angestellten der Kriegsproduktengesellschaft oder gewisser Zentralen. Desgleichen sei die Verschiedenartigkeit der verschiedenen Refaktien von Uebel und die ungarische Industrie komme hiebei größtenteils zu kurz. Die wirtschaftliche Bedeutung der Refaktien ist im Kriege viel kleiner als im Frieden, dagegen ihre finanzielle Bedeutung für die betreffende Gesellschaft viel größer. Redner beschäftigt sich sodann mit der Reziprozität unserer Kriegswirtschaft. Ueber diese Frage haben sich die Mitglieder der Regierung bisher kaum oder wenigstens sehr zurückhaltend geäußert. Ebenso wie an der Front die Soldaten alle ihre Kräfte anspannen müssen, müsse auch jeder Bürger hinter der Front zum Maximum der Leistungsfähigkeit verhalten werden. Nicht außer Auge zu lassen sei auch die Exploitation der eroberten Gebiete, — auch eine nennenswerte Einnahmsquelle. Redner betont die geographisch wichtige Lage Ungarns in wirtschaftlicher Beziehung, was diesem Lande in höchstem Grade die Pflicht auferlege, alle Folgerungen abzuleiten. Sodann erörtert Redner die Frage der inneren politischen Konsolidation Ungarns. Er wendet sich gegen die Versteinerung der Mehrheitsbildung im Parlament, will aber keine Fälle anführen — sie sind selten —, in denen sich hier dieses Prinzip nicht bewährt hätte. Ohne die Erörterungen des Grafen Albert Apponyi zu erweitern, will Redner dennoch seiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß die Note der Ententemächte an den Präsidenten Wilson ein beispielloses Dokument verantwortungsloser Demagogie sei. Zur Frage der Inkompatibilität,

Neues Wiener Tagblatt
9. II. 1917

62

Länderautonomie.

II.*)

Die Schärfe der nationalen Gegensätze in Oesterreich ist vor allem eine Folge der Kronländerautonomie. Die Länder sind die Repräsentanten eines andern Systems der

*) Siehe Artikel vom 8. d. Die Zitate beziehen sich auf die Sondernummer „Länderautonomie" der „Oesterreichischen Zeitschrift für öffentliches Recht", Verlag Manz, Wien, 1916.

Jahre 1866 jenen politischen [illegible] verloren hatte, erkannten die Staatsgrundgesetze im Jahre 1867 die Gleichberechtigung aller Nationalitäten an. Dieses Prinzip hat sich im Reichsrat unter Kämpfen immer mehr durchgesetzt, da ja keine nationale Gruppe stark genug war, um dauernd die andern beherrschen zu können. Aber die Kronländer waren bestehen geblieben und in ihnen lebte die Idee einer herrschenden und unterdrückenden Nation fort. Sie hatte nur die Form des Majoritätsabsolutismus angenommen. Das Ergebnis ist „nationale Tyrannei" oder „Parteiherrschaft" (Nawiasky, im selben Sinne Rauchberg u. a.) Die Notwehr der Minoritäten ist die Obstruktion. Sie müssen immer wieder zu ihr ihre Zuflucht nehmen. Die Stellung einer nationalen Minorität ist ja ganz hoffnungslos. Sie kann nie zur Regierung kommen, denn die Zahl ihrer Wähler kann sich nur um Bruchteile in Jahrzehnten ändern. So ist „in den Landtagen die Obstruktion geboren worden" (Spiegel) und hat von dort auf den Reichsrat übergegriffen.

Diejenigen Nationalitäten, denen die Kronländer die Möglichkeit geben, andre Volksstämme zu unterdrücken, halten daher mit aller Kraft an den Kronländern fest, während natürlich die Unterdrückten Zentralisten oder Kronlandsfeinde sind. (In diesem Sinne: v. Laun, Layer, Nawiasky.) Wir sehen also ganz klar, wie der Streit der Nationen durch den Widerstreit der beiden Staatsideen verschärft wird. Die neue Idee der Gleichberechtigung aller Nationen, die ihre Stütze im Reichsrat hat, kämpft mit der alten Unterdrückungsidee, die ihren Rückhalt in den Landtagen findet.

Der große Gegensatz zwischen Staats- und Kronlands**verwaltung** ist auch eine Folge dieser entgegengesetzten eben dargelegten Regierungsprinzipien. Daraus nämlich, daß es eine Doppelverwaltung gibt, würde sich doch noch lange nicht ergeben, daß die beiden Verwaltungen **gegeneinander** arbeiten. Das geschieht aber im Falle der Doppelverwaltung durch Staat und Land. Denn während der Staat im Sinne eines gegenseitigen Einverständnisses von Nationen und Parteien verwaltet, nimmt das Land die Interessen

Reichsrat mit gemischter deutscher Mehrheit. Dies soll entweder durch Vermehrung der deutschen Mandate (Nawiasky) oder durch Ausscheiden einzelner Kronländer aus dem Reichsrat (Lamp) erzielt werden. Alle Völker sollen in national-einheitlichen Territorien (eventuell Kreisen) zusammengefaßt werden und eine beschränkte, dem Staat organisch eingefügte Verwaltung und Gesetzgebung ausüben. Alle wichtigen Zweige der Verwaltung sollen zentralisiert werden, und die deutsche Staatssprache soll das ermöglichen. Den national gemischten Kronländern ist dieses Programm um so feindlicher, da sie die Heimat einer nichtdeutschen Machtausdehnung werden könnten. Das Ueberwiegen des Deutschtums soll übrigens nicht weiter gehen als dies durch praktische Gründe zu rechtfertigen ist.

Die nationalen Autonomisten streben eine Entwicklung Oesterreichs zum Bundesstaat (ähnlich dem Deutschen Reiche) an. Seine einzelnen Teile sollen national einheitliche Territorien sein. Deren Grenzen fielen mit den Sprachgrenzen zusammen. Diese kleinen Nationalstaaten werden durch eine zentralistische Bureaukratie, den Reichsrat und die deutsche Vermittlungssprache geeinigt. Das Zentralparlament ist nur für die wichtigsten, allen gemeinsamen Angelegenheiten zuständig.

Die zahlreichste Gruppe der Gutachten (Brockhausen, Hennitt, Layer, Rauchberg, Zolger) will jedoch die Kronländer systematisch und langsam den Bedürfnissen anpassen. In der Methode schließt sich ihnen auch v. Laun an. Sie gehen von der Tatsache aus, daß die Handhabe für die nationale Vergewaltigungstaktik der Landtage ihre Verwaltungsbefugnis ist. Sie wollen ihnen daher diese nehmen und die Verwaltungsaufgaben teils an den Kreis, teils an den Staat verteilen. Der Landtag würde dann auf die Gesetzgebung beschränkt und eine Unterdrückung nationaler Minoritäten durch Einrichtung nationaler Sektionen verhindert werden. Ueberflüssige Formen würden auf diese Art mit der Zeit wie eine trockene Schale abfallen und eine brauchbare Neuordnung als reife Frucht zurückbleiben. Besonders wichtig ist bei diesem Verfahren, daß man zunächst ohne Aenderung von Verfassungsgesetzen auskäme, ja, daß man das

Stelle via facti machen könnte, wenn man sich einmal über die Zendens klar wäre und sie durch den Geschäftsgang der Regierungen feststellen würde. Gerade aber die Möglichkeit des Durchhaltens einer solchen Zendenz ist in einer Monarchie gegeben und ist eine ihrer Hauptvorzüge.

So sieht man die Ausblicke sich klären, nimmt die Ziele wahr und die Wege, die zu ihnen führen. Die Aufgabe der Reformgesetzgebung Oesterreichs ist eine schwere, aber dankbare — wie sehr uns große Pflichten und Selbstverleugnung auf. Immer aber muß man einen Gedanken festhalten, wenn man Erfolge sehen will: Oesterreich ist nicht aus begeisterndem Einheitsgefühl seiner Völker entstanden. Die Dynastie hat es geschaffen, groß und klein haben die Völker zusammengeschweißt. Rotbrecht war die erste staatsliche der Ahnart, die Zingst der Geschichte der kleinen Staaten, die Liebe zur nationalen Sprache und Kultur, die Hoffnung, in Oesterreich diese Bestrebungen treu halten zu können, halten die Nationen treu zusammen. Wenn aber diese Hoffnung enttäuschen. Wie die Linie liegen, die Bestrebungen der amerikanischen und der österreichisch-ungarischen Staatsregierung, die infolge der Neutralität gewonnen sind. Wir begleiten sie mit lebhaftem Interesse; sollen sie unseren Sympathien entsprechen, so werden sie natürlich ein friedliches Resultat haben. Wir hatten nur, daß es uns den bitteren Kampf, der uns von dem Zerreißungsplan der Entente aufgenötigt wurde, ungetrübt ausfechten ließe. Ohnehin haben wir bei Zurückhaltung des verschärften U-Boot-Krieges alle billigen Rücksichtigungen neutraler Schiffe walten lassen. Die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt also bei ihm selbst und bei seiner öffentlich noch zu wechselnden Gesinnung. Selbstverständlich ist man aber auch darauf vorbereitet, daß alle guten Absichten scheitern. Wie die Linie liegen, die Verhandlungen zwisch

Pester Lloyd 9./II. 1917

Landsturmoffiziere sichert, die in diesem Kriege den Heldentod erlitten haben.

Abgeordneter Koloman Kovácsy

nimmt den Gesetzentwurf als Zeichen der Pietät des ganzen Landes an. Wir müssen aber auch für die Witwen und Waisen jener Sorge tragen, die ihr Blut im Dienste des Vaterlandes vergossen haben. So lange die Regierung das Flehen der Witwen und Waisen nicht hört, können wir an den Ernst des Gesetzentwurfes nicht glauben.

Präsiden schließt die Debatte.

Abgeordneter Paul Jaczkó

zieht seinen zweiten, auf das Wahlrecht der eingerückten Soldaten Bezug habenden Beschlußantrag zurück.

Minister des Innern Johann v. Sándor:

Geehrtes Haus! Die sympathische Aufnahme, die der vorliegende Gesetzentwurf überall im Hause, in der Oeffentlichkeit und in der Presse gefunden hat und der der Berichterstatter und ohne Ausnahme alle Redner der Debatte Ausdruck gegeben haben, beweist, wie lebhaft das Gefühl des Dankes, der Anerkennung und Würdigung der Taten unserer Helden in jedem ungarischen Herzen lebt. Der Gesetzentwurf, der das Andenken unserer kämpfenden Helden zu verewigen wünscht, findet also ungeteilten Beifall. Um so bedauerlicher ist es, daß einige Redner der geehrten Opposition im Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf auch Fragen erörtert haben, die meines Erachtens nicht in Verbindung mit der Vorlage gebracht werden können und deren Behandlung heute zumindest nicht zeitgemäß sei. (Zustimmung rechts.) Wenn diese Fragen an sich auch von großer Bedeutung sind, was niemand zu bestreiten wünscht, so würde die an den Bericht der Regierung sich knüpfende Debatte für ihre Erörterung einen geeigneteren Rahmen gegeben haben. Ich protestiere dagegen, daß Graf Michael Károlyi den vorliegenden Gesetzentwurf frivol, das Vorgehen der Regierung unwürdig nennt. Denn die Redner, die gegen den Gesetzentwurf sprachen, erklärten ja fast einstimmig, sie kämpfen nicht gegen das, was im Text enthalten ist, sie bemängeln bloß dasjenige, was aus dem Gesetzentwurf fehlt. (So ist's! links.) Der Rahmen für eine Wahlrechtsdebatte ist nicht glücklich gewählt. Der Herr Ministerpräsident wird übrigens auf diese Frage eingehend antworten, wir wollten in diesem Gesetzentwurf bloß der Pietät für unsere Helden Ausdruck geben; der dankbaren Anerkennung und der Fürsorge der Nation soll eine Reihe weiterer Gesetzentwürfe Ausdruck verleihen. (Zustimmung.) Wenn man über diese Maßregeln sprechen will, so wird sich noch reichlich Gelegenheit dazu bieten; die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und ihre Familenmitglieder erachte die Regierung als eine Frage der nationalen Ehre. (Lebhafte Zustimmung.)

Was die mit den Kriegsunterstützungen zusammenhängenden Mißbräuche einzelner Organe der Verwaltungsbehörden betrifft, die die Abgeordneten Haller, Barlos und Novák hier veröffentlicht haben, erkläre ich, daß ich die Untersuchung in jedem einzelnen Falle einleite. Die Regierung pflegt übrigens jede Klage, die ihr direkt oder indirekt zur Kenntnis gebracht wird, strengstens zu untersuchen, und es wäre weit zweckdienlicher, wenn die Klagen dem Ministerium direkt zur Kenntnis gebracht würden, anstatt sie hier vor der Oeffentlichkeit zu verhandeln, da es oft vorgekommen ist, daß diese Klagen nach eingehender Prüfung sich als unbegründet erwiesen. Ich ersuche hier jeden Abgeordneten, konkrete Daten mir zu übergeben, und ich werde nach streng durchgeführter Untersuchung gewiß radikale Abhilfe schaffen (Zustimmung), wie es auch bisher geschehen ist.

Bei der Aufdeckung dieser Mißstände muß die Behörde auf die Mithilfe der Gesellschaft zählen können. Ohne bureaukratische Formen zu wahren, genügen einfache, aber entsprechend begründete Mitteilungen, um jede Unzukömmlichkeit abzustellen. Eine vornehme Dame in der Umgebung der Hauptstadt hat beispielsweise ein förmliches Auskunftsbureau errichtet, dessen Tätigkeit in vielen Fällen Abhilfe geschafft hat. Dazu bedarf es nur des guten Willens. Ich protestiere gegen die Annahme, wir ließen uns bei Erteilung der Unterstützungen von politischen Motiven leiten. Wenn das jemand tut, handelt er gegen die Intentionen der Regierung, und er wird, wenn es angezeigt würde, streng bestraft werden. Ausnahmen gibt es leider überall, allein die ungarische Verwaltung, das sei hier mit Stolz festgestellt, leistet seit Kriegsausbruch tadellose, fast übermenschliche Arbeit. Wenn man Klagen hört, so seien diese vorerst genau zu prüfen, denn die Empfindlichkeit, die ich gewiß zu verstehen und zu würdigen weiß, sieht und urteilt allzuoft pessimistisch.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen der Abgeordneten Hußár, Batthyány und Rakovßky erklärt der Minister, er werde zu verhindern wissen, daß unberufener geschäftlicher Unternehmungsgeist die Sache der Heldendenkmäler zu geschäftlichen Zwecken mißbrauche. (Lebhafte Zustimmung.) Das Ministerium des Innern hat niemand Empfehlungen gegeben, wird es auch nicht tun, es wird streng darauf achten, daß diese pietätvollen Akte durch kleine, nichtswürdige Unternehmungen nicht gestört werden. Die Landeskommission zur Verewigung der Andenken unserer Helden, die vor der Einbringung des vorliegenden Gesetzentwurfes tätig war, ist eine altruistische, beratende Organisation, deren Aufgabe die Wahrung des künstlerischen Geschmacks ist; diese hat mit den geladelten Geschäftsunternehmungen gar nichts gemein. Da das Gesetz die Verewigung des Andenkens der Helden vorschreibt, wird die Regierung auf die genaue, ungestörte, geziemend pietätvolle Durchführung seiner Bestimmungen achten. (Lebhafte Zustimmung.)

In dem Gesetzentwurf wollen wir die Tatsache zum Ausdruck bringen, daß wir alle übereinstimmen in der Anerkennung und dem Dank jenen gegenüber, die jetzt nicht für politische Rechte, für individuelle Forderungen, sondern für das höchste moralische Gut, für den Bestand der Nation und des Vaterlandes kämpfen, dafür mit der größten Begeisterung und Aufopferung leiden und dulden. (Lebhafter Beifall rechts.) Die an der Front mögen sehen, daß die ganze Nation in der Anerkennung ihrer Opfer und Leiden eins ist und daß wir alle mit gesteigerter Pietät derjenigen gedenken, die ihr höchstes Gut, ihr Leben für das Vaterland geopfert haben. (Lebhafter Beifall und Applaus.) Wir wollen unsere Pietät auch äußerlich durch die Errichtung würdiger Denkmäler zum Ausdruck bringen und trachten, daß die Namen derjenigen, die in fremden Ländern ruhen, nicht vergessen werden. Dieser Gesetzentwurf will den Gemeinden keine Fesseln in der Ausübung der Pietät anlegen, er bildet nur einen Beweis dafür, daß in dieser Frage die ungarische Gesetzgebung und das Gefühl des ungarischen Volkes einander begegnen. Die in dem Motivenbericht bezeichneten Gedenktafeln sollen nicht obligatorisch sein und keineswegs es ausschließen, daß die Gemeinden in einer anderen Form das Andenken der gefallenen Helden verewigen. Infolgedessen hält es der Minister auch nicht für richtig, daß für die Verewigung des Andenkens der Helden eine gemeinsame Zentralstelle und eine Zentralwerkstätte errichtet werde. Dem individuellen Geschmack der Gemeinden sollen keine Schranken gesetzt werden. Dagegen soll jedermann mit seinem Scherflein und seiner Arbeit beitragen. (Lebhafter Beifall.) Viele unserer Helden liegen in fernen Landen in Massengräbern, so daß die Waisen vergeblich das Grabmal ihrer Väter suchen werden. Wir werden die teure Asche der Verstorbenen nicht in der heimatlichen Erde beisetzen können. Deshalb müssen wir ihre Namen in ihren Heimatsgemeinden verewigen, damit sie auch auf spätere Generationen begeisternd wirken und für spätere Generationen als nachahmenswertes Beispiel in der Aufopferung, in der heldenmütigen Ausdauer, in der Erduldung von Leiden für das Vaterland dienen. Der Minister bittet, die Beschlußanträge abzulehnen und den Gesetzentwurf im allgemeinen als Grundlage der Spezialdebatte anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Applaus rechts.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa

will sich nach den Ausführungen des Ministers des Innern nur mit jenen Fragen beschäftigen, die eigentlich mit diesem Gesetzentwurf nicht im Zusammenhang stehen, allein von den Rednern der Opposition im Laufe der Debatte wiederholt vorgebracht worden sind. Die oppositionellen Redner haben bei der Erörterung dieses Gesetzentwurfes der Regierung Intentionen imputiert, die ihr vollständig fernliegen. Die Regierung will keineswegs mit diesem Gesetzentwurf alle Anerkennung und allen Dank entrichten, den das Vaterland den kämpfenden Helden schuldet. Der Gesetzentwurf will nur die Pietät zum Ausdruck bringen, die wir denjenigen Helden entgegenbringen, die im Kriege gefallen sind, enthält aber nichts von der Ehrenpflicht, die wir denjenigen, die an der Front heldenmütig kämpfen, ihren Familienangehörigen, den Witwen und Waisen der Gefallenen und den Invaliden schulden. In diesen Dank kann der Ministerpräsident das Wahlrecht nicht einbeziehen. Da Abgeordneter Stefan Rakovßky sich in der Spezialdebatte mit dieser Frage beschäftigen will, behält sich Redner das Recht vor, erst dann auf diese Frage zurückzukommen; jetzt will er nur die Fragen, die seiner Ansicht nach zur Ehrenpflicht der Nation gehören, die Fragen der Unterstützung der Familienangehörigen, der Witwen und Waisen und der Invaliden erörtern.

Ueber die staatliche Unterstützung hat sich bereits der Minister des Innern geäußert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Fälle vorgekommen sind, in denen einzelne Verwaltungsbehörden nicht die entsprechende Sorgfalt und Liebe walten ließen. Gegen diese Organe wurde in jedem Falle mit der notwendigen Strenge vorgegangen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Regierung habe seinerzeit an die Obergespäne eine vertrauliche Zuschrift gerichtet, in der die Verwaltungsbehörden aufgefordert werden, diese Angelegenheiten mit der größten Hingabe und Liebe zu behandeln; die lokalen Behörden dürften sich nicht damit begnügen, in ihren Berichten diese Fragen mit allgemeinen Phrasen zu erledigen, sondern sie müssen über jeden konkreten Fall präzise Aufklärungen erteilen, um ersichtlich zu machen, daß die lokalen Behörden sich mit allen diesen Fragen mit der notwendigen Gründlichkeit beschäftigen und eine gerechte Entscheidung fällen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ein sehr großer Teil der erhobenen Klagen ist auch auf die übertriebenen Ansprüche der interessierten Personen und das richtige Bestreben der Behörden zurückzuführen, keine arbeitsscheue Elemente zu erziehen. (Lebhafter Beifall.) Der Ministerpräsident bittet daher die Abgeordneten, die an sie gelangten Beschwerden genau zu prüfen und nur dann vor die Oeffentlichkeit zu bringen, wenn sie sich selbst von der Richtigkeit der Daten überzeugt haben. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Was die Fürsorge für die Witwen und Waisen betrifft, so wurde in den letzten Tagen darüber wiederholt geklagt, daß die Unterstützung der Witwen und Waisen eingestellt wird, ehe der ihnen gebührende Beitrag flüssig gemacht wird, so daß sie der Not ausgesetzt sind. In dieser Hinsicht wurden im Einvernehmen mit dem Landesverteidigungsminister die Gemeinden angewiesen, den Witwen und Waisen den Betrag vorzustrecken, den sie unter dem Titel der Invalidenversorgung vom Militärärar und als Beitrag vom ungarischen Staat erhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist Pflicht der Abgeordneten, das Volk und die lokalen Behörden hierüber zu belehren. Sollten die lokalen Behörden ihrer diesbezüglichen Pflicht nicht entsprechen, so wird die Regierung in jedem konkreten Fall ohne Verzug die notwendigen Verfügungen treffen und die betreffenden Organe zur Verantwortung ziehen. (Lebhafter Beifall rechts.) Die oppositionellen Abgeordneten mögen aber es unterlassen, allgemeine, ungerechtfertigte Beschwerden vorzubringen und dadurch die ohnehin von Schmerz betroffenen Gemüter zu beunruhigen. (Lebhafter Beifall rechts. Lärm links.)

Die dritte Gruppe der Klagen bezog sich darauf, daß die militärische Versorgung der Invaliden, der Witwen und Waisen nicht entsprechend sei. Das entspricht zweifellos den Tatsachen. Im Jahre 1915 haben wir ein Gesetz geschaffen, das die Versorgung der Invaliden, Witwen und Waisen einigermaßen verbessert hat. Die Witwen und Waisen erhalten jetzt den militärischen Versorgungsbeitrag und den Zuschlag des Staates. Redner gibt zu, daß auch das wenig ist, und daß man sich mit dieser Frage, mögen noch so schwierige finanzielle Verhältnisse herrschen, beschäftigen muß. Doch sind die Vorarbeiten in dieser Frage im Gange und es ist zu hoffen, daß die Regierung in nicht allzu ferner Zeit mit konkreten Vorlagen an die Gesetzgebung herantreten wird. (Lebhafter Beifall rechts und links.)

Was die Invalidenfrage betrifft, so müssen wir hier drei Gruppen unterscheiden: die Nachbehandlung, die Ausbildung und die Unterstützung. In der Frage der Nachbehandlung sind wir am weitesten vorgeschritten. Am Ende des Jahres 1916 gab es in den Nachbehandlungsanstalten, die unter der Verwaltung des Invalidenamtes stehen, 17.026 Betten, von denen 14.312 besetzt waren. Wir wollen diese Zahl erhöhen, namentlich für die internen Kranken und insbesondere für die Lungenkranken, für die 5700 Betten zur Verfügung stehen. Die Pläne der Regierung in dieser Beziehung wurden durch die Kriegsereignisse des abgelaufenen Jahres gestört. Es war unter anderem die Einrichtung der über 5000 Betten verfügenden Munkácser Beobachtungsstation für Lungenkranke beabsichtigt; infolge der militärischen Ereignisse des Sommers mußte diese Beobachtungsstation den Verwundeten vorbehalten werden. Die Regierung unterhandelt gegenwärtig mit den Anstalten von Iglófüred, Lucsivna, Málnásfürdö und Alsóßombatfalva, die für Lungenkranke eingerichtet werden sollen, während die Kolozsvárer Anstalt sich eher für eine Invalidenschule eignet. (Lebhafter Beifall rechts.)

Auch bei der Ausbildung der Invaliden wurden sehr schöne Ergebnisse erzielt. Die Invalidenausbildungsanstalten verfügten Ende Dezember des Jahres 1916 über 1800 Betten; die Zahl der die Schulen besuchenden Invaliden belief sich aber auf 4373. Diese verhältnismäßig gering erscheinende Zahl ist vollständig genügend, denn ein Teil der Invaliden bedarf einerseits keiner Schulausbildung, andererseits ist die Durchschnittsdauer des Schulbesuches kleiner als die der Nachbehandlung. In Verbindung mit den Schulen wurde auch die Errichtung von Erwerbsanlagen in Angriff genommen. Der Erzbischof von Kalocsa und das Kalocsaer Erzkapitel haben eine Aktion eingeleitet, der es zu verdanken ist, daß in Kalocsa eine größere Erwerbsanlage auf landwirtschaftlicher und hortikultureller Grundlage errichtet werden konnte. Auf Initiative des Pester Komitats wurde in Bácz eine gewerbliche Anlage geschaffen. Aehnliche Anstalten sollen in Gaör, Ezeged und Debreczen errichtet werden. Das sind nur Anfänge, allein sie sind geeignet, vielen hunderten Invaliden eine entsprechende Existenz zu sichern. Diese Institutionen sollen in der Zukunft jedenfalls erweitert werden. In dieser Hinsicht zeigt sich auch in der Gesellschaft eine große Opferwilligkeit. Schon im Vorjahre haben zahlreiche Privatpersonen und Unternehmungen zum Zwecke der praktischen Ausbildung die Erziehung von Waisenkindern übernommen. Es ist nur bedauerlich, daß diese Aktion noch nicht entsprechende Dimensionen erreicht hat. Indessen können alle diese Fragen nur durch eine großangelegte Organisation des Patronagewesens gelöst werden. Eine sehr gesunde Initiative zeigte sich diesbezüglich spontan bei den Waisenstühlen, die die Patronageinstitution der Kriegswaisen ins Leben gerufen haben. Das muß ergänzt werden durch die Institution der Ratgeber für Invaliden und Witwen. Es müßten womöglich in jeder Gemeinde die geeigneten Personen ausgesucht, diese Aktion von der Gemeinde in die Bezirke, dann in die Munizipien übertragen, und schließlich ein Landesamt auf autonomer Grundlage und mit entsprechendem Wirkungskreis errichtet werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Eine derart organisierte Aktion würde die Mitwirkung aller Faktoren haben. Leider ist bei uns die individuelle Wohlfahrtstätigkeit noch sehr zurückgeblieben. Vielleicht wird der Krieg die Gesellschaft aus der Lethargie wecken und namentlich die vermögenderen Elemente darüber aufklären, daß die wahre Wohltätigkeit nicht nur in Almosen und Spenden besteht, sondern darin, den auf eine Unterstützung angewiesenen armen Leuten mit Rat beizustehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Natürlich muß dies in gemeinschaftlicher Arbeit mit den bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen bewerkstelligt werden. Dieser Plan ist seit längerer Zeit fertig, konnte aber leider infolge der politischen und militärischen Ereignisse des abgelaufenen Jahres nicht verwirklicht werden. Jetzt ist die Zeit wieder gekommen, die Landesaktion einzuleiten, um diese Institution ins Leben zu rufen. (Lebhafter Beifall auf beiden Seiten des Hauses.) Der Ministerpräsident rechnet bei dieser Aktion auf die Mitwirkung aller Faktoren der ungarischen Gesellschaft und er ist auch überzeugt, daß alle Faktoren mit der erforderlichen Hingabe und Begeisterung sich der Sache der Invaliden, Witwen und Waisen der gefallenen Helden widmen werden. (Lebhafter Beifall rechts.) Er bittet, den Gesetzentwurf im allgemeinen anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Applaus rechts.)

Abgeordneter Paul Jaczkó zieht nach den Worten des Ministerpräsidenten seine beiden Beschlußanträge zurück.

Präsident ennunziiert auf Grund des Beschlusses des Hauses die Ablehnung der eingebrachten Beschlußanträge der Abgeordneten Desider Abrahám und Genossen, Alexander Gießwein, Johann Novák und Karl Hußár.

Folgt die Spezialdebatte.

§ 1 wird ohne Debatte angenommen.

Zu § 2 ergreift

Abgeordneter Stefan Rakovßky

das Wort. Er beantragt einen Zusatz, demgemäß allen jenen Staatsbürgern, die während dieses Krieges Frontdienst geleistet haben, von ihrem zwanzigsten Lebensjahre bis an ihr Lebensende das aktive Wahlrecht verliehen wird.

Abgeordneter Graf Albert Apponyi

erklärt, daß er in der allgemeinen Debatte nicht das Wort ergriffen habe, weil er die Daten über die Invaliden-, Witwen- und Waisenversorgung, über die er sprechen wollte, nicht ganz in Händen hatte. Er wird noch Gelegenheit finden, zu diesem Gegenstande zu sprechen und, falls die Regierung keine befriedigenden Aufklärungen erteilen sollte, einen hierauf bezüglichen Beschlußantrag zu unterbreiten. Der Ministerpräsident meinte, daß diese Angelegenheiten mit dem vorliegenden Gesetzentwurfe nicht im Zusammenhange stünden. Sie stehen aber damit im Zusammenhange. Es bedeutet mehr Anerkennung für unsere Helden denn die Verewigung ihres Namens auf Marmor, wenn sie das Bewußtsein haben, daß im Falle ihres Todes für ihre Familienangehörigen genügend gesorgt ist. (Beifall links.) Redner schließt sich im Namen seiner Partei vollinhaltlich dem Antrage Rakovßkys an, weil er überzeugt ist, daß wir uns nur auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechtes in die Reihe der modernen Kulturstaaten emporschwingen können. Die ungarische Nation kann sich nicht in Gegensatz zu den Kulturnationen stellen. Redner gibt zu, daß eine bedeutende Ausdehnung des Wahlrechtes zu Bedenken Anlaß geben kann, aber auch die 48er Gesetze haben seinerzeit zu Bedenken Anlaß gegeben, die sich nicht erfüllt haben. Man sagt, daß das Wahlrecht keine Belohnung sei. Gewiß, es ist keine Belohnung, aber seine Ausbreitung ist unsere Ehrenpflicht. (Lebhafter Beifall links.) Jene, denen wir es zu verdanken haben, daß wir hier überhaupt beraten können, daß es in Ungarn in Zukunft noch Wahlen geben wird, dürfen wir von dem Genusse des Wahlrechtes nicht ausschließen. Redner richtet im letzten Augenblicke einen Appell an die Mehrheit, durch die Annahme des Rakovßkyschen Antrages unseren überlebenden Helden die moralische Genugtuung zu gewähren, daß sie auch bei der Lenkung der Geschicke dieses Landes mitsprechen dürfen. Vom Standpunkt des Krieges, vom Standpunkt der Zukunft der Nation, vom Standpunkt der Erweckung des nationalen Selbstgefühls ist die Gewährung des Wahlrechtes an die heimkehrenden Helden vollauf berechtigt. (Lebhafter Beifall links.)

Abgeordneter Graf Michael Károlyi

begrüßt gleichfalls mit größter Wärme den Antrag Rakovßkys, dem er sich im Namen seiner Partei anschließt. Nach dem Kriege wird keine Macht auf Erden die Einführung des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes verhindern können. Der Antrag Rakovßkys ist geeignet, es übergangsweise vorzubereiten.

Pester Lloyd 9./II. 1917

III
65

die Eröffnung der Parlamente.

müssen wenigstens Erfahrung und Lebensweisheit erwerben, ehe sie sich den Mut nehmen, das Schicksal der Nation in entscheidender Weise zu beeinflussen. (Bewegung links.)

Abgeordneter Wilhelm Vázsonyi: Richter kann man auch in einem jüngeren Alter sein! (Rufe rechts: Nach Ablegung der Prüfungen!)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Der Herr Abgeordnete behauptet, daß dieserart der ganze Zug aus lauter Bremsen bestehen wird. Nun denn, was auf dem Gebiete der Ideen und der Initiative in der Gesellschaft einer Nation an treibender Kraft lebt, das ist doch zum großen Teil naturgemäß in den höhergebildeten Schichten konzentriert. Wie viel Abgeordnete unter dreißig Jahren gibt es hier im Hause? Besteht denn die sehr verehrte oppositionelle Seite dieses Hauses aus lauter Bremsen? Ist nicht genug jugendliches Temperament und jugendliches Feuer in jenen Mitgliedern der Opposition (Bewegung und Heiterkeit rechts), die das dreißigste Lebensjahr um ein gutes Stück überschritten haben? (Heiterkeit rechts.) Es ist natürlich — und darin liegt der Sinn der ganzen Sache —, daß die über dreißig Jahre Zählenden nüchterner und bedächtiger sind, mehr Urteil haben und sich ein besseres Urteil über Menschen und Dinge bilden, wie diejenigen, die jünger als dreißig Jahre sind. (Zustimmung rechts.) Für einzelne gilt dies natürlich nicht. Es gibt auch unter den Allerjüngsten nüchterne Männer von großer Einsicht und unter den Aeltesten solche wieder, die ganz andere Neigungen und Eigenschaften besitzen. Der allgemeine Durchschnitt ist hier maßgebend. Diejenigen, die einen sechsklassigen Elementarlehrkurs erfolgreich absolviert haben, werden im großen und ganzen durchschnittlich geeigneter sein, sich ein richtiges Urteil über die politischen Fragen zu bilden, als diejenigen, die diesen Bildungsgrad nicht besitzen. Die mehr als dreißig Jahre zählenden Männer werden im allgemeinen richtiger und nüchterner über Menschen und Grundsätze urteilen, als die jüngeren. Deshalb ist das Kriterium nicht richtig, das denjenigen das Wahlrecht zu geben wünscht, die assentiert oder nicht assentiert wurden. Die Grenze, die bei diesem Kriterium gezogen wird, hängt von der physischen Fähigkeit der Betreffenden ab und läßt keinerlei Schlüsse auf die Geistes- oder Charaktereigenschaften des Betreffenden zu.

Abgeordneter Stefan Rakovßky hat darin recht, daß auf dem Schlachtfelde die physische Kraft nicht in erster Reihe entscheidet, sondern die Charakter- und Willensstärke und die Energie; aber die Musterung kann nicht danach erfolgen, ob jemand mehr Charakterstärke, Willenskraft oder sittliche Kraft besitzt, sie kann nach keinem anderen Kriterium durchgeführt werden, als nach dem gesundheitlichen und physischen Zustand. Deshalb bleibe ich konsequent, wenn ich ein solches Kriterium, eine solche Zynosur annehme, die meiner Ansicht nach das Uebergewicht der intelligenteren, gebildeteren Elemente sichert, und ich bleibe mir selbst konsequent, wenn ich eine Zynosur ablehne, die in dieser Beziehung vollkommen unverläßlich ist. Es ist meine Ueberzeugung, daß wir einen verhängnisvollen Fehler begehen würden, wenn wir diese Frage, die in dem Leben keiner Nation wichtiger ist als in dem der ungarischen, jetzt so weitgehend entscheiden wollten, daß wir allen über 20 Jahre alten Männern, die ins Feld gezogen sind, das Wahlrecht sichern würden, jetzt, wo wir alle naturgemäß unter solchen Eindrücken stehen, uns in einem solchen Seelenzustand befinden, in dem an Stelle der nüchternen Erwägung über diese, das Interesse des Staates tief berührende Frage ein überaus ehrenwertes, persönliches Gefühl der Erhebung in den Vordergrund tritt. Wenn wir der Sache der Demokratie in Ungarn einen wirklichen Dienst erweisen wollen, wenn wir dies, wie ich glaube, mit unseren sämtlichen Prinzipiengenossen ernst wollen, so wird der Weg hiezu durch das gegenwärtige Wahlrecht klar gewiesen: Heben wir das politische Niveau der ungarischen Gesellschaft! (Zustimmung rechts), sorgen wir für solche Volksunterrichtsinstitutionen, die die Volksschulpflicht zu lebendiger Wirklichkeit gestalten. Und betreten wir jenen langsameren, aber naturgemäß organischen und segensreichen Weg des demokratischen Fortschrittes, der den Fortschritt in der Vermehrung der für die Ausübung der demokratischen Rechte geeigneten Faktoren sucht, der also die Zahl der Wähler erst dann erhöht, nachdem wir die Zahl derjenigen des Wahlrechtes fähigen Personen gesteigert haben. (Zustimmung rechts.) Wir dürfen nicht in den irrigen Glauben verfallen, daß das Interesse der Nation unter allen Umständen das allerdemokratischeste Wahlrecht fordert. Das Interesse des Volkes und der Nation erheischen es, daß wir das allgemeine materielle, geistige und moralische Niveau zu erhöhen bestrebt seien, daß wir auf dieser Grundlage die Ausbreitung der politischen Rechte aufbauen. (Beifall rechts. Lärm links.) Eine Ausbreitung der politischen Rechte, ehe die Vorbedingungen dazu gegeben sind, eine leichtsinnige Verteilung politischer Rechte an noch nicht reife Schichten und Faktoren kann nicht im Interesse des Volkes liegen. Es kann nur das Interesse der Demagogie und derjenigen sein, die, nachdem die Verfassungsmäßigkeit sie verbraucht hat, ihre gegen die Verfassung und Nation gerichteten Pläne verwirklichen wollen. (Lärm links.)

Hievon ausgehend darf ich behaupten, wenn es etwas in meiner öffentlichen Laufbahn gibt, worauf ich mit einer gewissen Genugtuung, Befriedigung und mit tiefem Dank für die göttliche Vorsehung denke, so ist es das, daß ich dieser Sache durch so viel Wechselfälle, Schwierigkeiten und Gefahren hindurch erfolgreich dienen konnte. Und so lange ich noch einen Funken Kraft in mir haben werde, werde ich diese Kraft immer einsetzen, um diese Nation vor einem leichtfertigen Wahlrechtsradikalismus zu retten. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm links.)

Ich bitte das Haus, den Paragraphen unter Ablehnung des Antrages des Abgeordneten Stefan Rakovßky in seiner ursprünglichen Fassung unverändert anzunehmen. (Langandauernder lebhafter Beifall, Applaus und Éljenrufe rechts.)

Graf Julius Andrássy:

Der Herr Ministerpräsident hat erklärt, er wundere sich darüber, daß ich während des Krieges die Wahlrechtsreform aufs Tapet bringe. Ich habe das mit keinem Worte gesagt.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Sie sagen es nicht, aber Sie tun es!

Graf Julius Andrássy: Gerade das Gegenteil habe ich gesagt! Ich habe nur das Wahlrecht der kämpfenden Bürger urgiert, was mit der großen organischen Frage des Wahlrechtes nicht im Zusammenhange steht. (Widerspruch rechts.) Ferner meinte der Ministerpräsident, es sei für gewisse Personen unangenehm, daß er über ein so gutes Erinnerungsvermögen verfüge. Auch ich verfüge über ein ausgezeichnetes Erinnerungsvermögen! Als ich das Pluralwahlrecht unterbreitete, suchte mich der Herr Ministerpräsident auf, stellte seine Unterstützung in Aussicht; doch erklärte er zugleich, daß ich zu weit gegangen bin (Heiterkeit links), und er werde im Magnatenhause eine Einschränkung anstreben. Auch später war ich in dieser Frage nicht einer Meinung mit dem Herrn Ministerpräsidenten und ich erklärte, daß seine Wahlrechtsvorlage nicht genügend sei und diese Frage nicht zum Stillstand bringen werde. Ich war kein Anhänger des radikalen Wahlrechtes und auch heute will ich mich nicht an Schlagworte binden. Gesetzt den Fall, daß mein Standpunkt sich verändert hat. Wir leben inmitten solcher Ereignisse, daß derjenige, der sich davor verschließt, vielleicht ein gelehrter, ein braver Mann, ein Heros seiner Ueberzeugung ist, keineswegs aber ein Staatsmann sein kann. (Lebhafter Beifall links und äußerstlinks.) Denn eine Tatsache steht vor der Welt fest: die Millionen des Volkes haben das Land gerettet; diese Millionen haben einen Beweis der Treue und Opferwilligkeit geliefert, den wir kaum voraussetzen konnten. In der ganzen Welt fürchtete man für die Idee des nationalen Staates vor den Sozialdemokraten. Das war vielleicht ein Beweggrund für die Stellungnahme des Ministerpräsidenten, sowie es für mich maßgebend war. Was haben wir gesehen? Die Millionen des Volkes haben ihre Pflicht erfüllt, sie haben geblutet. Ich würde mich nur freuen, wenn die ungarische Mittelklasse und der Hochadel das Beispiel befolgten, das die Millionen geliefert haben. (Langandauernder lebhafter Beifall und Applaus links und äußerstlinks.) Der Herr Ministerpräsident meint, wir seien empfänglich Schlagworten gegenüber. Ich bin keineswegs empfänglich Schlagworten gegenüber, allein ich bin empfänglich den Lehren der Geschichte, der Entwicklung der Dinge gegenüber. (Lebhafter Beifall und Applaus links.) Wer dafür nicht empfänglich ist, wer hartnäckig dort stillhält, wo er einmal steht, wer nicht sieht, daß die Welt vorwärtsschreitet, wer nicht lernt, sondern sagt, es muß so sein, wie ich es einmal gesagt habe, ist ein Unglück für das Land! (Langandauernder Beifall und Applaus links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa

will nur zwei kurze Bemerkungen machen. Wenn wir den zwei bis drei Millionen Menschen, die jetzt draußen an der Front sind, das Wahlrecht geben, so ist damit die künftige politische Entwicklung Ungarns im Zeichen des vollsten Radikalismus entschieden. Darin hat der Abgeordnete Graf Michael Károlyi vollkommen recht, daß wir, wenn wir die Massen jetzt auf einmal hineinlassen, sie nie mehr werden verdrängen können. Wer jetzt dies will, der will den Radikalismus, der entscheidet über das Schicksal der ganzen organischen Reform. Diejenigen Politiker sind vielleicht sympathisch, achtenswert, jedenfalls aber gefährlich, die am Rande des Abgrundes schreitend mit verbundenen Augen das Land leiten wollen. (Lebhafter Beifall rechts.) Was das Erinnerungsvermögen des Grafen Julius Andrássy betrifft, so ist es für gewisse Dinge jedenfalls sehr scharf, aber ein wenig lückenhaft. (Bewegung links.) Sein Erinnerungsvermögen beginnt bei der Pluralität. Während der Regierung Koloman Szélls haben Graf Julius Andrássy und auch der Redner mit der größten Uebereinstimmung die größte Vorsicht für geboten erachtet. Ferner vergißt Graf Julius Andrássy an die Zeit zwischen den Jahren 1908 und 1913, wo er ebenfalls bestrebt war, den Wahlrechtsradikalismus einzuschränken. In unseren Jugendjahren und auch im Mannesalter waren wir beide Anhänger eines sehr vorsichtigen Wahlrechtssystems. Dann gab es wieder eine Zeit, wo wir beide uns im gemeinsamen Kampf gegen das radikale Wahlrecht trafen. Wir kennen dann das plötzliche Mantelwenden, das die Bildung des Kabinetts Lukács verursacht hat.

Graf Julius Andrássy: Auch das verhält sich nicht so!

Graf Stefan Tißa: Gab es denn keinen Gegensatz in der Frage der Pluralität zwischen Andrássy und Justh? (Zustimmung rechts. Lärm links.)

Abgeordneter Béla Kelemen: Das ist nicht das Wesen der Frage!

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Nein! Es wäre gut, wenn die Herren Abgeordneten stets nur über das Wesen der Dinge sprechen möchten! (Lebhafte Zustimmung rechts. Lärm links.) Das Wesen besteht darin, daß wir uns inmitten der großen seelischen Emotion des Krieges selbst durch die edelsten Gefühle nicht zu irgendeinem Schritt hinreißen lassen dürfen, dessen Preis später die Nation bezahlen würde. (Lebhafter Beifall rechts.) Jawohl! Lernen wir aus der Weltgeschichte, aus den Ereignissen! Allein warten wir die historische Perspektive ab, in der wir dann ganz nüchtern die Lehren des Weltkrieges ableiten können! (Langandauernder lebhafter Beifall, Applaus und Éljenrufe rechts.)

Vizepräsident Elemér Simonitsits

meldet, daß mehr als fünfzig Abgeordnete über den Antrag des Abgeordneten Stefan Rakovßky die namentliche Abstimmung verlangt haben. Da dieser Antrag nur einen Zusatzantrag zu dem § 2 bildet, wird über den ursprünglichen Text des Paragraphen einfach abgestimmt.

§ 2 wird unverändert angenommen.

Folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Stefan Rakovßky.

Der Antrag wird mit 122 gegen 75 Stimmen abgelehnt; 212 Abgeordnete waren abwesend.

§ [illegible] wird unverändert angenommen.

Sodann wird der Bericht des Ministers des Innern über den Anschluß eines Gebietsteiles der Gemeinde Bös an die Gemeinde Asványy nach den Aufklärungen des Abgeordneten Nikolaus Kosthál ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Nach Authentikation des Protokolls wird die Sitzung vor neun Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen, Freitag, nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: Dritte Lesung des heute erledigten Gesetzentwurfes, Verhandlung des sechsten Regierungsberichtes über die Inanspruchnahme der Ausnahmegewalt während des Krieges.

Neues Pester Journal 67
11. VII. 1917

Pester Journal.

Sechsundvierzigster Jahrgang.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.
Redaktion und Administration:
Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 34.
Telephon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 23—31.

Angriffsstellen abgewiesen. — Ein vorbereiteter Angriff der Franzosen gegen die Höhe 304, westlich der Maas, durch Feuer unterdrückt. — Erfolg einer deutschen Stoßtruppe bei Vauz.

(Großes Hauptquartier.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg an der Ypern—Widschaete-Front, bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht im Artois, sowie zwischen Ancre und Somme mehrfach gesteigerte Thätigkeit der artilleristischen Kräfte. Unter Feuerschutz stießen an vielen Stellen englische Erkundungstruppen, südlich von Sailly stärkere Abtheilungen, gegen unsere Stellungen vor. Sie wurden überall abgewiesen.

Heeresgruppe Kronprinz:

Auf dem Westufer der Maas setzte von Mittag an heftiges französisches Feuer ein. Durch unser Wirkungsschießen ist ein sich vorbereitender Angriff gegen Höhe 304 unterdrückt worden. Auf dem östlichen Flußufer am Pfeffer-Rücken scheiterte der Vorstoß einer feindlichen Kompagnie. Bei Vauz, nördlich von St. Mihiel, drang eine unserer Stoßtruppen in die französische Linie und vernichtete Unterstände mit ihrer Besatzung.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nordwestlich von Stanislau brachte ein planmäß durchgeführtes Unternehmen 17 Gefangene und 3 Maschinengewehre ein.

An der Front des Generaloberſten Erzherzog Joseph und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen ist die Lage bei anhaltendem Frostwetter unverändert.

Mazedonische Front.

Zwischen Vardar und Doiransee zeitweilig Geschütz- und Minenwerferfeuer.

Der erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Ausnahmsverfügungen.

Von **Bartholomäus v. Lányi,**
Wirklicher Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Im Krieg sind die für normale Zeiten und Zustände bestimmten Institutionen und Vorschriften unzureichend. Der Krieg schafft exzeptionelle Situationen, welche exzeptionelle Behandlung erheischen. Neben den Aktionen der bewaffneten Macht, welche schon an und für sich tiefgreifende Einschränkungen der individuellen Freiheit und des gewohnten gesellschaftlichen und wirthschaftlichen Lebensganges im Gefolge haben, fallen dem Staate und der Gesellschaft bedeutende Aufgaben zu, um einestheils die Streitkräfte mit den nöthigen Kriegsmitteln ständig zu versehen, anderentheils im Hinterlande zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten und Berufselementen das Gleichgewicht herzustellen und zu erhalten. Es handelt sich darum, daß alle zur Verfügung stehenden Energien zweckentsprechend zusammengefaßt werden und daß somit auf allen mit der Kriegführung zusammenhängenden Bethätigungsgebieten die vollwirksame Kraft der Gesammtheit zur Geltung gelange. Zu diesem Behufe befindet sich die Regierung zufolge einer Reihe legislatorischer Ermächtigungen im Besitz außerordentlicher Machtbefugnisse. Die diesbezügliche Regierungsgewalt wurde auch in Anspruch genommen; es ist kaum irgendeine Beziehung des staatlichen Zusammenlebens denkbar, wo die zahlreichen Verordnungen und Verfügungen der Regierung nicht namhafte Verschiebungen in der vor dem Kriege bestandenen Rechtsordnung bewirkt hätten. Nun fragt es sich, ob die Maßnahmen, welche in dieser Hinsicht vorgenommen wurden, den Anforderungen der Nothwendigkeit und der Zweckmäßigkeit, sowie der unter allen Umständen zu wahrenden Gerechtigkeit entsprechen?

Die Regierung will der Kritik nicht aus dem Wege gehen; schon die lange Kriegsdauer mußte sie dazu veranlassen, die Beendigung des Krieges

Pester Lloyd 11. II. 1917 68

Kriegstagung des Reichstages.

Die Kohlenfrage.

Budapest, 10. Februar.

Ein motivierter Antrag des Abgeordneten Béla Kelemen, der zur Besserung der Lebenslage unserer Beamten deren Versorgung mit Lebensmitteln anregte, brachte heute im Abgeordnetenhause eine Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tißa, die dem Problem nähertrat und neue, erprobte Anregungen enthielt.

Die Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten betreffend die Anwendung der Ausnahmegewalt wurde heute mit einer Rede des Grafen Theodor Batthyány, der auch unsere zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich und Deutschland erörterte, sowie die Polenfrage besprach, fortgeführt. Es folgte eine oppositionelle Rede Stefan Szabós. Mit Spannung erwartete man nunmehr die folgenden Ausführungen des Grafen Béla Serényi. Sie haben die Erwartungen nicht erfüllt. Graf Serényi gehört nicht zu jenen Politikern, die, die Parteigrenzen überschreitend, von allen Parteien Programmwerte nehmen und zu einer über den Parteien stehenden Auffassung verdichten. Seine Parteilosigkeit offenbarte sich heute gewissermaßen als eine Einbuße, die er an politischem Gut erlitten hat, denn von den Gütern aller Parteien enthielt seine Rede kaum etwas. Sie war kühl, vorsichtig und zurückhaltend, freilich auch nicht mehr. So enttäuschte sie denn durch ihren sehr bescheidenen Gehalt auf allen Seiten des Hauses.

Das Interesse aber konzentrierte sich auf die dringlichen Interpellationen der Abgeordneten Graf Michael Károlyi und Alexander Pető, die beide die Kohlenfrage erörterten, die Erscheinungen dieser leidigen Plage schilderten und in Anfragen von der Regierung Abhilfe forderten. Namentlich die Interpellation des Abgeordneten Pető wirkte durch ihre von politischen Anklängen nahezu unberührte, sachliche Argumentation sehr eindringlich. Dieser Interpellant betonte, daß die Hauptstadt Budapest sich ebenso vorsichtig ihren Kohlenbedarf versorgt habe wie zum Beispiel die glücklichere Stadt Wien, daß unsere Beschaffungen durch die deutschen Behörden auch richtig effektuiert und abtransportiert worden seien, daß aber die k. u. k. Zentraltransportleitung und die österreichischen Behörden auf österreichischem Gebiet die notwendige Weiterbeförderung unseres Kohlenmaterials nicht entsprechend besorgt, vielfach gehemmt hätten.

Handelsminister Baron Johann Harkányi hat in der Antwort, die er auf diese Interpellationen erteilte, darauf hingewiesen, daß wir infolge der Steigerung der Kriegsindustrie und der Stillegung einiger unserer großen Gruben in erhöhtem Maße auf den Import angewiesen sind. Wenn die Angaben des Abgeordneten Pető den Tatsachen entsprechen, so ist die Kohlenversorgung Ungarns keine Unmöglichkeit, sondern abhängig von den bezeichneten Transportverhältnissen. Man wird also erwarten müssen, daß die österreichischen und die gemeinsamen Behörden der Hoffnung, der heute Baron Harkányi Ausdruck gab, endlich entsprechen und ihre unleugbare Pflicht endlich auch erfüllen werden.

Das Haus wird erst am Montag der nächstfolgenden Woche, also am 19. Februar, wieder zusammentreten.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Száß eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Paul Száß, Emerich Szepesházy, Zoltán Vermes.

Auf den Ministersauteuils: Graf Tißa, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Harkányi, Jankovich, Hideghéthy.

Präsident teilt mit, daß Graf Michael Károlyi an den Ministerpräsidenten, Abgeordneter Alexander Pető an den Handelsminister dringende Interpellationen wegen des Kohlenmangels angemeldet haben.

Das Haus erteilt die Bewilligung zu diesen Interpellationen, die es um 8 Uhr entgegennehmen wird.

Folgt die Tagesordnung.

Abgeordneter Béla Kelemen

verweist darauf, daß die Teuerung die Lage der Beamten geradezu unerträglich gestaltet habe. Die wichtigsten Lebensmittel, Kleidungsartikel, Beleuchtungsmaterialien u. v. a. sind mit 300—800 Prozent im Preise gestiegen. Dieser Steigerung gegenüber sind die Kriegszulagen von 25—35 Prozent absolut ungenügend. Und diese Beamten haben oft wichtige, verantwortungsreiche Agenden zu erfüllen, so daß sie mit Recht darauf Anspruch erheben dürften, wenigstens ihre materielle Unabhängigkeit gesichert zu sehen. Im Kriege sind die Reichen noch reicher geworden, die Armen aber — und zu ihnen zählen auch die Beamten — sind noch mehr verarmt. Die Hebung der sozialen Lage der mit fixem Gehalt dotierten Beamten muß gebessert werden, und es darf nicht gestattet sein, daß der Staat seine Beamten als Arbeitgeber ausbeute. Die Beamten müssen im Kriege ihre Arbeitskraft und ihre Fähigkeiten aufs äußerste anspannen, sie tragen zu großem Teile die Lasten des Krieges hinter der Front, stehen im Dienste der wichtigsten Landesinteressen und deshalb ist es auch die Pflicht des Staates, durch Regelung der Gehälter, Zulagen, Avancements zu helfen, hauptsächlich aber so, daß die verschiedenen Bedürfnisse in Naturalien bestritten werden. Die landwirtschaftlichen Arbeiter fühlen die Teuerung schon aus dem Grunde nicht in solch drückendem Maße, weil sie einen überwiegenden Teil ihrer Entlohnung in Naturalien erhalten. Dies könnte auch bei den Beamten geschehen. Redner unterbreitet deshalb folgenden Antrag:

Das Abgeordnetenhaus möge im Interesse der endgültigen Regelung der Gehälter der Staats- und Munizipalbeamten und Angestellten als Grundlage der Verhandlung einen Entwurf annehmen, nach dem die Gebühren der Beamten und Angestellten derart festgestellt werden, daß sie ihr Stammgehalt nach den bisherigen Gehaltsklassen in barem erhalten. An die Stelle der Kriegsunterstützung, Familienzulagen und anderer Teuerungszulagen aber soll ihnen ohne Rücksicht auf die Gehaltsklassen nach der Anzahl der Familienmitglieder in entsprechenden Mengen Lebensmittel (Mehl, Fleisch, Fett, Eier, Milch, Kartoffeln, Gemüse, Grünzeug, Obst, Zucker, Kaffee), Bekleidungsmittel (Stoff, Leinwand, Leder, Sohle) und Brennmaterial (Kohle und Holz) in natura zugewiesen werden. Die Wohnungsfrage soll auch weiter nach den bisherigen Vorschriften geregelt werden. Das Abgeordnetenhaus möge einen fünfzehngliedrigen Ausschuß entsenden, der nach Beschaffung der diesbezüglichen persönlichen und sachlichen Daten und nach Befragen der interessierten Beamten, sowie der landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Industrievertretungen sein Gutachten über diesen Entwurf innerhalb drei Monaten dem Abgeordnetenhause unterbreiten soll. (Lebhafter Beifall und Applaus links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:

Der Vorwurf des Abgeordneten Kelemen, die Regierung stehe der schwierigen materiellen Lage der Beamten gleichgültig gegenüber, sei ganz unverständlich. Die zunehmende Teuerung vor dem Kriege hat bereits die frühere Regierung dazu bestimmt, allen Beamten die Familienzulagen zu gewähren und damit ist auf Vorschlag des Finanzministers ein ganz neuer Gedanke zur Wirklichkeit geworden. Redner könnte seit Kriegsausbruch auf eine Reihe von Verfügungen hinweisen, die die Regierung im Interesse der Beamten getroffen hat, geleitet von dem sozialen Gefühl, das die großen Uebel, die die Teuerung verursacht, einigermaßen zu mildern sucht. Diese Uebel einfach aus der Welt zu schaffen ist ja unmöglich, und die Staatsbeamten müssen sie ebenso wie die ganze ungarische Gesellschaft überwinden helfen. Die große Last dieser Uebel betrifft freilich jene Schichten der Gesellschaft, die fixe Bezüge haben, unter ihnen auch die Staatsbeamten. Der Gedanke, den Abgeordneter Kelemen betont, ist eigentlich sehr gesund, allein die Form, die er wählt, dürfte nicht zweckmäßig sein, es wäre heute kaum möglich, oder erwünscht, einen Teil der Beamtengehälter in Naturalien, in der Form von Lebensmitteln bezahlen. Man wird sich vielleicht jener Epoche erinnern, da große Bewegungen von denjenigen eingeleitet wurden, die außer Bargeld auch Naturalien als Gehalt erhielten. Man forderte die Ablösung in Geldeswert, was auf vielen Gebieten auch gewährt wurde. Heute freilich verhält sich die Sache anders. Die Beamten, die auch Naturalien erhielten, bedauern, daß ihre Naturalbezüge durch Geld abgelöst wurden. Es ist heute unmöglich vom System der Geldbezahlung auf das der Naturalbezüge überzugehen. Es wäre überaus schwierig, diese Frage angesichts der grundverschiedenen Familienverhältnisse und Ansprüche der Beamten und der mannigfaltigen Bedürfnisse des Alltags zu lösen. Redner verschließt sich keineswegs der Aufgabe, den Beamten hilfreich beizustehen, auch im Wege gewisser Opfer. Die Form, in der er das für möglich hält, wäre die Organisation, die das Ackerbauministerium für seine eigenen Beamten geschaffen hat, in die auch der kleine Status der Beamten des Ministerpräsidiums einbezogen wurde. Diese Organisation hat sich sehr gut bewährt. Indem er bereitwillig seine Mithilfe zur Schaffung einer solchen Organisation in Aussicht stellt, bittet der Ministerpräsident, von der Annahme des Antrages Kelemen aus Gründen der Zweckmäßigkeit absehen zu wollen und diesen Antrag nicht auf die Tagesordnung zu stellen. (Zustimmung.)

Das Haus beschließt, den Antrag Kelemen nicht zu verhandeln.

Folgt die Debatte über den Regierungsbericht.

Abgeordneter Graf Theodor Batthyány

bemängelt die Tatsache, daß die Delegationen nicht tagen. Wenn die Beratung der Delegationen unmöglich ist, so mögen die gemeinsamen Minister sich hier im Hause verantworten. Es geht nicht an, daß das Parlament nicht über das Budget entscheiden kann. Die Regierung möge entweder ein Budget unterbreiten oder den Indemnitätsentwurf in der Weise abändern, daß er im Hause gründlich verhandelt werden könne. Er nimmt dann gegen die Achtstundensitzungen, wie auch gegen die jetzigen ununterbrochenen Nachmittagssitzungen Stellung, die die physischen und geistigen Kräfte der Abgeordneten aufs äußerste anspannen; er empfiehlt die Rückkehr zu den vier- bis viereinhalbstündigen Sitzungen. In dringenden Fällen könnte die Dauer der Sitzung verlängert werden.

Redner gibt seinem aufrichtigen Bedauern darüber Ausdruck, daß die Friedensaktion des Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson nicht gelungen ist. Die Botschaft Wilsons an den Senat enthielt Richtlinien für einen dauernden Frieden, die man würdigen muß. Durch die jüngsten Ereignisse ist der Frieden bedauerlicherweise wieder hinausgeschoben. Immerhin möchte Redner schon jetzt die Frage aufwerfen, wie Ungarn bei den Friedensverhandlungen vertreten sein wird. Wer wird die wahren Interessen der ungarischen Nation bei den Friedensverhandlungen vertreten? Redner kann der Zukunft nicht mit Vertrauen entgegensehen, wenn der Ministerpräsident dieser Vertreter sein sollte. Während des Krieges hat eine Parteiregierung die Angelegenheiten Ungarns geleitet, eine Regierung, die sich das Mißtrauen der gesamten Opposition erworben hat. Dieser Regierung gegenüber muß die Opposition sich das Recht der nachträglichen Kritik auch betreffend die auswärtige Politik vorbehalten.

Redner erörtert hierauf wirtschaftliche Fragen und nimmt dabei gegen den Plan einer wirtschaftlichen Verschmelzung der Monarchie mit Deutschland Stellung. Die Verschmelzung ist undurchführbar. Die Schaffung eines solchen wirtschaftlichen Blocks während des Krieges wäre auch eines der bedeutsamsten Hindernisse des Friedens. Wenn wir uns heute schon mit Deutschland wirtschaftlich festlegen, so würde dies die Feinde zweifellos nur zur weiteren Fortsetzung des Krieges veranlassen. Wir haben auch sonst kein Interesse, uns während des Krieges Deutschland wirtschaftlich rückhaltlos anzuschließen. Was nach dem Kriege geschehen soll, darüber können wir später entscheiden. Nur eine einzige Frage erheischt schon heute eine Stellungnahme: die Balkanfrage. Wir müssen schon jetzt daran schreiten, unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Balkan zu sichern. Dazu ist eine Ergänzung und Vermehrung unserer Donauhandelsflotte dringend notwendig. Was die polnische Frage angehe, so sei es geradezu malheurös, daß diese Wien völlig aus der Hand genommen worden sei und nun lediglich in und von Berlin geregelt werde. Die Aufstellung der polnischen Armee sei proklamiert worden, es werde aber alles aufgeboten, damit nur ja kein selbstständiges polnisches Heer zustande komme. Es gebe Legionen, aber diese seien alles eher als eine reguläre Armee, so sehr sie sich auch gut angelassen und so vielversprechend sie sich auch gestaltet haben. Infolge der deutschen Instruktoren sei die Rekrutierung völlig erfolglos, denn die Polen wollen herzlich gern an unserer Seite mittun, aber auch nur an unserer Seite. Den Polen sei die Führung des dreischildigen polnischen Wappens — bis auf den weißen Adler — verboten worden. Zwischen den Gouvernements Lublin und Warschau sollen sogar schon Zollschranken errichtet worden sein. (So ists! links.) Ferner fragt Redner, warum es unter den drei österreichischen Kommissären Polens keinen Ungar gebe, da doch bekanntlich die Polen gerade in den Preußen, Russen und Oesterreichern die Aufteiler ihres einstigen Königreiches sehen. Was die Frage der Beamten angehe, so erblicke Redner einen großen Fortschritt darin, daß die Pragmatik aller Kategorien von Angestellten endlich unifiziert und auf einheitliche Basis gebracht sei, auch begrüße er die Kriegsunterstützung der Hinterbliebenen, ohne die es bei der maßlosen Teuerung geradezu zu einer Katastrophe kommen müßte. Nach einer Parallele der materiellen Lage des Militärs und der Beamten kommt Redner auf die Frage der Zensur zu sprechen und sagt, die Regierung scheine mit der österreichischen etwas wie ein Kartell geschlossen zu haben, denn über die Verhandlungen des ungarischen Abgeordnetenhauses dürfe in Wien nur erscheinen, was offiziös übermittelt wird. Redner gibt dem Wunsche wiederholt Ausdruck, dem ungarischen Parlament möge es gegönnt werden, an den gemeinsamen Kriegsminister hier im Hause Fragen richten zu können. Ferner lenkt der Redner die Aufmerksamkeit der Regierung auf die ihm aus guter Quelle bekannte angebliche Absicht der österreichischen Regierung, nach dem Kriege den österreichischen Export nach Holland zu dirigieren. Die Bank, mit deren Hilfe dieser Export abgewickelt werden solle, ist jene Wiener Allgemeine Depositenbank, über deren Biergeschäfte die Zeitungen in jüngster Zeit sonderbar Erbauliches zu berichten wußten. Die in letzter Zeit vorgekommenen Fälle von Inkompatibilität bedauert Redner aufrichtig und fordert strikteste Einhaltung des Inkompatibilitätsgesetzes. In bezug auf die vorgestrigen Erklärungen des Ministerpräsidenten bezüglich des Wahlrechts widerspricht der Redner diesen auf das entschiedenste als unzeitgemäß und überholt und sagt, es erscheine als eine Unmöglichkeit, daß der providentielle Staatsmann die Träger des Karl-Truppen-Kreuzes aus den Hallen der Konstitution vertreibe. (Zustimmung links.)

Präsident teilt mit, daß Abgeordneter Johann Töth einen Antrag unterbreitet hat, demzufolge die Beratungen des Abgeordnetenhauses in Hinkunft von 8 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends dauern sollen. (Beifall links.) Ueber den Antrag wird geschäftsordnungsgemäß am Schlusse der nächsten Sitzung ohne Debatte in einfacher Abstimmung entschieden werden. (Rufe links: Wir bitten um eine Pause!) Folgt der nächste Redner! (Lärm links. Rufe links: Wir hören zu! Dort drüben unterhält man sich!)

Abgeordneter Stefan Szabó (Zámoly):

Die Regierung erblicke in jeder Aktion der Opposition einen persönlichen Angriff, der gegen die Regierung und die Mitglieder der Mehrheit gerichtet ist. Man empöre sich, weil die Opposition auch die alten Fehler der Regierung und die Inkompatibilität jetzt zur Sprache bringe. Die Handlungen der Regierung bilden ebenso wenig eine persönliche Angelegenheit, wie die Inkompatibilität der Abgeordneten. Die Regierung und die Mehrheit haben während des Krieges nichts getan, um die Parteigegensätze zu mildern. Im Gegenteil, sie sind noch immer bestrebt, in Wien die Opposition als Rebellen hinzustellen und zu diskreditieren. (Heiterkeit rechts.) Die Wahl des stellvertretenden Palatins war nur dazu geeignet, die Parteigegensätze zu verschärfen. Redner beanstandet die Art, in der die Regierung die Ausgleichsverhandlungen leitet, und tritt für das selbständige Zollgebiet und die Errichtung des selbständigen ungarischen Nationalheeres ein. Die Regierung berufe sich gern gegenüber der Opposition auf Liberalismus und Demokratie. Dennoch wollen die Regierung und die Mehrheit nicht einmal denjenigen das Wahlrecht einräumen, die für das Vaterland geblutet haben. Den Bericht nimmt Redner nicht zur Kenntnis. (Beifall links.)

Abgeordneter Graf Béla Serényi

bedauert, daß alle wichtigen Fragen hier im Plenum des Abgeordnetenhauses verhandelt werden müssen, trotzdem es in allen Parlamenten der Welt üblich sei, gewisse heikle, hochwichtige Fragen in kleinen Ausschüssen zu erörtern. Aus diesem Gesichtspunkte kann der Umstand, daß die Delegationen nicht zusammentreten können, für das Land verhängnisvoll werden. Wir müßten Organe haben, wie sie Deutschland im Haushaltungsausschuß und im Hauptausschuß des Reichstages besitzt, die mit der Regierung in beständiger Berührung sind. Es gehe nicht an, daß wir über die Lasten, die Ungarn tragen wird, nicht informiert werden, und daß wir auf Vermutungen angewiesen sind, deren Grundlage die veröffentlichten Berichte der österreichischen Staatsschuldenkontrollkommission bilden.

Seit seinem Austritt aus der Mehrheitspartei verdichtet sich seine damalige Ueberzeugung, daß hier bei Kriegsausbruch alle Kräfte vereinigt hätten werden sollen, zur Gewißheit; keiner der kriegführenden Staaten zeigt das Bild offensiver Tätigkeit der parlamentarischen Opposition und der Defensive der Regierung und ihrer Partei, Ungarn steht in diesem Belange allein. Im Interesse des Landes ist es geboten, wenn möglich noch während des Krieges, unbedingt aber nach dem Kriege eine Konzentration zu schaffen, in der alle verfügbaren Kräfte herangezogen werden, um jene großen Aufgaben, die nach dem Kriege einer Sanierung harren, zu bewältigen.

Ueber die jetzt so viel erörterten Inkompatibilitätsangelegenheiten habe Redner eine eigene Ansicht; man sollte das gültige Gesetz noch mit einer Strafsanktion versehen, damit intervenierende Abgeordnete, ebenso wie ihre Anstifter und diejenigen, die der Vermittlung zugänglich sind, ihre Strafe finden. (Bewegung. Zustimmung links.) Allein es wäre gründlich verfehlt, wenn man alle produktiven Kräfte dem Parlament fernhalten wollte, auf deren Fachkenntnisse das Land angewiesen ist. Ein Ausweg wäre zu finden, nämlich daß die offenkundig reellen Unternehmungen, an denen auch Abgeordnete beteiligt sind, selbst dann keine Inkompatibilität für diese schaffen sollen, wenn diese auf Vermittler keinesfalls angewiesenen Unternehmen in Geschäftsverbindung mit dem Staate treten.

Es sei nicht richtig, daß das Gesetz über die Verewigung des Andenkens der Helden so „platonisch" ist, Redner hätte ein Versprechen für die heimkehrenden Helden erwartet, das Versprechen, daß ihre soziale Lage gesichert wird. Die Wahlrechtsreform könne jedoch mit diesem Entwurfe der Pietät nicht verquickt werden. (Zustimmung rechts.) Es gibt Anhänger des konservativen und des radikalen Wahlrechtes auf beiden Seiten des Hauses (Bewegung), wenn sie ihre Stimmen wegen der Parteidisziplin auch nicht erheben. (Widerspruch.) Redner selbst ist für die Ausdehnung des Stimmrechtes. Die Soldaten an der Front haben übrigens nur für zwei Dinge Interesse: erstens ob ihre Familienmitglieder in Sicherheit leben, zweitens ob sie selbst, wenn sie heimkehren, ihre Existenzbedingungen finden werden. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Heimkehrenden hier Zustände finden, die sie zu der Erkenntnis bringen, daß es wert war, ihr Leben für dieses Land einzusetzen.

Redner polemisiert sodann gegen den Standpunkt, daß Ungarns Landwirtschaft nicht mehr gehoben werden könne. Seiner Meinung nach liegt die Zukunft unser Landwirtschaft in der extensiven Bearbeitung des Bodens und in der Schaffung zahlreicher Kleingrundbesitze. Diese kleinen Grundbesitze, die zweckmäßig an den Peripherien der Latifundien errichtet werden könnten, würden ihren Besitzern auch dazu Gelegenheit geben, als Beteiligte den angrenzenden Streifen des Großgrundbesitzes mit ihren eigenen Arbeitskräften zu bestellen. Die richtige Ansiedlungspolitik, die man nach dem Kriege initiieren muß, soll national und sozial sein, sie muß aber auch den Interessen der Mehrproduktion dienen.

Nach einigen Bemerkungen über die Notwendigkeit der Dezentralisation der Administration und der Entlastung der Ministerien regt Redner den Gedanken an, ob man nicht an Stelle der Obergespansinstitution eine Organisation setzen könnte, die die Mehrzahl der weniger wichtigen administrativen Angelegenheiten, etwa wie die österreichischen Statthaltereien, im eigenen Wirkungskreise erledigen würde. Der heutige Zustand in der Komitatsverwaltung ist unhaltbar.

Was die Kohlenfrage angeht, sei es ein großer Fehler, daß bei Errichtung von Zentralen die Ware sofort verschwindet. Die überwiegend große Mehrheit der Produktion an Kohle liege im Südosten des Landes und sei jetzt seit dem Rumäneneinbruche zerstört; ein Beweis, daß es gefährlich sei, mit großen konzentrierten Industrien zu arbeiten, denn von allem anderen abgesehen, richte dies die Montankleinindustrie zugrunde. Die Industrie müsse in Ungarn ohne Subvention betrieben werden. Ohne Kartell werde es nach dem Kriege in Ungarn keine Industrie geben. Wohl gebe es Leute, die die Daseinsberechtigung des kleinen Mannes in Abrede stellen; eben darum müsse ein rechtschaffenes Kartellgesetz geschaffen werden, um auch die kleinen Existenzen zu schützen.

Es sei von größter Wichtigkeit, daß wir nach dem Kriege mehr produzieren, um die Zinsen unserer Schulden zahlen zu können. Redner vertraut auf die Vitalität des Landes, das aus diesem Kriege geschwächt, aber ungebrochen hervorgehen wird. Redner ist der Ueberzeugung, daß die heutige Situation mit Verstand und Herz glücklich zu lösen wäre. Den Bericht der Regierung nimmt Redner nicht zur Kenntnis. (Zustimmung links.)

Präsident suspendiert die Sitzung auf fünf Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird die Debatte abgebrochen.

Der Tagesordnungsantrag des Präsidenten wird angenommen.

Es folgen die Interpellationen.

Die Kohlenfrage.

Graf Michael Károlyi

weist auf die Interpellation hin, die der Abgeordnete Wilhelm Sümegi in der Kohlenfrage im Monat Januar an den Handelsminister gerichtet hat. Der Minister habe in seiner Anwort erklärt, er werde alles tun, daß in der Hauptstadt kein Kohlenmangel entstehe und daß namentlich die Gaswerke mit genügender Kohle versehen sein sollen. Seither haben sich die Zustände bedeutend verschlimmert. Wer trägt die Schuld? Zweifellos in erster Reihe die schlechte Organisation. Doch wer ist dafür verantwortlich? Die Regierung oder ein anderes Organ? Aus den Berichten über die gestrige Sitzung des Finanzausschusses der Hauptstadt geht hervor, daß in der Hauptstadt große Kohlennot herrsche und daß auch der Weiterbetrieb der Gaswerke gefährdet ist. Redner habe auf privatem Wege erfahren, daß die hauptstädtischen Gaswerke nur über 800 bis 1000 Waggons Kohle verfügen, sodaß in Anbetracht des Umstandes, daß der tägliche Verbrauch der Gaswerke 120 Waggons beträgt, die Gefahr besteht, daß die Gaswerke in fünf bis sechs Tagen ihren Betrieb einstellen werden müssen. Redner habe erfahren, daß dreihundert Waggons Kohle unterwegs nach Budapest war; doch sei dieser Transport nie nach Budapest gekommen; wahrscheinlich sei es unterwegs requiriert worden. Die Beleuchtung der Hauptstadt sei infolge der vollständig unzulänglichen täglichen Zufuhr ernstlich bedroht. Man darf auch daran nicht vergessen, daß sich die in der Hauptstadt befindlichen Munitionsfabriken des Gases bedürfen; sodaß es nicht nur im Interesse des Staates, sondern auch der Kriegführung liegt, den unhaltbaren Zuständen dringend ein Ende zu machen. Auch das Erscheinen der Zeitungen würde in Frage gestellt und auch die Spitäler könnten nicht erhalten werden, wenn die Gaswerke ihren Betrieb einstellten. Warum behandelt die Regierung diese wichtigste Frage so? Weshalb hat sie nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen, damit die Hauptstadt des Landes solchen Gefahren nicht ausgesetzt sei? Redner unterbreitet folgende Interpellation an den Ministerpräsidenten:

„Ist der Herr Ministerpräsident geneigt, alle Akten und Daten dem Abgeordnetenhause zu unterbreiten, aus denen festgestellt werden kann, wen die Verantwortung für die durch den Kohlenmangel verursachte Störung im Betrieb der Gasfabriken trifft?

Ist die Regierung geneigt, für eine entsprechende Ahndung zu sorgen, wenn aus den Akten hervorgehen sollte, daß die Verantwortung die Zentraltransportleitung belastet?" (Lebhafter Beifall links.)

Arbeiterzeitung
11/II. 1917
69

Montagmittagsblatt 10 h

Redaktion, Administration und Inseraten-Aufnahme:
V. Rechte Wienzeile 97.
Stadt-Expedition und Kleiner Anzeiger:
I. Schulerstraße 13.

Telephone:
Redaktion 880
Administration 900
Inseraten-Aufnahme 900
Stadtexpedit u. Kleiner Anzeiger 9191
Filiale II 40228
„ X 58244
„ XIV 33128
„ XVI 54146
„ XVII 17178

Telegramm-Adresse:
Arbeiterzeitung Wien.
Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 19210.

Inserate übernehmen:
Bock & Herzfeld, E. Braun, J. Danneberg, M. Dukes, Haasenstein & Vogler, R. Mosse, J. Rafael, H. Schalek in Wien sowie alle Inseraten-Büros des In- und Auslandes

Arbeiter-

Zentralorgan der Deutschen So

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens

Nr. 40. Wien, Sonntag, 1

Der amtliche Schlachtbericht.

Amtlich wird verlautbart:

10. Februar.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Nordwestlich von Stanislau hatte eine von unseren Truppen durchgeführte Unternehmung vollen Erfolg. Die in die russischen Gräben eingedrungenen Abteilungen brachten 17 Gefangene und drei Maschinengewehre als Beute zurück.

Italienischer Kriegsschauplatz. Im Görzischen gewannen unsere Truppen durch nächtliche Unternehmungen mehrere feindliche Grabenstücke, fügten den Italienern schwere blutige Verluste zu, brachten 15 Offiziere 350 Mann als Gefangene ein und erbeuteten 10 Maschinengewehre, zwei Minenwerfer und viel sonstiges Kriegsmaterial. Abteilungen der Infanterieregimenter 85 und 87 und Landsturminfanterie aus Niederösterreich und der Bukowina hatten an diesem Erfolg hervorragenden Anteil.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Keine Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 10. Februar. Das Wolffsche Büro meldet vom Abend: Auf dem Nordufer der Somme, auf dem Westufer der Maas, in mehreren Abschnitten der Ostfront und zwischen dem Wardar und dem Doiransee lebhafte Artillerietätigkeit.

Die Kohlennot.

Die hochtrabenden Worte, deren sich in den letzten Tagen die bürgerliche Presse bediente, wenn sie von der Kohlennot sprach, stimmen nicht zu den Tatsachen. Schach der Kohlennot! frohlockten Freitag die bürgerlichen Zeitungen in allen Tönen und wie zum Hohn war nun eine beträchtliche Verstärkung der Kohlennot, eine ganz gewaltige Steigerung die Wahrheit. Wir müssen bekennen, wir waren wieder einmal nicht rechtzeitig bedacht, der drohenden Not zu begegnen. Deutschland verkündet heute, daß es imstande ist, die Kohlennot Dänemarks wettzumachen, das von englischer Kohle abgeschnitten ist, wir aber müssen bekennen, daß wir nicht imstande sind, hat die Ausstellung von Kohlena gestellt. Kols wird nur an S abgegeben. Kohlenkleinverschleiße eine Fuhre Kols. Die Firma K a hat die Ausgabe von Kohlenant den 14. Februar einge genannten Firmen nicht zehn W Haller in Döbling verwe von Kohlenanweisung sind fast sämtlich leer. Desg letztgenannten Firma. Auch die verkauft. Man wartet dort sehnsü Waggons Kohle und vertröstet die sprechungen über die mutmaßlich Aber auch der Verkauf von 25 Kilo Kalamität für die Aermsten der ersten Käufer schon vor 5 Uhr Gemeinde Wien in Otta es schon mehr als tausend Personen und Kinder in der dür warteten bei 17 Grad Kälte auf höchstens 25 Kilogramm Braunkohl 7 Uhr früh Angekommenen e Menge Kohle erhalten, kann ma Martyrium diese Proletarierfra schneidenden Kälte durchmachen n zwei Verkaufsstellen mehr gesch sich immer erst einige Tage vorher für 25 Kilogramm Kohle in der g man auf den vernünftigen Geda kaufsstellen zu errich der Kohlennot in Wien nicht alle werk. Es sind noch andere schwe eine der drückendsten Lasten genommen wird.

Der Betrieb der E von Dienstag a

Die Straßenbahn soll bis 5 Uhr nachmitta ½9 Uhr abends ist

Aus dem Rathause wird nachmittags fand unter den eine außerordentliche Sitzung d zunächst Vizebürgermeister R a i Ministerpräsidenten erfolgte Eins kommission erstattete, deren

Deutschen Nationalverband am-Martinic bekanntlich mit vor Einberufung des Reichs- „durchzuführen", als welche annt wurden: die Kreis- die deutsche Staatssprache, iens. Genannt wurden; der Sonderstellung Galiziens llen" Programm inzwischen wohl sie, da sie eben auch die geordnetenhauses berührt, die mit der Arbeitsfähigkeit des ng gebracht werden könnte. rfassung betrifft, so haben Reform immer ohne Ein- es doch ausschließlich der ie zu danken, daß sie n Forderung in das ngt ist. Es wird den National- lingen, den Sachverhalt vor erdunkeln. Während sie, in gramm, noch die Ausgestaltung erten, haben wir, gerade in Notwendigkeit der Verwal- reisverfassung dargelegt; der h dem Weltkrieg den Länder- begann, hat, wie überall, auch . . Die Kreisverfassung ist ung aller Verbesserungen der eitsfähigkeit des Abgeordneten- gar nichts zu tun. Diese rin, daß der Reichsrat seine eit vollzieht; inwiefern wird efördert, wenn die Kreisver- Die Sachlage ist in Wahrheit er machen ihre „Zustimmung" Reichsrates von der Erfüllung ggig und benützen ihre Macht ig, der sie zwei Minister ge- avon abzuhalten, den Reichs- Macht scheint zwar nicht stark Erfüllung der „deutschen Be- er groß genug, um die Ein- zu hintertreiben. Der Reichs- n, weil der Nationalverband n Veto eingelegt hat: das lich verstehen und danach ihr Politik treffen.

h das merkwürdige Schau- bstruiert wird, ohne denn was ist das Vorgehen deres als die Obstruk- Reichsrat? Ob man t am Arbeiten hindert oder Reichsrates hindert: im auf das gleiche hinaus, srat durch eine parlamen- acht wird. Und ob eine davonschickt, weil eine Partei bstruiert, oder ob sie den weil eine Partei des Ab- „Einspruch erhebt", ergibt ied. Warum die Regierung gung", die sie übernommen ch ihrer entledigt, wissen wir ir aber wissen, ist dies, daß en beim alten bleibt: daß lament nicht kommt, obwohl t bitter not tut und obwohl aus jeden Tag haben könnte. s das Parlament will, und dem Reichsrat steht das Veto des Nationalverbandes; und dieses scheint vorläufig das Gebot zu sein, das die innerösterreichische Politik bestimmt. Es wird aber die Zeit kommen, wo das Veto der Abgeordneten dem Votum der Wähler unterworfen werden wird.

Pester Lloyd

12./II. 1917

70

Nationalitätenprinzip?

— Wissenschaftliche Glossen zu einem politischen Problem. —

Von Dr. Géza Supka.

Budapest, 11. Februar.

Sowohl die Antwortnote der Entente auf die jetzt schon gründlich gegenstandslos gewordene Friedensanregung der nordamerikanischen Union, wie die darauf erfolgte Botschaft Wilsons enthält im Kern eine Fragestellung nach dem Leben unserer Monarchie. Es wird darin die politische Aufteilung der Erdoberfläche nach dem Leitgedanken der Nationalität proklamiert: eine Problemstellung also, die, soll sie im Sinne unserer Gegner gelöst werden, zur Auflösung unserer Monarchie führen müßte. Die endgültige Auseinandersetzung mit dieser Frage ist für uns nunmehr ein Gebot des Selbsterhaltungstriebes.

Es handelt sich vor allem um die klare Fassung des Problems. Ist Nationalität ein prinzipieller Begriff, der wissenschaftlich, also auch politisch begründbar, im Zeitalter der Weltwirtschaft als Wesensform von Machtbegriffen und sozialiven Tendenzen in Urteilen über Sein oder Nichtsein von Staaten entscheidend in die Wagschale fallen kann? Ist der Begriffsinhalt der Nationalität überhaupt mit den Grundlagen des modernen staatlichen Werdens und Seins vereinbar? Ist das Prinzip der Nationalität überhaupt wissenschaftlich und menschlich im Staatsleben berechtigt, oder nur ein Plakatwort, wie so viele andere, die unsere Gegner zur Verhüllung ihrer wirklichen Beweggründe verwenden?

Nationalität bedeutet Gemeinsamkeit derjenigen Menschen, die auf der Wundtschen Stufenfolge (Familie, Clan, Nation, Rasse) gemeinsame Lebensinteressen dritten Grades vertreten. Wenn wir in dieser Begriffserklärung nun auch wohl eines der mächtigsten Motive staatlichen Wesens: die Gemeinsamkeit der Lebensinteressen, vorfinden, so ist der Bereich dieses Gedankenkreises viel zu weit gefaßt, als daß dadurch das Prinzip der Nationalität streng umschrieben werden könnte. Lebensinteressen können nicht einfach auf Grund biogenetischer Gesetze erklärt werden: sie sind ebenso das Produkt des elementaren Selbsterhaltungstriebes, wie eines sich darob erhebenden Ueberbaues, den wir seit Hyppolite Taine gewohnt sind als Milieu anzusprechen.

Es ist nun klar, daß das subjektive Milieu des Menschen vollständig unzureichend ist, wenn es sich um die Berechtigung des Nationalitätenprinzips in Fragen der Machtgestaltung handelt. Wenn wir nämlich das subjektive Milieu nach den primären und den kulturellen Merkmalen trennen, so finden sich sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite Begriffsgruppen, die wohl zur Umschreibung der Nationalität gehören, deren aber keine als objektives Machtprinzip beansprucht werden kann. Es sind das einerseits die Merkzeichen des Habitus (somatisches Milieu), der Rasse (Abstammungsmilieu) und der Herkunft (geschichtliches Milieu), denen auf der Seite des kulturellen Aufbaues die Werte des sprachlichen, des sittlichen (Folklore) und des religiösen Milieus (soweit dieses letztere nicht als Machtgebot, sondern als subjektives Empfinden aufgefaßt wird) entsprechen. Es wurde bislang, und besonders in den letzten Jahren, wohl nicht unterlassen, jedes dieser Merkmale gegen den Bau der Monarchie diversiv auszuspielen. Aber es war auch eine Unterlassungssünde — dies kann heute offen einbekannt werden —, wenn von unserer Seite nicht ebenso versucht wurde, ein ebenso leichtes Gegenspiel zu führ n. Denn die Zerklüftung nach dem subjektiven Milieu, das so gern als Nationalitätenprinzip angesprochen wird, herrscht überall von der Grünen Insel bis zur Ukraine. Es ist aber eben auch nichts anderes, als ein willkommenes Rüstzeug politischer Agenten: eine höchst labile Erscheinung, die am allerwenigsten einen sicheren Grund für jene Beständigkeit der Verhältnisse bietet, die sowohl von der Ententenote wie der Wilsonbotschaft vorausgesetzt wird.

Bei weiterer Untersuchung der Milieufragen müssen jedenfalls die Merkmale des objektiven Milieus herangezogen werden: nicht der Mensch als Subjekt, oder menschliche Einheiten an sich sind bei der Interessengestaltung ausschlaggebend, sondern nur der Mensch oder die gesellschaftlichen Einheiten in ihrem objektiven Verhältnis zu dem sie umgebenden Milieu, das wieder nach den primären und den kulturellen Merkmalen, als geographisches und als wirtschaftliches Milieu gekennzeichnet erscheint.

*

Milieu in ethnisch-politischer Hinsicht besteht in den bedingenden Daseinsvoraussetzungen der Gestaltungen der Erdrinde und in den Tatsachen, die sich aus dem exploit der Erdrinde durch Menschenkraft ergeben: Erdkunde und Wirtschaftslehre sind also die einzig verläßlichen Stützen, die bei einer gewissenhaften Durchforschung des Nationalitätenproblems als Leitfaden zu dienen vermögen; und jedwede weltpolitische Verschiebung, Neuordnung, Korrektur, oder wie man sie nennen will, kann ernstlich nur auf diesen Grundpfeilern aufgebaut werden. Das Ergebnis dieser beiden Nenner ist nur mit dem, leider etwas zu sehr abgebrauchten Worte Kultur zu bezeichnen, deren Einheiten als Wertmesser bei jeder Neugestaltung, soll sie nicht einfach als Unterstrich für Kriegsanleihen dienen, in Betracht kommen.

Nicht die politischen Grenzen der stets verschiebbaren geschichtlichen Machtgestaltung, nicht die von Jahr zu Jahr sich ändernden Sprachgrenzen der unter Massensuggestion stehenden menschlichen Zunge, nicht der dem Witterungseinflusse unterliegende äußere Mensch, und nicht seine durch Mode und Gesinnung regierte Sitte und Gesittung (Religion, Moral, Lebensformeln, Konvention) geben Aussicht auf Beständigkeit.

Nur die annähernd unveränderliche Erdkruste und die ihr inneliegenden wirtschaftlichen Möglichkeiten ergeben halbwegs gesicherte Handhaben, die zur Bestimmung der Richtlinien einer gesunden Weltpolitik uns zur Verfügung stehen. Meere, Flüsse und alpine Erderscheinungen, Flora, Fauna und Lithurgik sind jene Prinzipien, die bei der politischen Einteilung der Erdoberfläche an Stelle des falschen Idols, genannt Nationalitätenprinzip, gestellt werden müssen. Eine irgendwie auf Beständigkeit abzielende Gruppierung der Menschheit kann nur nach jenen Kristallisationspunkten oder -linien erfolgen, die uns die Erdoberfläche bietet und die Menschheit in maritime, fluviale, alpine und Steppenkulturgruppen teilen. In diesem Entwicklungsgange mag wohl das Machtinteresse einzelner oder kleinerer Gruppen eine momentane Hemmung verursachen: wirkliche Aenderung ist aber nur Elementarereignissen, zum Beispiel dem Wandel der Berieselungsverhältnisse zuzuschreiben. Solches ist etwa die Austörrung, das Inaridimento eines Erdteiles. Als die Vertrocknungsperiode Innerasiens anhub, kam es zu Völkerverschiebungen, die wir unter dem Namen der Völkerwanderung kennen; als Arabien nicht mehr vermochte, seinen Insassen das tägliche Brot zu liefern, kam es zu der Völkerbewegung, deren Ausdruck Muhammed in dem Worte islam fand, und die die Nationalitätenverhältnisse von Spanien bis nach Indien und China umwarf. Als Italiens Erde nicht mehr ausreichte, um den Herren der Ewigen Stadt ihr sorgenloses Dasein zu sichern, kam es zur Expansion des römischen Reiches. Die Regierung der jungfräulichen Königin in England, die für so manche Nationalitäten Asiens, Afrikas und Amerikas verhängnisvoll wurde, hängt einzig und allein mit den Veränderungen weltwirtschaftlicher Art zusammen, die diese Fürstin in ihren Landen inaugurierte. Das ist eben der Gang der Weltgeschichte: geographisch-wirtschaftliche Verhältnisse drängen einen Stock von Menschen verschiedenster Herkunft, Rasse, Sprache und Religion zu gemeinsamer Lebensbetätigung zusammen: damit treten die Gesetze der Symbiose in Kraft, die Konturen verwischen sich allmählich und der Prozeß der Staatenbildung hat angesetzt — nicht nach dem Nationalitätenprinzip, sondern nach den wirtschaftlichen Interessensphären. Das Nationalitätenprinzip, würde es tatsächlich vorwalten, führte zur Zerstückelung größerer Menschheitseinheiten, während der Zug der Weltgeschichte eben entgegengesetzt zur Nalliierung, zur Konzentrierung in immer größere Einheiten drängt; deshalb ist das Aufwerfen dieses Prinzips einfach ein Rückschritt im Sinne der kleinen antiken griechischen Ephorien und beruht auf einem vollständigen Verkennen des geschichtlichen Werdens.

Nur Aenderungen in den Achsen der Weltwirtschaft vermögen tatsächlich Verschiebungen in der politischen Erdoberflächenverteilung hervorzurufen. Als das Silber den Ostabhängen der Karpathen ausging, kam es zur Auflösung und Dispersion jener Völkergemeinschaft, die sich unter dem Namen der Slawen hier zusammentat: da gingen die Weißrussen gegen Osten, die Veneter gegen Italien, die Sorben gegen Süden. Als der Zug gegen Norden über die westliche Bernsteinstraße Marseille-Rhein sein fluktatives Grundelement, den Bernstein verlor, da kam die keltische Reaktion zustande und überflutete das ganze Gallien. Als die Schiffahrt über den Kap der Guten Hoffnung einen leichten Verbindungsweg Europas mit Indien herstellte, da sank die bis dahin immens wichtige „Seidenstraße" über Syrien, Bochara nach China dahin, die Einheit des türkischen Ethnikums mit der Zentrale in Balch verschwand und das Osmanenreich vergaß selbst des „Nationalitätenzusammenhanges", der es mit Innerasien verband.

Und so eine Weltachse ist jetzt im Werden. Die Donau-Rheinverbindung verspricht eine Wirtschaftsader zu werden, bei deren stürmischem Pulsschlage das kleinliche „Nationalitätenprinzip" erst so recht als Anachronismus erscheint. Der Strom dieser neuen Weltwirtschaftslinie wird die kleine Binnenlandpolitik nordischer und südlicher Irredentenführer zugrunde reißen, und keine Note der Welt vermag diesem neuen Werden Einhalt zu gebieten. Und die Suche nach Frugalien und Rohmaterial muß anschließend an diese Achse zweierlei Richtungen nehmen. Es ist erstens das rastende Getreideland Mesopotamien mit den Kohlenablagerungen im kurdischen Gebiete, und dann das Steppengebiet Südrußlands in Europa und Asien mit den reichen Erzbergen des asiatischen Alpengebietes. Rußland hat in Sachen der Nationalitätenpolitik mit den hundert Knutenhieben ausgespielt, die es dem Sekretär der Akademie der Wissenschaften zu Petersburg, Trediakowsky, verabreichen ließ, weil dieser für die finnisch-tatarische Abstammung der Nordrussen eintrat. Das ist das Typische für die Auffassung des „Nationalitätenprinzips" bei unseren Gegnern. Aber auch Knutenhiebe vermögen den Flügelschlag kommender Zeiten nicht zu hemmen.

Bei alldem ist nur zu verwundern, daß Englands weitschauende Politiker sich zum Sprachrohr solch kleinlicher, rückschrittlicher Ideenkomplexe hergaben! An großzügiger Konzeption scheint es eben dort drüben zu gebrechen. Drum keine Angst vor den rasselnden papiernen Blitzen: das „Nationalitätenprinzip" ist ein überwundener Standpunkt und gehört in das Theatermagazin abgenützter Herrlichkeiten.

Neues Wiener Journal

Pester Lloyd
13. Febr. 1917

Die neue Phase der rumänischen Nationalitätenfrage.

Von **Vasul Mangra,**
griechisch-orientalischer Metropolit-Erzbischof.

Budapest, 12. Februar.

Gibt es unter den gewandelten Verhältnissen, die der Weltkrieg geschaffen, überhaupt noch eine Nationalitätenfrage innerhalb unserer Monarchie, und in welchem Sinne kann von einer solchen heute noch die Rede sein? In dem Kampfe, den wir nun schon das dritte Jahr für die Existenz und die territoriale Unversehrtheit der Monarchie führen, sind ihre verschiedenen Völker im Feuer des gemeinschaftlichen patriotischen Opferwillens zur unverbrüchlichen Einheit zusammengeschweißt worden. Es hat sich inmitten dieser großen Prüfung eine unteilbare und unauflösbare Vereinigung aller materiellen und geistigen Kräfte vollzogen. Dadurch hat die Monarchie eine unüberwindliche Macht und eine innere Festigkeit zu betätigen vermocht, von denen unsere Feinde keine blasse Ahnung hatten und die sie bei uns in der Vergangenheit nie vorausgesetzt haben würden.

In unserer Monarchie im allgemeinen und besonders in Ungarn gibt es mithin heute keine Nationalitätenfrage mehr, und so wäre es denn völlig unberechtigt und unangebracht, diese Frage als ein bezeichnendes Symptom der gegenwärtigen Lage zu erörtern. Von einer Nationalitätenfrage im überlieferten Sinne ist nicht mehr die Rede, das Problem scheidet aus der Reihe der aktuellen politischen Fragen aus, es ist zu einer geschichtlichen Frage geworden, die durchaus dem Bereiche der Vergangenheit angehört. Vor dem Kriege haben unsere gegenwärtigen Feinde durch künstliche und von auswärts inspirierte nationalistische Wühlereien das Nationalitätenproblem als Sprengmittel gegen die Monarchie auszunützen gesucht, und auch in ihren jüngst kundgegebenen Friedensbedingungen wiederholen sie dieses Experiment in der Absicht, ihre geheimen Pläne zu verschleiern. Das Ergebnis wird auch jetzt ebenso kläglich sein, wie es vor dem Kriege war.

Eine rumänische Nationalitätenfrage, als ein spezifisches Problem der Rumänen in der Monarchie und insbesondere in Ungarn, existiert daher heute nicht mehr und wird — wir hoffen es zuverlässig — auch in der Zukunft nie wieder existieren, obgleich diese Frage in den jüngsten Jahren im Königreich Rumänien insbesondere gegen den ungarischen Staat ausgebeutet wurde und die Ententediplomatie sich auch heute noch alle Mühe gibt, das gleiche zu tun. Wohl aber gibt es eine rumänische Frage, jedoch nicht mehr als eine innerpolitische Frage der Monarchie oder Ungarns, sondern als spezifisch ethnographisch-rumänische Frage, als Frage der Existenz Rumäniens und der ganzen rumänischen Rasse.

Am 11. März 1915 habe ich in einem politischen Aufsatz den Gedanken ausgeführt, durch die russophile Politik könne Rumänien eines Tages ganz von der Karte Europas verschwinden, das rumänische Element in der österreichisch-ungarischen Monarchie aber würde auch dann unversehrt und im Vollbesitze seiner Lebensfähigkeit bleiben. Die wirklich patriotischen Rumänen, mochten sie welchem Lande immer angehören, haben sich stets zu der Ueberzeugung bekannt, daß der Bestand einer starken Habsburgmacht in der Mitte Europas eine viel kräftigere Bürgschaft für das Fortbestehen des Rumänentums bedeutet, als im Falle des Verschwindens dieser Habsburgmacht ein die Gesamtheit des Rumänentums in sich schließendes Großrumänien bedeuten würde. Nun ist in bezug auf Rumänien meine Annahme, beziehungsweise meine Besorgnis früher, als ich gedacht hätte, in Erfüllung gegangen. Denn wo ist heute das stolze und selbständige Rumänien? Welches Schicksal ist der aus den Kanonen von Plewna gegossenen Stahlkrone des tapferen Königs Carol seither zuteil geworden? Der entartete Erbe dieser Krone, der eidbrüchige Neffe des großen Königs mußte nach Rußland entfliehen, um vom Zaren Gnade und Almosen zu erflehen. Es ist jedoch fraglich, ob der Zar überhaupt gewillt und fähig sein wird, ihn zu retten, und in keinem Fall wird das Zarenreich dies tun, um ihm sein Land wiederzugeben, sondern nur um es sich selbst zu unterwerfen, wie ja Rußland seit zweihundert Jahren andauernd auf die Gelegenheit lauert, die rumänischen Fürstentümer, die es im Verlaufe dieses Zeitabschnitts fünfmal sich anzugliedern versuchte, endgültig an sich zu reißen.

Im Jahre 1711 zwang Peter der Große den Woiwoden Demeter Cantemir, die Moldau dem russischen Kaiserreiche auszuliefern. Erst als die Türken die Russen bei Stanilesti geschlagen hatten, konnte die Moldau sich aus den Krallen des prawoslawischen Schirmherrn wieder freimachen. Den zweiten Versuch unternahm 1768 Katharina II., die, den Feldzug gegen die Türkei eröffnend, die beiden rumänischen Fürstentümer militärisch besetzte und die Bojaren und den Hochklerus zwang, ihr Land ihr auszuliefern. Allein infolge des zwischen den Russen und den Türken 1774 geschlossenen Friedens von Kutschuk Kainardji wurden die rumänischen Fürstentümer auf Oesterreichs Betreiben auch bei dieser Gelegenheit befreit. Die Zarin Katharina II. gab auch nachher noch ihr Streben nach Erwerbung der Fürstentümer nicht auf. So gelang es ihr, 1782 mit Kaiser Josef II. eine Uebereinkunft zu treffen, dem sie nebst Verbürgung anderer Vorteile die Walachei bis zum Oltflusse anbot, während sie die Herrschaft über Beßarabien, die Moldau und den restlichen Teil der Walachei sich selbst vorbehielt. Der 1792 geschlossene türkisch-russische Frieden von Jassy befreite aber auch das drittemal noch die rumänischen Fürstentümer von der russischen Willkürherrschaft. Den vierten Versuch unternahm Zar Alexander I. Napoleon hatte 1807 zu Tilsit und 1808 zu Erfurt die Eroberung der rumänischen Fürstentümer durch das Zarenreich anerkannt, und Kaiser Alexander I. proklamierte in seinem Ukas vom Jahre 1811 deren Angliederung an Rußland. Als jedoch 1812 Napoleon mit seiner großen Armee Rußland bedrohte, zogen sich die Armeen des Zaren aus den Fürstentümern zurück, und so verblieb bloß Beßarabien in russischem Besitz, während die Moldau und die Walachei aus dem russischen Joch abermals befreit wurden. Die fünfte Besetzung der beiden rumänischen Fürstentümer fand unter Zar Nikolaus I. im Jahre 1828 statt. Allein Oesterreich und England zwangen im Frieden von Adrianopel den Kaiser von Rußland, die Fürstentümer wieder zurückzugeben, und nur auf diese Art wurden diese unglücklichen Länder auch das fünftemal die würgende Liebe Rußlands los.

Die durch die russischen Heere in den Fürstentümern verursachte Not ist klassisch gekennzeichnet durch den rohen Ausspruch des russischen Generals Kutussow aus dem Jahre 1810: „Die Rumänen sollen bloß ihre beiden Augen behalten, und auch diese nur, um weinen zu können." Vierzigtausend rumänische Bauern wurden im Jahre 1812 von den Russen in die Knechtschaft verschleppt, mit Geißelhieben in die russischen Steppen getrieben, um diese zu bevölkern. Mit Entsetzen sprach man noch nach Generationen von den unerhörten Qualen dieser vierzigtausend unglückseligen Geschöpfe, unter denen es Tausende von Kindern und Frauen und Greisen gab, die auf Geheiß des russischen Generals Zeltuschin Lasttieren gleich vor die mit Lebensmitteln und Waffen beladenen Fuhrwerke des russischen Heeres gespannt wurden und von denen ungezählte Tausende unter den Peitschenhieben und Lanzenstichen der wilden Kosaken den grauenvollen Tod fanden.

Es ist eine Fügung des unerbittlichen Schicksals, das an dem Volke Rumäniens jetzt die gleiche Tragik wie vor zweihundert Jahren vollzieht. Denn auch kürzlich erst fanden dreißigtausend rumänische Flüchtlinge, von Hunger, Frost und Krankheiten ums Leben gebracht, auf beßarabischem Boden zu Kischinew ihr Grab; andere zwölftausend, zumeist kaum dem Knabenalter entwachsene Jünglinge, aber wurden nach Rußland verschleppt, um in die Zarenarmee eingereiht zu werden.

Inmitten dieser Katastrophe ward dem Volke Rumäniens noch das Glück beschieden, daß die Armeen der Zentralmächte nach Vernichtung der verbündeten russisch-rumänischen Heere beinahe das ganze Gebiet Rumäniens eroberten und besetzten, und das Volk Rumäniens, froh, von der durch den Vorwand der Waffenbrüderschaft ihm aufgedrängten russischen Bevormundung sich befreit zu sehen, begrüßt und preist in den Eroberern seine wirklichen Befreier. In der Tat haben alle gewissenhaften Staatsmänner Rumäniens stets mit tiefer Ueberzeugung verkündet, „daß der Kampf der Rumänen im Königreich und außerhalb desselben lediglich an der Seite des zivilisierten Westens gegen die Vernichtungsbestrebungen Rußlands statthaben kann. Dies ist die echte rumänische Politik; eine andere gibt es nicht und kann es nicht geben". (Dem. A. Stourdza: „Europa, Rußland und Rumänien". S. 45.)

Eine echte rumänische Politik kann weder gegen die Ungarn, noch ohne die Ungarn gemacht werden. Eben deshalb konnte der große rumänische Patriot D. A. Stourdza in einer 1895 zu Jassy gesprochenen Rede mit Recht sagen: „Wir alle sind von dem Wunsche durchdrungen, daß die Mißhelligkeiten zwischen Rumänen und

Vossische Zeitung

13. II. 1917

Reichstag und Wirtschafts-Parlament.

Von

Julius Elbau.

Mit dem englischen Beispiel, zu dem ganze Generationen von Liberalen mit ehrfürchtigem Staunen emporblickten, ist heute nicht mehr viel Staat zu machen. Das Unternehmen hat seit dem 4. August 1914 so viel von seinen historischen Befugnissen eingebüßt, daß es jetzt in den entscheidenden Fragen überhaupt nicht mehr gefragt wird. Seine Stelle hat die terroristische Großstadtpresse erobert. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Am Horizont sieht man den Delegiertentag aller größerbritischen Länder, der das englische Unterhaus zu einer Lokalvertretung degradieren wird.

Entgegengesetzt ist die Entwicklung bei uns. Man konnte bisher nicht behaupten, daß der Deutsche Reichstag sich an Tradition und Einfluß im entferntesten mit der „Mutter der Parlamente" zu messen vermöge. Aufgebaut auf einem Wahlrecht, das weit gerechter und demokratischer ist als das englische, stand er im Bereiche eines auf militärischen und bürokratischen Erfolgen begründeten Obrigkeitsstaats wie ein erratischer Block, der die Regierungsmaschine zu zeitraubenden und unbequemen Umwegen zwang ohne rechte organische Eingliederung in den Gesamtbau und häufig in offenem Gegensatz zu dem älteren Parlament des größten der Bundesstaaten, das sich nicht ohne weiteres mit dem zweiten Platz begnügen mochte. Ohne Zweifel hat der Krieg die Stellung des Reichstages außerordentlich gehoben. Ganz von selbst richteten sich alle Augen auf die Volksvertretung, je mehr sich zeigte, daß die Leistungen auch der wohlwollendsten und sachkundigsten Bürokratie nicht in die Tiefen und Höhen des Daseinskampfs der Nation zu reichen vermögen. Sogar die Parteien der Rechten, die gerade „diesem" Reichstag der Großblockmehrheit besonders gram sein mußten, haben wiederholt die Parlamentstribüne als unentbehrliches Mittel freimütiger Aussprache benützt. Anträge, die den praktischen Einfluß des Parlaments zu heben bestimmt waren, sind von gemäßigt liberaler Seite ausgegangen, und die Stimmen aus dem konservativen Lager haben sich gemehrt, die in einer starken Volksvertretung das notwendige Gegengewicht gegen den Einfluß unverantwortlicher Ratgeber erblickten. Ganz abgesehen von der verheißenen Neu-Orientierung kann man sagen: in Zukunft wird es unmöglich sein, das Deutsche Reich ohne und gegen den Reichstag zu regieren.

Umso wichtiger ist es, ganz unbefangen zu prüfen, ob die dauernden Grundlagen für ein ersprießliches Wirken der Volksvertretung gegeben sind. Nicht immer werden unsere Freunde, die Feinde, so gütig sein, die nationalen Notwendigkeiten jedem Deutschen mit Kanonendonnerstimme ins Ohr zu brüllen. Zwar hat die Wahnvorstellung, daß Demokratie und Weltpolitik Gegensätze seien, viel von ihrem unbegreiflichen Zauber verloren. Wir haben heute eine Menge Sozialdemokraten, die wissen, daß in einem verkümmerten Deutschland die Arbeiterschaft in Not und Elend verkäme, und man darf annehmen, daß diese Richtung auf die Dauer die Oberhand behaupten wird über die Katastrophenpolitiker, die ihren Stolz darin suchen, nichts zu vergessen und nichts zu lernen. Immerhin bedeutet die Art, wie der Reichstag zusammengesetzt wird, die Möglichkeit, daß früher oder später, unter dem Einfluß sozialer Kämpfe, Strömungen die Oberhand gewinnen, die im Gegensatz zu der nationalen Führeraufgabe der Vertretung eines Weltvolkes stehen. Auch ein Ueberwuchern agrarischer Sonderinteressen könnte hemmend und störend wirken.

Vielleicht ist gerade jetzt, wo der eherne Zwang der Not eine so verständliche Sprache redet, die rechte Stunde, Hindernisse einer glücklichen Zukunft aus dem Weg zu räumen. Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, so hätten wir wohl in diesen Tagen einen Reichstagswahlkampf alten Stils. Es ist nicht ganz leicht, sich in die Gedankengänge zurückzuversetzen, die noch bei der letzten Wahl unser politisches Leben beherrschten. So vieles, woran früher unserer Seelen Seligkeit zu hängen schien, liegt ja heute meilenweit hinter uns, unter uns. Immerhin erinnern wir uns noch dunkel, daß alle die Kandidaten und Reden, die Aufrufe, Broschüren, Zeitungsartikel sich nicht an die Staatsbürger wandten, sondern an die Arbeiter, Bauern, Handelsangestellten, Beamten, Handwerker, Konsumenten. Jede Partei suchte sich die

Reichspost

17. II. 1917

barung:
sausschusses, der vom Deutschen Nationalverband und
den die gemeinsamen politischen Richtlinien einer
g angenommen und seitens des Präsidiums, nämlich des
. Groß, des Landmarschalls Prinz Alois Liechten-
am vorigen Donnerstag dem Ministerpräsident Grafen

g deutscher Abgeordneter im österreichischen
des Abgeordnetenhauses und die Wiener christlich-
ndsätze bereit, in sozialen, nationalen und gesamtstaat-
reichung
er Ziele

der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges.
chen Reiche, das sich in der gegenwärtigen schweren

menschluß zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.
Entwicklung die schrittweise Ausgestaltung
anzustreben.
Deutschen Reiche gegenüber dritten Staaten abzuschließen

oweit sie sich als notwendig erwiesen haben, sowie auch die
wirken.
ng zu sichern, die das Staatsinteresse erfordert.
ltung durchzuführen, die Selbstverwaltung
und entsprechend den in den einzelnen Ländern bestehen-
Bevölkerung zu gestalten, in Böhmen die Kreisein
heiten in anderen Kronländern unter entsprechenden

lung Galiziens im Sinne des kaiserlichen Hand-
die erweiterte Autonomie dieses größten österreichischen
es führe und daß dabei insbesondere die militärischen,
ressen nach jeder Richtung gewahrt und gesichert werden.
ssprache in einem dem Bedürfnisse des Staates und
festzulegen, wobei in den gemischtsprachigen Ländern den
ung in Amt und Schule Rechnung zu tragen sein wird.
chen Charakters der deutschen Länder und Landes-
t Wien zu erwirken.
ungen zwischen Oesterreich und Ungarn die Interessen

•

ig gelangenden Vereinbarungen tragen das Datum:

•

Wien, am 16. Februar.

Was die besten der Deutschen Oesterreichs seit langen
angen Jahren mit heißem Bemühen angestrebt hatten,
as in der glühenden Esse der Weltkriegserfahrungen
mmer weiteren Kreisen zur politischen Erkenntnis und
hernen Ueberzeugung gehämmert wurde, was seit langem
llgemeines Volkssehnen ist, die bereitwillige Zusammen-
rbeit der deutschen politischen Parteien in den für die
taatliche Völkergemeinschaft und im besonderen für das
eutsche Volk Oesterreichs entscheidenden Fragen, scheint
Wirklichkeit werden zu wollen. Nach langwierigen
Verhandlungen und Beratungen, nach zahlreichen
egenseitigen Aussprachen und redlichen Bemühungen,
as Trennende und Nichtaktuelle auszuscheiden, das
trittige zu klären und zu schlichten, das Wesentliche
nd Ausschlaggebende aus dem Minderwichtigen heraus-
uschälen und zu formulieren, sind nunmehr die beiden
roßen bürgerlichen deutschen Parteigruppen in der Lage,
it einer feierlichen Vereinbarung, mit einem festgefügten
Programm künftiger Zusammenarbeit vor die Oeffentlich-
keit zu treten. In den zehn Punkten, auf die man sich
geeinigt hat, wird im Lapidarstil aller jener großen Auf-
gaben gedacht, die uns die nächste Zukunft stellt und bei
deren Ordnung das deutsche Volk Oesterreichs seine
politischen Vertretungen, unbeschadet ihrer sonstigen
Meinungsverschiedenheiten, als geschlossene Phalanx an
der Arbeit zu sehen wünscht.

Damit ist auch schon der Charakter der Verein-
barungen angedeutet. Nicht etwa um eine der Gegen-
wart besser angepaßte neue Zusammenstellung alter
nationaler Forderungen der Deutschen Oesterreichs an
den Staat handelt es sich; ein solches Sicheinschließen in
das Schneckenhaus rein nationaler Wünsche konnte in
der Gegenwart, die allen Völkern der Monarchie die
gemeinsame Verteidigung des bedrohten gemeinsamen
Vaterlandes auferlegt, nicht das Ziel und Ende eines Zu-
sammengehens der beiden großen politischen Richtungen
bilden. Der Inhalt der Gemeinschaft mußte größer und
reicher sein, nicht abschließend und abstoßend oder
gar verletzend für Außenstehende, sondern

Österr. Volkszeitung
17. II. 1917
80

Die Richtlinien der Deutschbürgerlichen.

In der letzten Sitzung des gemeinsamen Vollzugsausschusses der deutschbürgerlichen Parteien wurden die nachstehenden Richtlinien beschlossen: Das Präsidium des Ausschusses Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Abgeordneter Dr. Groß und Landmarschall Prinz Liechtenstein sprachen am vorigen Donnerstag beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic vor und brachten demselben die vom Ausschuß nunmehr endgültig festgesetzten „Richtlinien" zur Kenntnis. Diese lauten:

Die christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter im österreichischen Parlament, der deutsche Nationalverband des Abgeordnetenhauses und die Wiener christlichsoziale Partei sind unter Wahrung ihrer Parteigrundsätze bereit, in sozialen, nationalen und gesamtstaatlichen Fragen zusammenzuarbeiten zur Erreichung folgender Ziele, und demnach:

1. Alle Kräfte zusammenzufassen zur Heilung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges.

2. An dem Bündnisse mit dem Deutschen Reiche, das sich in der gegenwärtigen schweren Zeit so sehr bewährt hat, festzuhalten.

3. demgemäß:

a) einen innigeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland gegebenenfalls nach Maßgabe der wirtschaftlichen Entwicklung die schrittweise Ausgestaltung zu einem Zoll- und Handelsbündnisse anzustreben.

b) Handelsverträge gemeinsam mit dem Deutschen Reiche gegenüber dritten Staaten abzuschließen und entsprechende Absatzgebiete sicherzustellen.

4. Aenderungen der Verfassung, insoweit sie sich als notwendig erwiesen haben sowie auch die Aenderung der Geschäftsordnung des Reichsrates zu erwirken.

5. Den Deutschen in Oesterreich jene Stellung zu sichern, die das Staatsinteresse erfordert.

6. Die Reform der staatlichen Verwaltung durchzuführen, die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden aufrechtzuerhalten und entsprechend den in den einzelnen Ländern bestehenden besonderen Verhältnissen und den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten, in Böhmen die Kreiseinteilung einzuführen und die deutschen Minderheiten in anderen Kronländern unter entsprechenden gesetzlichen Schutz zu stellen.

7. Bei der Durchführung der Sonderstellung Galiziens im Sinne des kaiserlichen Handschreibens vom 4. November 1916 darüber zu wachen, daß die Autonomie dieses größten österreichischen Kronlandes nicht zu einer Lockerung des staatlichen Gefüges führe und daß dabei insbesondere die militärischen, finanziellen, verkehrspolitischen und sonstigen Staatsinteressen nach jeder Richtung gewahrt und gesichert werden.

8. Die Einführung der deutschen Staatssprache in einem dem Bedürfnisse des Staates und einer geordneten Verwaltung vollauf entspechenden Maße festzulegen, wobei in den gemischtsprachigen Ländern den sprachlichen Erfordernissen der anderssprachigen Bevölkerung in Amt und Schule Rechnung zu tragen sein wird.

9. Ferner die Sicherstellung des deutschen Charakters der deutschen Länder und Landesteile, insbesondere der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, zu erwirken.

10. Bei der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn die Interessen Oesterreichs nachdrücklichst zu wahren.

Deutscher Nationalverband.

Ueber die Beratungen in der Vollversammlung des deutschen Nationalverbandes erfahren wir: Der Obmann des Verbandes Abg. Dr. Groß erstattete einen Tätigkeitsbericht des Vorstandes und teilte hiebei mit, daß die kürzlich gewählte Abordnung, bestehend aus den Abgeordneten Dr. Groß, Wolf und Hummer beim Justizminister und beim Minister Doktor Baernreither in Angelegenheit der Zensur vorgesprochen habe. Es sei zu erwarten, daß eine erhebliche Besserung in den Zensurverhältnissen eintreten werde. Abgeordneter Hummer habe dem Justizminister über diese Angelegenheit auch ein detailliertes Memorandum überreicht. Bezüglich des Antrages der deutschen Agrarpartei wegen Rechnungslegung der Wirtschaftszentralen berichtete Abg. Dr. Groß, daß Handelsminister Dr. Urban durch einen Erlaß die Wirtschaftszentralen zur Rechnungslegung aufforderte. Nach Einlangen dieser Berichte werden sie auch publiziert werden. Sodann referierte der Obmann über die Angelegenheit der Eisenbahntarife und stellte fest, daß der vom deutschen Nationalverband gefaßte Beschluß Erfolg hatte, wenn er auch zu einer Auseinandersetzung mit den industriellen Verbänden führte. Im übrigen werden die zwischen dem deutschen Nationalverband und den Industriellenvereinigungen diesbezüglich schwebenden Angelegenheiten in einer gemeinsamen Kommission bereinigt werden. Sodann legte Dr. Groß die an anderer Stelle bereits mitgeteilten Richtlinien, wie sie vom deutschen Nationalverbande und der christlichsozialen Vereinigung festgelegt worden waren, vor.

In der nun folgenden Debatte stellte Abgeordneter Dr. Steinwender namens des Vorstandes des deutschen Nationalverbandes den Antrag, die Regierung sei aufzufordern, die Vorbedingungen für die Einberufung des Reichsrates ehebaldigst zu schaffen. Dr. Steinwender führte in Begründung dieses Antrages aus, daß der Antrag keinerlei Aenderung in der früheren Haltung des Verbandes gegenüber der Einberufung des Reichsrates bedeute. Sodann wurde der Antrag Dr. Steinwenders angenommen.

Eine längere Debatte entspann sich über die Frage der Lebensmittelversorgung und die Maßnahmen gegen Preistreiberei und Wucher. Ein Antrag des Abg. Kittinger, die Strafen gegen die vorerwähnten Delikte zu verschärfen, wurde angenommen. Abg. Hummer wandte sich gegen die Schwerfälligkeit der Geschäftsführung im Vorstande des deutschen Nationalverbandes und erörterte dann gleichfalls Fragen der Lebensmittel-, Kohlen- und Petroleumversorgung. Zu seinen Anregungen sprachen eine Reihe von Abgeordneten. Entsprechend einem Antrage des Abg. Hummer wurde der Beschluß gefaßt, daß alle in Wien anwesenden Mitglieder des Vorstandes des Verbandes und die in Wien anwesenden Verbandsmitglieder einen besonderen Ausschuß bilden, der sich vor allem mit der Durchführung und Verfolgung der Verbandsbeschlüsse auf dem Gebiet der Beschaffung der Bedarfsartikel zu befassen haben wird und jeweilig auch bei der Regierung einzuschreiten befugt sein soll.

Schließlich gelangte ein Antrag des Abgeordneten Dr. Damm zur Annahme, der sich mit der Beschäftigung landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeiter in der heimischen Wirtschaft befaßte.

Neues Pester Journal

18. VII. 1917

89

Pester Journal.

Sechsundvierzigster Jahrgang.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.
Redaktion und Administration:
[illegible]ut (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 31.
Telephon: Redaktion 26—09. Administration 28—10, 28—31.

gen, südlich von Miraumont ein nach Trommelfeuer einsetzender stärkerer Angriff abgewiesen.

Heeresgruppe Kronprinz:

An der Aisne westlich von Berry au Bac und in der Champagne südlich von Ripont schlugen französische Vorstöße fehl. Unsere Fliegergeschwader bewarfen sichtige Anlagen hinter der feindlichen Front ausgiebig mit Bomben. An der Somme flogen mehrere Munitionslager der Gegner in die Luft. Knall und Erderschütterung waren bis St. Quentin wahrnehmbar.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Baiern:

Bei Illuxt, südwestlich von Luck, bei Zborow, südlich von Brzezany und südwestlich von Stanislau scheiterten russische Unternehmungen.

Front des Generaloberſten Erzherzog Joseph:

Auf den Höhen nördlich des Ostozthales haben sich seit Morgengrauen Kämpfe entsponnen.

Bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madensen:

und an der

Mazedonische Front

hat sich die Lage bei geringer Gefechtsthätigkeit nicht geändert.

Der erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Die Nationalitäten.

Von **Bartholomäus v. Lányi,**
Wirklicher Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Mit den Gefühlen innigster Befriedigung lesen wir die Loyalitätskundgebung der ungarländischen Rumänen, mit welcher sie die Insinuation der Entente, als würden sie die Herrschaft der heiligen ungarischen Krone als eine Fremdherrschaft betrachten und sich nach einer Befreiung von derselben sehnen, auf das entschiedenste zurückweisen. Sie bezeichnen das angebliche Kriegsziel unserer Feinde, in der künftigen Staatengestaltung auch gegenüber den Ländern der ungarischen Krone das Nationalitätsprinzip zu verwirklichen, geradezu als ein Attentat auf die Integrität des Vaterlandes, in welchem die Rumänen und überhaupt die ungarländischen Nationalitäten insgesammt freie und gleichberechtigte Bürger sind. In der Erklärung der ungarländischen Rumänen wird es ausdrücklich festgestellt, daß es in Ungarn kein Gesetz gibt, welches hinsichtlich der Rechte und Freiheiten, sowie hinsichtlich der Pflichten zwischen ungarischen und nichtungarischen Bürgern einen Unterschied machen würde. Von der Ueberzeugung geleitet, daß nur der Glanz und die Wärme der heiligen ungarischen Krone berufen ist, die kulturelle, wirthschaftliche und politische Entwicklung der ungarländischen Rumänen zu sichern, kämpft das heimische rumänische Volk — sowie in der mehrhundertjährigen Vergangenheit — auch in dem jetzigen Weltkriege mit allen seinen geistigen und physischen Waffen für die Unverletzlichkeit des ungarischen Vaterlandes.

Diese Revelation bekundet sich nicht nur in Worten, sondern auch in Thaten. Die ungarländischen Rumänen tragen mit Heldenmuth und Opferwilligkeit die Lasten des Krieges. Dasselbe gilt aber auch von den übrigen ungarländischen

---

diese Weise dem skeptischen Flaneur auf der Straße | ohne Schwüle und aufgestöbertes Verlangen ab-

Pester Lloyd

89

20. II. 1917.

einer tritischen Auseinanderlegung erörterte er die Besetzung des Kapitols in der Aufruhrnacht und die Haltung des Königs. Regierungsbericht ist insofern übersichtlich, noch vollständig; in der ersten Zeit sie [illegible] viel Bedeutung. Vor nicht langer Zeit hat Cornuatora die schwerere Tage durchgemacht. Mit Schrecken schildern mir seine Beobachter ihre Erlebnisse in den letzten vier Monaten.

In den ersten Tagen fielen nur einige Geschosse in die Stadt, als wurden sie sich nur zögernd hineintrauen. Doch in den nächsten Tagen häufte sich ihre Zahl. Zuerst waren es nur zehn und zwanzig, dann liegen sie auf vierzig und sechzig und an einem Tage wurden sogar zweihundert gezählt.

Eben im Ofen, irgendwo auf einer bevölkerten Höhe, zum Greifen nahe, sah damals der ruffische Beobachter und sah in das Weichbild von Cornuatora hinein. Wenn sich irgendwo auf einer Straße oder im Hofe einige Personen zeigten, oder wenn ein Wagen durch die Straße fuhr, richtete er sofort die Mündung seiner Geschütze darauf, und in einigen Sekunden platzten die Schrapnelle über den Straßen und Häusern Cornuatoras und schlugen Granaten in die Häusermassen ein. Die Bevölkerung wurden ängstlich. Sie flüchteten. Nur einige wenige waren kurzentschlossen. Viele judten Schutz in Kellern. Sie waren wie in einem Gefängnisse und wagten sich tagsüber nicht auf die Straße. Nur im Dunkel der Nacht und frühmorgens, wenn dichter Nebel im Cornatale herrschte, liefen sie rasch aus einem Hause in das andere. Die Häuser entlang ging es dann. Wenn der Nebel auch oft keine Schrapnelle zu einer Zeit, wo er das Ziel nicht bedachten konnte. In den Straßen war es damals immer wie ausgestorben.

Auch jetzt steht Cornuatora unter dem Drucke solcher Erlebnisse. Nur selten begegnet mir ein Mensch in den Straßen. Sie sind verschwunden. Unter dem Donnergang eines Geschosses, hellen Bogen eine Granate zertrümmert hat, sieht eine alte Hütte. Nur sich hat sie dort Schachteln mit Bonbons, Zigarettenpapier, Selbstpflaster und stiftigen Bleistiften, die den vorbeieilenden Soldaten angeboten

Pächtiger, erfahrener Fachmann

aus der Advokaturspraxis, welcher in der Propagierung des Zichorienkaffees und allen damit verbundenen Nebenartikeln bewandert ist, über gutgehendes Organisations- und Administrationsbüro verfügt, wird von

1132 sofort gesucht.

Offener Sprechsaal.

Für Form und Inhalt des unter dieser Rubrik Folgenden ist die Redaktion nicht verantwortlich.

Ferienkolonien.

Es ist eine Tatsache, daß die Kinder, die in den Ferienkolonien auf dem Lande waren, sich in der Schule viel besser halten als die, welche in der Stadt geblieben sind. Sie sind frischer, munterer, aufgeweckter, haben mehr Lust zum Lernen und sind auch viel gesünder. Es ist daher eine Pflicht der Menschlichkeit, daß wir unsere Kinder, die in der Stadt bleiben müssen, in den Ferienkolonien unterbringen. Ich bitte daher alle Leser, die Kinder haben, sich zu melden, damit wir sie in Ferienkolonien unterbringen können. Ich bitte auch alle Leser, die Kinder in Ferienkolonien haben, sich zu melden, damit wir sie in Ferienkolonien unterbringen können. Ich bitte auch alle Leser, die Kinder in Ferienkolonien haben, sich zu melden, damit wir sie in Ferienkolonien unterbringen können.

Für die Ferienkolonien.

Ich bitte alle Leser, die Kinder in Ferienkolonien haben, sich zu melden, damit wir sie in Ferienkolonien unterbringen können. Ich bitte auch alle Leser, die Kinder in Ferienkolonien haben, sich zu melden, damit wir sie in Ferienkolonien unterbringen können. Ich bitte auch alle Leser, die Kinder in Ferienkolonien haben, sich zu melden, damit wir sie in Ferienkolonien unterbringen können.

Für die hilfsbedürftigen Familien der eingerückten Börsenmitglieder an den Hilfsverein der Budapester Waren- und Effektenbörse erhielten wir:

	Kronen
von der kön. ung. Fluß- und Seeschiffahrt-A.-G. (in sechsprozentiger Kriegsanleihe)	2000.—
„ Leopold Schlesinger	200.—
„ Gustav Wessel, Budapest	50.—
Zusammen	2250.—

Für den Pester israelitischen Frauenverein erhielten wir:

	Kronen
als Kranzablösung für Stefan Küßler: von Julius und Hermine Deutsch	200.—

Für das israelitische Taubstummeninstitut, VII. Bezirk, Bethlen-tér 2, erhielten wir:

	Kronen
als Kranzablösung für Stefan Küßler: von Frau Armin Lonkai	50.—

Für die Zentrale des Israelitischen Landes-Patronagevereins (Kriegswaisenfonds), VI., Dutca 46, erhielten wir:

	Kronen
von Josef Krauß	100.—

Für den Israelitischen Ferienkolonienverein erhielten wir:

	Kronen
als Beitrag zu den Verpflegskosten der in die Diósjenöer Kolonie aufgenommenen siebenbürgischen Flüchtlingskinder:	
von Josef Krauß	100.—
„ Hermine Reinitz	25.—
Zusammen	125.—

Für die Pester Chewra Kadischa (Szeretetház) erhielten wir:

	Kronen
als Kranzablösung für Frau Witwe Ignaz Trottina: von der trauernden Familie	40.—

Für das Blindeninstitut (Wechselmann Ignácz és neje) erhielten wir:

	Kronen
als Kranzablösung für Frau Witwe Ignaz Trottina: von der trauernden Familie	40.—

aufnahme des Unterrichts in den hauptstädtischen Volksschulen die Verteilung armer Schulkinder mit dem unentgeltlichen Frühstück ungesäumt erfolgen kann.

Von der Volkswohlfahrtzentrale ist uns nun die folgende Empfangsbestätigung zugekommen:

Hochgeehrter Herr Chefredakteur!

Die Volkswohlfahrtzentrale der Haupt- und Residenzstadt bestätigt mit aufrichtigem Dank den Empfang der ihr überwiesenen Summe von 18.290 (achtzehntausendzweihundertneunzig) Kronen, die Sie ihr aus dem Ertrag der Sammlung für das Frühstück armer Schulkinder überwiesen haben.

Wir können es nicht unterlassen, auch bei dieser Gelegenheit dankbar zu gedenken der umsichtigen, hilfsbereiten Nächstenliebe und der unerschöpflichen Opferwilligkeit, die der ehrenwerte Leserkreis des Pester Lloyd unter dem Eindruck der begeisterten und unermüdlichen Propaganda der Redaktion zur tunlichsten Linderung der Entbehrungen der hauptstädtischen Bevölkerung betätigt. Das Ergebnis dieser edelmütigen Propaganda, auf die das Publikum Ihres hochgeschätzten Blattes stets in sehr würdiger Weise reagiert, ist der stolze Erfolg, daß die Sammlungen des Pester Lloyd nunmehr die siebente Million erreicht haben, ein Erfolg, für den dem Publikum des Pester Lloyd und dem Blatte selbst alle Anerkennung gebührt.

Einer verständnisvollen, von lauterster Nächstenliebe eingegebenen Initiative entspricht auch die Bewegung, die Sie für das Frühstück armer Schulkinder einzuleiten die Güte hatten. Mit vollem Verständnis für die Notwendigkeit dieser Aktion werden wir alles aufbieten, um im Sinne der hochherzigen Intentionen der Spender den zu diesem Zweck bekundeten Opferwillen zum Besten der armen Schulkinder in möglichst vollkommener Weise zur Geltung zu bringen.

In vorzüglicher Hochachtung
die Volkswohlfahrtzentrale der Haupt- und Residenzstadt Budapest:
Déri,
Vizebürgermeister, geschäftsführender Vizepräsident.
Dr. Hugo Csergö,
Direktor.

VIZMELEGITŐKET takarékházhelyek rekvirált rézkatlanjai helyébe megfelelő pótanyagból gyárt és szállít valamint a kiöserélőssel kapcsolatos összes felvételeket és szállításokat rendkívül jutányosan elvállalja a **Hazafias Ipartársulat Szövetségének Vizmelegítőket pótló és felmérő állomása** Budapest, VI., Andrássy-út 12. Telefon 1-1-1.

akzeptiert.

Ausführliche Offerte mit Lebenslauf, bisheriger Tätigkeit, Referenzen und Gehaltsansprüchen unter Beilegung von 10 Heller an Julius Vermes, Budapest, VI., Horn Ede-utca 18, zu richten.

Kriegstagung des Reichstages.

Budapest, 19. Februar.

Die Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten.

Abgeordneter Zoltán Szilassy eröffnete heute im Abgeordnetenhause die Reihe der Redner, die die Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten betreffend die Anwendung der Ausnahmegewalt im Kriege fortführten. Er brachte in seinen Ausführungen vieles, was günstig und nützlich erscheint, freilich auch manches, was nicht als durchaus richtig anerkannt werden kann. Das letztere gilt vor allem von den Bemerkungen, mit denen er für eine Erhöhung der Getreidepreise eintrat. Es folgte eine Rede des Abgeordneten Moritz Palugyay.

Das wertvollste Stück der heutigen Beratung war zweifellos die Rede, mit der Abgeordneter Gustav Gratz in die Debatte eingriff. Sie umfaßte alle großen, wichtigen wirtschaftlichen Probleme unseres Staatslebens und sie behandelte alle Fragen klar, übersichtlich, ruhig und überzeugend. Interessante Gesichtspunkte für die Behandlung der Kriegsschäden in Siebenbürgen, wertvolle Hinweise auf die Notwendigkeiten der Wiederherstellung des normalen wirtschaftlichen Lebens leiteten die Rede ein. Dann beleuchtete Abgeordneter Gratz die budgetären Aufgaben der nachkriegerischen Staatswirtschaft und in diesem Rahmen die große Bedeutung, die der Arbeitskraft und der Ersetzung der verlorenen Arbeitskraft im Produktionsprozeß und vom fiskalischen Standpunkt aus zukommt. Vor leichtfertigem Optimismus warnend und den übertriebenen Pessimismus zurückweisend, würdigte er die Aufgaben, die die finanzielle Belastung der Staaten nach dem Kriege zur Lösung stellt. In

reicher und Ungarn [illegible] durch unsere dortige Gesandtschaft dem Ministerpräsidenten Grafen Tißa 6100 Kronen 11 Heller für die Unterstützung siebenbürgischer Flüchtlinge übersenden lassen.

Kriegstagung des Reichstages.

Die Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten.

Budapest, 20. Februar.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa war heute abwesend, und dieser Umstand schien es zu verursachen, daß das erwartete Ereignis der Sitzung, eine Rede des Grafen Julius Andrássy, unterblieb. Immerhin ließ auch der heutige Tag das kontradiktorische Verfahren nicht vermissen.

Es sprach Abgeordneter Géza Beliczey, der, einige wirtschaftliche Gesichtspunkte ausgenommen, durchaus die einheitliche Auffassung der Rechten vertrat. Ebenso machte der nächste Redner, Abgeordneter Stefan Bottlik, das geltend, was sich in dieser Debatte aus den Reden der oppositionellen Abgeordneten bisher als Kritik der Linken herauskristallisierte. Eine Spezialfrage hatte sich Abgeordneter Johann Szabó gewählt. In guter Vorbereitung unterbreitete er dem Hause Ausführungen, die unsere zukünftige Schiffahrtpolitik, namentlich die Fragen der Donau- und Theißschiffahrt, wirksam und instruktiv beleuchteten.

Nach einer Reihe kritischer Auslassungen über die kriegswirtschaftlichen Verfügungen der Regierung schlug Markgraf Georg Pallavicini, die Inkompatibilitätsfrage berührend, schärfere parteipolitische Töne an, die ziemlich herausfordernd klangen. Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány berichtigte in knappen, die tatsächlichen Umstände feststellenden Ausführungen die Irrtümer, die dem Vorredner in seiner kriegswirtschaftlichen Kritik unterlaufen waren.

Den politischen Teil der Polemik besorgte dann Abgeordneter Iwan Rakovßky. So weit es sich darum handelte, die Attacke des Markgrafen Georg Pallavicini zurückzuweisen, war er durchaus glücklich in seinem Beginnen. Was er aber über die allgemeine Politik zu sagen hatte, war in einzelnen Punkten weniger glücklich. Das offene Bekenntnis dieses Redners zur konservativen Politik mag ja manches erklären; aber die These, daß konservative Politik identisch sei mit der Bewahrung von Werten, darf nicht unwidersprochen bleiben. Hat etwa der liberale und demokratische Fortschritt nationale, gesellschaftliche oder menschheitliche Werte jemals zerstört? Freisinn und Demokratie haben immer und überall die wirklichen Werte gemehrt, die Völker und Staaten zu höheren Stufen der Entwicklung emporgetragen. Die konservative Politik beruht auf dem Gesetz der Trägheit, und da sie das Seiende erhalten will, wirkt sie hemmend auf den Fortschrittstrieb und den Freiheitsdrang; von ihr gilt das Wort: „Rast ich, so rost ich". Eine solche Politik mag strebsame Politiker in die Höhe bringen. Völkern und Staaten ist sie noch immer zum Verhängnis geworden.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Száß eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 3 Uhr nachmittags.

Schriftführer: Alfred Pál, Felix Szinyei-Merse, Koloman Szojka.

Auf den Ministersauteuils: Teleßky, Balogh, Baron Ghillány, Jankovich.

Auf der Tagesordnung steht die fortsetzungsweise Debatte über den sechsten Regierungsbericht betreffend die Inanspruchnahme der Ausnahmegewalt im Kriege.

Abgeordneter Géza Beliczey:

Die Beurteilung der Lage führt uns zu der Ueberzeugung, daß die ungarische Nation in diesem Weltkriege ihre Aufgabe glänzend erfüllt hat. Dazu hat in hervorragendem Maße die Umsicht der Regierung beigetragen, mit der sie die Ausnahmegewalt anwendete. Diese Verfügungen haben namentlich die Produktion in musterhafter Weise geregelt. Wohl gab es auch Uebelstände, diese wurden aber zu überwiegendem Teile durch die ungünstigen Ernten der letzten Jahre und durch die Undisziplinierheit der Bevölkerung verursacht. Die landwirtschaftlichen Arbeiter waren im verflossenen Jahre so glänzend organisiert, daß zahlreiche Landwirte erklärten, noch niemals mit solcher Leichtigkeit zu Arbeitern gekommen zu sein. Die Viehzucht vermochte nicht nur die Bedürfnisse der Armee zu befriedigen, sondern auch der Nachfrage der übrigen Konsumenten zu entsprechen. Heute ist die Aufrechterhaltung der fleischlosen Tage nicht mehr notwendig. Redner lenkt die Aufmerksamkeit des Finanzministers auf die Tabakproduktion; die Einlösungspreise für Tabak sind zu niedrig, was eine der Hauptursachen des Tabakmangels bildet; hier wäre eine Aenderung der Einlösungsvorschriften und eine entsprechende Erhöhung der Preise wünschenswert. Eine gewisse Erhöhung der Getreidepreise ist notwendig, sie könnte übrigens ohne Belastung der Konsumenten erfolgen. Er schließt sich ferner dem Wunsche nach Maximierung der Industrieartikel, besonders der für die Landwirtschaft notwendigen Industrieartikel an. Zur Sicherstellung der nächstjährigen Ernte wäre auch die Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Landwirten und Gesinde notwendig; die einschlägigen gesetzlichen Verfügungen sind unzulänglich.

Redner bespricht hierauf die Ernährungsfrage. Der richtigen Organisierung von seiten der Regierung ist es zu danken, daß trotz der ungünstigen Ernten die Verhältnisse im großen und ganzen befriedigend waren. Es ist unser aller Pflicht, dazu beizutragen, daß unsere Volkswirtschaft erstarke. Redner erachtet die Verfügungen der Regierung als zweckentsprechend und nimmt den Regierungsbericht zur Kenntnis.

Abgeordneter Stefan Bottlik:

Die Sicherung der Lebensbedingungen der arbeitenden Millionen wäre die höchste Aufgabe des inneren Regimes gewesen; sie wurde nicht entsprechend gelöst. Den durch den Krieg veränderten Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion könne man mit Polizeimaßregeln nicht genügen, es wären hier Zugtiere, landwirtschaftliche Maschinen und militärische Arbeitskräfte notwendig gewesen. Der Regierung hat man aus Deutschland eine Anzahl von Pflugmaschinen mit Motorbetrieb angeboten; Redner habe Beweise dafür, daß dieses Angebot aus finanziellen Gründen abgelehnt wurde.

Abgeordneter Georg Szmrecsányi: Legen Sie sie vor! Niemand interessiert sich. (Rufe: Weder der Minister, noch sein Staatssekretär ist anwesend! Lärm. Rufe links: Wir wollen hier nicht nur die Zeit vergeuden! Lärm rechts und links. Präsident läutet.)

Abgeordneter Stefan Bottlik (fortfahrend) beschäftigt sich mit den Mißständen, die bei der Anschaffung des Saatgutes vorkamen. Die Regierung hätte alles aufbieten müssen, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Man hätte auch den Konsum der Lebensmittel im Lande einheitlich regeln sollen. Es sollten auch bei uns nach deutschem Beispiel Zentralküchen errichtet werden. Man müsse endlich dagegen auftreten, daß alle Lasten den Konsumenten und den Landwirten auferlegt werden. Die Preise der primitiven Bedarfsartikel der industriellen Produktion müssen maximiert werden. Jeder Luxus soll aufhören. (Rufe links: Es ist finster! Wir bitten um Licht! Heiterkeit.) Die Tätigkeit der verschiedenen Zentralen sei höchst bedenklich; einige Zentralen gingen einfach aus dem Kartell hervor; der einzige sichtbare Nutzen der Zentralen ist die Preiserhöhung der Artikel.

Redner führt Beispiele dafür an: Die Oelzentrale hat die Einfuhr von Speiseöl und Seife für die Hauptstadt verhindert. (Rufe: Unerhört! Anderswo wird die Regierung dafür unter Anklage gestellt! Lärm links.) Die Pflaumenzentrale hat die Preise hinaufgeschraubt. (Lärm links.)

Abgeordneter Stefan Rakovßky: Das ist einfach verrückt! (Lärm links.)

Abgeordneter Stefan Bottlik (fortfahrend): Die Warenabteilungen der Großbanken reißen alles an sich (Lärm und Zwischenrufe links), das Kapital wirft sich auf die Landwirtschaft, es ist zu befürchten, daß die Spekulation die Bodenpreise steigert. Das muß mit allen Mitteln vereitelt werden. Es gilt vor allem, die Schwachen gegenüber dem Kapital zu schützen. Gleiche politische Rechte für alle werden das neue Ungarn erblühen lassen, denn die Völker der Schützengräben kehren mit gestärktem Selbstbewußtsein zurück, sie werden die künstlichen Schranken vor dem Volksrechte umstoßen.

Redner nimmt den Regierungsbericht nicht zur Kenntnis. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abgeordneter Johann Ilkóby-Szabó

zieht eine Parallele zwischen dem gegenwärtig tobenden Weltkrieg und den napoleonischen Kriegen, in denen Frankreich die Weltmacht Englands bedrohte. Jetzt steht der englischen Ausdauer die deutsche Ausdauer gegenüber. Unsere strategische Ueberlegenheit ist zweifellos und wir alle sind von der siegreichen Beendigung des Krieges überzeugt; dennoch müssen wir darauf vorbereitet sein, daß der Krieg noch längere Zeit dauern werde. Die Erhaltung der Kampftätigkeit unseres Heeres steht außer Zweifel und auch der jetzt eingeleitete verschärfte Unterseebootkrieg, der zweifellos allen eventuellen Konsequenzen Rechnung getragen hat, verspricht den größten Erfolg. Der Name Hindenburgs, der alle hervorragenden Eigenschaften eines großen Feldherrn und Patrioten in sich vereinigt, begeistert die Truppen zu Wasser und zu Lande. (Lebhafter Beifall.) Große Bedeutung muß indessen auch den Fragen der Verpflegung und des Verkehrs eingeräumt werden. Die Schwierigkeiten in der Volksernährung sind zum großen Teil auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen. Die Regelung des Verkehrs ist ein Problem, das auch für die Zeit der Regeneration von höchster wirtschaftlicher Bedeutung wird. An Stelle der bisherigen Zentralisation des Verkehrs muß eine Dezentralisation treten und namentlich vom Gesichtspunkte des Verkehrs mit dem Balkan müssen die Verkehrsverhältnisse der größeren Städte des Alföld geregelt werden. (Beifall rechts.)

Unsere bisherige Verkehrspolitik hat die Bedeutung der Wasserstraßen nicht entsprechend gewürdigt. Besonders ausführlich beschäftigt sich Redner mit dem Donauverkehr. Er weist darauf hin, daß vor kurzem dem bayrischen Landtag ein Gesetzentwurf über die Errichtung des Donau-Main-Kanals unterbreitet worden ist. Die Donau wird zum wichtigen Verkehrsmittel Mitteleuropas werden. Wir müssen den Verkehr auf der Donau, namentlich im Interesse unserer an der Donau liegenden Städte, insbesondere der Hauptstadt Budapest, für unsere wirtschaftlichen Zwecke verwerten. Das in beiden Richtungen auf der Donau schwimmende Rohmaterial kann zur mächtigen Quelle der Industrialisierung Ungarns werden. Den ersten Schritt zur entsprechenden Verwertung der Wasserstraßen muß die Errichtung von Lagerstationen bilden, mit deren Unterstützung ein Teil des Verkehrs der überbürdeten Eisenbahnen auf die Wasserstraßen übertragen werden könnte. Ausführlich bespricht Redner auch die Schiffbarkeit der Theiß und stellt fest, daß auch für diese keine wesentlichen Hindernisse mehr bestehen. Auch vom Gesichtspunkte der Mehrproduktion ist die Förderung unserer Verkehrsmittel unerläßlich. Schließlich stellt Redner fest, daß die außerordentliche Tätigkeit, die die Regierung während der ganzen Kriegsdauer entfaltet hat, von praktischen Ergebnissen begleitet war. Den Bericht der Regierung nimmt er zur Kenntnis. (Lebhafter Beifall und Applaus rechts.)

Abgeordneter Markgraf Georg Pallavicini:

Es wäre hoch an der Zeit, daß die Regierung sich über alle Fragen äußere, damit wir uns rechtzeitig für die Friedenszeit vorbereiten können. Das Stillschweigen der Regierung kann zwei Ursachen haben: entweder hat sie kein Zukunftsprogramm (Zustimmung links), oder sie hat ein solches, das sie aber nicht wagt, zu veröffentlichen. Die sichtbaren Resultate ihrer bisherigen Tätigkeit sind nicht befriedigend. Ihre Verfügungen sind gekennzeichnet durch den Mangel an Voraussicht. Dieser Mangel hat sich besonders bei der Frage des Volksernährungsamtes erwiesen. Seine Errichtung ist zu spät erfolgt. Redner bespricht hierauf landwirtschaftliche Fragen, Aufgaben der Borstenviehzucht, Milchproduktion, Futterverteilung und kommt zu dem Resultat, daß die Regierung auch auf diesen Gebieten nur die Vorschläge der Opposition, allerdings verspätet, verwirklicht habe. Diese Verspätung habe einerseits zu einem großen Mangel, andererseits zu einer unverhältnismäßigen Teuerung geführt. Die Züchter streifen Millionen Gewinne ein. Auf dem Gebiete der Volksernährung können normalere Verhältnisse nicht geschaffen werden, ehe nicht die Getreidepreise mit den Fleischpreisen und den Preisen der Industrieartikel in Einklang gebracht worden sind. Die logische Folge dessen wäre die Feststellung von Höchstpreisen für die Industrieartikel, die Redner warm befürwortet. Redner hätte ferner gewünscht, daß die Regierung im Hause ein Programm geboten hätte, wie sie die Volksernährung im nächsten Jahre sicherstellen will. Verspätung bekundet sich auch in der Weise, wie der Kohlenmangel bekämpft wird. Wenn schon öffentliche Institutionen geschlossen werden mußten, warum wurden zuerst die Schulen, diese Warmstätten der Jugend, dann die Unterhaltungslokale des Volkes und erst zuletzt die Vergnügungslokale der Reichen gesperrt? Redner fragt die Regierung, wie hoch die Tagesproduktion an ungarischer Kohle ist und um wie viel sie gesteigert wurde.

Ebenso unorientiert wie in den wirtschaftlichen Fragen ist die Regierung auf dem Gebiete der Politik und der Diplomatie. Der Ministerpräsident und Baron Burián haben sich mit aller Kraft gegen die Einberufung der Delegationen gewehrt. Am 31. Januar haben sich Deutschland und die Monarchie zu wichtigen Schritten, zur Beschleunigung des Kriegsendes entschlossen, — der Ministerpräsident hat aber über den damals erwarteten verschärften Unterseebootkrieg das Parlament erst Tage später verständigt. Sein Einfluß auf die Diplomatie erscheint also sehr gering. Redner will drei Fragen an die Regierung richten, von deren Lösung die Zukunft Ungarns abhängt. Die erste Frage betrifft das Wahlrecht; auf diese hat die Regierung schon eine ablehnende Antwort erteilt. Die zweite Frage berührt die nationale Besitzpolitik. Gewisse Einwanderer, das Kapital und die Heereslieferanten kaufen den verfügbaren Boden auf. Der Altruismus dieser Kreise ist problematisch; sie wollen die Konjunktur ausnützen.

Unsere Landwirte werden nach dem Kriege entweder zu Sklaven der Banken, oder zu Auswanderern werden. Man müßte schon jetzt eine Statistik des während des Krieges erfolgten Grundbesitzverkehrs anfertigen, um so die Grundlagen einer gesunden Besitzpolitik zu schaffen. Die Regierung sollte von unserem Herrscher lernen, der, als er das Karlskreuz stiftete, die Verdienste unserer in den Schützengräben kämpfenden Söhne hochschätzte. Diesen Helden gebührt auch hier die Anerkennung. Nach dem Kriege müssen wir auch zur Frage der Heeresreform Stellung nehmen. Die Institution der Ersatzreserve, die Frage der Unteroffiziere harren einer gründlichen Reform. Die Berufsoffiziere würden, im Dienst heute überbürdet, nach der Reform mehr für ihre Fachkenntnisse tun können. Redner kennt die Offiziere unserer Armee, sie sind treffliche Menschen, die durch einzelne Verirrungen nicht in ihrem Ganzen kompromittiert werden können. Die Reform des Generalstabes, des Sanitäts- und des Intendanturwesens sind die Marksteine unserer bevorstehenden Reformaufgaben. Vorerst sind aber die mit der Demobilisierung verbundenen Fragen zu bereinigen.

Redner kommt auf die innere Politik zu sprechen, namentlich auf die Neujahrsreden der Mehrheitspartei; bei der Evakuierung Siebenbürgens sind Unterlassungen vorgekommen, da man das Prestige wahren wollte. Tausende sind dabei umgekommen. (Lärm links.)

Abgeordneter Stefan Rakovßky: Das gehört vor das Strafgericht! (Zustimmung links; Lärm; Präsident läutet.)

Abgeordneter Graf Theodor Batthyány: Sie haben Tausende Kinder dem Hunger preisgegeben. (Lärm.)

Abgeordneter Markgraf Georg Pallavicini (fortfahrend): Die Mehrheitspartei zeigt keineswegs das Bild der Entschlossenheit, wenn es sich um die Verteidigung des Ministerpräsidenten handelte; die Redner in dieser Debatte haben keinen solchen Kampfmut gezeigt, wie die Neujahrsreden es erwarten ließen. Es gibt in der Unabhängigkeitspartei Gruppen; es gibt einen Block der fünfzig „Reinen", der keine Inkompatibilität duldet. Diese Inkompatibilität der Abgeordneten ist eine ganz eigentümliche Sache. Graf Tißa kennt außer der gesetzlichen auch eine moralische Inkompatibilität. Kann es mit dieser moralischen Inkompatibilität vereinbar sein, daß ungarische Abgeordnete dem deutschen Militärärar Pferde verkauft haben? Unser Verbündeter war in der Auffassung, daß er Pferde von den Züchtern kaufe; über die Meinung, die man in deutschen Kreisen bekam, als man erfuhr, daß der Verkäufer kein „Bund", sondern eigentlich eine Handelsgesellschaft sei, will Redner lieber schweigen. Der Ministerpräsident dürfte wahrlich nicht abwarten, daß die Presse und die Opposition die Inkompatibilität der Mitglieder seiner Partei enthülle. Aber selbst dann macht er noch Unterschiede, denn es gibt Abgeordnete, die aus der Partei austreten müssen, andere, die ihr Mandat niederlegen müssen, andere wieder, die es behalten dürfen. Der Ackerbauminister hat hier erklärt, daß im Honvédministerium keine Lieferanten vorgesprochen haben. Der Minister irrt aber auch nicht. Wenn ja, so zeigt das, daß auch die Lieferungen für die Honvéds vom Kriegsministerium besorgt werden. Wenn nicht, so hat der Herr Minister hier eine Unorientiertheit an den Tag gelegt, wie sie selbst in Ungarn auch Ressortminister nicht bekunden dürften. Redner begrüßt mit Genugtuung den Purifizierungsprozeß der Mehrheit. Den Regierungsbericht nimmt er jedoch nicht zur Kenntnis. (Lebhafter Beifall links.)

22. II. 1917

92

Der Islam im Weltkriege.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet aus Konstantinopel vom 21. Februar:

Das Hauptquartier teilt mit:

Tigrisfront.

Schwacher Infanterie- und Artilleriekampf auf beiden Seiten.

Kaukasusfront.

Angriffsversuche einer starken Erkundungsabteilung des Feindes gegen unsere Vorposten auf dem rechten Flügel sowie gegen einen Abschnitt auf unserem linken Flügel wurden mit Erfolg zurückgewiesen. Wir erbeuteten in einer Stellung eine Menge Waffen und Kriegsmaterial. Außerdem richtete der Feind schwaches Artilleriefeuer gegen unsere Stellung auf dem linken Flügel.

Auf den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Aus dem Kriegspressequartier werden die folgenden feindlichen Heeresberichte gemeldet:

Frankreich.

21. Februar, 3 Uhr nachmittags. Von der Nacht kein wichtiges Ereignis zu melden.

England.

20. Februar. Unter dem Schutze heftiger Beschießung, die unsere Gräben vollkommen zerstörte, stürmten starke feindliche Abteilungen, mit Unterstützung von Flammenwerfern, einen unserer vorgeschobenen kleinen Posten südlich von Le Transloi. Nachts drangen wir in feindliche Stellungen östlich von Armentières und östlich von Ypern ein. Wir beschädigten die Verteidigungsanlagen des Feindes erheblich. Die feindlichen Gräben bei Sailly-Saillizel, LaBassée, Messimes und Wytschaete wurden wirksam beschossen.

Die Ukrainer an Präsidenten Wilson.

Wien, 21. Februar.

Die Slawische Korrespondenz meldet: Die ukrainische parlamentarische Vertretung richtete anläßlich der Ententenote über deren Kriegsziele an Präsidenten Wilson ein Schreiben, das dem amerikanischen Botschafter in Wien überreicht und auch der Kabinettskanzlei übergeben wurde. In dem Schreiben heißt es:

Wir Ukrainer bilden in der slawischen Völkerfamilie eine selbständige Nation. Die Prahlerei in der Ententenote von irgendwelcher „Befreiung" der slawischen Völker Oesterreich-Ungarns kann von uns Ukrainern unmöglich ernst genommen werden und muß auf lebhaften Widerstand unsererseits stoßen. Die ukrainische Nationalität wird auch jetzt, trotz unleugbarer Selbständigkeit der ukrainischen Sprache, die sogar von der Petersburger Akademie der Wissenschaften anerkannt wurde, von den russischen Regierungen konsequent geleugnet und der Gebrauch der ukrainischen Sprache bei einem Dreißig-Millionen-Volke nicht nur im Amte verboten, sondern nicht einmal in der Schule zugelassen. Das Eindringen Rußlands im Jahre 1914 in das von Ukrainern bewohnte Ostgalizien und der Bukowina gab ein Muster der jetzt angekündigten „Befreiung". Gleich nach der Invasion wurde von den Befreiern in diesem Lande, wo die 8½ Millionen Ukrainer dank der freiheitlicheren österreichischen Verfassung sich manche nationalen Errungenschaften zu erkämpfen wußten, nicht nur alle ukrainischen Schulen geschlossen, sondern die ukrainische Sprache überhaupt, so wie im Zarenreich, mit Verboten belegt und das ganze nationale Leben des ukrainischen Volkes in Galizien auf das brutalste unterdrückt. Durch persönliche Verfolgung von seiten der russischen „Befreier" wurden nicht weniger als 4000 ukrainische Patrioten nach Zentralrußland und Sibirien verschleppt und der Führer der galizischen Ukrainer und das Oberhaupt der griechisch-unierten Kirche, der Lemberger Metropolit Graf Szeptycki, als russischer Staatsverbrecher in russischen Gefängnissen interniert. Gegen eine derartige Befreiung müssen wir Vertreter des ukrainischen Volkes in Galizien entschieden Verwahrung einlegen. Unsere Gefühle werden von dem ganzen ukrainischen Volke geteilt, das entsprechend seiner Vergangenheit und nationalen Kultur einer wahren nationalen Befreiung zustrebt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. Februar.

Außer den Etats für das Rechnungsjahr 1917 sind dem Reichstage noch folgende Gesetzentwürfe zugegangen:

1. Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1916, wonach zur Bestreitung einmaliger außerordentlichen Ausgaben fünfzehn Millionen Mark im Wege des Kredits flüssig gemacht werden dürfen.

2. Ein Gesetzentwurf, wonach auf Grund des Kriegssteuergesetzes zugunsten des Reiches ein 20prozentiger Zuschlag zu der außerordentlichen Kriegsabgabe erhoben werden soll.

3. Ein hiermit in Verbindung stehendes Sicherungsgesetz, wonach Einzelpersonen vor Verlegung ihres Aufenthaltes ins Ausland der Steuerbehörde auf Verlangen Sicherheit für die künftige Kriegssteuer zu leisten haben.

4. Ein Gesetzentwurf über eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank von 100 Millionen Mark.

5. Ein Gesetzentwurf über den Haushaltsetat für die Schutzgebiete, wonach für diese die Bestimmungen des Etats für 1914 auch für 1917 maßgebend bleiben sollen.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 21. Februar.

Im Abgeordnetenhause äußerten sich bei Beratung des Etats des Ministeriums für Handel und Gewerbe einzelne Redner über die Kriegszielfrage.

Abgeordneter Bell (Zentrum) erklärte: Unter Ablehnung des wehleidigen, überspannten Pazifismus können wir der Vernichtungswut der Feinde nur dadurch mit Erfolg begegnen, daß wir unter kühler Abwägung dessen, was uns not tut, aus der militärischen Gesamtlage die sich für unsere Sicherheit und Zukunft ergebenden Folgerungen ziehen. Mit dem Reichskanzler verlangen wir reale Garantien, daß wir für die Zukunft vor der Wiederholung schnöder Ueberfälle bewahrt seien. Als solche Garantien müssen wir aber die Realität papierener Verträge ablehnen. Dies gilt auch von dem schwierigen, zwiespältigen Problem Belgiens. Eine schematische Wiederherstellung des früheren Zustandes ist undenkbar. Es muß vielmehr, in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler, dafür gesorgt werden, daß Belgien nicht als eine Vormauer der Entente und Englands betrachtet werde. Dieses blickt mit lüsternen Augen nach Antwerpen. Darum sagen wir: Hände weg von Belgien! Wir dürfen nicht zugeben, daß in einem künftigen Kriege das niederrheinische Industriegebiet das Schlachtfeld abgibt. (Beifall im Zentrum und rechts.)

Abgeordneter Fuhrmann (nationalliberal) erklärt, gerade die rheinisch-westfälische Großindustrie müßte wünschen, daß ein gemeinsames zollpolitisches Bündnis Deutschland und Belgien umschließt. Einen Staatsmann, der ohne Briey, Longwy, ohne Belgien, Kurland und den litauischen Besitz aus diesem Kriege zurückkäme, würde die Geschichte den Totengräber deutscher Macht und deutscher Größe nennen.

Den Ausweis über die patriotischen Spenden veröffentlichen wir bis auf weiteres täglich im Abendblatt.

Kriegstagung des Reichstages.

Eine befremdende Interpellation.

Budapest, 21. Februar.

Das Ereignis der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bildeten zweifellos die Erscheinungen, die die Interpellation des Abgeordneten Ludwig Holló kennzeichneten. Die Interpellation betraf allgemeine auslandspolitische Fragen, namentlich das Friedensproblem und Momente, die mit diesem verknüpft sind. In der Begründung seiner Interpellation schwärmte Abgeordneter Ludwig Holló nach den verschiedensten Richtungen, wobei es geschah, daß er sich auch in Gebiete verirrte, die in der gegebenen Situation kein ungarischer Abgeordneter betreten durfte. Namentlich die sehr lückenhafte, doch umso anspruchsvollere Schilderung, in der Abgeordneter Ludwig Holló die Ursachen des Krieges beleuchten wollte, mußte in der Rede eines ungarischen Abgeordneten durchaus befremden.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa fand die notwendige Schärfe, um diesen Verirrungen entsprechend entgegenzutreten. Er stellte in wuchtigen Sätzen die Tatsachen dieses Krieges nebeneinander, und das genügte, um die Ausführungen des Abgeordneten Holló zu Boden zu drücken. Mit erhobener Stimme betonte der Ministerpräsident, daß die Expansion der deutschen Wirtschaftskräfte stets und durchaus friedlich gewesen sind; und als düsteres Gegenstück schilderte er die aggressiven Entwicklungsrichtungen im politischen und wirtschaftlichen Leben unserer Feinde. In plastischer Deutlichkeit stellte Graf Tißa fest, daß wir diesen Krieg führen müssen und führen werden bis zur Erringung eines Friedens, der die Bürgschaften seiner Dauerhaftigkeit in der Tatsache besitzen wird, daß er keine der kriegführenden Parteien erniedrigen oder gar vernichten will. Mit erhobener Stimme und unter dem Beifall beinahe des ganzen Hauses betonte Graf Tißa, daß unsere unerschütterliche Treue zu dem Bündnis, das uns mit dem Deutschen Reiche vereint, getragen ist von dem Bewußtsein, daß wir für unsere Existenz kämpfen. Dieser Kampf wird nicht länger währen, als bis die bezeichneten Vorbedingungen eines dauerhaften Friedens für uns gegeben sein werden. Kein Friede aber, der diesen Forderungen nicht entspricht, wird dauerhaft sein können, denn was von der Lebenskraft der Völker, auf deren Zerstückelung es unsere Feinde abgesehen haben, übrig bleibt, würde dem Revanchegedanken gewidmet sein.

Die gesamte Rechte, das Zentrum des Hauses und auch die Linke, nur die Károlyigruppe ausgenommen, nahmen diese Erklärungen des Ministerpräsidenten mit stürmischem Beifall entgegen. Und nun folgte eine bedeutsame Szene. Abgeordneter Ludwig Holló erhob sich, um dem Ministerpräsidenten entgegenzutreten. Zugleich erhob sich auch ein großer Teil der Opposition, namentlich alle anwesenden Mitglieder der Verfassungspartei, dann auch die anwesenden Mitglieder der Volkspartei und der Apponyigruppe der Unabhängigkeitspartei. Alle verließen den Saal und während Abgeordneter Holló seine Replik zum besten gab, waren von der ganzen Opposition bloß acht Mitglieder der Károlyigruppe anwesend. In den Wandelgängen des Hauses fand das Spiel seine Fortsetzung und Erklärung. In einer Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der Károlyigruppe und solchen der Volkspartei und Verfassungspartei wurde festgestellt, daß die anderen oppositionellen Parteien den Saal verließen, weil sie die Ausführungen des Abgeordneten Ludwig Holló keinesfalls teilten und es vermeiden wollten, bei der Abstimmung gegen einen oppositionellen Redner und für die Regierung stimmen zu müssen.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte in der Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten eine Rede des Abgeordneten Josef Szterényi, die die gesamte für diese Debatte vorgesehene Beratungszeit in Anspruch nahm. Die Ausführungen des Abgeordneten Szterényi waren jedoch nicht nur zeitlich ausgedehnt. Sie umfaßten in kritischer Wertung die großen Fragen der nachkriegerischen Wirtschaftspolitik und brachten in einer Besprechung der Ernährungsfragen auch ein reiches statistisches Datenmaterial.

Unter den Interpellationen, die nach der Interpellation des Abgeordneten Holló folgten, fanden wir warme und innige Bemerkungen des Abgeordneten Wilhelm Sümegi, der über die Lage der Székler Flüchtlinge sprach. Graf Ludwig Esterházy berührte agrarpolitische Fragen, die in einer Aeußerung des Ackerbauministers Baron Emerich Ghillány zufriedenstellende Lösung fanden. Eine Interpellation, die die Lage der Eisenbahnarbeiter zum Ausgangspunkte einer Anfrage an den Handelsminister machte, wurde von Baron Johann Harkányi ausführlich beantwortet. Die Interpellation des Abgeordneten Georg Szmrecsányi in Sachen der Einsichtnahme in die Matriken wurde von dem Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tißa in einer Weise beantwortet, die auch den Interpellanten befriedigte.

Die Pikanterie des Abends, die angekündigte Interpellation des Abgeordneten Árpád Szentiványi, die den Gömörer Obergespan betraf, unterblieb, weil, wie der Interpellant feststellte, von kompetenter Seite die Austragung der Angelegenheit in Aussicht gestellt ist.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Szász eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um halb 4 Uhr nachmittags.

Schriftführer: Alfred Pál, Felix Szinhei-Merse, Koloman Szojka.

Auf den Ministersauteuils: Graf Tißa, Teleßky, Balogh, Baron Ghillány, Baron Harkányi, Jankovich, Hideghéthy.

Präsident teilt mit, Ministerpräsident Graf Stefan Tißa habe in einer Zuschrift das Abgeordnetenhaus verständigt, daß der König in einem am 19. Februar in Baden gegebenen allerhöchsten Handschreiben den Baron Samuel Hazai von seiner Stellung eines ungarischen Landesverteidigungsministers in Gnaden enthoben und den Feldmarschalleutnant Alexander v. Szurmay zum ungarischen Landesverteidigungsminister ernannt hat.

Abgeordneter **Géza Polónyi**

meint, Baron Hazai hätte es verdient, daß der Präsident sich nicht mit der üblichen Schablone begnüge, sondern der verdienstvollen Tätigkeit des scheidenden Ministers mit Worten der wärmsten Anerkennung gedenke. Wohl haben den Redner und seine Gesinnungsgenossen von dem Baron Hazai große politische Ziele getrennt; allein das könne nicht verhindern, festzustellen, daß Baron Hazai als Landesverteidigungsminister seine Pflicht treu und ehrlich erfüllt und sich namentlich um die Hebung des Ansehens der ungarischen Honvéd große Verdienste erworben hat. Baron Hazai war ein wahrer Honvéd in des Wortes edelstem Sinne. Er nimmt in seine neue Stellung die Hochschätzung aller Parteien des Abgeordnetenhauses mit, und Redner hofft, daß Baron Hazai der ungarischen Honvéd in seiner neuen Mission neue Lorbeern erringen wird.

Die Zuschrift des Ministerpräsidenten wird zur Kenntnis genommen.

Präsident teilt mit, daß Baron Hazai sein Mandat niedergelegt hat. Das Präsidium wird auf Grund der ihm erteilten Ermächtigung im Wahlbezirk Losonc die Neuwahl anordnen.

Dient zur Kenntnis.

Vizepräsident Karl Szász:

In der jüngsten Vergangenheit wurde einmütig der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß auch die oppositionellen Parteien in dem ständigen Inkompatibilitätsausschusse vertreten sein sollen. Die Mitglieder des Ausschusses Ladislaus Almássy und Graf Josef Bethlen haben nun in einer an das Präsidium gerichteten Zuschrift sich bereit erklärt, ihre Stellen im Ausschusse mit Genehmigung des Hauses niederzulegen. Nach der Geschäftsordnung kann die Stelle im ständigen Inkompatibilitätsausschuß nicht niedergelegt werden. Allein Redner ist der Ansicht, daß ein Hausbeschluß hiezu die Erlaubnis erteilen könne.

Das Haus erteilt die gewünschte Erlaubnis.

Präsident weist sodann darauf hin, daß durch die Mandatsniederlegung des zum Obergespan ernannten Julius Bujanovich eine dritte Stelle im Ausschuß erledigt ist. Bezüglich der Besetzung der drei erledigten Stellen wird der Präsident am Schlusse der heutigen Sitzung einen Antrag stellen.

Berichterstatter **Alexander Dobieczky**

teilt mit, daß der ständige Verifikationsausschuß das Mandat des in Ersekujvár gewählten Abgeordneten Stefan Zsembery geprüft und in Ordnung befunden hat.

Das Mandat wird unter Vorbehalt der vorgeschriebenen dreißigtägigen Frist für verifiziert erklärt.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den sechsten Regierungsbericht betreffend die Inanspruchnahme der Ausnahmegewalt.

Abgeordneter **Josef Szterényi**

erachtet es als seine Pflicht, nunmehr zum dritten Male an die Regierung die Bitte um Beschleunigung der Unterstützung der heimgesuchten Siebenbürger Bevölkerung zu richten. In Brassó allein haben sich mehr als 1400 Personen gemeldet, deren Schaden nach den bisherigen Aufnahmen 10½ Millionen Kronen beträgt. Am meisten wurden die Beamten, Eisenbahner, die ungarische und die sächsische Bevölkerung heimgesucht, die heute den größten Entbehrungen ausgesetzt sind. Redner ersucht die Regierung dringend, all diesen Personen schon jetzt durch Gewährung von Unterstützungen und Vorschüssen beizuspringen und bei der Feststellung der Entschädigungen die heutigen Werte der zerstörten Habe zu berücksichtigen. Redner spricht nun ausführlich über den Regierungsbericht. Er vermißt Mitteilungen über die bisherigen Kriegsausgaben. Während die übrigen Parlamente der Kriegsparteien ausführliche Aufklärungen erhielten, hüllt sich die ungarische Regierung in tiefes Schweigen. Auch Aufklärungen über die so wichtige Valutaregulierung und die damit zusammenhängenden Verfügungen und über die Organisation der Ausfuhr fehlen. Die Regierung bietet ferner kein Programm über die so überaus wichtige Vorbereitung des Ueberganges zur Friedenswirtschaft. Die durch den amerikanischen Konflikt wieder besonders akut gewordene Frage betreffend die Beschaffung von Rohmaterialien, die Reihenfolge und Art und Weise der Demobilisierung, die künftige Besitzpolitik, das soziale Programm der Regierung, all das sind Fragen, die der Beantwortung harren.

Pester Lloyd

23. II. 1917

93

Wie Herr Wildgrube die Reden des Grafen Tißa las . . .

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Berlin, 23. Februar.

Am 22. Januar 1893, vier Wochen vor Gründung des Bundes der Landwirte, richtete der Landwirt Ruprecht in Ranfern an seine Berufsgenossen einen Aufruf, der mit den Worten begann: „Wir müssen schreien, daß es das ganze Volk hört." Diesem Wahlspruch ist der Bund der Landwirte seit seinem Bestehen treu geblieben. Er kann mit den Erfolgen, die er damit erzielte, wahrhaftig zufrieden sein. Man muß sich das vor Augen halten, wenn man die Reden, die auf den Jahresversammlungen des Bundes gehalten werden, richtig beurteilen will. Immer ist ein Prozentsatz sensationeller Aufmachung in Abschlag zu bringen, den die bewährte Ueberlieferung erfordert und der überdies notwendig ist, um auf die besondere Zuhörerschaft packend zu wirken. Die Frage nach dem politischen Takt hat in diesen Versammlungen nie eine erhebliche Rolle gespielt, es kam immer nur auf die grobe Nützlichkeit an, diese entschied unter den allgemeinen Gesichtspunkten des Bundes der Landwirte über die politische Lage des Tages. Nun ist auch außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches genügend bekannt, daß die sorgliche, nach allen Richtungen abwägende Politik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg den Wünschen der Agrarier ebensowenig entspricht, wie denjenigen der Konservativen. Von dieser Seite her wird der Kanzler mit scheelen Augen betrachtet, weil man den — hoffentlich begründeten — Verdacht hat, er wolle auch nach dem Kriege dasjenige wahrmachen, was er während des Krieges versprochen, und der Tatsache Rechnung tragen, daß die Sozialdemokratie in entscheidender Stunde ohne Rückhalt ihre Mitglieder zum Dienste für das Vaterland aufrief. Die gleiche Abneigung gegen jede Verständigung mit der Sozialdemokratie führt dieser Gruppe auch bemerkenswerte Bundesgenossen aus dem Lager der Industrie, namentlich aus der Schwerindustrie, zu, und das gestrige erste Auftreten des Vorstandes des Zentralverbandes der deutschen Industriellen, des Landrates Roetger, ist ein deutliches Zeichen, wohin von diesen Stellen aus der Wind weht. Zieht man diese Tatsache in Betracht, so wird man bei der politischen Beurteilung des Versammlungsmenüs nicht allzu kritisch zu sein brauchen. Zudem war die gestrige Generalversammlung des Bundes die erste nach einer Pause von drei Jahren, die der Weltkrieg herbeigeführt. Gar manche aufgespeicherte Energie hatte also wohlverdienten Anspruch, auf die Reichshauptstadt losgelassen zu werden.

Immerhin muß doch an dieser Stelle auf die Rede des Reichstagsabgeordneten Wildgrube besonders verwiesen werden, der seinen Pflug nicht nur über das Feld der eigentlichen landwirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reiches zog, sondern im besonderen sich die auswärtige Politik vornahm und dabei zwei Reden des Ministerpräsidenten Tißa aus der jüngsten Zeit in einer erstaunlich seltsamen Weise behandelte. Ist es wirklich unmöglich, anzunehmen, daß dieser Abgeordnete diese beiden Reden vom 24. Januar und 5. Februar so schlecht verstanden haben sollte, wie er sie behandelte? Wäre es der Fall, so wäre ihm nicht zu helfen und seinen Zuhörern auch nicht; hat er sie aber richtig verstanden und bloß dazu mißbraucht, aus irgendwelchen anderen Gründen dem Bund der Landwirte zu Gefallen über den Ministerpräsidenten Tißa herzugehen, so hat er sich sein Urteil selber gesprochen.

Die Oeffentlichkeit hat genau begriffen, was der ungarische Ministerpräsident in den erwähnten Reden zum Ausdruck brachte, und sie war in ihrer überwiegenden Mehrheit damit einverstanden. Draufgängern vom Schlage des Herrn Wildgrube klingen vielleicht solche feindiplomatischen Reden nicht angenehm ins Ohr; sie wünschen möglichst viel verschlagenes Geschrei, möglichst viel zerbrochene Fensterscheiben vor sich zu sehen, und da kann ihnen ein politisches Verhalten nicht passen, das darauf ausgeht, in Entwicklung begriffene Konflikte nicht unnötig zu verschärfen, nicht Alarm zu blasen, bevor nicht der entscheidende Augenblick gekommen ist.

Man braucht sich also über die kurtose Deutung, die der Reichstagsabgeordnete für Grimma-Oschatz den Worten des ungarischen Ministerpräsidenten zuteil werden ließ, nicht weiter aufzuregen. Immerhin ist zu beklagen, daß er sein erstes Auftreten in einer großen politischen Versammlung in Berlin mit einem so erheblichen Mangel an politischem Takt unternahm.

Dem wohlbegründeten Ansehen des Ministerpräsidenten Grafen Tißa, dessen Verständnis für die gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn über alle Anzweifelungen erhaben ist und der in mancher bedeutungsvollen Stunde des Weltkrieges das richtige Wort zu finden wußte, um von Budapest aus der Stimmung zwischen den Verbündeten nachwirkenden Ausdruck zu geben, vermag natürlich der übereifrige Redner nicht zu schaden; seinem eigenen Ansehen hat er aber mit dieser Rede schwerlich genützt. Auch die Einsichtsfähigen unter seinen eigenen Parteigenossen mögen vielleicht denken: „si tacuisses" . . .

Berlin, 22. Februar.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: In der gestrigen Versammlung des Bundes der Landwirte hat der Abgeordnete Dr. Wildgrube an zwei Reden des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tißa Kritik geübt, die sachlich ohne Berechtigung ist und schon deshalb scharf zurückgewiesen werden muß. Wildgrube hat aber auch nicht berücksichtigt, daß unsere Bundesgenossen in ihren Handlungen und Entschlüssen volle Unabhängigkeit besitzen, die der Gleichberechtigung unter den verbündeten Mächten entspricht. Keinem deutschen Politiker steht das Rügerecht gegen den ungarischen Ministerpräsidenten zu, und die schuldige Rücksicht auf einen der getreuesten, erprobtesten Staatsmänner wird außer acht gelassen, wenn es jemand unternimmt, ihm in öffentlicher Versammlung ebenso haltlose wie ungehörige Vorhaltungen zu machen. Wir bedauern daher auf das lebhafteste die Aeußerungen, die der Abgeordnete Wildgrube getan.

Neues Wiener Tagblatt
23. II. 1917.
96

Die Regierung und das Parlament.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten.

„Die Herstellung voller verfassungsmäßiger Zustände, die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen dazu, die Bahnung des Weges zum Parlament wird das hohe Ziel der Regierung bilden." So sagte Graf Clam-Martinitz in der Erklärung, mit der er in ernster Zeit, der großen Verantwortung bewußt, die Regierung antrat. In dieser programmatischen Erklärung versprach Graf Clam-Martinitz auch, die höchste Fürsorge dem Volksernährungsproblem zuzuwenden, und man weiß, daß er diesen wichtigen Teil seiner Regierungsabsicht sehr rasch durch die Schaffung des Amtes für Volksernährung mit einem Minister an der Spitze durchgeführt hat. Die auf diesem und nicht allein auf diesem Gebiete bekundete Tatkraft der Regierung war wohl mit ein Grund, daß die Parteien des Volkshauses in ihren Beratungen die Frage der Wiedereinberufung des Reichsrates gleichfalls einer beschleunigten Lösung zugebracht sehen wollten und ihrem diesbezüglichen Wunsch lebhaft Ausdruck gaben. Einem Wunsche, der nicht nur der Wunsch der Parteien, sondern der Wunsch der Oeffentlichkeit ist, der überdies so selbstverständlich und natürlich erscheint, daß ihm andre als rein sachliche Motive überhaupt nicht zugemutet werden könnten. In der letzten Zeit hat nun die Erwägung, daß die Legislaturperiode des Parlaments sich dem Ende nähere, die Deutsche Arbeitsgemeinschaft bewogen, bei der Regierung über ihre Stellungnahme zu diesem Termin anzufragen.

Man weiß, daß der Ministerpräsident an einer leichten Erkältung leidet, aber trotz der Strapazen, die er an der Front mitmachte und die ihm Schonung auferlegen, unermüdlich und pflichteifrig seines Amtes waltet. So hat sich denn Graf Clam auch beeilt, die Vorstände der deutschen Arbeitsgemeinschaft gestern zu empfangen. Diese Bereitwilligkeit, vollste Aufklärung zu geben, und der Inhalt der Antwort des Grafen Clam werden nicht verfehlen, allgemein den erwünschten Eindruck zu machen. Die Stellung des Grafen Clam zum Parlament und zu den Parteien wird durch den Empfang und durch die Mitteilungen, die er den Vorständen der deutschen Arbeitsgemeinschaft machte, neuerdings in der klarsten und politisch wertvollsten Art gekennzeichnet. Graf Clam hat nämlich mit vornehmer Sicherheit betont, es sei selbstverständlich, daß er als Kabinettschef an seiner programmatischen Erklärung festhalte und daß er es als einen Akt der Illoyalität betrachtet hätte, bei einem Abgehen von seiner Stellungnahme nicht rechtzeitig die berufenen Vertreter des Parlaments in Kenntnis zu setzen. Die Achtung vor dem eigenen Programm und die Achtung vor dem Parlament kommen in den Mitteilungen des Ministerpräsidenten in gleich bedeutsamer Weise zum Ausdruck. Sie werden wohl nicht verfehlen, gewisse Nervositäten, die nicht tragisch genommen werden müssen, weil die Kriegsluft fast allgemein die Stimmung etwas erregter gestaltet hat, zu sänftigen und die Zusammenarbeit aller berufenen Elemente zu stärken, um die Erklärung des Grafen Clam über das Parlament bei seinem Regierungsantritt — die wir an die Spitze dieser Zeilen gesetzt haben — nach dem Wunsche des Ministerpräsidenten und der Oeffentlichkeit zur möglichst raschen Verwirklichung zu bringen. Der Empfang der Vorstände der deutschen Arbeitsgemeinschaft beim Ministerpräsidenten bekräftigt neuerdings die sachliche Entschiedenheit und die ruhige Energie, mit der Graf Clam den schweren Weg, den ihm die Zeit vorschreibt, weiter schreitet, um sein Programm, das bei der Verkündigung allgemeine Zustimmung fand, Punkt für Punkt auszuführen.

* * *

Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, die Abgeordneten Dr. Dinghofer, Ritter von Pantz und Dr. Waber, sprachen gestern unter Führung des Obmannes Abg. Denk beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinitz vor und stellten namens dieser parlamentarischen Vereinigung an denselben die Frage, wie sich die Regierung im Hinblick auf die durch die gesetzlich ablaufende Sessionsperiode gegebene Terminierung zur Frage der Einberufung des Reichsrates stelle.

Der Ministerpräsident erklärte, daß er es nicht für notwendig gehalten habe, bisnun diesbezüglich erneuerte Erklärungen abzugeben, da die Regierung nach wie vor unentwegt an der ersten und einzigen Regierungserklärung festhalte und diese hinsichtlich der Stellung der Regierung zum Parlament doch in unzweideutigster Weise Aufklärung geboten habe. Der Ministerpräsident hätte es als einen Akt der Illoyalität betrachtet, von der bisher eingenommenen Stellung abzugehen, ohne rechtzeitig die berufenen Vertreter des Parlaments davon in Kenntnis gesetzt zu haben. Allerdings könne die Regierung derzeit den Termin der Einberufung noch nicht festlegen, halte sich aber den Ablauf der Sessionsdauer vor Augen und sei gewiß darauf bedacht, dem zu berufenden Reichsrate die für dringende Arbeiten nötige Zeit einzuräumen.

Mit dem Ministerpräsidenten, welcher der Abordnung die Versicherung gab, daß es ihn jederzeit freue, die Fühlung mit berufenen Vertretern des Parlaments aufrechtzuhalten, wurde im Verlaufe der Besprechung eine Reihe innerpolitischer und wirtschaftlicher Fragen erörtert.

Reichspost

25./II. 1917

99

Die handelspolitischen Vereinbarungen.

Wien, am 24. Februar.

Amtlich wird verlautbart:

„Nach Artikel XXV des Vertrages über den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Oesterreich und den Ländern der ungarischen heiligen Krone waren die Verhandlungen über die Regelung der Zoll- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten für die Zeit vom 1. Jänner 1918 an spätestens zu Beginn des Jahres 1915 einzuleiten. Im Sinne dieses Uebereinkommens wurden zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung seit längerer Zeit Verhandlungen gepflogen. Obwohl hiebei mit dem Umstande gerechnet werden mußte, daß die Gestaltung der handelspolitischen Verhältnisse nach dem Weltkriege derzeit noch nicht zu überblicken ist, konnte doch insoweit ein vorläufiges Ergebnis erzielt werden, daß nunmehr der Einleitung handelspolitischer Verhandlungen mit dritten Staaten, insbesondere mit dem Deutschen Reich, kein Hindernis im Wege steht. Bei dieser Sachlage sind die beiden Regierungen im gegenwärtigen Zeitpunkte noch nicht in der Lage, irgend welche weitere Mitteilungen zu machen; allfällige Nachrichten über den angeblichen Inhalt der bisherigen Verabredungen wären daher als nicht authentisch anzusehen."

*

Das ist eine gute Botschaft, wenn sie in den Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn auch nur ein „vorläufiges Ergebnis" anzeigt und auch die Einzelheiten dieser Vereinbarungen noch nicht bekannt gegeben werden. Daß an den Stürgkh-Tiszaschen Abmachungen noch einige Verbesserungen erzielt worden sind, in bezug auf die Viehzölle und die Behandlung ungarischer Pfandbriefe in Oesterreich, ist vor einiger Zeit in parlamentarischen Kreisen bereits laut geworden. Die Hauptsache, die heute groß und bedeutungsvoll vor der Oeffentlichkeit steht, ist, daß man in den Verhandlungen zwischen den beiden Reichshälften soweit ist, daß darauf bereits die handelspolitischen Verabredungen mit dem Auslande aufgebaut werden können. Das setzt voraus, daß mindestens die grundsätzlichen Fragen, welche das künftige wirtschaftliche Verhältnis Oesterreichs und Ungarns zu einander betreffen, ausnahmslos erledigt sind, die hierauf bezüglichen Vereinbarungen nicht mehr in Streit gezogen werden können und mit einem grundsätzlichen Schlußprotokoll die beiden Regierungen schon bindende Verpflichtungen über die künftige Ordnung zwischen Oesterreich und Ungarn eingegangen haben. Die Monarchie erklärt sich bereitgestellt zu handelpolitischen Verhandlungen mit dem Auslande, eine Kundgebung ihrer wirtschaftlichen Einheit, die aus den Stürmen des Weltkrieges unbestrittener und dauerhafter hervorgeht, als sie zuvor gewesen, aus diesem Weltkriege, der nach der Absicht unserer Feinde die Monarchie in Fetzen reißen sollte. Was der Haß der Gegner zu dem Ende Oesterreich-Ungarns gestalten wollte, das wurde zu dem mächtigsten Beweise für ihre Zusammengehörigkeit nach innen und außen. Gewiß haben wir diese Erinnerung auch im Innern notwendig gehabt. Wenn man zurückdenkt, welche Schlagworte das politische Denken in Ungarn noch kurz vor dem Weltkriege beherrschten, welche Schlachten dort für die Banktrennung, für die vollständige Zolltrennung, selbst für die Trennung im Konsulatswesen geschlagen wurden, und wenn man die mächtigen Tatsachen wahrnimmt, die der Weltkrieg wie erzgegossene Säulen den schwankenden Phantasiegebilden der Kossuth und Karolyi entgegengestellt hat, so tritt da ein Wandel vor uns, der wohl auch den verstocktesten Anhänger der Trennungsideen von damals erschüttern muß. Sicherlich haben wir im Kriege empfunden, daß das wirtschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Reichshälften nicht die köstlichste aller Harmonien ist. Der Güteraustausch über die Leitha vollzog sich unter Hemmungen; gegenüber der bescheidenen Kopfquote, die in Oesterreich und in Deutschland für den Mehlverbrauch eingeführt wurde, behielt sich Ungarn den Vorzug eines doppelt so hohen Verbrauches vor; man lebt da und dort in Ungarn noch wunderbar von Weißbrot, während man in Oesterreich seine Sorgen hat, woher man ein viel bescheideneres Brot nehmen soll. Aber abgesehen davon, daß auch in Oesterreich selbst der Güteraustausch von einem Kronland zum andern, selbst von einer Bezirkshauptmannschaft zur anderen durch einen Schlagbaum um den anderen aufgehalten wurde und die ungarische Komitatsautonomie, auf der die ganze Verwaltung aufgebaut ist, lächelnd der eigenen Staatsgewalt und ihren Verfügungen in der gemeinsamen Lebensmittelversorgung trotzen konnte — triumphiert über allen störenden Einzelheiten doch die große, alles überragende Tatsache, daß die organische wirtschaftliche Zusammengehörigkeit und gegenseitige Ergänzung der beiden Reichshälften mit jedem Kriegsmonat deutlicher nachgewiesen wurde. Ebenso wie Ungarn den feindlichen Schwall, der durch die Karpathenklausen brandete, nicht aufgehalten hätte ohne die technischen Leistungen des industriellen Oesterreich, ebenso ist ein gut Teil des feindlichen Hungerkrieges gegen uns auf den Kornböden des agrarischen Ungarn schon entschieden worden. Der Weltkrieg ist wirtschaftlich nur ein Vorspiel. Die militärische Niederlage wird den hartnäckigsten Gegner der Mittelmächte, England, ohne Zweifel anspornen, im Handelskriege zu versuchen, was ihm mit der blanken Waffe nicht gelang. Die Verwüstungen, die in der Volkswirtschaft des Festlandes der Krieg angerichtet hat, die allgemeinen Erschütterungen, die Ueberschuldung der Mittelstaaten, die Verluste ihrer früheren überseeischen Handelsverbindungen werden den britischen Plänen zustatten kommen. Es erwachsen unserem Fleiß, unserer Sparsamkeit und vor allem unserer zweckbewußten Solidarität mit dem ersten Tage des Friedensschlusses Aufgaben, gegen die so manche der in dem eisernen Schutzzustand der Kriegszeit erstandenen Schwierigkeiten leichte Vorübungen gewesen sein werden, und das Schicksal wird dann nicht danach fragen, ob einer von uns sich auf einem kleinen, selbstgeschaffenen Globus wunderbare staatsrechtliche Konstruktionen aufgetüftelt hat, die nun der Preiskrönung harren, sondern ob wir beide leben oder nach dem Ruhm und den Opfern des Weltkrieges in Armut zu Grunde gehen wollen. Nur aus der inneren Einheit wird Oesterreich-Ungarn zu einem Faktor im Wirtschaftsleben Mitteleuropas, der uns außer Gefahr bringt, höchstens den armen Vetter zu spielen und mit der wirtschaftlichen Bedeutung auch die politische Selbstbestimmung zu veräußern. Nicht, weil wir in Oesterreich an der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit mit Ungarn mehr zu verlieren haben, wie dieses, waren wir bisher die wärmeren und stärkeren Vorkämpfer dieser Solidarität, sondern, weil unser mit der Weltwirtschaft älter und stärker verknüpfter Organismus mehr Empfindung dafür entwickelte, daß die Monarchie nur in ihrer ungeschwächten Gänze sich einigermaßen inmitten der gewaltigen Einheiten, die im internationalen Handelsverkehre die Kräfte messen, zur Geltung bringen könne.

Die Bereitstellung der Monarchie zu handelspolitischen Abmachungen mit dem Auslande ist auch eine wichtige Bekundung nach außen. Nicht nur, weil im Kriege mitunter auch von dem befreundeten Auslande auf die pragmatischen Grundlagen der Monarchie vergessen worden ist, so daß man — nicht amtlich, aber in verschiedenen Veröffentlichungen — die beiden Reichshälften gelegentlich wie zwei getrennte Staaten ansprach, sondern vor allem deshalb, weil damit aller Welt gezeigt wird, wie eine törichte Hoffnung unserer Gegner nach der anderen gleich färbigen Seifenblasen in nichts zerstiebt. Es ist noch nicht lange her — es war bei Beginn des rumänischen Einfalls — daß die Verbandspresse sich an der Tartarennachricht erquickte, daß Ungarn einen Separatfrieden schließen wolle. Was die Ungarn zu der rumänischen Bedrohung zu sagen hatten, steht auf den Trümmerfeldern der rumänischen Armee geschrieben, und was etwa noch zu sagen bliebe, das sagt jetzt der Zusammenschluß Ungarns mit Oesterreich zu einer Vereinbarung der Solidarität gegenüber der handelspolitischen Zukunftspolitik Europas.

Es war gewiß nichts Leichtes, das die Regierung Clam-Martinic vollbrachte, indem sie diese Einigung mit Graf Tisza herstellte, und für den inneren Gebrauch wird es sicherlich an gegensätzlichen Beurteilungen der Einzelheiten der Vereinbarungen, sobald diese einmal vorliegen, nicht fehlen. Aber vielleicht gerade deshalb ist es so augenfällig, daß die in der Monarchie ruhenden Kräfte der unteilbaren inneren Zusammengehörigkeit unbesiegbar sind. Wie Schall und Rauch vergehen davor die Nationalstaatstheoreme, die der Witz von Linearmenschen im Weltkriege aufs neue aufbringen wollte.

Die Zeit
25./II. 1917

100

Der Ausgleich.

Einigung der Regierungen.

Amtlich wird verlautbart:

„Nach Artikel XXV des Vertrages über den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Oesterreich und den Ländern der ungarischen heiligen Krone waren die Verhandlungen über die Regelung der Zoll- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten für die Zeit vom 1. Januar 1918 an spätestens zu Beginn des Jahres 1915 einzuleiten. Im Sinne dieses Uebereinkommens wurden zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung seit längerer Zeit Verhandlungen gepflogen. Obwohl hierbei mit dem Umstand gerechnet werden mußte, daß die Gestaltung der handelspolitischen Verhältnisse nach dem Weltkrieg derzeit noch nicht zu überblicken ist, konnte doch insoweit ein vorläufiges Ergebnis erzielt werden, daß nunmehr der Einleitung handelspolitischer Verhandlungen mit dritten Staaten, insbesondere mit dem Deutschen Reich, kein Hindernis im Wege steht. Bei dieser Sachlage sind die beiden Regierungen im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht in der Lage, irgendwelche weitere Mitteilungen zu machen; allfällige Nachrichten über den angeblichen Inhalt der bisherigen Verabredungen wären daher als nicht authentisch anzusehen."

Wenn auch über zahlreiche Details noch das Einvernehmen beider Regierungen erforderlich sein wird, so sind doch, wie der obigen Verlautbarung zu entnehmen, die Hauptpunkte der Ausgleichsbestimmungen bereits soweit festgestellt, daß nunmehr „der Einleitung handelspolitischer Verhandlungen mit dritten Staaten, insbesondere mit dem Deutschen Reich, kein Hindernis im Wege steht". Ihnen wird die Monarchie, jetzt und auch im Frieden, als eine geeinte und geschlossene Wirtschaftsmacht entgegentreten können, da der jetzige Ausgleich, so viel bereits bekannt ist, nicht bloß eine Variation des früheren ist, sondern sich von diesem in vieler Hinsicht wesentlich unterscheidet.

Dies gilt vor allem von der Ausgleichsdauer. Sie ist auf das Doppelte verlängert, beträgt somit nicht mehr zehn, sondern zwanzig Jahre.

Zu den schwierigsten Problemen, die bei den Ausgleichsverhandlungen in allererster Linie zu lösen sind, zählt die Festsetzung der Quote, das ist des Beitrages, den jeder Staat zu den gemeinsamen finanziellen Lasten zu leisten hat. Die gründliche Erforschung der wirtschaftlichen Kraft eines jeden Staates, absolut und im Verhältnis zu der des Kontrahenten, bildet die Voraussetzung jeglicher sich darauf beziehender Vereinbarung. Wie wir erfahren, wird im Laufe der kommenden zwanzigjährigen Ausgleichsperiode der Zuschlag von 2 Prozent, den Ungarn im letzten Ausgleich (im Jahre 1907) zu der früheren Quote von 34·4 Prozent übernommen hatte, abgebaut werden. Ungarn wird somit im ersten Jahre noch 36·4 Prozent zu den gemeinsamen Auslagen beitragen und dann jedes Jahr 0·1 Prozent weniger, so daß im letzten Ausgleichsjahr sein Beitrag 34·4 Prozent, also ebensoviel wie im Jahre 1907, betragen wird.

Durch die während des Krieges durchgeführte Ausgestaltung der Kaschau-Oderberger Bahn hat die Lösung der Eisenbahnfragen im Ausgleich nicht mehr so große Schwierigkeiten geboten wie ehedem. Trotz weitgehendem, den Ungarn gegenüber bewiesenem Entgegenkommen ist doch die österreichische Regierung nicht so weit gegangen, um sich auf ihrer eigenen Strecke Oderberg—Annaberg jeglicher Entscheidungsbefugnis zu entäußern. Sie wird ihre Tarifhoheit auf diesem kleinen Linienteil auch weiter behalten.

Im übrigen sind über das Tarifwesen, das bekanntlich die Zollgesetzgebung in hohem Grade zu fördern und zu durchkreuzen vermag, zahlreiche Vereinbarungen getroffen worden. Ist doch Ungarn die wichtigste Zufahrtstraße zum Balkan und bildet ein bedeutsames Glied in der Kette, die die Mittelmächte mit ihren Bundesgenossen jetzt verbindet und im Frieden wirtschaftlich viel enger verbinden wird als bisher.

Einem lange gehegten Wunsch der Ungarn dürfte durch eine Neuregelung der Zulassung ungarischer Werte zur Wiener Börse entsprochen werden. Im engen Zusammenhang damit stünde auch eine Aenderung in der bisherigen Behandlung dieser Effekten in steuerrechtlicher Beziehung.

Ein für die Frage der Ernährung der österreichischen Bevölkerung wichtiger Ausgleichspunkt betrifft die Viehzölle des autonomen Zolltarifs, der zwischen Oesterreich und Ungarn vereinbart wird, um die Grundlage für die Handelsvertragsunterhandlungen zu bilden. Wenn auch die tatsächliche Festsetzung der Viehzölle erst in den Handelsvertragsverhandlungen erfolgt, so ist es doch sicher, daß diese Zölle eine beträchtliche Erhöhung erfahren werden. Dabei ist allerdings die erhebliche Steigerung der Viehpreise nicht zu übersehen. Wir sollen übrigens in Hinkunft, trotz höherer Zölle, reichlich mit Vieh versorgt werden können. Im besonderen wird in Friedenszeiten die vordem verhinderte Einfuhr lebender Schweine wieder möglich sein. Auch ist eine Revision der Veterinärgesetze zu erwarten, so daß der Viehimport nicht mehr an veterinär-polizeilichen Schranken wird scheitern können. Im allgemeinen wird das Zollsystem ohne wesentliche Aenderung auch weiterhin aufrecht bestehen. Es ist jedoch mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Zölle auf Rohstoffe, soweit sie bestehen, stark herabgesetzt werden. Dies wird nicht bloß deshalb geschehen, um den infolge der langen Kriegsdauer und der feindlichen Absperrungsmaßregeln entstandenen empfindlichen Rohstoffmangel zu beheben. Damit ist vielmehr auch die Absicht verknüpft, unsere industrielle Produktion auf eine breitere Basis zu stellen und ihr zu einer Herabsetzung der Herstellungskosten zu verhelfen. So wird, um nur ein Beispiel herauszugreifen, der Zoll auf Roheisen wohl auf die Hälfte herabgesetzt werden.

Wie wir erfahren, hat auch die Frage der indirekten Besteuerung eine befriedigende Lösung gefunden. Die in den Grundgesetzen des Jahres 1867 festgesetzte Bindung der mittelbaren Abgaben an gleichartige, zwischen beiden Staaten zu vereinbarende Grundsätze ist nicht gelockert worden; ebensowenig hat auch das Prinzip der Gleichartigkeit der Gesetzgebung über die bereits heute der Verzehrungssteuer unterworfenen Gegenstände eine Einbuße erlitten.

Ein abschließendes Urteil wird über den Ausgleich erst nach dessen Bekanntwerden gefällt werden können. Von der überaus umfangreichen Materie konnten im vorstehenden nur die wichtigsten Punkte herausgegriffen und erörtert werden; man muß sie aber alle und in ihrer genauen Fassung kennen, um Vor- und Nachteile jeder einzelnen Bestimmung sorgsam abzuwägen. Doch diese zergliedernde Methode genügt keineswegs. Es ist vielmehr auch das ganze Ausgleichswerk als solches von höherer Warte aus zu beurteilen, als ein Vertrag, der, wie jeder andere Vertrag, nur dadurch zustande kommt, daß jede Partei etwas nachgibt, jede von ihrer ursprünglichen Stellung sich schrittweise entfernt, um schließlich auf einer Mittellinie mit dem anderen Partner zusammenzutreffen. Ob diese Mittellinie gerecht gezogen ist, ob sie unserem Vorteil entspricht — das wird der Wortlaut des Ausgleiches lehren, der hoffentlich in nicht mehr ferner Zeit der Oeffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden wird. Nunmehr ist die Bahn für Unterhandlungen mit anderen Staaten, und vor allem mit dem Deutschen Reich, frei. Sie werden in Bälde beginnen und keinen Schwierigkeiten begegnen, da etwaige grundsätzliche Streitpunkte bei den wiederholten Besprechungen der maßgebenden Staatsfunktionäre in Wien und Berlin schon vorweg aus dem Weg geschafft worden sein dürften.

Der in Geltung stehende Ausgleich vom 30. Dezember 1907 bestimmt, daß spätestens bis zu Beginn des Jahres 1915 Verhandlungen über die Regelung der Zoll- und Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn für die Zeit nach dem 1. Januar 1918 einzuleiten sind, mit welchem Zeitpunkt der gegenwärtig geltende Ausgleich zu Ende geht. Infolge des Ausbruches des Krieges konnte diese Bestimmung nicht genau eingehalten werden. Im Laufe des Jahres 1915 sind jedoch die Regierungen übereingekommen, in die Verhandlungen einzutreten. Es wurden damals interministerielle Kommissionen eingesetzt, deren Aufgabe es war, das Verhandlungsmaterial vorzubereiten. Im Frühjahr 1916 haben die intensiven Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen begonnen und wurden den ganzen Sommer hindurch fortgesetzt. Die Vereinbarungen waren bereits sehr weit gediehen, als der plötzliche Tod des Grafen Stürgkh das ganze Ausgleichswerk in Frage gestellt hat. Unter dem kurzen Regime Koerber haben die Verhandlungen fast vollständig geruht. Erst als mit dem Grafen Clam-Martinic Herr v. Spitzmüller, der auf österreichischer Seite der Hauptunterhändler ist, wieder in die Regierung eintrat, gelangten die Ausgleichsverhandlungen in raschen Fluß und sind nunmehr zwischen den beiden Regierungen tatsächlich abgeschlossen worden.

Neues Wiener Tagblatt
25./II. 1917

über den angeblichen Inhalt der bisherigen Verabredungen wären daher als nicht authentisch anzusehen.

* * *

Die Einheit der Monarchie

Ein bedeutsames, ein historisches Geschehnis ist zu verzeichnen: Oesterreich und Ungarn haben jene Ausgleichsvereinbarungen getroffen, die die Einleitung handelspolitischer Verhandlungen mit dem Auslande, vor allem natürlich mit Deutschland, ermöglichen. Man fragt gar nicht, da man diese schöne Kunde erfährt, nach den näheren Bestimmungen, die Tatsache allein, daß das Band der Gemeinsamkeit in neuer, starker Form geschlungen ist, weckt die lebhafteste Genugtuung. Heute und jetzt kommt es einzig und allein auf das große Ganze an, über allen Einzelheiten steht die Idee, die die Weisen des Vaterlandes im Jahre 1867 in lebendige Gestaltung gebracht haben, die Einheit der Monarchie. Es bedarf auch nicht weiterer legistischer Auseinandersetzungen über das Wesen der geschaffenen Grundlage, auf die die Monarchie nunmehr gesetzmäßig in handelspolitische Verhandlungen treten kann; das Wichtige, das Ausschlaggebende ist, daß ein einziger wirtschaftlicher Körper als Verhandlungsfaktor auftritt: Oesterreich-Ungarn. Das vorläufige Ergebnis der Beratungen und Beschlüsse über die Regelung der Zoll- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten wird naturgemäß nicht bekanntgegeben, da es eben als Grundlage für die handelspolitischen Verhandlungen dient und daher aus technischen Gründen der Beratungstechnik geheimgehalten wird. Wohl aber darf als gewiß angenommen werden, auch bei dem regsten Skeptizismus, daß dieses vorläufige Ergebnis, diese vorläufige Verständigung zwischen Oesterreich und Ungarn ein für beide Teile gleich taugliches Instrument ist, um die für die Friedenszeit so eminent wichtigen handelspolitischen Beziehungen der Monarchie mit dem Auslande vorzubereiten, in die Wege zu leiten.

Die Ausgleichsverhandlungen Oesterreichs und Ungarns waren stets schwierig; der ausgedehnte Komplex der Materien und die Fülle naturgemäß widerstreitender wirtschaftlicher Interessen — lebendige Kräfte stoßen immer hart im Raum aneinander — bedingten stets harte Kämpfe. Immer aber siegte schließlich die Notwendigkeit der Gemeinsamkeit, die hohe politische Einsicht. Diesmal aber, da im Weltkriege die Monarchie Wunder an einheitlicher Kraft vollbracht hat, wie hätte sich da nicht die nötige Harmonie auch auf wirtschaftlichem Gebiete durchringen sollen? Das Selbstverständliche wurde Ereignis. Weil es aber ein Selbstverständliches ist, darf es nicht geringer bewertet werden. Und vollste Anerkennung können die Staatsmänner beanspruchen, die heute das frohe Ergebnis ihrer Bemühungen in tätlichter, befriedigender Form bekanntgeben. Das Mitteilungen Graf-Martinitz hat, kaum zwei Monate im Amt, eine neue praktische Probe zeitgemäß entschiedener Regierungskunst erbracht. Als Graf Clam ans Ruder kam, da äußerte sich das politische Gesichtsfeld in dem Urteil, daß ein reifer Wille mit einem klaren Programm die Führung übernommen habe. Die Tatsachen bestätigen sich, diese Erwartung in vollkommenster Weise zu befriedigen. Niemand wird bestreiten können, daß Graf Clam auf seine neuerliche Tat stolz sein darf. Seinem Takt, seinem Eifer und seinem redlichen, tatkräftigen Willen ist es zu danken, daß er im Bereine mit seinem ungarischen Kollegen der Welt das erfreuliche Schauspiel einer Einigung des innigen Verhältnisses zwischen beiden Staaten stets die größte Sympathie entgegenbrachte, lösen die Stimmen der Abonnentschaft freudig, sie an die Kundgebungen des Ergebenheit aufrichtige Bereitschaft für die gegenwärtige schwere Zeit, sondern auch für die Zukunft bekundet sind.

In ganz besonderem Maße kam das Bundesverhältnis zu dem anderen Bundesgenossen auf dem Balkan zum Ausdruck anläßlich der Antrittsaudienz unseres Gesandten, des Grafen Otto Czernin, beim König Ferdinand von Bulgarien. Der ergebenste Vortrag, den Bulgarien unter König Ferdinand genommen, die herrlichen Taten seiner Armee

für Wien.
Montagmittagsblatt 8 h

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 60 h, monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 2.60.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.— bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljähr. K 12.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 15.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 13, Telephon 9191
II. Taxamanitengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 38126
XVI. Klausgasse 34, Telephon 84146
XVII. Sackergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

tung

sterreich.

hr nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

Ein „vorläufiges" Ergebnis.

Es ist nur recht, daß die österreichische und die ungarische Regierung in ihren Verhandlungen über die künftigen Wirtschaftsbeziehungen der beiden Staatsgebiete, also über den sogenannten wirtschaftlichen Ausgleich, zu einem Ergebnis gelangt sind, doppelt recht, daß sie selbst dieses Ergebnis als vorläufig bezeichnen. Denn am Ende sind Regierungen dazu bestellt, über die künftigen Notwendigkeiten mit sich rechtzeitig ins reine zu kommen. Solche Verständigung verpflichtet vorerst niemand und ist dabei geeignet, alle Welt zu orientieren. Da ohnehin das Parlament binnen kurzer Zeit zusammentreten muß, wenn es nicht durch Zeitablauf erlöschen soll, so wird ja die Volksvertretung die entscheidende Stimme haben. Zu den vielen, großen und schweren Aufgaben, die ihrer harren, kommt diese als eine der allerernstesten dazu. Das Abgeordnetenhaus wird sie rechtzeitig erledigen, daran zu zweifeln hat man kein begründetes Recht. Das Haus des allgemeinen Stimmrechtes hat 1907 unter Anleitung einer geschickten und sachkundigen Regierung das letzte Ausgleichswerk prompt verabschiedet und wird das auch diesmal vermögen, wenn nicht ungeschickte Führung und unsachgemäße Verquickung der Wirtschaftsverträge mit dem nationalpolitischen Konzessionshandel das Haus lähmen und stören. Die künftige wirtschaftliche Ordnung der Monarchie wird unbestreitbar als das höchste Staatsinteresse, unter all den „Belangen", über die man so wenig weiß und so viel orakelt, für das kommende Jahrzehnt als der Belang schlechtweg gelten. Denn von dieser Ordnung hängt ab, ob das Volk Brot und Arbeit, der Staat die Quellen für Steuer und Schuldzins findet. Die wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufrichtung der gesamten staatlichen Gemeinschaft stellt so harte Ansprüche, daß selbst den unverbesserlichsten Querulanten die Lust an ihren Querelen vergehen wird, sobald sie nur einmal ernsthaft vor diese Ansprüche gestellt sind.

Auch die beiden Regierungen müssen von diesem Ernste der kriegswirtschaftlichen Umwälzungen einen Hauch verspürt haben, denn — so wird versichert — viele Fragen haben sich von selbst ausgeschaltet, die noch 1907 eine große Rolle spielten. Wer erinnert sich nicht an die arge Kurzweil, die uns die Kossuth-Hollo-Partei durch einige Jahre mit der Idee einer selbständigen ungarischen Notenbank bereitet hat? Der Ausgleich vor 1907 stand unter dem Zeichen der Bankfrage!

Ach, sie war ja damals schon eigentlich keine Frage, außer in den Köpfen der allzeit unverbesserlichen Kleinbürgerei, damals der ungarischen — gelegentlich wird sie ja wieder von einer österreichischen abgelöst werden. Wie oft mögen die Vorkämpfer jener Idee ihr damaliges Unterliegen heute, in den Valutanöten des Krieges, heimlich gesegnet haben! Wenn wir beide, dies- und jenseits der Leitha, die Fähigkeit hätten, aus früheren Irrtümern zu lernen, wie verständig müßten wir längst geworden sein! Und so wird uns in der neuen Ausgleichsära hoffentlich auch die Wiederkunft eines anderen Gespenstes erspart bleiben, des Gespenstes eines selbständigen ungarischen Kriegsheeres. Die Not macht sachlich. Wir zweifeln nicht, daß die beiden Parlamente, wenn sie nicht künstlich verwirrt, sondern rein wirtschaftlich orientiert werden, den Wirtschaftsausgleich so gestalten und so beschließen werden, wie ihn das wirtschaftliche Interesse erfordert, im Sinne des innigsten paritätischen Zusammenschlusses. Haben wir doch durch zweieinhalb Jahre der Prüfung an unseren Leibern erfahren, wie schwach wir selbst noch verbunden sind!

Freilich, die Männer, die an den unverbindlichen Vorverhandlungen mitzuwirken bestimmt waren, das sind vor allem die beiden Grafen Tisza und Stürgkh, haben leider nie Gelegenheit genommen, zu bekunden, wie sehr sie auch die Notwendigkeit der Zukunft vorauserkannt haben. Sie haben die tiefen Wurzeln ihres politischen Denkens in längst vergangenen Kämpfen gehabt, in Streitigkeiten, die um die Wende des vorigen Jahrhunderts spielten, und sie haben immer in einer Sprache geredet, die an die Ritterromantik erinnert. Aber wer kann wissen, wie tiefer Seelenwandel sie im Kriege erfaßt hat? Das kann niemand wissen, denn die vorläufigen Ergebnisse der Ausgleichsverhandlungen sind ja noch — geheim. Genug, man ist einig, und mehr braucht vorläufig niemand zu wissen.

Dafür weiß jedermann aus den Kriegserfahrungen, daß nicht alles so bleiben kann, wie es vorher war. Jedermann hat durch zweieinhalb Kriegsjahre tausendfach Gelegenheit genommen, nachzuprüfen, was an unseren Wirtschaftseinrichtungen gut ist und was schlecht. Ueber eine gedankenlose Menge wird der Ausgleich nicht verfügt werden, und da ist niemand, der in ihm ein bloßes Spiel der hohen Politik, ein Intriguenstück der Großen, sehen würde, das den gemeinen Mann nichts angeht! Denn an jedermanns Leibe ist jedes Teilchen des Ausgleichs geradezu experimentell nachgeprüft worden. Da haben wir die Methode des Ausgleichens selbst, die als „Monarchie auf Kündigung" sprichwörtlich geworden ist und das Reich bei den Nachbarn so problematisch hat erscheinen lassen, daß erst der Soldat sie von dem Irrtum bekehren und beweisen mußte, daß da für Nachbarn kein Problem offen sei! Da haben wir die einzelnen Ausgleichsgegenstände: den Zolltarif, der eine so tiefe Kluft im Südosten aufgerissen hat, daß sie unsere und Deutschlands Heere durch den Uebergang über die Donau und die Uebersteigung der Transsylvanischen Alpen überbrücken mußten. Da haben wir die Getreidezölle, die wir aufzuheben uns beeilen mußten, sobald es Ernst war! Da haben wir die Viehseuchengesetze, die von einer abergläubischen Angst vor wanderndem Lebendvieh, sogar vor dem Fleisch geschlachteter Rinder und Schweine besessen waren, — und sind nun froh, wenn serbische Rinder in Wien ausgeschrotet, wenn nordisches Kühlfleisch als Volksrindfleisch zu Markt kommt, wobei es gar niemandem einfällt, nach Veterinärvorschriften zu fragen. Und obschon die Rinder von Land zu Land marschieren und fahren, wie Infanteristen selber, gedeiht der heimische Viehstand weiter, mehrt sich und nährt sich von verbotener Körnerfrucht. Nun weiß doch jeder, die Seuchenfurcht war bloße Idiosynkrasie! Andererseits haben wir die Bitternis einer kargen Kriegsration so gründlich ausgekostet, haben so deutlich empfunden, Menschen auf eine feste Ration zu setzen könne eben noch die Kriegsnot rechtfertigen, daß wir sicherlich von einer Rationierung oder Kontingentierung einer Vieh- oder sonstigen Einfuhr nicht gern hören möchten.

Da haben wir das Eisenbahnübereinkommen mit seinen nie ausgebauten Strecken, mit seinen unterbundenen Anschlüssen, mit seinen Bauvorbehalten und Tariffinessen, mit seinen bosnischen Linien, mit all seinen eifersüchtigen Hemmungen und neckischen Sackbahnen! Die Soldaten, die da mit voller Ausrüstung in der Augusthitze oder im Dezemberschnee so viele unausgebaute Kilometer zu Fuß machen mußten, nur weil sich die Regierungen und Parlamente so schwer verstanden haben, wissen davon ein Lied zu singen! Und die Männer alle, von achtzehn bis fünfzig, ohne Unterschied des Standes, die haben in diesen Jahren so viel Geographie, besonders Verkehrsgeographie mitgemacht, daß man ihnen kein dalmatinisches X für ein Bukowinaer U wird vormachen können. Wir werden uns wundern, wie Geographie und Verkehrskunde, die man mit Juchtenstiefeln und im Coupé für vierzig Mann oder sechs Pferde absolviert, zu wirken vermag!" Auch über die Donauschiffahrt, über das Eiserne Tor und über Kanalbauten haben wir uns des Wissens ersättigt, so oft die Kohlen von Ostrau knapp und der Mais aus Rumänien rar wurde. Jener Teil des Ausgleichs, der den Binnenschiffahrtsverkehr regelt, wird auf sehr verständnisvolle Beurteiler stoßen.

Oder nehmen wir den finanziellen Ausgleich, besonders die Quote. Was zahlt Oesterreich? Was zahlt Ungarn? Die Rechnung läuft tüchtig auf und mit jeder Million steigt die Spannung. Jedermann weiß, wie oft im Kriege die beiden Staatsgebiete einander wirtschaftlich beigesprungen sind, wie sie brüderlich das tägliche Brot und die monatlichen Schweinekontingente geteilt haben! So wird sich denn auch die finanzielle Auseinandersetzung vermutlich glatt gestalten, mindestens nach dem Zeugnis Weiskirchners, der schon seit geraumer Zeit nicht begriffen hat, wieso wir uns um ein paar Quoten-

Pester Lloyd
28. II. 1917
110

Kriegstagung des Reichstages.

Dringende Interpellationen über den Ausgleich.

Budapest, 26. Februar.

Ein freundliches Ereignis eröffnete heute die Geschehnisse der Sitzung des Abgeordnetenhauses. Landesverteidigungsminister FML. v. Szurmay wurde, als er, geleitet von dem Quästor des Hauses, zu den Ministerfauteuils schritt, mit lebhaften Beifallskundgebungen begrüßt, in die auch die Linke einstimmte. Der freundlichen Szene folgte die Ankündigung des Präsidenten, der dringliche Interpellationen der Grafen Albert Apponyi und Michael Károlyi, den Ausgleich betreffend, anmeldete. Die kämpferische Stimmung, die schon aus dieser Anmeldung sprach, machte sich schnell geltend. Alexander Sztranyavßky, der als erster Redner in der Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten das Wort ergriff, hatte bereits gegen eine Flut des oppositionellen Unwillens anzukämpfen, die, vielfach mit starker Brandung, gegen die Reihen der Mehrheit schäumte. Mit einiger Abtönung blieb diese Stimmung bis zum Schlusse der Sitzung wirksam.

Die Sitzung brachte die mehrfach in Aussicht gestellte Rede des Grafen Julius Andrássy. Die Ausführungen des Grafen waren auf breitester Grundlage aufgebaut, ließen kaum eine wesentliche Erscheinung der sehr breitspurigen Debatte unberücksichtigt, suchten Wurzel zu schlagen in allen Problemen, die die Erörterung über den Bericht des Ministerpräsidenten aktuell machte. Allerdings mangelte es diesen breitfundierten Darlegungen an Einheitlichkeit. Die alles durchatmende, verknüpfende einigende Kraft eines durchgreifenden Grundgedankens fehlte. Nur die Empfindung, die durch die ganze Rede ging, nur das Gefühl, das sie durchhauchte, war einheitlich gefärbt durch die umfassende Tendenz des Angriffes. Es ist natürlich, daß der Führer einer oppositionellen Partei solchen Gefühlen huldigt. Doch es fiel auf, daß Graf Julius Andrássy einen Schritt über diese natürlichen Grenzen der oppositionellen Aktionsfreiheit hinaus tat. Er ließ an einzelnen Stellen die Regeln vermissen, die den Fechter auch im heißesten Kampfe binden. Es genügt, wenn wir diesbezüglich aus der Rede des Grafen Julius Andrássy das Stück herausgreifen, auf das Ministerpräsident Graf Stefan Tißa verwies. Wir meinen die Ausführungen betreffend die Haltung der ungarischen Regierung in der Lebensmittelfrage gegenüber Oesterreich. Hier war manches gesagt, was nicht so sehr die Regierung, als vielmehr in erster Reihe die Interessen des Landes beeinträchtigen könnte. Auch überflüssige Kundgebungen, deren Ueberflüssigkeit sie eben tendenziös erscheinen ließ, waren in diesem Stücke der Rede des Grafen Julius Andrássy enthalten. Es gibt keinen patriotisch denkenden Menschen in Ungarn, welcher Partei er auch angehören möge, der nicht innig von dem Wunsche erfüllt wäre, daß in Oesterreich die Aktionsfähigkeit des Parlaments ehestens hergestellt werde. Gerade Ministerpräsident Graf Stefan Tißa hat auf diesem Gebiete unanzweifelbare Tatsachen geschaffen und festgestellt. Es ist nur der Weg, nicht das Ziel, das ihn diesbezüglich von dem Grafen Julius Andrássy scheidet. So war also keine Veranlassung gegeben, die Interessen des österreichischen Parlamentarismus gegenüber der Mehrheit in oppositioneller Färbung zu vertreten.

Der weitgedehnte Faden der Rede des Abgeordneten Grafen Julius Andrássy reichte von den Einzelerscheinungen der Kriegswirtschaft bis zu den großen Problemen der Auslandspolitik und der allgemeinen inneren Politik. So fand Graf Andrássy Gelegenheit, auslandspolitische Erscheinungen zu erörtern, der Kohlen- und Papiernot Betrachtungen zu widmen, die kroatischen Fragen zu berühren und auch über die Inkompatibilitätsfälle zu sprechen. Was er dabei über das Wesen der Banken und ihre politische Stellung zu sagen hatte, entspricht nicht den Tatsachen. Graf Julius Andrássy hat eine persönliche Erinnerung mitgeteilt, um zu zeigen, daß die Banken der jeweiligen Regierung folgen müssen, weil das Geschäftsinteresse das so verlange. Wir sind in der Lage, auf zahllose Beispiele hinzuweisen, die zeigen, daß die Bankwelt im Inlande und im Auslande ebenso rücksichtslos im Dienste des allgemeinen Wohles, und zwar bei voller Unterordnung der egoistischen Interessen, stand und stehen kann, wie der Grundbesitz oder das Handwerk. Die Rede des Grafen Julius Andrássy mündete in einem Bekenntnis zur Reform des Reichstagswahlrechts.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa antwortete nur auf einzelne Bemerkungen des Grafen Julius Andrássy, indem er sich weitere Ausführungen für eine spätere Gelegenheit vorbehielt. Gegenüber einer Feststellung des Grafen Julius Andrássy legte er dar, daß der Angriff, den er in der verflossenen Woche in einer auslandspolitischen Debatte gegen den Abgeordneten Holló richtete, vollauf berechtigt war. Dann nahm der Ministerpräsident Gelegenheit, die absolute Korrektheit seiner Haltung gegenüber der österreichischen Regierung außer Zweifel zu rücken. Er beleuchtete die Art der Einflußnahme, die der ungarischen Regierung in auslandspolitischen Fragen zusteht. Der Kontakt, der in der Ernährungsfrage im Deutschen Reiche, Oesterreich und Ungarn besteht, ist durchaus der Situation entsprechend günstig. Mit erhobener Stimme forderte Ministerpräsident Graf Stefan Tißa den Grafen Julius Andrássy auf, ihm Zeit und Gelegenheit zu bieten, damit er aktenmäßig sämtliche Daten vorlegen könne, um zu zeigen, daß Ungarn in der Ernährungsfrage in völlig entsprechender Weise seine Pflichten gegenüber Oesterreich und dem Deutschen Reiche erfülle, daß also alle Erklärungen, die dem widersprechen, auf Kosten der Tatsächlichkeit die Interessen unseres Volkes schädigen.

Stürmischer Beifall der Mehrheit des Hauses folgte diesen Ausführungen.

Die Interpellationen des Grafen Albert Apponyi und des Grafen Michael Károlyi betrafen den Ausgleich. Der Standpunkt des Grafen Albert Apponyi ist bekannt. Er trat ein für ein Provisorium, mit der Begründung, daß dem Abgeordnetenhause, das auf Grund einer verlängerten Mandatsdauer tage, ein Recht auf langfristige Bindung des Landes nicht zustehe.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa beantwortete beide Interpellationen, die Aufklärungen über die Tatsache und die Wesenheit des Abschlusses der Ausgleichsverhandlungen verlangten, mit der Bemerkung, daß über die wesentlichen Punkte eine Einigung zustande gekommen sei, daß aber Näheres mit Rücksicht auf die schwebenden handelspolitischen Verhandlungen mit dem Auslande vorläufig nicht gesagt werden könne. Die Bemerkung des Ministerpräsidenten, daß er bestrebt sei, die Entscheidung über diese Frage nach Möglichkeit dem nächsten Reichstag vorzubehalten, daß aber wichtige Interessen des Landes ein anderes Vorgehen notwendig machen könnten, wird im Lande volles Verständnis finden. Graf Stefan Tißa betonte, daß die Regierung nicht in der Lage sei, diesbezüglich bindende Versprechungen zu geben, was umso weniger beunruhigend wirken kann, weil ja das Abkommen, das zwischen den beiden Regierungen zustande kommt, der Entscheidung der Legislative nicht präjudiziert.

Noch einmal ergriff Abgeordneter Graf Albert Apponyi das Wort und auch Graf Michael Károlyi antwortete auf die Ausführungen des Ministerpräsidenten.

Dann nahm das Haus die Antwort des Kabinettschefs zur Kenntnis.

Verhältnismäßig früh, um halb 9 Uhr abends, wurde die Sitzung geschlossen.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Szász eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 3 Uhr nachmittags.

Schriftführer: Géza Hoványi, Emerich Szepesházy, Felix Szinyei-Merse.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tißa, Balogh, Baron Ghillány, Szurmay, Hideghéthy.

Der neue Honvédminister wird mit lebhaften Eljenrufen begrüßt.

Präsident legt die Zuschrift des Abgeordneten Albert v. Berzeviczy vor, der infolge seiner Ernennung zum Magnatenhausmitglied auf das Abgeordnetenmandat des Budapester II. Bezirkes verzichtet. Das Haus nimmt den Verzicht zur Kenntnis.

Abgeordneter Nikolaus Pescha hat die Inkompatibilitätsanzeige gegen sich erstattet; sie wird an den ständigen Inkompatibilitätsausschuß geleitet.

Präsident legt die Petitionen des Komitats Háromszék und der Stadt Nagyvárad in Angelegenheit der Zivildienstpflicht vor. Die Petitionen werden dem Petitionsausschusse zugewiesen.

Präsident teilt schließlich mit, daß er den Abgeordneten Grafen Albert Apponyi und Grafen Michael Károlyi die Zustimmung zu dringlichen Interpellationen über den Ausgleich mit Oesterreich erteilt hat. Das Haus wird um 7 Uhr abends zu den Interpellationen schreiten.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den sechsten Regierungsbericht.

Abgeordneter Alexander Sztranyavßky.

Die Kritik ist stets weniger schwierig als die schaffende Arbeit, besonders aber eine Kritik, die Parteitendenzen verfolgt. Wir müßten im dritten Kriegsjahre eher Anerkennung als Tadel zollen, weil sich die Schwierigkeiten erst jetzt fühlbar machen. Abgeordneter Johann Tóth ... (Lebhafte Eljenrufe links und auf der äußersten Linken; Rufe rechts: Späte Ovationen!; Bewegung und Lärm; Präsident läutet) hat nach fünfundzwanzigjähriger parlamentarischen Tätigkeit ... (Rufe: Sie werden keine solche aufweisen! Lärm.)

Abgeordneter Andreas Ráth: Wen man einmal schon totgeschlagen hat, dem kann alles passieren. (Heiterkeit links.)

Abgeordneter Alfred Pál: Man schlägt nur den tot, der sich nicht ehrenwörtlich bindet. (Rufe links: Oho!)

Abgeordneter Alexander Sztranyavßky (fortfahrend) polemisiert gegen die Ausführungen Johann Tóths und Ludwig Becks. Auch die Opposition gab ein politisches Programm, das sie nicht verwirklicht hat, sie hat an die Durchführbarkeit ihres Programms selbst nicht geglaubt. (Widerspruch und Lärm links.)

Abgeordneter Géza Polónyi: Sie sind noch zu jung, um das zu beurteilen!

Abgeordneter Alexander Sztranyavßky (fortfahrend): Sie haben die Aufstellung des selbständigen ungarischen Heeres verlangt, solange Sie in der Opposition waren. Während Ihrer Regierungsepoche haben Sie im Interesse dieses Programms nichts getan oder tun können (Lärm links), aus Gründen, die Sie, wenn sie für Sie maßgebend waren, auch für uns gelten lassen müßten. (Fortwährender Lärm und Zwischenrufe links. Präsident läutet wiederholt.) Die Redner der Opposition greifen den Grafen Tißa an, der meiner Verteidigung zwar nicht bedarf ...

Abgeordneter Wilhelm Sümegi: Darin haben Sie recht. (Große Heiterkeit links.)

Abgeordneter Alexander Sztranyovßky (fortfahrend: ... Tißa kennt die Seele des ungarischen Volkes zumindest so gut, wie Abgeordneter Beck. (Lärm links.) Dafür, daß die politische Konzentration gescheitert ist, sind die persönlichen, unbilligen Wünsche der Opposition verantwortlich. (Fortwährender Lärm.)

Präsident ersucht wiederholt um Ruhe. Es ist unmöglich, den Redner zu verstehen.

Abgeordneter Alexander Sztranyovßky: Die Opposition will österreichische politische Faktoren gebrauchen, um die ungarische Regierung zu stürzen. (Lärm links.) Eine Opposition, die sich unseren Feinden anschließt, ist unpatriotisch (Lärm, lebhafter Widerspruch links), sie folgt keinen Prinzipien, sondern jagt auf Personen (Lärm); das geht über die Grenzen unserer Geduld, dagegen wurde in der Neujahrsrede Stellung genommen.

Redner beschäftigt sich mit dem Kongreß der Landwirte. Die Mehrheit hat gewiß ebensoviel Verständnis für die Interessen der Landwirtschaft wie die Opposition, sie verstehe aber nicht, weshalb man sich gegen die Getreidehöchstpreise wendet, die notwendig sind, ebenso wie Redner auch dagegen nichts einzuwenden hat, daß die Preise der notwendigsten Industrieartikel maximiert werden sollen. (Zustimmung rechts und links.) Das System der Prämien für früher geliefertes Getreide sei unzweckmäßig. Die Vorbereitungen für die Erntearbeiten, namentlich die Einstellung von Kriegsgefangenen und Arbeiterabteilungen müsse nach einem einheitlichen, dem Reifen des Getreides angepaßten Programm erfolgen. Die Preise der Tabakpflanzen müßten erhöht werden. In der Organisation der Kriegsprodukten-A.-G. sind die am meisten interessierten Landwirte nicht vertreten. Daraus entstehen die Reibungen. Das Agentengeschäft widerspricht dem Ansehen eines ungarischen Abgeordneten, es stellt eine moralische Inkompatibilität fest, wenn jemand Heereslieferungen vermittelt oder schwindelhafte Heereslieferanten verteidigt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Den Bericht der Regierung nimmt Redner zur Kenntnis. (Zustimmung rechts.)

Abgeordneter Graf Julius Andrássy:

Der geehrte Vorredner scheint der erste jener Tapferen zu sein, die es unternehmen wollen, dem Rat des Präsidenten der Partei der nationalen Arbeit folgend, die Opposition hinauszufegen und zu vernichten, wie unsere heldenhaften Soldaten es in den Karpathen mit den Russen getan haben. Dazu ist er weder vermöge seines Alters, noch seiner Erfahrungen und seiner Vergangenheit geeignet (So ist's! links), war er doch selbst Mitglied der Unabhängigkeitspartei, die er jetzt so energisch angreift. Ich erachte es also als überflüssig, auf seine Bemerkungen zu reflektieren. (Zustimmung links.)

Ueber die Ursachen des Krieges will Redner jetzt nicht eingehend sprechen, doch ist die Auffassung des Abgeordneten Paul Farkas, daß die Ursache des Krieges die Animosität zwischen England und Deutschland gewesen sei, einseitig. Diese Ursache interessiert uns am wenigsten. Wir müßten unsere Existenz, unsere Grenzen gegen die aggressiven Tendenzen der südslawischen Idee schützen. Der Ministerpräsident hat den Abgeordneten Holló anläßlich der jüngsten Interpellation heftig angegriffen, weil Abgeordneter Holló angeblich in der Begründung seiner Interpellation gesagt hat, England müßte den Krieg infolge der aggressiven Kolonialpolitik Deutschlands führen. Zum Glück hat Abgeordneter Holló so etwas nicht gesagt. Der Ministerpräsident sagte, wir sollen solche Aeußerungen unseren Feinden überlassen. Möge auch er es den Feinden überlassen, in die Reden, die im ungarischen Parlament gehalten werden, das hineinzudeuten, was zu sagen tatsächlich schädlich wäre. Die Stimme des Ministerpräsidenten dringt weiter als die Reden der Opposition. Wer die Antwort des Ministerpräsidenten im Ausland liest, könnte glauben, daß er tatsächlich gezwungen war, die Intentionen Deutschlands gegenüber den Angriffen des Abgeordneten Holló zu verteidigen. Ein solcher Angriff ist aber nicht erfolgt. Redner billigt nicht die Ausführungen des Abgeordneten Holló und bedauert es, daß Holló diese Rede gehalten hat, namentlich deshalb, weil Holló es unterlassen hat, in seiner Rede die Tatsache hervorzuheben, daß wir ausschließlich einen Kampf zur Verteidigung unserer Existenz führen und daß infolgedessen unsere Sache auf reine, heilige und moralische Grundlagen gestellt ist. Abgeordneter Farkas hat der Károlyipartei die Amerikareise vorgeworfen. Man darf nicht vergessen, weshalb diese Reise erfolgt ist. War diese Reise ein Fehler, so war die Tatsache, die diese Reise notwendig machte, ein noch größerer Fehler. Graf Stefan Tißa begnügte sich nicht damit, die Wehrreform mit außerordentlichen Mitteln durchzupeitschen, er wollte rücksichtslos seine fixe Idee, von der er seit Jahren gesprochen hat, ohne Rücksicht auf die Umstände, ohne Rücksicht auf die Verschlimmerung der auswärtigen Lage, verwirklichen. Deshalb wendete sich ein Teil der Opposition an die in Amerika lebenden Kompatrioten.

Rufe rechts: Um eine Wahlkasse zu schaffen.

Abgeordneter Wilhelm Sümegi: Sie haben dazu Staatsgelder verwendet.

Abgeordneter Graf Julius Andrássy (fortfahrend): Weist darauf hin, daß man aus der Zurückweisung unserer Friedensvorschläge feststellen konnte, daß die Entente noch über große Mittel verfüge, mit denen sie hofft, den endgültigen Sieg erringen zu können. Wäre dies nicht der Fall, so wäre das Vorgehen der Ententestaaten reiner Wahnsinn. Wir haben unsere Bedingungen nicht detailliert, allein die Tatsache, daß wir unseren Friedensantrag in einem Augenblick stellten, in dem noch keine der kriegführenden Mächte niedergerungen ist, konnte als Beweis dafür dienen, daß unsere Bedingungen mit den Interessen und der Ehre dieser Großmächte in Einklang gebracht werden könnten. Es steht außer Zweifel, daß die Ententestaaten jetzt die größten Kraftanstrengungen machen werden und daß England alles ins Werk setzen wird, um seine Bundesgenossen mit Waffen und Munition zu versehen. Lloyd George machte ganz England zu einer einzigen Fabriksstadt, die die verheerenden Waffen herstellt. Infolgedessen mußten wir zu der Waffe des verschärften Unterseebootkrieges greifen, um die Organisation unserer Feinde möglichst zu unterbinden und die freie Bewegung der feindlichen Völker zu verhindern. Selbstverständlich mußten wir die neutralen Staaten aufklären, daß sie darin keine gegen ihre Interessen gerichtete feindselige Handlung erblicken, sondern daß wir vom Gesichtspunkte der Selbstverteidigung zu dieser Waffe greifen mußten. In diesem Kampfe auf Leben und Tod wäre es eine Sünde gewesen, wenn wir diese Waffe nicht zur Anwendung gebracht hätten, zumal gegenüber diesen Feinden, die ohne Rücksicht unsere Kinder, Frauen und Greise aushungern wollen.

Es ist klar, daß wir vor den größten Kämpfen stehen. Unter solchen Umständen wäre es die elementarste Pflicht eines jeden Ungars, alles zu vermeiden, was den inneren politischen Gegensatz verschärfen könnte. Die Mehrheit sagt, die Opposition möge abrüsten. Die Opposition hat zwei Jahre lang ihre Gefühle unterdrückt. Das ging nicht leicht. Graf Apponyi und Redner hatten große Mühe, die Stimmung der oppositionellen Abgeordneten zu beschwichtigen. Doch dem Publikum kann das Vertrauen zur Regierung nicht aufoktroyiert werden. Jedenfalls besitzt die Mehrheit nicht das moralische Recht und keinen Rechtstitel dafür, auch jetzt noch die Alleinherrschaft auszuüben. Schon die Wahlen im Jahre 1910 können aus den bekannten Gründen angefochten werden, den es wurde gerichtlich nachgewiesen, daß große Geldmittel für die Mehrheit verwendet wurden. Dann kamen die Gewalttätigkeiten im Parlament. Man hätte die Nation damals befragen müssen, ob sie diese Mittel billige. Auch dürfe man nicht vergessen, daß das gegenwärtige Parlament seit mehr als zwei Jahren seine Existenzberechtigung nur seinem eigenen Beschluß verdanke. Es wäre jedenfalls verfassungsmäßige Pflicht gewesen, alle politischen Parteien des Parlaments, die diese Aufgabe übernehmen wollen, an der Regierung teilnehmen zu lassen. In allen kriegführenden Staaten war man bestrebt, alle politischen Parteien an der Verantwortung teilnehmen zu lassen. Man sagt, die Opposition sei schuld daran, daß diese Koalition bei uns nicht zustande gekommen sei. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Regierung hat in dieser Beziehung nie ernste Versuche unternommen. Die Opposition hat sich in außergewöhnlicher Weise bereit erklärt, an der Verantwortung teilnehmen zu wollen. Graf Stefan Tißa hat nicht nein gesagt, allein sofort die Bedingung gestellt, daß er Ministerpräsident bleiben müsse. (Rufe rechts: Selbstverständlich. Lärm links.) Er war der Ansicht, daß die Interessen des Landes es erfordern, daß er Ministerpräsident bleibe, und zwar ebensosehr, wie daß er den König kröne. Die Opposition konnte diese Auffassung des Ministerpräsidenten um so weniger teilen, als damals schon ein prinzipieller Gegensatz in der Behandlung der italienischen Frage zwischen den Führern der Opposition und dem Grafen Stefan Tißa geherrscht hatte. Redner gibt zu, daß Graf Stefan Tißa nicht der friedliebendste und ruhigste Politiker sei, und daß sein Temperament ihn zum Kampf prädestiniere. Gerade infolge des Temperaments des Grafen Stefan Tißa glaube man im feindlichen Auslande, daß Ungarn den Krieg um jeden Preis führen wolle, und gerade infolge des Temperaments des Grafen Stefan Tißa schiebe man uns eine viel größere Verantwortung für den Krieg zu, als uns in Wahrheit zukommt. Während eines Krieges, der einige Monate währt, ist die Argumentation berechtigt daß ein Regierungswechsel auf eine Veränderung der Stimmung im Lande schließen lasse. Allein jetzt, wo der Krieg schon beinahe drei Jahre dauert, wo fast in allen kriegführenden Staaten einflußreiche Politiker gestürzt wurden, ohne daß daraus ein Wechsel in der Stimmung des Landes festgestellt werden konnte, würde man auch im Falle des Sturzes des Grafen Stefan Tißa nicht glauben, daß die Widerstandsfähigkeit der ungarischen Nation geschwächt sei. Ueberall war man bestrebt, in diesen ernsten Zeiten die fähigsten Männer in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Nur bei uns herrscht der absolute Willen eines einzigen Menschen.

Redner spricht dann von dem Einfluß, den Graf Stefan Tißa auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten geübt hat und erklärt, Graf Berchtold sei wahrscheinlich deshalb aus seinem Amte geschieden, weil er den Einfluß des Grafen Tißa nicht mehr ertragen konnte. Es ist sehr schwer, das Verhältnis zu fixiren, das zwischen dem Minister des Aeußern und dem Ministerpräsidenten besteht. Das richtigste ist, wenn der prinzipielle Teil der auswärtigen Politik gemeinsam festgestellt, die Vollstreckung dieser Politik völlig dem Minister des Aeußern überlassen wird. Dadurch, daß der Ministerpräsident einen so großen Einfluß auf die auswärtigen Angelegenheiten ausübt, verpflichtet er auch die Mehrheitspartei, die Politik des Ministers des Auswärtigen unter jeder Bedingung zu

Reichspost

2. III. 1917

114

Innerpolitisches.

In der Prager „Union" (Nr. 57) beschäftigt sich das bekannte Mitglied des Herrenhauses, Alfons Graf Mensdorff-Pouilly, der, wie er selbst eingangs des Artikels vermerkt, „wegen gewisser Aeußerungen in seiner letzten Brochüre ‚Mitteleuropäisches und Anderes' in der tschechischen Oeffentlichkeit Böhmens angegriffen wurde" (man bemerkt hier mit Genugtuung die völlige Korrektheit im Ausdruck, an dem diesmal augenscheinlich auch die „Union" nichts „Verletzendes" findet! D. R.) mit Punkt 8 der von den Christlichsozialen und Nationalverbändlern vereinbarten „politischen Richtlinien". Dieser Punkt handelt von der „deutschen Staatssprache" und hat in der tschechischen Presse, wie seinerzeit hier kurz verzeichnet wurde, die übliche aufgeregte Besprechung gefunden.

Graf Mensdorff-Pouilly sagt nun in seinem Aufsatze, die Sache müsse „vom rein praktischen Standpunkt aus beurteilt werden", nämlich von dem Standpunkt aus, daß die Sprache „ein Verständigungsmittel" sei; „wenn man die deutsche Sprache zur Vermittlungssprache erklärt, so kann das von diesem Standpunkte aus von allen Völkern der Monarchie bei einigem guten Willen gutgeheißen werden, weil der Begriff einer Vermittlungssprache sehr scharf und genau legislatorisch festgesetzt und begrenzt werden kann, während dies mit dem Begriff der Staatssprache absolut nicht der Fall ist". An anderer Stelle des Artikels beruft sich Graf Mensdorff-Pouilly auf die einschlägigen Ausführungen in seiner (hier seinerzeit besprochenen) Schrift „Der große Irrtum des 19. Jahrhunderts":

> Nach meiner Ansicht ist es sogar eine Voraussetzung der nationalen Lebensfähigkeit der einzelnen Völker, daß ein gemeinsames Verständigungmittel da sei. Statt, wie manche zu glauben scheinen, eine Beschränkung der nationalen Lebensfähigkeit, bildet die deutsche Verständigungssprache im Gegenteile eine der ersten Vorbedingungen derselben. Wenn die Möglichkeit bestünde, eine andere Sprache als Verständigungsmittel festzusetzen, ich hätte nichts dagegen. Aber, Hand aufs Herz: Wer kann an eine solche Möglichkeit denken? Man wird darauf verweisen, daß die Deutschen in Oesterreich eine Minorität bilden. Die Deutschen bilden zwar nicht die absolute, wohl aber die relative Majorität, obwohl die Anwendung des Majoritätsprinzips hier ganz unrichtig ist. Zweitens wird keine andere der österreichischen Sprachen so bei den anderssprachigen Völkern verstanden wie die deutsche, so sehr, daß sie sogar nicht nur zwischen Anders

sprachigen und Deutschen als Verständigungsmittel gebraucht wird, sondern auch zwischen verschiedensprachigen Mitgliedern untereinander. Nicht der Deutschen wegen, sondern des Staates und der Erhaltung der Staatseinheit wegen muß das sein.

Dagegen bekämpft Graf Mensdorff-Pouilly sehr entschieden den Ausdruck „deutsche Staatssprache", weil das Wort für die Mehrheit Oesterreichs eine Art

Morgenblatt.

eiter-Zeitung

für Wien.
Montagmittagsblatt 8 h

Organ der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Abonnementsbedingungen: Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 60 h, monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80. Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 2.60. Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—, bei freier Zustellung durch die Post. Deutschland: Vierteljähr. K 12.—. Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Vierteljähr. K 15.—. Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen: I. Schalterstraße 18, Telephon 9131. II. Taborstraße 30, Tel. 40238. X. Wielandplatz 8, Telephon 58244. XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 58178. XVI. Klausgasse 34, Telephon 54145. XVII. Bachergasse 22, Telephon 17115. XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie. Offene Reklamationen sind portofrei.

ich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Wien, Samstag, 3. März 1917. XXIX. Jahrgang.

Wechsel im Generalstab.

Conrad v. Hötzendorf scheidet — General v. Arz ernannt!

Der Kaiser hat folgendes Handschreiben erlassen (datiert Baden, 2. März):

Lieber Feldmarschall Freiherr v. Conrad! In den ersten Phasen dieses Krieges haben Sie als Berater des Armeeoberkommandanten die gewaltige Ueberlegenheit unserer Feinde durch klare Erkenntnis ihrer Schwächen und durch nie erlahmende Initiative wettgemacht. Ihr abgeklärtes Urteil fand den sicheren Ausweg aus den schwierigsten Lagen. Im weiteren Verlauf dieses Krieges wußten Sie — im zielbewußten Zusammenarbeiten mit unseren treuen Verbündeten — am entscheidenden Orte zur richtigen Zeit die notwendigen Streitkräfte anzusetzen, auf allen Kriegsschauplätzen die Grundlagen siegreicher Operationen zu schaffen und die Pläne neu erstandener, treubrüchiger Gegner zum Scheitern zu bringen. Auch mir waren Sie stets ein selbstloser, hingebungsvoller Berater.

Wenn ich Sie jetzt von Ihrem M[illegible]

Das nationale Zusammenarbeiten.

Eine notwendige Feststellung.

Die Nationalverbändler und die Christlichsozialen haben sich, wie unlängst mitgeteilt wurde, auf „Richtlinien" geeinigt. Sie sind, unter Wahrung der Parteigrundsätze, bereit, „in sozialen, nationalen und gesamtstaatlichen Fragen zusammenzuarbeiten". Die Grazer „Tagespost" hat nun die Frage aufgeworfen, warum das deutsche „Zusammenarbeiten" nur auf diese zwei Parteien beschränkt wird, warum dazu nicht alle deutschen Abgeordneten, die Alldeutschen, die Demokraten, die Sozialdemokraten, beigezogen worden sind. Das Grazer Blatt begründet seine Frage folgendermaßen: „Was früher war, ist hoffentlich endgültig begraben, und soll das neue Oesterreich erstehen, das wir alle wünschen, wird der Zug ins Große, der allein den Staat lebensfähig erhalten wird können, auch Eigentum der Parteien und durch sie der Völker werden müssen. Es gibt viele, und es sind nicht die Schlechtesten, die sich auch eine gemeinsame Arbeit aller deutschen Parteien gedacht haben. Aller, ohne Ausnahme. Das neue Programm des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen läßt darauf schließen, daß diese gemeinsame Plattform entweder noch nicht gefunden ist oder nicht mehr gefunden werden wird. Es wäre gewiß wünschenswert, von berufener Seite eine Aufklärung darüber zu erlangen, warum das, was bei den Tschechen und bei den Polen möglich war, nicht auch bei den Deutschen möglich ist, wer oder was daran schuld ist." Die „Reichspost" gibt ihm nun Bescheid, und da die Unterhaltung in der Hauptsache darum geht, ob man die Gewogenheit haben hätte sollen, nicht zu übersehen, daß es innerhalb der deutschen Nation in Oesterreich auch Sozialdemokraten gibt, oder ob man recht damit getan, sich über die Tatsache, daß eine Partei der deutschen Sozialdemokratie besteht, einfach hinwegzusetzen, so wollen den Bescheid, den das Grazer Blatt erhält, auch wir uns besehen.

Die „Reichspost" ist so gütig, „zuzugestehen", daß „keine Gruppe von der Zustimmung zu den Richtlinien ausgeschlossen ist, jede kann ihren Beitritt erklären und sich darauf verpflichten". Man wird zugeben, daß das von dem „Zusammenarbeiten" verschiedener Parteien eine Auffassung liefert, die der Originalität nicht entbehrt. Ein „Zusammenarbeiten" von Parteien setzt, das versteht wohl jeder, die gleiche Berechtigung aller voraus, die eben zusammen arbeiten sollen; das heißt: das, was Anlaß, Inhalt und Zweck des Zusammenarbeitens sein soll, muß einvernehmlich festgestellt werden. Im Einvernehmen aller! Aber daß zwei Parteien feststellen, wonach sich die dritte einfach zu richten habe, ist selbstverständlich unmöglich; wer sich das „Zusammenarbeiten" so vorstellt, der will es eben nicht. Wenn es der „Reichspost" Spaß macht, sich den „Beitritt" der deutschen Sozialdemokraten so vorzustellen, daß sie sich einfach darauf „verpflichten", was ohne sie aufgestellt wurde, so wollen wir sie nicht stören; niemand, der die Sozialdemokratie kennt, wird meinen, daß sie sich zu den Bürgerlichen in ein Vasallenverhältnis begeben werde, und anderes wie Vasallentum wäre ein solcher Beitritt natürlich nicht. Die Auffassung — aber sie ist natürlich nicht ernst gemeint, sondern nur die Ausrede des schlechten Gewissens — ist um so grotesker, als die „Reichspost" selbst berichtet, daß große Verschiedenheiten zu „überbrücken" waren; aber heischen die grundsätzlichen Anschauungen der Sozialdemokraten keine Berücksichtigung? Eine schöne „Vereinbarung", wobei über die Anschauungen der Sozialdemokraten als über eine gar nicht in Betracht kommende Sache einfach hinweggegangen werden könnte! Es ist also klar: Wer wirklich ein die gesamte deutsche Volkskraft einendes Programm zur Lösung der nationalen Fragen, die im Augenblick gelöst werden sollen und gelöst werden können — mehr an „Zusammenarbeiten" ist nach der Sachlage nicht zu erreichen —, herausbilden will, der wird anders vorgehen, als wie Nationalverbändler und Christlichsoziale bei der „Erstellung" ihrer Richtlinien vorgegangen sind.

Wir werden weder von unseren Genossen noch von unseren politischen Gegnern mißverstanden werden, wenn wir die Frage nach den Möglichkeiten dieses „Zusammenarbeitens" einmal, und wirklich ohne Eifer und Leidenschaft, erörtern: es ist sattsam bekannt, daß wir uns in das „Zusammenarbeiten" nicht drängen und über die „völlige Vereinsamung", mit der uns die „Reichspost" zu schrecken wähnt, durchaus nicht ungehalten sind. Es wird schon die Zeit kommen, wo das Volk diese „vereinsamte" Sozialdemokratie eben deshalb als die einzige unabhängige Partei erkennen wird, die, frei von allen beengenden Rücksichten, die Sache des leidenden Volkes — und wer leidet nun nicht? — mit unerschrockener Tatkraft vertritt und verficht; unsere Vereinsamung wird uns an dem tapferen und zielbewußten Wirken für die Interessen des Volkes in gar keiner Weise hindern; ganz im Gegenteil! . . . Aber wir wollen es doch einmal vor dem Volke feststellen, daß die deutschen Sozialdemokraten von den Bürgerlichen zu einem „Zusammenarbeiten" niemals geladen wurden, daß niemals auch nur der bescheidenste Versuch unternommen wurde, die deutschen Sozialdemokraten für dieses „Zusammenarbeiten in nationalen Dingen" zu gewinnen. Wenn uns nun die Deutschbürgerlichen das Vorgehen der polnischen und der tschechischen Sozialisten als ein rühmens- und nachahmenswertes Beispiel vorführen, so mögen sie doch auch darüber nachdenken, wie die tschechische und wie die polnische Bourgeoisie hier vorgegangen ist. Es haben sich auch die polnischen und tschechischen Sozialisten nicht angeboten, nicht vor- und eingedrängt, vielmehr hat man sie gesucht, hat sich um ihr Mitarbeiten gekümmert und bemüht. Die Wahrheit ist, daß den bürgerlichen Tschechen die Sache der Nation höher steht als Parteiinteressen und Parteivorteil; daß aber den bürgerlichen Deutschen, den Nationalverbändlern wie den Christlichsozialen, das Parteiinteresse über das Nationsinteresse geht. Denn das „Zusammenarbeiten" der Sozialdemokraten würde eben ihre Parteiinteressen stören: weil sich ihre ganze, so erbärmliche Agitation gegen die Sozialdemokraten auf der Behauptung von der „antideutschen" Sozialdemokratie aufbaut und das Lügengebäude zusammenstürzen würde, wenn mit den Sozialdemokraten ein nationales „Zusammenarbeiten" anhöbe! Wir durchschauen ja das feine Spiel, das sich da vorbereitet, und sind längst gerüstet, ihm zu begegnen. Die Herrschaften möchten ebensowenig ein „Zusammenarbeiten" mit den Sozialdemokraten, als sie die Behauptung missen möchten, daß wir deutsche Sozialdemokraten

Vossische Zeitung

7. III. 1917
123

Auf dem Wege zur Staatssprache

Das Reichsgericht in Wien, der höchste österreichische Gerichtshof, hat dieser Tage ein Erkenntnis gefällt, das eine jahrzehntelange trübe Vorgeschichte hat, aber die Tür zu einer besseren Zukunft aufstößt. Die von tschechischen Mehrheiten beherrschten Handels- und Gewerbekammern in Prag, Pilsen und Budweis waren vom Handelsministerium am 27. Juli 1916 angewiesen worden, sich in ihren Berichten und Eingaben an die staatlichenZentralstellen der deutschenSprache zu bedienen. Gegen diesen Erlaß hatten die drei Handelskammern die Beschwerde an das Reichsgericht ergriffen, dieses aber hat am 26. Februar dieses Jahres die Beschwerde zurückgewiesen und in seinem Erkenntnis betont, daß die Anordnung des Handelsministeriums einem praktischen Bedürfnis der Staatsverwaltung entspreche, da die Geschäftssprache ihrer Zentralstellen notorisch die deutsche sei.

Dieses Erkenntnis des höchsten Gerichtshofs ist die erste amtliche Anerkennung der deutschen Sprache als Staatssprache in Oesterreich, der erste Schritt zur Gutmachung eines verhängnisvollen Versäumnisses, das die deutschen Väter der Dezemberverfassung vor einem halben Jahrhundert begingen, indem sie es unterließen, das anscheinend Selbstverständliche, die Geltung der deutschen Staatssprache, in der Verfassungsurkunde ausdrücklich auszusprechen. Dieses Versäumnis ist der Urgrund des innerpolitischen Elends, an dem Oesterreich seit fünfzig Jahren und zumal seit der Aera Taaffe unseligen Angedenkens krankt, der Urgrund des Nationalitätenkampfes, der niemals so zersetzend, die Grundfesten des Staates unterwühlend sich hätte entwickeln können, wenn ihm durch die gesetzliche Geltung einer Staatssprache, die in Oesterreich eben nur die deutsche sein kann, von Anfang an unübersteigliche Schranken gezogen gewesen wären. So aber traf jeder Vorstoß des Slawentums gegen das Deutschtum den Staat an einer überaus empfindlichen und doch ungedeckten Stelle, jeder Versuch der Tschechen und Slowenen, das deutsche Sprachgebiet einzuengen, lief in letzter Linie darauf hinaus, das Gefüge des Staates zu lockern. Welch verhängnisvolle Wirkungen sich aus diesem Zustand der Dinge ergeben mußten, war jedem von österreichischem Staatsgefühl Erfüllten, auch wenn ihm deutsches Nationalgefühl fremd war, seit Jahrzehnten klar, nicht zum wenigsten den Ordnern und Führern des Heerwesens der Monarchie, aber alle Warnungen, alle Mahnungen verhallten ungehört von den leitenden Staatsmännern seit Taaffe, denen es teils an Einsicht und gutem Willen, teils an Kraft gebrach, das Uebel an der Wurzel zu fassen. Erst der Weltkrieg mit seinen furchtbaren Lehren und allerhand peinlichen Begleiterscheinungen hat den entschlossenen Willen geboren, endlich dem Staate die Sprache zu geben, die man ihm bisher zugunsten eines Dutzend oder mehr von Idiomen und Dialekten vorenthalten hatte, und schon in sehr naher Zeit dürfte dieser Wille zur Tat, zur ausdrücklichen Verkündung der deutschen Staatssprache reifen.

Die Slawen und insbesondere die Tschechen sehen dem Tage, der diese Tat bringen wird, mit verbissenem Trotz entgegen. Und doch haben gerade sie, und zwar in Augenblicken höchster Steigerung ihres slawischen Empfindens, praktisch die Unentbehrlichkeit der deutschen Sprache als Mittel der Verständigung zwischen den verschiedenen Volkssplittern der slawischen Rasse anerkannt: als am Vorabend des Prager Pfingstaufstandes von 1848 der erste Slawenkongreß im Wenzelsbade zu Prag zusammentrat, der von Tschechen, Kroaten, Slowaken, Slowenen, Polen und Ruthenen beschickt war und an dem auch der Posener Libelt und der Russe Bakunin teilnahmen, da zeigte es sich, daß die „Söhne der Allmutter Slavia" einander nur verstanden, wenn sie sich der verhaßten deutschen Sprache bedienten. Und das gleiche tragikomische Schauspiel wiederholte sich, als im Jahre 1867 die „Ethnographische Ausstellung" in Moskau Vertreter aller Slawenstämme, mit Ausnahme der Polen, zu einer allslawischen Wallfahrt veranlaßte, der ersten großen öffentlichen Kundgebung jenes Panslawismus, der in seinen letzten Auswirkungen den Weltkrieg unserer Tage entzünden sollte; auch in Moskau war das Deutsche das Verständigungsmittel in dem babylonischen Sprachgewirr des slawischen Familientags. Die Klugheit hätte den österreichischen Slawen, voran den rings vom Deutschtum umschlossenen Tschechen, geboten, sich darein zu finden, daß der so viele Nationalitäten umfassende österreichische Staat eines sprachlichen Verständigungsmittels für alle seine Bestandteile nicht entraten könne, und daß dieses eben nur die einzige in seinen Grenzen heimische Weltsprache, die deutsche, sein könne. Und die Klugheit hätte ihnen weiter geboten, sich dieser Sprache, unbeschadet des eigenen Stammesidioms, mit allem Eifer zu bemächtigen, wäre es auch nur, um ihren Stammesangehörigen all jene politischen und wirtschaftlichen Vorteile zu sichern, die in einem vielsprachigen Staats-

Berner Bund

8/III. 1917

127

Oesterreich und Ungarn

(Von unserem Korrespondenten)

nk. **Wien**, 25. Februar.

Gestern spät abends erschien das durch den Telegraphen Ihnen schon mitgeteilte offizielle Communiqué, daß die Ausgleichsverhandlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung zu einem vorläufigen Abschluß geführt haben, und daß nun der Weg zu handelspolitischen Verhandlungen mit dritten Staaten offen stehe.

Gleich nach Ausbruch des Weltkrieges, gleich nachdem die tapferen Söhne Oesterreich-Ungarns Schulter an Schulter mit dem prächtigen Heere Deutschlands dem Russensturm sich entgegengeworfen hatten, war man sich in der Monarchie, sowie in Deutschland darüber klar, daß die innige Waffenbrüderschaft auch nach dem Kriege zu einer engeren wirtschaftlichen Vereinigung der beiden Staaten werde führen müssen. Die Frage der wirtschaftlichen Annäherung ist seither nicht mehr aus der Diskussion verschwunden. Zahllos sind die Versammlungen, die Konferenzen, die Reden und die Publikationen über diesen Gegenstand. Ganze Bücher wurden schon geschrieben, darunter viele von hoher Bedeutung, andere wie die berühmte Schrift Naumanns über Mitteleuropa, von großer, propagandistischer Kraft.

Auf allen diesen Verhandlungen lastete jedoch ein eigentümlicher Druck. Die internen Beziehungen zwischen den beiden Staaten der Monarchie waren nämlich nur mehr auf eine kurze Spanne Zeit sichergestellt. Der zehnjährige Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn näherte sich seinem Ende. Das gegenwärtige Verhältnis steht nur mehr bis 31. Dezember d. J. in Kraft. Der geltende Vertrag bestimmt nun, daß spätestens zu Beginn des Jahres 1915 Verhandlungen über die Neuregelung der Zoll- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Regierungen einzuleiten seien. Der Weltkrieg hat den Beginn dieser Verhandlungen nicht hinausgeschoben, aber die Verhandlungen selbst naturgemäß vielfach erschwert. Die Vorarbeiten für diese begannen sogar schon vor Ausbruch des Weltkrieges. War doch längst das Jahr 1917 für einen epochemachenden Zeitpunkt in der wirtschaftlichen Geschichte Europas angesehen worden, da in diesem Jahre die wichtigsten Handelsverträge zur Erneuerung hätten kommen müssen. Aber mitten in die ersten Vorarbeiten platzte die Bombe des Weltkrieges. Erst glaubte man allgemein, daß dieser von kurzer Dauer sein würde. Mit seiner Ausdehnung in jeder Hinsicht wuchs aber auch die Erkenntnis, daß sein Schluß so wichtige Veränderungen mit sich bringen werde, daß alle Vorarbeiten für künftige Verhältnisse leicht illusorisch werden könnten. Dann erwachte, wie erwähnt, das Bestreben, Deutschland und die Monarchie künftig enger zu knüpfen. Das künftige Verhältnis zu Deutschland muß aber auch einen großen Einfluß auf das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn nehmen. In Ungarn ging man daher vielfach soweit zu sagen, die Monarchie müsse erst über ihr künftiges Verhältnis zu Deutschland klar sein, dann erst können die zoll- und handelspolitischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn definitiv festgelegt werden. In Oesterreich und in Deutschland war man entgegengesetzter Ansicht. Insbesondere in Deutschland erklärte man, daß man nur dann mit der Monarchie verhandeln könne, wenn sie in sich wieder festgeregelt sei.

Aus diesem Dilemma gab es nur einen vernünftigen Ausweg: den, vorläufige Vereinbarungen zwischen Oesterreich und Ungarn festzulegen und auf Grund dieser dann Verhandlungen mit dritten Staaten, insbesondere mit Deutschland einzuleiten. Aber diese vorläufigen Vereinbarungen waren schon eine schwierige Aufgabe. Monatelang verhandelten Graf Stürgkh und seine Mitarbeiter mit der ungarischen Regierung. Allerlei Gerüchte drangen in die Oeffentlichkeit, aber Tatsache war, daß die Verhandlungen immer wieder abgebrochen wurden. Große Hoffnungen wurden dann österreichischerseits auf den Nachfolger des Grafen Stürgkh, Dr. von Koerber gesetzt, von dessen Energie man allgemein einen baldigen und glücklichen Abschluß der Ausgleichsverhandlungen erwartete, Dr. v. Koerber aber hat diese Erwartungen nicht erfüllt.

Heute endlich liegt die freudige Nachricht in offizieller Form vor, daß die schwere Aufgabe glücklich gelöst sei. Die offizielle Mitteilung sagt ausdrücklich, daß die beiden Regierungen im gegenwärtigen Zeitpunkte noch nicht in der Lage seien, irgendwelche weitere Mitteilungen zu machen, und daß allfällige Nachrichten über den angeblichen Inhalt der bisherigen Verabredungen als nicht authentisch anzusehen seien. Aber wir leben im Zeitalter der Zensur und es ist bestimmt anzunehmen, daß solche „allfällige Nachrichten", die wirklich falsch wären, sicherlich unterdrückt würden. Von diesem Gesichtspunkt aus sind die langen Kommentare zu beurteilen, die die hiesigen Blätter dem kurzen amtlichen Communiqué beifügen. In ihnen findet man die Bestätigung verschiedener Mitteilungen, die früher bereits in weitere Kreise gedrungen waren. Hiernach dürfte vor allem der Ausgleich diesmal nicht auf zehn, sondern auf zwanzig Jahre in Aussicht genommen sein. In der Frage der Quote dürfte den Ungarn entgegengekommen werden, doch ist die österreichische Regierung, wie es scheint, nicht willens gewesen, ihre Tarifhoheit auf der Eisenbahnstrecke Oderberg-Annaberg aufzugeben. Weiter heißt es, daß in vielen anderen wichtigen Fragen, insbesondere in jenen der Viehzölle, der Revision der Veterinärgesetze und der indirekten Besteuerung durchwegs beiderseits höchst befriedigende Lösungen erzielt worden sind.

Nach den obigen Ausführungen ist es klar, daß der Ausgang des Weltkrieges auf die Regelung des Verhältnisses innerhalb der Monarchie ebenfalls von weittragender Bedeutung sein wird. Mit Rücksicht darauf können die vorläufigen Resultate der Ausgleichsverhandlungen auch nur als provisorische angesehen werden. Es ist, so eigentümlich es klingt, heute aber weniger wichtig, was in dem jetzigen Uebereinkommen steht, als die Tatsache, daß es zustande gekommen ist, die Tatsache, daß die Monarchie als ein innerlich wieder festgefügter einheitlicher Wirtschaftskörper in Verhandlungen mit anderen Staaten, insbesondere in die künftigen Friedensverhandlungen wird eintreten können.

Frankfurter Zeitung
4./III. 1917
136 11

Um Oesterreichs Zukunft.

G Wien, 7 März.

Die Einberufung des österreichischen Abgeordnetenhauses ist fortgesetzt Gegenstand lebhafter Erörterungen der Presse und der Parteien. Auch die Regierung hat mehrfach erklärt, daß sie die Flottmachung des Parlaments als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansehe und an der Schaffung der nötigen „Voraussetzungen" unausgesetzt arbeite. Man braucht an der Aufrichtigkeit dieser Versicherungen nicht zu zweifeln. Die Motive des Rufes nach dem Parlament mögen verschieden sein, das Verlangen selbst ist bei allen politischen Faktoren — die Masse der Bevölkerung darf man in Oesterreich zu diesen nicht zählen — gleich lebhaft. Die Regierung kann es keinesfalls als gleichgültig für den Ruf des Staates ansehen, wenn von allen kriegführenden Ländern einzig Oesterreich einer Volksvertretung entbehren muß, und darin selbst hinter Rußland zurücksteht, dessen Duma trotz aller Konflikte mit dem Kabinett doch immerhin tagt. Es heißt ja doch geradezu den Leugnern der Existenzberechtigung des österreichischen Staates in die Hände arbeiten, wenn man durch die Nichteinberufung des Reichsrats den Eindruck erweckt, als ob die österreichischen Völker nur durch militärischen Zwang zur Landesverteidigung verhalten werden könnten, bei der Möglichkeit einer rückhaltslosen parlamentarischen Aussprache unter dem Schutze der Immunität die Volksvertreter aber landesverräterische Dinge äußern würden. Gegen eine solche immerhin mögliche mißverständliche Deutung der Schwierigkeiten, die einer Parlamentstagung im Wege stehen, müßte vor allem der Minister des Aeußern die schwersten Bedenken hegen und von seinem Standpunkt aus die rascheste Behebung dieser Schwierigkeiten fordern. Wir vermuten auch, daß er das umso weniger unterlassen hat, als im heutigen Stadium des Krieges und nach der gründlichen Reinigung des Parlaments durch den Strafrichter tatsächlich von keiner Seite mehr ein staatsfeindliches Wort zu befürchten wäre. Die Parteien und die Presse wiederum haben das größte Interesse an der öffentlichen Erörterung der zahllosen Widerwärtigkeiten des Augenblicks, und selbst die Verwaltungsbehörden müssen den Zeitpunkt herbeisehnen, der ihnen etwas von der schweren Verantwortung eines gänzlich kontrollosen Regimes abnimmt. Man mag von den Parlamenten selbst denken, wie man will, sie sind nun einmal unentbehrlich und zumal in Zeiten der gouvernementalen Allgewalt und rücksichtsloser Pressezensur mehr als je. Das ist auch unbestritten, und es hieße offene Türen einrennen wollte man noch irgend jemandem die Notwendigkeit einer möglichst raschen Einberufung des Reichsrates erst beweisen.

Es vergeht aber dennoch Woche um Woche und noch ist nicht einmal der Termin der Einberufung festgesetzt. Zwischen der zweiten Mai- und der dritten Juniwoche schwanken noch die Angaben derer, die Authentisches darüber wissen wollen. Da aber in der dritten Juniwoche, d. i. am 17. Juni, die Legislaturperiode überhaupt abläuft, wäre die Einberufung zu diesem Termin der reine Hohn, gleichbedeutend mit der vollständigen Ausschaltung des Parlaments bis zu seiner Wiederwahl, d. h. bis zum Sommer 1918. Wir wissen nicht, ob die Angabe richtig ist. (Der Ministerpräsident hat ihre Richtigkeit entschieden bestritten. D. Red.) Aber daß sie überhaupt geäußert werden konnte, deutet doch darauf hin, daß die Vorfrage, ob eine Parlamentstagung derzeit überhaupt für möglich gehalten wird, noch nicht im unbedingt bejahenden Sinn beantwortet ist. Nun kann man dem neuen Regime alles andere eher nachsagen, als Mangel an Initiative und Entschlußkraft, und wenn ein Verlangen, das in den obersten Regionen ebenso lebhaft empfunden wird, wie in den unteren, dennoch nicht befriedigt wird, kann man nicht der vis inertiae oder der Furcht vor einer verantwortungsvollen Entscheidung die Schuld aufbürden. Sie ist anderwärts zu suchen und nur der sehr billige Radikalismus oder parteipolitische Tendenz können auch so tun, als ob lediglich der böse Wille der Regierung oder irgend einer Parteigruppe das unübersteigliche Hindernis bildeten. Tatsächlich verbirgt sich hinter der harmlosen Vorfrage, ob jetzt eine Parlamentstagung opportun wäre oder nicht, nicht mehr und nicht weniger als die wichtigste Entscheidung, die vielleicht alle hundert Jahre einmal über die Zukunft eines Staatswesens getroffen werden kann. Die Einberufung des Parlaments vor der Durchführung einer Verfassungsänderung, die von den Deutschen als Voraussetzung dafür bezeichnet wird, bedeutet in den Augen der Deutschen und wohl auch der Regierung die Vertagung der Reform ad calendas graecas. Unter denen, welche die Einberufung um jeden Preis und ohne Rücksicht auf die Voraussetzungen fordern, befinden sich daher naturgemäß gerade jene Gruppen, die die Verfassungsänderung nicht wünschen.

Ueber die Verfassungsänderung selbst ist an dieser Stelle schon gesprochen worden. Es handelt sich nicht nur um die Schaffung einer Geschäftsordnung, die erst das Abgeordnetenhaus durch äußerste Erschwerung der Obstruktion wirklich arbeitsfähig machen würde, es handelt sich vor allem um eine nationalpolitische „Umorientierung" Oesterreichs, die dem nationalen Eroberungsdrang gewisser Volksstämme einen Riegel vorschieben und damit den nationalen Frieden einigermaßen sichern soll. Man geht auf der Seite der Reformfreunde davon aus, daß nicht bloß die deutsch-böhmischen Bezirke durch administrative Abtrennung von den tschechischen vor notionaler Vergewaltigung geschützt, sondern auch der Staat selbst durch Festlegung der deutschen Amtssprache vor weiterer nationaler Zersetzung bewahrt und schließlich das Parlament durch Ausschaltung der galizischen Abgeordneten eine unzweifelhafte deutsche Majorität erhalten solle, die jeden Versuch, das System der nationalen Zerbröckelung fortzuführen, von vornherein unmöglich machen würde. Das sind die viel bespöttelten, erbittert bekämpften, aber von den Deutschen ebenso hartnäckig verfochtenen Forderungen, von deren Erfüllung gerade diejenigen, die auf eine glückliche Zukunft Oesterreichs und eine Belebung seiner staatlichen Kraft hoffen, eine innere Gesundung und Sammlung erwarten.

Man braucht diese Forderungen nur zu nennen, um auch ihre Gegner schon vor sich zu sehen. Das sind zunächst die meisten slawischen Parteien, die zwar unter dem Eindruck verschiedener Hochverratsprozesse und anderer öffentliches Geheimnis bildenden Vorgänge etwas kleinlaut und verträglich geworden sind, vor allem aber Zeit gewinnen wollen — qui habet tempus habet vitam. Sie verwahren sich gegen jede „einseitige Lösung nationaler Fragen" und erklären es als „dringende Staatsnotwendigkeit", baldtunlichst das Parlament einzuberufen. Dort sind sie natürlich in der Lage und, wie gefürchtet werden muß, auch entschlossen, ihr numerisches Gewicht gegen die deutschen Forderungen in die Wagschale zu werfen, schlimmstenfalls ihre Erfüllung durch Obstruktion zu vereiteln. Ihr reales Interesse verweist sie zwar auf eine Verständigung mit den Deutschen und auf weise Selbstbescheidung in einem Mitteleuropa, dessen stärkstes Element doch nur das Deutschtum sein kann, und in dem ihnen ja jegliche kulturelle Entwicklungsfreiheit bliebe, aber sie haben sich zu lange als österreichische Prätorianer gefühlt, um sich in eine weniger anspruchsvolle Rolle hineinfinden zu können. Nächst ihnen meldet sich ganz offen der böhmische Feudaladel, der „konservative Großgrundbesitz", der seinem ehemaligen Klubgenossen, dem Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinitz, ein Memorandum übersendet, in dem vor jedem „außergewöhnlichen Vorgehen in nationalpolitischen Fragen" gewarnt wird. Der böhmische Feudaladel ist zum teil, wie die Schwarzenberge, ganz tschechisiert, und teilt die tschechischnationalen Empfindungen, zum teil strebt er nur die Schaffung eines böhmischen Sonderstaats nach dem Muster des ungarischen mit allen natürlich ihm zufallenden Hofwürden an. — Die dritte und mächtigste Gruppe der Gegner ist aber gar nicht im slawischen Lager zu suchen, sondern in Wien selbst und zwar vorwiegend in der altösterreichischen Bürokratie, die zum teil sehr ehrenwerte, aber unseres Erachtens ganz anachronistische Beweggründe für ihre leidenschaftliche Abwehr der deutschen Forderungen hat. Nach ihrer Auffassung hätte ein Oesterreich, dessen Amtssprache deutsch, dessen Parlamentsmehrheit deutsch, dessen Regierungspolitik nicht mindestens slawenfreundlich wäre, neben dem ganz deutschen Reiche weder eine Existenzberechtigung noch auf die Dauer auch nur die genügende Lebensfähigkeit. Ein Oesterreich, das seine Selbstständigkeit und seinen alten Rang als europäische Großmacht wahren wolle, könne sich nicht weit genug vom deutschen Reiche entfernen und das geschehe am besten durch Duldung ja Förderung der westslawischen politischen Aspirationen. Ein Bündnis mit dem deutschen Reich gegen die russische Konkurrenz, im Innern aber eine möglichst die slawischen Nationalitäten bevorzugende Politik soweit sie überhaupt ohne gefährliche Konflikte mit den Deutschen denkbar ist, das wäre der ideale Zustand, den sich die Altösterreicher aus der Schule Taaffes wünschen.

Man kann darüber heute ohne nationale Erregung reden: diese Politik hat im Weltkriege Schiffbruch gelitten. Ein so entschiedener Parteimann, wie Graf Clam-Martinitz war, hätte sich von seinen Klub- und Standesgenossen nicht getrennt, wenn er nicht erkannt hätte, daß ein weiteres Beschreiten des Weges der Slavisierung Oesterreich in den Abgrund führen müßte, und daß dieser alte Staat seine Lebensfähigkeit nur bewahren kann nicht als westslavisches Gegenstück Rußlands, sondern als selbständiger Teilhaber am mitteleuropäischen Bündnis, für den aber die ganz staatstreue deutsche Bevölkerung als Stütze unentbehrlich ist. Gegen eine für die Unabhängigkeit Oesterreichs gefährliche Anziehungskraft des deutschen Reiches schützt schon die große Verschiedenheit der Temperamente und der ganzen Lebensanschauungen selbst zwischen den Deutschen des Reiches und denen der österreichischen Lande. Bei aller Achtung vor der Tüchtigkeit des deutschen Bruders draußen ist sich hier jedermann des starken Unterschiedes bewußt und wünscht niemand eine Verwischung dieser Abweichungen. Das weiß man auch in Deutschland so gut, daß man mit beiden Händen jede allzu intime Annäherung an den nun doch einmal anders gearteten südlichen Bruder abwehrt. Das ist so auch ganz in der Ordnung und vom Standpunkt eines höheren deutschen Volksinteresses nur erwünscht. Die sehr wertvollen, für die gesamte Nationalkultur unentbehrlichen Eigenschaften des österreichischen Deutschen könnten in jeder anderen staatlichen Gestaltung als der eines absolut gleichberechtigten unabhängigen österreichischen Großstaats nur leiden. Und die in der österreichisch-ungarischen Monarchie lebenden Deutschen — wenn man ihnen nur die ihnen gebührende Geltung läßt — die seit Jahrhunderten mit den anderen Völkern der Monarchie zusammenleben, bieten dem deutschen Reiche auf die Dauer einen sichereren Flankenschutz, als ein reichsdeutsches Regime, das aus den Konflikten mit den anderssprachigen Völkern gar nicht herauskäme, selber ihn sich schaffen könnte. Eine Gefahr besteht also absolut nicht für Oesterreich, wenn es die Lehren dieses Weltkrieges beherzigt und die Irrtümer der letzten Jahrzehnte abschwört. Die Gefahr begänne erst, wenn es im Irrtum verharren und auf der schiefen Ebene weiter abwärtsgleiten würde. Versäumt man jetzt, durch eine gründliche Neugestaltung die Schranke aufzurichten, die Oesterreich vor dem weiteren Abgleiten schützen soll, so gilt das Wort des Dichters: Was du von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück.

Sieht man also, daß es sich bei der Frage der Einberufung des Reichsrats um weit mehr handelt, als um eine bloße Frage des parlamentarischen Lebens, daß es um die Zukunft Oesterreichs geht, so weiß man auch, weshalb um diese Frage mit solcher Heftigkeit gestritten wird. Man begreift dann allerdings auch, warum der Regierung die letzte verantwortungsvolle Entscheidung so schwer wird. Es gehören sehr viel Mut, Entschlossenheit und konsequentes Denken dazu, Entscheidungen von solcher Tragweite zu treffen, darunter auch die Energie, mit Ideen und Parteigruppen zu brechen, die bisher als die eigentlich staatserhaltenden gegolten haben. Die Nähe der Entscheidung aber scheint aus der Heftigkeit und Gleichzeitigkeit, mit der jetzt die Proteste laut werden, hervorzugehen. Möge sie so fallen, daß sie dem alten, verbündeten Reiche friedliches Gedeihen und neue Kraft in den kommenden schweren Zeiten sichert.

Arbeiterzeitung

140

11/III. 1917

eiter-Zeitung

Montagmittagblatt 8 h

Abonnementsbedingungen: Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 60 h, monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80. Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 2.60. Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.— bei freier Zustellung durch die Post. Deutschland: Vierteljähr. K 12.—. Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Vierteljähr. K 15.—. Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen: I. Schulerstraße 12, Telephon 9191 II. Taxamtengasse 20, Tel. 40228 X. Wielandplatz 5, Telephon 58244 XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83128 XVI. Klausgasse 24, Telephon 84148 XVII. Backergasse 22, Telephon 17175 XXI. Angererstraße 14. Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie. Offene Reklamationen sind portofrei.

rgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

ch um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Wien, Sonntag, 11. März 1917. XXIX. Jahrgang.

Vor zwanzig Jahren.

In diesen Tagen sind zwanzig Jahre verflossen, seitdem das allgemeine und gleiche Wahlrecht seinen Einzug in Oesterreich gehalten hat: am 9. März 1897 war der Hauptwahltag der allgemeinen Wählerklasse, war der Wahltag dieser Kurie insbesondere in Niederösterreich. Es war ein Tag grimmer Enttäuschung für uns, dieser erste Wahltag der österreichischen Sozialdemokratie, und wer ihn erlebt hat, hat ihn als einen Tag voll von Schmerz und Wut in seine Erinnerung aufgenommen. Von den neun Mandaten Niederösterreichs, von den fünf Mandaten Wiens, die in der neuen Wählerklasse vergeben wurden, vermochten wir kein einziges zu erobern; sie fielen alle den Christlichsozialen zu! Seit dem Jahre 1893 kämpfte die Partei mit immer sich steigernder Energie um ihr politisches Recht. Die Taaffesche Wahlreform, die erste Frucht ihres Wahlrechtskampfes, hatte der kurzsichtige Egoismus der Nutznießer des Privilegs zu Fall gebracht. Die Verstocktheit des Koalitionsministeriums war überwunden und die Badenische Reform war die kärgliche Abschlagszahlung an die große politische Schuld. Und nun, nach so langem Harren, nach einer kraftvollen Wahlbewegung, sahen wir dem Wahltag mit strahlenden Hoffnungen entgegen. So mußte der Ausgang, der den Gegnern den Sieg auf der ganzen Linie brachte, ein schwerer Schlag werden, und da an den Wahlen in Wien und Niederösterreich unsere besten Männer beteiligt waren, fühlten wir ihn tief und schmerzlich. Wie über eine geschichtliche Tatsache können wir heute über diese Wahl mit Ruhe sprechen, denn sie hat uns wahrlich nicht zu Boden geschlagen, und es ist danach bald anders geworden in Wien, in Niederösterreich und überhaupt in ganz Oesterreich; nach der ersten Enttäuschung verdoppelten wir nur unsere Anstrengungen und die Werbekraft des sozialdemokratischen Gedankens wuchs von Wahl zu Wahl. Auch war in diesen ersten allgemeinen Wahlen nur die Wiener Wahl eine Enttäuschung; sonst haben uns auch die ersten Wahlen des allgemeinen Stimmrechtes stattliche Erfolge gebracht, brachten sie doch sogleich fünfzehn Sozialdemokraten ins Abgeordnetenhaus. Rückschauend können wir wohl auch sagen, daß Luegers Wahlsieg am 9. März 1897 in gewissem Sinne sein letzter großer und echter Sieg gewesen ist. Nicht als ob danach der Aufstieg der Christlichsozialen aufgehört hätte; sie hatten, rein zahlenmäßig betrachtet, danach noch ungleich größere Wahlerfolge heimgebracht als diese fünf Wiener und vier Mandate Niederösterreichs; sind sie ja erst danach in Land und Reich die ausschlaggebende Partei geworden. Aber an jenem neunten März, als sich wirklich das ganze bürgerliche Wien zu den Wahlurnen drängte, um für Lueger nicht bloß zu wählen, sondern für ihn zu demonstrieren, da war in den Lueger-Scharen echte Begeisterung zu spüren; was danach die christlichsozialen Wahlerfolge erzwang, war Wahltechnik, geschickte Agitation, das Netz der Parteiorganisation, kurz eine sehr ausgebildete, durch den Besitz des ganzen Wahlapparats höchstgesteigerte politische Routine. Der große Zauberer ist tot, aber vor dem Tode des Zaubermeisters war eigentlich der Zauber schon verflogen.

Diese fünfte Kurie ist ein Musterbeispiel der österreichischen Regierungskunst, jener unausrottbaren Halbheit, die dem österreichischen Dichter das bittere Wort erpreßt hat: „auf halbem Wege und zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben". Eine neue Zeit war heraufgekommen, in der die politischen Vorrechte unhaltbar geworden waren, in der die Rechtlosigkeit der breiten Massen zu ihrer Bedeutung für Staat und Gesellschaft den schneidendsten Kontrast bildete. Den Privilegien hatte die Totenglocke geschlagen und die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht drängte gebieterisch vor. Aber ist es Oesterreich gegeben, das Notwendige zu tun, es gleich ganz zu tun? Immer zahlt es seinen Zoll an die Notwendigkeiten der Zeit nur halb, nur widerwillig; immer sucht es die Zahlung zu verschieben, sich davonzuschleichen, sich der Pflicht in halbschlächtiger Weise zu entledigen. So auch hier, und statt das Notwendige sogleich und ganz zu tun, wurde der echt österreichische Versuch gemacht, sich mit der Forderung nach der Allgemeinheit des politischen Rechtes abzufinden, die politischen Vorrechte aber unversehrt zu erhalten. Welch ein sinnloses Monstrum war doch diese allgemeine Wählerklasse! Wie konnte man meinen, ein Wahlsystem, das Abgeordnete von neun Menschen und Abgeordnete von fünfmalhunderttausend Menschen vereinigt, werde möglich sein, werde ein Abgeordnetenhaus hervorbringen, das arbeitsfähig ist! Zumal in Oesterreich, wo dem Parlament durch den Gegensatz der Nationen jene Einheitlichkeit, jene Solidarität vorweg versagt ist, ohne die das Dasein immer nur auf schwankendem Grunde ruht! Welchen Sinn hätte also diese allgemeine Wählerklasse haben sollen, die man damit rechtfertigen wollte, daß sie einen „Uebergang" herstellen solle? Als ob für Staat und Volk etwas gewonnen wäre, wenn man eine Reform, die unausweichlich ist, um zehn Jahre verzögert! Aber sie hatten damals ein Wort gefunden, das Wort von dem „Zubau" zur Verfassung, und daran hielten sie engstirnig fest. Im Jahre 1897 konnte nicht einmal das direkte Wahlrecht durchgesetzt werden; selbst in dem scheußlichen Wählen durch Wahlmänner meinten sie, ein kostbares Besitztum zu retten. Welche Kämpfe mußten geführt werden, um in einem einzigen Kronland das direkte Wählen durchzusetzen! Und im Jahre 1907 ist es ganz allgemein geworden, und jeder empfindet es als die ganz selbstverständliche Form des Wählens; jede andere schiene ihm nun undenkbar. War aber der gesellschaftliche Zustand unserer Landbevölkerung zehn Jahre vor 1907 wirklich ein anderer, sind wir damals zu dem direkten Wählen etwa nicht reif gewesen? Heute wird das niemand behaupten wollen, und so bestätigt es die Erfahrung, daß es nur die Kurzsichtigkeit und Verstocktheit unserer herrschenden Klassen ist, die uns zwingt, immer den längsten Umweg zu nehmen, alles Notwendige halb zu tun, alles Nützliche zu verpfuschen und dadurch um seinen staatlichen und gesellschaftlichen Ertrag zu bringen. Hätten wir vor zwanzig Jahren statt der sinnlos abgeschmackten fünften Kurie gleich das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt — wahrlich, wir stünden heute mit unserer politischen Entwicklung weiter und besser da.

Nichts wäre törichter als der Einwand, daß sich das allgemeine Wahlrecht doch nicht bewährt habe; weil der Einwand so falsch ist, wird er wahrscheinlich den größten Anwert finden. Erstens ist zu sagen, daß an dem Hauptgebrechen des reformierten Parlaments, nämlich an seiner übermäßigen Größe, in der wir die eigentliche Quelle seiner Schwierigkeiten erkennen, ganz eigentlich die fünfte Kurie die Schuld trägt; hätte man den albernen „Zubau" nicht eingeführt, so hätte der Umbau dann nicht so unförmig ausfallen müssen, dann wäre man natürlich nie zu 516 Abgeordneten gekommen. Zweitens ist zu sagen, daß weit weniger ein Scheitern des Parlaments als ein Scheitern der Regierungskunst zu sehen ist; daß der Zusammenbruch des Abgeordnetenhauses weit weniger sein Verschulden, als das Werk einer böswilligen Regierung war. Aber woran leidet denn im Grunde das reformierte Haus? Es leidet an den Traditionen aus den Parlamenten der fünften Kurie! Die Sitten und Gewohnheiten, die Auffassungen und Gewissenlosigkeiten der Parlamente der fünften Kurie sind es, die in ihm fortwirken und die das allgemeine Wahlrecht zu überwinden leider noch nicht vermocht hat: das ist die Wahrheit über die Nichtbewährung der demokratischen Reform! Die zehn Jahre fünfter Kurie, in denen Obstruktion mit Staatsstreich wechselte, da alles, was feststand, entwurzelt wurde, alle Gesetze um ihren geraden Sinn gebracht wurden, während deren sich das Verantwortlichkeitsgefühl der Abgeordneten und der Regierungen verflüchtigt hat; diese zehn Jahre fünfter Kurie haben der Politik in Oesterreich das Gift eingeflößt, das sie noch immer nicht ausgestoßen hat. Das ist auch beileibe keine zufällige oder unerklärliche Tatsache. Das Wesen der fünften Kurie ist eben Lüge und Schwindel; sie ist nicht, wie diejenigen, die von ihr leben, nämlich die gelben „Arbeiterparteien" behaupten, der Anfang der Erfüllung der Demokratie, sondern ihre Verhöhnung, ihre Parodie. Und weil sie die Lüge ist, muß sie unausweichlich zur Korrumpierung der Politik, zur Korrumpierung der politischen Parteien führen. Die Einführung der fünften Kurie war nicht bloß ein Verbrechen an den Klassen, die durch sie um ihr volles Recht beraubt wurden, sie war ein großes Unglück für

Vossische Zeitung

145 13

13./III. 1917

Dienstag, 13. März 1917

Zeitung

1704

d gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe aufgeführt

2-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8690

setzung geworden, um die eigentliche Schicksalsfrage der politisch-wirtschaftlichen Zukunft Oesterreich-Ungarns zu lösen: den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich.

Höhe 185.

blagen. — Erfolgreiche Vorstöße im Osten

Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Von

Dr. Gustav Stolper-Wien.

Ueber ein Jahr haben die Ausgleichsverhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn gedauert, deren Abschluß kürzlich gemeldet wurde. Ihr Ergebnis wird vorläufig geheim gehalten. Als Grund dafür wird angegeben, daß der Ausgleich die Grundlage für Vertragsverhandlungen mit dem Ausland bilde und daß man sich nicht in die Karten schauen lassen wolle. Indes kann das höchstens für einzelne Teile des Ausgleichs, insbesondere für den Zolltarif gelten. Der wahre Grund der vorläufigen Geheimhaltung liegt wohl in der gespannten Verfassung des ungarischen Reichstages. Der Ausgleich zwischen den beiden Reichshälften ist, wie schon sein Name besagt, immer ein Kompromiß, und es kann kein Kompromiß geben, an dem nicht jeder der Beteiligten mehr oder weniger auszusetzen hat. So hat auch sicherlich der jüngst abgeschlossene Ausgleich vom österreichischen und ungarischen Standpunkt seine bedenklichen Seiten, und vor allem die ungarische Regierung möchte es vermeiden, bereits jetzt sich deshalb scharfen Angriffen auszusetzen, die auf das Verhältnis zwischen beiden Reichshälften ungünstig zurückwirken könnten.

Aber auch in Oesterreich hat man die Erneuerung des Ausgleichs im Kriege nicht gern gesehen. Man hat hier allgemein gehofft, daß der Krieg dazu führen würde, das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn überhaupt auf eine neue Grundlage zu stellen. Die verschiedensten Kreise, an deren Beratungen maßgebende Minister des jetzigen Kabinetts teilnahmen, haben die Forderung der „Pragmatisierung" der Zollgemeinschaft aufgestellt: es sollte die Zollgemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn sowie die Wehrgemeinschaft und die Gemeinsamkeit der äußeren Politik zu einer dauernden erklärt und nicht mehr von Zeit zu Zeit vereinbart werden. Graf Stürgkh hat diesen Wunsch nahezu aller österreichischen Parteien sich nicht zu eigen gemacht, und hat im Sommer 1915 anläßlich der Anwesenheit einer ungarischen Huldigungsdeputation in Wien mit dem Grafen Tisza vereinbart, daß der Ausgleich möglichst unverändert und möglichst rasch erneuert werden sollte. Der Widerspruch, den diese Absicht in der österreichischen Oeffentlichkeit trotz Preßzensur und Parlamentslosigkeit hervorrief, hat Ende November 1915 zur Rekonstruktion des Kabinetts Stürgkh geführt: Dr. von Spitzmüller, Ritter von Loth und Prinz Hohenlohe traten ins Kabinett ein, das dadurch seinen Charakter wesentlich veränderte. Dr. v. Spitzmüller wurde als „Ausgleichsminister" berufen. Ihm ist es vor allem zuzuschreiben, daß die österreichische Regierung wenigstens die Forderung der Langfristigkeit des Ausgleichs erhob und mit aller Hartnäckigkeit verfocht. Die österreichische Regierung schlug eine 25jährige Geltungsdauer der Ausgleichsvereinbarungen vor. Das Ergebnis der Verhandlungen ist ein zwanzigjähriger Ausgleich. Zum ersten Male seit Bestehen der dualistischen Verfassung hat sich die ungarische Regierung zu einer längeren als einer zehnjährigen Ausgleichsdauer verstanden. Es ist nicht nur eine Folge des Weltkrieges, daß die sogenannte Langfristigkeit des Ausgleichs in Ungarn nicht auf besonderen Widerstand gestoßen ist. Schon in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch hat sich in der ungarischen Oeffentlichkeit ein bedeutsamer Wandel der Gesinnung vollzogen. Der Gedanke der Zolltrennung hat in allen wirtschaftlichen Kreisen allen Boden verloren. Dadurch haben sich auch diese Ausgleichsverhandlungen von Anfang an von früheren unterschieden. Als Baron Beck 1907 an das Koalitionskabinett Weckerle-Kossuth das Ansinnen stellte, einen zwanzigjährigen Ausgleich zu schließen, fragte er zugleich bei den österreichischen industriellen Körperschaften vertraulich an, ob die Industrie bereit wäre, eine ungarische Zwischenzollinie dafür zuzugestehen. Von Zwischenzoll und Zolltrennung ist diesmal nicht einen Augenblick mehr die Rede gewesen, was die Verhandlungen wesentlich vereinfachte. Heute gibt man auch in Ungarn zu, daß die Forderung der Zolltrennung nur eine taktische Waffe ist, um gewisse staatsrechtliche Wünsche durchzusetzen. Graf Tisza hat auf die Anwendung dieser Waffe verzichtet. Und noch ein zweites hat diese Verhandlungen von früheren unterschieden: 1917 war der Kampf um die gemeinsame Notenbank entbrannt. Seither

Pester Lloyd
13./III. 1917

Budapest, 12. März.

Sie haben beide Wort gehalten: die Arbeiterschaft von Petersburg sowohl wie der Stadtkommandant General Chabalow. Vor drei Wochen schon hatten die Arbeiterführer in Flugzetteln, die aus geheimen Druckereien stammten, die Proletariermassen der russischen Hauptstadt aufgefordert, in geschlossenen Reihen gegen die Duma zu marschieren und mit einer Protestkundgebung gegen den Krieg im Namen des ganzen Volkes für den Frieden einzutreten. Die Delegierten der Ententeregierungen waren um jene Zeit in Petersburg versammelt, und es läßt sich denken, mit welch peinlichen Gefühlen die Machthaber daran dachten, daß den illustren Gästen in der Reichshauptstadt ein derartiges Schauspiel geboten werden könnte. Mag Ministerpräsident Galitzyn für die Duma, die ihn recht unwirsch empfing, noch so wenig übrig haben, das Auflodern einer Straßenrevolte gegen den Krieg unter den Augen der Abgesandten der verbündeten Regierungen zu verhüten, war eine Pflicht, der er sich nicht entziehen durfte. Wollte die russische Politik das Gesicht wahren, so mußte solcher Möglichkeit mit allen Mitteln vorgebeugt werden. Mit allen? An das einzig wirksame Mittel dachten die Machthaber nicht: das wäre die Enthaftung der Arbeitermitglieder des kriegsindustriellen Komitees gewesen, die unter der Anschuldigung, eine Verschwörung zur Einstellung der Arbeit in den Munitionsfabriken angezettelt zu haben, von der Ochrana festgenommen worden waren. Statt die Erregung der Arbeitermassen auf solche Art zu sänftigen, wurde der Stadtkommandant beauftragt, schon den leisesten Versuch einer Arbeiterkundgebung in Blut zu ersticken. Der General Chabalow erließ eine Proklamation, in der er die Arbeiter „vor den Verführern zum Verrat" warnte und ihnen ins Gewissen redete, zu bedenken, was sie ihren Brüdern in den Schützengräben schuldig seien. Er schlug ganz lyrische Töne an, sprach vom bedrängten Vaterland, von dem Sieg, zu dessen Erkämpfung Munition nötig sei, und beschwor die Leute, die gemeinsame Mutter, das heilige Rußland, nicht im Stiche zu lassen. Im Schlußsatze seiner Proklamation fand Chabalow den alten Henkerton freilich wieder. Der lautete: „Wer taub gegen meinen Aufruf bleibt, den erinnere ich daran, daß Petersburg im Kriegszustand ist und jeder Versuch des Widerstandes gegen die Staatsgewalt mit Waffengewalt verhindert wird."

Sie haben beide Wort gehalten. Die Arbeiter zogen auf die Straße, die Stadt widerhallte von den Tritten ihrer Bataillone und den leidenschaftlichen Ausbrüchen ihres erbitterten Zorns. Der General Chabalow aber ertränkte die Kundgebung in einem Meer von Blut. Reuter-Depeschen, also Nachrichten, die eher das Gepräge schönfärberischer Tendenz tragen, stellen große Unruhen, Gewalttätigkeiten der revoltierenden Menge und Angriffe auf Soldaten und Polizei fest. Wenn die englische Nachrichtenquelle so viel zugibt, wird den schwedischen Meldungen Glauben zu schenken sein, nach denen die Petersburger Revolte vierhundert Opfer an Toten und Verwundeten gefordert habe und die blutigen Vorgänge in ihrer Schrecklichkeit den Revolutionstagen von 1905 gleichgekommen seien. Auch der Umstand, daß die Regierungsbehörden in Rußland das Erscheinen der Zeitungen untersagt haben, weist auf den großen Maßstab dieser Unruhen hin. Der Versuch des fortschrittlichen Blocks der Duma, die Arbeiterschaft vor den Karren der nationalistischen Kriegspolitik zu spannen, ist also fehlgeschlagen. Das Proletariat hat das zynische Spiel klar durchschaut, das die angeblichen Volksfreunde der Duma unter Führung Miljukows mit dem englischen Botschafter Sir George Buchanan treiben. Eine Freiheit, für die der fortschrittliche Block um die Wette mit den berüchtigten Führern der Schwarzen Hundert schwärmt, hat den gesunden und berechtigten Argwohn des Proletariats herausgefordert. Der russische Arbeiter hat keine Lust, als Gimpel sich einfangen zu lassen von Leuten, die das Volk des Zarenreiches zur Schlachtbank schleppen, damit Englands Weltherrschaftspläne in Erfüllung gehen und Herr Buchanan seinen Zutreibern in Belohnung ihrer Dienste zum Besitze der Macht verhilft. Das russische Proletariat weiß genau, daß ein Sieg der Zarenwaffen nur die Knechtschaft des Volkes noch verschlimmern würde; nicht in den Mittelmächten erblickt es seinen Feind, sondern in der Autokratenherrschaft des Zaren, die sich nur zerbrechen läßt, wenn ein verlorener Krieg die gegenwärtigen Grundlagen des Staates zerschmettert und Rußland zwingt, sich selbst durch eine Wiederaufrichtung zu verjüngen, der die Idee der Volksherrschaft zugrundeliegt. Das russische Volk will sein Vaterland retten, aber um es retten zu können, muß es jedem Streben entgegenwirken, das den morschen Bau des Autokratentums durch einen siegreichen Abschluß eines Krieges stützen möchte, der nur zur wirtschaftlichen Verelendung des Landes, zum Hinschlachten weiterer Hunderttausende seiner Söhne und dazu führen kann, daß im Frieden der furchtbar gestärkten Zarengewalt ein geschwächtes Volk in ohnmächtiger Verzweiflung gegenüberstehen würde.

Das alles hat die russische Arbeiterschaft deutlich erkannt, und in dieser Erkenntnis hat sie das Gängelband, das Miljukow und Buchanan geknüpft hatten, mit der Klinge ihres revolutionären Willens entzweigehauen. Es würde vielleicht zu weit gehen, in den blutigen Straßenkämpfen der verflossenen Woche das Aufflackern einer allgemeinen Volkserhebung zu vermuten, wie solche am Ausgange des russisch-japanischen Feldzuges den Zarenthron erschüttert hat. Aber wenn nicht mehr, so sind die blutigen Vorgänge in Petersburg jedenfalls ein Symptom der Volksstimmung, die der bisherige Verlauf des Krieges im Zarenreiche gezeitigt hat. Gewiß, eine Hungerrevolte in der Hauptstadt, auch wenn bei ihr Hunderte von Toten auf dem Platze bleiben, ist noch nicht die Revolution. Allein, wenn in einem Lande mitten im Kriege die Proletariermassen trotz ergangener Warnung sich in den Straßen zusammenrotten und unbekümmert um die gegen sie aufgebotenen Waffen den Frieden fordern, so ist das jedenfalls die Offenbarung einer heftigen Erbitterung, die sich der Volksseele bemächtigt hat. Ein russischer Diplomat äußerte jüngst nach dem Sturze Stürmers, beim Flackerschein dieses Blitzes habe man deutlich die deutsche Fackel über dem russischen Pulverfaß erblicken können. Die deutsche Fackel war in diesem Falle ein Hirngespinst, aber das russische Pulverfaß ist die Wirklichkeit. Der erste Funke konnte durch den General Chabalow vielleicht unterdrückt werden, ehe er zündend ins Pulverfaß flog. Aber morgen können neue Funken aufstieben, wenn nicht in Petersburg, so in Moskau, wenn nicht in Moskau, so in einer anderen russischen Stadt, und ob dann das Pulverfaß nicht Feuer fängt, und ob der Brand dann nicht wie ein Prärieseuer sich über das weite Zarenreich wälzt, kann niemand mit Bestimmtheit voraussagen.

Die Engländer hatten schon vor Monaten eine feine Witterung von den Dingen, die in Rußland kommen würden. Seit Beginn des Winters haben die Petersburger Berichterstatter der Londoner Zeitungen immer schon in die Heimat berichtet, das wirtschaftliche Elend in Rußland wäre groß und werde täglich düsterer, den Volksmassen fehle es an den notwendigsten Lebensmitteln; zwar lägen ungeheuere Getreidevorräte im Süden des Reiches aufgespeichert, aber einerseits wäre die Verwaltung zu wenig flink und zu wenig gewissenhaft, um diese Vorräte zu mobilisieren, andererseits wären die Eisenbahnlinien durch die Kriegstransporte allzusehr in Anspruch genommen. Mit auffälliger Beflissenheit und einer geradezu verdächtigen Breitspurigkeit hat die englische Presse diese Nachrichten immer und immer wieder ihren Lesern aufgetischt. Es lag klar zutage, daß man die öffentliche Meinung auf solche Art vorbereiten wollte, sich auf schlimme Dinge in Rußland gefaßt zu machen. Die englischen Journalisten sahen das Unheil kommen; zwar erkannten sie zweifellos mit dem geübten Scharfblick, der ihnen eignet, die ausgesprochen politischen Triebfedern der revolutionären Erregung, die in den russischen Volksmassen sich kundgab,

Pester Lloyd

147

13. III. 1917

trauen aus, daß ihre Beteiligung sehr problematisch erschien. Daher zogen es die französischen Sozialisten vor, den Zusammentritt des Kongresses zu verschieben.

Das Gesundheitswesen in unserem Heere.

Einer Studie über Organisation und Wirken des Sanitätsdienstes im Felde entnehmen wir die nachstehenden, ebenso interessanten wie durchaus beruhigenden Daten:

Heute ist die sanitäre Lage bei unserer Armee folgende: Der Krankenabgang bei den Truppen ist wesentlich geringer als man im Frieden jemals gedacht hätte, und erreicht im Jahre 1916 im Monatsdurchschnitt nicht einmal 20 pro Mille des Verpflegsstandes. Mit anderen Worten: von 1000 Mann werden monatlich kaum 20 Mann krank an die Spitäler abgegeben. Die Cholera ist seit vielen Monaten in der österreichisch-ungarischen Armee ganz erloschen. Das gefürchtete Fleckfieber hat bei der Armee nie und nirgends epidemische Ausbreitung erlangt, die Gesamtzahl der Fälle ist verschwindend klein. Wo unsere Truppen in okkupierten Gebieten, wie in Serbien, auf Fleckfieberepidemien stießen, wurde es rasch ausgerottet. Ruhr und Typhus sind eingedämmt, Blattern kommen nur ganz sporadisch vor. Nirgend herrscht bei der Armee im Felde eine Epidemie. Ein wohldurchdachter, gründlich ausgebauter und gut organisierter Seuchenabwehrdienst bürgt dafür, daß die Armee den Einbruch von Seuchen nicht zu fürchten hat. Hervorragende ärztliche Fachmänner, alle Aerzte bei der Truppe wie am Krankenbette, die höheren Kommandostellen und Behörden wetteifern in ihren Bemühungen, dem Staat sein wertvollstes Gut, den Kämpfer, zu erhalten.

Diesem gemeinsamen Bestreben entsprechen auch die Erfolge der Krankenbehandlung. Hiefür nur ein Beispiel: Als im Winter 1914/15 der Darmtyphus eine größere Verbreitung annahm, wurde neben einer energischen Abwehr, darunter auch die obligatorische Einführung der Typhusschutzimpfung, auch für die spezielle Behandlung und den Transport der Infektionskranken im weitesten Umfang vorgesorgt. Tatsächlich sank auch die Sterblichkeit an Darmtyphus in den Epidemiespitälern der Armee auf 5·97 Prozent und verblieb seither mit geringen Schwankungen ungefähr auf der Höhe von 6 Prozent.

Ueber die Heilungserfolge berichten die folgenden Ziffern. Von je 100 seit Kriegsbeginn in den Spitälern aufgenommenen Verwundeten und Kranken sind 5 Prozent gestorben, 60 Prozent als frontdienstauglich mit den Marschformationen wieder zur Armee zurückgekehrt. Die Zahl der tatsächlich Geheilten ist selbstverständlich noch wesentlich größer, da Dienstfähige auch im Hinterland verbleiben oder auf andere Art, zum Beispiel mit neuaufgestellten Formationen, an die Front zurückgehen. Im Jahre 1916 sind von der Gesamtzahl der Verwundeten und Kranken nicht weniger als 70·3 Prozent mit den Marschformationen als geheilt und frontdienstfähig zur Armee im Felde zurückgekehrt. Genaue statistische Daten über die Verwundeten- und Krankenbewegung in den Sanitätsanstalten liegen aus dem ersten Kriegsjahre bis 31. Juli 1915 vor. Danach wurden in diesem ungünstigsten Kriegsjahre als geheilt und dienstfähig entlassen: bei den Sanitätsanstalten der Armee im Felde 78·33 Prozent, bei den Sanitätsanstalten des Hinterlandes 77·32 Prozent, durchschnittlich also 77·46 Prozent des endgültigen Abganges vom Krankenstande. Diese Zahlen sprechen deutlicher als alles andere von der Zweckmäßigkeit der Einrichtung unseres Sanitätsdienstes, von dem Pflichteifer und den Kenntnissen unseres Aerzte- und Pflegepersonals.

Kriegstagung des Reichstages.

Eine dringliche Interpellation über den gemeinsamen Ernährungsausschuß.

Budapest, 12. März.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute nach berichtigenden Erklärungen der Abgeordneten Graf Moritz Esterházy, Ludwig Ostffy und Markgraf Georg Pallavicini Feststellungen des Ackerbauministers Baron Emerich Ghillány betreffend die Kleieverteilung entgegen. Dann sprach Justizminister Eugen v. Balogh. In einer ausführlichen Darlegung der Verfügungen, mit denen die Justizverwaltung in Siebenbürgen dem Verbrechen des Vaterlandsverrats entgegengetreten ist, stellte er fest, daß die Regierung alles tat, was das Staatsbewußtsein zum Schutze der staatlichen Sicherheit erforderte. Der Justizminister würdigte dann eingehend die Probleme der wachsenden Kriminalität der Jugendlichen.

Es folgten, die Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten fortsetzend, Reden der Abgeordneten Alexander Simonyi-Semadam und Alexander Gießwein. Die Rede des Abgeordneten Simonyi-Semadam enthielt interessante Ausführungen über unsere Kriegsanleihepolitik, während Abgeordneter Gießwein die Ideen einer antikapitalistischen Friedenspolitik im heftigen Tone des sozialistischen Eiferers vertrat.

Um halb 7 Uhr abends unterbreitete Graf Albert Apponyi seine dringliche Interpellation, in der er über Art und Beziehungen des gemeinsamen Ernährungsausschusses Aufklärungen verlangte. Graf Albert Apponyi forderte namentlich eine Klärung der Beziehungen, in der der Ausschuß zur ungarischen Regierung stehe, weiter der Frage, ob die Parität entsprechend gewahrt erscheine.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa stellte in einer ausführlichen Antwort fest, daß der Ausschuß kein Verfügungsrecht besitze, daß dieses ausschließlich der Regierung der einzelnen Staaten vorbehalten sei. Der Ausschuß, der seine Entstehung vor allem dem großen Interesse verdankt, das der König der Ernährungsfrage entgegenbrachte, soll der Information dienen. Er soll es ermöglichen, daß ein unmittelbarer Kontakt zwischen den im Ernährungswesen mitwirkenden obersten Militärbehörden, den Ernährungszentralen und den Regierungen der Staaten der Monarchie bestehe. Graf Stefan Tißa verwies auf die Umstände, die die Frage der Parität in völlig befriedigender Weise lösen und zeigen, daß auch bei der Ernennung des

für Wien.
Montagmittagsblatt 8 h

tung

terreich.

hr nachmittags.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 60 h, monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 2.60.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.— bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljhr. K 12.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Vierteljs. K 15.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 13, Telephon 2191
II. Taxamitengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33126
XVI. Klausgasse 34, Telephon 34146
XVII. Lacknergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

XXIX. Jahrgang.

149

Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt!

Lesen Sie doch, Herr Graf Clam-Martinic, die Rede, die heute Ihr Kollege, der preußische Ministerpräsident, gehalten hat! Sie können daraus erfahren, was ein Parlament für Volk und Staat bedeutet, was es für die Regierung bedeutet, im Kriege ein Parlament zur Seite zu haben. Dann werden Sie wohl auch verstehen, was es für einen Staat bedeutet, im Kriege kein Parlament zu haben, was es insbesondere für Oesterreich bedeutet, der einzige Staat in Europa zu sein, der ohne Parlament dasteht, der Staat zu sein, auf den alle, als einen, sagen wir, ausnahmsweisen Staat mit Fingern zeigen können . . . Unsere Kraft war unvermögend, dem Grafen Clam-Martinic die Bedeutung des Parlaments zum Bewußtsein zu bringen; vielleicht wird er der Verfehltheit seiner Politik inne, wenn er hört, wie Bethmann Hollweg die andere, diejenige, die sich mit der Volksvertretung eins fühlt, so lebhaft preist. Der deutsche Reichstag, sagt der Reichskanzler, der auch preußischer Ministerpräsident ist, hat in den jetzt bald drei Jahren dieses Krieges dem Vaterland und seinem Volke Dienste geleistet wie kein Parlament der Welt. Es ist das beste, sagen die österreichischen Regierungen, das Parlament fernzuhalten und dem Volke nicht den bescheidensten Einfluß zu gönnen. Der Unterschied zwischen dem preußischen und den österreichischen Ministerpräsidenten muß jeden Bürger dieses Staates mit Bitterkeit erfüllen.

Herr v. Bethmann Hollweg hat sich heute zu der Neuorientierung mit den entschiedensten Worten bekannt; sie gewinnen an Gewicht, weil sie auf heißem Boden, nämlich in dem preußischen Dreiklassenhause gesprochen wurden, das die Konservativen beherrschen und dessen Reformierung Bethmann Hollweg als die erste Notwendigkeit ankündigt. Das politische Erleben dieses Krieges muß zu einer Umgestaltung des innerpolitischen Lebens in wichtigen Beziehungen führen, sagt der Reichskanzler, und er fügt hinzu: allen etwaigen Widerständen zum Trotz! Worin muß, soll und wird die Umgestaltung im Reiche bestehen? Darin, daß die politische Herrschaft der Wenigen gebrochen und beseitigt wird, das ganze Volk den Staat regiert und verwaltet; die Umgestaltung wird die Entwicklung zur Demokratie in allen Beziehungen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens sein. Bethmann Hollweg ist beileibe kein Himmelsstürmer, ist selbst ein preußischer Konservativer; aber, und das gibt ihm den Anspruch, ein Staatsmann genannt zu werden, er erkennt die Notwendigkeit der Zeit, weicht ihr nicht aus, will, mit vollem Bewußtsein der persönlichen Gefahren, die ihm daraus erwachsen, ihr Träger sein. Wo vernimmt der Oesterreicher von seinen Regierenden ein ähnliches Wort? Ist es nicht bezeichnend, daß sie, statt zu begreifen, daß die drei Jahre Parlamentsausschaltung, daß die drei Jahre Absolutismus ihnen die Pflicht der Entschuldigung, der Sühne und Gutmachung auferlegen, sich noch immer gehaben, als würde die Einberufung des Reichsrates, die Wiedereinsetzung der Verfassung in ihr Recht, eine Gunst sein — eine Gunst, die sich die Völker durch gute Sitten und brave Aufführung erst verdienen müssen, als eine Gunst, zu der sich die Regierung unter Umständen verstehen könnte, deren Erfüllung man aber ja nicht stürmisch begehren dürfe; denn drängen wird sich eine hohe Regierung doch nicht lassen! Habet ihr je in Oesterreich ein Wort von den Regierenden vernommen, das auf eine Erweiterung der Volksrechte, auf eine Erhöhung des Einflusses des Volkes zielt? Ihr höret nur allzu oft das Gegenteil; daß ein „strammes Regiment" not tut, daß das Volk fortan in „Zucht und Ordnung" gehalten werden wird; als ob dieses Volk, das den Weltkrieg führt und gewinnt, nicht den höchsten Beweis seiner Reife und Tüchtigkeit geliefert hätte! Der deutsche Reichskanzler ist alles andere denn ein ausschweifender Demokrat; dennoch verpflichtet er sich, die Forderungen des Volkes, die so ganz die Notwendigkeiten des Staates sind, allen Widerständen zum Trotz zur Erfüllung zu führen. Was verkünden uns unsere Regierenden? Weisen sie uns irgend ein Ziel, das die Gemüter gefangennimmt

renzbote

Motto: Freiheit und Fortschritt!

Mit täglicher Postzusendung.
Für das Inland:
monatlich . . . . K. 3.—
vierteljährig . . . K. 8 80
halbjährig . . . . K. 17 60
ganzjährig . . . . K. 35 20
Für das Ausland:
vierteljährig . . . K. 15.—

Mit der dazugehörigen „Illustrierten Sonntags-Beilage" monatlich . . 20 Heller mehr

Pozsony, Donnerstag, 15. März 1917. 46. Jahrgang.

hrida- und Presbalee.
f russische Zerstörer.
ko wiedergewählt.
u.
ls versenkt gemeldet.

Unser Volksvertretungsjammer.

— Kriegsbrief aus dem Hinterlande. —

Budapest, 12. März.

Nach einwöchiger Unterbrechung nahm unser Abgeordnetenhaus anfangs dieser Woche die Debatte über die kriegsmäßigen Ausnahmsverfügungen der Regierung wieder auf. Während der erwähnten achttägigen Pause gab es — so sollte man meinen — für die politischen Kreise und ihre tonangebende Presse manch schwere Sorge. Vier Weltteile stehen wegen des Krieges sozusagen in Brand; die Hälfte aller kultivierten Länder gleicht teils einem Krankenhaus, teils einem Leichenfeld und wo sich noch einiges gesundes Leben regt, da sorgt der Dämon Hunger für täglich zunehmendes Leid, Elend und täglich neue Massenopfer. In Petersburg kam es schon zu Revolten, in London, Paris und Rom darbt das Volk infolge der Absperrung durch die feindlichen Unterseeboote; in Berlin, Wien, Budapest, Konstantinopel, Sofia und den übrigen Städten des Vierbundes müssen wegen der englischen Aushungerungstaktik die Lebensmittelportionen auf ein Minimum herabgesetzt werden. Kurzum, die Kriegsnot und die Entbehrungen an den notwendigsten Bedarfsartikeln haben allenthalben ihren Höhepunkt erreicht, an den verschiedenen Fronten des Weltkrieges aber tobt der organisierte Massenmord weiter und verspricht demnächst eine ganz unerhörte Heftigkeit zu erreichen. Wenn nicht alle Anzeichen trüben, spitzt sich die Kriegslage zur baldigen Entscheidung zu; noch ein letztes Anspannen aller Kräfte und das große Ringen hat seinen Höhepunkt überschritten; der Anfang vom Ende des grausamen Spieles scheint wirklich nahen zu wollen und alle Welt ist auf das Wann, Wo und Wie der ersten Friedensanzeichen gespannt — nur unsere Landesväter, die sogenannten Volksvertreter der ungarischen Nation verraten durch keine besorgte Miene, keine nervöse Geste und kein vernünftiges Wort, daß sie von der Größe des Augenblicks durchdrungen sind.

Vorige Woche weilte der junge König Karl IV. in seiner ungarischen Haupt- und Residenzstadt. Während der allerhöchsten Empfänge erschienen auch einige Notabilitäten unseres öffentlichen Lebens in Audienz. Darunter Graf Julius Andrássy, der als Geheimrat darum angesucht hatte. Da keine Zeit war, ihn einige Stunden vorher zu verständigen, begab sich der Minister des Aeußern Graf Czernin im Automobil zum Grafen Andrássy, erwiderte ihm seinen unlängst in Wien abgestatteten Besuch, wartete dann solange, bis er (Andrássy) entsprechend Toilette gemacht hatte und nahm ihn dann im bereit stehenden Kraftwagen zur Audienz in die Ofner Königsburg mit. Und einen halben Tag später ereignete sich die für unsere politischen Preßverhältnisse ungemein bezeichnete Tatsache, daß in zahlreichen großen Blättern schier spaltenlange Betrachtungen darüber angestellt wurden, ob das Automobil, in dem Graf Andrássy zur bezeichneten Zeit in die Burg fuhr, dem Grafen Czernin gehört oder Eigentum des Königs ist. Solche und ähnliche Weltprobleme sind die Hauptsorgen unserer Politiker und ihrer Leibschmöcke. Da sie über den Inhalt der Audienz nichts Positives in Erfahrung zu bringen vermochten, genügten ihnen die Aeußerlichkeiten der Burgfahrt des Oppositionsgrafen, um daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen. Und das schafsgeduldige Lesepublikum läßt es sich ruhig gefallen, daß trotz der herrschenden Papiernot in den Zeitungen fortwährend über Dinge geschrieben wird, die in ihrer lächerlichen Bedeutungslosigkeit so gar nicht zur grundlegenden Wichtigkeit der jetzigen Kriegsvorgänge passen. Wir leben Tag für Tag „komprimierte Weltgeschichte" und unsere Opposition nahm erst vorgestern das Verlesen eines deutsch verfaßten Schriftstückes durch den Ministerpräsidenten zum willkommenen Anlaß, um ihr Patenthatriotentum wieder einmal in den grellsten Farben nach Hause leuchten zu lassen. Die Sache kam so, daß gegen Schluß der Montag-

Reichspost
16. III. 1917

Innerpolitisches.

Zur Frage der Parlamentseinberufung.

Ueber die christlichsozialen Beschlüsse, die von der freisinnigen Presse des In- und Auslandes zu giftigen Ausstreuungen über die Christlichsozialen benützt wurden, urteilt der Nationalverbändler Abg. Dr. Steinwender in der Grazer „Tagespost“:

Die deutschbürgerlichen Parteien, also die im Deutschen Nationalverband vereinigten Parteien und die Christlichsozialen, haben schon vor langer Zeit einmütig die Forderung aufgestellt, daß der Reichsrat ehestens einberufen und daß die Vorbedingungen für die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses geschaffen werden. Unter dieser scheinbaren Einmütigkeit waren aber Widersprüche gedeckt, die durch eine einheitliche Formel nicht beseitigt werden konnten. Dem größten Teile der deutschen Abgeordneten war es in erster Linie um den Reichsrat zu tun, dem kleineren Teile um die Vorbedingungen, der größere Teil war geneigt, sich mit wenigen Vorbedingungen gegebenenfalls mit der Geschäftsordnung allein zu begnügen, der kleinere Teil betrachtete den Reichsrat samt der neuen Geschäftsordnung nur als die Krönung eines großen Gebäudes von Verordnungen. In der letzten Zeit haben sich die Christlichsozialen ohne alle Einschränkungen für die eheste Einberufung des Reichsrates, selbstverständlich unter der Geltung einer neuen Geschäftsordnung ausgesprochen. Dabei befinden sie sich im Einklang mit den deutschen Sozialdemokraten, mit der Mehrzahl der Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes, mit den slavischen Parteien und mit der vorwiegenden allgemeinen Meinung. So erscheint nicht nur das Zusammengehen der deutschbürgerlichen Parteien, sondern auch der Bestand des Deutschen Nationalverbandes in Frage gestellt, wenn es nicht gelingt, sich auf einer mittleren Linie zusammenzufinden. So viel steht fest, daß aus vielen Gründen die Einberufung des Reichsrates unmöglich mehr lange hinausgeschoben werden kann. Daher darf an Vorbedingungen nicht zu viel verlangt werden, sonst wird der Reichsrat zusammentreten, ohne daß auch nur eine einzige von den Vorbedingungen erfüllt ist.

Wie man sieht, geht Dr. Steinwender noch weiter als der christlichsoziale Beschluß und stellt ausdrücklich fest, daß die Mehrheit des Nationalverbandes mit den Christlichsozialen sich auch in dieser Frage in Uebereinstimmung befinde! Die Trennungsschmöcke der gewissen freisinnigen Presse haben sich also wieder einmal unnötig erhitzt. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, besteht übrigens kein Zweifel mehr, daß in der nächstens stattfindenden Sitzung des gemeinsamen Vollzugsausschusses der Christlichsozialen und Nationalverbändler alle Mißverständnisse aufgeklärt und beseitigt werden. Die Ueberzeugung, daß auch im deutschen Lager nicht unmöglich sein darf, was den Parteien aller anderen Nationen möglich gewesen, die Einigung und das Zusammengehen in gewissen, die Volksgesamtheit betreffenden Fragen, ist doch bereits Gemeingut der meisten bürgerlichen deutschen Politiker geworden.

*

Das Wiener sozialdemokratische Organ ruft heute dem österreichischen Ministerpräsidenten ein drohendes „Wehe dem Staatsmann“ zu, was sich vielleicht im Blatt Adlers gefährlicher ausnimmt, als es gemeint ist. Der Artikel knüpft an die gestrige Rede des Herrn v. Bethmann-Hollweg im preußischen Abgeordnetenhause an und fragt großartig:

„Habet ihr je in Oesterreich ein Wort von den Regierenden vernommen, das auf eine Erweiterung der Volksrechte, auf eine Erhöhung des Einflusses des Volkes zielt? Ihr höret nur allzu oft das Gegenteil.“

Ist dies bloß Gedächtnisschwäche oder Zurücksetzung Oesterreichs hinter auswärtige Muster um jeden Preis? Die gestrigen Wahlreformversprechungen des preußischen Ministerpräsidenten in Ehren, aber was gestern Herr v. Bethmann-Hollweg als Weltkriegswirkungen für Preußen verkündete, ist bekanntlich in Oesterreich schon ein Jahrzehnt vor dem Weltkrieg, aus freiem Entschlusse der Krone verwirklicht worden, und zwar in einem Ausmaße, an das wohl auch der weltkriegsgeborene Wahlreformeifer des Herrn v. Bethmann-Hollweg für Preußen nicht im entferntesten denkt. Und die häufigen Wahlreformreden der österreichischen „Regierenden“ von damals brauchen einen Vergleich mit der gestrigen Rede des preußischen Ministerpräsidenten in keiner Weise zu scheuen. Wir wollen nur an die denkwürdige Rede des ersten der drei Wahlreformministerpräsidenten Baron Gautsch im Herrenhause erinnern. Wir haben das alles längst schon hinter uns, woran man sich in Preußen erst begeistert. Leider auch die vielen Enttäuschungen und die Erkenntnis, daß mit bloßen technischen Wahlrechtserweiterungen allein noch nicht allzu viel gewonnen ist. Auf den herrschenden öffentlichen Geist kommt es an, er ist das Ausschlaggebende.

Neue Freie Presse
18/III. 1917
155

Das künftige Parlamentsverfahren.

Von Dr. Karl Reisser.
Staatsarchivdirektor des Abgeordnetenhauses.

Ein kleines, ehemals rotes, jetzt grünes Heft. Parlamente sind aufgelöst und gewählt worden, Regierungen gegangen und gekommen — das Heft ist, so gut als unberührt vom Wandel der Dinge, auf dem Tisch des Hauses liegen geblieben. Es ist von den Geschäftsordnungen sämtlicher großen parlamentarischen Körperschaften Europas, vielleicht der ganzen Erde, diejenige, die sich am längsten unverändert erhalten hat. In den übrigen Volksvertretungen waren Reformen des formalen Verfahrens in den letzten Jahrzehnten ziemlich häufig. Die Geschäftsordnung des österreichischen Abgeordnetenhauses hat sich als widerstandsfähig genug erwiesen, um entweder von vornherein die ihre Integrität bedrohenden Angriffe abzuweisen oder Abänderungen, die ihr aufgezwungen wurden, bald wieder wie einen Fremdkörper auszustoßen. Die einzigen zwei Reformen, denen diese Geschäftsordnung unterzogen wurde und die tiefer griffen, bei denen sozusagen das Messer am Nerv saß, waren die Lex Falkenhayn vom November 1897 mit der Ausschließung von Abgeordneten und die Lex Krek-Kramarz von 1909, welche die Freimachung der Tagesordnung zum Gegenstande hatte. Beide Reformen waren Provisorien, von denen das erste die Stürme dreier Sitzungstage nicht überdauert hat. Das zweite fristete sich einige Jahre fort und lief im Mai 1914, kurz nach der letzten Tagung des Reichsrates vor dem Kriege, ab. Es steht dahin, ob es erneuert worden wäre. Geltung behalten hat bloß die in den Jahren 1908 und 1909 beschlossene Vermehrung der Stellen der Vizepräsidenten und der Schriftführer. Dieses Nichts ist alles, was seit dem 2. März 1875, dem Geburtstag der heutigen Geschäftsordnung, zahllose Reformversuche zustande gebracht haben.

Die Geschäftsordnung, für die damaligen Verhältnisse gewiß nicht schlecht konzipiert, war fürs alte parlamentarische Handwerk geschaffen, nicht für einen Fabriksbetrieb, wie ihn die umfangreichen, vielfältigen Verhandlungen eines modernen Volkshauses notwendig machen. Die würdevollen, sakramentalen Formen zu beobachten, mit denen sie den Geschäftsgang auf Schritt und Tritt umgibt, hat man jetzt einfach nicht die Zeit und Ruhe. Die Geschäftsordnung schreibt vor, daß Interpellationen an die Minister vor dem versammelten Hause vorzulesen sind. In den sechs Jahren der achten Reichsratssession, in der die Geschäftsordnung beraten und angenommen wurde, mag es noch angegangen sein, daß sich das Haus die insgesamt eingebrachten 249, meist sehr kurzen Interpellationen vorlesen ließ. In den sechs Jahren der siebzehnten Session, zu Beginn des neuen Jahrhunderts, konnte sich das Haus nicht mehr damit unterhalten, den Wortlaut von 11.591 Interpellationen, von denen viele die Dicke eines Buches hatten, anzuhören. Der Geschäftsordnung sind die Geschäfte über den Kopf gewachsen. Wollte das Haus in den neueren Sessionen vorwärts kommen, so mußte es sich über sein eigenes Statut hinwegsetzen. Immer weiter ist die Praxis von der Norm abgewichen, und in keinem anderen Parlament deckt sich heute das wirkliche Verfahren so wenig mit der geschriebenen Geschäftsordnung als im Abgeordnetenhaus des Reichsrates. In arbeitswilligen, obstruktionsfreien Tagungen hält sich weder das Haus noch der Präsident an das Hausgesetz, die Geschäftsordnung, was allerdings dem bei dem Werke der Gesetzgebung zuschauenden Volke, von dem Gehorsam gegen die Gesetze gefordert wird, kein nachahmenswertes Beispiel gibt. Und geht der Geist der Obstruktion um, so ist das Haus wie gelähmt, weil die obstruierende Partei Einhaltung der Geschäftsordnung verlangt. Sobald der Präsident verhalten wird, nach der Geschäftsordnung vorzugehen, also etwa die wörtliche Verlesung der Interpellationen anzuordnen, steht jede gemeinnützige Tätigkeit im Hause still.

Um aus diesen Zuständen herauszukommen, hat man es nicht nötig, sich viel nach ausländischen Vorbildern umzusehen. Man braucht nur die heimische Praxis, die sich in normalen Zeiten außerhalb der Geschäftsordnung oder gegen sie entwickelt hat, zur Geschäftsordnung zu erheben. Die Präzedenzfälle aus dieser Praxis lassen deutlich die Züge erkennen, die das Antlitz des kommenden Parlamentsverfahrens tragen wird. Die Hauptaufgabe ist die Beschleunigung des Geschäftsganges und das nächstliegende Mittel dazu die Vereinfachung des Verfahrens durch Beseitigung unnützer Förmlichkeiten. Das Beiwerk altmodischer, zwecklos gewordener oder nie zweckmäßig gewesener Formalitäten, mit dem die Geschäftsordnung überladen ist, muß ausgerodet werden. Sie sind nicht mehr aufrechtzuerhalten, diese unbeholfenen Bestimmungen über die mündliche Bekanntgabe des Einlaufes in der Sitzung; über das amtliche Sitzungsprotokoll, dessen Verifizierung jeden Tag Anlaß zu unnötigen Abstimmungen geben kann; über die Zehnminutenpause, die von zwanzig Abgeordneten vor jeder Abstimmung verlangt werden kann; über die fortwährenden Einwendungen, die aus dem Hause gegen die geschäftlichen Anordnungen des Präsidenten erhoben werden können; über die Dringlichkeitsanträge, die es einmal zuwege gebracht haben, daß das Haus anderthalb Jahre zu keiner Tagesordnung gelangt ist; über die tatsächlichen Berichtigungen; über die Anfragen an den Präsidenten, eine besonders merkwürdige Eigentümlichkeit des österreichischen Abgeordnetenhauses; über die schon erwähnte Verlesung der Interpellationen und über deren mündliche, statt der schriftlichen Beantwortung. Ein überflüssiges Möbel, das nur Platz verstellt, ist auch die erste Lesung von Regierungsvorlagen und Anträgen. Außer aus Obstruktionsbedürfnis hat in den neueren Sessionen fast niemals ein Abgeordneter eine erste Lesung verlangt.

Es hieße ein Licht anzünden, um eine Feuersbrunst zu sehen, wollte man auf all den Formelkram aufmerksam machen, in den eine überlebte parlamentarische Etikette die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses einhüllt. In der ganzen Oeffentlichkeit sind diese Rückständigkeiten bekannt. Lloyd-George hat kürzlich ein wahres Wort gesprochen: „Das beste Mittel, Zeit zu gewinnen, ist, sie nicht zu verlieren." Man soll auch vom größten Gegner lernen. Das Abgeordnetenhaus wird für seine verfassungsmäßigen Obliegenheiten hinlänglich Zeit übrig haben, wenn es nicht mehr durch seine Geschäftsordnung gezwungen sein wird, sie an Formalien zu verschwenden. Je mehr sich die Agenden des Hauses erweitert und angehäuft haben, desto mehr bemühten sich denn auch seine Präsidenten, eine freiere, expeditivere Behandlung der Geschäfte, selbst wider die Geschäftsordnung, durchzusetzen, und man ist es der geschichtlichen Gerechtigkeit schuldig, daran zu erinnern, daß es die Präsidentschaft, um nicht zu sagen Parlamentsdiktatur, Baron Chlumeckys war, unter der zum erstenmal, aber auch am kraftvollsten und mit nie wieder erreichtem Erfolg mit den Umständlichkeiten der Geschäftsordnung aufgeräumt wurde, um des Zweckes willen, die Leistungsfähigkeit des Hauses zu steigern. Nur gegen eine Bestimmung der Geschäftsordnung konnte Baron Chlumecky nicht aufkommen, gegen die Zehnminutenpause. Ihr stand selbst er bei der Obstruktion des Jahres 1895, der ersten im Abgeordnetenhause, hilflos gegenüber.

Zugleich mit der Vereinfachung des Vorgehens muß dem Präsidenten die Handhabung und Auslegung der Geschäftsordnung anvertraut werden. Heute ist der Präsident bei seiner Geschäftsführung den mannigfaltigsten Einsprüchen aus dem Hause ausgesetzt, die er dem Hause zur Entscheidung vorlegen muß. So bei der Reihung der Abstimmungen. Kostbare öffentliche Zeit geht mit den Geschäftsordnungsdebatten und den Abstimmungen verloren, die über diese Einsprüche stattzufinden haben. Dem Präsidenten muß auch die Erledigung von Angelegenheiten überlassen werden, die, wie die Zuweisung von Regierungsvorlagen und Anträgen an die Ausschüsse, nach der jetzigen Vorschrift vom Hause besorgt werden sollen.

Ein weiteres Mittel zur Beschleunigung der parlamentarischen Arbeiten läge im Ausbau und der Vervollkommnung der Arbeitsteilung zwischen Haus und Ausschüssen. Die Prüfung einer größeren, schwierigeren Gesetzesvorlage im einzelnen kann nur Sache eines Fachausschusses, nicht eines Hauses von fünfhundertsechzehn Mitgliedern sein. Dem Hause, als der obersten Instanz, wäre die Entscheidung über das vom Ausschuß vorberatene Gesetz als Ganzes vorbehalten. Gegenwärtig wird ein und dieselbe Arbeit zweimal verrichtet. Sowohl der Ausschuß als auch das Haus führen eine eingehende Spezialdebatte durch. Das ist wider die „parlamentarische Oekonomie", auf die sich schon Präsident Dr. Rechbauer mit Vorliebe berufen hat. Es dürfte sich empfehlen, die Spezialdebatte demjenigen Körper, der sie besser zu erledigen vermag, dem Ausschusse, zu überlassen. Im Hause würde dann, wie dies jetzt schon bei Staatsverträgen geschieht, lediglich eine Generaldebatte stattfinden, nach welcher in einer einzigen Abstimmung die Vorlage in ihrer Gesamtheit angenommen oder abgelehnt wird. Höchstens Anträge auf Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuß zu neuerlicher Vorberatung wären zulässig. Die Ausschaltung der Spezialdebatte aus dem Hause wäre von reichlichem Zeitgewinn begleitet. Will man aber der Zukunft nicht so weit vorgreifen, um heute schon die Spezialdebatte völlig aus dem Hause zu beseitigen — wozu man sicherlich einmal sich entschließen wird — so müßte wenigstens ein wohlbegründeter Vorschlag des Präsidenten Dr. Sylvester verwirklicht werden, wonach Abänderungsanträge, die im Hause in der Spezialdebatte zu einer Vorlage gestellt werden, nicht sogleich zur Abstimmung zu bringen, sondern zurück an den Ausschuß zur Vorberatung zu verweisen sind. Solche im letzten Augenblick gestellte Anträge haben schon öfter Verwirrung im Hause angerichtet und Widersprüche in ein Gesetz getragen.

Ueberhaupt darf nicht übersehen werden, daß in Oesterreich so gut wie in allen anderen Ländern das Plenum des Hauses und die Ausschüsse sich allmählich zu ganz verschiedenen Charakteren differenziert haben. Nachdem die Initiative in der Gesetzgebung und die Verfassung der Gesetzentwürfe fast vollständig auf die Regierung übergegangen sind, verblieben dem Parlament nicht so sehr schöpferische Tätigkeiten als die Ueberwachung und Kritik der Regierung und ihrer Maßnahmen. Der Prüfung der einzelnen Regierungsvorlagen haben sich mehr und mehr die Ausschüsse bemächtigt, deren Bedeutung fortwährend im Wachsen ist. Wogegen die Vollversammlung des Hauses zum Schauplatz der großen politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen, der Erklärungen der Parteien über die Haltung der Regierung im allgemeinen sich herausgebildet hat. Diese Entwicklung, die sich ununterbrochen fortsetzt, war nicht aufzuhalten und wird es nicht sein. Eine Geschäftsordnungsreform wird ihr Rechnung tragen müssen, indem sie die Angelegenheiten der Technik der Gesetzgebung in die Ausschüsse verlegt und dafür im Parlamentsplenum mehr Raum schafft für die hohe Politik. Auch sonst bieten ja die Volksvertretungen nicht mehr das Bild dar, das sie in der Kindheit des Parlamentarismus gezeigt haben. Ehemals hat man in den Parlamenten Redeschlachten geschlagen, in denen die Gegner sich erhitzten, um einander durch Argumente zu besiegen. Heute sind diese Schlachten im voraus durch Klubbeschlüsse entschieden, und keine Partei zählt damit, durch ihre Gründe die anderen Parteien auf ihre Seite bringen zu können. Ein alter englischer Abgeordneter hat die Summe seiner parlamentarischen Erfahrungen gezogen: „Ich sitze fünfzig Jahre im Palast von Westminster und habe Tausende von Reden gehört. Wenige haben meine Ansichten geändert, nicht eine meine Abstimmung."

Es gibt sicherlich noch mancherlei Maßregeln, welche die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses nicht unbeträchtlich abkürzen würden. Beschränkungen der Redezeit im Hause und in den Ausschüssen können, wo sich Neigung zur Obstruktion einstellt, wohltätig sein. Vielleicht befreundet man sich dereinst auch mit der amerikanischen Einrichtung der geschriebenen Reden. Reden werden im Repräsentantenhause der Vereinigten Staaten nicht selten nur zum Teil mündlich gehalten. Dafür legt der Redner ein Manuskript vor, das als seine Rede ins stenographische Protokoll und in die Zeitungen kommt — eine naheliegende, aber ganz sinnreiche Methode, um mit der Verhandlungszeit hauszuhalten. Daß man die jetzigen schwerfälligen Abstimmungsarten, zumal die namentliche Abstimmung durch Namensaufruf oder Stimmzettelabgabe, bald abschaffen wird, darüber besteht wohl kein Zweifel. Im Zeitalter der Erfindungen kann ein elektrischer Abstimmungsapparat nicht mehr lange auf sich warten lassen. Ein solcher Apparat würde die Zeit, die eine Abstimmung erfordert, herabsetzen, volle Genauigkeit bei der Feststellung des Abstimmungsverhältnisses gewährleisten und schließlich hätte er den Vorteil, daß er jede Abstimmung zu einer namentlichen machen könnte, da es für die Maschine gleichgültig ist, ob sie bloß das Votum des Abgeordneten oder auch seinen Namen verzeichnet.

Zur Ergänzung jeder Reform des formalen Verfahrens gehört natürlich ein Ordnungsstrafrecht, das dem Haus und den Ausschüssen Ungestörtheit der Beratungen sichert. Es muß den Präsidenten und die Ausschußobmänner instand setzen, eine gewaltsame Ordnungsstörung, einen Tumult auf der Stelle zu kupieren, indem es ihnen die Befugnis und die Macht verleiht, die ordnungsstörenden Abgeordneten aus den Sitzungssälen provisorisch auszuschließen. Bei schwereren Vergehen muß es dem Hause anheimgestellt sein, eine Ausschließung auf längere Dauer, im äußersten Fall bis zum Ende der Wahlperiode zu verhängen. Diese Bestimmungen würden auch einen Schutz gewähren gegen die Fortsetzung einer gewalttätigen Obstruktion. Gegen die geschäftsordnungsmäßige oder kalte Obstruktion, nämlich gegen diejenige, die sich in aller Ruhe der Geschäftsordnung bedient, um — etwa durch Häufung von Abänderungsanträgen, durch Herbeiführung massenhafter Abstimmungen — die Geschäfte des Hauses stillzulegen, gibt es, soweit sie nicht schon durch die Vereinfachung des Geschäftsverfahrens ausgeschlossen ist, nur ein Mittel, das aber, unter allen Umständen anwendbar, volle Wirksamkeit verbürgt. Der Präsident wird ermächtigt, von vornherein die Entgegennahme von Anträgen oder Begehren zu verweigern, sobald er Grund hat, anzunehmen, daß dieselben aus vorsätzlicher Obstruktion gestellt werden.

Ein Gutteil des hier skizzierten Planes zu einer Reform der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses hat bereits in dem bekannten Steinwenderschen Referentenentwurf zu einer neuen Geschäftsordnung, der in der letzten Session des Reichsrates ausgearbeitet wurde, eine klare und plastische Fassung erhalten. Aus diesem Referentenentwurf ist nach langwierigen Subkomitee- und Ausschußverhandlungen der Bericht hervorgegangen, den der Geschäftsordnungsausschuß im November 1912 dem Hause vorgelegt hat. Allein in diesem Bericht war der Referentenentwurf kaum noch zu erkennen. Um eine Geschäftsordnung herzustellen, der sämtliche Parteien, auch die kleinsten, zustimmen könnten, wurden dem Entwurf schon vom Subkomitee die Stockzähne gezogen, worauf ihm, als dies nicht genügte, vom Plenum des Ausschusses das Rückgrat gebrochen wurde. Der Entwurf war um alle Gefährlichkeit, aber auch um jede Energie gebracht. Die vom Ausschuß vorgeschlagene Geschäftsordnung ist im Hause unerledigt geblieben. Das Vorgehen danach hätte auch kaum einen anderen Effekt gehabt als die Anwendung des lauwarmen Wassers in der Hydrotherapie. Es wäre keine schonende, sondern eine wirkungslose Prozedur gewesen. Will man eine wirksame Reform haben, wird man auf den ursprünglichen Steinwenderschen Entwurf zurückgehen müssen. Es wäre denn, daß man ihn jetzt nicht mehr zu drakonisch, sondern nicht ausreichend findet.

ndschau
Politik
ler Stände

...), durch ...ng unter ...tzgebiete, ...Pfennig. ...Pfennig.

Anzeigenpreise: Grundpreis der sechsgespaltenen Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 80 Pf., im Abendblatt sowie in der Montagausgabe 1 M. Reklamen: Grundpreis der dreigespaltenen Zeile 2.50 M. Zu diesen Preisen treten 10 v. H. Teuerungszuschlag. Stellengesuche die Zeile 40 Pf.

37. Jahrgang

...n Regierung.

glaubt sie, daß sie den Willen des Volkes ausführt, und daß das ganze Volk sie unterstützen wird bei ihren Bemühungen, die Wohlfahrt Rußlands zu sichern.

Vom Ministerium Clam-Martiniz.

(Wiener Brief.)

Vor einigen Tagen war auch in der „Täglichen Rundschau" ein in Wien verbreitetes Gerücht zu lesen, daß der österreichische Ministerpräsident Graf Clam-Martiniz zurücktreten und durch den Grafen Czernin ersetzt werde, dessen Nachfolger wiederum der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza werden sollte. Das Gerücht ist unbegründet; vielleicht muß man als vorsichtiger Mann sagen: ist es jedenfalls zurzeit, und wird es, soweit es von einer neuen Verwendung des Grafen Tisza spricht, wohl stets bleiben. Aber es lohnt, den Entstehungsursachen des Gerüchtes nachzugehen.

Herr v. Körber ist seinerzeit gegangen, weil ihm ein Auftrag, den Ausgleich mit Ungarn noch vor Ende des verflossenen Jahres, soweit die beiden Regierungen in Frage kommen, unter Dach zu bringen, unausführbar erschien. Um diesen Rücktritt hat sich dann die Legende gesponnen, die Deutschradikalen hätten ihn gestürzt, und diese hatten, als geschickte Parteitaktiker, keinen Grund, sie zu zerstören. Aber auch das Ministerium Clam-Martiniz hat den Ausgleich mit Ungarn erst lange nach Neujahr in der gewünschten Weise geregelt. Ein Hauptgrund für die Beschleunigung der Angelegenheit waren die Handelsvertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reiche, die alsbald in die Wege geleitet werden sollten; aber so weit ist es auch heute noch nicht, weil der Ausgleich nur eine Voraussetzung — vor allem durch seine zwanzigjährige Dauer — für die Verhandlungen festgelegt hat, während über das, was die Monarchie im Vertrage mit Deutschland anstreben soll, eine Verständigung zwischen Oesterreich und Ungarn erst herbeigeführt werden muß. Diese Arbeit des Ministeriums nimmt also ihren Fortgang.

Das Interesse der Oeffentlichkeit wendet sich indes nicht ihr in erster Linie zu. Graf Clam-Martiniz hat ja auch noch eine andere Aufgabe übernommen: die etwas geheimnisvolle Erbschaft nach dem Grafen Stürgkh. Eines von diesen Vermächtnissen hat schon Herr v. Kröber — sehr widerwillig — vollstreckt: es war das am 5. November erlassene kaiserliche Handschreiben über die erweiterte Autonomie — oder wie es im deutschen politischen Sprachgebrauch gewöhnlich heißt — die Sonderstellung Galiziens. Heute ruht diese Angelegenheit, mindestens soweit sie die Regierung betrifft. Man weist darauf hin, daß die Sache doch erst nach dem Friedensschluß in Angriff genommen werden könne. Es ist aber kein Geheimnis, daß sehr einflußreiche Kreise darauf hinarbeiten, auch dann diese Autonomieerweiterung möglichst zu beschneiden, wie ich glaube, aus einer falschen Auffassung dessen heraus, was die Reichseinheit fordert. Und die Polen scheinen diese Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß sie für die Sonderstellung eine etwas phantastische Kostenrechnung aufmachen, als ob es sich hierbei nicht um eine von ihnen seit Jahrzehnten erhobene Forderung handelte. Diese Angelegenheit vermehrt also zurzeit die Arbeitslast des Ministeriums nicht. Es verbleiben zunächst drei andere; die Staatssprache, oder genauer gesagt die gesetzliche Regelung der Sprachenfrage überhaupt, da mit der Feststellung des Deutschen als Staatssprache recht wenig getan wäre; die Schaffung von Kreisen in Böhmen, womit auch die Regelung einiger andern Teile aus dem böhmischen Ausgleichsstoff Hand in Hand gehen müßte; schließlich die Schaffung einer neuen Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus, die dieses obstruktionsfrei und verhandlungsfähig machen soll. Das waren die Voraussetzungen, unter denen die bürgerlichen deutschen Parteien dem Eintritt des Abgeordneten Urban in das Kabinett zugestimmt haben, mit dem sich der Minister Bärnreither wohl solidarisch fühlen dürfte. Jedenfalls sehen diese beiden Minister, die eine ausgesprochene politische Richtung vertreten, sich nicht als Erlediger laufender Ministerialgeschäfte an, sondern als Miterbauer des nach dem Kriege zu erneuernden Oesterreich. Auch darüber hat wohl schon bei der Bildung des Kabinetts Einverständnis bestanden, daß diese Dinge nicht vom Parlament erledigt werden können, weil dieses sie eben nicht erledigen würde, sondern auf jenem außerparlamentarischen Wege, an den man sich ja in Oesterreich in den letzten Jahren und Jahrzehnten einigermaßen gewöhnt hat. Ist das einmal geschehen, dann mag das Parlament zusammentreten, und

Neues Pester Journal

21. III. 1917

157

Große Zeiten — große Entschlüsse.

Von **Bartholomäus v. Lányi,**
Wirklicher Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Wir stehen im Mittelpunkte von Geschehnissen erstrangiger weltgeschichtlicher Bedeutung. Im gewaltigen Kampfe haben fast alle civilisirten Völker der Erde die Kraftprobe ihres weiteren Bestandes und ihrer zukünftigen Entwicklung zu bestehen. Was jetzt vor sich geht, ist nicht mehr ein Ringen der physischen Kräfte, sondern ein Aufeinandergerathen der gegensätzlichen Kulturströmungen und Weltanschauungen. Die Weltkrise scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Was nachher folgt, wird schon die unverkennbaren Kennzeichen der Entscheidung aufweisen können. Das Ergebniß wird nicht nur für die Aeußerlichkeiten der staatlichen Mächteverhältnisse, sondern auch für die sämmtlichen inneren Grundlagen der menschlichen Gesellschaftsgestaltung maßgebend sein. Lebens- und entwicklungsfähige Nationen raffen sich auf und gelangen zu dem Bewußtsein, daß die Entwicklungsgeschichte der menschlichen Kultur unvermeidlich in neue Bahnen gelenkt wird. Man hat einigermaßen das Vorgefühl, als würde in der Weltgeschichte ein neues Zeitalter herannahen.

Diese Intuition findet bereits ihren Widerklang in den politischen Gefühls- und Willenskundgebungen der Nationen und ihrer Leiter. Der Kanzler des Deutschen Reiches Bethmann-Hollweg hat in seiner vor Kurzem gehaltenen Rede auf die gewaltigen Aufgaben hingewiesen, die sowohl während des Krieges als auch nach demselben nur so bewältigt werden können, wenn das ganze Volk in allen seinen Schichten, jeder Mann im Volke mit Hand anlegen wird. Mit staatsmännischem Seherblicke deutete er auf die Zeichen der Zeit, vor denen sich Niemand mehr ungestraft verschließen kann und die dazu drängen, jedes Glied des Volkskörpers und jede demselben innewohnende Kraft zu vereinigen. „Wehe dem Staatsmann, der es glaubt, er könne einfach wieder an das anknüpfen, was vorhin war." Das ist der Mahnruf, der aus seinen Worten erschallt und der gewiß die höchste Beachtung verdient.

Auch bei uns gelangt allmälig die Erkenntniß zum Durchbruch, daß sich Vieles geändert hat und daß man die politischen, gesellschaftlichen und wirthschaftlichen Gegensätze, die bisher in dem öffentlichen Leben so scharfe Spaltungen hervorgerufen haben, nicht mehr aufrechterhalten kann. Die Zeichen der Zeit drängen nach möglicher Ausgleichung, und hier heißt es in erster Linie die Zwistigkeiten und Gehässigkeiten zu eliminiren, welche zum größten Theil aus den Parteikämpfen der Schlagwörterpolitik und des persönlichen Machtringens in den letzten Jahrzehnten herstammen und leider noch immer nicht behoben sind. Wir möchten den während des Krieges schon zu wiederholtenmalen lautgewordenen und auch jetzt noch bestehenden Wunsch, daß die Leitung der Staatsgeschäfte im Sinne der Kräftekonzentration ohne Rücksicht auf die Parteiunterschiede reorganisirt werde, gerne auf den Umstand zurückführen, daß man immer mehr das Bedürfniß fühlt, dort, wo es sich um die uns alle gleichmäßig angehenden Existenz- und Prosperitätsbedingungen des Vaterlandes handelt und wo hinsichtlich der Zweckbestrebungen ohnehin das volle Einverständniß besteht, alle Nebenrücksichten beiseite zu lassen und die Verwirklichung des Zweckes gemeinschaftlich zu fördern. Hat ja doch selbst Graf Julius Andrássy das Wesen der Konzentration darin zusammengefaßt, daß angesichts der mit dem Kriege verbundenen großen Aufgaben alle vaterländischen Kräfte thätig sein sollen und daß der Kräftebestand durch die Parteikämpfe nicht vermindert werden dürfe, dementsprechend soll ein Jeder, der dazu befähigt ist, ohne Rücksicht auf seine Parteistellung und seine politische Vergangenheit auf einen solchen Platz gestellt werden, wo er am meisten nützen kann. Wenn dem aber so ist, wenn — wie wir es glauben wollen — hier nicht persönliche Machtgelüste vorherrschen: dann muß die Frage aus dem Geleise der subjektiven Behandlung ganz herausgehoben und auf den Boden rein objektiver Beurtheilung gestellt werden. Und da fragt es sich vor Allem, kann man — mit Rücksicht auf die gegenwärtig bestehende Parteikonstellation und auf die sonstigen konkreten Verhältnisse — im Wege der Konzentration auf einen wesentlichen Kräftezufluß rechnen, ohne dadurch die Einheitlichkeit, Entschiedenheit und Wirksamkeit der Regierungsverfügungen und deren Vollzug zu beeinträchtigen? Wenn ja, so dürfte man sich über die Idee der Konzentration nicht gar leicht hinwegsetzen, umsoweniger, als es die von Tag zu Tag immer mehr anwachsenden Regierungsaufgaben ohnehin erheischen, daß in dem Regierungsapparat manche Lücken ausgefüllt, manche Bestandtheile aufgefrischt werden. Dann müßten aber zuverlässige Zeichen auch dafür vorliegen, daß die parteipolitische Animosität im Erlöschen ist. Es geht doch nicht an, daß die Majorität, mit welcher man doch zusammenarbeiten und sich sogar auf dieselbe stützen will, theils hinsichtlich ihres Entstehens, theils hinsichtlich der Qualität ihrer Mitglieder fortwährenden Anfeindungen und Beschuldigungen ausgesetzt sei. Graf Albert Apponyi hat bei einer Gelegenheit, als man die Regierungsära der Koalition einer scharfen Kritik unterziehen wollte, den Standpunkt eingenommen, daß das Koalitionsregime der Geschichte angehöre und die Geschichte habe über dasselbe zu urtheilen; diese Geschichte niederzuschreiben, seien wir aber nicht berufen, weil wir interessirte Parteien sind. Dieser Auffassung kann man nur beipflichten, doch ist es recht und billig, daß dieselbe Rücksicht, auf welche sich Graf Apponyi beruft, auch Andere, insbesondere auch Diejenigen für sich in Anspruch nehmen können, denen seinerzeit die schwere Aufgabe zufiel, den Kampf mit der koalirten Majorität auszufechten. Das, was sich damals zugetragen hat, erscheint jetzt anders in der historischen Perspektive, als damals in der Hitze des Gefechtes. Jeder hat übrigens heute nur für seine Person und für die Reinheit seiner Gesinnung und Ueberzeugung einzustehen, welche letztere selbst einem verfehlten Unternehmen den veredelnden Anstrich verleiht. Es haben sich inzwischen in mancher Beziehung auch die Auffassungen geändert, deshalb darf die persönliche Befähigung, dem Vaterlande nach Kräften dienen zu können, nunmehr einzig und allein nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge beurtheilt werden.

Wir leben in großen Zeiten und diese Zeiten sind großer Entschlüsse werth; und der allererste Entschluß sei, Alles zu vermeiden, was uns von der Vergangenheit aus von einander trennt, und Alles zu versuchen, was uns für die Zukunft vereinigen kann.

Für Oesterreich-Ungarn:
Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 4 K 40 h
Vierteljährig . . . . . 12 K — h
Halbjährig . . . . . 24 K — h
Ganzjährig . . . . . 48 K — h
Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 5 K — h
Vierteljährig . . . . . 14 K 50 h
Halbjährig . . . . . 29 K — h
Ganzjährig . . . . . 58 K — h
Für das Ausland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Für Deutschland vierteljährig 18 K
Für die andern Länder des Weltpostvereines 20 K
Bei den Postämtern vierteljährig:
In Deutschland Mark 9.12, Schweiz Fr. 13.30, Bulgarien Fr. 14.80.
Inserate übernehmen alle renommierten in- und ausländ. Annoncenbureaux.
51. Jahrgang.

Vom kommenden Reichsrat.

Vom Abg. Dr. **Otto Steinwender.**

Damit in Oesterreich freies Feld geschaffen werde für Wiederherstellung und Neubau, damit die Völker in einem aufblühenden Staate das finden, wofür sie das Beste, das Blut ihrer Söhne, hingegeben haben, müssen die Hindernisse, die uns durch ein Menschenalter aufgehalten haben, mit raschem Ruck aus dem Wege geschafft werden. Der Staat besteht aus Nationalitäten, sie sind seine Glieder, mit deren Entwicklung er selbst gedeiht, aber abhängig von ihnen darf er nicht sein, Herr sein muß der Staat. Und da der Gegensatz der Nationalitäten sich weit weniger in fruchtbarer Konkurrenz der Kräfte, sondern ganz einseitig und ohne Aussicht auf ein Ende im Sprachenstreit gezeigt hat, muß der Staat zunächst sich selbst dem Sprachenstreit entziehen, indem er auf dem Gebiet der Verwaltung das festsetzt, was er selbst zum Leben braucht, niemand zuliebe und niemand zuleide. Das genügt aber noch nicht. Wohl gibt es nationalen Streit, wo immer verschiedene Nationalitäten neben- und durcheinander leben, aber als unerträglich für den Staat hat sich nur der böhmische Streit erwiesen, und daher wird in diesem Streite der Staat sein Machtwort zu sprechen haben. Ordnung zu machen in diesen beiden Dingen bildet eine Voraussetzung für eine ungestörte Entwicklung des Staates und nicht etwa bloß für eine gedeihliche Arbeit des Parlaments. Diese Dinge müßten gemacht werden, auch wenn es gar kein Parlament gäbe. Gewiß wird dadurch auch das Parlament frei, aber von einem lähmenden Druck frei wird auch jedes Gebiet der Kultur und der Volkswirtschaft. Außerdem braucht ja der Reichsrat eine andre Befreiung, eine Befreiung von seiner eigenen trostlosen Vergangenheit, von den Fesseln, in die er sich selbst geschlagen hat. Er muß anders arbeiten, wenn er überhaupt arbeiten soll, nach andern Regeln und nach andern Bräuchen, nach einer traditionsfreien Arbeitsordnung.

Auf dem Gebiete des Parlamentarismus haben die kontinentalen Völker keinerlei Erfindungen gemacht. Sie haben einfach das englische Vorbild nachgeahmt, ohne einen gelungenen Versuch, es ihrer Eigenart anzupassen. Auch eine Ausartung des englischen Parlamentarismus haben sie nachgeahmt, die Obstruktion, und in dieser Beziehung haben wir das Vorbild bei weitem übertroffen. So verbissen in einen selbstmörderischen Unsinn haben nur wir uns. Seit dem Jahre 1895 stehen wir, einige kurze Zeiträume abgerechnet, unter der Herrschaft dieses Stumpfsinnes. Lange Zeit war er sogar sehr populär, aber schließlich hat er sich doch ausgelebt. Als das Abgeordnetenhaus vor fast genau drei Jahren an der Obstruktion erstickte und vertagt wurde, waren es keine Segensworte, die es beim Abschied begleiteten, und keine Wünsche auf Wiedersehen. Und da das Volk einfach, aber folgerichtig bis zum Ende denkt, warf es nicht bloß die Obstruktion, sondern das ganze Parlament zum Teufel.

Wenige Monate später brach der Krieg aus. Alle Parlamente der kriegführenden Staaten waren versammelt, nur das österreichische nicht, aber niemand wunderte sich über die beschämende Ausnahme. Nur nach und nach schlug die Stimmung um. Als man merkte, welche Kraft jeder Staat aus dem Patriotismus seiner Volksvertretungen schöpfte, als man annehmen mußte, daß die Wellen einer einmütigen Opferfreudigkeit auch die Hallen unsres Parlaments überschwemmen werden, als man sah, wie viel die Regierung den Abgeordneten und die Abgeordneten der Regierung zu sagen hätten, da mehrten und verstärkten sich die Stimmen, die nach dem Reichsrat riefen. Und nun kommt er, und er kommt bald.

Für eine ebenso ehrfurchtsvolle wie liebevolle Begrüßung des Kaisers, für eine einmütige Kundgebung einmütiger Opferfreudigkeit und eisernen Willens und für die verfassungsmäßige Erteilung aller verlangten Vollmachten bedarf es keiner neuen Ordnung, wohl aber für das, was bald darauf die nächste Zeit bringen wird. Wir werden es mit Regierungsvorlagen, mit Anträgen und Anfragen zu tun haben, die, mögen sie auch grundverschieden von dem sein, was in der Friedenszeit vorangegangen ist, eine Neigung haben werden, alte Betriebsformen anzunehmen, und damit laufen wir Gefahr, unmerklich in das alte Elend zurückzusinken. Vor dieser Gefahr muß das Abgeordnetenhaus bewahrt werden, und zwar bewahrt werden von außen und von oben, denn sich selbst retten kann es nicht. Beim besten Willen nicht, denn es bliebe noch immer ein Bodensatz theoretischer Bedenklichkeiten gegen äußerste Konsequenzen, die nun einmal unvermeidlich sind, sollen nicht Zersetzungskeime übrig bleiben. Damit von der Obstruktion nichts übrig bleibe als ihr klägliches Andenken, darf man in ihrer Bekämpfung nicht wehleidig sein. Wer Gewalttat übt oder versucht, wer offen sich den Anordnungen des Präsidenten widersetzt, verliert das Mandat. Mit der Beseitigung

UNGA
UND HANDE
BUDAPEST
WIEN
AKTIENKAPITAL U
FILIALEN
BUDAPE
I. FEHÉRVÁRI-UT 19.
II. FŐ-UTCA 1.
II. MARGIT-KÖRUT 31/33.
IV. KRISTÓF-TÉR 3.
IV. MEHMED SZULTÁN-UT
V. LIPÓT-KÖRUT 21.
VI. ANDRÁSSY-UT 33.
VII. ERZSÉBET-KÖRUT 2.
IX. FERENC-KÖRUT 46.
PROVISIONSFR

keit bewußt sei, Gerechtigkeit zu schaffen gegen jeden Vaterlandsverräter, doch lehne sie es ab, unerwiesenen Denunziationen Folge zu geben.

Der Interpellant erhob sich nach den Worten des Grafen Tißa zur Replik. Mit großer Geste rief er seine Enthüllung in das Haus hinein: Der Ministerpräsident habe aktenmäßige Kenntnis von der Schuldhaftigkeit mehrerer kroatisch-serbischer Politiker und die Behörden dulden es, daß diese Politiker in Freiheit blieben, weil sie die Regierung unterstützen. Mit weitausholender Handbewegung schüttelte er den Inhalt einer gelben Ledertasche auf den Tisch des Hauses. Die Aktensammlung, die identisch sein soll mit jener, die, auf serbischem Boden gefunden, heute der Untersuchung durch unsere Regierungsbehörden unterliegt, enthielt vor allem eine Namensliste, die man, wie vorgegeben wird, im Hause des serbischen Ministerpräsidenten Pasics fand, und die angeblich die Liste der Vertrauensleute des serbischen Premiers enthält. Mit langen Unterbrechungen, stets den Erfolg abwartend, las Abgeordneter Szmrecsányi einzelne Namen kroatisch-serbischer Politiker, darunter auch den Namen des im Saale anwesenden Barons Rajacsics. Die Opposition erging sich in lauten Beifallskundgebungen und in aufsteigender Linie hob sich die Bewegtheit des Bildes.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa wurde in seiner Antwort, die den einzig möglichen Standpunkt einer gerechten Erledigung dieser Fragen betonte, durch die Opposition fortwährend unterbrochen.

Abgeordneter Szmrecsányi replizierte mit einer dritten Enthüllung. Mit strahlendem Gesichte erzählte er, daß bei dem kroatischen Abgeordneten Surmin Beweise des Vaterlandsverrates entdeckt wurden, daß man aber auf höhere Weisung das Verfahren eingestellt habe. Als der Ministerpräsident dieses Stück der Szmrecsányischen Darbietungen lächelnd als „Dessert" bezeichnete, sprang Abgeordneter Szmrecsányi von seinem Platze auf und schleuderte Invektiven gegen die Mehrheit in den Saal. Die Mehrheit war kaum zu halten. Der vorsitzende Vizepräsident Karl Száß führte einen herben Kampf, um die Gemüter zu besänftigen, und rechts und links prasselten die Ordnungsrufe von der Estrade des Präsidenten nieder.

Noch einmal sprach der Ministerpräsident. Er stellte fest, daß er von den Vorgängen im Falle Surmin keine Kenntnis habe. Damit war den Anklagen Szmrecsányis ebenso der Boden entzogen, wie dem Vorwurf, den er früher gegen den Ministerpräsidenten erhoben hatte, als er die Regierung beschuldigte, daß sie den Untersuchungsbehörden Weisung gegeben habe, aus den Akten, die in Belgrad beschlagnahmt wurden, Beziehungen festzustellen, die die Justhpartei zu den südslawischen Kreisen gehabt. Auch diese Bemerkung hatte sich als völlig haltlos erwiesen.

Der große Kampf begann. Abgeordneter Rajacsics erhob sich. Er bestritt entschieden jede Gemeinschaft mit den Vorgängen, die Abgeordneter Georg Szmrecsányi durch die vorgelegten Akten bewiesen haben wollte. Mit erhobener Stimme rief er dem Interpellanten zu, daß dieser engere Beziehungen zur Narodna Obrana gehabt habe als er. Dabei erinnerte Baron Rajacsics an den Besuch, den Szmrecsányi in Gesellschaft mehrerer ungarischen Journalisten und Politiker in Belgrad zur Zeit des Kampfes um die Wehrvorlagen abgestattet hatte. Als Rajacsics sich daran machte, eine heitere Szene jener Fahrt zu schildern, die Szene, da der Abgeordnete Szmrecsányi in der Festesfreude einen berüchtigten serbischen Agitator auf seine Schulter nahm, riß der Opposition die Geduld. Graf Julius Andrássy sprang auf und schlug mit einer schwarzen Aktentasche ununterbrochen auf das Pult. Die gesamte Opposition erhob sich. Abgeordneter Stefan Rakovßky schrie aus voller Kehle in den Saal, Szmrecsányi schlug mit den Fäusten auf den Tisch. So oft Rajacsics seine Rede bei dem bezeichneten Passus fortsetzen wollte, immer wieder an die Darstellung dieser grotesken Szene anknüpfend, gebärdete sich Abgeordneter Szmrecsányi wie rasend. Er hämmerte auf den Tisch, schrie böse Worte in den Saal, riß sich von seiner Umgebung los, stürmte hinauf zum Referentenstuhl, um von dort dem Vorsitzenden etwas zuzurufen, lief wieder herunter, rannte zum Türgange, und plötzlich war auch Géza Polónyi von der Vehemenz dieser Erscheinungen angegriffen. Er trat mitten in den Gang, der zur Türe führt, rief wild schäumend dem Ministerpräsidenten und dem Abgeordneten Rajacsics Protestrufe zu und verließ dann den Saal. Die Opposition folgte ihm aber nicht. Endlich gelang es dem Abgeordneten Rajacsics, festzustellen, daß die Belgrader Szene mit einem Wortspiel endete, indem der serbische Agitator auf die Unterdrückung der Serben in Ungarn anspielte. Nach herben Ausklängen war die Arbeitskraft des Hauses erschöpft. Die übrigen Interpellanten ließen ihre Interpellationsbegründung vertagen.

Wir schließen, indem wir eine Tatsache besonders betonen. Die Beschuldigungen des Abgeordneten Szmrecsányi sind gegründet auf eine Liste, auf der man die Namen einzelner kroatisch-serbischen Politiker fand. Wir sind nicht in der Lage, ein Urteil über den dokumentarischen Wert dieser Liste abzugeben. Aber wir müssen feststellen, daß der bloße Umstand, daß der Name eines Mannes in einer Liste gefunden wird, noch nicht den Schatten eines Beweises für die Schuld an Vorgängen enthalten kann, die nach dieser Liste der betreffende Mann verübt haben soll. Gerade die Opposition fand in den letzten Wochen Gelegenheit, zu erfahren, wie leicht der Zufall es verursachen kann, daß der Name eines Mannes in eine Liste gerät, ohne daß er dazu wirklich Veranlassung gegeben hätte.

I.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Száß eröffnet die Sitzung um 3 Uhr nachmittags.

Auf der Ministerbank: Graf Tißa, Sándor, Teleßky, Balogh, Jankovich, Baron Ghillány, Szurman, Hideghéthy.

Präsident meldet, daß im Budapester II. Bezirk Ludwig Kollár zum Abgeordneten gewählt wurde.

Präsident meldet ferner, daß Abgeordneter Graf Géza Andrássy gegen sich selbst die Inkompatibilitätsanzeige erstattet hat, und zwar wegen seiner Direktionsstelle in der Rimamuránv-Salgótarjáner Eisenwerks-A.-G. Gleichzeitig teilte Abgeordneter Graf Géza Andrássy mit, daß er seine Stelle im Direktorium der Anglo-Oesterreichischen Bank niedergelegt habe.

Der ständige Inkompatibilitätsausschuß hat in der Angelegenheit des Abgeordneten Samuel Mándy die Einstellung des Verfahrens beschlossen. Markgraf Georg Pallavicini hat gegen diesen Beschluß ein Separatvotum angemeldet.

Präsident meldet dem Hause, daß das Magnatenhaus die vom Abgeordnetenhause jüngst erledigten Gesetzentwürfe angenommen hat.

Folgt die Tagesordnung, die Debatte über den sechsten Bericht des Ministerpräsidenten betreffend die Anwendung der Ausnahmegewalt im Kriege.

Abgeordneter **Géza Polónyi**

spricht über die Probleme der Mehrproduktion. Der Steigerung der Produktion stehen zum Teil die „gebundenen" Besitze, die Latifundien, zum Teil die Unmöglichkeit im Wege, die erforderlichen Investitionen zu besorgen. Solange die Frage der Latifundien nicht in modernem Sinne gelöst und der landwirtschaftliche Kredit nicht entsprechend geregelt wird, kann von einer Mehrproduktion keine Rede sein. Redner ersucht, daß die älteren Landstürmer und die Väter mehrerer Kinder im Kriegsdienste nach Tunlichkeit durch die verfügbaren jüngeren Kräfte ersetzt werden. Die Opposition erfüllt nur ihre verfassungsmäßige Pflicht, wenn sie an den Verordnungen Kritik übt. Das Vorgehen des Ministerpräsidenten ist nicht geeignet, die Opposition zu beruhigen und die Konzentration der Kräfte zu fördern.

Redner ist kein Freund des Gedankens, der unter dem Sammelworte „Mitteleuropa" propagiert wird. Ungarn muß in den wirtschaftlichen Verträgen, die es eingeht, seine Selbständigkeit wahren. Der deutsch-ungarische Wirtschaftsbund, der jetzt in Berlin tagt, hat für einen zwanzigjährigen Handelsvertrag Stellung genommen, der zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn abgeschlossen werden müsse. Die dort anwesenden Abgeordneten sind nicht berufen, im Namen Ungarns zu sprechen.

Präsident suspendiert die Sitzung.

Nach der Pause setzt

Abgeordneter **Géza Polónyi**

seine Erörterungen fort. In der rumänischen Nationalitätenfrage hat der Ministerpräsident durch seine übermäßige Nachgiebigkeit die Interessen der Nation geschädigt. Redner lehnt den Bericht ab.

Abgeordneter **Johann Justh**

meldet die Inkompatibilität gegen die Abgeordneten Alexander Söpkéz als Direktionsmitglied der Kistarcsaer Maschinenfabrik und der Barcza-Rozsnyóer Tuchfabrik Stefan Papp u. Sohn an, sowie gegen Baron Friedrich Born, der im Namen der Vaterländischen Automobil-A.-G. die Einfuhr von Rohgummi für die Armee übernahm.

Abgeordneter **Béla Kun**

meldet die Inkompatibilität gegen den Abgeordneten Grafen Markus Pejacsevich als Direktionsmitglied der für den Staat liefernden Nasicer Tanninfabrik an.

Abgeordneter **Franz Springer**

meldet die Inkompatibilitäten an: gegen den Abgeordneten Ludwig Borbély, der Direktionsmitglied der Rimamuránv-Salgótarjáner Aktiengesellschaft ist, gegen den Abgeordneten Roland Hegedüs, weil er im Interesse der Budapester Firma Hugo Kammer beim Kriegsministerium intervenierte und ferner weil er Direktionsmitglied der Rimamuránv-Salgótarjáner Eisenwerke ist.

Abgeordneter **Johann Bartos**

meldet die Inkompatibilität gegen den Abgeordneten Baron Leo Haupt-Stummer als Direktionsmitglied der Landwirtschaftlichen Gewerbe-A.-G. an und gegen Géza Szüllö, weil dieser Georg Szecelláry jun., Wilhelm Sebastian und Dr. Ludwig Székely dem Kriegsministerium empfahl.

Sämtliche Anmeldungen werden dem ständigen Inkompatibilitätsausschusse zugewiesen.

Präsident unterbricht hierauf die Debatte, unterbreitet das Mandat des neuen Losoncer Abgeordneten Béla Török, das dem ständigen Verifikationsausschusse überwiesen wird, und stellt den Tagesordnungsantrag.

Es folgen die Interpellationen.

Das Haus gestattet den Abgeordneten Grafen Albert Apponyi und Desider Polónyi, ihre Interpellationen nächstens zu begründen.

Die Interpellation des Abgeordneten Trangott Toponv wird, weil er abwesend ist, gestrichen.

Abgeordneter **Stefan Szabó** (Nagyatád)

befragt den Handelsminister im Interesse der Versorgung der kleinen Provinzmühlen mit Benzin, Rohöl und Kohle.

Die Interpellation wird an den Handelsminister geleitet.

Das Haus gestattet dem Abgeordneten Julius Hódy, seine Interpellation nächstens zu begründen.

Abgeordneter **Georg Szmrecsányi:**

Die Umtriebe der Narodna Obrana, ihre führenden Mitglieder und alle Begleitumstände der südslawischen Agitation, die knapp vor Ausbruch des Weltkrieges ihr Unwesen trieb, sind nunmehr ganz bereinigt. Das Rotbuch unserer Diplomatie hat den Mahnruf des Interpellanten, den er Tage vor dem Ausbruch des Krieges hier hören ließ, leider in vollem Maße gerechtfertigt. Seither ist Serbien erobert. Unser Armeekommando ist in den Besitz wichtiger Dokumente gelangt, die alle geheimen Fäden der Narodna Obrana, die nach Kroatien, Böhmen und in andere von Slawen bewohnte Gegenden

Kriegstagung des Reichstages.

Eine stürmische Interpellation.

Budapest, 21. März.

Der heutige Interpellationstag des Abgeordnetenhauses brachte Sturm. Eine stille Interpellation des Abgeordneten Stefan Szabó eröffnete die Reihe der Interpellationen. Von den 13 Interpellationen, die angemeldet waren, blieb nur sie und die darauf folgende Interpellation des Abgeordneten Georg Szmrecsányi, deren Erledigung die Beratungszeit und die Nerven des Hauses bis in den späten Abend hinein in Anspruch nahm. Inhalt und Aufmachung dieser Interpellation, die in stürmischen äußeren Erscheinungsformen vor sich ging, waren im Hause kein Geheimnis. Seit Wochen wurde in den oppositionellen Gängen von diesem „Schlager" aller Interpellationen gesprochen und heute trat sie, umtost von ot stürmischen, doch oft auch heiteren Kundgebungen, in de Wirklichkeit.

Abgeordneter Georg Szmrecsányi richtete an den Ministerpräsidenten die Frage, ob dieser geneigt ist, den verräterischen Erscheinungen der großserbischen Propaganda in Kroatien und den Trägern dieser Propaganda überall entgegenzutreten, wo diese Sünden gegen den Staat noch nicht Sühne gefunden hätten. In der Begründung der Interpellation verfolgte Abgeordneter Georg Szmrecsányi einen artistisch vorbedachten Weg, der auf Wirkung gerichtet war. Wenn die lärmenden Kundgebungen, wenn der parlamentarische Krawall Ziel und Zweck der Interpellation gewesen ist, so hat Abgeordneter Georg Szmrecsányi erfolgreich gearbeitet. Niemand wird ihm diesen Erfolg absprechen, kein geschmackvoller Politiker ihn darum beneiden. Und noch eines muß am Eingange dieser Darstellungen festgehalten werden. Die Interpellation des Abgeordneten Georg Szmrecsányi entfaltete sich in ihrer stufenweisen Entwicklung als die Preisgebung einer Materie, die unter den gegebenen Verhältnissen nur bei höchstem Verantwortlichkeitsbewußtsein, auch so kaum in entsprechender Weise erörtert werden kann. In jedem Parlament der Welt hätte in solchem Falle auch die Opposition den einzig möglichen Weg gefunden, indem sie ihre „Entdeckungen" der Regierung, außerhalb des Hauses, geleitet von der Pflicht des Staatsbürgers, zugänglich gemacht hätte. Wenn das hier nicht geschehen ist, so trägt für alle Schäden, die aus solchem Verfahren erwachsen, die Opposition die Verantwortung, die dem Interpellanten heute zugejubelt hat.

Und nun wollen wir die Ereignisse schildern, wie sie sich abgespielt haben. Der Interpellant wies zunächst darauf hin, daß die Träger der großserbischen Propaganda in Kroatien auch heute politische Würden bekleiden und Stützen der Politik der ungarischen Regierung seien.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa antwortete, indem er betonte, daß sich die Regierung der Notwendig-